einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 20.01.2003 1/03

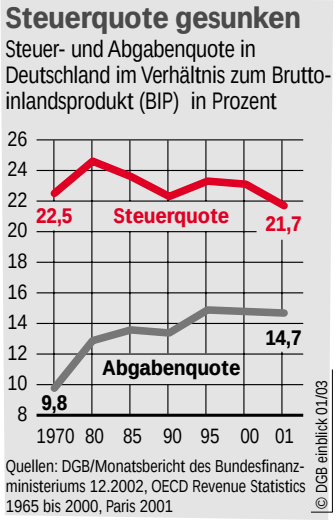
DGB

Grundfreibetrag in der Sozialversicherung

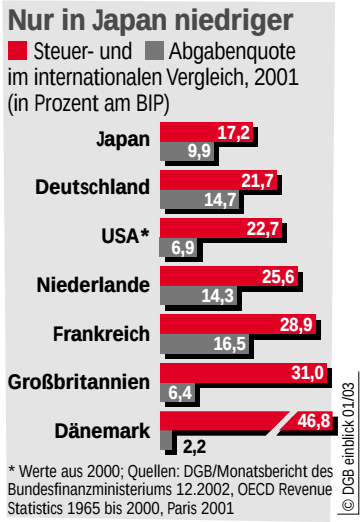
DGB-Modell entlastet Faktor Arbeit

Der DGB hat ein Modell entwickelt, mit dem die Sozialversicherungsbeiträge von jetzt rund 42 Prozent auf mindestens 40 Prozent gesenkt werden können. „Wir wollen die Finanzierung so umbauen, dass Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen und vor allem mittelständische und lohnintensive Unternehmen massiv entlastet werden“, erklärte der DGB-Vorsitzende Michael Sommer auf der DGB-Neujahrspressekonferenz.

Kerngedanke des Modells ist, analog zum Steuerrecht auch in der Sozialversicherung einen monatlichen Grundfreibetrag von 250 Euro einzuführen. Erst ab dem 251. Euro sollen Sozialabgaben entrichtet werden. „Ein Arbeitnehmer mit einem Bruttogehalt von 1000 Euro müsste dann nicht über 20 Prozent Sozialabgaben abführen, sondern nur 15,4 Prozent“, rechnet Sommer vor. Bei einem Bruttoeinkommen von 2500 Euro wäre die Sozialabgabenquote mit 18,5 Prozent immer noch deutlich niedriger als derzeit. Von der Entlastung profitierten im Rahmen der paritätischen Finanzierung auch die Arbeitgeber.



Der Anteil der Sozialversicherungsbeiträge am BIP liegt in Deutschland mit 14,7 Prozent an vierthöchster Stelle unter den EU- und OECD-Ländern.



Gemessen am Bruttoinlandsprodukt hat Deutschland mit 21,7 Prozent (2001) nach Japan die niedrigste Steuerquote aller OECD-Länder.

Das Modell sei nicht nur eine Alternative zu Leistungskürzungen, sondern schaffe auch den Rahmen für Hunderttausende neue Arbeitsplätze. Denn: Sozialversicherungsbeiträge belasten den Faktor Arbeit direkt – besonders die mittleren und niedrigen existenzsichernden Einkommen jenseits der 400-Euro-Grenze.

Durch die Einführung des Grundfreibetrages würden bei den Sozialversicherungen Einnahmeausfälle von rund 30 Milliarden entstehen. Dies entspricht, so der DGB, in etwa dem Betrag der versicherungsfremden Leistungen, wie zum Beispiel den Kosten der Wiedervereinigung, die über die Sozialversicherung finanziert werden. „Diese Finanzierung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben über die Sozialsysteme ist beschäftigungsfeindlich“, so die DGB-Experten.

Und sie ist sozial ungerecht, denn gesamtstaatliche Aufgaben werden im hohen Maße von Einkommen bis 3450 Euro finanziert. Zur Gegenfinanzierung für die geringeren Sozialversicherungsbeiträge schlägt der DGB deshalb eine Steuer in Höhe von jeweils einem Prozent für Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf alle Bruttoeinkommen – inklusive die der Beamten – und einem Prozent auf alle entnommenen Gewinne vor. Außerdem müsse die Mehrwertsteuer um zwei Prozentpunkte erhöht werden. •

plusminusBERLIN

+ ***Ottmar Schreiner, Vorsitzender der SPD-Arbeitsgemeinschaft für ArbeitnehmerInnen, fordert 20 Milliarden Euro für öffentliche Investitionen. Diese seien mit 1,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes im internationalen Vergleich auf einem Tiefststand.***

– ***Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt will die Umverteilung beschleunigen. Bei einem Treffen mit der CDU-Vorsitzenden Merkel forderte er eine Senkung des Rentenniveaus sowie ein höheres Renteneintrittsalter. Zudem fordert er Steuererleichterungen für die Unternehmen.***

inhalt

Seite 3
Kein Blut für Öl
Die Gewerkschaften protestieren gegen den drohenden Krieg am Golf

Seite 5
Erfolgreicher Tabubruch
Mit dem Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst hat ver.di Tarifgeschichte geschrieben

Seite 7
Auf die Markplätze!
DGB-Pressesprecher Hilmar Höhn sagt, was die Gewerkschaften den neoliberalen Angriffen entgegensetzen wollen

Der Surf-Tipp fürs Internet
www.gewerkschaftsthemen.de
Arbeitshilfen und Debattenbeiträge für GewerkschafterInnen

Im Faxabruf
0211 / 43 01 668
Das DGB-Modell zur Senkung der Sozialabgaben
0211 / 43 01 673
DGB-Vorschläge zur Reform des Berufsbildungsgesetzes (Auszüge)

in eigener Sache

„211 der 603 Abgeordneten des Bundestags sind Mitglied einer DGB-Gewerkschaft“ hat der *einblick* im vergangenen Jahr gemeldet (*einblick* 21/02) und damit ein kleines **Medienecho ausgelöst.** Inzwischen wissen wir, dass mindestens zwei weitere Abgeordnete Gewerkschaftsmitglied sind: Gesine Lötzsch (PDS) ist Mitglied der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Uwe Schummer (CDU) ist Mitglied der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di). Die Zahl der DGB-Mitglieder im Bundestag steigt damit auf 213.

Die *einblick*-Redaktion freut sich über jeden weiteren Abgeordneten, der sich als Gewerkschaftsmitglied outet. *Die Redaktion*

Grundsicherung

DGB: Jetzt Antrag stellen

Wer mindestens 65 Jahre alt ist und weniger als 844 Euro Rente erhält, kann ab sofort die neue Grundsicherung beantragen. DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer: „Wer die Leistungen ab Januar beziehen will, muss bereits im Januar den Antrag stellen.“ Nachzahlungen gibt es nicht.

Die Einführung der Grundsicherung wertet Engelen-Kefer als großen Erfolg der Gewerkschaften. Der entscheidende Unterschied zur Sozialhilfe sei, dass sie unabhängig vom Einkommen der Angehörigen gezahlt wird, sofern deren Jahreseinkommen unter 100 000 Euro liegt. Außerdem wird den Anspruchsberechtigten der Gang zum Sozialamt erspart. Beantragt werden muss die Grundsicherung bei den Grundsicherungsämtern der Städte und Gemeinden. Auch jede Rentenberatungsstelle nimmt den Antrag entgegen. Infos und Anträge zur Grundsicherung unter 0800 / 333 19 19 (kostenlos).

Tariftreue

Länder setzen Maßstäbe

Ein Landesvergabegesetz für öffentliche Aufträge ist eine der zentralen Forderungen des hessischen DGB und der Gewerkschaften im Wahlkampf vor den Landtagswahlen am 2. Februar. Bisher hat sich Ministerpräsident Roland Koch strikt geweigert, ein solches Gesetz zu verabschieden.

Seitdem das bundesweite Tariftreuegesetz an der Blockade der unionsgeführten Länder im Bundesrat im Sommer 2002 scheiterte, haben Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen (NRW) und Bremen eigene Länderregelungen verabschiedet. Das niedersächsische Landesvergabegesetz ist am 1. Januar 2003 in Kraft getreten. Wesentliche Änderungsvorschläge von DGB und Gewerkschaften wurden – wie auch in NRW – in den Gesetzesentwurf eingearbeitet. Die Tariftreueerklärung stellt sicher, dass nur diejenigen Unternehmen öffentliche Aufträge bekommen, die sich verpflichten, ihren Beschäftigten das am Ort der Leistungserbringung geltende Entgelt zu zahlen. Das Gesetz gilt sowohl für Bau- wie für Verkehrsleistungen im öffentlichen Nahverkehr. Der Schwellenwert von 10 000 Euro stellt sicher, dass die überwiegende Zahl der öffentlichen Aufträge erfasst wird.

geplant... → beschlossen

Die Klausur des DGB-Bundesvorstands am 21. und 22. Januar im IG BCE-Bildungszentrum Kagel bei Berlin soll fünf Themen haben. Neben den beiden Schwerpunktthemen des DGB für 2003, der „Vertrauensoffensive 2003“ und dem Projekt „Neuer Sozialkontrakt“, wird der Bundesvorstand auch über ein Aktionsprogramm „Chancengleichheit im Betrieb“ sowie über die künftige Beamtenarbeit im DGB beraten. Weitere Themen sind die Aufgaben der Verwaltungsräte der Bundesanstalt für Arbeit auf regionaler Ebene und die Zukunft des Berufsfortbildungswerks (bfw). Zudem wollen die Mitglieder des DGB-Bundesvorstands, zu dem auch die Vorsitzenden der acht Mitgliedsgewerkschaften gehören, am 21. Januar mit Bundeskanzler Gerhard Schröder über das Bündnis für Arbeit diskutieren. Bereits am Vortag wird Schröder darüber mit den Arbeitgebern reden.

Anfang März will der Geschäftsführende DGB-Bundesvorstand (GBV) zudem mit der Parteispitze der CDU zusammentreffen. Das hat der DGB-Vorsitzende Michael Sommer auf der Jahrespressekonferenz des DGB angekündigt.

wie war die woche?

Willi Eichhorn, 45, ist seit dem Gewerkschaftstag im Oktober 2001 Regionalsekretär der IG BAU in Berlin-Brandenburg. Er initiierte und organisierte eine Werbekampagne, die im Dezember ihren erfolgreichen Abschluss fand.

Anfang letzten Jahres standen wir vor der Situation, dass konjunkturbedingt die Zahl der Mitgliederverluste deutlich höher ausfiel als die der Neuaufnahmen. Wir haben uns deshalb überlegt, Aktionen zu organisieren, die wirklich alle erreichen, die in unseren Branchen arbeiten. Dazu war ein konzentrierter Einsatz, ein Aufwand notwendig, den ein Bezirksverband allein aus sich heraus kaum leisten kann.

Wir haben Hauptamtliche aus den drei Bezirksverbänden in Brandenburg – Südbrandenburg, Mark Brandenburg und Oderland – befristet aus ihren normalen Büroabläufen herausgeholt. Außerdem kamen noch eine ganze Reihe von Ehrenamtlichen hinzu, selbstverständlich auch aus dem Jugendbereich. Nach akribischer Vorbereitung ging es Anfang Oktober dann richtig los: In kleinen Gruppen sind die Kolleginnen und Kollegen in alle Ausbildungseinrichtungen gegangen, die mit uns zusammenarbeiten und haben dort Infoveranstaltungen durchgeführt. In den neuen Ländern dabei nicht unwichtig: Sie sind auch in die überbetrieblichen Ausbildungszentren gegangen. So konnten die Teams mit ihren Werbeaktivitäten Zeichen setzen in einer Umgebung, von der es vorher immer hieß, wegen der schwierigen Situation im Bausektor könne man hier nicht werben.

Grundlage des Erfolgs war dabei auch, dass wir sowohl von Rolf Steinmann im Bundesvorstand als auch von den drei Bezirksverbänden hervorragend unterstützt worden sind. Letztlich entscheidend aber war, dass jeder im Rahmen des Teams seine Fähigkeiten einbringen konnte und wir so weit mehr als das ursprünglich anvisierte Ziel erreichten. Statt der angepeilten 500 Neumitglieder waren am Ende der Aktion am 21. Dezember über 900 Jugendliche in der IG BAU Mitglied geworden.

DGB-Gewerkschaften zum Irak-Konflikt

Widerstand gegen Angriffskrieg wächst

Im DGB und in den Gewerkschaften nimmt der Protest gegen den drohenden Krieg am Golf zu. Der Aufmarsch amerikanischer Truppen deute darauf hin, „dass ein Angriffskrieg vorbereitet wird", erklärte der DGB-Vorsitzende Michael Sommer. Angriffskriege sind völkerrechtlich geächtet.

Auf der Neujahrs-Pressekonferenz des DGB am 14. Januar betonte Sommer, er erwarte von der Bundesregierung, „dass sie alles unternimmt, um diesen Krieg zu verhindern". Spekulationen in Regierungskreisen über das Abstimmungsverhalten Deutschlands im UN-Sicherheitsrat seien völlig fehl am Platz. „Ich erwarte, dass auch im UN-Sicherheitsrat die Bundesregierung aktiv für eine friedliche Lösung wirbt." Es gehe darum, das internationale Recht zu stärken, statt das Recht des Stärkeren gelten zu lassen.

Darauf hat tags zuvor auch der Geschäftsführende DGB-Vorstand in einer Resolution zum Irak-Konflikt („Krieg ist keine Lösung") hingewiesen: Der weltweite Kampf gegen Terrorismus und Massenvernichtungsmittel sei „Sache der Völkergemeinschaft und nicht eines einzelnen Landes". Um die Ursachen des Terrors zu bekämpfen, seien zudem neue wirtschaftliche, soziale und entwicklungspolitische Initiativen gefragt, „nicht der Rückgriff auf militärische Mittel". Gleichzeitig warnt der DGB vor den unkalkulierbaren politischen und ökonomischen Risiken, die eine militärische Intervention im Irak mit sich bringe; sie könne zur Destabilisierung des gesamten Nahen Ostens führen.

Nach Auffassung der IG Metall wird ein Krieg gegen den Irak „immer wahrscheinlicher", heißt es in einer Resolution des Vorstands vom 14. Januar. Befürchtungen, das Terror-Regime Saddam Husseins könne Massenvernichtungsmittel einsetzen, seien zwar „nicht ausgeräumt", erklärt die IG Metall, sie lehne aber

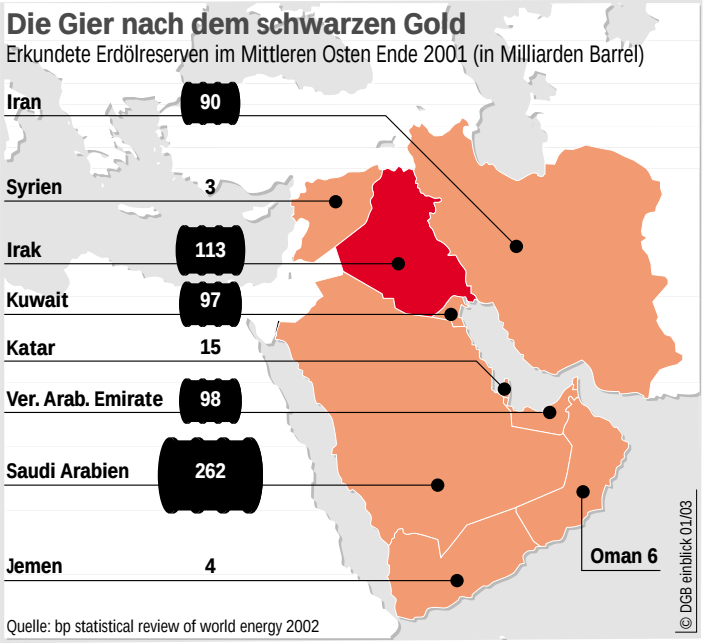
DGB-Vorsitzender Michael Sommer zum Irak-Konflikt: „Ich erwarte von der Bundesregierung, dass sie alles unternimmt, um diesen Krieg zu verhindern."

dennoch jeden Versuch ab, „das Mittel des Präventivkrieges wieder anzuwenden". Sie fordert vielmehr alle Staaten auf, „auf eine militärische Intervention gegen den Irak zu verzichten". Auch Verstöße gegen die UN-Resolution 1441 rechtfertigten keinen Automatismus militärischer Gewaltanwendung.

Bereits Mitte Dezember hat der IG Metall-Vorsitzende Klaus Zwickel in seiner Funktion als Präsident des Internationalen Metallgewerkschaftsbundes (IMB) die USA vor einem Alleingang im Irak-Konflikt gewarnt. Die einzige Instanz, die über den Einsatz militärischer Mittel zur Bekämpfung des Terrorismus entscheiden könne, seien die Vereinten Nationen.

Wenige Tage vor Weihnachten erklärten die Vorsitzenden des DGB Berlin-Brandenburg und des Brandenburger Aktionsbündnisses gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, Dieter Scholz und Rolf Wischnath, sie lehnten jede Form einer deutschen Beteiligung am Krieg ab – „sei sie direkt oder indirekt". Ein Krieg gegen den Irak sei „verwerflich", weil der Irak keine Bedrohung für andere Staaten darstelle und auch keine Beweise für die Verflechtung des Iraks mit den Terrornetzwerken islamischer Fundamentalisten vorlägen.

„Dieser Krieg muss und kann verhindert werden", lautet die Botschaft einer von den hessischen Gewerkschaften veranstalteten Antikriegskonferenz am 19. Januar in Frankfurt/M. Dabei gehe es nicht um den Diktator Saddam Hussein. „Es geht um das Leben unschuldiger Menschen." •



Die mit Abstand größten Erdölvorkommen gibt es im Mittleren Osten: knapp 686 Milliarden Barrel. Das sind gut 65 Prozent aller Ölreserven. Zum Vergleich: In Nordamerika liegen nur sechs Prozent der weltweiten Ölvorräte.

Spiel mit dem Feuer

Mit dem Aufmarsch der USA in der Golfregion wächst die Gefahr terroristischer Racheakte – und deshalb erwägt Bundesverteidigungsminister Peter Struck eine Verfassungsänderung, um notfalls gekaperte Flugzeuge von Bundeswehrjets abschießen zu lassen.

Damit stößt er auf Kritik der Gewerkschaft der Polizei (GdP). Die Bundeswehr im Innern einzusetzen, sei ein „Spiel mit dem Feuer", befürchtet GdP-Vorsitzender Konrad Freiberg. Amtshilfe gemäß Grundgesetz bedeute, dass die Polizei die Bundeswehr zum Vollzug polizeilicher Aufgaben heranziehen könne. Freiberg: „Es gibt keinen darüber hinausgehenden gesetzlichen Regelungsbedarf."

Im Internet

www.tagesschau.de
(Klick auf „Der Irak im Visier") Aktuelles und Hintergründe zum möglichen Angriff auf den Irak

www.demo1502.de
„Europaweiter Aktionstag gegen den Krieg", 15. Februar, Berlin

www.frieden-und-zukunft.de/netzwerk
Gewerkschaftliches Netzwerk gegen den Krieg

PROJEKTE UND PARTNER

Hans-Böckler-Stiftung

Bündnis-Info eingestellt

Die Hans-Böckler-Stiftung hat ihren Infodienst „Böckler zum Bündnis“ Ende 2002 eingestellt. Das Projekt sei auf drei Jahre befristet gewesen, teilte die Stiftung auf Anfrage mit. 26 Ausgaben lang berichtete der Newsletter über bundesweite, regionale und betriebliche Bündnisse für Arbeit.

In der letzten Nummer ziehen die Bündnispartner Staat, Arbeitgeber und Gewerkschaften eine ernüchternde Bilanz ihrer Arbeit: viel Mühe, wenig Erfolg. Für den DGB schreibt Hans-Joachim Schabedoth, alle Bündnispartner sähen einer Fortsetzung „eher aus einem Pflichtgefühl entgegen“. •

www.boeckler.de

Arbeitslosengruppen

Weniger Geld für Erwerbslose

Wer künftig Arbeitslosenhilfe beantragt, muss mit geringeren Leistungen rechnen als bisher. Seit dem Jahreswechsel werden eigenes Vermögen und das Einkommen des Partners stärker auf die Arbeitslosenhilfe angerechnet. Die Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen (KOS) rät, sich rechtzeitig bei einer Beratungsstelle Tipps zu holen: Wer vor dem Antrag auf Arbeitslosenhilfe zum Beispiel ein Auto oder eine Küche kauft, mindert so schadlos sein Vermögen. Ausgenommen von der Neuregelung sind vor Jahreswechsel bewilligte Leistungen und Arbeitslose ab 55 Jahren. •

KOS
Marktstraße 10, 33602 Bielefeld
Tel. 0521 / 96 78 40
Fax 0521 / 17 99 30
www.erwerbslos.de

bfw-Projekt

Wie umgehen mit Analphabeten?

Wie Gewerkschaften dem Problem des Analphabetismus begegnen können, untersucht das Berufsfortbildungswerk (bfw) in Heidelberg. Im Rahmen eines EU-Pilotprojekts arbeitet die Einrichtung zusammen mit Partnern aus anderen europäischen Ländern an Schulungen, die Unternehmen für das Thema sensibilisieren sollen. Das bfw sucht Betriebs- und Personalräte, die in der zweiten Jahreshälfte an einer zweitägigen Testschulung teilnehmen möchten. •

bfw Rhein-Neckar-Tauber
Tel. 0 62 21 / 33 09 41

Bündnis der Vernunft

Mutiges Handeln gegen Gewalt

Das Berliner „Bündnis der Vernunft“ verleiht im Frühjahr zum zehnten Mal den „Preis für Zivilcourage“. Die Auszeichnung ehrt mutiges Handeln gegen Gewalt, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Vorschläge, wer die Auszeichnung erhalten soll, sammelt der DGB-Landesbezirk Berlin-Brandenburg noch bis 1. Februar. Neben dem DGB als Initiator gehören dem Bündnis die Regierungschefs von Berlin und Brandenburg, die Kirchen, die Jüdische Gemeinde, die Wohlfahrtsverbände sowie der Landessportbund an. •

DGB Berlin – Brandenburg
Keithstraße 1–3, 10787 Berlin
www.berlin-brandenburg.dgb.de

Familienministerium

Hilfe aus der Schuldenfalle

Rund 2,7 Millionen Haushalte in Deutschland sind überschuldet. Den Weg aus der Schuldenfalle weist die kostenlose Broschüre „Was mache ich mit meinen Schulden?“. Herausgeber ist das Bundesfamilienministerium. Wer nicht lesen will, dem stehen die Schuldnerberatungsstellen zur Seite. Kontaktadressen gibt’s bei der Hotline des Ministeriums. Dort kann auch die Broschüre bestellt werden. •

Hotline 0 18 05 / 329 329
(12 Cent / Anruf)
www.forum-schuldnerberatung.de

Techno-Beratung

Fachtagung zur Mitbestimmung

Erste Erfahrungen mit der neuen Betriebsverfassung sowie die aktuelle Rechtsprechung stehen auf dem Programm der Fachtagung „Das neue Betriebsverfassungsgesetz – Chancen für die Mitbestimmung“. Die Tagung der Technologieberatungsstelle Niedersachsen am 6. März in Hannover ist Teil des Veranstaltungsprogramms 2003. Anmeldeschluss ist der 5. Februar. Die Teilnahmegebühr beträgt 225 Euro. •

TBS Niedersachsen
Tel. 0511 / 163 04 0
Fax 0511 / 163 04 20
info@tbs-niedersachsen.de
www.tbs-niedersachsen.de

ver.di-innotec

Marketing für Betriebsräte

Wie können Betriebsräte ihre Position bei Verhandlungen mit dem Arbeitgeber stärken? Welche Marketingstrategien helfen ihnen? Das Pilotseminar „Stärkung der Position von Betriebsräten durch eigenes Marketing“ der ver.di-innotec GmbH zeigt Lösungswege anhand praxisnaher Beispiele. Die TeilnehmerInnen trainieren Techniken der Kommunikation, Verhandlungsführung und Präsentation. Termine: 18./19. Februar 2003 sowie 8./9. April 2003 in Frankfurt/M. •

ver.di-innotec GmbH
Tel. 069 / 66 95 33 02
Fax 069 / 66 95 33 33
info@verdi-innotec.de

interregio

••• Die ***DGB-Region Südniedersachsen-Harz*** hat einen ***Fotowettbewerb*** zum Thema „Pause“ gestartet, um einen „Kontrapunkt zur allgemeinen Hektik“ in Arbeit und Freizeit zu setzen. Die Einsendungen des gemeinsam mit IG Metall und ver.di ausgeschriebenen Wettbewerbs sollen im Rahmen der Veranstaltungen zum 1. Mai ausgestellt werden. Neben Geldpreisen zwischen 100 und 500 Euro erhalten die ersten 50 Einsender eine Einwegkamera. Einsendeschluss ist der 31. März.
www.dgb-goettingen.de
Tel. 0551 / 440 97

••• Der ***DGB Hessen*** hat unter dem Motto „Helft dem Löwen auf die Beine“ einen ***Forderungskatalog zur Landtagswahl*** am 2. Februar veröffentlicht. Jede künftige Landesregierung müsse sich daran messen lassen, so der Landesvorsitzende Stefan Körzell. Die Forderungen umfassen eine Ausbildungsabgabe für Betriebe, die nicht ausbilden, obwohl sie es könnten, sowie die Einstellung von bis zu 600 neuen PolizistInnen. Außerdem wird eine hessische Bundesratsinitiative zur Wiedereinführung der Vermögenssteuer verlangt: Laut einer vom DGB Hessen in Auftrag gegebenen Studie könne die Vermögenssteuer bis zu drei Milliarden Euro in den hessischen Haushalt einbringen.
Forderungskatalog und Studie unter *www.hessen.dgb.de*

Tarifergebnis im öffentlichen Dienst

Erfolgreicher Tabubruch

Das selbst gesteckte Ziel, wieder Anschluss an die Einkommensentwicklung außerhalb des öffentlichen Dienstes zu finden, hat ver.di nicht ganz erreicht. Dennoch hat die Dienstleistungsgewerkschaft Tarifgeschichte geschrieben: Zum ersten Mal hat eine Gewerkschaft statt hoher Einstiegsforderungen bereits zu Beginn annähernd das gefordert, was sie am Ende auch durchgesetzt hat. Trotz schwieriger Ausgangslage.

Das öffentliche Echo auf den Tarifabschluss war dennoch ein anderes. Statt den erfolgreichen Tabubruch zu bewerten, war sich der Großteil der Kommentatoren in Politik und Medien einig: „Im Gefängnis“ der Gewerkschaft sah das *Handelsblatt* die öffentlichen Arbeitgeber, die *Welt* fürchtete einen „Todesstoß für die Kommunen“ und die *Rheinische Post* sah durch den Tarifabschluss gar „bis zu 100 000 Stellen gefährdet“. Gemildert wurde die Kritik an dem „zu hohen“ Tarifabschluss nur durch den Verweis auf die noch höheren Kosten eines erst in letzter Minute abgewendeten Streiks. Nur *Bild* hatte schon am 8. Januar getitelt „Aufwachen, ihr da oben! Wisst ihr denn, wie wenig 3 Prozent Lohnerhöhung ist?“ und eine Krankenschwester zu Wort kommen lassen.

Kernpunkt der öffentlichen Kritik sind die dramatischen Steuerausfälle. Vor allem den Kommunen, mit einem Personalkostenanteil von 27 Prozent, brechen die Steuereinnahmen weg. Dies sei aber ein Einnahme- und kein Kostenproblem, das mit Nullrunden nicht gelöst werden kann, hat ver.di bereits zu Beginn der Tarifrunde argumentiert. Zudem hätten die öffentlichen Arbeitgeber in den vergangenen Jahren massiv Personal abgebaut – trotz niedriger Tarifabschlüsse. Allein bei den Städten und Gemeinden sank die Zahl der Beschäftigten von 1991 bis 2001 von 2,0 auf 1,5 Millionen, in Ostdeutschland wurde sie sogar mehr als halbiert.

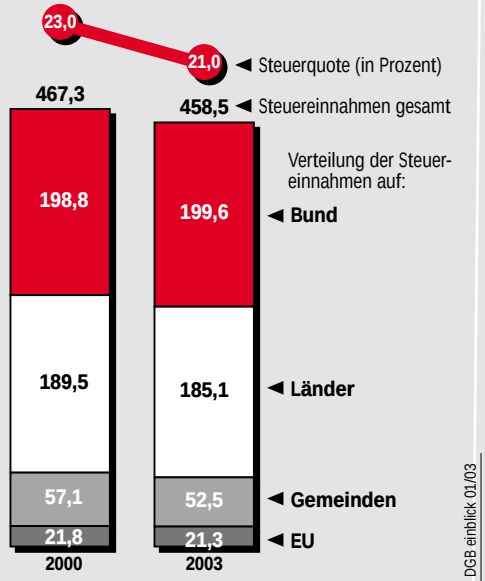
Positiv bewertet wird der Tarifabschluss dagegen von den Beschäftigten. Vor allem die Angleichung der Osteinkommen bis 2007/2009 sei eine großer Erfolg. Zudem habe es sich bezahlt gemacht, dass ver.di bereits im Frühjahr vergangenen Jahres eigene Vorschläge zur Reform des Bundesangestelltentarifvertrags (BAT) gemacht hat, so ver.di-Tarifexperte Rainer Friebertshäuser. „Die sonst üblichen Forderungen nach einer Kompensation der Tariferhöhungen durch Streichungen von Stufen und die Einführung neuer Gehaltstabellen hat es in dieser Tarifrunde deshalb nicht gegeben“. Statt dessen haben sich beide Tarifparteien verpflichtet, im März mit separaten Verhandlungen zur BAT-Reform zu beginnen.

Auch die öffentliche Bewertung des Tarifabschlusses hat sich inzwischen gewandelt. Am Rande des DGB-Neujahrsempfangs in Frankfurt/M. haben ver.di-Vorsitzender Frank Bsirske und Frankfurts Oberbürgermeisterin Petra Roth (CDU) sogar öffentlich über ein gemeinsames Bündnis für eine Gemeinde-Finanzreform nachgedacht. Und selbst Bayerns Finanzminister Kurt Faltlhauser (CSU), einst harter Befürworter einer Nullrunde für den öffentlichen Dienst, fordert die Übertragung des Tarifabschlusses auf die Beamten. Ob damit auch der Tarifkonflikt in Berlin vom Tisch ist, ist aber nicht entschieden. Das Land war kurz vor dem Abschluss der Verhandlungen aus der Tarifgemeinschaft der öffentlichen Arbeitgeber ausgestiegen. Bis Ende Januar dürfte klar sein, ob es in Berlin zum Streik kommt. •

Ursache der staatlichen Finanzkrise sind in erster Linie die rückläufigen Steuereinnahmen. Obwohl das Bruttoinlandsprodukt nach den Prognosen der Bundesregierung von 2030 Milliarden Euro im Jahr 2000 auf 2184 Milliarden Euro in diesem Jahr wachsen soll, sinkt der Anteil der Steuern am Bruttoinlandsprodukt von 23 auf 21 Prozent. Betroffen von den Einnahmeausfällen sind vor allem die Länder und Kommunen.

Krise durch Steuerausfälle

Steuerquote und Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden (in Mrd. Euro) 2000 und 2003*



* 2000: Ist-Ergebnis; 2003: Schätzung von November 2002; Quelle: ver.di

© DGB einblick 01/03

ver.di-Tarifabschluss: Ziel knapp verfehlt

Auswirkungen des Tarifabschlusses für den öffentlichen Dienst auf die Einkommen (in Prozent)

tabellenwirksame Erhöhung der Einkommen zum 1. Januar 2003[1)]	**2,40**
tabellenwirksame Erhöhung der Einkommen zum 1. Januar 2004[1)]	**3,42**
tabellenwirksame Erhöhung der Einkommen zum 1. Mai 2004[1)]	**4,46**
monatswirksame Erhöhung unter Einbeziehung des Einmalbetrags zum 1. Januar 2002[2)]	**3,03**
Anstieg des Jahreseinkommens 2003 unter Berücksichtigung des nicht angehobenen 13. Monatsgehalts[2)]	**2,80**

1) jeweils bezogen auf die bis zum 31. Oktober 2002 gültigen Gehaltstabellen
2) bis Vergütungsgruppe BAT Vb (Kr. VI)
Quelle: ver.di

Mit der Tarifrunde 2003 wollte die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di wieder Anschluss an die Tarifentwicklung außerhalb des öffentlichen Dienstes finden. Ihr selbst gestecktes Ziel einer Tarifsteigerung von „3 Prozent plus X“ hat sie nicht ganz erreicht.

Abschluss mit Folgewirkungen

Zu den Großverdienern gehören die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes nicht. 2690 Euro brutto haben Vollzeitkräfte im vergangenen Jahr im Schnitt verdient, im Osten waren es sogar nur 2420 Euro. Trotzdem rechnen Bund, Länder und Gemeinden durch den Tarifabschluss mit Mehrkosten von 2,5 Milliarden Euro. Der Grund ist die Vielzahl der Betroffenen: Zu den 2,5 Millionen Arbeitern und Angestellten im „unmittelbaren“ öffentlichen Dienst kommen 490 000 „mittelbar“ Beschäftigte in der Sozialversicherung, bei Arbeitsämtern und Krankenhäusern hinzu sowie 1,7 Millionen Beamte, deren Einkommen per Gesetz geregelt wird.

kurz&bündig

Der im August 2002 während der Elbeflut vom DGB gegründete Verein „Gewerkschaften helfen“ hat bisher Spenden in Höhe von 600 000 Euro an die Flutopfer ausgezahlt. 1150 Betroffene erhielten Soforthilfen von 250 bzw. 500 Euro. 215 000 Euro wurden an Wiederaufbauprojekte in Deutschland und Tschechien vergeben, darunter 50 000 Euro für die Sporthalle einer Grundschule in Dessau.

TRANSNET hat zum 1. Januar vier weitere „Servicebüros“ in Frankfurt/M., Köln, Hannover und Hamburg eröffnet. Die Gewerkschaft will durch die jetzt elf Servicebüros den Kontakt zu den Mitgliedern stärken und eine engere Verzahnung der gut 180 Ortsverwaltungen mit dem Hauptbüro in Frankfurt/M. erreichen.

Der DGB und der Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) haben sich in einem Brief an Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) für den Erhalt des Meisterbriefes eingesetzt. Die in Clements Mittelstandsoffensive angekündigte „Überprüfung der Handwerksordnung“ erwecke den Eindruck, der Meisterbrief könne in seiner Bedeutung geschwächt oder abgeschafft werden.

Das Mitgliedermagazin der IG BCE hat ein neues Gesicht und einen neuen Namen erhalten: *kompakt* ***soll „griffig“ und „serviceorientiert“ informieren.***

DGB-Rechtsschutz

Gespräche über Betriebsrätestruktur

„Beim DGB wird es keine Verhältnisse wie bei Schlecker geben“. Mit dieser Erklärung reagierte DGB-Vorstand Dietmar Hexel auf eine Veröffentlichung des *Spiegel* über die geplante Veränderung der Betriebsrätestruktur bei der DGB Rechtsschutz GmbH. Hintergrund des bereits länger schwelenden Streits um den Zuschnitt der Interessenvertretung für die bundesweit 823 Beschäftigten des DGB-Rechtsschutzes ist die im April 1998 erfolgte Ausgliederung der Dienstleistung in eine eigenständige GmbH.

Während die Geschäftsführung nach der Modernisierung der GmbH-Strukturen die Betriebsräte bei den neu geschaffenen 70 Arbeitseinheiten ansiedeln will, drängt der Gesamtbetriebsrat der Rechtsschutz-GmbH (GBR) auf eine Beibehaltung der bisherigen Betriebsrätestruktur, bei der die Betriebsräte auf der Ebene der neun Regionen und der Hauptverwaltung angesiedelt sind. Er befürchtet eine „Atomisierung“ der Interessenvertretung.

Weil sich Geschäftsführung und GBR nicht auf eine Lösung einigen konnten, hat die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di bereits im Dezember 2001 einen Tarifvertrag mit der DGB Rechtsschutz GmbH abgeschlossen. Darin haben beide Parteien vereinbart, die Betriebsratswahlen 2002 noch in den alten Strukturen durchzuführen. Ob das auch für künftige Wahlen gilt oder die Arbeitseinheiten „eine betriebsratsfähige Organisationseinheit darstellen“, wollen beide Tarifparteien durch das Landesarbeitsgericht Düsseldorf entscheiden lassen.

Erste Arbeitsgerichtsverfahren wurden inzwischen von der Rechtsschutz-GmbH eingeleitet. Mit diesen Verfahren „setzen wir lediglich um, was wir im Tarifvertrag mit ver.di vereinbart haben“, so Geschäftsführer Klaus Westermann gegenüber *einblick*. Anfang Februar will DGB-Vorstandsmitglied Dietmar Hexel zudem durch Gespräche zwischen den Beteiligten ausloten, ob der Konflikt auch ohne Hilfe der Arbeitsgerichte gelöst werden kann. Wie eine Lösung aussehen kann, solle zunächst „intern erörtert werden“. •

Altersvorsorge

Metall-Rente gut im Rennen

Das Versorgungswerk Metall-Rente hatte nach eigenen Angaben „einen sehr erfolgreichen Start“. Bis Ende 2002 seien rund 40 000 Altersvorsorgeverträge mit einzelnen ArbeitnehmerInnen abgeschlossen worden. Damit verbunden sei ein Beitragsvolumen von knapp 50 Millionen Euro jährlich. Inzwischen lägen dem Versorgungswerk von IG Metall und Gesamtmetall Beitrittserklärungen von fast 3500 Arbeitgebern vor. Das Potenzial an ArbeitnehmerInnen sei damit auf 1,6 Millionen angewachsen.

Auch der Chemie-Pensionsfonds wird gut angenommen. Laut Konsortialführer HypoVereinsbank (HVB) sind ihm bereits 250 Betriebe beigetreten. Mindestens 100 weitere Unternehmen hätten Interesse bekundet. Insgesamt gebe es ein Potenzial von rund einer Million Beschäftigten für den Pensionsfonds. Nach Prognosen der HVB werden 25 bis 35 Prozent von ihnen den Fonds nutzen.

Die SPD-Bundestagsfraktion will im Frühjahr über eine verpflichtende Riester-Rente diskutieren, falls bis Ende 2002 weniger als vier Millionen Menschen eine private und weniger als 18 Millionen eine betriebliche Zusatzrente abgeschlossen haben. Nach bisheriger Schätzung liegen nur knapp drei Millionen Privatverträge vor. •

Highlights 2003: Das Gewerkschaftsjahr auf einen Blick

8.2.	30. Gründungstag des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB)
5.3.	DGB-Bundesausschuss, Berlin
8.3.	Internationaler Frauentag
13./14.3.	HBS, Hans-Böckler-Forum „Arbeits- und Sozialrecht“, Berlin
1.5.	„Menschlich modernisieren, gerecht gestalten“, zentrale 1.-Mai-Kundgebung Frankfurt/M.
2.5.	Veranstaltungen zum 70. Jahrestag der Zerschlagung der Gewerkschaften
11./12.6.	Gewerkschafts- und gesellschaftspolitisches Forum der IG Metall, Berlin
15.6.	Verleihung des DGB-Filmpreises, Filmfest Emden
17.6.	50. Jahrestag des Berliner Arbeiteraufstands
27.6.	GEW, Bundesweiter Tag der Bildung
6. – 10.10.	Gewerkschaftstag der Gewerkschaft NGG, Magdeburg
12. – 18.10.	Gewerkschaftstag der IG Metall, Hannover
18. – 25.10.	ver.di-Bundeskongress, Berlin

Drei Kongresse stehen 2003 für die Gewerkschaften im Vordergrund, alle drei im Oktober: Den Anfang macht die NGG, ihr folgen IG Metall und ver.di. Zudem jährt sich in diesem Jahr die Zerschlagung der Gewerkschaften durch die Nationalsozialisten zum 70. Mal. Und die IG BAU will mit einer Veranstaltung an den 50. Jahrestag des Berliner Arbeiteraufstands erinnern.

Mehr Termine im Internet: www.einblick.dgb.de; im Faxabruf: 0211 / 43 01 676

DGB-Offensive

Auf die Marktplätze!

Die Angriffe aus dem neoliberalen Lager gegen die Gewerkschaften haben an Schärfe zugenommen. Welche inhaltlichen Schwerpunkte der DGB 2003 dagegensetzt, beschreibt Hilmar Höhn, Pressesprecher des DGB-Bundesvorstandes.

Hilmar Höhn, 34, gelernter Verlagskaufmann und Journalist, ist seit dem 1. Januar 2003 Leiter der DGB-Bundespressestelle. Bis Ende 2002 war er wirtschaftspolitischer Korrespondent der *Frankfurter Rundschau* in Berlin.

Anders als sich Wirtschafts- und Arbeitgeberverbände im Verein mit ihren politischen und journalistischen Helfern das wünschten, haben SPD und Grüne im Herbst 2002 ihre parlamentarische Mehrheit verteidigt. Kein Wunder: Die Gewinner der Wahl waren mit dem Programm angetreten, Staat und Gesellschaft sozial gerecht zu modernisieren. Die von SPD und Grünen mitunter im Vagen gehaltene Zielsetzung deckt sich mit den Forderungen, die wir Gewerkschaften für die neue Legislaturperiode gestellt haben.

Und so richteten sich nach der Wahl die Angriffe der Verbände und vieler Medien nicht nur gegen das Notprogramm der Koalition: Auch die Gewerkschaften wurden in unerträglicher Weise angegriffen. Das gipfelte in dem Satz des Unions-Fraktionsvizes Friedrich Merz, es sei erschreckend, dass Gewerkschaftsfunktionäre „am helllichten Tage" im Kanzleramt ein und aus gingen. GewerkschafterInnen müssen Merz für so viel Offenheit dankbar sein. Er hat klar gesagt, was er und die Seinen wollen: **ArbeitnehmerInnen sollen keine Stimme mehr haben.** Denn: Man will ihnen tief in die Tasche greifen. Die Kosten der wirtschaftlichen Krise sollen durch Kürzungen zu Lasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, ihrer Familien und der Millionen Erwerbslosen ausgeglichen werden.

Eine Reihe von Spitzenstrategen im Kanzleramt hat im Dezember fast gleich lautende Vorschläge präsentiert. Keine Frage: Auch Teile der SPD und der Grünen wollen uns in die Ecke der Blockierer stellen. Natürlich werden wir zu Reformen nein sagen, die mehr und mehr Lebensrisiken privatisieren wollen. Das Ergebnis wäre: Die ArbeitnehmerInnen zahlen immer mehr in demokratisch nicht kontrollierte private Sicherungssysteme ein.

Dagegen setzen wir in diesem Jahr drei klare inhaltliche Signale:

■ Wir werden nicht zulassen, dass das Gesundheitssystem nach den Vorstellungen einiger Spitzenlobbyisten kaputtreformiert wird. Wir wollen das Selbstbedienungskartell der Ärzte brechen und durch mehr Wettbewerb im Gesundheitswesen das System selbst effizienter machen.

■ Wir wollen die BeitragszahlerInnen von den milliardenschweren versicherungsfremden Leistungen der Sicherungssysteme befreien. Das entlastet ArbeitnehmerInnen und mittelständische Betriebe und kann bis zu zwei Millionen Arbeitsplätze schaffen.

■ Wir müssen in den Betrieben eine Diskussion über den verstärkten Ausbau von Teilzeitarbeit führen. Vier Millionen Arbeitslose – Tendenz steigend – erfahren unsere Marktordnung als zutiefst unsozial und entwürdigend. Wenn etwas mehr als eine Million unserer KollegInnen, die es sich leisten können, für ein oder zwei Jahre auf einen Teil ihrer Arbeitszeit verzichten – im Schnitt etwa 20 Prozent –, könnten 250 000 neue Arbeitsplätze entstehen. Voraussetzung für unsere Bereitschaft zum Teilen ist, dass sich die Arbeitgeber verpflichten, die frei werdenden Mittel einzusetzen, um neue Stellen zu schaffen.

Klar: Eine Umverteilung von Arbeit bringt unser Land nicht wirklich voran. **Grundlegende Reformen in der deutschen und der europäischen Wirtschaftspolitik sind überfällig.** Die Zentralbank muss endlich auf einen vernünftigen Kurs einschwenken und mit weiteren Zinssenkungen der Konjunktur auf die Beine helfen. Erst wenn die Bank nicht mehr bremst, können wieder mehr Arbeitsplätze entstehen. Gleiches gilt für die Finanzpolitik. Es kann nicht sein, dass deutsche Finanzminister und Kämmerer – ob sie wollen oder nicht – ein Konsolidierungsprogramm nach dem anderen auflegen und so die Konjunkturflaute verlängern, die Wirtschaft ausbremsen, verhindern, dass neue Arbeitsplätze entstehen, und im Ergebnis erreichen, dass die öffentliche Verschuldung steigt.

Unsere Aufgabe 2003 ist es, diese Diskussion mit allen Parteien und auf allen Ebenen zu führen. Da mehr und mehr Journalisten dazu neigen, die Arie des Neoliberalismus unkritisch den LeserInnen zum Frühstück vorzubeten, ist es unsere Aufgabe, aus den Gewerkschaftshäusern heraus auf so viele Marktplätze wie möglich zu gehen und den BürgerInnen klar zu sagen, dass die Prediger des Verzichts nicht das Interesse der Allgemeinheit im Sinn haben, sondern Privilegien Privilegierter schützen und ausbauen wollen. **Zeigen wir denen, die die Umverteilung von unten nach oben empfehlen, dass das Vertrauen der Menschen in die Gewerkschaften ungebrochen ist.** Lasst uns dieses Vertrauen ausbauen. Lasst uns 2003 in die Offensive gehen, damit Deutschland vorankommt. •

Teilzeit schafft Beschäftigung

Eine Initiative für mehr Teilzeitarbeit hat der DGB-Vorsitzende Michael Sommer vorgeschlagen.

ArbeitnehmerInnen sollen prüfen, ob sie sich vorstellen können, für einen Zeitraum von ein oder zwei Jahren die Arbeitszeit zu reduzieren und auf einen Teil des Lohnes zu verzichten. „Wenn rund eine Million Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihre Arbeitszeit um durchschnittlich 20 Prozent reduzieren, könnten wir 250 000 neue Arbeitsplätze schaffen", so Sommer.

Die Arbeitgeber forderte er auf, ihre Teilzeitblockade aufzugeben und mit den Gewerkschaften einen Pakt für Beschäftigung zu schließen. Unverzichtbar sei dabei, dass „die Arbeitgeber die durch Arbeitszeitverkürzung frei werdenden Mittel 1:1 einsetzen, um neue, existenzsichernde Arbeitsplätze zu schaffen".

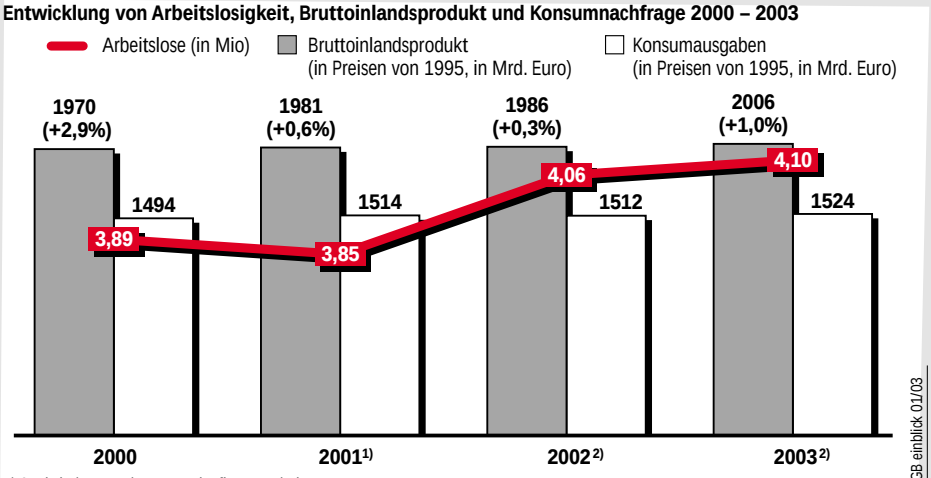
Postvertriebsstück G 45918 Vertrieb durch toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath

die DGB grafik

WSI-KONJUNKTURBERICHT: Auch 2003 fehlt der Schwung

Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland wird sich auch in diesem Jahr kaum verbessern, meint das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI). Selbst wenn die Weltwirtschaft sich erhole und der Krieg gegen den Irak ausbleibe, werde das Wachstum nur bei einem Prozent liegen. Das WSI plädiert deshalb dafür, die öffentlichen Investitionen vom Defizitkriterium des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes auszunehmen und den staatlichen Sparkurs auf bessere Zeiten zu verschieben.

Entwicklung von Arbeitslosigkeit, Bruttoinlandsprodukt und Konsumnachfrage 2000 – 2003



1) Statistisches Bundesamt, vorläufiges Ergebnis
2) WSI-Schätzung

Quelle: Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung

© DGB einblick 01/03

personalien

••• ***Dr. Norbert Kluge,*** 47, Referatsleiter in der Abteilung Forschungsförderung der Hans-Böckler-Stiftung, ist seit 1. Dezember 2002 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Europäischen Gewerkschaftsinstitut (EGI) in Brüssel. Schwerpunkt seiner Arbeit ist das Thema Europäisierung der industriellen Beziehungen.

••• ***Jürgen Lambrecht,*** 54 Referatsleiter im Bereich Finanzen/Verwaltung des DGB-Bundesvorstands, ist seit dem 1. Januar Referatssekretär im Bereich Finanzen/Controlling des DGB-Bezirks Nordrhein-Westfalen.

••• ***Eckhard Scholz,*** 65, Referatsleiter im Bereich Finanzen des DGB-Bundesvorstands, ist seit dem 1. Januar in Ruhestand. Ehrenamtlich arbeitet er weiter als Vorsitzender des DGB Mettmann.

••• ***Guido Meiners,*** 39, Mitarbeiter des DGB-Projekts „Workshop Zukunft", ist seit dem 1. Dezember Referatssekretär in der Abteilung Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik des DGB-Bezirks Sachsen.

14 TAGE

21./22.1. Klausurtagung des DGB-Bundesvorstands, Kagel

23.-25.1. Konferenz der Gewerkschaftsbünde der europäischen Hauptstädte, Rom

24.1. Beteiligung der IG BAU an einer Demonstration der Bauindustrie gegen die Sparpolitik von Bundesfinanzminister Hans Eichel, Frankfurt/M.

25.1. DGB Baden-Württemberg, Abschluss des Mentoring-Projekts „Martha Ebenhoch", Stuttgart

27.1. Holocaust-Gedenktag, Kranzniederlegung für die ermordeten GewerkschafterInnen in der KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen

29.1. ver.di, Funktionärskonferenz zur von der Bundesregierung geplanten Änderung des Ladenschlussgesetzes, Berlin

30.1.-1.2. Ausländerkonferenz der IG Metall, Sprockhövel

2.2. Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen

Tipp

Buch: *Hans-Peter Müller, Horst-Udo Niedenhoff, Manfred Wilke,* ***ver.di, Porträt und Positionen,*** *Deutscher Instituts-Verlag, Köln 2002, 360 Seiten, 28 Euro*

Mit ver.di ist eine Multibranchengewerkschaft entstanden, die „der Idee der Fachlichkeit und Beruflichkeit in Strukturen zunehmender Dezentralität und Autonomie Raum gibt", so lautet das Fazit der ersten umfassenden Studie zu ver.di. Detailliert zeichnen die Autoren deren oft mühevolle Entstehungsgeschichte nach und nehmen eine erste politische Positionsbestimmung vor.

Impressum *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** *einblick* Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Hermann J. Fischer, Christian Paulsen **Redaktion:** Anne Graef, Stephan Hegger, Norbert Hüsson (verantwortlich für diese Ausgabe), Ulrike Schenken (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Postfach 10 21 45, 40012 Düsseldorf, Tel.: 0211 / 43 01 544, Fax: 0211 / 43 01 497, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: red.einblick@t-online.de **Büro Berlin:** Tel.: 030 / 240 60 544 **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel.: 030 / 85 99 46 24, Fax: 030 / 85 99 90 92, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design, Sprockhövel **Grafiken:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel.: 0211 / 9 20 08-26, Fax: 9 20 08-38
Alle aktuellen *einblick*-Hintergrundtexte im Überblick: Fax-Abruf 0211 / 43 01 689
Nachdruck frei bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren.

Schlusspunkt

„Ich warte nur darauf, dass die CDU vorschlägt, dass die Ohrenbeichte bei Geistlichen ausreicht, um Steuerhinterziehung zu legalisieren."

DGB-Vorstand Heinz Putzhammer in einer Presseerklärung vom 9. Januar zu Vorschlägen der CDU, Steuerflüchtigen Amnestie zu gewähren, wenn sie ihre Steuerschuld anonym nachzahlen.

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 03.02.2003 2/03

DGB

DGB-Politik

Offensiv für Chancengleichheit

Mit einer Kommunikationsoffensive wollen die Gewerkschaften darauf reagieren, dass sie von Teilen der Politik und der Medien diffamiert werden. Während ihrer Klausur zum Jahresbeginn im brandenburgischen Kagel verabredeten die Gewerkschaftsvorsitzenden außerdem Offensiven für Ausbildungsplätze und für Chancengleichheit von Frauen und Männern.

Mit staatlichen Sanktionen sollen die Arbeitgeber notfalls zur Einhaltung einer Ausbildungsplatzgarantie gezwungen werden. Eine verbindliche Ausbildungsplatzgarantie sei „die Nagelprobe für das neue Bündnis für Arbeit“, bekräftigte DGB-Chef Sommer nach der Vorstandsklausur. Bündnistreffen machten künftig nur Sinn, wenn sie zu „klar abrechenbaren Vereinbarungen“ führten.

Gegen fortgesetzte „neoliberale Angriffe“ wollen sich die Gewerkschaften mit einer Kommunikationsoffensive zur Wehr setzen. Den Floskeln vom angeblich glückselig machenden Sozialabbau soll das Modell einer „sozial gerechten Modernisierung der Arbeits- und Lebenswelt“ entgegengesetzt werden. Dabei stehen vier Themen im Mittelpunkt:

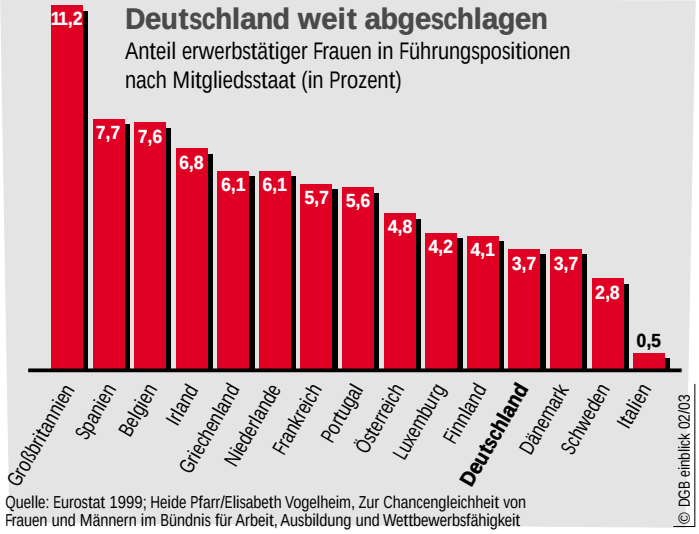
1. Eine andere, wachstumsfördernde Wirtschaftspolitik ist notwendig, um aus dem Teufelskreis der Massenarbeitslosigkeit herauszukommen.

2. Die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme muss auf eine neue Grundlage gestellt werden.

3. Die Kampagne einiger Interessenvertreter des Kapitals gegen Mitbestimmung in Unternehmen darf keinen Erfolg haben.

4. GewerkschafterInnen werden nicht zusehen, wie Flächentarifvertrag und Tarifautonomie auf dem Altar der Globalisierung geopfert werden.

Mit einem gleichstellungspolitischen Aktionsprogramm für die Privatwirtschaft setzen die Gewerkschaften 2003 auch das Thema Chancengleichheit ganz oben auf die Tagesordnung. Im Betriebsrat, in der Tarifkommission oder der Selbstverwaltung der Arbeitsämter: Überall da, wo GewerkschafterInnen selbst gestalten können, wollen sie die Gleichstellung der Geschlechter voranbringen. Auf sechs Handlungsfeldern sollen Impulse gegeben und konkrete Maßnahmen umgesetzt werden: Ausbildung, Qualifizierung, Arbeitszeitgestaltung, Entgeltgleichheit, Strukturwandel in den Betrieben sowie regionale Struktur- und Beschäftigungspolitik. Gender Mainstreaming muss eine Selbstverständlichkeit in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft werden“, fordert der DGB-Vorsitzende Michael Sommer. •



In die Vorstände der DAX-30-Unternehmen hat es bislang keine Frau geschafft.

plusminusBERLIN

+ ***Gesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) plant einen „Ärzte-TÜV“. Vergleichbar mit „Stiftung Warentest“ sollen die Bürger in einem „Zentrum für Qualität in der Medizin“ verständliche Informationen über Ärzte, Behandlungsmethoden und Medikamente bekommen.***

– ***Der FDP-Vorsitzende Guido Westerwelle will die Liberalen zu einer „Lobby für Arbeitslose“ machen, die statt „hoher Tarifabschlüsse für Arbeitsplatzbesitzer“ für eine „radikale Deregulierung des Arbeitsmarktes“ kämpft. Als Anreiz erhalten Arbeitslose ein halbes Jahr Beitragsfreiheit.***

inhalt

Seite 3
Woche der Abrechnung
Die IG BAU prüft, ob die Tariferhöhung bei den Beschäftigten ankommt

Seite 5
Regeln für die Zeitarbeit
Bei den Tarifverhandlungen für die Leiharbeit stehen beide Seiten unter wachsendem Druck

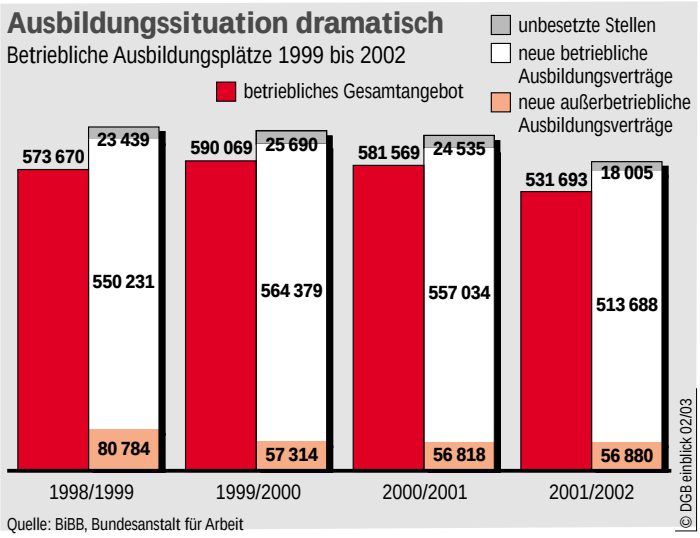
Seite 7
Will die SPD Stoiber rechts überholen?
Arbeitsrechtler Wolfgang Däubler hat verfassungsrechtliche Bedenken gegen den geplanten Abbau des Kündigungsschutzes

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.tarifvertrag.de
Aktuelle Informationen über die Kündigungstermine und Forderungen für die Tarifrunde 2003

Im Faxabruf

0211 / 43 01 661
Stellungnahme des DGB zum Steuervergünstigungsabbaugesetz (Auszüge)



Seit Beginn der 90er Jahre sinkt die Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze kontinuierlich. 1998/99 gab es ein Minus von 13 700 Ausbildungsstellen, 2001/2002 lag das Minus bei 50 000 gegenüber dem Vorjahr. Dabei setzte sich der Trend nach unten auch in den letzten Monaten des vergangenen Jahres fort. Im November und Dezember lag der Rückgang bei beinahe 15 Prozent. Die Ausbildungsplatzlücke liegt damit nahe am Rekordminus von 1998/99, wo fast 80 000 Ausbildungsplätze fehlten.

Frauentag 8. März

DGB fordert mehr Ganztagsschulen

Der DGB bekräftigt seine Forderung nach mehr ganztägigen Bildungs- und Betreuungseinrichtungen für Kinder aller Altersstufen. Im DGB-Aufruf zum Internationalen Frauentag 2003 heißt es, viele Frauen seien enttäuscht, „dass es mit dem Ausbau der Ganztagseinrichtungen so schleppend vorangeht". Um die Chancengleichheit von Frauen zu verbessern, seien zudem diskriminierungsfreie Tarifverträge nötig. •

Im Faxabruf: Aufruf zum Internationalen Frauentag 2003
0211 / 43 01 672

geplant... → beschlossen

Am 17. Juni will der DGB gemeinsam mit der Hans-Böckler-Stiftung und der Friedrich-Ebert-Stiftung an den 50. Jahrestag des Arbeiteraufstandes in der damaligen DDR erinnern. Gastredner sind Bundestagspräsident Wolfgang Thierse (SPD) und der Potsdamer Historiker Christoph Kleßmann.

Der DGB hat die Hans-Böckler-Stiftung gebeten, mit einem Forschungsprojekt zu untersuchen, wie sich eine Befreiung der unteren 250 Euro der Arbeitseinkommen von der Sozialversicherung auf den Arbeitsmarkt auswirkt und wie die dabei entstehenden Kosten gegenfinanziert werden können.

RentenPlus

Warentest lobt DGB-Angebot

Die Stiftung Warentest hat „RentenPlus", das private Altersvorsorgeprodukt des DGB für beamtete Gewerkschaftsmitglieder, unter die Lupe genommen – und für gut befunden. Es sei „auf jeden Fall attraktiv", heißt es in der Februarausgabe von Finanztest. Bei RentenPlus-Verträgen würden weniger Kosten abgezogen als bei individuell abgeschlossenen Riester-Verträgen. „Das führt zu einer höheren Rente", so die Zeitschrift der Stiftung Warentest. •

www.das-rentenplus.de

Bau-Rente

Zwei Prozent machen mit

2000 Baubetriebe haben im vergangenen Jahr für 20 000 ArbeitnehmerInnen die neue Bau-Rente vereinbart. Insgesamt kann sie von 100 000 Firmen für 1,5 Millionen Beschäftigte abgeschlossen werden. Das hat Soka-Bau, die Zusatzversorgungskasse des Baugewerbes, mitgeteilt. Weil die Bau-Rente alle steuerlichen Vorteile der Betriebsrentenreform nutze, könnten die Unternehmer ihre jährlichen Lohnnebenkosten um 350 Euro je Beschäftigten senken. Und die ArbeitnehmerInnen investieren „brutto für netto" in die Altersvorsorge. •

wiewardiewoche?

Horst Mund, 44, ist als Referatsleiter in der Abteilung Internationales des DGB für die Verbindung zum Internationalen Bund Freier Gewerkschaften und den Gewerkschaftsorganisationen in den Entwicklungsländern zuständig. Vom 23. bis 28. Januar war er beim Weltsozialforum in Porto Alegre, Brasilien.

Das zeitgleich mit dem Weltwirtschaftsforum in Davos stattfindende Weltsozialforum stand unter dem Motto „Eine andere Welt ist möglich". Während in Davos rund 2000 Teilnehmer waren, haben am dritten Weltsozialforum rund 150 000 Menschen teilgenommen. Die Veranstaltung in Porto Alegre war Treffpunkt von Menschen und Organisationen, die über Alternativen zum neoliberalen Kurs nachdenken. Während die ersten beiden Treffen dazu dienten, alternative Konzepte zum Neoliberalismus zu entwickeln, wurde diesmal daran gearbeitet, wie wir die Konzepte in die Tat umsetzen wollen. Kein leichtes Unterfangen, denn das Spektrum der TeilnehmerInnen war groß. Vom entschiedenen Globalisierungsgegner bis zu den moderaten Kritikern reichte die Palette, wobei zu Letzteren auch die Gewerkschaften gerechnet werden dürften. Wir waren dementsprechend auf beiden Veranstaltungen vertreten: Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer war zusammen mit Gewerkschaftern aus über 20 Organisationen aus der ganzen Welt in Davos. Ich bin gemeinsam mit mehr als 20 KollegInnen aus den Mitgliedsgewerkschaften in Brasilien gewesen.

Die Vielzahl der Ergebnisse von Porto Alegre kann man kaum übersehen – dazu bedarf es noch einiger Zeit. Aber ein Ergebnis kann man jetzt schon festhalten: Nach dem Weltsozialforum vor drei Jahren kam es anschließend in Florenz zum ersten Europäischen Sozialforum. Jetzt bahnt sich das erste Deutsche Sozialforum an. Genügend Organisationen und Menschen auf die Beine zu bringen sollte kein Problem sein: Neben Friedrich-Ebert- und Heinrich-Böll-Stiftung waren auch die PDS, attac und andere Organisationen vertreten. So eröffnen sich Chancen auf strategische Bündnisse für Zwecke, die einzelne soziale Bewegungen allein kaum in Angriff nehmen können.

IG BAU macht „Woche der Abrechnung“

„Da ist was für dich drin“

Mit der Lohnabrechnung im September gab es auf den Baustellen manchenorts lange Gesichter: Nicht überall machten sich die Ergebnisse des Streiks in höheren Löhnen und Eingruppierungen bemerkbar. Für die IG BAU Anlass, vor Ort mit den Betroffenen den Inhalt der Lohntüten zu inspizieren. Ein großes Hallo war den „Kontrolleuren“ der Gewerkschaft dabei sicher.

„Ich bin mit dem Tarifergebnis zufrieden. Dafür haben wir ja gestreikt. Ich habe meinen Lohnzettel schon überprüft. Es stimmt alles“, sagt Manfred Vick von der Hamburger Firma H.C. Hagemann gegenüber den Kollegen von der IG BAU. Die nahmen sich Ende vergangenen Jahres statt der ursprünglich vorgesehenen 300 über 2500 Baustellen bundesweit vor, weil sie schnell merkten, dass sie in ein Wespennest gestochen hatten. Inzwischen ziehen die Aktiven ein vorläufiges Fazit. Tom Lanzendörfer, als Fachreferent im Referat Organisation und Werbung der Gewerkschaft zuständig: „Überall dort, wo aktiv gestreikt wurde, wo sich die Kollegen um ihre ureigensten Anliegen gekümmert haben, da ist die Tariferhöhung seit 1. September auch in den Lohntüten angekommen. Dort, wo nicht gestreikt wurde, sieht es anders aus.“ Und das war häufig bei kleineren Bauunternehmen, bei Subunternehmern und nicht verbandsgebundenen Firmen der Fall.

Gemeinsam mit dem Kampagnenteam „Orka“ – das die Betriebsratskampagne in den Filialen der Drogeriekette Schlecker entwickelte und zurzeit an der Gesundheitskampagne für ver.di arbeitet – wurde die Kampagne der IG BAU im Eiltempo in Arbeitsgruppen entwickelt.

Dann ging's gemeinsam mit Ehrenamtlichen auf so viele Baustellen wie eben möglich. Im direkten Kontakt mit den Beschäftigten wurden Probleme bei der Umsetzung der Tarifverträge besprochen. Inzwischen bietet die Gewerkschaft mittels einer telefonischen Hotline (0 18 01 - 44 22 83) allen Kollegen an, kurzfristig mit ihr in Kontakt zu treten. Ob über telefonische Absprache mit den IG BAU-Büros vor Ort, über die Durchführung von Sondersprechstunden vor Arbeitsbeginn oder nach Feierabend und an Samstagen: Die IG BAU ist für ihre Mitglieder jederzeit erreichbar.

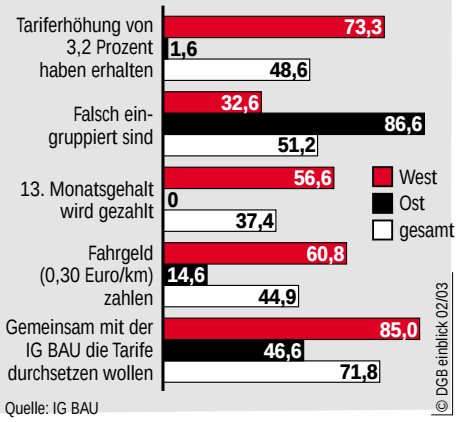
Unterschiede in der Resonanz auf die „Woche der Abrechnung“ gab es – wen wundert's – im Ost-West-Vergleich. „Dort, wo gestreikt wurde, ist die Aktion auch in den neuen Ländern gut gelaufen. Wo es im Streik Probleme gab, da haben die Arbeitgeber auch nachher in der Regel nicht mehr in die Lohntüte gesteckt“, weiß Tom Lanzendörfer zu berichten. Die Reaktion der Arbeitgeber auf den Lohntütencheck der IG BAU: Sie haben oft den Zugang zur Baustelle verboten, wenn die Gewerkschafter für sie erkennbar auftraten. Allerdings ging es auch in solchen Fällen oft anders aus, als es den Bauunternehmern lieb sein konnte. „Wenn die Kollegen auf den Baustellen gemerkt haben, das bringt uns was, dann wurden die Besprechungen in Kneipen, Container oder an andere Orte verlegt.“

Dennoch zieht Lanzendörfer auch für den Osten ein positives Fazit der Aktion. So sei man immerhin an der ein oder anderen Stelle miteinander ins Gespräch gekommen, „gute Einzelkontakte sind entstanden“. Und keine Frage: Natürlich steht am Ende der Aktion „Da ist was für dich drin“ auch in der Mitgliederbilanz ein positives Vorzeichen. Während es sonst nach einem Streik in der Regel eher zu Mitgliederverlusten kommt, konnte die IG BAU seit Beginn der Kampagne die Zahl der Neuaufnahmen im Bauhauptgewerbe deutlich steigern: 65 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. •

„Da ist was für dich drin“ – am 1. April vielleicht zum nächsten Mal, wenn die IG BAU die zweite Stufe der Lohnerhöhung „kontrolliert“.

Auch im Westen bröckelt's

IG BAU-Umfrage zur Umsetzung der Tarifverträge (in Prozent)



Quelle: IG BAU

Zusätzlich zur Baustellenaktion befragte die IG BAU ihre Mitglieder zur Umsetzung des Tarifvertrages mit einer Postkarte in der Mitgliederzeitschrift Grundstein. Im Ergebnis ohne größere Überraschung: Tarifliche Ansprüche werden oft verletzt. Dass im Osten so gut wie kein 13. Monatsgehalt gezahlt wird, hat einen anderen Grund: Es existiert als tarifliche Leistung dort nicht.

Engagement mit Folgen

Ob es auf Deutschlands Baustellen überall mit rechten Dingen zugeht, fragte die Mitgliederzeitschrift der IG BAU in ihrer Januarausgabe und beantwortete diese Frage auch gleich selbst. Danach werden die ärgsten Vorstellungen immer wieder von der Realität eingeholt.

Waren es in der Vergangenheit zahlreiche Baustellen – darunter oft genug auch Regierungsgebäude in der Bundeshauptstadt – auf denen illegale Arbeiter auftauchten und so das Engagement der IG BAU rechtfertigten, so traten im Kontext der Tariftreue zwei andere Fälle zutage: In Münden bei Göttingen stellte die Polizei einen mit drei Haftbefehlen gesuchten flüchtigen Baulöwen, der seine 16 Beschäftigten um beträchtliche Geldsummen geprellt hatte.

Göttingens IG BAU-Geschäftsführer war es auch, der sich mit dem Osteroder Landrat Bernhard Reuter angelegt hat, weil der sich bei der Vergabe von Aufträgen nicht von der Tariftreue des Herzberger Unternehmens Küster Bau GmbH überzeugt hatte. Das Unternehmen hatte Urlaubstage gestrichen, eigenmächtig die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall gekürzt, Weihnachtsgeld einbehalten und – nicht zuletzt – auch die Tariferhöhungen nicht gezahlt.

PROJEKTE UND PARTNER

Ruhrfestspiele 2003

Bessere Welten gesucht

Im Irak droht Krieg, die Weltwirtschaft stockt, und in Deutschland wütet der Rotstift. Nicht zufällig fragt da das 13. Europäische Festival der Ruhrfestspiele Recklinghausen nach „Besseren Welten?". Schauspieler und Tänzer aus acht Ländern suchen vom 1. Mai bis 15. Juni nach Antworten. An der düsteren Wirklichkeit zerbricht Henrik Ibsens „Nora" ebenso wie William Shakespeares „König Lear". Den grauen Schulalltag knacken dagegen die Clowns des Luxemburger Nationaltheaters mit knallbunter Anarchie. Heitere Wege aus dem Erziehungswahn zeigt das Kabarettistenpaar Lisa und Nepo Fitz. Musikalisch ist Udo Lindenberg mit der Revue „Atlantic Affairs" dabei, für Konzerte sind „Fettes Brot" und die „Beatsteaks" gebucht. Gesellschafter des Festivals sind die Stadt Recklinghausen und der DGB. Karten sind deshalb für GewerkschafterInnen billiger. •

Tel. 0 23 61 / 92 18 0
Fax 0 23 61 / 92 18 18
kartenstelle@ruhrfestspiele.de

Arbeit und Leben

Radioworkshop und Fotokurs

Knapp 100 Veranstaltungen bündeln die „Jugendseminare 2003" der Bundesarbeitsgemeinschaft Arbeit und Leben von DGB und Volkshochschulen. Zum Programm gehören der Radioworkshop „Girls On Air" (24.–28. Februar, Berlin, 120 Euro), eine ökologische Alpenreise (9.–13. September, Kreuzthal, 100 Euro) und das Fotoseminar „Bright Light – Big City" (12.–17. Oktober, Oberursel, 90 Euro). •

Arbeit und Leben
Tel. 0211 / 43 01 150
Fax 0211 / 43 01 103

Techno-Beratung

Bundesweit kompetent

Das Netzwerk der Technologieberatungsstellen (TBS-Netz) präsentiert sich in einer neuen Broschüre. Detailliert informiert das Heft über die Leistungen der bundesweit 16 Beratungsstellen und ihrer 27 regionalen Niederlassungen. Mehr als 100 Fachleute beraten von Hamburg bis München und von Berlin bis Saarbrücken Betriebs- und Personalräte, ArbeitnehmerInnen und Firmenchefs rund um Computerarbeit, Umstrukturierung, Personalentwicklung und Gesundheitsschutz. •

TBS-Netz
Fax 0208 / 82 07 641
www.tbs-netz.de

interregio

••• Der ***DGB Hessen*** hat ein ***Verbindungsbüro*** in Wiesbaden eröffnet. Es soll „ein Ohr direkt in der Landeshauptstadt" sein, so der hessische DGB-Vorsitzende Stefan Körzell. Sitz des DGB Hessen ist Frankfurt/M. Leiter des Büros in Wiesbaden ist Hans Schwarz. Tel. 0611 / 40 10 53, Fax 0611 / 40 01 71 E-Mail: *Hans.Schwarz@dgb.de*

••• Die ***DGB-Region Köln*** lädt für den 15. Februar zur ***Veranstaltung*** „Zukunftsperspektiven" in den Kölner KOMED-Media-Park ein. In Zusammenarbeit mit der Hans-Böckler-Stiftung sollen anlässlich des 52. Todestages des ersten DGB-Vorsitzenden Hans Böckler dessen Vorstellungen in Zeiten der Globalisierung unter dem Titel „gestern @ heute" diskutiert werden. Anmeldung bis zum 12. Februar per E-Mail: *koeln@dgb.de*

Globalisierung I

Mitreden beim Welthandel

Die weltweite Liberalisierung der Dienstleistungsmärkte ist das Ziel eines neuen WTO-Abkommens. Doch über den Inhalt des für 2005 geplanten „General Agreement on Trade in Services" (GATS) diskutieren die nationalen Regierungen weitgehend hinter verschlossenen Türen. Mit einer Unterschriftenaktion fordern Nichtregierungsorganisationen, darunter auch ver.di und GEW, mehr Mitsprache. Die Kampagne läuft bis 15. Februar. Listen gibt's zum Runterladen im Internet. •

GATS-Bündnis, c/o attac
Münchener Str. 48
60349 Frankfurt/M.
www.gats-kritik.de

Ausstellung

Die Arbeit der Zukunft

Die Deutsche Arbeitsschutzausstellung (DASA) verlängert ihre Sonderschau „Vision 21 – Wie wollen wir morgen arbeiten?". Noch bis zum 16. März geben eine so genannte Kommunikationslandschaft, ein Kleinstroboter und eine hypermoderne Computerkasse Einblick in die Arbeitswelt der Zukunft. Der Eintritt ist kostenlos. •

DASA
Friedrich-Henkel-Weg 1-25
44149 Dortmund-Dorstfeld
Di-Sa 9-17 Uhr, So 10-17 Uhr
www.baua.de/dasa

Hans-Böckler-Forum

Arbeitsrecht im Kreuzfeuer

Neuerungen im Arbeits- und Sozialrecht diskutieren die TeilnehmerInnen des Hans-Böckler-Forums am 13. und 14. März in Berlin. In parallel laufenden Foren geht es um Entgeltflexibilisierung, Änderungen im Schuldrecht, Datenschutz im Betrieb, Weiterbildung und die Vorschläge der Hartz-Kommission. Die Teilnahme ist kostenlos. Anmeldeschluss ist der 17. Februar. •

Hans-Böckler-Stiftung
Jeanette König
Hans-Böckler-Str. 39
40476 Düsseldorf
Tel. 0211 / 77 78 111
Fax 0211 / 77 78 41 11
www.boeckler.de

Globalisierung II

Alternativen einbringen

Der Protest gegen eine Globalisierung nach den Vorstellungen der Konzerne formiert sich. Was Gewerkschaften beitragen können, zeigt das Seminar „Vom Widerstand zu Alternativen" vom 14. bis 16. März in Basel. Mitorganisator der Veranstaltung ist das DGB-Bildungswerk. Die Teilnahme ist kostenlos, Anmeldeschluss ist der 28. Februar. •

DGB-Bildungswerk
Tel. 0211 / 43 01 258
Fax 0211 / 43 01 500
nord-sued-netz@dgb-bildungswerk.de
www.nord-sued-netz.de

Migration

Arbeiten ohne Erlaubnis

Wer in Deutschland ohne Aufenthalts- oder Arbeitserlaubnis jobbt, ist seinem Chef keineswegs ausgeliefert. Welche Ansprüche Betroffene stellen sollten und wer kompetent berät, erklärt das Heft „Rechte aus dem Arbeitsverhältnis – Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen ohne Aufenthalts- und/oder Arbeitserlaubnis". Den Ratgeber des Bereichs Migration und Qualifizierung des DGB-Bildungswerks gibt's im Internet oder per Post. •

Der Setzkasten
Fax 0211 / 408 00 90 40
mail@setzkasten.de
www.migration-online.de

Zeitarbeit

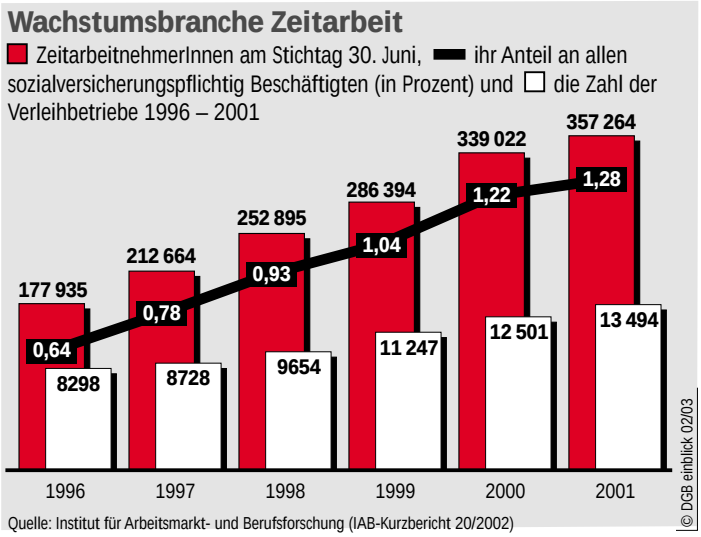
Druck auf Tarifparteien wächst

Sowohl die DGB-Gewerkschaften als auch die Verbände der Zeitarbeitsunternehmen stehen unter wachsendem Druck. Beide Tarifparteien haben ein starkes Interesse, möglichst rasch Leiharbeit zu tarifieren.

Die Zeitarbeitsbranche muss umdenken. Ab 2004 gilt dank Hartz-Gesetz das Gleichbehandlungsgebot. Dann müssen die Verleiher ihren Leuten die Entgelte zahlen, die im Betrieb des Entleihers gezahlt werden. „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ hieß das früher, heute „equal pay“. Das kommt die Branche teuer zu stehen; 2001 verdienten LeiharbeitnehmerInnen im Westen knapp 60, im Osten knapp 70 Prozent des Durchschnittslohns.

Dass die Verleiher tiefer in die Tasche greifen müssen, wird ihnen allerdings kräftig honoriert. Im Gegenzug entfallen alle Verbote des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes: das Befristungsverbot (Zeitarbeiter dürfen künftig mehrfach hintereinander an ein und denselben Entleiher verliehen werden), das Wiedereinstellungsverbot (Zeitarbeiter dürfen künftig beliebig oft geheuert und gefeuert werden) und das Synchronisationsverbot (die zeitgleiche Befristung eines Jobs beim Verleiher und beim Entleiher ist ab 2004 wiederholt möglich). Zudem entfällt die Beschränkung der Überlassungsdauer auf 24 Monate.

Ein weiterer Vorteil für die Verleiher, der gleichzeitig ihr Interesse an Tarifverträgen erklärt: Bis Mitte 2003 soll in jedem Arbeitsamtsbezirk mindestens eine Personal-Service-Agentur (PSA) entstehen; diese Agenturen sollen bundesweit allein in diesem Jahr 50 000 ehemals Arbeitslose verleihen – doch an diesem Geschäft können sich die Verleiher nur beteiligen, wenn sie einen Tarifvertrag vorweisen.



Die Zahl der LeiharbeitnehmerInnen hat sich innerhalb der letzten fünf Jahre verdoppelt. Ihr Anteil an den Beschäftigten insgesamt erhöhte sich kontinuierlich, 2001 betrug er 1,3 Prozent.

Vom Gleichbehandlungsgebot können sie außerdem abweichen – wenn ein Tarifvertrag das zulässt. Für die DGB-Gewerkschaften eine ungewöhnliche Situation. Treten sie normalerweise an, um Standards zu tarifieren, sollen sie jetzt Abweichungen davon verhandeln. Gleichwohl lassen sie sich darauf ein. Weil sie, so der Leiter der Tarifabteilung der IG Metall, Armin Schild, die „historische Chance“ nutzen wollen, in der Zeitarbeit ein relativ einheitliches Tarifniveau sicherzustellen. Und das, obwohl sie in den Verleihbetrieben nicht streikfähig sind.

Hinzu kommt: Die DGB-Gewerkschaften müssen den Beweis antreten, dass Zeitarbeit und Gleichbehandlungsgebot zusammenpassen. „Wenn nicht, haben wir den schwarzen Peter“, so Nicola Hirsch, Arbeitsmarktexpertin des DGB Nordrhein-Westfalen.

Beeilen müssen sich die DGB-Gewerkschaften auch, weil ihnen sonst andere zuvorkommen. Bereits Mitte Dezember 2002 hat die Tarifgemeinschaft Christlicher Gewerkschaften, Sitz Duisburg, mit der Münsteraner Zeitarbeitsfirma Prinz und Partner einen Tarifvertrag abgeschlossen. Er ist zwar „völlig inakzeptabel“, urteilt DGB-Vorstand Heinz Putzhammer, aber der erste Vertrag seiner Art. Danach gilt der Gleichbehandlungsgrundsatz erst „ab dem 37. Monat des ununterbrochenen Einsatzes“. Das ist sogar eine Verschlechterung des noch geltenden Überlassungsgesetzes. Danach haben Zeitarbeiter ab dem 13. Monat Anspruch auf die im Entleihbetrieb üblichen Verdienste.

Erfahrungen mit Tarifabweichungen haben auch die DGB-Gewerkschaften. Sie kennen sogar Einstiegstarife für Arbeitslose. Er beträgt in der Chemie-Industrie West beispielsweise 90 Prozent.

Daran dürften sich die Gewerkschaften in den Verhandlungen mit den Verleiherverbänden orientieren. Ebenso an den Haustarifen, die sie bisher allein in NRW mit 19 Zeitarbeitsfirmen abgeschlossen haben. Als der beste gilt der Vertrag mit Start Zeitarbeit NRW. Dort ist der Gleichbehandlungsgrundsatz schon seit Jahren Realität. Was allerdings Probleme bereitet hat. Seit Jahresanfang – und befristet bis Ende März – gilt dieses Prinzip für Helfertätigkeiten nicht mehr. Zeitarbeitern, die keine oder eine geringe Ausbildung haben, zahlt Start nur noch 7,70 Euro pro Stunde. •

Daten und Perspektiven

In der Zeitarbeit herrscht extreme Fluktuation. 2001 dauerten 11 Prozent der Leiharbeitsverhältnisse kürzer als eine Woche, nur 40 Prozent drei Monate und länger. Laut einer Verbandsumfrage finden 29 Prozent der Zeitarbeiter innerhalb eines Jahres eine Stelle außerhalb der Verleihbranche. 40 Prozent waren 2001 unmittelbar vorher beschäftigt, 60 Prozent nicht; die meisten von ihnen waren zuvor bis zu einem Jahr lang arbeitslos.

Ob sich die Leiharbeit weiterhin so dynamisch entwickelt wie in den vergangenen Jahren, ist ungewiss. Internationale Erfahrungen deuten zwar darauf hin, „dass hier zu Lande das Ende der Fahnenstange noch nicht erreicht ist“, schätzt Arbeitsmarktforscher Ulrich Walwei vom IAB. Doch er hat auch Entwicklungshemmnisse entdeckt:

- ***Personalverantwortliche geben internen Verfahren der Flexibilisierung von Personalkapazitäten wie zum Beispiel Arbeitszeitkonten den Vorzug gegenüber externen Methoden.***
- ***Je deregulierter das Normalarbeitsverhältnis ist, desto weniger Bedarf könnte es für davon abweichende Erwerbsformen geben.***
- ***Je stärker sich im Laufe der nächsten Jahre der Fachkräftemangel abzeichnet, desto eher werden die Betriebe ihr Stammpersonal halten müssen.***

kurz&bündig

Die IG Metall hat ihren 5. Kunstpreis unter das Motto „Vielfalt solidarisch gestalten“ gestellt. Gesucht werden Werke, die sich mit den tiefgreifenden Veränderungsprozessen in der Gesellschaft beschäftigen. Einsendeschluss für den mit insgesamt 18 000 Euro dotierten Preis ist der 3. April.

Parallel zu den Internationalen Filmfestspielen Berlinale vom 6. bis 16. Februar öffnet im ver.di-Haus am Potsdamer Platz in Berlin das „Café Verdinale“. Das Café soll ein Treffpunkt für FilmemacherInnen und „junge Menschen, die zum Film wollen“, sein. Eine Website ist unter *www.verdi.de/cafeverdinale* ***online.***

Der IG BAU-Vorsitzende Klaus Wiesehügel will der Krise am Bau mit einer „Anti-Schwarzarbeiter-Prämie“ begegnen. Private Hausbauer, die auf Schwarzarbeit verzichten, sollen die dadurch anfallende Mehrwertsteuer bei ihrer Steuererklärung geltend machen können.

ver.di und der Bundesverband der bildgestaltenden Kameramänner und -frauen (bvk) haben einen Kooperationsvertrag unterzeichnet. ver.di erkennt durch den Vertrag den bvk als berufsständische Vetretung an. bvk-VertreterInnen nehmen künftig gemeinsam mit ver.di-VertreterInnen an den Tarifverhandlungen im Bereich Film- und Fernsehschaffende teil.

DGB-Beschäftigte

Neues Tarifsystem ermöglicht flexible Bezahlung

Die Bezahlung der bundesweit 900 DGB-Beschäftigten wird in Zukunft stärker nach beruflichen Aufgaben, fachlicher Qualifikation und Belastung am Arbeitsplatz differenziert. Darauf haben sich nach mehrjährigen Verhandlungen am 23. Januar der Bundesvorstand und der Gesamtbetriebsrat des DGB in einer Betriebsvereinbarung verständigt.

Kernpunkt des neuen Entgeltsystems, das den bereits seit 1977 gültigen Tätigkeitskatalog für die DGB-Beschäftigten ablöst, ist die Einführung von zehn Entgeltgruppen mit jeweils einer Grund- und Hauptstufe sowie zwei funktionsbezogenen Zusatzstufen. Ausschlaggebend für die Eingruppierung sind neben der fachlichen und methodischen Qualifikation auch die soziale Kompetenz und die Übernahme von Verantwortung für den Organisationserfolg.

Das neue Entgeltsystem greift bei Neueinstellungen ab April, für bereits Beschäftigte ab Oktober. Beschäftigte, die auf Grund des neuen Gehaltssystems niedriger eingruppiert werden, erhalten die Differenz als festgeschriebene Zulage. Zulagen ab 300 Euro werden zudem bei künftigen Entgelterhöhungen berücksichtigt. Nicht unter das neue Gehaltssystem fallen neben den Mitgliedern des Geschäftsführenden Bundesvorstands und den Bezirksvorsitzenden auch die Vorstandssekretäre. •

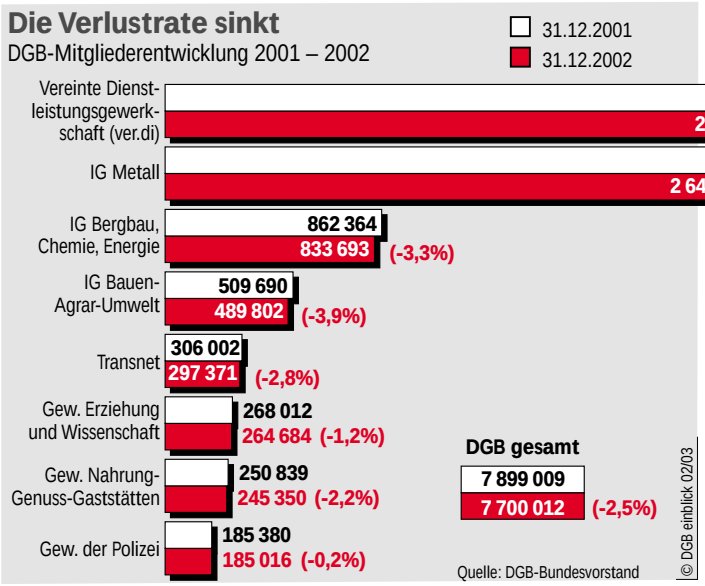
Irak-Konflikt

DGB ruft zu Protesten auf

Bundesweit beteiligen sich DGB und Gewerkschaften an Demonstrationen gegen den drohenden Angriffskrieg der USA gegen den Irak. Sie melden sich mit Antikriegsaufrufen zu Wort, starten Unterschriftenaktionen oder rufen zur Teilnahme an Protestveranstaltungen und Kundgebungen auf. In jüngster Zeit beispielsweise in Köln, Hamburg oder Erfurt. Jetzt steht die Mobilisierung für den europaweiten Aktionstag der Friedensbewegung am 15. Februar in Berlin im Mittelpunkt, zu der auch der Geschäftsführende DGB-Bundesvorstand (GBV) aufruft. Eine militärische Intervention im Irak bringe unkalkulierbare politische und ökonomische Risiken mit sich, so der DGB. Sie könne zu einer Destabilisierung des gesamten Nahen Ostens führen.

Der DGB Bayern veranstaltet bereits am 8. Februar in München eine Demo gegen den Irak-Krieg, gemeinsam mit Oberbürgermeister Christian Ude (SPD), beiden Kirchen, Kreisjugendring und Kinderschutzbund. Zeitgleich findet in der Bayern-Metropole die Nato-Sicherheitskonferenz statt, gegen die der DGB aber ausdrücklich nicht protestiert. Er hat sich damit vom Friedensbündnis der Stadt den Vorwurf eingehandelt, die Friedensbewegung spalten zu wollen. ver.di München löst diesen Konflikt auf ihre Art: Sie ruft ihre Mitglieder auf, „zuerst an der DGB-Kundgebung am Odeonsplatz teilzunehmen und anschließend zum Marienplatz zu kommen“. •

Im Faxabruf 0211 / 43 01 683 „Für eine friedliche Lösung des Irakkonflikts – Nein zum Krieg gegen den Irak“, Aufruf des DGB zur Demonstration am 15. Februar



Der Mitgliederverlust hält an: Ende 2002 hatten die acht DGB-Gewerkschaften exakt 198 997 Mitglieder weniger als ein Jahr zuvor. Die Verlustrate von 2,5 Prozent ist allerdings geringer als zuvor. Sie hatte 2000/2001 noch 3,9 Prozent (–323 792) betragen. Die „Trendwende ist in Sicht“, so der DGB.

Kündigungsschutz

„Will die SPD Stoiber rechts überholen?“

Verfassungsrechtliche Bedenken erhebt der Arbeitsrechtler Wolfgang Däubler gegen die Vorschläge zum Abbau des Kündigungsschutzes.

■ SPD-Politiker überschlagen sich mit Vorschlägen zum Abbau des Kündigungsschutzes, Arbeitgeber und Presse sind begeistert. Was meinen die Juristen?

■ *Wer mehr den Arbeitgebern zuneigt, freut sich, weil's nun auch ohne CDU-Wahlsieg in die gewünschte Richtung geht. Wer eher auf Arbeitnehmerseite steht, fragt sich: War nicht die Wiederherstellung des vollen Kündigungsschutzes ein zentraler Punkt, dem die SPD 1998 ihren Wahlsieg zu verdanken hatte?*

Wolfgang Däubler, 63, ist Professor für deutsches und europäisches Arbeitsrecht, bürgerliches Recht und Wirtschaftsrecht an der Uni Bremen.

■ Wie starr ist denn der Kündigungsschutz wirklich?

■ *Von Starrheit könnte man nur reden, wenn das Kündigungsschutzgesetz jeden Arbeitnehmer zum Lebenszeitbeamten machen würde. So ist es aber nicht. Wenn der Arbeitgeber einen ausreichenden Grund hat, ist eine Kündigung immer möglich.*

■ Und wie stark ist der Kündigungsschutz im Vergleich zu anderen europäischen Ländern?

■ *Die Bundesrepublik rangiert innerhalb der EU im letzten Drittel. In den Niederlanden benötigt der Arbeitgeber für jede Kündigung eine staatliche Genehmigung. In Österreich und in Italien ist auch bei gerechtfertigter Kündigung immer eine Abfindung zu bezahlen. In Frankreich beginnt der Kündigungsschutz beim ersten Arbeitnehmer. Unser schwacher Kündigungsschutz ist für multinationale Unternehmen geradezu ein Anreiz, Personalabbau bei uns und nicht in diesen Ländern durchzuführen.*

■ Wie hoch ist das juristische Risiko eines Unternehmers, einen sechsten Mitarbeiter einzustellen?

■ *Gering. Wenn er aus wirtschaftlichen Gründen wieder Personal abbauen muss, kann er das jederzeit tun. Die soziale Auswahl macht hier sehr viel weniger Schwierigkeiten als in einem Großbetrieb.*

■ In wie vielen Fällen gewinnen ArbeitnehmerInnen eine Kündigungsschutzklage?

■ *In ca. 80 Prozent aller Fälle kommt es zu einer Einigung: Der Arbeitnehmer akzeptiert die Kündigung, und der Arbeitgeber bezahlt eine Abfindung. Lediglich in etwa zehn Prozent der Fälle wird ein Urteil gesprochen; dabei gewinnen in vier von zehn Prozessen – so wird geschätzt – die ArbeitnehmerInnen.*

■ Wie oft müssen Betriebe, die entlassen, durch alle drei Gerichtsinstanzen marschieren?

■ *Das sind absolute Ausnahmefälle. Wenn es jedes Jahr vielleicht zwei Millionen Kündigungen gibt, so kommen rund 500 Kündigungsschutzverfahren vors Bundesarbeitsgericht.*

■ Lässt sich das Prozedere bei Kündigungen entbürokratisieren?

■ *Das Verfahren bis zur Kündigung ist von Gesetzes wegen keineswegs bürokratisch. Wenn eine Personalabteilung lange für ihre Entscheidungen braucht, ist daran nicht das Gesetz schuld. Schwierig kann es nur werden, wenn in größeren Betrieben eine soziale Auswahl notwendig wird. Hier bietet aber Paragraph 1 Absatz 4 des Kündigungsschutzgesetzes die Möglichkeit, durch Personalrichtlinien ein Punktesystem einzuführen, das die ganze Angelegenheit transparent und leicht zu handhaben macht.*

■ Es wird vorgeschlagen, dass der Arbeitgeber in Betrieben zwischen sechs und zehn Mitarbeitern in den ersten vier Jahren nach der Einstellung frei kündigen kann, wenn er eine Abfindung in Höhe eines Monatsgehalts pro Jahr der Betriebszugehörigkeit zahlt. Wäre das eine Vereinfachung?

■ *Ich glaube kaum. Eine Kündigung ohne jeden sachlichen Grund ist schon aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht möglich. Und außerdem würden die Arbeitgeberverbände aufheulen: Bisher bekommen nur etwa 20 Prozent aller gekündigten Arbeitnehmer überhaupt eine Abfindung, weil die meisten ja nicht vor Gericht gehen.*

■ Bundesarbeitsminister Clement plädiert für einen so genannten gleitenden Kündigungsschutz: Wird eine sechste Kraft eingestellt, soll der Schutz nur für sie, nicht für die gesamte Belegschaft gelten. Ist eine solche Ungleichbehandlung rechtens?

■ *Da hätte ich erhebliche Bedenken. Gerade die schon lange im Kleinbetrieb Tätigen würden keinen Kündigungsschutz bekommen, während „der Neue“ besser dastünde.*

■ NRW-Arbeitsminister Schartau möchte den Kündigungsschutz bei Wiederbeschäftigung älterer Arbeitsloser lockern. Was halten Sie davon?

■ *Im Wahlprogramm der CDU stand das so genannte Optionsmodell für Ältere: Bei der Einstellung sollten die Arbeitsvertragsparteien entscheiden, ob es richtigen Kündigungsschutz oder nur eine Abfindung gibt. In Wirklichkeit läuft so etwas natürlich auf ein Wahlrecht des Arbeitgebers hinaus. Will man Stoiber rechts überholen?* •

Gefeuert – schnell und einfach

Das Kündigungsschutzgesetz gilt erst in Firmen ab sechs Beschäftigten, d.h. nur in jedem dritten Betrieb, denn zwei Drittel aller Unternehmen beschäftigen weniger als sechs Mitarbeiter.

Eine Kündigung muss nur eine Bedingung erfüllen, sie muss begründet sein. Und das ist sie, wenn sie als betriebsbedingt, personen- oder verhaltensbedingt gelten kann. Typische Kündigungsgründe: Auftragsmangel, Rationalisierung, Umstrukturierung.

Gekündigt werden kann mit einer Frist von vier Wochen. Hat das Arbeitsverhältnis zwei, fünf, acht, zehn, zwölf oder 15 Jahre bestanden, beträgt die Kündigungsfrist einen Monat bzw. zwei, drei, vier, fünf oder sechs Monate zum Monatsende.

Von 1996 bis 1998 galt der Kündigungsschutz nur in Betrieben ab elf Beschäftigte. Es gibt keinen Beleg, dass deshalb mehr Jobs geschaffen worden sind. Der Vorsitzende der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen, Ottmar Schreiner, hält einen Abbau des Kündigungsschutzes aus einem weiteren Grund für überflüssig: „Die allgemein übliche Probezeit von sechs Monaten und die Möglichkeit, Beschäftigte ohne sachlichen Grund bis zu zwei Jahre befristet einzustellen, sind völlig ausreichend.“

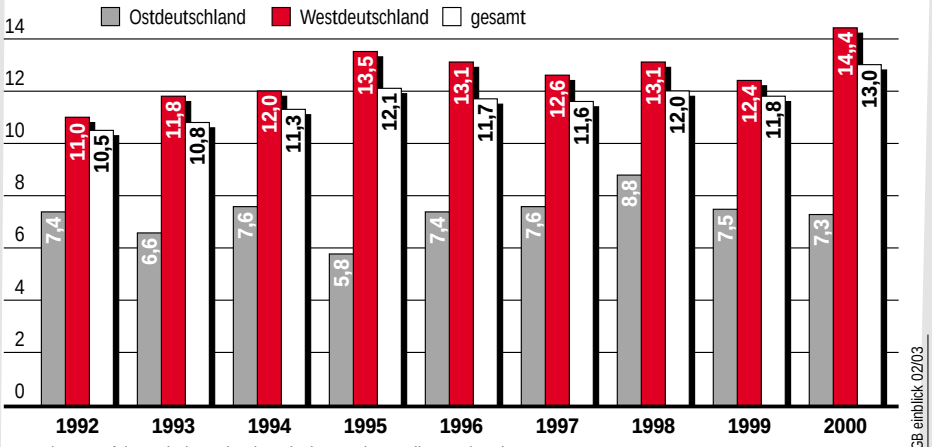
Postvertriebsstück G 45918 Vertrieb durch toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath

die DGB grafik

REICHTUMSVERTEILUNG: Westdeutsche öfter arm

Der Anteil der Armen ist in Deutschland seit 1992 von 10,5 auf 13 Prozent gestiegen. Entgegen der öffentlichen Wahrnehmung ist der Anteil der Menschen, die mit weniger als 50 Prozent des durchschnittlichen Nettoeinkommens in der Region auskommen müssen, in Westdeutschland mit 14,4 Prozent fast doppelt so hoch wie in Ostdeutschland (7,3 Prozent). Wird für Ostdeutschland dagegen das Durchschnittseinkommen in Gesamtdeutschland zu Grunde gelegt, steigt der Anteil der Armen mit 13,2 Prozent fast auf Westniveau.

Anteil der Armen in West- und in Ostdeutschland 1992 bis 2000 (in Prozent)*



* Berechnung auf der Basis des regionalen Mittelwerts. Als arm gilt, wer über ein Nettoeinkommen von weniger als 50 Prozent des durchschnittlichen Einkommens verfügt.

Quelle: DIW-Wochenbericht

© DGB einblick 02/03

personalien

••• ***Sandra Littmann,*** 30, freiberufliche Journalistin, davor Redakteurin der *Mitteldeutschen Zeitung* sowie Studium der Kommunikations- und Medienwissenschaften in Leipzig, ist seit dem 15. Januar Pressesprecherin des DGB Thüringen.

••• ***Ortrun Gauper,*** 33, Referatsleiterin für Internationale Wirtschaftspolitik des DGB, ist seit dem 8. Januar Referatsleiterin für Internationale und europäische Wirtschaftspolitik der Gewerkschaft ver.di.

••• ***Peter Scherrer,*** 43, seit 1992 Referatsleiter Internationales der Hans-Böckler-Stiftung, zuletzt Südosteuropa-Experte beim Europäischen Gewerkschaftsinstitut (EGI) in Brüssel, ist seit dem 1. Januar als Sekretär im IG Metall-Vorstandsbüro Düsseldorf für die Arbeitnehmervertreter im Thyssen-Krupp-Konzern zuständig.

••• DGB-Vorstand ***Heinz Putzhammer,*** 61, ist am 10. Januar zum Vorsitzenden des Aufsichtsrats des Berufsfortbildungswerks (bfw) des DGB gewählt worden.

14 TAGE

7./8.2. GEW, Tagung „Erziehungswissenschaft auf dem Prüfstand“, Berlin

8.2. 30. Gründungstag des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB)

8.2. DGB Bayern, Demonstration gegen den drohenden Irak-Krieg, München

10.-12.2. NGG, Tagung „Alles Discount, oder was? Zukunft des Marken- und Außendienstes“, Oberjosbach bei Frankfurt/M.

11.-13.2. ver.di, Arbeiterkammer Bremen, Fachtagung „Wissen ist was wert“, Bremen

14.2. DGB-Saar, Beteiligung an der Tagung „Leitbild Großregion Saar-Lor-Lux“ mit dem ehemaligen EU-Kommissionspräsidenten Jacques Santer

15.2. „Europaweiter Aktionstag gegen den Krieg“, Demonstration in Berlin und in anderen europäischen Hauptstädten

Tipp

Broschüre: *Gudrun Linne (Hg)., **Flexibel arbeiten – flexibel leben?** Hans-Böckler-Stiftung, 60 Seiten, kostenlos: Der Setzkasten, Fax 0211/408 00 90 40, Bestellnummer 30225.*

Arbeitszeitpolitik ist auch Gesellschaftspolitik – darauf weist das Gemeinschaftswerk von 13 AutorInnen hin, die alle Mitglieder des Arbeitskreises „Arbeitszeitflexibilisierung“ der Hans-Böckler-Stiftung sind. Ihr Ziel, unterschiedliche Perspektiven der Arbeitszeitforschung zusammenzubringen, wird in der Broschüre nachlesenswert umgesetzt. Dabei richtet sich das Interesse der AutorInnen in erster Linie auf die Auswirkungen.

Schlusspunkt

„Ein sicherer Arbeitsplatz“

Titel eines Horrorvideos der Gewerkschaft der Polizei (GdP) mit der die GdP gegen Kürzungen im öffentlichen Dienst protestiert: 385 Polizisten wurden seit 1945 getötet, 1395 starben bei Verkehrsunfällen.

Impressum *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** *einblick* Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Hermann J. Fischer, Christian Paulsen **Redaktion:** Anne Graef (verantwortlich für diese Ausgabe), Stephan Hegger, Norbert Hüsson, Ulrike Schenken (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Postfach 10 21 45, 40012 Düsseldorf, Tel.: 0211/43 01 544, Fax: 0211/43 01 497, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: red.einblick@t-online.de **Büro Berlin:** Tel.: 030/240 60 544 **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel.: 030/85 99 46 24, Fax: 030/85 99 90 92, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design, Sprockhövel **Grafiken:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel.: 0211/9 20 08-26, Fax: 9 20 08-38
Alle aktuellen *einblick*-Hintergrundtexte im Überblick: Fax-Abruf 0211/43 01 689
Nachdruck frei bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren.
Dieser Ausgabe liegt eine Beilage der Otto-Brenner-Stiftung bei.

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 17.02.2003 3/03

DGB

Bündnis für Arbeit

Das alte Bündnis ist tot

„Über alles reden und keine Tabus aufbauen“, so lässt sich die derzeitige Stimmungslage in den Gewerkschaften mit den Worten des NGG-Chefs Franz Josef Möllenberg wohl am besten zusammenfassen. Und doch: Eine neue Runde des „Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wachstum“ wird es in naher Zukunft wohl nicht geben. Für zu giftig befanden die Gewerkschaften die Liste, die Arbeitgeberpräsident Hundt als „Paket“ und Vorbedingung für weitere Bündnisgespräche vorlegte.

Im Großen und Ganzen einhellig lehnten die Gewerkschaftsvorsitzenden das Paket Hundts ab, mit dem er – zum wiederholten Male – Ausbildungsplätze garantierte und tarifvertragliche Regelungen zur Weiterbildung nach dem baden-württembergischen Qualifizierungstarifvertrag in Aussicht stellte. Denn verbunden mit solcher Art Zuckerstücken war die Forderung nach Aufhebung des Kündigungsschutzes in Betrieben mit weniger als 20 ArbeitnehmerInnen, nach generellen Öffnungsklauseln für Tarifverträge und nach weiteren Steuervergünstigungen für Unternehmer. Hundt: „Das so genannte Steuervergünstigungsabbaugesetz mit zahlreichen neuen Belastungen für die Unternehmen muss vom Tisch!“

Die Reaktion der Gewerkschaften: „Das Bündnis für Arbeit ist tot. In bilateralen Gesprächen muss nun geklärt werden, unter welchen Voraussetzungen und in welchen Strukturen es weitergeht“, befand etwa Klaus Zwickel für die IG Metall, die eine Umsetzung der Ausbildungsplatzgarantie zur Nagelprobe macht. Trotz aller Zusagen im Ausbildungskonsens verringere sich die Zahl der Ausbildungsplätze von Jahr zu Jahr.

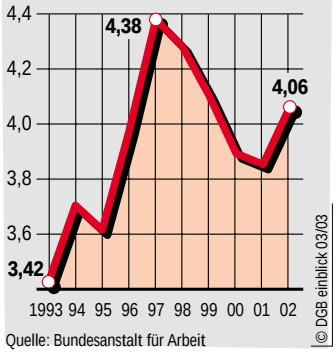
Auch ver.di-Chef Frank Bsirske will sich „angesichts der unrealistischen Vorstöße Hundts nicht in die Schmoll-Ecke zurückziehen“ und ist zu grundsätzlichen Gesprächen bereit. Aber: „Die Arbeitgeber haben mehrfach Ausbildungs- und Arbeitsplätze versprochen, wenn wir Gewerkschaften Lohnzurückhaltung üben. Jetzt sind sie an der Reihe, einen Beleg zu erbringen.“

Einen Beleg, den ebenfalls der DGB einfordert. Michael Sommer: „Ich halte es für schlichtweg eine Unverschämtheit, dass rund 550 000 arbeitslosen und zum Teil nicht ausgebildeten Jugendlichen der Zugang zum Arbeitsmarkt verweigert wird. Die Bundesregierung ist gefordert, Sanktionen zu beschließen, falls die Arbeitgeber die jungen Menschen wieder im Stich lassen.“

Inzwischen ist die neue Gesprächsrunde beim Kanzler „ohne Tagesordnung und ohne Tabus“ so gut wie sicher. Dennoch steht für den DGB-Vorsitzenden fest: „Wir lassen uns auf keine Gespräche ein, die in eine Politik zur Lockerung des Kündigungsschutzes mündet oder die zu Lohnsenkungen führt.“ •

Zunehmende Arbeitslosigkeit

Arbeitslose im Jahresdurchschnitt seit 1993 (in Millionen)



Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

Kontinuierlich ist die Zahl der Arbeitslosen in den letzten dreißig Jahren gestiegen. Während man 1973 in der alten Bundesrepublik mit 0,27 Millionen Arbeitslosen noch fast von Vollbeschäftigung sprechen konnte, war zu Beginn der neunziger Jahre davon keine Rede mehr. Angefangen bei 2,6 Millionen im Jahr 1991, ging es nun von Jahr zu Jahr neuen Rekordmarken entgegen. 1997 wurde unter der Regierung Kohl erstmals die Vier-Millionen-Marke überschritten, der Höchstwert im Wahljahr 1998 lag gar bei 4,8 Millionen. Zurzeit (4,6 Millionen) bewegt sich die Zahl wieder auf diesen Rekordwert zu.

plusminusBERLIN

+ *Frank Steffel, Fraktionsvorsitzender des CDU im Berliner Abgeordnetenhaus, hat den Ausstieg des Senats aus dem Tarifvertrag für den öffentlichem Dienst als „kolossalen Fehler“ bezeichnet. Die besten Mitarbeiter würden die Stadt verlassen.*

– *Andreas Graf von Arnim, Chef der Berliner Verkehrs Gesellschaft (BVG) möchte sich von einem Großteil der Berliner Busfahrer trennen. Um Kosten zu senken, sollen die Fahrer die Busse kaufen und als Ich-AG weiter für die BVG fahren.*

inhalt

Seite 3
Kürzungen bis unters Existenzminimum
Familien mit Arbeitslosenhilfempfängern geraten massiv unter Druck

Seite 5
Wir sind konkurrenzfähiger geworden
Interview zum neuen Gehaltssystem des DGB

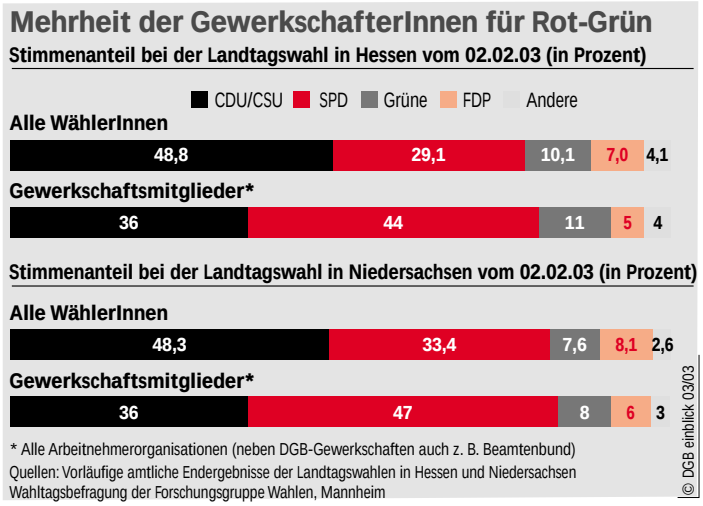
Seite 7
Der Osten wird geopfert
Die Schaffung einer Sonderwirtschaftszone in den neuen Bundesländern würde den Osten nur der EU-Erweiterung opfern, warnt Hanjo Lucassen

Der Surf-Tipp fürs Internet

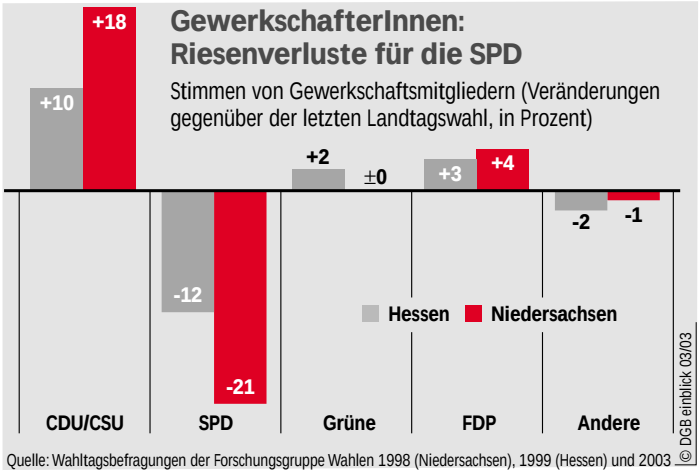
www.eypd2003.org
Informationen zum Europäischen Jahr der Menschen mit Behinderung 2003

Im Faxabruf

0211/43 01 657
DGB-Papier zur Neuregelung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse und zur neuen Gleitzone



Trotz großer Verluste vor allem für die SPD votierten die gewerkschaftlich organisierten WählerInnen bei den* Landtagswahlen in Hessen *wie auch in Niedersachsen mehrheitlich für Rot-Grün.



Bei* beiden Landtagswahlen *sind unter den gewerkschaftlich organisierten WählerInnen die Gewinne der CDU bzw. die Verluste der SPD überdurchschnittlich hoch. Besonders in Niedersachsen: Während die SPD insgesamt 14,5 Prozent weniger Stimmen erhielt als 1998, verlor sie unter den Gewerkschaftsmitgliedern 21 Prozent.

EU-Konvent

Europa soll sozial werden

Der Entwurf einer europäischen Verfassung nimmt Konturen an. Anfang Februar hat das Präsidium des EU-Reformkonventes die ersten 16 Verfassungsartikel vorgelegt, die Werte, Ziele und Zuständigkeiten der Gemeinschaft beschreiben. Auch der Abschlussbericht der Konvent-Arbeitsgruppe „Soziales Europa“ liegt vor. Die Mehrheit der Arbeitsgruppe plädiert dafür, wesentliche Elemente des europäischen Sozialmodells in der Verfassung der EU zu verankern. Die Werte „soziale Gerechtigkeit, Solidarität und Gleichheit, Gleichstellung von Frauen und Männern“ sollen in Artikel 2 aufgenommen werden. Artikel 3 soll um die Ziele „Vollbeschäftigung, soziale Marktwirtschaft, ein hohes Maß an sozialem Schutz, effiziente und hochwertige soziale Dienste und Leistungen der Daseinsvorsorge“ ergänzt werden. Zudem fordert die Arbeitsgruppe, die Rolle der Sozialpartner in der Verfassung zu verankern.

Im Internet: www.einblick.dgb.de
Im Faxabruf: 0211/43 01 675
DGB- Forderungen an die Konvent-Arbeitsgruppe „Soziales Europa“

wiewardiewoche?

In der Weiterbildungsbranche gibt es keinen Flächentarifvertrag. Seit dem 21. Januar streiken die Beschäftigten der DEKRA-Akademie für einen Haustarifvertrag. Veronika Jäger, 49, Referentin der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaften (GEW) für Angestellten- und Tarifpolitik, koordiniert den Streik.

Zwischen 80 000 und 100 000 Beschäftigte arbeiten in der Weiterbildung, hinzu kommen gut 250 000 Honorarkräfte – aber es gibt keinen Flächentarifvertrag, der für vergleichbare Arbeits- und Wettbewerbsbedingungen sorgt. Es gibt noch nicht einmal einen tariffähigen Arbeitgeberverband. Deshalb müssen wir Tarifverträge im Häuserkampf durchsetzen.
Mit 43 Ausbildungszentren und über 1000 Beschäftigten gehört die DEKRA-Akademie zu den Großen der Branche. Weil sich die Geschäftsführung weigert, in Verhandlungen über einen Haustarifvertrag einzutreten, haben die Beschäftigten die Arbeit niedergelegt. Seit dem Auftakt am 21. Januar setzen wir die Geschäftsführung mit einer „Nadelstichtaktik“ unter Druck. Mal treffen sich die Baden-Württemberger spontan zu einem regionalen Schwerpunktstreik wie gestern im Ausbildungszentrum Warth, mal gibt es eine Streikrundreise wie die „Tour de Ruhr“ diese Woche in Nordrhein-Westfalen, wo die StreikteilnehmerInnen nacheinander die einzelnen DEKRA-Standorte besuchen, und dann wieder gibt es zentrale Streiktage.
Wir sind bei unseren Aktionen sehr flexibel und phantasievoll. Gestern zum Beispiel sind die Münchener mal schnell nach Berlin gereist und haben ihre KollegInnen an der Spree unterstützt. Die Geschäftsführung soll jeden Tag aufs Neue überrascht sein, was passiert, damit sie auf den Unterrichtsausfall nicht durch den Einsatz von Honorarkräften reagieren kann. Noch spielt die Geschäftsführung den toten Mann. Aber wir haben einen langen Atem. Dass sich trotz der Unsicherheit, die die Hartz-Reform in den Weiterbildungssektor gebracht hat, so viele an den Streiks beteiligen, macht mich optimistisch.

Hartz-Gesetz

Arbeitssuche mit Prozess-Risiko

Wer gekündigt wird, muss sich ab 1. Juli „unverzüglich“ beim Arbeitsamt arbeitssuchend melden. Er verliert sonst bis zu 1500 Euro Arbeitslosengeld. Das sieht das neue Sozialgesetzbuch (SGB) III – geändert durch das erste Hartz-Gesetz – vor. Im Gesetzentwurf war getreu den Hartz-Vorschlägen noch vorgesehen, dass gekündigte ArbeitnehmerInnen von der Arbeit freigestellt werden müssen, um sofort zum Arbeitsamt gehen zu können. Diese Neuerung ist aber dank CDU/CSU im Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat gekippt worden. Damit entstehe für die Betroffenen das Risiko, nicht freigestellt zu werden und vors Arbeitsgericht ziehen zu müssen, teilte das NRW-Arbeitsministerium auf *einblick*-Anfrage mit. •

Arbeitslosenhilfe

Kürzungen bis unters Existenzminimum

Nicht erst die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe lässt Schlimmes ahnen. Schon die seit Januar praktizierte rot-grüne Sparwut drückt Familien mit Arbeitslosenhilfe-Empfängern unter Sozialhilfeniveau.

Anfang 2004 sollen Arbeitslosen- und Sozialhilfe zu einer Leistung zusammengelegt werden. Berlins Wirtschafts- und Arbeitsminister Wolfgang Clement (SPD) peilt ein Niveau an, das nur „leicht oberhalb der Sozialhilfe“ liegt. Für den DGB sind diese Einsparungen zu Lasten der 1,8 Millionen Arbeitslosenhilfe-Empfänger nicht akzeptabel. DGB-Vorsitzender Michael Sommer: „Man muss nicht die Ärmsten der Armen bestrafen, um dieses Land voranzubringen.“

Dabei wird – von der Öffentlichkeit kaum beachtet – im Zuge der Hartz-Reformen schon seit Januar bei der Arbeitslosenhilfe (Alhi) drastisch gekürzt. Zwar wurden die Leistungssätze (57 bzw. 53 Prozent vom Netto) nicht angetastet, aber die Hürden der Bedürftigkeitsprüfung vor dem Bezug der Alhi extrem erhöht.

Erstens: Die Mindestfreibeträge für verdienende Ehepartner und Lebensgefährten von Alhi-Empfängern wurden radikal um 20 Prozent reduziert. Im vergangenen Jahr hatten die Partner noch Anspruch auf mindestens 602,92 Euro pro Monat, ehe die Alhi des Lebensgefährten gekürzt wurde. Jetzt sind es nur noch 482,33 Euro. Damit sinkt dieser Freibetrag auf 80 Prozent des steuerlichen Existenzminimums eines Alleinstehenden.

Zweitens: Ersatzlos gestrichen wurde der zusätzliche Freibetrag in Höhe von 150,73 Euro, der bisher erwerbstätigen Partnern von Hilfeempfängern zustand. Damit sollte ein „angemessener Anteil“ des Erwerbseinkommens anrechnungsfrei bleiben.

Drittens: Drastisch gesenkt wurde auch der Vermögensfreibetrag. Wer seit Jahresanfang einen Antrag auf Alhi stellt, darf wesentlich weniger auf der hohen Kante haben als bisherige Alhi-Bezieher. Nur noch 200 Euro pro Lebensjahr werden Antragstellern und ihren Partnern jetzt als Vermögensfreibetrag zugestanden. Bisher waren es 520 Euro pro Lebensjahr. Erst 2002 ist diese verbesserte Regelung zum „Schonvermögen“ eingeführt worden – auch im Hinblick auf notwendige Rückstellungen fürs Alter. So durfte beispielsweise ein Ehepaar – beide 50 Jahre – 2002 insgesamt (50 x 520 x 2 =) 52 000 Euro an Ersparnissen haben, ohne dass die Arbeitslosenhilfe gestrichen wurde. Jetzt steht diesem Paar nur ein Vermögen von 20 000 Euro zu. Maximal sind für Paare seit 2003 nur noch Vermögen in Höhe von 26 000 (bisher 67 600) Euro anrechnungsfrei. Alleinstehende dürfen nur noch maximal 13 000 (zuvor 33 800) Euro haben. Die alten Vermögensregeln gelten nur noch für Arbeitslose ab 55.

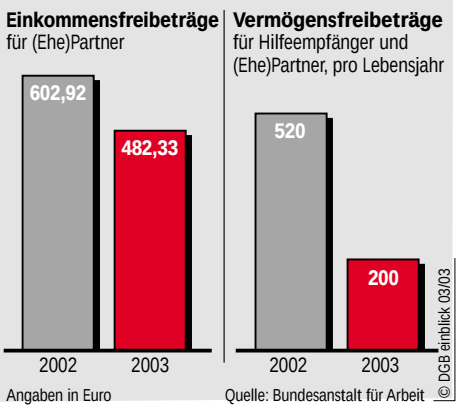
Viertens: Alhi-Bezieher müssen künftig – ebenso wie die Empfänger von Arbeitslosengeld – auf Anpassungen ihrer Leistungen an die allgemeine Lohnentwicklung verzichten. Bisher gab es für Langzeitarbeitslose einmal im Jahr eine Erhöhung. Allerdings wurde diese bei Alhi-Beziehern mit Kürzungen der Alhi-Bemessungsgrundlage um drei Prozentpunkte pro Jahr verrechnet. Diese Drei-Prozent-Kürzung gilt auch weiterhin. Das bedeutet: Die Zahlungen für Langzeit-Hilfeempfänger werden jetzt Jahr für Jahr gesenkt.

Dass durch die neuen Sparmaßnahmen viele Familien mit Alhi-Empfängern unter das Sozialhilfeniveau rutschen können, haben auch die „Reformer“ erkannt – und ein kleines Trostpflaster vorgesehen: Wenn durch die Neuregelungen der Arbeitslose, sein Ehegatte oder Lebenspartner oder seine minderjährigen Kinder sozialhilfebedürftig werden, dann gelten – nur auf Antrag des Arbeitslosen – weiterhin unverändert die alten Regelungen. Aber nur bis zum 31. Dezember 2003, also dem Tag vor der geplanten Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe.

Finanziell wirkt das Sparen auf Kosten der Ärmsten. Während im Bundeshaushalt 2002 noch 13 Milliarden Euro für die Arbeitslosenhilfe eingestellt wurden (tatsächlich mussten 14,8 Milliarden Euro gezahlt werden), sind dafür in diesem Jahr nur noch 11,5 Milliarden Euro vorgesehen. Mehr als drei Milliarden Euro sollen in den nächsten Jahren durch die bereits erfolgten Alhi-Kürzungen eingespart werden. Weitere drei Milliarden Euro pro Jahr sind in der Diskussion, die durch Kürzungen bei der Alhi ab 2004 gestrichen werden sollen. •

Sparen auf Kosten der Ärmsten

Die neuen Freibeträge bei der Arbeitslosenhilfe



Der Rotstift hinterlässt seine Spuren: Mussten im vergangenen Jahr noch knapp 15 Milliarden Euro für die Arbeitslosenhilfe ausgegeben werden, sollen es in diesem nur 11,5 Milliarden Euro sein.

Mobilität großzügiger gefördert

Arbeitssuchende sollen mehr denn je mobil sein, verlangen die Arbeitsämter. Deshalb fördern sie seit Jahresbeginn die Mobilität deutlich großzügiger.

Die „Mobi-Hilfen“ gibt es neuerdings nicht nur für Arbeitslose, sondern bereits dann, wenn Arbeitslosigkeit droht. Weiterhin wird die Bedürftigkeit der Antragsteller nicht mehr geprüft. Wichtig: Die Hilfen gibt es auch für diejenigen, die keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung haben.

Die Ämter übernehmen in den ersten sechs Monaten nach Job-Aufnahme die Fahrtkosten (2. Klasse Bundesbahn oder 22 Cent Kilometergeld) zum neuen Arbeitsplatz. Alternativ dazu zahlen sie bei Anmietung eines Zimmers am neuen Arbeitsort monatlich 260 Euro Trennungsgeld.

Bis zu zwei Jahre nach Job-aufnahme wird der Umzug an den neuen Arbeitsort gefördert. Hierfür gibt es bis zu 4500 Euro als Zuschuss (früher nur ein Darlehen). Die Leistungen müssen vor dem Umzug bzw. der Jobaufnahme beantragt werden.

Die Mobi-Hilfen sind „Kann-Leistungen“, die es nur so lange gibt, wie Haushaltsmittel vorhanden sind.

www.arbeitsamt.de

Mediathek

Filme gegen Rassismus

Filme, Spiele, Unterrichtsmaterial und Fachliteratur zu den Themen Rassismus und ethnische Diskriminierung verleiht das Antidiskriminierungsbüro in Siegen. Stöbern in der Mediathek des Büros ist vor Ort und im Internet möglich. Die Ausleihe funktioniert ebenfalls online und ist, abgesehen vom Porto, kostenlos. Träger des Antidiskriminierungsbüros ist der Verein für soziale Arbeit und Kultur Südwestfalen. •

Mediathek gegen Rassismus
Kölner Straße 11
57072 Siegen
www.mediathek-siegen.de

Stiftung Warentest

Steuern sparen am Computer

Es gibt zahlreiche PC-Programme, die bei der Steuererklärung helfen sollen. Acht davon hat das Magazin *Finanztest* der Stiftung Warentest unter die Lupe genommen. Nur eines, das Programm „Steuer-Spar-Erklärung" des Verlags Akademische Arbeitsgemeinschaft, Mannheim, erhielt das Prädikat „sehr gut". Am schlechtesten schnitt „Capital Einkommen-Steuer" der Infotax Software GmbH, Euskirchen, ab. Bei allen Programmen bemängeln die Tester die komplizierte Bedienung. •

www.finanztest.de

Telearbeit

Kontakt zur Firma fehlt

Fehlender Kontakt zu KollegInnen sowie mangelnde Infos aus der Firma machen TelearbeiterInnen zu schaffen. Darüber hinaus führen schwankende Arbeitszeiten, Nachtarbeit und hohe Anforderungen häufig zu Stress. Das hat eine Befragung von 428 TelearbeiterInnen im Auftrag der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA), Dortmund, ergeben. Nachzulesen sind die Ergebnisse im Forschungsbericht 973 „Auswirkungen von Telearbeit auf Gesundheit und Wohlbefinden" (12,50 Euro). Die Studie zeigt auch, wie die Situation verbessert werden kann. •

Wirtschaftsverlag NW
Postfach 10 11 10
27511 Bremerhaven

ver.di

Bildungsurlaub am Computer

Anspruchsvolle Seminare vom Webpublishing über Satztechnik bis zur Bildbearbeitung bietet das ver.di-Institut für Bildung, Medien und Kunst in Lage-Hörste. 20 Lehrgänge vom Wochenendkurs bis zum Wochenseminar umfasst das Programm „Bildungsurlaub 2003". Die Seminare eignen sich als Vorbereitung auf Weiterbildungsprüfungen nach den Standards des Zentral-Fachausschusses Berufsbildung Druck und Medien. •

bst.imk@verdi.de
www.imk.verdi.de

Hans-Böckler-Stiftung

Chefsache Gesundheit

Exakte Zielsetzung, professionelle Beratung und die Unterstützung durch die Firmenleitung sind der Schlüssel zum Erfolg im Gesundheitsschutz. Das geht aus der Studie „Führungsaufgabe Gesundheitsmanagement" der Hans-Böckler-Stiftung hervor. Sie bündelt die Erfahrungen der Gewerkschaft ver.di in vier Betrieben des öffentlichen Sektors und zeigt, dass Dienstleistungsjobs ernste Gesundheitsgefahren bergen.

Bernhard Badura u.a., *Führungsaufgabe Gesundheitsmanagement*, edition sigma, Berlin 2003, 15,90 Euro. •

DGB-Bildungswerk NRW

Seminarreise nach Schweden

Über „Bildung und Einwanderung in Schweden" informiert eine Seminarreise nach Göteborg. Auf dem Programm stehen Stadtrundfahrt, Kulturtermine sowie Treffen mit schwedischen GewerkschafterInnen. Die bundesweit angebotene Fahrt des DGB-Bildungswerks NRW (1.–8. Juni, 520 Euro) ist Teil des Programms „Bildungsurlaub 2003". Neben weiteren Reisen nach Brüssel, Prag und Straßburg werden auch Seminare zu Themen wie Gentechnik, Arbeitsmarktpolitik und Globalisierung angeboten. •

www.dgb-bildungswerk-nrw.de

DGB-Bildungswerk Hessen

Börse, Stasi und Computer

Jede Menge Weiterbildung bündelt das aktuelle Programm „Bildungsurlaub 2003" des DGB-Bildungswerks Hessen. Darunter „Stasi und Verfassungsschutz" (2.–6. Juni, Berlin, 280 Euro), „Digitale Fotografie und Bildbearbeitung am PC" (13.–17. Oktober, Burg Fürsteneck, 280 Euro) sowie „Die Macht der Börse" (10.–14. November, Frankfurt/M., 150 Euro). •

Fax 069 / 27 30 05 66
bildungswerk@hessen.dgb.de
www.dgb-bildungswerk.org

migration-online

Kompetenz für Einwanderung

Damit Einwanderung funktioniert, brauchen Beschäftigte, Ausländerbeauftragte und Betriebsräte Kompetenz, um für ihre ausländischen KollegInnen im Job gleiche Rechte durchzusetzen. Dieses Know-how vermitteln die Seminare des „Bildungsprogramms 2003" des Bereichs Migration und Qualifizierung im DGB-Bildungswerk. Die Palette reicht von „Training in Zivilcourage (4. – 9. Mai, Hattingen) bis zu „Asyl- und Migrationspolitik der EU" (30. November bis 5. Dezember, Hattingen). •

DGB-Bildungswerk
Migration und Qualifizierung
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
www.migration-online.de

interregio

••• Der ***DGB Baden-Württemberg*** hat einen ***Sponsorenvertrag*** mit der sehbehinderten Ski-Langläuferin und Biathletin Verena Bentele abgeschlossen. Im Rahmen des Europäischen Jahres der Menschen mit Behinderung wolle der DGB zeigen, „dass auch Behinderte Hervorragendes leisten können", so Landesvorsitzender Rainer Bliesener. Der DGB vereinbarte mit der mehrfachen Europameisterschafts-, Weltmeisterschafts- und Paralympics-Siegerin den teilweisen Erwerb ihrer Werberechte für die laufende Saison und möchte der Sportlerin ermöglichen, öffentlichkeitswirksam auf die Interessen Behinderter aufmerksam zu machen. Mehr Infos: Jürgen Klose, Tel. 0711 / 20 18 2 13

••• Der ***DGB Baden-Württemberg*** verleiht am 25. April erstmals den nach dem ehemaligen Stuttgarter IG Metall-Bezirksleiter benannten ***Willi-Bleicher-Preis.*** Die mit 2000 Euro dotierte Auszeichnung soll „Engagement gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Rassismus" würdigen. Bewerben können sich auch nichtgewerkschaftliche Projekte mit Beiträgen in verschiedenster Form – vom Theaterstück über Texte bis hin zu Videos. Bewerbungsschluss ist der 31. März. Mehr Infos: Thomas Gießler, Tel. 0711 / 20 28 206

Neues Gehaltssystem für die DGB-Beschäftigten

„Wir sind konkurrenzfähiger geworden“

Ab April gibt es im DGB ein neues Gehaltssystem. einblick hat die Verhandlungsführer Gunter Barnbeck, Leiter der Abteilung Personal, sowie Margot Bengl und Karl-Heinz Weber, die Vertreter des Gesamtbetriebsrates, nach ihrer Bewertung gefragt.

Gunter Barnbeck, 57, ist Leiter der Abteilung Personal des DGB. Margot Bengl, 54, ist Vorsitzende des Gesamtbetriebsrats, Karl-Heinz Weber, 46, ist stellvertretender Vorsitzender.

Ende Januar haben sich der Geschäftsführende Bundesvorstand (GBV) und der Gesamtbetriebsrat (GBR) in einem Verhandlungsmarathon über die Modernisierung des bereits 25 Jahre alten Gehaltssystems verständigt. Wer gehört zu den Gewinnern, wer zu den Verlierern des neuen Gehaltssystems?

Barnbeck: *Es geht nicht um Gewinner und Verlierer. Wir wollen ein System einführen, bei dem die Entwicklungsmöglichkeiten des Einzelnen im Vordergrund stehen. Es gibt auch keine Verlierer – weil durch das neue Gehaltssystem keiner weniger Geld hat als vorher. Aber es wird etliche Gewinner geben, die die Möglichkeit nutzen können, sich schneller zu entwickeln und dadurch mehr zu verdienen.*

Bengl: *Für uns ist wichtig, dass durch die Einführung des neuen Systems keiner benachteiligt wird. Deshalb ist für uns der Besitzstand der Beschäftigten entscheidend.*

Fast wären die Verhandlungen daran gescheitert. Nach dem vereinbarten Kompromiss sollen die Zulagen, die bei einer Differenz zwischen altem und neuem Gehalt gezahlt werden, ab einer Spanne von 300 Euro bei Gehaltserhöhungen steigen.

Weber: *Damit wollen wir verhindern, dass jemand mit einer hohen Differenzzulage von der Einkommensentwicklung abgekoppelt wird. Dass uns das gelungen ist, ist ein großer Erfolg für den GBR.*

Bisher spielten vor allem die Dauer der Betriebszugehörigkeit und die Frage, ob ich eine bestimmte Aufgabe in der Region oder beim Bundesvorstand wahrnehme, eine Rolle. Im neuen Gehaltssystem ist allein die Tätigkeit entscheidend.

Barnbeck: *Im alten Tätigkeitskatalog wurden zum Beispiel SekretärInnen bei einem Regions-Vorsitzenden niedriger eingruppiert als beim Bezirk. Künftig ist allein die tatsächlich ausgeübte Tätigkeit entscheidend. Im Vordergrund der Anforderungen stehen Wissen und Können und damit die persönliche Qualifikation. Daneben gibt es zwei genauso wichtige Kriterien: Verantwortung und soziale Kompetenz. Und zu einem geringeren Teil spielt auch die Belastung eine Rolle.*

Bengl: *Im alten Tätigkeitskatalog gab es überhaupt keine Beschreibung der Stellen, ausschlaggebend war allein die Hierarchiestufe, auf der die Stelle angesiedelt ist. Die Eingruppierung stieg mit jeder Stufe, obwohl die Tätigkeit im Kern die gleiche war. Das haben wir durch die neue Entgeltbeschreibung endlich abgeschafft.*

Wer entscheidet, ob die Kriterien erfüllt sind?

Barnbeck: *Die Eingruppierung wird vom Arbeitgeber, also vom Personalverantwortlichen vorgenommen. Aber der Betriebsrat wird, wie es sich gehört, angehört. Zudem wird die Eingruppierung anhand der Entgeltgruppenbeschreibung vorgenommen. Wir haben uns damit sehr viel Mühe gemacht, so dass sich die Eingruppierung der meisten Stellen allein durch einen Blick in die Entgeltgruppenbeschreibung ergibt.*

Wenn gleichwertige Tätigkeiten ohne Rücksicht auf die Hierarchieebene gleich bezahlt werden, heißt das nicht auch, dass sich die Anteile der Personalkosten zwischen den Ebenen verschieben?

Barnbeck: *Das kann passieren, steht aber bei der Einführung des neuen Systems nicht im Vordergrund. Wir bewerten die tatsächlich ausgeübte Tätigkeit.*

Bengl: *Dieser Punkt hat bereits bei denen, die bisher von der hierarchisch orientierten Bezahlung betroffen waren, zu Unmut geführt. Es ist schon ein Unterschied, ob ich zum Beispiel mit dem Bundeskanzleramt verhandeln muss oder mit einem Bürgermeister oder Landrat in den Regionen. Deshalb sind die Anforderungen, die sich aus der Hierarchieebene ergeben, auch in den Tätigkeitskatalog eingeflossen.*

Wenn höherwertige Tätigkeiten und die Übernahme von Verantwortung für den Organisationserfolg höher honoriert werden, steigen dann die Personalausgaben?

Barnbeck: *Voraussetzung für das neue Gehaltssystem war, dass es kostenneutral ist. Aber diese Kostenneutralität sehe ich nicht kurzfristig, sondern als längerfristiges Ziel – und dann ist sie auch gegeben. Das Zweite: Natürlich wollen wir, dass sich die KollegInnen weiterentwickeln. Aber diese Entwicklung muss der DGB auch steuern können. Er muss die Anforderungen an die einzelnen Stellen und die Qualifikationen, die die Beschäftigten mitbringen müssen, definieren. Es geht also um eine Verschiebung innerhalb der Personalkosten, nicht um eine Steigerung.*

Es gibt auch Gehaltssenkungen, zum Beispiel werden niedrigere Einstiegsgehälter eingeführt.

Barnbeck: *Aber das kann dazu führen, dass andere besser bezahlt werden. Deshalb sage ich Verschiebung, nicht Senkung.*

Bei Neueinstellungen konkurriert der DGB nicht nur mit den Unternehmen, sondern auch mit den Gewerkschaften. Ist das neue Gehaltssystem konkurrenzfähig?

Weber: *Gegenüber der freien Wirtschaft vielleicht, aber nicht gegenüber den Gewerkschaften.*

Barnbeck: *Wir sind zumindest konkurrenzfähiger geworden. Beim alten Gehaltssystem war es enorm schwierig, qualifizierte Leute von den Gewerkschaften abzuwerben. Wir konnten ihnen nicht das entsprechende Geld bieten. Jetzt haben wir bei den höheren Gruppen etwas draufgelegt. Und wenn man sich die Zusatzstufen ansieht, gilt das auch für die anderen Entgeltgruppen. Wir können jetzt mehr zahlen, wenn die entsprechenden Stellen da sind und die Bewerber die notwendige Qualifikation mitbringen. Dass wir mit den reichen Gewerkschaften trotzdem nicht konkurrieren können, hat einen anderen Grund: Wir sind bei der Bezahlung teilweise auch besser als kleine Gewerkschaften, aber wir können als DGB nicht an der Spitze der Bezahlung liegen.*

Im Internet
www.einblick.dgb.de

Im Faxabruf
0211 / 43 01 677
Langfassung des Interviews zum neuen DGB-Gehaltssystem

kurz&bündig

ver.di hat mit der Hans-Böckler-Stiftung einen Tarifvertrag über die betriebliche Gewerkschaftsarbeit geschlossen. Die Geschäftsführung der Stiftung, die zurzeit keinen Betriebsrat hat, verpflichtet sich, die Vertrauensleute bei personalrelevanten Themen einzubeziehen und sie durch Freistellung und Schutzbestimmungen zu unterstützen.

Die IG Metall hat auf ihrer Homepage eine Site für den vom 12. bis 18. Oktober stattfindenden Gewerkschaftstag eingerichtet. Neben Basisinformationen zum Kongress findet sich dort auch ein Thesenpapier des IG Metall-Vorstands, das auf die Debatten und Anträge des Gewerkschaftstages vorbereiten soll: *www.igmetall.de/gewerkschaftstag/2003*

ver.di hat gemeinsam mit der Arbeiterwohlfahrt, dem Paritätischen Wohlfahrtsverband und dem Deutschen Kinderschutzbund einen Aufruf zum Ausbau von Ganztagsangeboten an Schulen veröffentlicht. Die von der Bundesregierung geplanten vier Milliarden Euro für Ganztagsschulen könnten nur eine Anschubfinanzierung sein.

Am 24. März trifft der DGB-Bundesvorstand mit dem Präsidium der CDU im Konrad-Adenauer-Haus zusammen. Vier Wochen zuvor, am 17. Februar, kommt der Geschäftsführende DGB-Bundesvorstand bereits mit der CDU-Spitze zusammen.

Gesundheitsreform

DGB beschließt Eckpunktepapier

Unter dem Titel „Eine gesunde Reform für alle“ haben sich der DGB und die Gewerkschaften auf Eckpunkte zur Gesundheitsreform 2003 verständigt. Danach soll die Reform drei Schwerpunkte haben: Die Qualität der Gesundheitsversorgung müsse verbessert, die so genannte integrierte Versorgung – das Zusammenspiel von Haus- und Facharzt – zur Regelversorgung weiter entwickelt und ein Wettbewerb um Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen gestartet werden.

Die Krankenkassen müssten in die Lage versetzt werden, gute und schlechte Qualität von Ärzten und Krankenhäusern differenziert zu honorieren, heißt es im DGB-Papier. Die Kartelle der Leistungserbringer – d.h. die Kassenärztlichen Vereinigungen – müssten geknackt werden, um den einseitigen Wettbewerb der Kassen um zahlungskräftige Versicherte zu stoppen. Stattdessen solle sich der Wettbewerb im Gesundheitssystem „auf die Frage konzentrieren, wer gute Qualität günstig anbietet“. Voraussetzung für den Ausbau der Wettbewerbsordnung sei ein von Arbeitnehmern und Arbeitgebern paritätisch finanzierter, einheitlicher Leistungskatalog. •

Im Faxabruf: 0211 / 43 01 686
Eckpunkte des DGB zur Gesundheitsreform 2003 (Auszüge)

ver.di-Friedenskonferenz

„Nein zum Krieg“

Unter dem Motto „Nein zum Krieg im Irak – Krieg ist keine Lösung“ veranstaltet die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) am 10./11. März in Potsdam eine friedenspolitische Konferenz. Im Mittelpunkt der Vorträge und Diskussionen steht die Entwicklung eines globalen Konzepts zur Friedenssicherung. Neben Friedensforschern sprechen die Staatsministerin im Auswärtigen Amt, Kerstin Müller, und der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske. Mehr Infos: *www.verdi.de/krieg_und_frieden*

Der DGB Baden-Württemberg hat bereits Mitte Januar eine Unterschriftenaktion gegen den Irak-Krieg gestartet: *www.dgb-bw.de* – Klick auf „Themen“. Der gewerkschaftliche Appell „Krieg ist keine Lösung!“ kann gedruckt, unterschrieben und an Bundeskanzler Gerhard Schröder, den US-Botschafter in Deutschland, Daniel R. Coats, sowie an US-Präsident George W. Bush geschickt werden; die Adressen von Schröder, Coats und Bush liefert der DGB mit. •

Union-Druckerei

Rettung mit ungewissem Ausgang

Die 280 Beschäftigten der gewerkschaftseigenen Union-Druckerei (UD) in Frankfurt/M. sollen zum 1. März in eine Transfer- und Qualifizierungsgesellschaft (TQG) wechseln. Das sieht eine Vereinbarung zwischen Betriebsrat und Geschäftsführung vor. Die UD befindet sich seit August 2002 in Liquidation. Sie wird mit den Vereinigten Offsetdruckereien (VOD), Heidelberg, zur Alpha Print Medien (APM) AG fusioniert.

In der Transfergesellschaft erhalten die Betroffenen 85 Prozent ihres letzten Nettoeinkommens und können sich zwei Jahre lang für einen neuen Job fit machen lassen. Wer stattdessen einen Aufhebungsvertrag abschließt, erhält eine nach Alter und Betriebszugehörigkeit gestaffelte Abfindung.

Alternativ besteht für 140 UD-Beschäftigte die Möglichkeit, einen neuen Arbeitsvertrag mit Alpha Print Medien zu schließen, und zwar zu den bisherigen tariflichen Konditionen. Wer jedoch dieses Angebot erhält, ist unklar. Ebenso, wie künftig mit drastisch verringerter Belegschaft das volle Auftragsvolumen bewältigt werden soll.

Die UD-Gesellschafter ver.di, IG Metall, IG BAU und TRANSNET haben sich verpflichtet, bis Ende 2007 ihre Printprodukte von APM drucken zu lassen. Sie streben eine Minderheitsbeteiligung an der Aktiengesellschaft an.

Das Betriebsgelände der UD an der Theodor-Heuss-Allee soll zum Jahresende verkauft werden. Neuer Standort der APM wird wahrscheinlich Darmstadt. •

Tarifrunde 2002

Spielraum voll genutzt

Die Tarifeinkommen sind im vergangenen Jahr durchschnittlich um 2,7 Prozent gestiegen. Damit ist es den Gewerkschaften „erstmals seit Jahren“ wieder gelungen, eine reale Lohn- und Gehaltssteigerung durchzusetzen, berichtet das WSI-Tarifarchiv in der Hans-Böckler-Stiftung. Der kostenneutrale Verteilungsspielraum von 2,6 Prozent, der sich zusammensetzt aus Produktivitäts- und Inflationsrate, sei ausgeschöpft worden. Höhere Abschlüsse gab es in den vergangenen zehn Jahren nur 1999 (plus 3,0 Prozent), 1995 (plus 4,6 Prozent) und 1993 (plus 6,5 Prozent).

Insgesamt schlossen die DGB-Gewerkschaften 2002 für 16,8 Millionen Beschäftigte Einkommenstarifverträge ab. Deren Laufzeit beträgt im Schnitt 18,3 Monate (2001: 14,5). Das Tarifniveau Ost betrug Ende 2002 knapp 93 Prozent des West-Niveaus. •

www.tarifvertrag.de

Sonderwirtschaftszone Ostdeutschland

Der Osten wird geopfert

15 Monate vor der EU-Erweiterung haben die Politiker die neuen Bundesländer entdeckt. Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) fordert eine „Sonderwirtschaftszone Ost". Sein sächsischer Kollege Martin Gillo (CDU) will tarifliche Regelungen aussetzen. Der Osten droht zum Puffer der EU-Erweiterung zu verkommen, warnt Hanjo Lucassen.

Die nachhaltige Entwicklung der ostdeutschen Wirtschaft gehört zu den Schwachpunkten jeder Regierung seit der deutschen Einheit. „Blühende Landschaften", „Gemeinschaftswerk Aufbau Ost", „Chefsache Ost" – lediglich die Überschriften haben sich im Laufe der Jahre geändert. Die **Hilflosigkeit der Politik gegenüber den mangelnden Ergebnissen ihrer Anstrengungen** ist geblieben.

Nun also „Sonderwirtschaftszone Ost". Ein umfassender Bürokratieabbau soll in der „Zone" nach den Vorstellungen von Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) geprobt werden. Sein sächsischer Amtsbruder Martin Gillo (CDU) präzisiert: Aufweichen des Kündigungsschutzes, Aussetzen von tarifvertraglichen Regelungen, keine Allgemeinverbindlichkeitserklärungen, betriebliche Bündnisse für Arbeit an den Gewerkschaften vorbei. Bei Bewährung ist die Ausweitung auf das gesamte Bundesgebiet vorgesehen. Die Schlagseite der Vorschläge ist offensichtlich: Billige und **rechtlose Arbeitnehmer im Osten heizen den Aufschwung endlich an.** Doch genau dieser Politikansatz hat bis heute nicht funktioniert.

Werden solche Vorschläge der Situation im Osten überhaupt gerecht? Die Industrien mit den besten Wachstumsraten sind diejenigen, bei denen hohe soziale Standards üblich sind: die Automobilindustrie, die Chemische Industrie, der Maschinenbau. Ihre Produktivität liegt auf Westniveau, teilweise sogar darüber. Aber das Niveau der Industrieproduktion insgesamt ist zu niedrig für eine eigenständige Entwicklung. Die Betriebe in Ostdeutschland sind zu klein, um wirtschaftliche Dynamik entfalten zu können. Die durchschnittliche Beschäftigtenzahl in Ostdeutschland liegt bei 13, in Westdeutschland bei 17.

Die Kleinunternehmen sind es auch, die am häufigsten über die Bürokratie klagen. Experten nennen deshalb auch Managementfehler als häufigste Ursache für Insolvenzen – schlechte Bilanzführung, fehlendes Personalmanagement, Schwierigkeiten mit der Finanzierung. Diese Nöte sind für die durchweg guten Techniker größere Hürden als die sozialen Rahmenbedingungen.

Abhilfe bringen die Vorschläge für eine Sonderwirtschaftszone nicht. Es gibt keine speziellen Hilfen, um Buchhaltungspools zu initiieren. Die hoffnungsvollen Fachkräfteprojekte in einigen Ländern, wie zum Beispiel in Sachsen durch die Stiftung Innovation und Arbeit, werden auf Bundesebene nicht mal registriert. Ohne Beachtung in der Bundespolitik bleibt auch der verstärkte Rückzug der Banken.

Hanjo Lucassen, 58, ist Vorsitzender des DGB-Bezirks Sachsen.

Weshalb dann zum jetzigen Zeitpunkt eine Sonderwirtschaftszone Ost? Der Versuch, soziale und tarifvertragliche Leistungen auszuhebeln und dies als Beweis für Reformfähigkeit auszugeben, ist die eine Seite. 15 Monate vor der Osterweiterung der Europäischen Union ist die **Schaffung eines wirtschaftlichen Puffers zu den Beitrittsländern** der andere Grund.

Ostdeutschland ist in Gefahr, Transitland der Osterweiterung zu werden. Schon jetzt hat Westdeutschland ein weit höheres Handelsvolumen mit den benachbarten Beitrittskandidaten als Ostdeutschland. Die traditionellen Handelsbeziehungen des Ostens sind zusammengebrochen oder wurden von westdeutschen Firmen übernommen. Nach der Osterweiterung wird dies noch zunehmen. Den klein- und mittelständischen Unternehmen im Osten macht es eher Angst, mit Polen oder Tschechien in Handelsbeziehungen zu treten, weil das Know-how fehlt. Auch die größeren Tochterunternehmen in Ostdeutschland verfügen in der Regel nicht über eine eigene Außenhandelsabteilung – das wird über das Mutterunternehmen abgewickelt.

Was können also Gründe für einen Puffer zwischen Westdeutschland und Mittel-/Osteuropa sein? Mit minderen sozialen Standards Investoren anlocken, die sonst weiter nach Osten gehen? Ostdeutschen Unternehmen einen Nachschub an billigen Arbeitskräften aus Osteuropa in der kommenden Zeit des Arbeitskräftemangels zu verschaffen?

Wer diese Fragen mit Ja beantwortet, verabschiedet sich vom grundgesetzlichen Anspruch auf Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse in Deutschland. Der nimmt in Kauf, dass die Abwanderung aus dem Osten weiter zunimmt. Dem ist auch **egal, wenn Sonderwirtschaftszone mit sozialer Spaltung übersetzt wird.** •

Trojanisches Pferd

Ostdeutschland kann den Rückstand zum Westen bei Produktivität, Wachstum und Beschäftigung nicht aufholen, so lautet eine zurzeit bei Politikern gängige These. Deshalb müsste ein Sonderrecht für die neuen Bundesländer her, eine Sonderwirtschaftszone, in der Bundesgesetze ausgesetzt und Tarifverträge umgangen werden können.

In die Diskussion gebracht hat die Idee Altkanzler Helmut Schmidt (SPD). Unterstützt wird sie von Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) und seinem sächsischen Kollegen Martin Gillo (CDU).

Während Clement im Osten vor allem Regeln für Genehmigungsverfahren „befristet außer Kraft setzen" und „das Tarifrecht lockern" will, stellt Cillo die Tarifautonomie in Frage. Tarifverträge sollen durch Betriebsvereinbarungen ersetzt und die Allgemeinverbindlichkeitserklärung abgeschafft werden. Zudem will Gillo das Kündigungsschutzgesetz für Betriebe mit bis zu 80 Beschäftigten aufheben und die Befristungsgrenze für Arbeitsverträge auf fünf Jahre erhöhen.

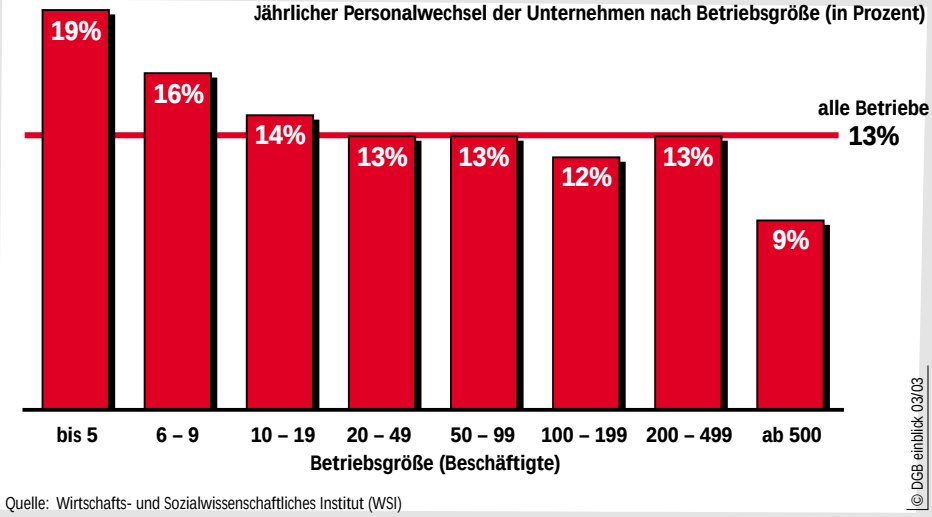
Gelingt das Experiment im Osten sollen die Regelungen auch auf den Westen übertragen werden.

Postvertriebsstück G 45918 Vertrieb durch toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath

die DGB grafik

KLEINBETRIEBE: hohe Fluktuation

Jedes Jahr werden je nach Konjunktur zwischen 3,5 und 4,5 Millionen Arbeitsverhältnisse aufgelöst und etwa gleich viele neu geschlossen. Einen besonders hohen Personalwechsel haben Kleinbetriebe. Er sinkt auch beim Erreichen des Schwellenwerts von sechs Beschäftigten kaum. Hauptursache der geringeren Arbeitsplatzsicherheit in Kleinbetrieben ist laut einer Untersuchung des WSI nicht der bessere Kündigungsschutz größerer Betriebe, sondern die mit der Betriebsgröße wachsenden Möglichkeiten der aktiven Personalplanung.



Quelle: Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI)

personalien

••• ***Dieter Schulte,*** 63, bis Mai 2002 Vorsitzender des DGB, ist am 27. Januar zu einem der beiden stellvertretenden Vorsitzenden der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) gewählt worden. Er folgt Ernst Breit, 78, der vor seiner Funktion bei der FES von 1982 bis 1990 ebenfalls an der Spitze des DGB stand.

14 TAGE

21./22.2. GEW, Konferenz zur Bildungsfinanzierung, Berlin

21.-30.2. DGB-Jugend Niedersachsen, Fahrt zur KZ-Gedenkstätte Auschwitz

22.2. DGB Baden-Württemberg, Kongress „Globales Lernen in Baden-Württemberg", Stuttgart

28.2. DGB Bayern, „Vater unser – kurz nach der Werbung", Benefizveranstaltung mit Dieter Hildebrandt zu Gunsten ehemaliger Zwangsarbeiter, Augsburg

28.2. DGB Bayern, EURES-Frauentagung Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern, Linz, Österreich

2.3. Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein

5.3. DGB Bayern, Kundgebung zum Politischen Aschermittwoch mit Frank Bsirske (ver.di), Eggenfelden

5.3. DGB-Bundesausschuss, Berlin

Impressum *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** *einblick* Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Hermann J. Fischer, Christian Paulsen **Redaktion:** Anne Graef, Stephan Hegger (verantwortlich für diese Ausgabe), Norbert Hüsson, Ulrike Schenken (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Postfach 10 21 45, 40012 Düsseldorf, Tel.: 0211 / 43 01 544, Fax: 0211 / 43 01 497, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: red.einblick@t-online.de **Büro Berlin:** Tel.: 030 / 240 60 544 **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel.: 030 / 85 99 46 24, Fax: 030 / 85 99 90 92, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design, Sprockhövel **Grafiken:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel.: 0211 / 9 20 08-26, Fax: 9 20 08-38
Alle aktuellen *einblick*-Hintergrundtexte im Überblick: Fax-Abruf 0211 / 43 01 689
Nachdruck frei bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren.

Tipp

Buch: ***Sebastian Brand/Eckart Hildebrandt, Zukunft der Arbeit und soziale Nachhaltigkeit. Zur Transformation der Arbeitsgesellschaft vor dem Hintergrund der Nachhaltigkeitsdebatte, Leske und Budrich, Opladen 2002, 239 Seiten, 24,90 EUR***

Nachhaltigkeit ist im letzten Jahrzehnt zu einem viel versprechenden Leitbild gesellschaftlicher Entwicklung geworden – dabei standen bisher vor allem ökologische Maßstäbe im Vordergrund. Dieses Buch wählt seinen Zugang über den Diskurs um die Zukunft der Arbeit. Die Autoren argumentieren, dass Flexibilisierung und Entgrenzung der Erwerbsarbeit einen erweiterten Arbeitsbegriff erfordern, der gleichzeitig offen für die Elemente der Nachhaltigkeitsdebatte ist. Mit der Durchsetzung eines integrierten Verständnisses ökologischer, ökonomischer und sozialer Entwicklungen erscheint der Begriff der Nachhaltigkeit im Zusammenhang mit der sozialen Dimension als definierbar, die Betonung der sozialen Dimension der Nachhaltigkeit liest sich so: Gerechtigkeit hinsichtlich der Möglichkeiten, die Bedürfnisse der gegenwärtigen und zukünftigen Generationen zu befriedigen, gerechter Umgang zu Umweltressourcen, die Ermöglichung eines menschenwürdigen Lebens für alle Menschen.

Schlusspunkt

„Die SPD sollte nicht aus Angst vor dem Tod Selbstmord begehen"

DGB-Vorsitzender Michael Sommer am 5. Februar in einem Interview mit Spiegel online.

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 03.03.2003 4/03

DGB

Aktuelle Studie

Kündigungsschutz ist keine Job-Bremse

Eine repräsentative Befragung räumt mit zahlreichen Vorurteilen in Sachen Kündigungsschutz auf. Laut DGB-Chef Michael Sommer steht die gewerkschaftliche Abwehrfront beim Kündigungsschutz.

Das Meinungsforschungsinstitut Infratest Sozialforschung hat in Zusammenarbeit mit dem Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung 2407 ArbeitnehmerInnen befragt, die ihr Arbeitsverhältnis beendet haben. Danach verliefen die weitaus meisten Beendigungen völlig konfliktfrei: ohne Widerspruch durch Betriebs- oder Personalrat, ohne Klage vor dem Arbeitsgericht und ohne Abfindung.

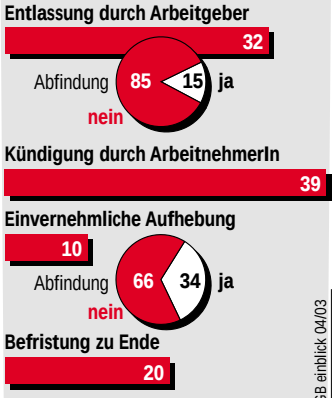
Jährlich werden 3,5 bis 4,5 Millionen Beschäftigungsverhältnisse aufgelöst und ebenso viele neu abgeschlossen. Das entspricht zehn bis 13 Prozent der Gesamtbeschäftigung; von Erstarrung des Arbeitsmarktes könne also „keine Rede sein“, schlussfolgern die Forscher.

Die Zahl der Arbeitgeberkündigungen liegt bei rund einer Million pro Jahr. Zu 90 Prozent erfolgen sie ohne Widerspruch der betrieblichen Interessenvertretung. Nur elf Prozent werden durch Kündigungsschutzklagen angegriffen.

Insgesamt haben nur zehn Prozent aller befragten ArbeitnehmerInnen eine Abfindung erhalten. Ihre Höhe betrug zumeist maximal sechs Monatseinkommen.

Abfindungen sind die Ausnahme

Wie Arbeitsverhältnisse beendet werden – mit und ohne Abfindung (in Prozent)



Quelle: Befragung von Infratest und WSI, „Arbeit und Recht“ März 2003

Eine Entschädigung für den Verlust des Arbeitsplatzes gibt es relativ selten. Selbst dann, wenn Arbeitgeber und ArbeitnehmerIn ihr Arbeitsverhältnis einvernehmlich beenden, wird nur in jedem dritten Fall eine Abfindung gezahlt.

Der Kündigungsschutz greift erst in Betrieben, die regelmäßig mehr als fünf Beschäftigte haben. Die Forscher haben keinen Beleg dafür entdeckt, dass Arbeitgeber auf Einstellungen verzichten, um diesen Schwellenwert nicht zu überschreiten. Die Einstellungsquote in Betrieben mit sechs bis neun Beschäftigten ist nur unwesentlich geringer als in Kleinstbetrieben. Sie nimmt generell mit steigender Betriebsgröße ab.

Vorgestellt und veröffentlicht wird die Infratest-Befragung auf dem Hans-Böckler-Forum Mitte März in Berlin und in der März-Ausgabe der Zeitschrift *Arbeit und Recht*.

Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer ist dem Eindruck entgegengetreten, die Abwehrfront der Gewerkschaften gegen eine Aufweichung des Kündigungsschutzes bröckele: „Wir denken gar nicht daran, den Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor willkürlicher Kündigung zur Disposition zu stellen.“ Für Irritationen hatten Äußerungen von ver.di-Chef Frank Bsirske gesorgt. Laut Bsirske muss über eine Änderung der Sozialauswahl bei Kündigungen nachgedacht werden, damit „dem Gesichtspunkt einer ausgewogenen Altersstruktur der betroffenen Unternehmen Rechnung getragen werden kann“.

Schon nach geltendem Recht kann die Sozialauswahl außer Kraft gesetzt werden, wenn „betriebliche Bedürfnisse die Weiterbeschäftigung bestimmter Arbeitnehmer bedingen“. Zudem kann laut Bundesarbeitsgericht die Aufrechterhaltung einer bestimmten Altersstruktur der Sozialauswahl Grenzen setzen. •

plusminusBERLIN

+ ***Der Bundesrat hat auf Initiative der saarländischen Sozialministerin Regina Görner (CDU) die Kürzung des Bundeszuschusses für Zivildienststellen gestoppt. Die Bundesregierung dürfe ihren Haushalt nicht auf Kosten von Pflegebedürftigen entlasten.***

– ***Der stellvertretende CDU-Vorsitzende und frühere Bildungsminister Jürgen Rüttgers will die Zahl ausländischer Schüler pro Klasse begrenzen. Bei einer Überschreitung der Quote sollen ausländische SchülerInnen auf Schulen mit niedrigem Ausländeranteil verteilt werden.***

inhalt

Seite 3

Bull-Bericht entzweit Gewerkschaften

Der öffentliche Dienst muss reformiert werden – nur wie? Nordrhein-Westfalen will das Beamtentum weitgehend abschaffen

Seite 5

Keine Arzneimittel-Zuzahlung mehr?

Die Vorschläge zur Reform des Gesundheitswesens überschlagen sich. Gesundheitsbewusstes Verhalten soll durch Befreiung von der Arzneimittel-Zuzahlung belohnt werden

Seite 7

Wo Hartz drauf steht, ist nicht unbedingt Hartz drin

ver.di-Vorstandsmitglied Isolde Kunkel-Weber kritisiert die so genannten Hartz-Gesetze

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.workshop-zukunft.de

Die neue Lernsoftware des DGB-Projekts zur Berufswahlorientierung

Im Faxabruf

0211 / 43 01 654

„Offensive für Beschäftigung und Wirtschaftswachstum“

Die DGB-Vorschläge zur Überwindung der Wachstums- und Arbeitsmarktkrise (Auszüge)

Statistik-Amt

Lohnnebenkosten steigen langsamer

Die Lohnnebenkosten der Arbeitgeber sind in den vergangenen Jahren langsamer gestiegen als die Arbeitskosten insgesamt. Laut Statistischem Bundesamt erhöhten sie sich von 1996 bis 2000 nur um 3,6 Prozent, die gesamten Arbeitskosten hingegen um 6,3 Prozent. Damit sank der Anteil der Lohnnebenkosten an den Gesamtkosten von 44,5 auf 43,3 Prozent. Der Grund: rückläufige Aufwendungen für die betriebliche Altersvorsorge, für Kurzarbeit und Abfindungen. •

Klimaschutz

Deutschland schafft es nicht

Die CO_2-Emissionen betrugen in Deutschland im vergangenen Jahr 834 Millionen Tonnen. Das sind 13 Millionen Tonnen bzw. 1,5 Prozent weniger als 2001. Temperaturbereinigt fiel der Rückgang der klimaschädlichen Gase mit 0,2 Prozent sogar noch niedriger aus. Darauf hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) aufmerksam gemacht. Deutschland könne sein ambitioniertes Ziel, die CO_2-Emissionen bis 2005 gegenüber 1990 um ein Viertel zu reduzieren, in der verbleibenden Zeit nicht mehr erreichen. Nach Berechnungen des DIW müssten die temperaturbereinigten CO_2-Emissionen dazu in den nächsten drei Jahren jeweils um 30 Millionen Tonnen oder 3,8 Prozent sinken. Eine derart hohe Rate habe es bislang nur Anfang der neunziger Jahre als Folge des drastischen wirtschaftlichen Einbruchs in den neuen Bundesländern gegeben. •

in eigener Sache

Der einblick-Verlag, der den DGB-Infoservice *einblick*, die *einblick*MAGAZINE und die *Gewerkschaftlichen Monatshefte* publiziert, baut sein Dienstleistungsangebot für die Öffentlichkeitsarbeit der Gewerkschaften aus und unterstützt in Zukunft die Online-Aktivitäten des DGB. Außerdem verlagert der einblick-Verlag seinen Sitz im Sommer **von Düsseldorf nach Berlin.**

Neuer, alleiniger Gesellschafter der einblick Verlagsgesellschaft mbH, bislang eine Tochter des Bund-Verlags, Frankfurt/M., ist die zur BGAG Beteiligungsgesellschaft der Gewerkschaften gehörende BGAG Info & Know GmbH, Frankfurt/M. Neuer Geschäftsführer des einblick-Verlags ist seit dem 15. Februar BGAG-Pressesprecher **Udo Perina.** Er leitet den Verlag gemeinsam mit **Christian Paulsen,** Geschäftsführer der BGAG Info & Know GmbH.

Zeitarbeit

Tarifvertrag mit Verleihern steht

Erstmals haben die Tarifgemeinschaft des Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Bundesverband Zeitarbeit (BZA) sich auf einen Tarifvertrag für LeiharbeitnehmerInnen geeinigt. Rund 200 Unternehmen gehören dem BZA an. Die teilweise parallel stattfindenden Gespräche mit der Interessengemeinschaft Zeitarbeit (IGZ), dem zweiten großen Verband der Zeitarbeitsunternehmen, konnten noch nicht abgeschlossen werden. Die IGZ, die kurzfristig aus den ursprünglich gemeinsamen Verhandlungen ausgestiegen war, verweigert auch die Übernahme der Eckpunkte des nun zu Stande gekommenen Tarifvertrages.

Die Eckpunkte sind:

- Ein Entgeltsystem mit fünf Entgeltgruppen und einem eigenständigen Regelstundensatz für die Zeitarbeitsbranche
- Umsetzung des Prinzips „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“
- Arbeitszeitregelungen auf Basis der 35-Stunden-Woche mit Arbeitszeitkonten

Ab 2006 beträgt der Regelstundensatz 8,80 Euro in der Entgeltgruppe 1 (Tätigkeiten mit kurzer Anlernzeit) und 11 Euro in der Entgeltgruppe 3 (einfache Facharbeit ohne Zusatzkenntnisse).

Bis 2006 gelten Übergangsregeln (6,85 Euro Mindeststundensatz in Gruppe 1), die Stundensätze werden jeweils zu Jahresbeginn entsprechend der Tarifentwicklung angepasst.

Ab 2007 kann über eine eigenständige Tarifentwicklung beraten werden. Branchenzuschläge werden mit der jeweils zuständigen DGB-Gewerkschaft vereinbart. •

wie war die woche?

Foto: Jürgen Seidel

Am 9. März wollen in Berlin mehr als 10 000 VerkäuferInnen gegen die geplante Verlängerung der Ladenöffnungszeiten auf die Straße gehen. Franziska Wiethold, 56, Vorsitzende des ver.di-Fachbereichs Handel, warnt vor der falschen Symbolpolitik der Bundesregierung, die keine Arbeitsplätze bringt.

Die Idee, am 9. März gegen die Verlängerung der Ladenöffnungszeiten zu mobilisieren, ist Ende Januar während der ver.di-Konferenz zum Ladenschluss entstanden. Wir müssen die Demonstration sehr kurzfristig organisieren, weil die Bundesregierung das Ladenschlussgesetz im Eiltempo ändern will. Am 13. Februar war die erste Lesung im Bundestag. Für den 10. März ist die Anhörung im zuständigen Ausschuss geplant, und am 13./14. März soll das Gesetz bereits im Bundestag verabschiedet werden.

Das ist ein Verfahren, das den Beteiligten überhaupt keine Chance gibt, noch einmal über die Vor- und Nachteile zu reden. Dabei hat eine noch von der Kohl-Regierung in Auftrag gegebene Studie eindrucksvoll belegt, dass längere Ladenöffnungszeiten nur den Verdrängungswettbewerb anheizen. Wohnortnahe Geschäfte werden durch Einkaufszentren verdrängt, Arbeitsplätze im großen Umfang vernichtet. Deshalb hatte die rot-grüne Bundesregierung noch 1999 erklärt, sie sehe beim Ladenschluss keinen Handlungsbedarf.

Dass Rot-Grün jetzt trotzdem die Arbeitszeiten im Handel ausweiten will, ist reine Symbolpolitik, die der Glaubwürdigkeit der Regierung schadet. Aber die Gewerkschaften werden diese gefährliche Politik nicht mitmachen. Wir beharren darauf, dass jede Reform darauf überprüft wird, was sie tatsächlich an Arbeitsplätzen und Wachstum bringt.

Und wir bereiten uns auf sehr harte Tarifauseinandersetzungen vor. Die Arbeitgeber wollen im Windschatten der Regierungspläne die Arbeitszeitregelungen, die wir 1996 nach der damaligen Verlängerung der Ladenöffnungszeiten durchgesetzt haben, wieder abschaffen. Sie argumentieren, dass es keine ungünstigen Arbeitszeiten gebe und jeder dankbar sein müsse, wenn er überhaupt einen Arbeitsplatz hat. Die Arbeitgeber wollen, dass der Samstag wieder ein ganz normaler Arbeitstag wird. Und das betrifft alle Branchen, nicht nur den Einzelhandel.

Reform des öffentlichen Dienstes

Bull-Kommission entzweit Gewerkschaften

Beamte soll es nur noch in Kernbereichen geben. Das öffentliche Dienstrecht soll abgeschafft, die Verwaltung verschlankt und das Einkommen der Beschäftigten nach Leistung differenziert werden. Das hat die Bull-Kommission in Nordrhein-Westfalen vorgeschlagen. Nach anfänglicher Unterstützung wächst in den Gewerkschaften die Kritik.

Die Noten, die die 23 Mitglieder der nach ihrem Vorsitzenden Hans Peter Bull benannten Kommission dem öffentlichen Dienst ausstellen, sind verheerend: Die öffentliche Verwaltung erbringe ihre Leistungen nicht in der nötigen Qualität, sie arbeite zu stark regel- und zu wenig ergebnisorientiert und es mangele an Bürger- und Kundenfreundlichkeit. Schuld sei zu einem wesentlichen Teil das geltende Dienstrecht. Das Beamtenrecht werde den geänderten Anforderungen an Staat und Verwaltung nicht gerecht, das Nebeneinander von Beamten- und Dienstrecht für Arbeiter und Angestellte führe zu ständigen Reibungsverlusten, die Tarifverträge seien überreguliert.

Als Konsequenz empfiehlt die Kommission, die Arbeitsbeziehungen neu zu regulieren. Beamte soll es wie in anderen EU-Staaten nur noch in hoheitlichen Bereichen geben, bei der Polizei und Justiz, bei der Bundeswehr und der Finanzverwaltung. Für die übrigen Beschäftigten soll ein einheitlicher Beschäftigungsstatus auf privatrechtlicher Grundlage gelten, mit Streikrecht und leistungsorientierter Vergütung sowie einem Kündigungsschutz nach allgemeinem Arbeitsrecht. Zudem fordert die Kommission eine Überprüfung der staatlichen Aufgaben.

Ganz neu sind die Vorschläge nicht. Vieles findet sich bereits in den seit den achtziger Jahren diskutierten Konzepten zur Modernisierung des öffentlichen Dienstes wieder, auch bei den Gewerkschaften. Anderes ist durch die Einführung neuer Steuerungsmodelle längst Praxis. Dennoch fiel die erste Reaktion der Gewerkschaften positiv aus. Die Empfehlungen seien eine „solide Grundlage“ für die Reform des öffentlichen Dienstes, erklärte ver.di NRW. Auch der DGB-Bundesvorstand sprach von einem „guten Ansatz“, warnte aber vor einer „einseitigen Auswertung“. Die Befürchtung: Aus Finanzmangel könnten nur die Elemente umgesetzt werden, die zu Lasten der Beschäftigten gehen. Inzwischen wächst die Kritik. Die Kommission „wiederholt die punktuellen Schwächen des öffentlichen Dienstes, ignoriert aber alle positiven Beispiele“, heißt es in einem Positionspapier von ver.di NRW. Zudem bleibe die Frage, welche Aufgaben künftig der öffentliche Dienst zu tragen habe, unbeantwortet.

Wie die Gewerkschaften die Umsetzung der Bull-Vorschläge begleiten, wollen sie Anfang März entscheiden. Trotz der Kritik gibt es auch Signale der Zusammenarbeit. Die Vorschläge ließen sich nur umsetzen, „wenn die Landesregierung einen Pakt mit den Gewerkschaften schließt“, hatte Ministerpräsident Peer Steinbrück während der Präsentation des Bull-Konzepts erklärt. Auch Erika Mezger, Forschungsreferentin der Hans-Böckler-Stiftung und Kommissionsmitglied, rät den Gewerkschaften, die Vorschläge ernst zu nehmen: „Der öffentliche Dienst muss umgebaut werden, sonst wird er nicht mehr gebraucht.“ •

Fragen an ...

Ingrid Sehrbrock, 54, ist im Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand für den Bereich öffentlicher Dienst/Beamte zuständig.

■ Die Bull-Kommission fordert einen einheitlichen Beschäftigtenstatus für den öffentlichen Dienst. Die Gewerkschaften treten schon lange dafür ein. Warum gibt es jetzt Vorbehalte?

■ *Es gibt bisher nicht mehr als Empfehlungen. Die Umsetzung ist entscheidend. Einheitliches Beschäftigungsverhältnis kann auch heißen: Kumulation der Nachteile aus Beamten- und Angestelltenverhältnis. Im Ergebnis könnte das der jederzeit kündbare Angestellte ohne Streikrecht sein. Besonders der so genannte Beamte neuen Typs birgt diese Gefahr. Die Kommission gibt zwar den Tarifparteien Empfehlungen, bestimmt aber nicht, was gesetzlich geregelt werden soll.*

■ Wie muss das Beschäftigungsverhältnis ausgestaltet werden?

■ *Laufbahn- und Besoldungsrecht sind zu starr und bieten den Beschäftigten kaum Perspektiven, über fachliche Leistung materielle oder anderweitige Anerkennung zu erzielen. Dies müsste verändert werden. Die Beschäftigungsbedingungen müssen für alle vertraglich und nicht mehr einseitig geregelt werden.*

■ Der Beamtenbund setzt auf eine Ausweitung des Beamtenstatus. Ist das für die Beschäftigten nicht viel attraktiver?

■ *Nur scheinbar. Die Beamten könnten für das Lebensarbeitszeitverhältnis am Ende einen hohen Preis zahlen. Im vergangenen Jahrzehnt gab es Einschnitte in Besoldung und Versorgung. Mehr Beamte hieße höhere Pensionslasten. Bisher wurden dafür kaum Rücklagen gebildet, aber irgendwo muss dass Geld herkommen.*

Entscheidung in Berlin

Ob die Empfehlungen der Bull-Kommission Wirklichkeit werden, entscheidet sich nicht in Düsseldorf, sondern in Berlin. Denn wesentliche Kernelemente der Reform bedürfen der Zustimmung von Bundestag und Bundesrat. Zum Teil muss sogar die Verfassung geändert werden. Die Chancen dazu stehen trotzdem nicht schlecht, denn die Reduzierung des Beamtentums auf hoheitliche Aufgaben steht durch den Bedeutungszuwachs der EU in Deutschland sowieso auf der Tagesordnung.

Eine wesentliche Rolle bei der Umsetzung kommt den Tarifparteien zu. Sie sollen ein einheitliches Entgeltsystem entwickeln – auch das eine alte Gewerkschaftsforderung. Strittig ist hingegen, wo künftig die Schnittstelle liegt zwischen dem, was durch Gesetz geregelt wird, und dem, was die Tarifparteien untereinander aushandeln.

Im Internet

www.regierungskommission.nrw.de

„Zukunft des öffentlichen Dienstes – öffentlicher Dienst der Zukunft“ Bericht der Bull-Kommision

Im Faxabruf

0211 / 43 01 680

„Reform der Verwaltung: Der Bericht der Regierungskommission“ (Kurzfassung des Bull-Berichts)

PROJEKTE UND PARTNER

Kumpelverein

Gelbe Hand in Düsseldorf

Die Geschäftsstelle des Vereins „Mach meinen Kumpel nicht an“ ist umgezogen. Liefen die Fäden des Kumpelvereins – bekannt durch das Symbol der gelben Hand – bislang beim „Jungen Forum“ in Recklinghausen zusammen, sind die OrganisatorInnen jetzt im Bereich Migration des DGB-Bildungswerks tätig. •

Mach meinen Kumpel nicht an e.V.
Rosaria Bartolotta
c/o DGB-Bildungswerk
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf

AiB-Kongress

Was bringen Hartz I und II?

Die Gesetzespakete Hartz I und Hartz II und die damit verbundenen Regelungen im Arbeits- und Sozialrecht stehen im Mittelpunkt eines Kongresses des Verlags Arbeitsrecht im Betrieb (AiB). Die Tagung am 2. April in Berlin gibt einen Überblick über die neue Rechtslage und vermittelt, was sich für ältere Berufstätige, geringfügig Beschäftigte und bei der Leiharbeit ändert. Wer bis 7. März bucht, zahlt 580 Euro, danach kostet es 696 Euro. •

AiB-Verlag
Tel. 0 22 03 / 935 25 46
martina.voiss@aib-verlag.de

Friedensärzte

Gewaltspirale durchbrechen

Die Anschläge auf das World-Trade-Center in New York haben eine Spirale von Krieg und Terror ausgelöst. Wege aus dem Teufelskreis sucht der Kongress „Kultur des Friedens“ vom 1. bis 4. Mai in Berlin. Veranstalter ist das Komitee „Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs/Ärzte in sozialer Verantwortung“ (IPPNW). Die Teilnahme kostet 75 Euro. •

IPPNW
Körtestraße 10, 10967 Berlin
Tel. 030 / 698 07 40
www.kultur-des-friedens.de

DGB-Bildungswerk NRW

Europa gestern und heute

Einen Ausblick auf die Zukunft Europas sowie einen Rückblick auf die düstere Epoche des Dritten Reichs erlaubt das DGB-Bildungswerk NRW: Was Menschen in der deutsch-niederländischen Grenzregion voneinander lernen, zeigt das Seminar „Grenzgänge“ in Kleve (12. bis 16. Mai, 125 Euro). Die „Spuren des Naziterrors in Tschechien“ entdecken die TeilnehmerInnen einer Seminarreise nach Prag und Lidice (1. bis 8. Juni, 435 Euro). •

www.dgb-bildungswerk-nrw.de

DGB-Bildungswerk

Fremdenfeindlichkeit im Betrieb

Wie lässt sich Fremdenfeindlichkeit im Betrieb verhindern? Antworten auf diese Frage geben zwei Veranstaltungen des Bereichs Migration des DGB-Bildungswerks: Aus der Praxis berichten BetriebsrätInnen von Bahn und Audi während des Kongresses „Chancengleichheit braucht Aktivität“ am 20./21. März in Stuttgart. Wie der Diskriminierung rechtlich beizukommen ist, klärt das Seminar „Chancengleichheit im Betrieb“ vom 4. bis 9. Mai in Kagel-Möllenhorst. •

Tel. 0211 / 43 01 191
www.migration-online.de

Finanztest

Kasse wechseln

Obwohl fast alle gesetzlichen Krankenkassen nahezu gleiche Leistungen bieten, bestehen erhebliche Preisunterschiede. Das ergab ein Vergleich der Zeitschrift *Finanztest* von 165 Anbietern, nachzulesen in der März-Ausgabe. Wer die Kasse wechseln will, muss zwei Monate zuvor schriftlich kündigen. An den neuen Versicherer ist er dann 18 Monate gebunden. •

www.finanztest.de

Familienministerium

Kinderbetreuung im Betrieb

Wenn Unternehmen ihren Beschäftigten helfen, Familie und Beruf zu vereinbaren, dann verringert das die Fluktuation und hält geldwertes Know-how in der Firma. Beispiele von Betriebskindergärten, Kooperationen mit Kinderhorten oder der Unterstützung von Elterninitiativen fasst eine Broschüre des Bundesfamilienministeriums zusammen. Das kostenlose Heft „Betrieblich unterstützte Kinderbetreuung – Konzepte und Praxisbeispiele“ enthält auch einen Fragekatalog zur Bedarfserhebung. •

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Tel. 0180 / 53 29 329
broschuerenstelle@bmfsfj.bund.de

interregio

••• Die ***DGB-Region Mittelfranken*** veranstaltet am 4. März das ***Friedensfestival*** „Live for Peace“. In der Meistersingerhalle in Nürnberg treten auf: Fiddler's Green, Ron Williams, Anne Haigis, Purple Schulz und die Cripple Creek Band. Einlass ist ab 17.30 Uhr. Die Karten kosten 17 Euro. Mehr Infos: Manfred Dechant, Tel. 0911 / 249 16 77

••• Der ***DGB Nord*** diskutiert am 26. März in Hamburg über die ***Reform des Gesundheitssystems.*** Die Veranstaltung ist Auftakt einer Aktionsreihe des DGB Nord unter dem Titel „Solidarität hilft allen – Initiative für ein besseres Gesundheitssystem“. Teil der Aktionen sind auch kostenlos verteilte Postkarten mit vier Motiven zur Gesundheitspolitik. Anmeldung: gabi.buckmann@dgb.de

••• ***DGB*** und ***DGB-Jugend Hessen*** haben ein 35 Quadratmeter großes ***Transparent*** mit der Aufschrift „Krieg ist keine Lösung“ am Frankfurter Gewerkschaftshaus angebracht. Die Aktion soll eine „weithin sichtbare Botschaft“ gegen den drohenden Irak-Krieg sein.

••• Der ***DGB Hamburg*** präsentiert bis zum 31. März im Foyer des Hamburger Gewerkschaftshauses ***Fotos*** vom Golfkrieg 1991 von Gerhard Kromschröder. Der damalige *STERN*-Reporter fotografierte während der Bombardements der Alliierten das Leiden der Zivilbevölkerung in Bagdad. Die Ausstellung zeigt neben den im *STERN* abgedruckten Bildern auch viele bislang unveröffentlichte Fotos Kromschröders. Das Foyer des Gewerkschaftshauses am Besenbinderhof hat werktags bis 20 Uhr geöffnet.

••• Der ***DGB Nordrhein-Westfalen*** beteiligt sich am ***Modellvorhaben*** „Selbstständige Schule“ von Bertelsmann-Stiftung und NRW-Schulministerium. Die Durchführung des Teilprojekts „Mitwirkung – Mitbestimmung – Mitgestaltung in Schulen“ obliegt der Technologieberatungsstelle (TBS) des DGB. Mehr Infos: Sigrid Wolf, Tel. 0211 / 368 31 19

Gesundheitsreform

Keine Arzneimittel-Zuzahlung mehr?

Mal werden sie offiziell präsentiert, mal per Indiskretion bekannt – und dann prompt dementiert: Die Vorschläge zur Reform des Gesundheitswesens überschlagen sich. Jetzt ist sogar ein Wortmonster aufgetaucht: der Rohentwurf für ein „Gesundheitssystemmodernisierungsgesetz“.

Dieser Referentenentwurf („VS – vertraulich“) stammt aus dem Bundesministerium für Gesundheit und Soziales und stimmt weitgehend mit den Eckpunkten zur Modernisierung des Gesundheitswesens überein, die Sozialministerin Ulla Schmidt (SPD) am 6. Februar vorgelegt hat, konkretisiert sie oder geht darüber hinaus.

So heißt es in den Eckpunkten beispielsweise, dass Versicherte für rationelles Verhalten belohnt werden sollen: Wer den Hausarzt als Lotsen im Gesundheitswesen akzeptiert und erfolgreich an Präventionsprogrammen teilnimmt, für den sollen „Bonusregelungen“ entwickelt werden. Klarer formuliert das der inoffizielle Gesetzentwurf: Für diese Versicherten „wird es künftig einen Bonus geben: Sie werden von Arzneimittel-Zuzahlungen befreit“. Das soll dem Ziel dienen, „gesundheitsbewusstes Verhalten zu belohnen“.

Zur Bekämpfung von Missbrauch und Korruption im Gesundheitswesen soll es künftig einen Anti-Korruptionsbeauftragten geben, der entsprechende Fälle „bei hinreichendem Verdacht auf strafbare Handlungen“ an die Staatsanwaltschaft weiterleitet. Davon steht in Schmidts Eckpunkten nichts.

Bekannt ist, dass die Arzneimittelpreisverordnung novelliert werden soll, nicht aber wie – indem nämlich „der gesetzliche Rahmen für Vereinbarungen zwischen Arzneimittelherstellern und Krankenkassen über Rabatte auf die Listenpreise von Arzneimitteln ausgeweitet“ wird. Außerdem wird der Versandhandel für Arzneimittel per e-Commerce zugelassen.

Krankenkassen sollen zumindest mit Fachärzten künftig Einzelverträge abschließen können. Das entspricht gewerkschaftlichen Vorstellungen. Im Eckpunktepapier des DGB zur Gesundheitsreform heißt es, die Kassen müssten ihren Mitgliedern „die Ärzte und Krankenhäuser nennen dürfen, die eine besonders gute Qualität anbieten“. Bislang verhindern das die Kassenärztlichen Vereinigungen.

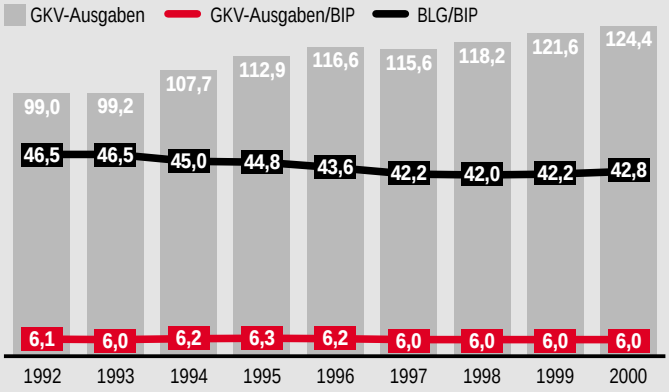
Auch in der Selbstverwaltung sieht der Gesetzentwurf Reformbedarf, ihre „Konfliktlösungsmechanismen“ sollen verbessert werden: „Zur Beschleunigung von Entscheidungen werden weitere Schiedsstellen errichtet.“ Der Entwurf geht auch auf das geplante Zentrum für Qualität in der Medizin ein. Es soll den Leistungskatalog der Krankenversicherung fortschreiben und Nutzen-Kosten-Bewertungen von Arzneimitteln vornehmen.

Dass sich Bundesregierung und SPD-Fraktionsspitze schon auf Kernelemente der Gesundheitsreform verständigt haben, wird offiziell bestritten. Festzustehen scheint aber, dass Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung stärker privatisiert werden. SPD-Fraktionschef Franz Müntefering hat vor weiteren Spekulationen gewarnt: „Die Koalitionsfraktionen entscheiden im Mai und nicht früher.“ Dann nämlich will Gesundheitsministerin Schmidt ihren Gesetzentwurf vorlegen. Ihr Ziel ist es, den Beitrag für die gesetzlichen Krankenkassen ab 2004 von derzeit 14,3 „auf deutlich unter 13 Prozent“ zu senken. Dafür müssten Kassenleistungen künftig privat versichert, über Steuern finanziert oder eingespart werden.

Die Vorarbeiten am Gesetzentwurf zur Gesundheitsreform lassen Gutes ahnen. Nach ihrem Treffen im SPD-Gewerkschaftsrat sprachen Gerhard Schröder und Michael Sommer jedenfalls von „weitgehender Übereinstimmung“. •

Keine Kostenexplosion

Die Ausgaben der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) in Milliarden Euro, ihr Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) sowie das Verhältnis von Bruttolohn- und Gehaltssumme (BLG) zum BIP 1992 – 2000 (in Prozent)



Quelle: DIW-Wochenbericht 7/03

© DGB einblick 04/03

Die Kosten im Gesundheitswesen steigen zwar, von einer Kostenexplosion aber kann keine Rede sein. Denn die Ausgaben steigen nicht schneller als die gesamtwirtschaftliche Leistung, ihr Anteil am Bruttoinlandsprodukt (BIP) beträgt seit Jahr und Tag sechs Prozent. Dass gleichwohl die Krankenkassenbeiträge ständig erhöht werden, hat damit zu tun, dass ihre Bemessungsgrundlage, die Bruttolohn- und Gehaltssumme (BLG), schwindet – ihr Anteil am BIP sinkt.

Wirtschaftsfaktor und Jobmaschine

Das Gesundheitswesen ist nicht nur ein Kostenfaktor, es erwirtschaftet auch einen erheblichen Teil des Volkseinkommens: Im Jahr 2000 wurden im Gesundheitswesen mehr als 218 Milliarden Euro umgesetzt, das sind elf Prozent des Bruttosozialprodukts. Der Anteil der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) daran beträgt knapp 60 Prozent.

Der Dienstleistungsbereich Gesundheitswesen ist zudem der größte Arbeitgeber im Land: Derzeit sind rund vier Millionen Menschen in diesem Sektor beschäftigt, das heißt jeder Neunte – zwei Millionen unmittelbar im Bereich der Gesundheitsversorgung (Arztpraxen, Krankenhäuser und Krankenkassen) und weitere zwei Millionen in gesundheitsabhängigen Bereichen (Pharmaindustrie, Medizintechnik).

DGB-Demo geplant

Gemeinsam mit der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) plant der DGB für Mitte Mai in Berlin eine bundesweite Demonstration der Beschäftigten in den Krankenkassen. Sie wollen ihre Interessen im Rahmen der Gesundheitsreform kundtun. Die Kassen sollen laut DGB einen Wettbewerb zwischen Ärzten und Kliniken um bessere Leistungen entfachen.

kurz&bündig

DGB

Die DGB-Senioren von Berlin-Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen fordern eine schnellere Anpassung der Ost-Renten an das West-Niveau. Bleibe es beim bisherigen System, wären die Renten frühestens in 25 Jahren gleich.

NGG

Die NGG hat angesichts des jüngsten Dioxin-Skandals in einem thüringischen Futtermittelwerk die Bundesregierung aufgefordert, das im vergangenen Jahr im Bundesrat gescheiterte Verbraucherinformationsgesetz erneut auf den Weg zu bringen. Es sei nicht hinnehmbar, dass sich die thüringische Landesregierung weigert, dioxinbelastete Produkte zu benennen.

ver.di

ver.di bekommt neue Konkurrenz. Nach der Pilotenvereinigung Cockpit wollen sich jetzt auch die Fluglotsen berufsständisch organisieren. Die Ende Februar gegründete „Gewerkschaft der Flugsicherung" hat nach eigenen Angaben 1900 Mitglieder.

DGB

Der DGB hat die Bundesregierung aufgefordert, in diesem Jahr zusätzlich fünf Milliarden Euro für öffentliche Investitionen bereitzustellen, um den konjunkturellen Abwärtstrend zu stoppen. Weitere fünf Milliarden Euro seien für den privaten Wohnungsbau und für gewerbliche Investitionen erforderlich, so DGB-Vorstand Heinz Putzhammer.

DGB und Gewerkschaften

Kommunikationsoffensive gegen den Trend

Mit einer langfristig angelegten Kommunikationsoffensive wollen sich der DGB und die Gewerkschaften zu Wort melden.

In der Auseinandersetzung um die sozialen Standards, um Modernisierung oder Rückschritt der Arbeitsmarktverfassung auf das Niveau der sechziger Jahre soll damit eine klare Positionierung der Gewerkschaften erfolgen. Die politischen Inhalte der Schwerpunktthemen sollen in den Bereichen Wirtschaftspolitik/Beschäftigung, Reform der sozialen Sicherungssysteme, Bildung, Tarifautonomie und Mitbestimmung liegen.

Die von den Gremien beschlossene Kommunikationskampagne soll die Gewerkschaften in die Offensive bringen. Gegen die sich selbst gern als „Modernisierer" bezeichnenden Neoliberalen wollen die Gewerkschaften deutlich machen, was Modernisierung eigentlich heißt. Dabei stehen Menschen, nicht nur Unternehmen im Mittelpunkt der Gesellschaft. Ihnen steht ein fairer Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand zu. Um das deutlich zu machen, soll die direkte Diskussion mit Bürgern, Mitgliedern und Funktionären gesucht werden. Die Kampagne, die bis zum Jahr 2005 konzipiert ist, soll die Mitglieder der Organisationen mobilisieren. Derzeit sind die Abteilungen beim DGB-Bundesvorstand dabei, die Themenfelder und Kernbotschaften zu konkretisieren.

Noch nicht endgültig geklärt sind die neun Ballungsräume, in denen die Offensive platziert werden soll. Vorläufig diskutiert werden die Bereiche Hamburg mit der Paten-Gewerkschaft ver.di, Hannover (IG Metall), Dortmund/Bielefeld (IG BCE), Potsdam (IG BAU), Leipzig (ver.di), Frankfurt/Hessen-Süd (IG Metall), Stuttgart (IG Metall), München/Rosenheim (ver.di) und Mainz (IG BCE). Mitte Mai soll der Auftakt der Kampagne sein. Den materiellen Rahmen machen die für die Regionen bereitgestellten Infomobile, an den Schwerpunktthemen orientierte Plakate, Prospekte, Flugblätter und Finanzen aus. Für das Jahr 2003 wird von einer Finanzausstattung von rund 40 000 Euro pro Region ausgegangen.

Für allerletzte Klarheit in den einzelnen Segmenten soll der Bundesausschuss der Gewerkschaften am 5. März sorgen. Sein Votum soll gleichzeitig Startschuss für die Kampagne zugunsten einer Politik für Beschäftigung, Bildung und bessere Arbeit werden. Ihr Motto: „Menschlich modernisieren, gerecht gestalten, das machen wir." •

Reformen ja – Systemwechsel nein! Unter diesem Motto hat die IG Metall bereits mit ihrer Kampagne begonnen. Ihr Ziel ist dabei, sich den selbst ernannten Modernisierern entgegenzustellen und eigene Reformziele zu formulieren.

Forschungsförderung der HBS

Neue Vergabekriterien

Sieben Millionen Euro investiert die Hans-Böckler-Stiftung (HBS) jedes Jahr in wissenschaftliche Forschungsprojekte, verteilt auf rund einhundert Einzelvorhaben, von Expertisen und Kurzstudien bis zu aufwändigen Forschungsprojekten. Damit die Projekte auch für die Politik der Gewerkschaften genutzt werden können, gilt seit Anfang 2003 ein neues Forschungsförderungsprogramm. Mit fünf Themenschwerpunkten und insgesamt 25 Unterthemen hat die HBS die Fragen abgesteckt, auf die sie in den kommenden Jahren ihre Forschungsgelder konzentrieren will.

Neben Schwerpunktverlagerungen tauchen im aktuellen Förderprogramm auch neue Themen auf: Der **Themenschwerpunkt 1** heißt statt „Perspektiven der Arbeitsgesellschaft" jetzt „Erwerbsarbeit im Wandel", mit dem neuen Unterthema „Altersgerechte Erwerbsarbeit". Der **Themenschwerpunkt 2** „Strukturwandel – Innovation und Beschäftigung" wurde um den Aspekt „Auswirkungen der Globalisierung auf die Arbeitsmärkte" erweitert und im **Forschungsschwerpunkt 3** „Mitbestimmung im Wandel" ist die „Europäisierung der Interessenvertretung" neu hinzugekommen. Statt auf der „Modernisierung des öffentlichen Sektors" liegt der Fokus des **Forschungsschwerpunktes 4** jetzt auf dem „Kooperativen Staat in der Dienstleistungsgesellschaft", und im **Forschungsschwerpunkt 5** „Zukunft des Sozialstaates" will die HBS zusätzlich die „Aktive Gesundheitsförderung" mit in den Blick nehmen. •

Irak-Konflikt

Protest gegen Krieg wächst

GewerkschafterInnen aus mehr als 50 Ländern haben bereits die internationale Antikriegserklärung des US-Gewerkschaftsbündnisses „Labor against war" unterzeichnet. Darin heißt es, es gebe keine überzeugenden Beweise dafür, dass der Irak eine wirkliche Bedrohung darstelle. •

Infos: www.uslaboragainstwar.org

Arbeitsmarkt-Reform

„Wo Hartz draufsteht, ist nicht unbedingt Hartz drin“

Isolde Kunkel-Weber, 49, ist Vorstandsmitglied der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di). Sie leitet den Fachbereich 4 Sozialversicherung.

Sie war die einzige Frau in der Hartz-Kommission und hat die Vorschläge dieser Experten-Runde verteidigt – öffentlich und intern. Mit der Umsetzung der Kommissionsvorschläge in das neue Sozialgesetzbuch (SGB) III aber ist sie nicht voll einverstanden: Erstmals kritisiert ver.di-Vorstand Isolde Kunkel-Weber die so genannten Hartz-Gesetze.

Nach der Veröffentlichung unserer Vorschläge Mitte August vergangenen Jahres hat die Bundesregierung deren 1:1-Umsetzung auf ihre politische Agenda gesetzt. Sowohl in der öffentlichen Diskussion als auch in der innergewerkschaftlichen Debatte gibt es bis heute die Positionen der totalen Ablehnung wie der vollen Unterstützung der Kommissionsvorschläge.

ver.di hat eine differenzierte Haltung zum Kommissionsbericht eingenommen: Keine noch so moderne Dienstleistung auf dem Arbeitsmarkt kann den Arbeitslosen einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz vermitteln, wenn nicht ausreichend Plätze auf dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. **Hier sind Arbeitgeber und Politik gefordert,** damit die Instrumente aus dem Kommissionsbericht überhaupt greifen können. **Gleichzeitig ist die Bundesregierung gefordert,** eine Steuerpolitik zu betreiben, die den Kommunen die notwendigen Mittel zur Verfügung stellt, um öffentliche Investitionen zu ermöglichen. Die Debatte um die Einführung der Vermögenssteuer ist für uns nicht beendet. Die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesrepublik muss stärker in Richtung Nachfrage- und Investitionsstärkung der öffentlichen Hand ausgerichtet werden.

Wir unterstützen die im Kommissionsbericht vorgeschlagenen Maßnahmen, die zu einer beschleunigten und optimierten Vermittlung führen, die Dienstleistungen aus einer Hand (Job-Center) in öffentlicher Verantwortung unter der Federführung der Bundesanstalt für Arbeit organisieren, sowie die Neuordnung der Leistungssysteme ohne kollektive Leistungskürzungen (Arbeitslosengeld II).

In der Weiterentwicklung der Bundesanstalt für Arbeit (BA) sehen wir die Chance, den Bedürfnissen der Arbeit Suchenden, aber auch denen der Arbeitgeber noch stärker Rechnung zu tragen. Nachdrücklich fordere ich den Vorstand der Bundesanstalt auf, **den Umbauprozess mit aktiver Beteiligung der Beschäftigten zu betreiben!**

Meine skeptische Haltung gegenüber einigen Kommissionsvorschlägen, wie der Organisation der Personal-Service-Agenturen (einheitliche Ausschreibung, Qualitätskriterien), der Neuorientierung des Weiterbildungssektors nach dem Prinzip „schnell und billig“ oder dem Ausbildungs-Zeit-Wertpapier wird auch von ver.di insgesamt geteilt und ist mit notwendigen Nachsteuerungsoptionen bewertet worden.

Sechs Monate nach der Veröffentlichung der Vorschläge hat uns die Wirklichkeit zum Teil mit Ergebnissen konfrontiert, die nicht mein Einverständnis erhalten: keine Beschränkung der Mini-Jobs auf haushaltsnahe Dienstleistungen, die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, verbunden mit kollektiver Leistungskürzung bis auf das Sozialhilfeniveau, unzureichende Beteiligung der Beschäftigten der BA am Umbauprozess, Missbrauch der „Ich-AG“ durch die Arbeitgeber zum Abbau regulärer Arbeitsplätze. Dies war gerade nicht Gegenstand des Konsenses in der Kommission. Ich wende mich gegen diese Politik, die in der Öffentlichkeit unter dem Deckmantel „Hartz“ wahrgenommen wird **und so die eigene politische Verantwortlichkeit verschleiert.** Nicht in allen so genannten Hartz-Gesetzen ist auch Hartz drin!

Gerade die politischen Diskussionen der letzten Wochen erwecken bei mir den Eindruck, dass die vermeintliche Lösung zum Abbau der Arbeitslosigkeit der Auffassung folgt: „Wenn es den Arbeitslosen nur schlecht genug geht, finden sie schon Arbeit“ – egal wo und zu welchem Preis. Diese Auffassung verurteile ich, denn sie ist **ein unwürdiger Umgang mit Millionen von Arbeitslosen,** die trotz engagierter Bemühungen keine Arbeit finden, weil es de facto zu wenig offene Stellen gibt.

Wir als GewerkschafterInnen werden das Thema Arbeitsumverteilung daher stärker zu einem Schwerpunkt der Tarifpolitik machen – im Interesse der arbeitslosen Kolleginnen und Kollegen.

Nur wenn Arbeitsplätze geschaffen bzw. bestehende nicht durch Rationalisierungswellen vernichtet werden, kann die Arbeitslosigkeit erfolgreich abgebaut werden – hier sind die Arbeitgeber in der Verantwortung! •

Triumph der Bürokratie

Kunkel-Weber ist nicht die Einzige. Auch das zweite Gewerkschaftsmitglied in der Hartz-Kommission, der nordrhein-westfälische IG Metall-Bezirksleiter Peter Gasse, kritisiert die Umsetzung der Hartz-Vorschläge. Dabei hat Gasse vor allem die Bundesanstalt für Arbeit im Visier. „Triumph der Bürokratie“ überschrieb der Kölner Stadt-Anzeiger Gasses Kritik an Nürnberg.

Allein elf Seiten umfasse der Rundbrief zur Ausschreibung von Personal-Service-Agenturen (PSA), die Arbeitslose einstellen und verleihen sollen. Die Vorgaben für diese Auftragsvergabe seien so kompliziert, dass die meisten Verleihfirmen dafür gar nicht in Frage kämen. Dabei könnten gerade die kleinen, regionalen Verleiher den Entleihern das beste Angebot machen.

Kritik-Punkt zwei: In Job-Centern sollen Arbeits- und Sozialamt künftig Hand in Hand arbeiten. Mancherorts funktioniert das bereits – mithilfe von Beschäftigungsgesellschaften. Das aber akzeptiert Nürnberg laut Gasse nicht.

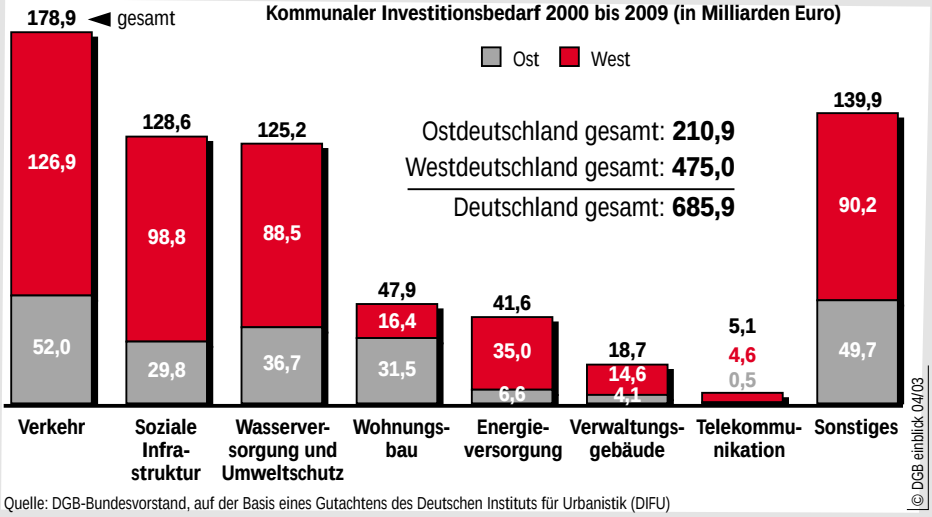
Kritik-Punkt drei: die Weiterbildungsgutscheine. Damit lasse Nürnberg die Arbeitslosen allein, um Geld zu sparen. Und viele gute Bildungsträger gingen darüber in Konkurs.

Postvertriebsstück G 45918 Vertrieb durch toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath

die DGB grafik

STÄDTE UND GEMEINDEN: Riesiger Investitionsstau

Die kommunalen Investitionen sind in den letzten zehn Jahren um 10 Milliarden auf 23,6 Milliarden Euro gesunken. Auf Grund der angespannten Finanzsituation rechnen Wirtschaftsforscher für 2003 sogar mit einem weiteren Rückgang der kommunalen Investitionen auf 21 Milliarden. Zu wenig, um den Investitionsbedarf an neuen Straßen und Schulen zu befriedigen. Nach einer Studie des Deutschen Instituts für Urbanistik brauchen Städte und Gemeinden bis 2009 mindestens 690 Milliarden Euro. Das entspricht 69 Milliarden Euro pro Jahr.



Quelle: DGB-Bundesvorstand, auf der Basis eines Gutachtens des Deutschen Instituts für Urbanistik (DIFU)

personalien

••• ***Dr. Klaus Lang,*** 59, Bereichsleiter 1. Vorsitzender beim IG Metall-Vorstand in Frankfurt/M., wechselt am 1. August als Arbeitsdirektor zum Stahlwerk Georgsmarienhütte GmbH, Osnabrück – vorausgesetzt, der Aufsichtsrat des Unternehmens stimmt seiner Bestellung am 24. März zu.

••• ***Horst Mund,*** 44, Referatsleiter in der Abteilung Internationale und europäische Gewerkschaftspolitik des DGB, ist ab dem 1. Mai Koordinator für Gewerkschaftsprojekte in der Abteilung Internationaler Dialog der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) in Berlin.

••• ***Claudia Meyer,*** 33, Bundesjugendsekretärin und Leiterin der Abteilung Jugend des DGB, ist ab dem 15. März Referatsleiterin in der Abteilung Wirtschafts- und Tarifpolitik des DGB.

14 TAGE

3.3. Gesprächsrunde von Bundeskanzler Schröder mit Gewerkschaftern und Arbeitgebern zur Arbeitsmarktpolitik, Berlin

4.3. DGB Industrieregion Mittelfranken, Friedensfestival „Live for Peace“, Nürnberg

5.3. DGB-Bundesausschuss, Berlin

5.3. DGB Bayern, Politischer Aschermittwoch mit dem ver.di-Vorsitzenden Bsirske, Eggenfelden

8.3. „Jetzt nicht lockerlassen“, Internationaler Frauentag

9.3. „Wochen ohne Ende?“ ver.di-Demonstration gegen die Verlängerung der Ladenöffnungszeiten, Berlin

10./11.3. ver.di, Friedenspolitische Konferenz, „Nein zum Krieg im Irak – Krieg ist keine Lösung“, Potsdam

13./14.3. Hans-Böckler-Forum zum Arbeits- und Sozialrecht, Berlin

13.-19.3. DGB-Bundesvorstand, Beteiligung an der Internationalen Handwerksmesse, München

14.3. TRANSNET, Demonstration gegen Sozialdumping im Schienenverkehr, Berlin

14./15.3. ver.di Berlin-Brandenburg, Fachtagung „Kitas sind Bildungseinrichtungen“, Berlin

Tipp

Buch: ***Noam Chomsky, War Against People – Menschenrechte und Schurkenstaaten, Büchergilde Gutenberg, Frankfurt/ Main 2002, 184 Seiten, 15,50 Euro (Lizenzausgabe des Europa Verlags)***

Nicht Diktaturen wie der Irak sind die eigentlichen Schurkenstaaten. Folgt man der amerikanischen Definition des Begriffs, trifft er auf die USA selbst zu. Zu diesem provokanten Ergebnis kommt Noam Chomsky, prominenter US-Intellektueller, in seinem fesselnden Essayband. Die USA seien an stabilen Regierungen interessiert, die den amerikanischen Interessen dienen, weniger an Demokratie und Menschenrechten.

Impressum *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** *einblick* Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Udo Perina, Christian Paulsen **Redaktion:** Anne Graef, Stephan Hegger, Norbert Hüsson (verantwortlich für diese Ausgabe), Ulrike Schenken (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Postfach 10 21 45, 40012 Düsseldorf, Tel.: 0211 / 43 01 544, Fax: 0211 / 43 01 497, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: red.einblick@t-online.de **Büro Berlin:** Tel.: 030 / 240 60 544 **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel.: 030 / 85 99 46 24, Fax: 030 / 85 99 90 92, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design, Sprockhövel **Grafiken:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel.: 0211 / 9 20 08-26, Fax: 9 20 08-38
Alle aktuellen *einblick*-Hintergrundtexte im Überblick: Fax-Abruf 0211 / 43 01 689
Nachdruck frei bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren.

Schlusspunkt

„Karnevalistisch maskierte Kraftfahrer müssen sich nicht dem Versammlungsgesetz unterwerfen. Für sie gilt demnach auch nicht das so genannte Vermummungsverbot.“

Pressemitteilung des gewerkschaftlichen Auto Club Europa (ACE) vom 14. Februar 2003

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 17.03.2003 5/03

DGB

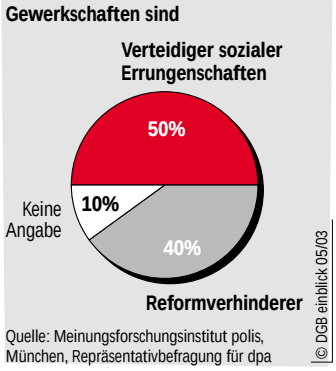
DGB-Vorsitzender Michael Sommer:

Gewerkschaften als Reformmotor

Scharfe Angriffe des DGB-Vorsitzenden Michael Sommer gegen die Politiker Friedrich Merz (CDU), Guido Westerwelle (FDP) sowie gegen den Präsidenten des Bundesverbandes der Industrie, Michael Rogowski, standen nach dem Scheitern der Kanzlergespräche zur gesamtwirtschaftlichen Situation zunächst im Mittelpunkt der öffentlichen Debatte im Bundesausschuss des DGB. Angesichts der angekündigten Regierungserklärung zu beabsichtigten Reformpaketen durch Bundeskanzler Gerhard Schröder machte Michael Sommer aber auch klar: „Gewerkschaften blockieren keine Reformprozesse."

„Im Gegenteil", formuliert der DGB-Vorsitzende weiter. Und auf dem Hintergrund der Bilanz der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit nennt er die Felder, auf denen die Vorschläge der Gewerkschaften schon seit Wochen vorliegen: „Die Gewerkschaften haben aufgezeigt, wie wir im Bündnis für Arbeit vom bloßen Reden zum Handeln für mehr Ausbildung und Beschäftigung kommen könnten. Wir haben Vorschläge gemacht, um die Qualität der Krankenversicherungsleistungen zu erhalten und zu verbessern und wie versicherungsfremde Leistungen aus der Beitragsfinanzierung herausgenommen werden und die Beiträge gesenkt werden können. Wir haben die Leiharbeit tariflich gesichert und damit aus der Schmuddelecke geholt, und wir haben ein konkretes Wirtschaftsprogramm vorgelegt."

Mehrheit steht hinter den Gewerkschaften



Die meisten Bundesbürger stehen in der Debatte um die Reform des Arbeitsmarktes hinter den Gewerkschaften. Jeder Zweite sieht sie vor allem als Verteidiger sozialer Errungenschaften. Der Vorwurf, die Gewerkschaften seien in erster Linie Reformverhinderer, wird nur von einer Minderheit geteilt.

Für die nächsten Jahre kündigt Michael Sommer fünf Themen an, die in den Mittelpunkt der innenpolitischen und damit der Debatte innerhalb der Gewerkschaften rücken werden:

„Es geht darum, dass unsere Wirtschaft langfristig wieder auf einen vernünftigen und nachhaltigen Wachstumskurs kommt. Die zurückliegenden Jahre mit diesem ständigen konjunkturellen Auf und Ab haben alle – Arbeitnehmer wie Unternehmer – verunsichert. Die Regierung muss sich nun endlich bewegen, muss Geld in die Hand nehmen und mit einer Investitionsoffensive unser Land voranbringen.

Die Sozialversicherungen in ihrem Zustand vom März 2003 müssen nicht die besten aller Sozialversicherungen sein. Wir wollen aber keine Enteignung der Arbeitnehmer, sondern wir wollen unsere Sicherungssysteme zukunftsfest machen.

In einer sozialen Marktwirtschaft ist es selbstverständlich, dass Chefs und Arbeitnehmer auf einer Augenhöhe verhandeln. Die Demokratie am Arbeitsplatz muss deshalb weiterentwickelt und gesichert werden.

Bildung ist ein Grundrecht – das seit Jahren verletzt wird. Wir brauchen bessere Bildung für alle, unsere Jugend braucht Ausbildungsplätze, und neben Basisqualifikationen brauchen wir auch das Recht und die Möglichkeit freier Entfaltung in der Weiterbildung.

Was wir nicht brauchen, das ist der Etikettenschwindel der so genannten betrieblichen Bündnisse für Arbeit, der nichts anderes will, als faktisch die Tarifautonomie zu beseitigen. Was wir wollen, ist Wohlstand für alle." •

plusminusBERLIN

+ ***Die FDP-Fraktion will einen von der baden-württembergischen Justizministerin Corinna Werwigk-Hertneck entwickelten Gesetzentwurf zur Einwanderung in den Bundestag einbringen. Zuwanderung müsse auch humanitären Verpflichtungen dienen.***

– ***Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt hat den Aufruf der Gewerkschaften kritisiert, wegen des drohenden Irak-Kriegs die Arbeit am 14. März für zehn Minuten niederzulegen. Nach dem 11. September hatten die Arbeitgeber noch zu gemeinsamen Schweigeminuten aufgerufen.***

inhalt

Seite 3

Zu viel Macht?

Es wäre unnormal, wenn sich die Gewerkschaften als einzige gesellschaftliche Gruppe nicht darum bemühen, möglichst viel Einfluss zu gewinnen, meint die CDU-Vorsitzende Angela Merkel im einblick-Interview

Seite 5

Rückzug der Arbeitsämter

Bei der Weiterbildung für Arbeitslose will Nürnberg 1,4 Milliarden Euro sparen – mit dramatischen Folgen für die Betroffenen

Seite 7

Raus aus der Krise!

Die Gewerkschaften müssen auf die massiven verbalen Angriffe mit eigenen Reformkonzepten reagieren, empfiehlt der IG Metaller Jupp Legrand

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.interkultureller-rat.de

Internationale Woche gegen Rassismus 17.–21. März 2003

Im Faxabruf

0211 / 43 01 669

Flächentarifverträge sind flexibler als ihr Ruf
Analyse des WSI-Tarifarchivs (Auszüge)

Arbeitsämter

Bundeszuschuss doch notwendig?

Der Hauptpersonalratsvorsitzende der Bundesanstalt für Arbeit (BA), Eberhard Einsiedler, hält es für „unwahrscheinlich“, dass die BA in diesem Jahr wie geplant ohne Bundeszuschuss auskommt. Der Haushalt 2003 sei im Herbst vergangenen Jahres unter Voraussetzungen beschlossen worden, „die jetzt nicht mehr gelten“, erklärte Einsiedler gegenüber *einblick*. Die Etat-Planung sei von einem Wirtschaftswachstum von 1,5 Prozent und durchschnittlich 4,14 Millionen Arbeitslosen ausgegangen. Auf Bundesmittel verzichten zu können ist das erklärte Ziel von BA-Chef Florian Gerster. Zuletzt hat der Bundeszuschuss 5,6 Milliarden Euro betragen. Er soll durch Einsparungen – allein beim Arbeitslosengeld in Höhe von 2,8 Milliarden Euro – überflüssig werden. •

PISA-Test

Nationalität ohne Einfluss

Die Staatsangehörigkeit eines Kindes hat keinen Einfluss auf seinen Schulerfolg. Zu diesem Ergebnis kommt das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) in Essen in einer Analyse der neuen PISA-Studie zum Schulerfolg von Kindern. Die Essener Forscher widersprechen damit ausdrücklich der Analyse des Berliner Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung, das mit Bezug auf die neuen PISA-Daten erklärt hatte, dass bereits ein Ausländeranteil von 20 Prozent zu einer sprunghaften Verringerung des Lernniveaus führt. Auch der OECD-Bildungsforscher Andreas Schleicher warnt laut *Handelsblatt* vor falschen Schlussfolgerungen. Es sei absurd, sich auf den Anteil von Migranten in einer Klasse zu konzentrieren. „Entscheidend ist der berufliche und soziale Hintergrund der Migranten, nicht die Migration als solche.“ •

IT-Gehaltsanalyse

Einkommen leicht gesunken

In der IT-Branche sind die Durchschnittsentgelte 2002 im Vergleich zum Vorjahr leicht gesunken. Das ergibt die neueste IT-Gehaltsanalyse, die IG Metall-Vize Jürgen Peters auf der CeBIT in Hannover vorgestellt hat. Gehaltssteigerungen um bis zu zehn Prozent auf durchschnittlich 51 467 Euro im Jahr erreichten 2002 nur junge Informatiker. Die Gehälter von Seniorberatern sanken im Schnitt von 58 124 auf 56 632 Euro. Drastisch gekürzt wurden die Einkommen für jüngere Vertriebsbeauftragte: Sie büßten fast zehn Prozent ihres bisherigen Einkommens ein und bekommen jetzt 59 957 Euro jährlich. Peters: „In tarifgebundenen Unternehmen erhalten die Vertriebsbeauftragten wenigstens noch das tarifliche Monatsgehalt.“ •

?...nachgefragt

Die rot-grüne Gesundheitsreform mobilisiert auch die Beschäftigten der Krankenkassen. Sie gehen im Mai in Berlin auf die Straße. Wofür? Das fragte *einblick* den Bundesvorsitzenden der ver.di-Fachgruppe Gesetzliche Krankenversicherung, Jürgen Wolthausen, 51.

Wir demonstrieren nicht nur für unsere Interessen, sondern auch für die unserer Versicherten. Wir wollen, dass der einheitliche Leistungskatalog der Krankenkassen im jetzigen Umfang beibehalten wird und es keine Aufspaltung in Grund- und Wahlleistungen gibt. Der Leistungskatalog ist auch nicht das Problem, sondern der falsche Umgang mit ihm. Die Ärzte sollten nur das verordnen dürfen, was wirtschaftlich vertretbar und medizinisch notwendig ist. Und der Patient sollte nachvollziehen können, welche Leistungen der Arzt mit der Krankenkasse abrechnet.
Wir gehen natürlich auch auf die Straße, um für die Sicherheit unserer Arbeitsplätze zu demonstrieren. Die geplante Deckelung der Verwaltungskosten wird gerade die großen Versorgerkassen (DAK, BEK, AOK) treffen und den bereits stattfindenden Personalabbau verschärfen. Die Betreuung der Versicherten ist mit noch weniger Personal und Geschäftsstellen nicht mehr sichergestellt. Qualifizierte Mitgliederbetreuung ist nur mit einem breiten Gliederungsnetz möglich. Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung gibt es eben nicht aus dem Automaten.

wiewardiewoche?

Alexander Kircher, 46, ist Verhandlungsführer von TRANSNET bei den Tarifverhandlungen für die Bahnbeschäftigten. In den Verhandlungen, die nach Redaktionsschluss am 14. März fortgesetzt wurden, geht es auch um eine Grundsatzentscheidung. Während TRANSNET und die Verkehrsgewerkschaft GBDA für einen Flächentarifvertrag kämpfen, will die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) in separaten Verhandlungen einen eigenen Tarifvertrag für Lokführer durchsetzen.

In diesem Jahr haben wir an zwei Fronten zu kämpfen. Gegen den Arbeitgeber, von dem wir eine fünfprozentige Lohnerhöhung und eine Angleichung der Ostgehälter fordern, und gegen die GDL, die einen eigenen Berufstarifvertrag für die Lokführer und Zugbegleiter erreichen will. Würde sich die GDL durchsetzen, wäre unser Ziel, langfristig zu einem Flächentarifvertrag für den Schienenverkehr zu kommen, der den Haustarif der Bahn AG ablösen soll, vom Tisch. Das würde zu einer Spaltung der ArbeitnehmerInnen im Schienenbereich führen, zu unterschiedlichen Tarifverträgen für jede Berufsgruppe. Das Ziel, neben der Bahn AG auch andere Eisenbahngesellschaften für einen Flächentarifvertrag zu gewinnen und für vergleichbare Wettbewerbsbedingungen zu sorgen, wäre gefährdet. Profitieren würden davon weder die Beschäftigten noch die Bahn. Die Beschäftigten nicht, weil der Lohnwettbewerb nach unten verstärkt würde, auch bei den Lokführern. Schon jetzt gibt es Leiharbeitsfirmen, die Lokführerleistungen zu Niedriglöhnen anbieten. Und die Bahn und ihre Kunden nicht, weil im sensiblen Bahnbereich ständig eine andere Beschäftigtengruppe den Verkehr lahm legen könnte. Unser Angebot, im Schienenverkehr gemeinsam Tarifverträge zu erstreiten, die als Antwort auf den zunehmenden Wettbewerb Gehaltsstandards sichern, steht weiter. Das gilt sowohl für die Beamtenbund-Gewerkschaften als auch für ver.di.

Interview mit Angela Merkel

„Das wäre höchst unnormal“

Haben die Gewerkschaften zu viel Macht? Die CDU-Vorsitzende Angela Merkel hielte es für „höchst unnormal“, wenn die Gewerkschaften als einzige gesellschaftliche Gruppe sich nicht darum bemühten, möglichst viel Einfluss zu gewinnen.

Angela Merkel, 48, ist Vorsitzende der CDU und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Am 24. März treffen sich das CDU- Präsidium und der DGB-Bundesvorstand, dem auch die Vorsitzenden der DGB-Gewerkschaften angehören.

■ Lassen sich mit dem Ruf nach Entmachtung der Gewerkschaften Wahlen gewinnen?

■ *Unser politischer Wettbewerber ist die SPD, und deshalb findet auch unsere politische Auseinandersetzung hauptsächlich mit den Sozialdemokraten statt. Tatsache ist aber, dass wir in einer Reihe von Fragen andere Auffassungen haben als die Gewerkschaften. Dennoch sage ich, dass die Gewerkschaften nicht gleichsam wie ein einziger Block betrachtet werden können. Ich unterscheide durchaus zwischen Einzelnen an der Gewerkschaftsspitze und den vielen Betriebsräten.*

■ Unterscheiden Sie zwischen guten und schlechten Gewerkschaftern?

■ *Das steht mir nicht zu. Ich habe nur meine Vorstellung davon, wie man den Arbeitnehmern am Besten nutzt und was in Deutschland wieder zu mehr Wachstum und Beschäftigung führt. So befürchte ich, dass manche Einstellung der Gewerkschaften Arbeitsplätze kostet.*

■ Haben die Gewerkschaften zu viel Macht?

■ *Jeder bemüht sich, möglichst viel Einfluss zu bekommen. Wenn die Gewerkschaften dies als einzige Gruppe in der Gesellschaft nicht machen würden, wäre es höchst unnormal. Das Problem ist deshalb nicht, dass die Gewerkschaften zu viel Macht haben, sondern dass zu viele Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion zu sehr mit den Gewerkschaften verbunden und nicht frei genug sind in ihren politischen Entscheidungen. Hier brauchen wir wieder eine Rückkehr des Politischen.*

■ Steht Friedrich Merz, Ihr stellvertretender Fraktionsvorsitzender, mit seinem Feldzug gegen die Gewerkschaften allein in der CDU?

■ *Er macht keinen „Feldzug“. Außerdem gibt es überall – bei uns wie bei Ihnen – unterschiedliche Charaktere und auch unterschiedliche Rollen.*

■ Selbst „Die Welt“ fragt sich: „Wie steht die Union zum DGB?“

■ *Wir als Union sind der Meinung, dass Gewerkschaften eine wichtige Rolle haben. Wir plädieren dabei für die Einheitsgewerkschaft, die keiner politischen Partei vorrangig verpflichtet ist. Leider war es aber so, dass in zurückliegenden Wahlkämpfen eine Reihe von Gewerkschaftsfunktionären Wahlkampf für die SPD gemacht hat.*

■ Halten Sie die Gegensätze zwischen Union und Gewerkschaften für überbrückbar?

■ *Ich habe den Eindruck, dass die Gewerkschaftszentralen Angst davor haben, den regionalen Gliederungen mehr Handlungsspielraum zu geben. Doch der Wettbewerb der Standorte ist in den Zeiten der Globalisierung sehr viel härter geworden. Darauf sollten betriebliche Bündnisse für Arbeit eine Antwort geben. Mit entsprechendem Mut von Seiten der Gewerkschaftsführung könnten auch hier Gegensätze überbrückt werden.*

■ Die CDU fordert ein Wahlrecht für Arbeitnehmer: Kündigungsrecht oder Abfindung. Das käme die Arbeitgeber aber teuer zu stehen, denn bislang erhalten nur die wenigsten Gekündigten eine Abfindung.

■ *Das kann ja von Arbeitgebern und Arbeitnehmern entschieden werden. Wichtig ist aber, dass wir für alle Neueinstellungen ein Optionsmodell einführen wollen. Damit ist der notwendige Schutz gerade für langjährige Beschäftigte gesichert, und für den Arbeitgeber, der einstellen will, bedeutet das Kündigungsschutzgesetz keinen unnötigen Hemmschuh mehr.*

■ Arbeitgeber stellen ein, weil sie Leute brauchen, nicht weil sie sie schneller los werden können.

■ *Trotzdem muss der Kündigungsschutz in den Punkten geändert werden, wo er zur Einstellungsbremse geworden ist. Renommierte Institutionen – von der OECD bis zu den Wirtschaftsforschungsinstituten – haben wiederholt eine Deregulierung des Kündigungsschutzrechtes angemahnt.*

■ Sie wollen auch an der Tarifautonomie rütteln: Wenn zwei Drittel der Belegschaft dafür sind, soll ein Abweichen vom Tarif möglich sein.

■ *Wir haben das an eine ganz klare Bedingung gekoppelt, nämlich dass es Aussichten auf sichere Beschäftigung gibt.*

■ Tarifverträge schaffen einheitliche Wettbewerbsbedingungen. Verlieren sie diese Funktion, beginnt ein Unterbietungswettbewerb – und dem fallen mehr Jobs zum Opfer, als betriebliche Bündnisse retten können.

■ *Der Flächentarifvertrag als Institution soll nicht beseitigt werden. Aber eine Aufweitung des Flächentarifvertrages ist dahin gehend notwendig, dass betriebliche Bündnisse für Arbeit möglich werden können. Die Frage, über die wir streiten, ist ja: Darf die Gewerkschaft das entscheiden, oder gibt der Gesetzgeber der betrieblichen Ebene dafür mehr Raum? Ich bin dafür, dass die Politik, der Gesetzgeber, das schafft.* •

Von der Kritik zur Hetzjagd

Der CDU/CSU-Fraktionsvize Friedrich Merz hört nicht auf, den „dreisten Machtanspruch“ der Gewerkschaften zu beklagen und ihre Entmachtung zu fordern. Der FDP-Vorsitzende Guido Westerwelle bezeichnet die Gewerkschaften immer wieder als „Plage“. Und BDI-Präsident Michael Rogowski fordert jetzt sogar eine Änderung des Wahlrechts, damit nicht mehr so viele gewerkschaftlich organisierte Abgeordnete in den Bundestag einziehen. Die Kritik an den Gewerkschaften gewinnt Züge einer Hetzjagd.

Die CDU-Mittelstandsvereinigung unterstützt Merz. Der CDA-Vorsitzende Hermann-Josef Arentz hingegen weist Merz‘ Kritik zurück („maßlos überzogen“). Auch der saarländische Ministerpräsident Peter Müller (CDU) warnt eindringlich davor, „jetzt einen Konflikt zwischen der Union und den Gewerkschaften aufzubauen“.

Der Grünen-Vorsitzende Reinhard Bütikofer nimmt die Gewerkschaften in Schutz und wirft Teilen der Union und der FDP „gewerkschaftsfeindliche Propaganda“ vor.

Im Internet

www.einblick.dgb.de

Im Faxabruf

0211 / 43 01 674

einblick-Interview mit der CDU-Vorsitzenden Angela Merkel (Langfassung)

Heinz-Westphal-Preis

Engagement wird belohnt

Jugendliche sammeln mit Babysitten oder Nachhilfe Punkte und tauschen diese gegen Fitnesstraining oder Computerkurse ein. Für den Aufbau dieser unkonventionellen Tausch-Börse wurde das Kreisjugendwerk der Arbeiterwohlfahrt Nürnberg 2001 mit dem Heinz-Westphal-Preis ausgezeichnet. Auch in diesem Jahr suchen der Deutsche Bundesjugendring und das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend nach beispielhaftem ehrenamtlichem Engagement in der Jugendarbeit. Insgesamt stehen 15 000 Euro Preisgeld zur Verfügung. Bewerbungsschluss ist der 15. Juni 2003. •

DGB-Bildungswerk

Gesundheit nur ein Kostenfaktor?

Kranke Beschäftigte kosten ein Unternehmen Geld. Andererseits erhöhen fitte MitarbeiterInnen Produktivität und Gewinn. Dieser Aspekt – Gesundheit als Produktivkraft – steht im Mittelpunkt des Workshops „Ist Gesundheit nur ein Kostenfaktor?“ vom 15. bis 18. Juni in Niederpöcking. Beantwortet werden soll die Frage, ob sich Investitionen in Sicherheit und Gesundheit der Beschäftigten bezahlt machen. Die Veranstaltung wird vom DGB-Bildungswerk organisiert, die Teilnahme kostet inklusive Verpflegung und Übernachtung 600 Euro. •

DGB-Bildungswerk
Tel. 0211 / 43 01 372
Fax 00211 / 43 01 500
www.dgb-bildungswerk.de

ver.di-Jugend

Kriegsdienst verweigern

Mehr als 150 000 junge Männer verweigern jedes Jahr den Dienst an der Waffe. Über das richtige Verhalten bei der Musterung, alle wichtigen Fristen und das Verfassen einer erfolgreichen Begründung informiert die Broschüre „Kriegsdienstverweigerung“ der ver.di-Jugend. Neben Musterschreiben und Kontaktadressen gibt's im kostenlosen Heft auch Details zu Sonderregeln für Jugend- und AuszubildendenvertreterInnen. •

ver.di-Bundesverwaltung
Fax 030 / 69 56 36 46
ringo.bischoff@verdi.de
www.verdi-jugend.de

Kommunale Haushalte

Wege aus der Finanzkrise

„Gemeindefinanzen im Brennpunkt“ lautete der Titel eines gemeinsamen Workshops, zu dem DGB und ver.di im Oktober 2002 eingeladen hatten. Jetzt ist die Dokumentation der Veranstaltung erschienen, die die Referate und Diskussionen der TeilnehmerInnen zusammenfasst. Der Schwerpunkt liegt auf der gewerkschaftlichen Mitwirkung in der von der Bundesregierung im März 2002 eingesetzten „Kommission zur Reform der Gemeindefinanzen“. Die Dokumentation kann kostenlos bestellt werden. •

bernadette.kujawa@verdi.de

DGB-Broschüre

Hartz-Gesetze ganz exakt

Personal-Service-Agenturen und neue Leiharbeit, Änderungen bei der Weiterbildung und geringerer Kündigungsschutz für ältere Beschäftigte – einen genauen Blick auf die Hartz-Reform wirft der DGB-Bundesvorstand in der Broschüre „Änderungen im Arbeits- und Sozialrecht infolge der so genannten Hartz-Vorschläge“. Das Heft ist Teil der Reihe Informationen zum Arbeits- und Sozialrecht und kommt für einen Euro plus Porto und Versand ins Haus. •

toennes satz & druck GmbH
Niermannsweg 1–5
40699 Erkrath
Fax 0211 / 920 08 38

Saubere Kleidung

Mehr Rechte für Näherinnen

Manches Kleidungsstück, das schick und teuer im Laden hängt, ist unter ausbeuterischen Bedingungen in Entwicklungsländern gefertigt worden. Die Betroffenen sind meist Frauen. Mit ihrer Situation beschäftigt sich die Veranstaltung „Alles clean!? Gesundheitsschutz und Frauenrechte für Näherinnen“ am 4./5. April in Hattingen. Veranstalter ist das Koordinationsbüro der „Kampagne für saubere Kleidung“ beim DGB-Bildungswerk. Die Teilnahme kostet 35 Euro. •

Kampagne für saubere Kleidung
c/o DGB-Bildungswerk
Tel. 0211 / 43 01 317
Fax 0211 / 43 01 387
christiane.schnura@dgb-bildungswerk.de

Neue Vortragsreihe

ver.di eröffnet „sicht.weisen“

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) startet eine neue Vortragsreihe: „sicht.weisen“ soll den Dialog mit Wissenschaft und Politik, Wirtschaft und Medien fördern. Jeden dritten Mittwoch im Monat steht im Haus des ver.di-Bundesvorstands am Potsdamer Platz in Berlin ein neues Thema auf der Tagesordnung. Zum Auftakt am 26. März spricht der Sozialwissenschaftler Martin Baethge zum Thema „Zukunftsblockaden – oder der schwierige Weg in die Dienstleistungsgesellschaft“. •

www.verdi.de/sichtweisen

interregio

••• Der ***DGB Bayern*** setzt Argumente gegen Polemik: Das neue DGB-Blatt ***Streitzeit*** kontert die Anzeigenkampagne der bayerischen Arbeitgebervereinigung.

„Die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft schaltet täglich eine Anzeige in BILD mit populären Platitüden und einseitigen Darstellungen. Dagegen wehren wir uns“, erklärt der bayerische DGB-Vorsitzende Fritz Schösser. *Streitzeit* erscheint täglich, kann aus dem Internet heruntergeladen oder per E-Mail zugeschickt werden.
www.dgb-bayern.de/aktuell/presse/streitzeit.htm

••• Der ***DGB Hessen*** hat zu den Themen Kündigungsschutz und Gesundheitsreform einen ***offenen Brief*** an die hessischen Bundestagsabgeordneten von SPD und Bündnis 90/Die Grünen geschickt. Er drückt darin seine Erwartung aus, dass die Abgeordneten „einer nachhaltigen Verschlechterung des Kündigungsschutzes und der Aufgabe der paritätischen Finanzierung der Krankenversicherung“ im Bundestag nicht zustimmen. Mehr Infos: www.dgb-hessen.de

••• Der ***DGB Sachsen*** und die ***Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft*** (CDA) im Freistaat weisen die Kritik an den Gewerkschaften zurück: „Wer sie als Blockierer und Besitzstandswahrer diffamiert, verkennt ihre ureigene Aufgabe“, heißt es in einer ***gemeinsamen Presseerklärung*** der Vorsitzenden von DGB und CDA Sachsen, Hanjo Lucassen und Thomas Pietzsch. Beide sprechen sich gegen Änderungen des Kündigungsschutzes aus. Mehr Infos: Markus Schlimbach, Tel. 0351 / 863 31 04

Berufliche Weiterbildung für Arbeitslose

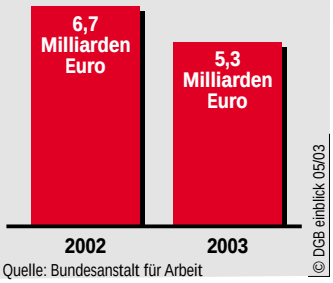
Rückzug der Arbeitsämter

Einen gewaltigen Umbruch gibt es bei der beruflichen Weiterbildung für Arbeitslose: Drastische Mittelkürzungen, ein neues Gutschein-System und kaum erfüllbare geschäftspolitische Ziele der Bundesanstalt für Arbeit (BA) sowie massive Existenzängste bei den Bildungsträgern und ihren MitarbeiterInnen sorgen für Unruhe.

Die berufliche Fort- und Weiterbildung – einst als „mutiger Schritt“ zur Prävention gegen Arbeitslosigkeit gepriesen – ist nach wie vor das wichtigste Instrument der aktiven Arbeitsförderung. Im vergangenen Jahr gab die Bundesanstalt 6,7 Milliarden Euro für die Bildungsförderung aus. Rund 300 000 Arbeitslose nahmen im Jahresdurchschnitt an den geförderten Kursen teil. 63 Prozent von ihnen – so die BA – waren danach nicht mehr arbeitslos. 48 Prozent fanden wieder eine sozialversicherte Beschäftigung. Ein durchaus vorzeigbarer Erfolg in einer schwierigen Arbeitsmarktlage.

Riesiger Rückschritt

Ausgaben der Arbeitsämter für berufliche Weiterbildung 2002 und 2003 (geplant)



Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

Mindestens 1,4 Milliarden Euro sollen die Arbeitsämter allein in diesem Jahr bei der beruflichen Weiterbildung von Arbeitslosen einsparen – trotz einer Vermittlungsquote von über 60 Prozent bei den TeilnehmerInnen.

Trotzdem wird in diesem Jahr der Weiterbildungsetat der Arbeitsämter drastisch reduziert. Nach den Planungen der Bundesanstalt muss 2003 mit einem Rückgang um 1,39 Milliarden Euro oder 21 Prozent gegenüber dem Vorjahr gerechnet werden. Mindestens. Denn die Sparmaßnahmen können auch noch härter ausfallen. Weiterbildungsleistungen sind nämlich „Kann“-Leistungen, die von den örtlichen Ämtern eigenständig vergeben werden. Fehlen ihnen im Laufe des Jahres Mittel an anderer Stelle, drohen weitere Kürzungen bei Fortbildung und Umschulung. Und damit ist zu rechnen. Denn die Nürnberger Bundesanstalt will in diesem Jahr – trotz der erheblich gestiegenen Arbeitslosenzahlen – ohne Bundeszuschuss auskommen. 2002 lag er immerhin noch bei 5,6 Milliarden Euro.

Schon jetzt ist klar, dass diverse Kurse nicht beginnen werden. Das liegt auch an der neuen „geschäftspolitischen“ Zielsetzung der Arbeitsämter. Danach gilt ab diesem Jahr, dass eine Bildungsmaßnahme nur gefördert wird, wenn zu erwarten ist, dass anschließend 70 Prozent der TeilnehmerInnen nicht erneut arbeitslos sind.

Die Gewerkschaften halten diese Quote für kaum erfüllbar. ver.di-Vorsitzender Frank Bsirske: „In vielen Regionen und einigen Branchen ist eine Vermittlungsquote von 50 Prozent schon ein Riesenerfolg.“ Auch Wilhelm Adamy, Leiter der Abteilung Arbeitsmarktpolitik beim DGB-Bundesvorstand, hält es nicht für sinnvoll, „für alle Regionen und alle Arbeitnehmergruppen die gleiche Messlatte anzulegen.“ Die Gewerkschaften fordern stattdessen eine differenzierte Zielgruppenregelung. Sie befürchten, dass jetzt ausgerechnet diejenigen bei der Weiterbildung das Nachsehen haben, die sie am nötigsten brauchen.

Bei der BA sieht man dagegen „keine Alternative“ zur gegenwärtigen Politik und verweist darauf, dass es nach den Hartz-Reformen statt Weiterbildung „zum Teil andere Maßnahmen“ geben werde. Hervorgehoben werden vor allem die neuen Personal-Service-Agenturen. Hierfür sind allerdings lediglich 500 Millionen Euro vorgesehen. Demnach werden für sie weit weniger Gelder ausgegeben als bei der Weiterbildung eingespart wird.

Durch die Hartz-Gesetze wird die Bildungsförderung in diesem Jahr zudem komplett umgestellt. Der zuständige Arbeitsberater vermittelt Interessenten nicht mehr wie bisher in einen bestimmten Kurs, sondern gibt ihnen einen Gutschein. Der Schein muss in der Regel innerhalb von drei Monaten bei einem Bildungsträger im so genannten Tagespendelbereich eingelöst werden. Die Arbeitsämter können den Weiterbildungssektor damit nicht mehr steuern. „Lotsen bei der Weiterbildungssuche gibt es nicht“, räumt selbst Nürnberg ein. Viele Bildungswillige stehen deshalb vor der schwierigen Wahl: „Welcher Teilnehmer durchschaut auf den ersten Blick, ob die Maßnahme schnell zusammengeschustert wurde oder es sich um ein qualitativ gutes Angebot handelt?“, fragt die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) in Hessen. Sie beklagt zudem die fehlende Planungssicherheit für Bildungsträger, ebenso wie ver.di-Vorsitzender Bsirske: „Die Träger müssen jetzt im Blindflug planen und darauf warten, ob Arbeitslose mit einem Gutschein kommen.“

GEW und ver.di registrieren bereits jetzt, dass es bei Weiterbildungsveranstaltern zu betriebsbedingten Kündigungen kommt und zunehmend angestellte Mitarbeiter zu freien Honorarkräften werden. Von den derzeit rund 100 000 fest Angestellten der Branche könnten bis zu 20 000 ihren Job verlieren. •

Tipps zum Unterhaltsgeld

Wer an einem vom Arbeitsamt finanzierten Bildungskurs teilnimmt, erhält statt Arbeitslosengeld oder -hilfe meist ein so genanntes Unterhaltsgeld. Mit dem Bildungskurs sollte man möglichst beginnen, solange es noch Arbeitslosengeld gibt. Während der Kurs läuft, zahlen die Ämter nämlich Unterhaltsgeld in der Höhe des Arbeitslosengeldes.

Wer vor der Weiterbildung bereits die niedrigere Arbeitslosenhilfe (Alhi) bezogen hat, erhält dagegen nur ein Unterhaltsgeld in Höhe der Arbeitslosenhilfe. Wenn sich während des Kurses die finanzielle Situation verändert, ändert sich auch das Unterhaltsgeld: Verdient beispielsweise der Ehepartner mehr, so sinkt das Alhi-Unterhaltsgeld oder es fällt sogar ganz weg.

Künftig wird es noch wichtiger, nach dem Ende eines Kurses einen Job zu finden. Denn die Zeit, in der es Unterhaltsgeld gibt, wird jetzt zur Hälfte auf den Anspruch auf Arbeitslosengeld angerechnet. Wer zum Beispiel vor einer 12-monatigen beruflichen Fortbildung noch Anspruch auf acht Monate „Stütze“ hatte, kann danach nur noch zwei Monate lang Arbeitslosengeld bzw. -hilfe beanspruchen. Kleiner Trost: Ein Restanspruch von einem Monat bleibt immer erhalten.

kurz&bündig

Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und der DGB setzen sich in einer gemeinsamen Erklärung für den Ausbau von Ganztagsschulen ein. Ein Teil der bildungs- und arbeitsmarktpolitischen Probleme rühre daher, dass es nur für fünf Prozent der SchülerInnen Ganztagsangebote gibt.

Die Deutsche Post AG bietet in diesem Jahr 2500 Ausbildungsplätze an – 500 mehr als ursprünglich vorgesehen. Das haben ver.di und die Post vereinbart.

Die IG Metall von Niedersachsen und Sachsen-Anhalt will das VW-Tarifmodell 5000 x 5000 auf andere Firmen übertragen. Mit dem Modell seien bei VW in Wolfsburg und Hannover 3000 neue Jobs geschaffen worden. Kritiker, die bezweifelt hatten, dass man ein Fahrzeug ausschließlich mit bislang Arbeitslosen produzieren kann, seien widerlegt worden. Das Modell zeige, welches Potenzial in arbeitslosen Menschen steckt.

Die Bundesregierung will erneut ein Tariftreuegesetz für öffentliche Aufträge in den Bundestag einbringen. Das erklärte Bundesbauminister Manfred Stolpe (SPD) gegenüber der IG-BAU-Mitgliederzeitschrift *Der Grundstein*. ***Im letzten Jahr war das Gesetz von der CDU/CSU/FDP-Mehrheit im Bundesrat gestoppt worden.*** *www.igbau.de*

DGB-Rechtsschutz

Betriebsratswahl ungültig

Die Arbeitsgerichte in Düsseldorf, Mönchengladbach und Wesel haben in erster Instanz einen Antrag der DGB-Rechtsschutz GmbH abgelehnt, die Betriebsräte der Gesellschaft in Zukunft auf der Ebene der Arbeitseinheiten und nicht mehr auf der Ebene der acht Rechtsschutzregionen wählen zu lassen. Mit dieser Entscheidung schlossen sich die Arbeitsgerichte der Ansicht des Betriebsrates an, der argumentiert hatte, dass die Arbeitseinheiten dem Direktionsrecht der Regionen unterliegen würden. Die Entscheidung war notwendig geworden, weil sich die Geschäftsführung und ver.di im Vorfeld der Betriebsratswahlen 2002 nicht über die künftige Betriebsrätestruktur hatten einigen können (einblick 1/03). Ob sich auch das Arbeitsgericht Essen, vor dem ebenfalls ein Verfahren anhängig ist, dieser Rechtsauffassung anschließt, ist noch nicht entschieden. Gegen die Entscheidung der drei Arbeitsgerichte will die Geschäftsführung in Berufung gehen.

In einem weiteren Verfahren hat das Arbeitsgericht Düsseldorf auf Antrag mehrerer Beschäftigter die Betriebsratswahl in NRW wegen grober Rechtsverstöße für ungültig erklärt. Das Gericht monierte unter anderem, dass die Urne nicht versiegelt gewesen sei. Zudem war die Urne in Gummersbach aufgestellt, wo es nur drei Rechtsschutz-Beschäftigte gibt. •

Gender Mainstreaming

Ein Konzept erobert die Praxis

Was kommt vom Gender Mainstreaming in der Praxis an? Der aktuelle DGB-Info-Brief *Frau geht vor* fragt: „Wie gendert man einen Prozess? Gender Mainstreaming – praktisch gemacht.“ In der EU-Kommission arbeitet die Abteilung Gleichstellung von Frauen und Männern mittlerweile an einem Index, der angibt, wie weit die Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern fortgeschritten ist. Abteilungsleiterin Marie C. Donnelly erläutert das Vorhaben. Auf dem Arbeitsmarkt hat Gender Mainstreaming mit dem Job-Aqtiv-Gesetz Einzug gehalten und ist vom Hartz-Konzept fast wieder verdrängt worden. Dagegen kämpft Ulrike Wenner, Beauftragte für Chancengleichheit bei der Bundesanstalt für Arbeit. Im Bundesumweltministerium soll es nicht bei einem einmaligen Gender-Projekt bleiben. Nachdem die Strahlenschutzverordnung „gegendert“ worden ist, arbeitet man an einem Instrument, mit dem Gesetzesinitiativen auf Geschlechterverträglichkeit geprüft werden können. Einzelhefte gibt es für einen mit 77 Cent frankierten Rückumschlag (DIN C4) bei der Abteilung Gleichstellungs- und Frauenpolitik des DGB. Ein Jahresabo kostet 13 Euro. •

?...nachgefragt

Brauchen die Gewerkschaften eine eigenständige Jugendkulturarbeit? Heute mehr denn je, davon ist Francesco Grioli, 30, Bundesjugendsekretär der IG BCE, überzeugt. Er plädiert für den Erhalt des „jungen forum“, Recklinghausen, als Kulturwerkstatt der Gewerkschaftsjugend.

Wir alle wissen, wie schwierig es für die Gewerkschaften ist, junge Menschen als Mitglieder zu gewinnen. Noch mühsamer ist es, sie dazu zu bewegen, sich aktiv zu engagieren. Jugendkulturarbeit kann Berührungsängste mindern und dauerhafte Bindungen herstellen. Sie ist heute notwendiger denn je.
Gewerkschaften allein sind dazu aber nicht in der Lage, sie brauchen professionelle Partner wie das „junge forum“. Wir haben dessen kulturpädagogische Kompetenz oft genutzt, und die Bilanz dieser Zusammenarbeit ist positiv. Nur ein Beispiel von vielen ist unser EXPO-Projekt „Bilder aus der Zukunft“. Unterstützt von KünstlerInnen setzten sich 60 Jugendliche in Workshops künstlerisch mit Zukunftsfragen auseinander und präsentierten die Ergebnisse auf der EXPO in Hannover. Allesamt waren sie zwar IG BCE-Mitglieder, aber engagierten sich vor dem Projekt nicht aktiv. Sie sind alle dabeigeblieben. Deshalb: Wenn es das „junge forum“ nicht gäbe, müsste es erfunden werden.
Der Anlass, weshalb überhaupt wieder mal in der Gewerkschaftsjugend über eigenständige Kulturarbeit gesprochen wird, ist unschön. Es geht um die Zukunft des „jungen forums“. Auslöser war, dass es sich im letzten Jahr mit einer Weltmusikmesse ziemlich verhoben und eine Menge Geld in den Sand gesetzt hat. In diesem Zusammenhang wurde dann auf einmal diskutiert: Braucht die Gewerkschaftsjugend überhaupt eine eigene Institution für die Jugendkulturarbeit? Die IG BCE-Jugend meint, auf alle Fälle. Die Jugendabteilungen der anderen Gewerkschaften und des DGB sehen das anders. Wir fordern eine Jugendkulturdebatte im DGB, bevor über die Zukunft des „jungen forums“ endgültig entschieden wird.
Infos zum jungen forum: www.kulturinfo.de

Kampagne gegen die Gewerkschaften

Raus aus der Krise!

Bis zur Sommerpause sollen die Grundsatzentscheidungen zur Arbeitsmarkt-, Renten- und Gesundheitsreform stehen. Im Vorfeld stigmatisieren FDP und konservative Christdemokraten, Arbeitgeber und ihnen nahe stehende Journalisten die Gewerkschaften als Modernisierungsverhinderer. Statt sich einzuigeln, sollten die Gewerkschaften auf die verbalen Angriffe mit eigenen Reformkonzepten reagieren, rät Jupp Legrand.

Wären die Gewerkschaften an der Börse notiert, ginge es ihnen wie vielen Unternehmen, deren Kurse gefallen sind. **Ihre Performance beflügelt nicht die Phantasie.** Mit einem soliden Wertzuwachs oder gar großen Kurssprüngen ist kaum zu rechnen. Die Gründe sind seit Jahren bekannt: Individualisierung der Lebensverhältnisse, Globalisierung der Wirtschaft und Internationalisierung der Politik. Mit der Radikalisierung der politischen Debatte kommt eine neue Herausforderung hinzu. Während CDU/CSU-Fraktionsvize Friedrich Merz mit der Forderung nach Entmachtung der Gewerkschaften sein politisches Profil schärfen will, läuft FDP-Parteichef Westerwelle verbal Amok. Er diskreditiert Gewerkschafter als „Sonnenkönige der Verkrustung", beschimpft sie als „Totengräber des Sozialstaates". Hinter den persönlichen Attacken steht die Absicht, die Gewerkschaften kurzfristig zu delegitimieren und **dauerhaft aus dem politischen Prozess zu drängen.** Erste Wirkungen sind nicht zu übersehen: Aus Problemlösern seien Problemverschärfer geworden, lautet inzwischen die breite mediale Klage.

Einen Weg, auf die Angriffe zu reagieren, haben die Gewerkschaften noch nicht gefunden. Aber sie wären gut beraten, wenn sie auf die durchsichtige „Anklage"-Rhetorik nicht mit Einigeln reagieren würden. Mit „Raus auf die Marktplätze!" oder „Rein in die Schützengräben!" kann man vielleicht kurzfristig Aufmerksamkeit erheischen, aber **langfristige Erfolge lassen sich damit nicht erzielen.** Weder reflexhaftes Zurückkeilen noch Rückzug in den Schmollwinkel bieten eine Perspektive. Auch durch die Flucht in die (scheinbaren) Gewissheiten von gestern werden wir nur noch mehr verlieren. **Nur mit überzeugenden Vorschlägen für die Gestaltung des sozialen Wandels** und mit neuen Konzepten für die betriebliche Interessenvertretung können die Gewerkschaften aus der auch selbst verschuldeten Defensive kommen.

Beispiel soziale Gerechtigkeit: An den Diskussionen, was angesichts von hoher Arbeitslosigkeit, leeren öffentlichen Kassen und unsicheren Perspektiven „sozial" ist, haben sich die Gewerkschaften in den letzten Jahren kaum beteiligt. Selbstverständlich ist es notwendig, den Sozialstaat als Errungenschaft der Moderne zu verteidigen. Die Gewerkschaften überbetonen dabei aber die Konflikthaftigkeit der alten Gegensätze und unterschätzen die Dynamik der neuen Spaltungslinien.

Jupp Legrand, 44, ist Referent im Funktionsbereich Gesellschaftspolitik der IG Metall.

Das Gros der Gewerkschaftsmitglieder ist fest in der Mitte der Gesellschaft verankert. Sie haben meist sichere Arbeitsplätze mit geregeltem Einkommen. Rechtlicher Schutz und ein hohes Maß an sozialer Sicherheit unterscheiden sie von der wachsenden Gruppe der Dauerarbeitslosen, niedrig Qualifizierten oder schwer vermittelbaren Outsider des Arbeitsmarktes. Gewerkschaften waren historisch erfolgreich, wenn sie die Interessen der Starken und der Schwachen gebündelt haben. Heute bedeutet das, dass viele Beschäftigte **bereit sein müssen, Nachteile in Kauf zu nehmen,** wenn dadurch andere eine Chance bekommen, im Arbeitsleben Fuß zu fassen. Es würde die Glaubwürdigkeit der Gewerkschaften stärken, wenn sie ihre Mitglieder auf diesen Weg konkreter Solidarität mitnähmen, anstatt ihnen zu suggerieren, alles könne beim Alten bleiben.

Beispiel demographischer Wandel: Dass die langfristigen demographischen Veränderungen unsere sozialen Sicherungssysteme nachhaltig verändern, wurde in gewerkschaftlichen Diskursen lange tabuisiert. Jetzt nehmen wir sie langsam zur Kenntnis und beschäftigen uns eher widerstrebend mit den Folgen. Dabei hätten die Gewerkschaften **längst die alternde Erwerbsbevölkerung zu ihrem Thema machen müssen.** Die Lücke zwischen faktischem und gesetzlichem Rentenbeginn muss (auch im Interesse der organisierten Beitragszahler) verringert werden. Für welche Gruppen und unter welchen Bedingungen wollen wir ein früheres Ausscheiden aus dem Berufsleben ermöglichen, ohne dass der Konsens über die Höhe der Lohnnebenkosten völlig bricht? Wenn die Belegschaften immer älter werden, hat das Folgen für Qualifizierung und Weiterbildung, aber auch für die Arbeitsorganisation. **Es reicht nicht, wenn wir vom Staat Lösungen fordern** und von den Unternehmen Antworten erwarten. Nur zwei Beispiele. Aber sie zeigen, dass es auch an den Gewerkschaften liegt, welche Zukunft sie haben. •

Sinkender Einfluss

Es sind nicht nur Westerwelle und Co, die laut über einen „deutschen Thatcherismus" nachdenken und die Gewerkschaften „entmachten" wollen, weil sie ihnen auf dem Weg in den Neoliberalismus im Wege stehen, sondern es ist eine breit angelegte Kampagne, die inzwischen auch in den Meinungsumfragen ihren Niederschlag findet.

Beim aktuellen Deutschlandtrend von Infratest dimap sind 50 Prozent der Befragten der Meinung, dass der Einfluss der Gewerkschaften zurückgedrängt werden soll. Nur 44 Prozent halten ihn für angemessen (18 Prozent) bzw. wünschen sich einen größeren Einfluss der Arbeitnehmerorganisation (26 Prozent).

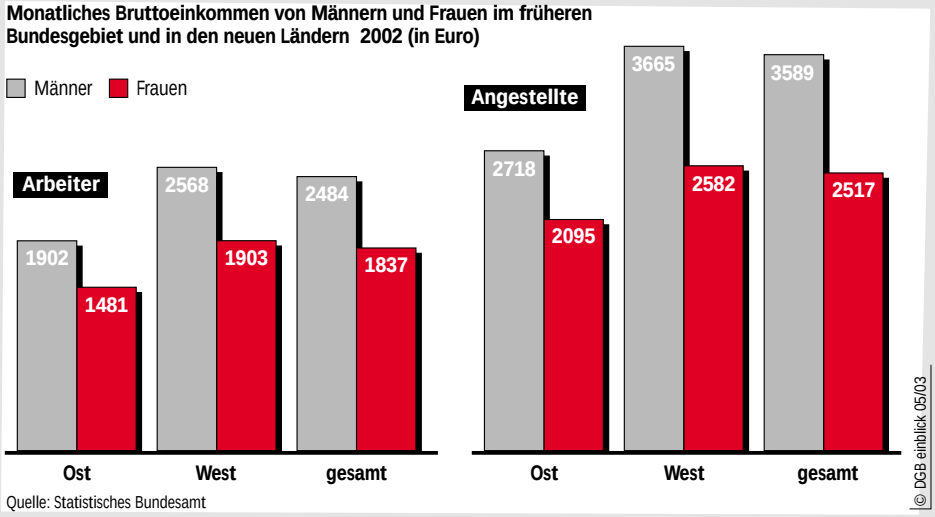
Der Göttinger Politikwissenschaftler Peter Lösche sieht gar einen sinkenden Einfluss beider Organisationen. Seine These: Die Gewerkschaften verlören in Folge steigender Arbeitslosigkeit und des veränderten Organisationsverhaltens der jüngeren Generation beständig Mitglieder und würden dadurch in ihrer „betonköpfigen Haltung" bestärkt. Das Gleiche gelte auch für die Unternehmensverbände. Die Zahl der Unternehmen, die aus den Spitzenverbänden herausgeht, nehme ständig zu, internationale Konzerne fühlten sich von ihnen nicht mehr repräsentiert.

Postvertriebsstück G 45918 Vertrieb durch toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath

die DGB grafik

FRAUEN: Im Westen deutlich schlechter bezahlt als Männer

Frauen verdienen trotz hoher Qualifikation noch immer fast dreißig Prozent weniger als Männer. Im vergangenen Jahr lag das Bruttoeinkommen von Arbeiterinnen 26,0 Prozent unter dem der Männer (1837 statt 2484 Euro), bei den Angestellten waren es sogar 29,9 Prozent weniger (2517 statt 3589 Euro). Besonders benachteiligt sind die Frauen im früheren Bundesgebiet: Arbeiterinnen verdienten dort im Schnitt 665 Euro weniger als ihre männlichen Kollegen, Angestellte 1083 Euro weniger.



personalien

••• ***Thorben Albrecht,*** 33, von 1998 bis 1999 Bundesgeschäftsführer der Jusos, danach Leiter des Büros von Rudolf Scharping beim SPD-Parteivorstand, ist seit dem 1. März Referatssekretär in der Abteilung Internationale und Europäische Gewerkschaftspolitik des DGB.

••• ***Julia Willig,*** 33, Ausbildung als Werbekauffrau bei der Agentur Springer & Jacoby, Hamburg, Tätigkeit u. a. in den Werbeagenturen „Zum goldenen Hirschen", Hamburg, und Popular Pixel, Berlin, ist seit dem 10. März Referatssekretärin für PR/Werbung in der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit des DGB.

••• ***Ingo Nürnberger,*** 30, Studium der Politikwissenschaften, Trainee beim Verband Deutscher Rentenversicherungsträger, ist ab dem 1. April Referatssekretär in der Abteilung Sozialpolitik des DGB.

••• ***Birgit Hufnagel,*** 46, Verwaltungsangestellte des Bezirks Köln/Bonn der IG Bauen-Agrar-Umwelt, ist seit dem 14. Februar Bundesrevisorin der IG BAU.

••• ***Ulf Rödde,*** 40, Referent für Öffentlichkeitsarbeit der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, ist seit dem 15. März deren Pressesprecher. Ab dem 1. Mai ist Rödde zudem Redaktionsleiter der Zeitschrift *Erziehung und Wissenschaft*. In beiden Funktionen löst er ***Steffen Welzel,*** 60, ab, der in Altersteilzeit geht.

14 TAGE

17.3. DGB Baden-Württemberg, Fachtagung „Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz", Stuttgart

17.-19.3. Angestelltenkonferenz der IG Metall, Sprockhövel

17.-21.3. Internationale Woche gegen Rassismus

18.3. DGB Thüringen, „Irak, der gewollte Krieg", Informationsveranstaltung mit dem Journalisten und UN-Beobachter Andreas Zumach, Erfurt

18.3. DGB-Jugend Hamburg, „Zukunft der Ausbildung", Diskussionsveranstaltung zur Privatisierung der Hamburger Berufsschulen

20.3. DGB Baden-Württemberg, Antidiskriminierungsarbeit in der Arbeitswelt, Fachtagung zum UN-Tag gegen Rassismus, Stuttgart

20.-22.3. Frauenkonferenz der IG Metall, Sprockhövel

21.3. DGB Saar, Auftaktveranstaltung des Multimedia-Gestaltungswettbewerbs „kreativ statt primitiv – aktiv gegen Rassismus und rechte Gewalt", Saarbrücken

26.3. DGB Nord, Tagung „Solidarität hilft allen – Initiative für ein besseres Gesundheitssystem", Hamburg

27./28.3. GEW, Bundesfachtagung zum EU-Jahr der behinderten Menschen, Hamburg

28.-30.3. Bundeskonferenz der Jungen NGG, Hustedt/Celle

30.3.-2.4. Jugendkonferenz der IG Metall, Sprockhövel

Impressum *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** *einblick* Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Udo Perina, Christian Paulsen **Redaktion:** Anne Graef (verantwortlich für diese Ausgabe), Stephan Hegger, Norbert Hüsson, Ulrike Schenken (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Postfach 10 21 45, 40012 Düsseldorf, Tel.: 0211 / 43 01 544, Fax: 0211 / 43 01 497, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: red.einblick@t-online.de **Büro Berlin:** Tel.: 030 / 240 60 544 **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel.: 030 / 85 99 46 24, Fax: 030 / 85 99 90 92, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design, Sprockhövel **Grafiken:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel.: 0211 / 9 20 08-26, Fax: 9 20 08-38
Alle aktuellen *einblick*-Hintergrundtexte im Überblick: Fax-Abruf 0211 / 43 01 689
Nachdruck frei bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren.

Schlusspunkt

„Das Verhältnis war schon mal besser. Aber da musste man auch noch nicht den Eindruck haben, dass Teile des eigenen Wahlprogramms als eine Art Betriebsunfall angesehen würden."

ver.di-Vorsitzender Frank Bsirske in einem Interview mit dem Berliner Tagesspiegel vom 9. März auf die Frage nach seinem Verhältnis zu Bundeskanzler Gerhard Schröder

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 31.03.2003 6/03

DGB

Europäische Gewerkschaften

NEIN zum Irak-Krieg

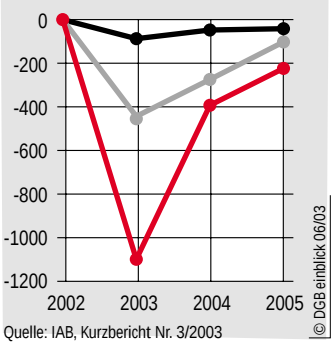
Der Ausbruch des von den USA lange vorbereiteten Krieges ist eine Niederlage für alle, die sich für eine friedliche Lösung eingesetzt haben. Aber trotz des Gefühls der Ohnmacht kam in Europa wenig Resignation auf. Die Friedensbewegung und mit ihr die Gewerkschaften führten die für den Tag X vorbereiteten Aktionen durch. Der DGB verurteilte sofort den militärischen Angriff und rief zur Beteiligung an Demonstrationen auf.

Die in der Frage des Krieges gespaltenen Regierungen Europas konnten den Krieg nicht verhindern und haben bis heute zu keiner einheitlichen Haltung gefunden. Dagegen hat die europäische Gewerkschaftsbewegung Einigkeit demonstriert und klar Stellung bezogen. Bereits am Tag der letzten Debatte im UNO-Sicherheitsrat, dem 14. März, folgten mehr als 70 Gewerkschaftsorganisationen in 38 Ländern dem Aufruf des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB), ein „Zeichen für den Frieden" zu setzen. Sie repräsentieren über 64 Millionen Mitglieder. In Spanien, wo 80 Prozent der Beschäftigten in den Betrieben die Arbeit niederlegten, erklärte Cándido Méndez, Chef des Gewerkschaftsverbandes UGT: „Dies ist ein historischer Augenblick. Eine solche Arbeitsniederlegung in ganz Europa hat es noch nie gegeben." Auch in Deutschland beteiligten sich am 14. März Hunderttausende Beschäftigte an der Gewerkschaftsaktion „Zehn Mahnminuten gegen einen drohenden Irak-Krieg".

Am 20. März, dem Beginn des Krieges, und an den beiden Tagen danach gingen von den Büros der Gewerkschaften auf allen Ebenen vielfältige Aktionen aus. In zahlreichen Orten sind es der DGB und die Gewerkschaften, die breite Anti-Kriegs-Bündnisse über Parteigrenzen hinweg initiieren. Zu vielen Aktionen rufen die Gewerkschaften gemeinsam mit den Kirchen auf – national wie international. Bei einer der sehr seltenen gemeinsamen Demonstrationen der beiden großen italienischen Gewerkschaftsbünde marschierten in Rom katholische Geistliche und kommunistische GewerkschafterInnen beim Fackelzug zum Kolosseum nebeneinander. Nicht nur in den Hauptstädten, sondern in vielen europäischen Städten vom Baltikum bis Portugal fanden Demonstrationen mit Unterstützung der Gewerkschaften statt. Beim EU-Gipfel in Brüssel forderten 20 000 Mitglieder belgischer und französischer Gewerkschaften von den Regierungschefs in Europa Arbeit und Frieden. Diese europäische Bewegung und Gegenöffentlichkeit ist ein Teil dessen, was von der New York Times als die zweite Supermacht neben den USA bezeichnet wurde: die Weltöffentlichkeit. •

Massive Folgen für die Arbeitsplätze

Abweichungen von den bisherigen Arbeitsmarktprognosen der Bundesanstalt für Arbeit (in 1000 Personen)



Quelle: IAB, Kurzbericht Nr. 3/2003

Der Krieg kann sich auch auf den Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik dramatisch auswirken. Szenarien der Bundesanstalt für Arbeit zeigen, dass ein längerer Krieg in diesem Jahr mehr als eine Million Arbeitsplätze gefährden könnte. Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer verwies darauf, dass erste negative wirtschaftliche Folgen bereits eingetreten seien – durch die Angst vor dem Krieg. „Sollte der Krieg länger dauern, wird er sehr schwer wiegende Folgen für die deutschen ArbeitnehmerInnen haben."

plusminusBERLIN

+ ***Der agrarpolitische Sprecher der CSU im Bundestag, Albert Deß, wehrt sich gegen das von der EU geplante Anbauverbot auf so genannten Stilllegungsflächen. Bislang ist dort zumindest der Anbau nachwachsender Rohstoffe wie beispielsweise Raps zur Gewinnung von Biokraftstoffen erlaubt.***

– ***Christoph Hartmann, bildungspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion, begrüßt das Urteil des Bundesverfassungsgerichts gegen „Rückmeldegebühren". Hartmann fordert ihre Umbenennung in „Studiengebühren". Und die sollen von jeder Hochschule in beliebiger Höhe erhoben werden können.***

inhalt

Seite 3
Schröders Giftzähne zeigen Wirkung
Die SPD schweigt zum rot-grünen Sozialabbau, Widerspruch und Widerstand kommen nur von den Gewerkschaften

Seite 5
Gemeinsam günstiger
Die DGB Rechtsschutz GmbH wird fünf Jahre alt. Die Ausgliederung hat sich bewährt

Seite 7
„No war" genügt nicht
Der Protest gegen den Krieg im Irak muss auch politische Alternativen aufzeigen, meint der Berliner Militärexperte Otfried Nassauer

Der Surf-Tipp fürs Internet

http://nibis.ni.schule.de
„InternetGegenRechts" mit Linksammlung (Klick auf Themen/Schwerpunktthemen/Rechtsextremismus)

Im Faxabruf

0211 / 43 01 651
„Integration in Erwerbsarbeit statt Ausgrenzung aus dem Leistungskatalog" Stellungnahme der gewerkschaftlichen Arbeitslosengruppen zur Abschaffung der Arbeitslosenhilfe (Auszüge)

Uns ist wichtig, dass Zukunftsplanung auf den Punkt genau sitzt.

Als gewerkschaftliche Informations- und Beratungseinrichtung unterstützen wir:

die **Einführung** der betrieblichen Altersvorsorge

Strategien gegen Mobbing im Betrieb und vieles mehr

die Vorbereitung und Durchführung von **Info-Veranstaltungen** für DGB-Regionen, Verwaltungsstellen oder **Betriebsversammlungen** und stehen als **Referenten** zur Verfügung

Verhandlungen z.B. über **Betriebsvereinbarungen** zur Altersvorsorge und begleiten sie

die Entwicklung und Produktion **schriftlicher Informationen** für die Beschäftigten

Darüber hinaus bieten wir entsprechende **Seminare** und **Qualifizierungsmaßnahmen** an. Selbstverständlich orientieren sie sich an den **konkreten betrieblichen Bedingungen.**

Bei uns sind eure Belange sofort:

in.Arbeit

in.Arbeit GmbH
Ulf Kreuzer
Roßstr. 94
40476 Düsseldorf
Telefon 0211.43 83 79-0
Telefax 0211.43 83 79 22

www.in-arbeit.com

Nachdenken. Vorsorgen. Zukunft sichern.

?...nachgefragt

Derzeit wird im EU-Konvent ein erster Entwurf einer europäischen Verfassung diskutiert. Die Vorstandsfrauen der Gewerkschaften kritisieren, dass im Entwurf Gender Mainstreaming und Geschlechterdemokratie zu kurz kommen. Wie sollte Gender Mainstreaming in der europäischen Verfassung verankert werden? Das fragte *einblick* Anne Jenter, 49, Leiterin der Abteilung Gleichstellungs- und Frauenpolitik des DGB.

Der vorliegende Entwurf ist ein erheblicher Rückschritt für die gleichstellungspolitischen Verpflichtungen der Europäischen Union. So fehlt bisher das Gender-Mainstreaming-Prinzip völlig. Eigentlich ist die EU längst weiter. Seit In-Kraft-Treten des Amsterdamer Vertrages 1999 ist Gender Mainstreaming als zentrale Strategie verbindlich verankert, um die Gleichstellung der Geschlechter in allen Politikfeldern der EU zu erreichen.

Die neue europäische Verfassung soll die bestehenden EG-Verträge, wie den Amsterdamer Vertrag, ersetzen. Deshalb muss das Prinzip des Gender Mainstreaming als eigener Absatz in Artikel 3 der Verfassung aufgenommen werden. Diese Forderung hat die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ursula Engelen-Kefer gemeinsam mit den für Frauenpolitik zuständigen Vorstandsmitgliedern der Gewerkschaften in einem Brief an die deutschen VertreterInnen im EU-Konvent bekräftigt. In der europäischen Verfassung muss die Geschlechterdemokratie einen ähnlichen Stellenwert erhalten wie im Amsterdamer Vertrag. Dort heißt es: „Bei allen in diesem Artikel genannten Tätigkeiten wirkt die Gemeinschaft darauf hin, Ungleichheiten zu beseitigen und die Gleichstellung von Männern und Frauen zu fördern." Deshalb gehört die Gleichheit von Frauen und Männern auch als Wert in den Artikel 2 der Verfassung. Nur so wird die Gleichstellung zu einer zentralen Frage für alle derzeitigen und künftigen Mitgliedsstaaten der EU.

Der DGB hat bereits 2002 in seinem Positionspapier zur europäischen Verfassungsdebatte die Forderung nach einem eigenständigen Kapitel zur Gleichstellung der Geschlechter beschlossen, konnte sich allerdings im EGB-Exekutivausschuss nicht durchsetzen. Es ist immer die gleiche Leier: In den von Männern dominierten Gremien fallen bereits verankerte Rechte der Frauen leicht unter den Tisch.

in eigener Sache

Das **Berliner *einblick*-Büro** ist Ende März aus der DGB-Bundesvorstandsverwaltung in die frühere Zentrale des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB), des Vorläufers des DGB in der Weimarer Republik, umgezogen. Der neue Standort in Berlin Mitte ist ab Ende Juli auch Sitz der bislang in Düsseldorf angesiedelten *einblick*-Redaktion:

einblick, Büro Berlin, Wallstraße 61, 10179 Berlin
Tel. 030/48 16 23 32, Fax 030/27 56 09 78

Rot-grüner Sozialabbau

Schröders Giftzähne zeigen Wirkung

Versprochen – gebrochen: Was im SPD-Wahlkampf 2002 noch galt, ist seit Mitte März Makulatur. Die Kanzlerrede war zwar keine Ruck-Rede, seine Pläne zur sozialen Verunsicherung aber will Schröder jetzt ruck, zuck umsetzen, noch vor der Sommerpause sollen sie Bundestag und Bundesrat passieren.

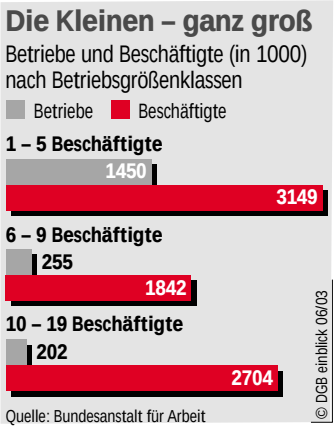
Seine Partei hat der SPD-Vorsitzende mittlerweile auf Linie gebracht, die Zahl seiner Kritiker in Fraktion, Vorstand und Präsidium jedenfalls ist zusehends geschmolzen. Der grüne Koalitionspartner hat gar nicht erst protestiert.

Widerspruch erlauben sich nur die Gewerkschaften – und leisten hinhaltenden Widerstand. Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer erwartet „eine harte Auseinandersetzung mit der Regierung". Vor allem die Streichung des Krankengeldes habe „mit sozialdemokratischer Politik nichts mehr zu tun", sagte er der *Frankfurter Rundschau* – und kündigte in *Bild am Sonntag* an: „Wir werden jetzt alles tun, um die Vorschläge im Gesetzgebungsverfahren aufzuhalten." Der Gesprächsfaden „mit Münte", dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Franz Müntefering, sei nicht abgerissen, heißt es im DGB.

Dennoch stecken die Gewerkschaften „unbestreitbar in einer schwierigen Situation", gibt der IG Metall-Vorsitzende Klaus Zwickel in aller Offenheit zu: Es gebe keine Alternative zur amtierenden Regierung. „Alles, was die Union fordert, bringt wesentlich tiefere Einschnitte in das Sozialsystem."

Zwickel resigniert aber nicht, er mobilisiert: „Wenn euch die angedrohten Einschnitte nicht bewegen, dann bewegt sich nichts", lässt er die Mitglieder seiner Organisation per Flugblatt wissen. „Sprecht mit euren Bundestagsabgeordneten. Holt sie in Betriebsversammlungen. Beteiligt euch an unserer Unterschriftensammlung." Und die ist überschrieben mit „Ja zu Reformen – Nein zum Sozialabbau".

Über die Begrenzung des Arbeitslosengeldanspruchs für unter 55-Jährige auf zwölf Monate und für über 55-Jährige auf 18 Monate lassen die Gewerkschaften nicht mit sich reden – sie bedroht ältere ArbeitnehmerInnen mit Altersarmut. Indiskutabel ist für sie auch die Absenkung der Arbeitslosenhilfe auf Sozialhilfeniveau, die – Regierungsprogramm hin, Hartz-Vorschläge her – selbst für Schröder kürzlich noch tabu war.



Kleinbetriebe mit bis zu fünf Beschäftigten sollen künftig beliebig viele ArbeitnehmerInnen befristet einstellen können, ohne dass diese auf die Belegschaftszahl angerechnet werden – und somit der Kündigungsschutz in Kraft tritt.

Ebenso wenig Gesprächsbereitschaft zeigen die Gewerkschaften in puncto Abschaffung der paritätisch-solidarischen Finanzierung der Krankenversicherung, sprich der Privatisierung des Krankengeldes; „für einen Systemwechsel stehen wir nicht zur Verfügung", stellt der Vorsitzende der IG BCE, Hubertus Schmoldt, fest. In Sachen Kündigungsschutz lässt der DGB-Vorsitzende punktuell Kompromissbereitschaft erkennen: „Über die Option Abfindung oder Wiedereinstellungsklage können wir reden", sagt Sommer. „Ein Aufbohren der Sozialauswahl wäre hingegen katastrophal. Auch der heutige Kündigungsschutz erlaubt es jedem Betrieb, die jungen Leistungsträger zu behalten."

Doch Sachkenntnis ist in Zeiten von Symbol-Politik nicht gefragt. So rätseln gewerkschaftliche Tarifexperten immer noch, was Schröder mit seiner Drohung gemeint haben könnte, an der Tarifautonomie zu rütteln, falls die Tarifparteien keine betrieblichen Bündnisse schlössen. Sie tun's längst. Kein Betrieb ist jemals an den – vermeintlich starren – Tarifverträgen kaputt gegangen.

Ist der Unterschied zwischen rot-grün und schwarz noch prinzipiell oder nur noch graduell? „Im Wahlkampf haben wir Edmund Stoiber und Angela Merkel dafür kritisiert, dass sie die Tarifautonomie aushöhlen wollen", erinnert Sommer. „Ein halbes Jahr später droht der Kanzler mit gesetzlichen Regelungen, falls die Tarifparteien nicht tun, was er will."

Im Grenzgebiet zwischen Sachpolitik und Ideologie operiert auch Bundesarbeits- und -wirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD). Er geht sogar über Schröders Rede hinaus – und macht Stimmung: „Wer zumutbare Arbeit ablehnt, der muss mit Sanktionen rechnen."

DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer kann es sich nicht verkneifen, dem Sozialdemokraten „einen Blick ins Sozialgesetzbuch" zu empfehlen: „Bereits nach geltender Rechtslage muss jeder Arbeitslose nach sechs Monaten jedes Arbeitsangebot mit einem Entgelt in Höhe seiner Arbeitslosenunterstützung annehmen." Und Sozialhilfeempfänger müssten sofort jede Arbeit annehmen. Andernfalls werde ihnen die Sozialhilfe gekürzt oder gestrichen. •

Positive Ansätze

Bei aller Kritik an der Regierungserklärung von Bundeskanzler Gerhard Schröder – die Gewerkschaften haben auch das Positive zur Kenntnis genommen. So begrüßt der DGB, dass Schröder betont hat, den im europäischen Stabilitätspakt vereinbarten Rahmen zur Haushaltskonsolidierung nicht statisch zu interpretieren.

Auch des Kanzlers Aussage, dass jetzt Wachstumsimpulse gesetzt werden müssten, die sich sowohl auf private wie auf öffentliche Investitionen konzentrieren sollen, wertet der DGB als Bestätigung seiner Positionen.

Als „im Grundsatz positiv" kommentiert der DGB zudem die Ankündigung, Veräußerungsgewinne künftig zu besteuern. Das entspreche einer von den Gewerkschaften seit langem erhobenen Forderung.

Ob die verbilligten Kredite im Rahmen des angekündigten Programms für die private Wohnungsbausanierung tatsächlich zu verstärkten Renovierungsmaßnahmen führen, bleibe zwar abzuwarten. Man könne aber „nicht bestreiten", dass damit die Bautätigkeit angekurbelt werden könne, heißt es in einer internen DGB-Bewertung der Regierungserklärung.

Böckler-Studie

Verantwortlich investieren

Der Markt für nachhaltige Geldanlagen wächst. Investoren haben den sozial-verantwortlichen Umgang mit Kapital entdeckt. Wie die sozialen und ökologischen Leistungen von Unternehmen bewertet werden, analysiert erstmals die Hans-Böckler-Stiftung in ihrer Studie „Sozial-ökologische Ratings am Kapitalmarkt“ (16 Euro, 180 Seiten, Best.-Nr. 13084). •

Der Setzkasten
Fax: 0211 / 408 00 90 40
mail@setzkasten.de

IG Metall

Weiterbildung im IT-Bereich

Die Branche rund um die Informationstechnologie (IT) ist in der Krise. Um im gesteigerten Wettbewerb bestehen zu können, braucht es qualifizierte Beschäftigte. Fragen zur Weiterbildung beantwortet eine kostenlose Hotline des Kompetenzzentrums IT-Bildungsnetzwerke (KIBNET), getragen von IG Metall und dem Unternehmensverband Bitkom. •

Hotline 0800 / 446 46 36
(freitags, 15 bis 17 Uhr)
weiterbildungsberatung@kib-net.de
www.kib-net.de

Evangelische Akademie Tutzing

Aufbruch zur neuen Askese

Der Sozialstaat krankt, die Arbeitslosigkeit ist hoch und traditionelle Werte verblassen. Mit neuen Lebensentwürfen abseits von 40-Stunden-Woche und Massenkonsum beschäftigt sich die Tagung „Die neue Askese – Herausforderungen in der (Sozialstaats)Krise“ vom 4. bis 6. April in Rothenburg ob der Tauber. Organisiert wird die Veranstaltung von der Evangelischen Akademie Tutzing. Die Teilnahme kostet 138 Euro inklusive Kost und Logis. •

Evangelische Akademie Tutzing
Tel. 0 81 58 / 25 11 27
Fax 0 81 58 / 99 64 27
www.ev-akademie-tutzing.de

interregio

••• Die ***DGB-Jugend Bayern*** lädt auch in diesem Jahr vom 19. bis 22. Juni zum ***Sommercamp*** in den Bayerischen Wald. Die fünf Tage bieten den TeilnehmerInnen die Möglichkeit zu etlichen Workshops, der Mitarbeit am „Campradio“ und zur Diskussion mit bayerischen Landtagsabgeordneten über die anstehende Landtagswahl. Auszubildende, SchülerInnen und StudentInnen sind für 44 Euro dabei, alle anderen jungen GewerkschafterInnen für 55 Euro. Mehr Infos und Anmeldung: DGB-Jugend Bayern, *info@dgb-jugend-bayern.de*

••• Der ***DGB Sachsen*** hat sich mit einem Vorschlag zur Diätenberechnung in die Diskussion um die Bezüge der Landtagsabgeordneten im Freistaat eingebracht: 75 Prozent der bisherigen Bezüge sollten als „Festgehalt“ ausgezahlt, die übrigen 25 Prozent nur bei positiver Entwicklung des Arbeitsmarktes, bei Wirtschaftswachstum und bei einer Steigerung der Bildungsstandards fließen. Auch die Diäten der Volksvertreter müssten sich „am Erfolg der Politik“ messen lassen, so der DGB. Mehr Infos: *www.dgb-sachsen.de*

Im neuen virtuellen Gewand präsentiert sich die Hans-Böckler-Stiftung im Internet. Übersichtlich angeordnet, führen Schlagwörter zu den wichtigsten Rubriken von „Veranstaltungen“ über „Veröffentlichungen“ bis zur „Forschungsförderung“. Mittig stehen aktuelle Meldungen sowie Neuigkeiten aus Forschung und Betrieben. Innovativ: Für Betriebsräte und gewerkschaftliche Aufsichtsräte bringen separate Info-Portale alles Wichtige auf einen Blick. *www.boeckler.de*

Gesundheitsministerium

Rechte der PatientInnen

Welche Ansprüche PatientInnen gegenüber ÄrztInnen und Krankenkassen haben, darüber informiert die kostenlose Broschüre „Patientenrechte in Deutschland“. Bundesjustiz- und Bundesgesundheitsministerium stellen darin die Pflichten der Mediziner zur umfassenden Beratung, Diagnose und Behandlung sowie das Recht der PatientInnen auf Einsicht in ihre eigene Krankenakte vor. •

Bundesministerium für Gesundheit
Broschürenstelle
Fax 0228 / 941 49 72
www.bmgesundheit.de

Arbeitsschutz

Aktionstag gegen Lärm

In einem Simulator Schwerhörigkeit erleben, einen Blick in ein Lärmlabor werfen oder die Vorzüge einer schallisolierten Musterwohnung kennen lernen. Das können die BesucherInnen der Deutschen Arbeitsschutzausstellung (DASA) am „Noise-Awareness-Day“, dem internationalen Tag gegen Lärm, am 30. April. Die kostenlose Sonderausstellung ist von 9 bis 17 Uhr geöffnet. Mit ihr beteiligt sich die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) zum sechsten Mal am Aktionstag gegen Lärm. •

Deutsche Arbeitsschutzausstellung
Friedrich-Henkel-Weg 1–25
44149 Dortmund-Dorstfeld
www.baua.de/dasa

Arbeitskammer Saar

Ratgeber zur Steuererklärung

ArbeitnehmerInnen, die keine Steuererklärung abgeben, verlieren jedes Jahr im Schnitt 350 Euro. Angst vor den komplexen Formularen nehmen zwei Ratgeber der Arbeitskammer des Saarlandes. Die Neuauflage der Broschüre „Einkommensteuer“ hilft Schritt für Schritt beim Ausfüllen der grünen Bögen. Das Heft „Wie errechne ich meinen Nettolohn“ erklärt, welche steuer- und sozialrechtlichen Ideen etwa hinter Freibeträgen oder Steuerklassen stecken. Die Broschüren kosten jeweils sechs Euro plus Porto (zahlbar per Rechnung). •

Arbeitskammer des Saarlandes
Fax 0681 / 40 05 411
info@arbeitskammer.de
www.arbeitskammer.de

verdi-Initiative

Demokratisches E-Government?

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) hat eine Initiative für ein demokratisches E-Government gestartet. Sie besteht aus drei Bausteinen: einer Broschüre mit dem Titel „Wie öffentlich und demokratisch wird E-Government sein?“, dem Internet-Auftritt *www. governet.de* und einem Kongress zum Thema vom 7. bis 9. Mai in Berlin. •

Anmeldung:
kongress@governet.de

Fünf Jahre DGB Rechtsschutz GmbH

Gemeinsam günstiger

Am 1. April wird die DGB Rechtsschutz GmbH fünf Jahre alt. Anfangs zum Teil mit großer Skepsis beäugt, gilt die Ausgliederung des Rechtsschutzes in eine eigenständige GmbH inzwischen als gelungenes Beispiel, wie Dienstleistungen für die Gewerkschaftsmitglieder unter dem Dach des DGB organisiert werden können.

Der Start war nicht leicht. Durch die Ausgliederung des Rechtsschutzes aus dem organisationspolitischen Teil des DGB werde der Rechtsschutz die so genannte Postulationsfähigkeit verlieren, fürchteten anfangs viele Kritiker, unter ihnen auch führende Gewerkschafter. Die Rechtsschutzsekretäre – etliche von ihnen Spezialisten im Arbeits- und Sozialrecht, aber keine Volljuristen – könnten womöglich nicht mehr vor den Arbeits- und Sozialgerichten auftreten, lautete die Sorge. Zu Unrecht. Kein einziges Verfahren ging seit der Ausgliederung des Rechtsschutzes durch fehlende Postulationsfähigkeit verloren.

Was blieb, waren zwei weitere Kritikpunkte: Der wachsende Finanzbedarf des Rechtsschutzes, der angesichts rückläufiger Mitgliederzahlen den Haushalt des DGB zu sprengen drohte, und die Kritik an der Qualität des Rechtsschutzes. Vor allem in den größeren Gewerkschaften, die zum Teil über eigene Rechtsschutzsekretäre verfügen, in der IG Metall, in der damaligen ÖTV und in der IG BCE, gab es im Vorfeld der GmbH-Gründung Überlegungen, aus dem gemeinsamen Rechtsschutz auszusteigen.

Für die kleineren Gewerkschaften, vor allem für die IG BAU, aber auch für die damalige HBV und die NGG, die den Rechtsschutz überproportional in Anspruch nehmen, hätte das zu ernsten Finanzproblemen geführt. 1997 mündete der organisationsinterne Streit schließlich in einem Kompromiss: Der DGB-Bundesvorstand beschloss nicht nur die Ausgliederung des Rechtsschutzes zum 1. April 1998, sondern verpflichtete die Geschäftsführung der neuen GmbH zu dessen Modernisierung.

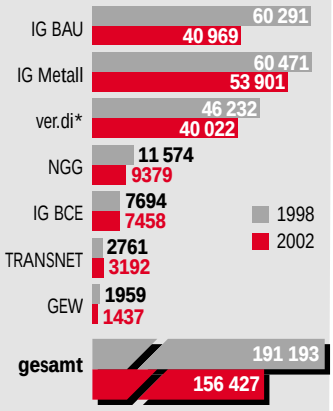
Die 162 Standorte der GmbH wurden zu 85 Arbeitseinheiten mit 133 Rechtsschutzbüros gebündelt. Die Arbeitsabläufe wurden nach einheitlichen Standards ausgerichtet, und in den Rechtsschutzbüros wurde flächendeckend ein modernes EDV-System eingeführt.

Im Dezember 2001 wurde auch das zweite Problem gelöst: Auf Vorschlag der von den Gewerkschaftsvorsitzenden eingesetzten Arbeitsgruppe Lang beschloss der DGB-Bundesvorstand ein 20 Millionen Euro schweres Innovationsprogramm. Mit ihm sollte nicht nur die zunächst geplante weitere Reduzierung der Zahl der Rechtsschutzbüros verhindert werden, sondern bis 2005 sollen auch zusätzliche Mittel für die Weiterbildung und für die Modernisierung der EDV-Ausstattung bereitgestellt werden. „Es ist eine Illusion anzunehmen, dass die Gewerkschaften ein flächendeckendes Netz von Rechtsschutzstellen selbst organisieren können“, hatte der IG Metaller Klaus Lang seinerzeit im *einblick*-Interview erklärt (*einblick* 13/01).

Ob das Innovationsprogramm greift, wird der DGB-Bundesvorstand voraussichtlich im Mai diskutieren. Dabei könnte auch über die bislang umstrittene Frage beraten werden, wie sich die Rechtsschutz GmbH stärker rechtspolitisch profilieren kann. •

Deutlicher Rückgang

Neu aufgenommene Verfahren der DGB Rechtsschutz GmbH 1998 und 2002



* 1998: ohne DAG
Quelle: DGB Rechtsschutz GmbH

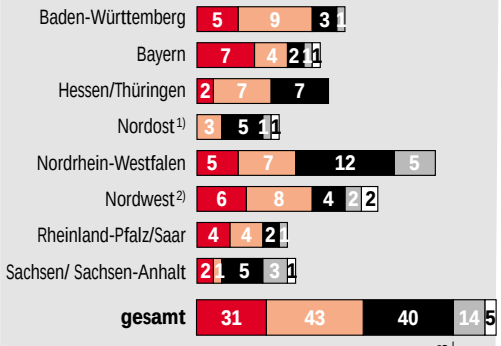
© DGB einblick 06/03

Von 1998 bis 2002 ist die Zahl der Verfahren, in denen Gewerkschaftsmitglieder Rechtsschutz in Anspruch genommen haben, von 191 193 auf 156 427 zurückgegangen. Am stärksten war der Rückgang bei der IG BAU: von 60 291 Fällen 1998 auf 40 969 im vergangenen Jahr.

Bundesweit gibt es 133 DGB-Rechtsschutzbüros. In 31 sind weniger als zwei vollzeitbeschäftigte Rechtsschutzsekretäre tätig, in weiteren 43 Büros weniger als drei Rechtsschutzsekretäre.

Kleinere Büros überwiegen

Büros des DGB-Rechtsschutzes nach Zahl der dort eingesetzten Rechtsschutzsekretäre (in Vollzeitstellen)



1) Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern
2) Niedersachsen, Bremen, Hamburg Schleswig-Holstein
Quelle: DGB Rechtsschutz GmbH

© DGB einblick 06/03

Eine Milliarde Euro erstritten

Im vergangenen Jahr hat die DGB Rechtsschutz GmbH 156 427 Gewerkschaftsmitglieder in arbeits- und sozialrechtlichen Auseinandersetzungen vertreten. Hauptstreitgegenstand waren im Arbeitsrecht Fragen des Arbeitsentgelts (40,6 Prozent) sowie betriebs- (36,7 Prozent) bzw. verhaltensbedingte Kündigungen (7,5 Prozent). Im Sozialrecht standen die Renten- (30,0 Prozent), die Arbeitslosen- (21,6 Prozent) und die Krankenversicherung (5,2 Prozent) im Vordergrund. In jedem vierten Verfahren (24,9 Prozent) ging es um das Schwerbehindertenrecht.

Insgesamt hat die DGB Rechtsschutz GmbH im vergangenen Jahr trotz eines erneuten Rückgangs der Fallzahlen für die Gewerkschaftsmitglieder 1,13 Milliarden Euro erstritten. Ein Jahr zuvor waren es 725 Millionen Euro. Der seit der GmbH-Gründung 1998 erstrittene Erfolgswert stieg damit auf 4 Milliarden Euro. Dem stehen nach Berechnungen der Arbeitsgruppe Lang Kosten von knapp 350 Euro je Fall gegenüber. Umgerechnet auf die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder, liegen die Kosten der DGB Rechtsschutz GmbH ohne die zusätzlichen Mittel des seit 2002 laufenden Innovationsprogramms bei knapp 9 Euro pro Jahr.

kurz&bündig

ver.di

Eine Sonderausgabe der ver.di-Mitgliederzeitung PUBLIK stellt die Vorschläge der Gewerkschaft zum Abbau der Arbeitslosigkeit vor. PUBLIK Extra gibt es online unter: *www.verdi.de/stark_im_wandel/verdi_publik_extra*

TRANSNET

TRANSNET hat erstmals den im vergangenen Jahr ausgeschriebenen „Preis für Kollegialität“ verliehen. Preisträgerin ist die 31-jährige Personaldisponentin Ute Nabbefeldt aus Hamburg, die für ihr Engagement um eine behinderte Kollegin ausgezeichnet wurde.

DGB

Der DGB hat die Bundesregierung aufgefordert, die Umsetzung der „EU-Richtlinie für die Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf“ nicht weiter zu verzögern. Die Richtlinie, mit der die EU die Diskriminierung benachteiligter Gruppen am Arbeitsplatz abbauen will, muss bis Ende des Jahres in nationales Recht umgesetzt sein. Bisher habe die Bundesregierung nicht einmal einen Gesetzentwurf vorbereitet, so der DGB. In der vergangenen Legislaturperiode hatte die Regierung auf Druck der Arbeitgeber und der Kirchen sogar einen ersten Gesetzentwurf zurückgezogen.

GEW

Die GEW ruft gemeinsam mit Eltern- und Schülerverbänden für den 27. Juni zum „Tag der Bildung“ auf. Geplant ist eine zentrale Kundgebung in Berlin.

Irak-Krieg

Proteste in den Betrieben

Schon vor dem Tag X, dem Beginn des Krieges, gab es in Deutschland und in Europa vielfältige Proteste vor allem auch von ArbeitnehmerInnen in den Betrieben. Hunderttausende Beschäftigte haben sich am 14. März 2003 an der Gewerkschaftsaktion „Zehn Mahnminuten gegen einen drohenden Irak-Krieg“ beteiligt: In Bochum waren es 22 000, in Köln 15 000 und in Düsseldorf 10 000 Menschen. Auch in Sachsen-Anhalt nahmen Tausende ArbeiterInnen und Angestellte an den Mahnminuten teil. In Halle standen für fünf Minuten alle Straßenbahnen still. In Baden-Württemberg versammelten sich die Beschäftigten der Firma ZF Bietigheim im Hof. Bei DaimlerChrysler und Audi standen vorübergehend die Bänder still. Im Opel-Werk in Kaiserslautern folgten nach Angaben des Betriebsrates bis zu 95 Prozent der Frühschicht dem Aufruf der Gewerkschaft.

In Bayern legten am frühen Morgen rund 80 MitarbeiterInnen im Briefzentrum der Deutschen Post am Münchner Flughafen kurzzeitig die Arbeit nieder. In Kassel standen 200 Beschäftigte von DaimlerChrysler mit Transparenten vor den Toren des Achsenwerkes. Bundesweit stieß der Protest vielfach auf Widerstand bei den Arbeitgebern. Der Arbeitgeberverband Südwestmetall und der Verband in Thüringen versuchten, die Aktion zu unterbinden.

Am Tag X legten in Fürth die Beschäftigten aus 85 Betrieben, darunter der Bosch AG, für 15 Minuten die Arbeit nieder. Viele Bezirke des DGB und die Gewerkschaften ver.di, IG Metall und GEW riefen zu Mahnwachen, Kundgebungen, Veranstaltungen, Friedensgebeten und Menschenketten auf. Die GEW unterstützte die Schülerproteste.

Diese Arbeitsniederlegungen und gewerkschaftlichen Proteste sind nur ein kleiner Ausschnitt der vielfältigen Aktionen der Friedensbewegung und der Gewerkschaften. Einen ausführlichen Überblick, auch über die europäische Bewegung, gibt es im Internet: *www.einblick.dgb.de*

Job Parade Schwerin

Zum sechsten Mal in Folge

„Youth can’t wait“ („Jugend kann nicht warten“) – unter diesem Motto ziehen am 1. Mai auf Einladung der DGB-Jugend Mecklenburg-Vorpommern wieder 20 Trucks bei der größten politischen Techno-Party des Nordens durch Schwerins Straßen. Die wahrscheinlich auch in diesem Jahr größte 1.-Mai-Veranstaltung des DGB will auf die verheerende Jugendarbeitslosigkeit an der Ostsee aufmerksam machen. 21 506 junge Menschen sind zurzeit in Mecklenburg-Vorpommern arbeitslos, mehr als jeder vierte.

Vorläufig gescheitert ist hingegen die Idee, die Job Parade ins bevölkerungsreichste Bundesland zu exportieren. Nach zwei Job Parades 2001 und 2002 in Dortmund wird es in diesem Jahr keine in Nordrhein-Westfalen geben, so der DGB NRW. Mehr Infos zur Job Parade in Schwerin: *www.jobparade.de*

Gewerkschaftsjugend: Jugendkulturarbeit ja, „junges forum“ nein

Für den Erhalt des „jungen forums“ als Kulturwerkstatt der DGB-Jugend hat IG BCE-Bundesjugendsekretär Francesco Grioli in einblick 5/03 plädiert. Eine Gegenposition beziehen die Bundesjugendsekretäre der anderen Gewerkschaften. Gewerkschaftliche Jugendkulturarbeit ja, aber nicht mit dem „jungen forum“ – sagen Marc Behle (GdP), Carsten Burckhardt, (IG BAU), Jan Engelhardt (IG Metall), Gerd-Joachim Langecker (NGG), Andreas Schäfer (TRANSNET) und Torsten Tenbieg (ver.di).

Wir unterstützen eine professionelle Jugendkulturarbeit des DGB. Sie muss sich an den Bedürfnissen und Interessen junger Gewerkschaftsmitglieder orientieren. Im Gegensatz zur IG BCE halten wir aus der Erfahrung der letzten Jahre das „junge forum“ dazu für gänzlich ungeeignet. Die von Francesco Grioli im *einblick* erwähnten Verluste des „jungen forums“ aus 2002 führten zur sofortigen Absetzung der verantwortlichen Geschäftsführerin. Sie sind aber nicht der eigentliche Grund für unseren Vorschlag, die Aktivitäten der DGB-Jugend im „jungen forum“ einzustellen. Jedes Jahr fließen beträchtliche Geldsummen der DGB-Jugend an das „junge forum“. Die Arbeit dort war inhaltlich schwach, zielte aus unserer Sicht an den Interessen der Jugendlichen vorbei und war vor allem auf die Region NRW bezogen. Deshalb haben bereits vor zwei Jahren die Bundesjugendsekretäre des DGB und der Gewerkschaften (damals einstimmig!) beschlossen, die Einrichtung kritisch zu überprüfen. Es sollte ein weiterer Versuch gestartet werden, ein für alle Gewerkschaften und den DGB akzeptables Angebot zu schaffen. Das unerfreuliche Ergebnis liegt nun auf dem Tisch. Deshalb meinen wir: Jugendkulturarbeit ja, „junges forum“ nein! Die zur Koordinierung und für den „Jugendkulturservice“ nötige Stelle und die dafür aufgewendeten Mittel müssen räumlich und personell bei der Abteilung Jugend des DGB in Berlin angesiedelt sein. Nur so können alle Gewerkschaften von diesem Angebot wirklich profitieren.

MEINUNG

Über den Krieg hinaus

„No war“ allein genügt nicht

Das letztlich Gewollte ist eingetreten. US-Präsident George W. Bush und die Hardliner im Pentagon führen ihren Krieg ohne völkerrechtliche Legitimation. Einen Krieg, der viele Opfer fordern wird. Menschliche und politische. Je länger er dauert, desto größere. Das befürchtet Otfried Nassauer, Leiter des Berliner Informationszentrums für Transatlantische Sicherheit – BITS (www.bits.de).

Otfried Nassauer, 46, ist Journalist und Experte für Sicherheitsfragen.

Als Bush die Notwendigkeit, Krieg zu führen, begründete, machte er klar, dass es ihm nicht vorrangig um die Abrüstung irakischer Massenvernichtungswaffen geht, sondern um einen Regierungswechsel im Irak. Davon erhoffen sich Washingtons Falken auch ein verändertes Kräfteverhältnis im israelisch-palästinensischen Konflikt, in der arabischen Welt und unter den Ölproduzenten.

Schon jetzt ist deutlich, **dass der politische Preis immens sein wird.** Washington hat in weniger als zwei Jahren Präzedenzfälle für militärische Interventionen zur Bekämpfung des Terrorismus, der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und zur Auswechslung missliebiger Regime geschaffen. Fälle, auf die sich die präzedenzfallorientierte angelsächsische Rechtstradition künftig gerne berufen wird.

Nicht zuletzt deshalb warnt Bundesaußenminister Joschka Fischer vor einer „Serie von Abrüstungskriegen“. Dahinter steckt die bange Frage, ob sich der nächste Schlag gegen Nordkorea, den Iran oder wen auch immer sonst richten wird. Und die Frage, ob diese Kriege nicht letztlich auf eine andere Weltordnung zielen. Eine Weltordnung, in der nicht die Stärkung des Rechts die dominierende Tendenz darstellt, sondern die **Stärkung des Rechts des Stärkeren.** Washington, so die Befürchtung, setzt bewusst auf eine Deregulierung der internationalen Beziehungen, weil eine Welt, in der das Recht des Stärkeren herrscht, die Dominanz der USA auf mittlere und lange Sicht am besten absichert.

Dazu passt es, wenn führende Mitglieder der Regierung Bush davon reden, dass man einen „Multilateralismus à la carte“ pflege und „Koalitionen der Willigen“ zur Durchsetzung seiner Ziele bevorzuge. Dieses Vorgehen belässt die politische Initiative in Washington, und allen anderen nur die Wahl, US-Entscheidungen mitzutragen – oder ignoriert zu werden. An jenen multilateralen Institutionen, die bislang Entscheidungsgremien waren, wurden Exempel statuiert. **Die NATO und die UNO wurden zu Konsultationsgremien herabgestuft.** Sie hatten nur die Wahl, als Erfüllungsgehilfen zu agieren oder beiseite geschoben zu werden.

Wenn es aber – und darauf verweist auch die konsequente Ablehnung des Irak-Krieges durch Frankreich, Russland und Deutschland – um mehr geht als um diesen einen Krieg, nämlich um Weltordnungsfragen, dann kann das schlichte „Kein Krieg – No War“ auf Dauer der Aufgabe nicht gerecht werden. Es bedarf einer positiven Perspektive und Alternative. Aufgabe von Politik, Wissenschaft und sozialen Bewegungen muss es sein, gemeinsam und in konstruktiver Konkurrenz Alternativen zu entwickeln, die über das „Nein“ hinauswachsen.

Ich sehe vier Ansatzpunkte: Erstens bedarf es – ähnlich wie im Fall des Kosovo-Krieges – politischer Initiativen zur **Beendigung des Krieges im Irak.** Zweitens bedarf es politischer Initiativen zur **Stärkung der multilateralen Institutionen,** insbesondere der UNO. Sie muss ihr Monopol, allein legitimerweise über Krieg und Frieden zu entscheiden, zurückerhalten. Drittens bedarf es einer europäischen Initiative zur **Lösung des Nahost-Konfliktes.** Diese muss Israelis und Palästinensern eine Zukunftsperspektive aufzeigen. Und schließlich: Wann endlich starten wir – aus sicherheitspolitischen Gründen – eine konzertierte Aktion für eine größere **Unabhängigkeit von den fossilen Energieträgern Öl und Gas?**

Ein staatlich geförderter „Schnellstart“ in neue Energieträger wie Wasserstofftechnologie bzw. Brennstoffzelle und ein intensiver Ausbau der Nutzung regenerativer Energien stellt **eine hocheffiziente sicherheitspolitische Investition** dar. Positive Nebenwirkungen inbegriffen – für den Technologiestandort Deutschland, für die Umwelt und vor allem in Sachen Krisenprävention. Der Aufgabe, am Wettbewerb um solche positiven Perspektiven der Transformation mitzuwirken, müssen sich auch die Gewerkschaften stellen. So weit mein Appell zur konstruktiven Energieverschwendung. •

Kollateralschaden Weltwirtschaft

Noch lassen sich die Folgen des Irak-Kriegs für die Weltwirtschaft nicht kalkulieren. Entscheidend ist vor allem die Kriegsdauer. Während die Aktienkurse bei Kriegsbeginn in Erwartung eines raschen Siegs der Amerikaner zunächst nach oben sprangen, um dann mit jedem Tag weiter nach unten zu zeigen, rechnen die meisten Ökonomen bei einem längeren Krieg mit verheerenden Folgen für die Weltwirtschaft. Klaus Zimmermann, Leiter des Deutschen Instituts für Weltwirtschaft (DIW) in Berlin, hält sogar Folgeschäden von bis zu 1,9 Billionen Dollar für möglich.

Hinzu kommen die Auswirkungen des enormen Leistungsbilanzdefizits der USA. Während der Euroraum zurzeit einen Leistungbilanzüberschuss von 56 Milliarden Dollar erwirtschaftet, weisen die beiden Kriegsparteien Großbritannien und USA ein Leistungsbilanzdefizit von 22 bzw. 510 Milliarden Dollar aus. Negativ auswirken dürfte sich zudem das Haushaltsdefizit der USA von voraussichtlich 320 Milliarden Dollar in diesem Jahr.

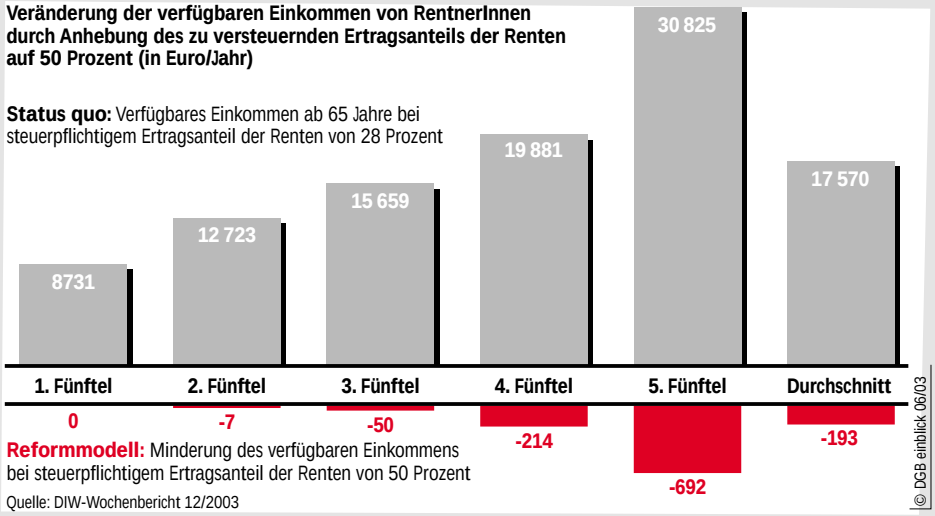
Nicht zu kalkulieren sind auch die Folgen eines späteren Wiederaufbaus des Iraks. Entwicklungshilfeministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul (SPD) fordert bereits, dass hierfür vor allem die Länder aufkommen müssten, die den Krieg begonnen haben: die USA und Großbritannien.

Postvertriebsstück G 45918 Vertrieb durch toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath

die DGB grafik

HÖHERE BESTEUERUNG DER RENTEN: Nur das obere Drittel betroffen

RentnerInnen verfügen im Schnitt über 17 570 Euro pro Jahr. Wenn die Bundesregierung der Empfehlung der Rürup-Kommission folgt und den zu versteuernden Ertragsanteil der Rente von 28 auf 50 Prozent anhebt, würden die Renten durchschnittlich um 193 Euro sinken. Betroffen wäre hiervon aber nur das obere Drittel der RentnerInnen, das neben der Rente über eine betriebliche Zusatzversorgung sowie über Miet- und Kapitalerträge verfügt. Im obersten Einkommensfünftel würde die Rente um 692 Euro sinken.



personalien

••• ***Markus Franz,*** 40, Jurist und Journalist, von 1995 bis 1999 Hauptstadtkorrespondent der *taz* in Bonn, bis 2001 Redaktionsleiter *taz* NRW, bis Mitte 2002 Politikchef des NRW-Teils der Süddeutschen Zeitung und seither Dozent der Journalistenschule Haus Busch in Hagen, ist seit dem 21. März einer der drei Pressesprecher des DGB in Berlin.

••• ***Carola Parniske-Kunz,*** 43, 1991 bis 1993 Bundessekretärin der Jusos, danach wissenschaftliche Mitarbeiterin des SPD-Parteivorstands, von 1998 wissenschaftliche Mitarbeiterin der Bundestagsabgeordneten Doris Odendahl (SPD) und Rainer Arnold (SPD), ist seit dem 17. März Referatssekretärin in der Abteilung Grundsatz des DGB.

••• ***Markus Schlimbach,*** 38, Pressesprecher des DGB-Bezirks Sachsen, ist seit 1. März auch Leiter der Abteilung Vorsitzender.

••• ***Stephan Schlingmann,*** 53, seit 1999 Vorstandsmitglied der Beteiligungsgesellschaft der Gewerkschaften (BGAG) AG, Frankfurt/M., verantwortlich für die Sachgebiete Controlling und Finanzdienstleistungsunternehmen, scheidet zum 30. Juni aus dem BGAG-Vorstand aus.

14 TAGE

31.3.-2.4. ver.di, Bundes-Seniorenkonferenz, Kassel

2.4. DGB Thüringen, Tagung „Weiter solidarisch versichert?", Zukunft der gesetzlichen Krankenversicherung, Altenburg

2.4. DGB Hamburg, „Klartext", Diskussion von Gewerkschaftsmitgliedern mit dem DGB-Vorsitzenden Michael Sommer, Hamburg

2.4. DGB-Bundesvorstand, Vorstellung des Projekts „Workshop Zukunft" durch DGB-Vorstand Ingrid Sehrbrock auf der Bildungsmesse 2003, Nürnberg

4.4. Evangelische Akademie Bad Boll, Perspektivgespräch „Reformen für Deutschland" mit dem DGB-Vorsitzenden Michael Sommer und Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt, Bad Boll

5.4. ver.di, Großkundgebung der BeamtInnen für die Übertragung des Tarifergebnisses des öffentlichen Dienstes, Düsseldorf

9.4. DGB Baden-Württemberg, Fachtagung „Geschlechtersensible Gesundheitspolitik", Stuttgart

9.4. DGB, Gründung des „Netzwerks Gesundheit" zur Begleitung der Gesundheitsreform 2003, Berlin

Impressum *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** *einblick* Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Udo Perina, Christian Paulsen **Redaktion:** Anne Graef, Stephan Hegger (verantwortlich für diese Ausgabe), Norbert Hüsson, Ulrike Schenken (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Postfach 10 21 45, 40012 Düsseldorf, Tel. 0211 / 43 01 544, Fax 0211 / 43 01 497, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: red.einblick@t-online.de **Büro Berlin:** Udo Böhlefeld, einblick, Wallstraße 61, 10179 Berlin, Tel. 030 / 48 16 23 32, Fax 030 / 27 56 09 78 **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030 / 85 99 46 24, Fax 030 / 85 99 90 92, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design, Sprockhövel **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel. 0211 / 9 20 08 -26, Fax 9 20 08 -38
Alle aktuellen *einblick*-Hintergrundtexte im Überblick: Fax-Abruf 0211 / 43 01 689
Nachdruck frei bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren.

Schlusspunkt

„Wowereit hat die Lizenz zum Kürzen"

Die Berliner Zeitung vom 15. März über eine vom Bundesrat abgesegnete Gesetzesinitiative des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Klaus Wowereit (SPD), nach der das Land das Weihnachts- und das Urlaubsgeld der Beamten komplett streichen kann. Das Gesetz muss vom Bundestag bestätigt werden.

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 14.04.2003 7/03

DGB

Gewerkschaften und Bundesregierung

Wettkampf um das bessere Konzept

„Frostig ist das Klima gewesen“, charakterisiert der DGB-Vorsitzende Michael Sommer ohne alle Umschweife das Gespräch zwischen führenden Sozialdemokraten und Gewerkschaftsvorsitzenden während des SPD-Gewerkschaftsrates Anfang April. Die Reformagenda 2010 von Bundeskanzler Schröder sei „sozial unausgewogen“. Allein die geplante Verschiebung der Finanzierung des Krankengeldes auf die ArbeitnehmerInnen belaste deren Einkommen mit 3,8 Milliarden Euro, rechnet Sommer vor. „Wie soll damit die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen steigen?“ Querlegen wollen sich die Gewerkschaften auch bei der geplanten Lockerung des Kündigungsschutzes und bei der Absenkung der Arbeitslosenhilfe auf das Sozialhilfeniveau. Das sei eine Abkehr von den Versprechen vor der Wahl.

Das Hauptproblem sei, so Joachim Schabedoth, Leiter der Abteilung Grundsatz des DGB, „dass der Kanzler für sozialdemokratische Grundpositionen nicht kämpfen will“. Zurzeit sei es zwar „in“, die Gewerkschaften zu kritisieren und sich von ihren Forderungen zu distanzieren. Doch die von Schröder vorgeschlagenen Maßnahmen seien für den Arbeitsmarkt nutzlos.

„Das machen wir“ lautet der gemeinsame Slogan der fünf Kampagnenmotive des DGB, die für die Politikkonzepte der Gewerkschaften werben.

„Die Opfer der Konjunkturkrise nur nach unten weiterzureichen, bringt das Land nicht nach vorn“, mahnt Sommer. Die von Schröder erhoffte Wahlrendite werde es nicht geben.

Trotz der harten Worte ist der Gesprächsfaden nicht abgerissen. Bereits am 6. Mai wird es ein weiteres Treffen des Gewerkschaftsrates geben. Fünf Tage zuvor, am 1. Mai, werden sowohl Schröder als auch Sommer bei der zentralen Maikundgebung des DGB im Hessenpark in Neuanspach reden. Diesen Tag wollen die Gewerkschaften nutzen, um ihre Reformkonzepte zu präsentieren. „Reformen Ja! Sozialabbau Nein Danke!“ heißt der Slogan, um den sie das Mai-Motto erweitert haben.

Damit die Botschaft auch in den Köpfen ankommt, startet zwei Wochen später, vom 12. bis 18. Mai, die erste Aktionswoche der neuen DGB-Kommunikationskampagne *(einblick* 4/03). In Leipzig ist zum Beispiel eine Informationsmeile „Gesundheit und Arbeitslosigkeit“ geplant, in Köln gibt es eine Konferenz über „Neue Beschäftigung und Ausgrenzung“, und in Süd-Ost-Niedersachsen ruft der DGB unter dem Motto „Wir bluten schon heute“ gemeinsam mit dem DRK zum Blutspenden auf.

Auch die Gewerkschaften planen Aktionen. Unter dem Motto „Mutige Reformen statt Leistungsabbau“ demonstriert ver.di am 17. Mai in Berlin, und die IG Metall lädt dazu ein, dem eigenen Abgeordneten per Mail die Meinung zu sagen (www.igmetall.de/themen/reform/aktionen.html). •

Im Faxabruf: *0211/43 01 658 Reformen JA! Sozialabbau Nein Danke! Aufruf des DGB zum 1. Mai*

plusminusBERLIN

+ ***Ernst Burgbacher, tourismuspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion, will Biergärten bis 24 statt 22 Uhr offen halten. Die frühe Sperrzeit aus Lärmschutzgründen sei nicht mehr zeitgemäß. Das Reden der Gäste dürfe nicht wie „Bohren und Hämmern“ bewertet werden.***

– ***Auszubildende im Hotel- und Gaststättenbereich sollen schon ab 16 Jahre bis 24 Uhr arbeiten. Das fordert Wolfgang Gerhardt (FDP) in einem Gesetzentwurf seiner Fraktion. Die Begründung: Hauptschüler hätten dadurch bessere Chancen gegenüber den älteren Gymnasiasten.***

inhalt

Seite 3

DGB gegen bittere Pillen

Die Gewerkschaften drohen mit massivem Widerstand gegen die Streichung des Krankengelds aus dem Leistungskatalog der Krankenkassen

Seite 5

Ausweg aus der Schuldenfalle

Bis zum Sommer will die Bundesregierung das überfällige Konzept zur Gemeindefinanzreform präsentieren

Seite 7

Ächtung des Angriffskriegs

Eine zentrale Rolle der UNO im Nachkriegs-Irak wird es ohne eine Ächtung des Angriffskriegs nicht geben, meint der Journalist Andreas Zumach

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.igmetall.de/themen/reform/arbeitsrecht

Die Antworten der IG Metall auf die neue Serie von Handelsblatt und Arbeitgeberverbänden über die „Fesseln des Arbeitsmarktes“

Im Faxabruf

0211/43 01 670

Stellungnahme des DGB zu den „Verhandlungen über das Internationale Dienstleistungsabkommen GATS“ (Auszüge)

Arbeitsmarktpolitik

Mütter nicht ausgrenzen

Der DGB-Bundesfrauenausschuss hat die Vorschläge aus der Gemeindefinanzstrukturkommission kritisiert, so genannte „erwerbsfähige Hilfebedürftige“, die länger als vier Jahre nicht regulär erwerbstätig waren, als „arbeitsmarktfern“ einzustufen und der Betreuung durch die Kommunen zu überlassen. Eine solche Regelung würde insbesondere Mütter treffen, die über die Elternzeit hinaus dem Arbeitsmarkt eine Zeit lang nicht zur Verfügung stehen. „Mütter brauchen weiterhin das volle Qualifizierungsangebot der Arbeitsämter“, fordert DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer. Den Kommunen stehe nur ein begrenztes Angebot am aktiven Arbeitsmarkt zur Verfügung.

Wenn die Erziehung eines Kindes wegen fehlender Kinderbetreuungsangebote oder die Pflege von Angehörigen dazu führen könne, aus einer berufstätigen Frau eine „arbeitsmarktferne“ Erwerbslose zu machen, widerspreche dies eindeutig dem Ziel, Frauen eine durchgängige existenzsichernde Erwerbstätigkeit zu ermöglichen. Schon die im Rahmen der Hartz-Reform beschlossene erhöhte Anrechnung des Partnereinkommens bei ArbeitslosenhilfeempfängerInnen trifft vor allem Frauen. Die Abhängigkeit vom Partner verschärfe sich zusätzlich durch den Ausschluss von Qualifizierungsmaßnahmen, so Engelen-Kefer. •

EU-Verfassungsentwurf

Rückschritt für Sozialpartner

Scharf kritisiert hat der Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB), Emilio Gabaglio, den Entwurf derjenigen Artikel einer künftigen europäischen Verfassung, die die Grundsätze des demokratischen Lebens in der EU definieren sollen (Artikel 33 – 37). Sie wurden vom Präsidium des Konventes am 4. April vorgestellt.

Der Entwurf falle nicht nur weit hinter die Erwartungen der Organisationen der Zivilgesellschaft, sondern auch hinter die Debatten im Konvent selbst zurück, so Gabaglio, offizieller Beobachter im Konvent. Für ein „Europa der BürgerInnen“ sei er ein „schlechter Start“. Für völlig inakzeptabel hält Gabaglio, dass der Vorschlag weder auf die besondere Rolle des Sozialen Dialogs eingehe noch die Sozialpartner – Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände – eigens benenne. Der Entwurf ignoriere die Ergebnisse der Konventsarbeitsgruppe „Soziales Europa“ *(einblick* 3/03) und sei ein Rückschritt gegenüber dem derzeitigen EU-Vertrag. Am 24./25. April wird der Konvent über die Artikel beraten. •

wiewardiewoche?

Der Widerstand von SPD und Grünen gegen die Reformpläne von Bundeskanzler Gerhard Schröder wächst. „Zwei Dutzend gegen Schröder?“ hatte der Berliner *Tagesspiegel* Ende März in Anspielung auf die gefährdete Regierungsmehrheit getitelt. „Die Linke fordert deutliche Änderungen am Reformkonzept“ hatte tags drauf die Welt ergänzt. *einblick* hat einen der Wortführer des innerparteilichen Widerstands, den SPD-Abgeordneten Hans Büttner, 59, nach seinem Reformkonzept gefragt.

Uns geht es nicht darum, Mehrheiten für eine Reform zu blockieren, aber wir wenden uns gegen eine Ideologie, nach der Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze ausschließlich durch Sozialabbau erreicht werden sollen. Und insofern war die vergangene Woche durchaus erfolgreich: Bei der Gesundheitsreform hat es – mit Ausnahme der noch strittigen Frage des Krankengeldes – eine Rückkehr zur stringenten Linie der rot-grünen Koalition gegeben. Die Idee, dass jeder Arztbesuch mit einer Gebühr belastet wird, ist vom Tisch. Stattdessen setzt die Bundesregierung jetzt auf die Erschließung von Wirtschaftlichkeitsreserven und eine bessere Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure, von den Kassen bis zu den Leistungserbringern. Aber auch die Patienten werden eingebunden. Sie müssen in Zukunft für Extraleistungen zahlen, wenn sie ohne Rücksicht auf Wirtschaftlichkeit wild im Gesundheitssystem herum hoppen, statt zunächst ihren Leitarzt aufzusuchen.

Ob uns das auch beim zweiten Reformthema, der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, gelingt, muss sich noch zeigen. Aber es gibt in der Fraktion eine große Bereitschaft zu verhindern, dass diejenigen, die sich jahrzehntelang am Arbeitsleben beteiligt haben, erst dann von der Gesellschaft unterstützt werden, wenn sie keine eigenen Rücklagen mehr haben. Es kann nicht angehen, dass jemand, der seinen Arbeitsplatz verliert, erst dann Unterstützung erhält, wenn er zuvor seine Lebensversicherung aufgelöst und seine Sparkonten aufgegeben hat. Zudem gibt es, anders als bei Hartz, niemanden in Fraktion und Regierung, der sagt, dass alles, was Schröder als Ideen angekündigt hat, eins zu eins umgesetzt werden muss.

Die ganze Woche über habe ich in der Fraktion, in den unterschiedlichsten Zusammenkünften mit Abgeordneten und in den Medien für meine Position geworben. Geprägt hat die Woche trotzdem ein anderes Thema, der Irak. Manche Diskussion, die wir in Deutschland verbissen führen, verblasst angesichts des Golfkriegs. Und dabei geht es nicht nur um Krieg und Frieden, sondern auch um Verteilungsgerechtigkeit zwischen den Völkern. Wir müssen bereit sein, als Gesellschaft auf etwas zu verzichten, um künftige Verteilungskriege zu verhindern.

geplant... → beschlossen

Beim DGB wird eine „Clearingstelle für Organisationsbeziehungen“ eingerichtet. Das hat der Geschäftsführende Bundesvorstand (GBV) Ende März beschlossen. Die Clearingstelle soll grundlegende Fragen der Organisationsbeziehungen zwischen den Gewerkschaften erörtern, Vorschläge entwickeln, um im Vorfeld Konflikte um die Zuständigkeit für Branchen zu verhindern, und Beschwerden nachgehen, wenn Vereinbarungen zwischen den Gewerkschaften oder Schiedssprüche zur Organisationsabgrenzung nicht umgesetzt werden. Die Schiedsstelle kann sowohl von sich aus tätig werden als auch von den Gewerkschaften angerufen werden. In Anlehnung an das „2+2+2-Verfahren“ während der Integration der DAG in den DGB gehören ihr die für Organisationspolitik zuständigen Vorstandsmitglieder des DGB, der IG BCE, IG Metall, IG BAU sowie von ver.di an. Ob das seinerzeit von der DAG beanspruchte zweite ver.di-Mandat an eine andere Gewerkschaft übergeht, ist noch nicht entschieden.

Gesundheitsreform

DGB schluckt bittere Pillen nicht

Ulla Schmidt drückt aufs Tempo. Die Gesundheitsministerin will spätestens Anfang Mai – früher als geplant – ihren Entwurf zur Gesundheitsreform präsentieren. Und ihn „so rasch es geht" in den Bundestag einbringen.

Die SPD-Ministerin möchte schnell hinter sich bringen, was ihr selbst nicht in den Kram passt: nämlich den Mitte März erteilten Befehl des Kanzlers vollstrecken, das Krankengeld aus dem Leistungskatalog der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) zu streichen. Das sei „gegen ihre Überzeugung", versichern gewerkschaftliche GesundheitsexpertInnen. In Ulla Schmidts Eckpunkten zur Modernisierung des Gesundheitswesens von Anfang Februar ist jedenfalls von solchen Einschnitten keine Rede.

Mit Schmidts Eckpunkten ist der DGB auch voll einverstanden. Im Kern zielen sie auf mehr Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen durch mehr Leistungswettbewerb zwischen Ärzten und Krankenhäusern. Denn „ein Viertel der Ausgaben wird für Leistungen ausgegeben, deren Qualität schlecht ist oder die sogar überflüssig sind", so Ulla Schmidt.

Die Diskussion um diese Reformvorschläge wird aber längst überlagert von der geplanten Streichung des Krankengeldes. Und die hält DGB-Chef Michael Sommer schlicht für „unsozial und unmoralisch", erklärte er dem *Hamburger Abendblatt:* „Denn gerade Menschen, die wegen einer langen, schweren Krankheit auf Krankengeld angewiesen sind, brauchen die Solidarität der Gemeinschaft." Das hätte Ulla Schmidt bis zur Kanzlerrede auch so sagen können; jetzt murmelt sie mit Blick auf Schröders Maßgabe, den Beitrag von 14,4 auf unter 13 Prozent drücken zu müssen: „Es gibt auch Dinge, die wir nicht gern tun." Gemeint ist der geplante Systembruch, die Preisgabe der bislang gemeinsam von Arbeitnehmern und Arbeitgebern finanzierten Krankenversicherung.

„Um den Faktor Arbeit zu entlasten, kann man das Krankengeld aus der paritätischen Finanzierung herausnehmen", sagt Schmidt. Denn die Kosten für die Lohnfortzahlung in den ersten 42 Krankheitstagen trügen allein die Unternehmen. Doch sie vergisst dabei: Die Lohnfortzahlung ist kein Geschenk des Gesetzgebers, sondern ein historischer Erfolg gewerkschaftlicher Tarifpolitik.

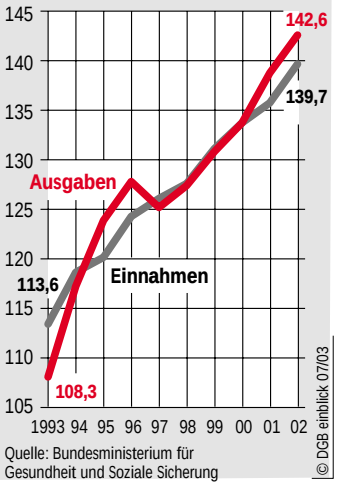
7,6 Milliarden Euro hat die GKV 2002 für Krankengeld ausgegeben (gezahlt werden ab der siebten Krankheitswoche 78 Wochen lang 90 Prozent des Nettolohns). Müssen die Arbeitnehmer dafür künftig allein aufkommen, müssen sie zusätzlich 3,8 Milliarden zahlen, die Arbeitgeber entsprechend weniger.

Die Streichung des Krankengeldes allein genügt aber nicht, um den Beitragssatz unter 13 Prozent zu drücken. Das Doppelte wäre nötig, denn eine Absenkung um anderthalb Prozentpunkte macht rund 15 Milliarden Euro aus (ein Beitragssatzpunkt entspricht 9,6 Milliarden Euro). Vielleicht ist bald auch eine Kürzung um zwei Prozentpunkte fällig, denn die Beiträge könnten bis Jahresende auf knapp 15 Prozent steigen. Union und Grüne erwarten das, Ulla Schmidt will einen weiteren Anstieg zumindest nicht ausschließen. Die ersten Betriebskrankenkassen haben damit bereits angefangen.

Zusätzliche Belastungen kommen auf die Versicherten auch durch die geplanten Praxisgebühren und Selbstbehalte zu. Sie sollen verhindern, dass Patienten sofort zum Facharzt laufen, statt erst den Hausarzt aufzusuchen. Die Wirkung der Strafzölle ist umstritten: Sind sie niedrig, haben sie keine Steuerungsfunktion; sind sie zu hoch, bleiben Patienten im Zweifel zu Hause. Erkrankungen werden nicht rechtzeitig erkannt, und spätere Behandlungen werden umso teurer. •

Reform tut Not

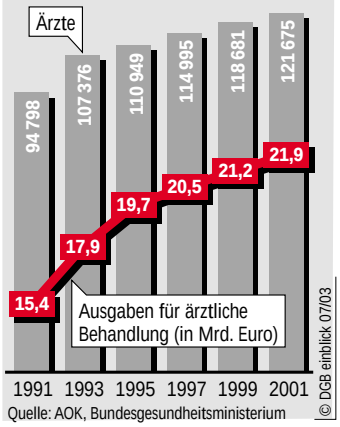
Einnahmen und Ausgaben der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) 1993 – 2002 in Mrd. Euro



Seit 2000 laufen die Ausgaben den Einnahmen im Gesundheitswesen wieder davon. 2002 betrug das Defizit 3 Milliarden Euro.

Angebot schafft Nachfrage

Zahl der niedergelassenen Ärzte und Ausgaben der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) für ärztliche Behandlung 1991 – 2001



Die Ausgaben für ärztliche Behandlungen sind von 1991 bis 2001 um 42 Prozent gestiegen, die Zahl der Ärzte stieg um 28 Prozent.

Patientenrechte transparent gemacht

„Nur ein informierter Patient kann sich am Behandlungsprozess aktiv beteiligen", meinen Brigitte Zypries und Ulla Schmidt, die Bundesministerinnen für Justiz und Gesundheit (beide SPD). Sie haben deshalb eine neue Dokumentation herausgegeben: „Patientenrechte in Deutschland – Leitfaden für Patienten und Ärzte". In verständlicher Sprache wird das geltende Recht transparent gemacht.

- ***Der Patient hat grundsätzlich das Recht, Arzt und Krankenhaus frei zu wählen und zu wechseln. Er kann eine ärztliche Zweitmeinung einholen.***
- ***Der Patient hat das Recht, Art und Umfang der medizinischen Behandlung selbst zu bestimmen. Er kann entscheiden, ob er sich behandeln lassen will oder nicht.***
- ***Der Arzt hat den Patienten vor der Behandlung über Art und Umfang der Maßnahmen und die damit verbundenen gesundheitlichen Risiken aufzuklären.***
- ***Der Patient hat das Recht, die Behandlungsunterlagen einzusehen und kopieren zu lassen. Bei fehlerhafter Behandlung oder unzureichender Aufklärung stehen ihm Schadenersatz und Schmerzensgeld zu.***

Die Dokumentation ist kostenlos beim Bundesgesundheitsministerium erhältlich.
Tel. 0180 / 5 15 15 10
Fax 0180 / 5 15 15 11
(12 Cent/Min.)
E-Mail: info@bmgs.bund.de

Girls' Day

Lust auf Zukunftsjobs

Das Berufswahlspektrum von Mädchen erweitern soll der Aktionstag „Girls' Day". Am 8. Mai haben 10- bis 16-Jährige zum dritten Mal die Gelegenheit, technische und naturwissenschaftliche Arbeitsbereiche hautnah zu erleben. 2002 nutzten mehr als 42 000 Schülerinnen das Schnupper-Angebot, doppelt so viele werden in diesem Jahr erwartet. Rund 2000 Unternehmen und Institutionen machen mit, auch DGB und Gewerkschaften haben vielerorts ein Programm vorbereitet. Der DGB gehört neben den Bundesministerien für Forschung und Frauen sowie den Arbeitgeberverbänden zu den Initiatoren. •

www.girls-day.de

ver.di NRW

Reichtum neu verteilen

Rund 9,3 Billionen Euro besitzen die privaten Haushalte in Deutschland. Dieser Reichtum ist erschreckend ungleich verteilt. Wie sich der Wohlstand neu aufteilen lässt und wie die wachsende Armut im Land gestoppt werden kann, zeigt die Broschüre „Umfair-teilung". Das rund 30 Seiten starke Heft kommt vom ver.di-Landesbezirk NRW und ist kostenlos. •

heidi.moessmer@verdi.de

DGB-Bildungswerk

Was verspricht Präsident Lula?

Was die BürgerInnen in Brasilien von ihrem neuen Präsidenten, dem ehemaligen Gewerkschafter Ignacio Lula da Silva, erwarten können und was die Wahl der Linksregierung für deutsche Unternehmen in Brasilien bedeutet, beleuchtet die Tagung „Roter Stern über Brasilien – Gesellschaft und Arbeitsbeziehungen unter der Regierung Lula" vom 23. bis 25. Mai in der Evangelischen Sozialakademie Friedewald. Die Teilnahme an der Kooperationsveranstaltung von DGB-Bildungswerk und den Evangelischen Akademien in Deutschland kostet 50 Euro. •

Tel. 02743/92 36 0
ev.sozialakademie@t-online.de

Arbeitsschutz

Europaweites Netz geknüpft

Arbeitsschutz-Institute aus zwölf europäischen Ländern haben in Amsterdam ein Netzwerk der Europäischen Arbeitsschutzforschung gegründet. Deutscher Teil von PEROSH (Partnership for European Research in Occupational Safety and Health) sind die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin sowie das Berufsgenossenschaftliche Institut für Arbeitsschutz. Die Initiative soll den Austausch von Informationen fördern und das Thema Arbeitsschutz öffentlichkeitswirksam vertreten. •

www.baua.de

workshop-zukunft

Plattform überholt

Inhaltlich überarbeitet und in neuem Design präsentiert sich die Internetplattform *www.workshop-zukunft.de* des DGB-Bundesvorstands. Gleichzeitig ist auf CD-ROM eine Präsentation erschienen, die es GewerkschafterInnen vor Ort leichter macht, LehrerInnen von der Qualität des Projekts zu überzeugen. Das Webportal bietet Unterrichtsmaterial rund um die Themen Ausbildung und Arbeitswelt. •

Tel. 030/240 60 653
nordhaus.dgb@t-online.de

Hans-Böckler-Stiftung

Neues aus der Armutsforschung

Neue Forschungsergebnisse zur Ungleichverteilung der gesellschaftlichen Einkommen und Vermögen fasst die Broschüre „Armut und Reichtum in Deutschland" zusammen. Das von der Hans-Böckler-Stiftung herausgegebene Heft beschäftigt sich mit Ursachen, Umfang und Auswegen aus der Verteilungsfalle. Ein Teil der kostenlosen Broschüre widmet sich speziell der Situation von Frauen, die wesentlich häufiger von Armut betroffen sind als Männer. •

Der Setzkasten
Fax 0211/408 00 90 40

DGB-Bildungswerk

Zukunft der Einwanderung

Mit der Rolle des Themas „Zuwanderung" in der politischen Bildungsarbeit beschäftigt sich eine Veranstaltung von DGB-Bildungswerk und der Bundeszentrale für politische Bildung. Die Tagung „Zukunft gestalten – Einwanderung und Integration als Herausforderung für die Gesellschaft" am 9. Mai in Düsseldorf ist kostenlos. •

Tel. 0211/43 01 191
www.migration-online.de

Projekt AQU

Umweltschutz im Betrieb fördern

Wie der Betriebsrat den Umweltschutz stärken kann, zeigt das Seminar „Umweltmanagement lebt?! Strategien für Qualifizierung und Beteiligung im betrieblichen Umweltschutz" am 5. und 6. Juni am Starnberger See. Die Veranstaltung des AQU-Teams des DGB-Bildungswerks kostet inklusive Kost und Logis 672,80 Euro. •

Tel. 0211/43 01 270
www.aqu.dgb-bildung.de

interregio

••• Der ***DGB Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt*** vergibt am 15. Juni im Rahmen des Internationalen Filmfestes Emden zum sechsten Mal seinen mit 5000 Euro dotierten ***Filmpreis.*** Bereits am 13. Juni findet ebenfalls in Emden das DGB-Filmgespräch „Arbeitswelt im Film" statt.
Infos: *tina.kolbeck@dgb.de*

••• Die ***DGB-Jugend München*** ist auch in diesem Jahr wieder Mitveranstalter der ***Internationalen Jugendbegegnung*** vom 25. Juli bis 15. August in Dachau. Die TeilnehmerInnen erfahren durch Gespräche mit Zeitzeugen mehr über das Konzentrationslager in der Nazizeit und leisten durch Mitarbeit an den Instandhaltungsarbeiten einen eigenen Beitrag zum Erhalt der KZ-Gedenkstätte. Die Teilnahme kostet, abhängig von der Dauer des Aufenthalts, zwischen 36 und 202 Euro. Infos:
www.jugendbegegnung-dachau.de

••• ***Arbeit und Leben Nordrhein-Westfalen*** und das Jüdisch-Historische Institut Warschau zeigen seit dem 9. April im Düsseldorfer Landtag die ***Wanderausstellung*** „Oneg Schabbat". Sie zeigt die Entstehung des „Untergrundarchivs des Warschauer Ghettos", in dem eine Gruppe um den Historiker Emanuel Ringelblum Dokumente von der nationalsozialistischen Bekanntmachung bis zu den Lebensmittelkarten des Ghettos zusammengetragen hat. Die Ausstellung ist bis 2005 an verschiedenen Standorten in NRW zu sehen.
Infos: *Arbeit und Leben NRW, Tel. 0211/93 80 00.*

Finanzkrise der Kommunen

Ausweg aus der Schuldenfalle

500 000 Arbeitsplätze wurden in den vergangenen zehn Jahren gestrichen, die Investitionen um ein Drittel gesenkt. Trotzdem fehlen Deutschlands Städten und Gemeinden in diesem Jahr 10 Milliarden Euro. So viel wie noch nie. Bis zum Sommer will die Bundesregierung deshalb ein Konzept für die überfällige Gemeindefinanzreform vorlegen.

Deutschlands Städte und Gemeinden haben kein Ausgaben-, sondern ein Einnahmeproblem, betonen nicht nur der DGB und ver.di, sondern auch der Deutsche Städtetag, die politische Interessenvertretung von über 5700 Kommunen. Während die Einnahmen der Kommunen zwischen 1998 und 2000 im Schnitt noch über den Ausgaben lagen, hat sich das Bild seither dramatisch gewandelt. 2001 gingen die Einnahmen der Kommunen um 2,1 Prozent zurück, 2002 um weitere 0,9 Prozent, und dieses Jahr wird ein erneutes Minus von 2,3 Prozent erwartet. Das Defizit steigt damit auf 10 Milliarden Euro.

Verantwortlich hierfür ist vor allem ein Rückgang der Gewerbesteuereinnahmen. In vielen Städten sank das Aufkommen um 20 Prozent. In Offenbach war es ein Minus von 73,8 Prozent, in der Mercedes-Stadt Sindelfingen waren es 61,5 Prozent und am BASF-Standort Ludwigshafen 48,5 Prozent.

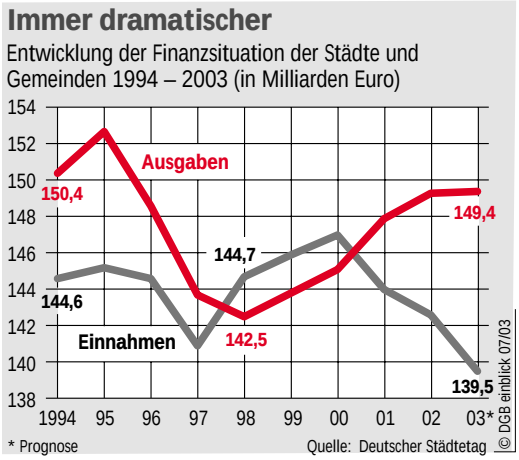
Dass es so nicht weitergeht, ist allen Beteiligten klar. Längst haben sich die meisten Städte von einem Großteil ihrer freiwilligen Leistungen getrennt, sind Schwimmbäder und Schulbibliotheken geschlossen, werden überfällige Sanierungsmaßnahmen an Straßen und Gebäuden immer weiter hinausgeschoben. Trotzdem wird hinter den Kulissen heftig um die Gemeindefinanzreform gerungen.

Zwei Modelle stehen zur Wahl. Während der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) die Gewerbesteuer ganz abschaffen und durch einen kommunalen Zuschlag auf die Lohn-, Einkommens- und Körperschaftssteuer ersetzen will, hat die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände und das Land Nordrhein-Westfalen ein Alternativmodell vorgelegt, das vor allem auf eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlage durch gewinnunabhängige Elemente und eine stärkere Einbeziehung von Freiberuflern zielt. Die Lasten sollen gerechter verteilt, die Einnahmen der Städte sollen verstetigt und damit besser planbar werden.

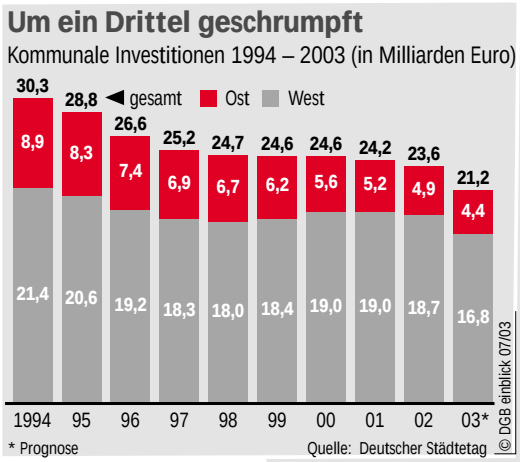
Käme es zum BDI-Modell würde der Anteil der ArbeitnehmerInnen am gesamten Steueraufkommen der Kommunen von 47,6 Prozent auf 63,8 Prozent steigen, beim NRW-Modell bliebe er gleich. Mehr zahlen müssten hingegen freiberuflich Tätige, also Ärzte, Apotheker und Rechtsanwälte. Ihr Anteil am kommunalen Steueraufkommen stiege von 4,9 auf 9,3 Prozent. Das ist aber durchaus gewollt: Wer die kommunale Infrastruktur nutzt, soll auch an ihren Kosten beteiligt werden.

Ob sich die Bundesregierung eins der Modelle zu Eigen macht oder einen eigenen Vorschlag präsentiert, will sie bis zur Sommerpause entscheiden, damit die Reform zum 1. Januar 2004 in Kraft treten kann. Zwar gilt das BDI-Modell dabei als wenig aussichtsreich, trotzdem sorgten noch im März Zeitungsmeldungen für Unruhe, Wirtschaftsminister Clement habe dem NRW-Modell eine Absage erteilt. Das helfe den Gemeinden nicht. Die Regierung hätte sich dann die Kommission zur Gemeindefinanzreform sparen können, konterte seinerzeit DGB-Vorstand Heinz Putzhammer.

Zweifel am Reformwillen der Regierung kommen auch von ver.di. Die Vorgabe der Bundesregierung, dass die Gemeindefinanzreform zu keiner Einnahmeverschiebung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden führen darf, sei ein schwerer Fehler, meint ver.di-Vorsitzender Frank Bsirske. •



Trotz erheblicher Konsolidierungsanstrengungen übersteigen die Ausgaben der Städte und Gemeinden ihre Einnahmen seit Anfang 2001 wieder. Für dieses Jahr rechnet der Deutsche Städtetag mit einem Rekorddefizit von über 10 Milliarden Euro.



In den vergangenen zehn Jahren sind die Investitionen der Städte und Gemeinden um ein Drittel geschrumpft, von 30,3 Milliarden Euro 1994 auf voraussichtlich 21,2 Milliarden Euro in diesem Jahr.

Soforthilfe mit Schönheitsfehler

819 Millionen Euro hat die Bundesregierung den Kommunen Anfang April als erste Sofortmaßnahme zugesagt, um deren Finanzkollaps abzuwenden. Ein Angebot mit Schönheitsfehler, denn das Geld stammt von den Gemeinden selbst. Nach dem Beschluss des Bundeskabinetts vom 2. April will der Bund den Kommunen lediglich die Pflicht zur Mitfinanzierung des Fonds zur Bewältigung der Hochwasserkatastrophe 2002 erlassen. Zudem fließt das Geld nicht an die Städte und Gemeinden, sondern an die Länder. Und die müssen es erst weiterreichen. Die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di fordert statt dessen eine wirkliche Soforthilfe in Höhe von 10 Milliarden Euro. Damit sollen marode Schulgebäude saniert und die lokale Verkehrsinfrastruktur verbessert werden.

kurz&bündig

Unter dem Slogan „Besser gemeinsam“ hat die IG Metall sieben Plakate für die Sympathie-Werbung entwickelt. Gezeigt werden Alltagssituationen wie die eines jungen Pärchens, das gemeinsam eine Wand streicht. Genutzt werden sollen die Plakate z. B. als Aushang am schwarzen Brett des Betriebsrates.

Die GEW will den Hauptschulabschluss abschaffen. Stattdessen fordert sie einen einheitlichen „mittleren Bildungsabschluss“, den alle SchülerInnen nach zehn Jahren erreichen können. Vorbild sind die skandinavischen Länder, in denen alle SchülerInnen neun Jahre gemeinsam die Schule besuchen.

IG Metall und der Zentralverband Elektrotechnik- und Elektronikindustrie (ZVEI) haben sieben neue Ausbildungsberufe entwickelt. Erarbeitet wurden die Lehrinhalte von GewerkschafterInnen sowie ExpertInnen aus Betrieben und vom Bundesinstitut für Berufsbildung. Eingeführt werden die neuen Elektroberufe am 1. August.

Die IG BAU, der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie, der Zentralverband des Deutschen Baugewerbes und die Bundesregierung haben ein Positionspapier zur „Zukunftssicherung der deutschen Bauwirtschaft“ vereinbart. Gefordert werden unter anderem Maßnahmen gegen illegale Beschäftigung und der Abbau von Bürokratie.

junges forum

Gewerkschaftsjugend steigt aus

Die DGB-Jugend wird sich künftig nicht mehr an der Gesellschaft „junges forum“, Recklinghausen, beteiligen. Das hat der DGB-Bundesvorstand am 8. April beschlossen. Damit dürfte das Ende der gemeinnützigen GmbH, an der die Stadt Recklinghausen und der DGB zu jeweils 50 Prozent beteiligt sind, besiegelt sein.

Begründet wird der Verzicht auf das „junge forum“ als Kulturwerkstatt der Gewerkschaftsjugend damit, dass zum einen ein Großteil der Gewerkschaften mit der konzeptionellen Umsetzung der gewerkschaftlichen Jugendkulturarbeit durch das „junge forum“ in den letzten Jahren nicht mehr zufrieden gewesen sei. Zum anderen sei die Einrichtung durch Managementfehler in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten.

Der Beschluss ist mit dem Auftrag an den DGB-Bundesjugendausschuss verbunden, bis zum 30. Juni ein neues jugendkulturpolitisches Konzept zu entwickeln. Ein erstes Thesenpapier dazu hat die Abteilung Jugend beim DGB-Bundesvorstand vorgelegt. Eine Arbeitsgruppe des Bundesjugendausschusses soll das Konzept erarbeiten. Der Ausstieg aus der Trägerschaft des „jungen forums“ bedeute keinesfalls, dass die DGB-Jugend sich aus der Jugendkulturarbeit verabschieden wolle, betont Christian Kühbauch von der DGB-Abteilung Jugend. „Wir wollen möglichst schnell eine zeitgemäße ‚Servicestelle’ für die gewerkschaftliche Jugendkulturarbeit schaffen.“ Jürgen Krings, bis 2000 Geschäftsführer des „jungen forums“ und heute Projektmanager bei einer Landesentwicklungsgesellschaft in NRW, hält den Weg, den die Gewerkschaften beschreiten, für falsch. Um glaubwürdig auf junge Menschen zugehen zu können, müsse man ihnen eine offene Kommunikationsplattform bieten. „Dafür sind relativ unabhängige Institutionen wie das ‚junge forum’ unverzichtbar.“ Das 1961 gegründete „junge forum“ habe immer wieder eigene Impulse in den jugendkulturellen Entwicklungen gesetzt. „Jugendkulturarbeit ist mehr, als Events und Konzerte abzuwickeln“, so Krings. •

Im Internet: *www.einblick.dgb.de*
Im Faxabruf: *0211/43 01 679*
Thesen zur DGB-Jugendkulturarbeit

Fragen an ...

Die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di will einen zweistelligen Millionenbetrag bei den Personalkosten sparen. Neben einem drastischen Stellenabbau wird in einem Strategiepapier des Vorstands über die Einführung einer Vier-Tage-Woche ohne Lohnausgleich und die Streichung des Weihnachtsgelds nachgedacht. *einblick* hat den stellvertretenden ver.di-Vorsitzenden und Finanzverantwortlichen Gerd Herzberg nach den Gründen gefragt.

■ Warum fällt auch ver.di, wenn es um Kostenreduzierung geht, nur Personalabbau ein?

■ *Das Gegenteil ist der Fall. Personalabbau ist für uns nur der letzte Schritt. Wir müssen rechtzeitig dafür sorgen, dass ver.di erst gar keine finanziellen Probleme bekommt. Deswegen wird die Organisation zurzeit in ihren Strukturen und in der Gestaltung ihrer Arbeit durchgecheckt. Dabei stehen die Personal- und Sachkosten auf dem Prüfstand. Das ist auch deshalb notwendig, weil ver.di noch jung ist, die Gewerkschaft muss noch zusammenwachsen. Unser Ziel: ver.di muss eine handlungsfähige Organisation bleiben, die ihre Mitglieder gut betreut und neue gewinnt.*

■ Bei der ver.di-Gründung haben sich die fünf Gründungsgewerkschaften zu einem Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen bis 2007 verpflichtet. Gilt das nicht mehr?

■ *Selbstverständlich gilt der mit dem Betriebsrat vereinbarte Sozialplan weiter. Danach wird es bis 2007 keine betriebsbedingten Beendigungskündigungen geben.*

■ Seit ersten Presseberichten über den geplanten Personalabbau gilt das Strategiepapier des Vorstands nur noch als Diskussionsbeitrag. Wie viel muss tatsächlich gespart werden?

■ *Dieses „Strategiepapier“ war von Anfang an nur eine Zusammenstellung von theoretischen Möglichkeiten. Es ist nicht darüber beraten worden. Es wurde bisher auch nichts beschlossen. Wir haben den Auftrag, den Personalkostenanteil auf 50 Prozent der Beitragseinnahmen zu senken. Zurzeit liegt er sieben Prozent darüber. Dennoch: Personelle Maßnahmen werden immer nur Mosaiksteine beisteuern können. Die Intensivierung der Mitgliederwerbung ist zum Beispiel ein anderer wichtiger Baustein.*

■ Das neue Personalkonzept soll mit dem Betriebsrat entwickelt werden. Wie kann ein Kompromiss aussehen?

■ *Das kann man heute noch nicht sagen. Wir werden in einem offenen Dialog mit dem Betriebsrat und den Beschäftigten versuchen, die Aufgaben mit viel Kreativität zu bewältigen. Dabei werden wir die Interessen der Beschäftigten ebenso im Auge behalten wie die Notwendigkeiten unserer gewerkschaftlichen Organisation.*

Zentrale Rolle der UNO im Irak

Nur nach Ächtung des Angriffskriegs

Eine zentrale Rolle wird die UNO im Nachkriegs-Irak nur spielen, wenn eine Mehrheit der Staaten die Völkerrechtswidrigkeit des Angriffs auf den Irak feststellt. Gelingt das nicht, wird die UNO in den Wiederaufbau des Irak nur eingebunden. Der Irak-Krieg drohe dann zum Präzedenzfall für Angriffskriege in anderen Weltregionen zu werden, warnt der Journalist und Sicherheitsexperte Andreas Zumach.

Die UNO soll eine „zentrale Rolle" im Nachkriegs-Irak spielen. Dafür plädieren übereinstimmend Regierung, Opposition und mit ihnen viele GewerkschafterInnen, VertreterInnen der Wirtschaft und Mitglieder der Friedensbewegung. Doch **die Motive variieren bei den verschiedenen Akteuren.** Die einen denken an die Sicherung von Aufträgen für deutsche Unternehmen beim Wiederaufbau des Iraks. Andere wollen mit der Schaffung einer UNO-Verantwortung im Irak den Einsatz von Bundeswehrsoldaten ermöglichen.

Es gibt auch das begrüßenswerte Motiv, die durch diesen Krieg so schwer wie nie zuvor in ihrer Geschichte beschädigte Institution UNO zu stärken und das angeschlagene Völkerrecht zu retten. Hierfür wäre allerdings unverzichtbare Voraussetzung, dass die Bundesregierung zunächst einmal **die Völkerrechtswidrigkeit dieses Krieges klar benennt** und aktiv dazu beträgt, dass die UNO-Generalversammlung mit möglichst großer Mehrheit eine entsprechende Feststellung verabschiedet. **Stärkerer Druck aus den Gewerkschaften** für diese Forderung wäre bitter notwendig. Denn die völkerrechtliche Bewertung dieses Krieges ist keineswegs „Schnee von gestern", wie die *BILD-Zeitung* bereits vor Kriegsende kommentierte. Sondern sie ist die entscheidende Grundlage für die von dem Blatt geforderte „Realpolitik" von morgen. Von dieser Bewertung hängt ganz wesentlich ab, ob dieser präventive Angriffskrieg eine einmalige Ausnahme bleibt oder ob er **zum Modell wird für ähnliche Kriege – nicht nur der USA,** sondern auch anderer Staaten, zum Beispiel von Indien gegen Pakistan bzw. umgekehrt.

Bleibt die Feststellung der Völkerrechtswidrigkeit des Irak-Kriegs durch eine möglichst große Zahl der UNO-Mitglieder aus, dann ist es ziemlich **belanglos, ob die UNO oder die USA im Nachkriegs-Irak die zentrale Rolle spielen.** Denn dann besteht die Gefahr, dass die UNO lediglich „eingebunden" wird, wie die beiden US-Senatoren Joseph Biden (Demokrat) und Chuck Hagel (Republikaner) in dankenswerter Offenheit fordern, „um die Zweifel an der Legitimität der militärischen Intervention im Irak zu zerstreuen" und um „die internationale Gemeinschaft an den Wiederaufbaukosten zu beteiligen, die die USA und Großbritannien allein nicht finanzieren können". Die beiden US-Senatoren können sich auf einen Präzedenzfall berufen, an dem die rot-grüne Regierung seinerzeit aktiv beteiligt war: Bereits nach dem ebenfalls unter Verstoß gegen die UNO-Charta geführten Kosovo-Krieg der NATO wurde der UNO eine Rolle angedient, die heute vielerorts als nachträgliche völkerrechtliche Legitimierung dieses Krieges interpretiert wird.

Foto: Wolfgang W. Meyer

Andreas Zumach, 48, schreibt als Korrespondent am UN-Sitz in Genf u.a. für die Berliner *tageszeitung (taz)*, den *Tagesspiegel* und *Die Zeit*.

Über die klare Feststellung der Völkerrechtswidrigkeit dieses Krieges hinaus bedarf es einer politischen Strategie mit dem Ziel, die Handlungsfähigkeit der UNO zu stärken und **den entlaufenen Hegemon USA wieder in eine multilaterale Politik einzubinden.** Abstrakte Forderungen nach einer Reform des Sicherheitsrates durch Aufnahme neuer ständiger Mitglieder und andere Maßnahmen werden allein jedoch nichts bewirken. Denn Voraussetzung für diese überfällige, aber schon seit vielen Jahren ergebnislos geforderte Reform ist eine Veränderung der realen Kräfteverhältnisse innerhalb der UNO. Dazu wird es jedoch nur kommen, wenn die Europäer gemeinsam mit anderen an einer Stärkung der UNO interessierten Staaten aus den übrigen Weltregionen – wie Südafrika, Indien, Malaysia, Mexiko, Kanada, Australien – strategische Allianzen bilden. Sie müssten in zentralen Sachfragen der globalen Nord-Süd-Gerechtigkeit, des Umweltschutzes und der nachhaltigen Verwendung von Ressourcen sowie der Ausstattung der UNO mit Handlungsinstrumenten Beschlüsse und Vereinbarungen auch dann fassen und umsetzen, wenn die USA zunächst dagegen sind. Bei der Schaffung des Internationalen Strafgerichtshofes oder bei der Durchsetzung des Kyoto-Klimaprotokolls wurde das bereits erfolgreich praktiziert. Nur durch solche strategischen Allianzen wird der notwendige Druck entstehen, der die USA wieder zur Einhaltung des Völkerrechts und zur **Rückkehr zu einer multilateralen Politik** bewegen kann. •

Bruch des Völkerrechts

Offiziell beteiligt sich die Bundesregierung nicht am Irak-Krieg, aber Schröder und Fischer wollen ihn auch nicht als völkerrechtswidrigen Angriffskrieg verurteilen. Denn dann wäre nicht nur der Bruch mit den USA perfekt, sondern die Bundesregierung müsste unverzüglich handeln. Die Überflugsrechte müssten aufgehoben, die deutschen Soldaten aus den AWACS-Flugzeugen abgezogen werden. Denn das Grundgesetz verbietet eine Beteiligung an einem Angriffskrieg.

Anders ist das bei Politikern, die nicht mehr in der Regierungsverantwortung stehen, wie der ehemalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker (CDU). Er bezeichnet den Irak-Krieg als „Rechtsbruch".

Auch die Gewerkschaften gehen in ihrer Kritik weiter: Während der DGB den Krieg als „militärischen Angriff" auf den Irak verurteilt, spricht die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di sogar von einem „Überfall auf den Irak". Und der Hauptvorstand der NGG stellt in seiner Entschließung zum Irak fest: „Der von den Regierungen Bush und Blair in Gang gesetzte militärische Angriff besitzt keine völkerrechtliche Legitimation." Die US-Regierung habe sich über UNO-Beschlüsse hinweg gesetzt, meint auch die IG Metall.

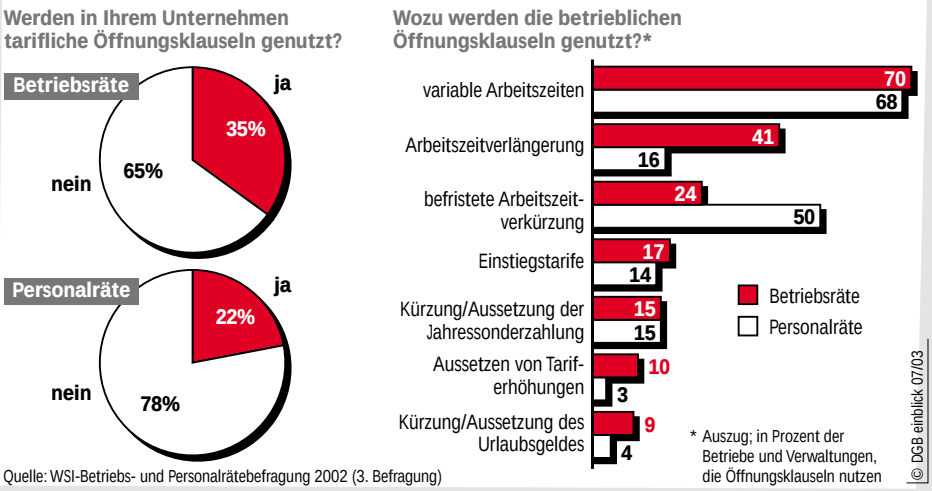
Postvertriebsstück G 45918 Vertrieb durch toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath

die DGB grafik

TARIFPOLITIK: Flexibler als ihr Ruf

Die Verbetrieblichung der Tarifpolitik ist weiter fortgeschritten, als das in der öffentlichen Debatte wahrgenommen wird. Das belegt die WSI-Betriebs- und Personalrätebefragung 2002: 35 Prozent aller Betriebe und 22 Prozent aller Verwaltungen des öffentlichen Dienstes nutzen bereits betriebliche Öffnungsklauseln. Während in den privatwirtschaftlichen Betrieben das Instrument variabler Arbeitszeiten (70 Prozent) am häufigsten genutzt wird, kommt es im öffentlichen Dienst oft zur befristeten Arbeitszeitverkürzung (50 Prozent).

Nutzung tariflicher Öffnungsklauseln (in Prozent)



Quelle: WSI-Betriebs- und Personalrätebefragung 2002 (3. Befragung)

personalien

••• ***Horst Palik,*** 49, bis September 2001 Leiter des Sekretariats des damaligen DGB-Vorsitzenden Dieter Schulte, seither Beauftragter der Geschäftsführung des Berufsfortbildungswerks (bfw) des DGB, ist seit dem 1. April persönlicher Referent des TRANSNET-Vorsitzenden Norbert Hansen.

••• ***Sigmar Gabriel,*** 43, im Februar abgewählter Ministerpräsident von Niedersachsen, hat Ende März nach 23 Jahren Gewerkschaftsmitgliedschaft die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di verlassen und ist zur IG Metall übergetreten. Hintergrund des Übertritts ist die Weigerung des ver.di-Landesvorsitzenden Wolfgang Denia, bei der Landtagswahl die SPD-Initiative „Arbeitnehmer für Gabriel" zu unterstützen.

••• Neuer Vorsitzender der IG Metall soll der bisherige 2. Vorsitzende ***Jürgen Peters,*** 59, werden, stellvertretender Vorsitzender der Bezirksleiter von Baden-Württemberg, ***Berthold Huber,*** 53. Das hat der Vorstand der IG Metall am 8. April vorgeschlagen. Der Geschäftsführende Vorstand der IG Metall hatte sich dagegen zunächst für Huber als Nachfolger von ***Klaus Zwickel,*** 63, ausgesprochen.

Impressum *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** *einblick* Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Udo Perina, Christian Paulsen **Redaktion:** Anne Graef, Stephan Hegger, Norbert Hüsson (verantwortlich für diese Ausgabe), Ulrike Schenken (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Postfach 10 21 45, 40012 Düsseldorf, Tel. 0211 / 43 01 544, Fax 0211 / 43 01 497, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: red.einblick@t-online.de **Büro Berlin:** Udo Boehlefeld, einblick, Wallstraße 61, 10179 Berlin, Tel. 030 / 48 16 23 32, Fax 030 / 27 56 09 78 **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030 / 85 99 46 24, Fax 030 / 85 99 90 92, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design, Sprockhövel **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel. 0211 / 9 20 08 -26, Fax 9 20 08 -38
Alle aktuellen *einblick*-Hintergrundtexte im Überblick: Fax-Abruf 0211 / 43 01 689
Nachdruck frei bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren.

14 TAGE

19.-21.4. „Gemeinsam gegen Krieg und Terror", Ostermärsche in zahlreichen Städten

24.-27.4. „Laut und deutlich – wir beziehen Position", ver.di-Bundesjugendkonferenz, Halle (Saale)

25.4. DGB Baden-Württemberg, Verleihung des neu gestifteten „Willi-Bleicher-Preises" für Engagement gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, Mannheim

29.4. DGB Niedersachsen, „Was die Welt im Innersten zusammenhält – Werte als Grundlage politischen Handelns", 1. Otto-Brenner-Forum, Hannover

1.5. Zentrale Maifeier des DGB im Hessenpark Neu-Anspach (Hochtaunuskreis) mit DGB-Vorsitzendem Michael Sommer und Bundeskanzler Gerhard Schröder

Tipp

***Buch:* Barry Bluestone, Bennett Harrison, Geteilter Wohlstand. Wirtschaftliches Wachstum und sozialer Ausgleich im 21. Jahrhundert,** *Campus Verlag, Frankfurt/M., 375 Seiten, 58,60 Euro*

Während Ökonomen und Politiker den privaten Markt als Schlüssel zu mehr Wachstum sehen, fordern Barry Bluestone und Bennett Harrison eine Regulierung der Handelspolitik. Dem Wall-Street-Modell einer Wachstumsförderung durch soziale Ausgrenzung setzen sie ihr Main-Street-Modell eines lang anhaltenden Aufschwungs durch öffentliche Investitionen und steigende Löhne entgegen.

Schlusspunkt

„Es kann doch nicht sein, dass Sindelfingen höhere Einkommen aus der Hundesteuer als aus der Gewerbesteuer erhält."

DGB-Vorsitzender Michael Sommer laut Handelsblatt vom 7. April über die wegbrechenden Gewerbesteuereinnahmen der Städte

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 28.04.2003 8/03

DGB

DGB kritisiert Frühjahrsgutachten

„Die Politik wird falsch beraten“

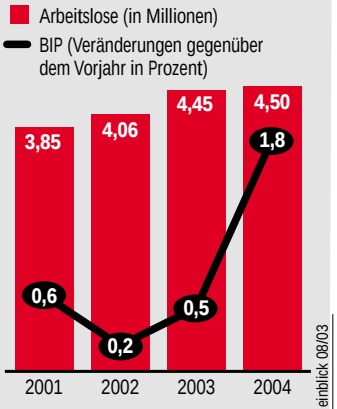
„Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einer Phase lang anhaltender Schwäche“, prognostizieren die führenden deutschen Wirtschaftsinstitute in ihrem Frühjahrsgutachten 2003. Kritik des DGB: „Aber echte Wege aus der Krise zeigen sie nicht auf“.

Vor allem höhere Steuern und Sozialbeiträge sind laut Gutachten kontraproduktiv für die wirtschaftliche Entwicklung, die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung werde weiter sinken und sich somit die Lage auf dem Arbeitsmarkt dramatisch verschärfen. Die Agenda 2010 wird von den Wirtschaftsauguren als Schritt in die richtige Richtung beurteilt – nur an Schärfe zunehmen sollte die geplante Deregulierung des Arbeitsmarktes schon.

Folgerichtig kritisiert für den DGB Heinz Putzhammer: „Das Frühjahrsgutachten zeigt keinen Weg zu mehr Wachstum und Beschäftigung, die Mehrheit der Wirtschaftsforschungsinstitute hat mit dem Frühjahrsgutachten 2003 nur die Ratlosigkeit wirtschaftspolitischer Politikberatung einmal mehr zur Schau gestellt.“

Arbeitslosigkeit zieht weiter an

Eckdaten des Frühjahrsgutachtens



Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesanstalt für Arbeit, Deutsche Bundesbank, zitiert nach ifo-Institut

Putzhammer hatte schon im Februar in einem Pressegespräch in Berlin eine „Offensive für Beschäftigung und Wirtschaftswachstum des Deutschen Gewerkschaftsbundes“ vorgestellt. Diagnose: Die Wirtschaft leidet nicht unter einer Überregulierung des Arbeitsmarktes oder einem Zuviel an Mitbestimmung – sondern an fehlendem Wachstum. Entsprechend beurteilte er das Frühjahrsgutachten, wies darauf hin, dass die deutsche Wirtschaft 1998 bis 2000 reale Wachstumsraten zwischen 2 und 2,9 Prozent erzielte – und gleichzeitig die Zahl der Beschäftigten um 1,7 Millionen stieg. Damit sei nachgewiesen, dass es keinen Zusammenhang zwischen der Wachstumsschwäche und einer unterstellten Überregulierung des Arbeitsmarktes sowie einem Anstieg oder Fall der Arbeitslosenquote gebe.

Die Erholung der Wirtschaft soll sich nach dem Willen der Wirtschaftsforschungsinstitute in der nächsten Zeit zwar festigen, die Lage auf dem Arbeitsmarkt trotz deutlichen Anstiegs des Bruttoinlandsproduktes (BIP) aber verschlechtern. Der DGB will mit einem antizyklischen Investitionsprogramm und vorgezogenen Steuersenkungen dagegenhalten.

Angesichts des Gutachtens legt Heinz Putzhammer seine Forderungen an die Bundesregierung aus der Februar-Offensive noch einmal vor:

- Die für 2004 geplanten Steuersenkungen auf den 1. Januar 2003 vorziehen, somit die Bezieher unterer und mittlerer Einkommen entlasten und den Konsum anregen.
- Für überdurchschnittliche Investitionen der Unternehmen eine Investitionszulage von 7,5 Prozent zahlen. Auf diese Weise könne mit dem geringem Einsatz von zwei Milliarden Euro ein Investitionsvolumen von mehr als 20 Milliarden Euro bewegt werden.
- Die Erneuerung von Altbauten steuerlich fördern.
- Not leidenden Kommunen jetzt mit direkten Finanzhilfen unter die Arme greifen, damit sie wieder investieren können.
- Daran arbeiten, wie in zukünftigen Abschwungphasen mit antizyklischer Finanzpolitik einer lang anhaltenden Krise entgegengewirkt werden kann. •

plusminusBERLIN

+ ***FDP-Generalsekretärin Cornelia Pieper will in ihrer Partei die Frauenquote einführen. Derzeit hat die liberale Fraktion im Bundestag mit 21 Prozent den geringsten Frauenanteil. Als einzige Fraktion hat sie damit den Anteil weiblicher Abgeordneter seit der vergangenen Legislaturperiode verringert.***

– ***Unions-Fraktionsvize Wolfgang Schäuble ist gegen das Verbot von ABC-Waffen im Nahen Osten. Eine entsprechende UN-Resolution haben arabische Staaten vorgeschlagen. Der Verzicht auf Massenvernichtungswaffen könne nur “am Ende einer Entwicklung stehen und nicht am Anfang”.***

inhalt

Seite 3
SPD soll Schröder den Griffel führen
Interview mit dem designierten IG Metall-Vorsitzenden Jürgen Peters

Seite 5
Neue Standards setzen
Der DGB macht sich für eine Reform der Berufsbildung stark

Seite 7
Jetzt offensiv für Alternativen werben
Die Gewerkschaften müssten jetzt mit langem Atem offensiv für ihre Reformideen werben, meint der Soziologe Klaus Dörre

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.gesundheit.dgb.de
„gesund und gerecht“
Die Internetseite des DGB zur Gesundheitsreform

Im Faxabruf

0211 / 43 01 664
DGB-Argumente gegen die Absenkung der Arbeitslosenhilfe auf Sozialhilfeniveau

Kündigungsschutz und Arbeitslosengeld

DGB befürchtet Entlassungswelle

Während die SPD noch mit Sonderparteitag und Mitgliederbegehren zur Agenda 2010 beschäftigt ist, liegen die ersten konkreten Vorschläge von Bundeswirtschafts- und -arbeitsminister Wolfgang Clement (SPD) zu Kündigungsschutz und Arbeitslosengeld bereits auf dem Tisch.

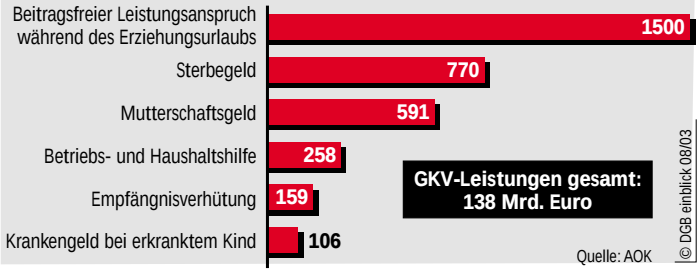
Beim Kündigungsschutz drehe die Bundesregierung „eine klassische Rolle rückwärts“, erklärte die DGB-Vizevorsitzende Ursula Engelen-Kefer. „Die Einschnitte von Kohl, die 1998 mangels Erfolg von Rot-Grün korrigiert wurden, sollen heute wieder eingeführt werden.“ Die Sozialauswahl bei Kündigung soll begrenzt und die Herausnahme von Leistungsträgern aus der Sozialauswahl erleichtert werden. Engelen-Kefer: „Dies wird vor allem Ältere zur Kündigung freigeben.“ Außerdem soll der Arbeitgeber mit dem Betriebsrat eine Liste zu kündigender ArbeitnehmerInnen vereinbaren können.

Arbeitnehmer sollen zwar nach Ausspruch einer Kündigung zwischen Kündigungsschutzklage und Abfindung wählen können. Aber der Arbeitgeber soll entscheiden, wem er diese Wahlmöglichkeit anbietet. Der DGB rechnet damit, dass es nicht zu Neueinstellungen, sondern zu einer neuen Entlassungswelle kommt. Das Bemühen um Alternativen zur Kündigung werde „schlagartig zurückgehen“.

Die Kürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes auf zwölf bzw. 18 Monate führe dazu, dass Arbeitslose selbst nach jahrzehntelanger Beitragszahlung „in finanzielle Armut gestoßen“ werden. Die geplante Übergangsregelung von nur zwei Jahren sei „viel zu knapp bemessen“. •

Kostentreiber

Versicherungsfremde Leistungen der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV), Stand 2001 (in Mio. Euro)



Als versicherungsfremd werden die – sozialpolitisch wünschenswerten – Leistungen der Krankenversicherung bezeichnet, die mit dem Versorgungsauftrag der Krankenkassen im eigentlichen Sinne nichts zu tun haben. Fraglich ist, ob sie weiterhin aus Beiträgen oder künftig aus Steuermitteln finanziert werden sollen. Laut AOK könnte der Beitragssatz um 0,5 Prozentpunkte gesenkt werden, wenn die versicherungsfremden Leistungen aus dem Leistungskatalog der Krankenkassen gestrichen würden.

geplant... beschlossen

Unter dem Titel „Prävention vor Rehabilitation“ hat der Geschäftsführende Bundesvorstand des DGB (GBV) Anfang April zehn Eckpunkte zur Vermeidung von Frühpensionierungen und zum Aufbau eines altersgerechten Gesundheitsmanagements vorgelegt. Die Eckpunkte zeigen Wege auf, wie die Zahl der durch Frühpensionierung ausscheidenden Beamten durch gezielte Gesundheitsvorsorge und eine veränderte Bereitschaft der öffentlichen Arbeitgeber, gesundheitlich belastete Beschäftigte anders einzusetzen, verringert werden kann. Die Eckpunkte sollen Anfang Mai vom DGB-Bundesvorstand beschlossen werden.

Umfrage

Jeder Dritte hat Angst um Job

Jeder dritte Beschäftigte fürchtet um seinen Job. Das hat eine Umfrage der Nürnberger icon Wirtschafts- und Finanzmarktforschung GmbH unter 10 000 ArbeitnehmerInnen ergeben. Danach bewerten 34 Prozent der Berufstätigen ihren Arbeitsplatz als unsicher. Besonders pessimistisch sind die Befragten aus der Baubranche, wo jeder Zweite um seinen Job bangt. Dasselbe gilt für die Beschäftigten in den neuen Bundesländern. •

wiewardiewoche?

Ebbt das Engagement der Friedensbewegung nach dem offiziellen Ende des Irak-Kriegs ab? Das hat *einblick* Gisela Ohlemacher, 44, gefragt, Vorsitzende der DGB-Region Ostmecklenburg-Vorpommern in Neubrandenburg.

Klar, das Interesse an dem, was im Irak passiert, lässt nach. Dennoch: Am Ostermarsch in Brandenburg, den der DGB mit organisiert hat, haben über 6000 Menschen teilgenommen. Natürlich stand er unter dem Eindruck des Irak-Kriegs, aber es ging auch um andere Dinge. Stichwort Bombodrom, ein Bombenabwurfplatz, den die Bundeswehr im brandenburgischen Wittstock, kurz hinter der Landesgrenze von Mecklenburg-Vorpommern, einrichten will. Seit Jahren wehren wir uns dagegen, die Wittstocker Heide ist unser Wendland. Ob unser Widerstand erfolgreich sein wird, ist offen. Der Schweriner Landtag hat sich mit großer Mehrheit gegen das Bombodrom ausgesprochen, aber in Potsdam will man ihn wohl. Wir meinen: Wer Bombenwerfen übt, macht irgendwann auch ernst damit.

Ob die Welt nach dem offiziell verkündeten Ende des Irak-Kriegs sicherer geworden ist, halte ich doch für sehr fraglich. Die US-Regierung behauptet das zwar. Dabei ist das, wofür sie den Krieg geführt hat, noch gar nicht aufgetaucht: die Massenvernichtungswaffen. Den Krieg hat die Friedensbewegung nicht verhindern können, aber vielleicht war diese Erwartung auch illusorisch. Vielleicht sind tatsächlich dieser Krieg und die Befreiung des Iraks Teil eines Masterplans für den ganzen Nahen und Mittleren Osten. „Kein Blut für Öl“ war im ganzen Norden, auch bei uns in Neubrandenburg, das Motto der Stunde. Ein Motto soll nicht die Welt erklären, sondern mobilisieren. Deshalb glaube ich, dass die Arbeit erst anfängt. Durch die Demonstrationen hat die Friedensbewegung einen enormen Auftrieb bekommen. Den wollen wir nutzen und uns als DGB in Neubrandenburg noch stärker engagieren.

Interview mit Jürgen Peters

SPD soll Schröder den Griffel führen

Die IG Metall ermutigt die SPD zum Protest gegen die Agenda 2010 von Partei- und Regierungschef Schröder. Darin könne er „nicht mehr viel Sozialdemokratisches erkennen“, sagt der designierte IG Metall-Vorsitzende Jürgen Peters. Deshalb müsse „die Partei möglicherweise ihrem Vorsitzenden den Griffel führen“.

■ Über einen Mangel an Etiketten kannst du dich nicht beklagen. Du giltst als Traditionalist, Betonkopf und Klassenkämpfer, als Apparatschik, Dogmatiker und Hardliner, als Mann fürs Grobe und bekennender Haudrauf. Wie siehst du dich selbst?

■ *Dass manche Presseleute mich in solche Schubladen stecken, liegt wohl in der Natur des Journalismus unserer Tage. Es ist richtig, dass ich mal auf einem Gewerkschaftstag gesagt habe, wenn mich manche einen Hardliner nennen, dann bin ich lieber ein Hardliner als ein Weichei. Wer nicht eine gewisse Härte besitzt, wird in der Auseinandersetzung mit anderen immer der zweite Sieger bleiben. Und unsere Kolleginnen und Kollegen haben auch einen Anspruch darauf, dass ihre Repräsentanten eine gewisse Härte an den Tag legen. Man muss immer beides können: mit dem Säbel rasseln, aber auch mit dem Florett fechten.*

■ Die Vier-Tage-Woche von VW und auch das VW-Modell 5000 mal 5000 werden dir zugerechnet. Ist Jürgen Peters also in Wirklichkeit ganz anders, innovativ und kompromissbereit?

■ *Wir sollten uns nicht so lange mit den Etiketten aufhalten. Ich hoffe, dass unsere Mitglieder das ganz anders sehen. Schließlich kommt's auf sie an, nicht auf die Medien.*

■ Warum bist du der bessere Vorsitzende?

■ *Es geht nicht darum, wer der bessere ist. Sondern darum: Wer ist in der jetzigen Phase nach vorne zu stellen? Ich glaube, dass der Vorstand hier eine Entscheidung getroffen hat, die alle mittragen können.*

■ Wie kann das funktionieren: Peters und Huber als „Tandem“? Wird daraus eine Doppelspitze, die sich ergänzt?

■ *Ich sehe das ohnehin so. Die IG Metall ist sehr breit aufgestellt. Wer glaubt, sie auf nur eine politische Richtung verengen zu können, der wird Schiffbruch erleiden.*

■ Also Rollenspiel statt Führungskampf?

■ *Jedenfalls wird's von mir aus keinen Führungskampf geben, weil ich ihn für unsinnig halte. Wir haben eine gemeinsame Aufgabe zu leisten.*

■ Du hast Schröder einen „heißen Mai“ versprochen. Willst du eine andere Regierung?

■ *Nein, wir wollen keine andere Regierung. Sonst hätten wir uns ja nicht so sehr ins Zeug gelegt, dieser Regierung eine erneute Chance zu geben. Umso tiefer war die Enttäuschung, als die Agenda 2010 vorgelegt wurde, die alles andere als eine sozial ausgewogene Politik darstellt. Hier ist die soziale Schieflage nicht korrigiert, sondern noch weiter verschärft worden.*

■ Also keine andere Regierung, aber – unter anderen Vorzeichen als 1998 – wieder ein Politikwechsel. Nur, Schröder will keine andere Politik machen.

■ *Schröder ist Schröder, das weiß ich auch. Aber die SPD muss sich fragen, ob sie SPD bleiben will. Wir wollen eine sozialdemokratische Handschrift sehen. Und das bedeutet, dass die Partei möglicherweise ihrem Vorsitzenden den Griffel führen muss. Darauf werden wir uns in den nächsten Wochen und Monaten einrichten.*

■ Wie sozialdemokratisch ist Schröders Agenda 2010?

■ *Ich kann da nicht mehr viel Sozialdemokratisches erkennen.*

■ Wie groß ist der Unterschied zwischen Rot-Grün und Schwarz noch?

■ *Wir haben voller Sorge gesehen, dass mit den Wahlentscheidungen in den Ländern die Gefahr auftaucht, dass sich die Politik in Berlin immer stärker der der CDU/CSU annähert, wir also klammheimlich auf eine große Koalition zusteuern. Ich befürchte, dass wir mittlerweile schon eine unheimliche große Koalition praktizieren.*

■ Willst du die IG Metall als außerparlamentarische Opposition profilieren?

■ *Die Gewerkschaften sind eine außerparlamentarische Organisation. Ob sie eine außerparlamentarische Opposition werden, hängt von den jeweils Regierenden ab.*

■ Sich im Recht fühlen, aber keinen Einfluss mehr besitzen – wem nützt das?

■ *Also wenn es so ist in einer Demokratie, dass die Meinung breiter Bevölkerungskreise keine Bedeutung mehr hat, dann muss man ernsthaft darüber nachdenken, in welchem Zustand unsere Demokratie ist.*

■ Widerstand leisten statt gestalten? Wer nur verteidigt, gewinnt kein Spiel.

■ *Die Gewerkschaften sind immer beides: Gegenmacht und gestalterische Kraft. Diese Doppelfunktion werden wir beibehalten.*

■ Muss die IG Metall kämpferischer werden?

■ *Die IG Metall muss politischer werden. Wir dürfen uns in den Betrieben nicht nur auf betriebliche Themen beschränken, dort müssen politische Themen wieder stärker eine Rolle spielen. Und wir müssen kämpferischer werden. Wir haben uns dezidiert zu wehren und vehement zu widersetzen, wenn das Solidarprinzip gebrochen werden soll.* •

Beide gewollt

Jürgen Peters, 59, seit 1998 2. Vorsitzender der IG Metall, kandidiert auf dem Gewerkschaftstag im Oktober für den Posten des 1. Vorsitzenden.

IG Metall-Chef Klaus Zwickel, 63, hatte zwar am 7. April im geschäftsführenden Vorstand seinen Favoriten, den Stuttgarter Bezirksleiter Berthold Huber, 53, mit sechs zu vier Stimmen durchsetzen können, nicht aber tags darauf im erweiterten Vorstand. Dort ergab sich mit 20 zu 20 Stimmen eine Pattsituation. Huber stellte daraufhin seine Ambitionen auf den Chefposten zurück. Er soll neuer IG Metall-Vize werden.

„Alle im Vorstand wollten ein Tandem“, berichtet ein Teilnehmer. „Der Streit ging um die Frage, wer auf dem Fahrrad wo sitzt.“

Das Hauptargument für Peters: In der IG Metall wird traditionell der Zweite Erster. Das Hauptargument für Huber: Er kann länger als vier Jahre 1. Vorsitzender bleiben. Keine Rolle sollen die Fragen gespielt haben, welche politische Richtungsentscheidung mit Peters oder Huber getroffen werde und wer von beiden der bessere Tarifpolitiker sei.

Im Internet
www.einblick.dgb.de

Im Faxabruf
0211/43 01 655
Interview-Langfassung

Girls' Day

Gewerkschaften laden ein

Das Berufswahlspektrum von Mädchen erweitern, das soll der Aktionstag „Girls' Day" am 8. Mai *(einblick 7/03)*. Der DGB gehört nicht nur zu den Initiatoren des „Mädchen-Zukunftstags", sondern DGB und Gewerkschaften arbeiten auch vielerorts in den regionalen Vorbereitungsgruppen mit und haben eigene Programme organisiert. So haben zum Beispiel das Schweriner DGB-Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern und die DGB-Region Südöstliches Westfalen ein breites Netzwerk für den Girls' Day aufgebaut und Firmen sowie Bildungsträger geworben, die an diesem Tag Mädchen einen Einblick in die Arbeitswelt im technischen und naturwissenschaftlichen Bereich bieten. Nachdem bereits im vergangenen Jahr die Bundesverwaltungen der IG Metall und ver.di zum Girls' Day einluden, öffnen sich 2003 auch die Zentralen von IG BCE und DGB für Mädchen. Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer besucht außerdem gemeinsam mit zwei Schulklassen am 8. Mai die Berliner Pharma-Firma Schering. Dort können die Mädchen praktische Übungen im Labor machen und mit den VeranstalterInnen darüber sprechen, was Betriebe und Gewerkschaften zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf beitragen können. Ein abwechslungsreiches Programm erwartet Mädchen in vielen weiteren Gewerkschaftshäusern – ob in Aachen, Recklinghausen, Dessau oder in den DGB-Bezirkszentralen Stuttgart und Düsseldorf. So hat die DGB-Jugend zum Beispiel in Magdeburg eine Safari durch den Ausbildungsdschungel vorbereitet, und in Erfurt und Hagen werden Workshops zur Berufswahlorientierung angeboten. •

www.girls-day.de

DGB-Bildungswerk

Urlaub zur Geschichte

Mehr über deutsche Nazi-Verbrechen im Ausland erfahren die TeilnehmerInnen von zwei Seminarreisen des DGB-Bildungswerks NRW: „Deutsche Besatzung in Italien und antifaschistischer Widerstand 1943 bis 1945" ist der Titel einer Fahrt ins italienische Marzabotto (7. bis 12. September, 450 Euro plus Anreise). Die Erinnerung an die Opfer des Holocausts steht im Mittelpunkt einer Polen-Reise (19. bis 25. Oktober, 460 Euro inkl. Transfers). •

Tel. 0211 / 36 83 147
www.dgb-bildungswerk-nrw.de

IQ-Consult

Kurse gegen Psychostress

Der Vermeidung von psychischen Belastungen im Beruf widmet sich die Fortbildungsreihe „Neue Qualität der Arbeit" der gewerkschaftlichen Beratungsgesellschaft IQ-Consult. In sieben Tageslehrgängen zwischen September und Oktober erfahren BetriebsrätInnen in Düsseldorf Wichtiges rund um rechtliche Regelungen zum Gesundheitsschutz, Instrumente zur Vermeidung von Belastungen sowie Verfahren zur Ermittlung des Stresslevels im Unternehmen. Die Seminare kosten einzeln 165 Euro. Wer alle sieben Lehrgänge bucht, bezahlt 1055 Euro und bekommt nach erfolgreicher Teilnahme ein Zertifikat. •

Tel. 0211 / 43 01 372
iq.beratung@iq-consult.de
www.iq-consult.de

WSI-Tarifarchiv

Bilanz der Tarifrunde

Die wichtigsten Tarifbestimmungen für 50 Wirtschaftszweige – von den Arztpraxen bis zur Wohnungswirtschaft – bündelt das „Tarifhandbuch 2003" des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung. Schwerpunktthemen sind in diesem Jahr tariflich geregelte Mindeststandards. Darüber hinaus ziehen die AutorInnen eine Bilanz der letzten Tarifrunde und erklären rund 100 grundlegende Fachbegriffe wie Günstigkeitsprinzip, Anerkennungstarifvertrag oder Allgemeinverbindlichkeit. Das 300 Seiten starke Handbuch erscheint Ende April im Bund-Verlag und kostet 14,90 Euro (ISBN 3-7663-3459-X). •

www.bund-verlag.de

Techno-Beratung

Stressabbau

Ständige Überstunden, Verspannungen und Müdigkeit können Anzeichen dafür sein, dass Überlastung in Arbeit und Privatleben die Gesundheit ruiniert. Wie Beschäftigte den Teufelskreis durchbrechen können, sagt die Broschüre „Stopp den Stress". Das Heft orientiert sich an schwedischen Qualitätsstandards des gewerkschaftlichen Instituts TCO-Development. Herausgeberin des kostenlosen Ratgebers ist u.a. die Technologieberatungsstelle NRW. •

Fax 0208 / 820 76 41
Hauptstelle@tbs-nrw.de

interregio

••• Die ***DGB-Region Mittelthüringen*** und der ***DGB-Bezirk Berlin-Brandenburg*** laden für den 2. Mai zu ***Gedenkveranstaltungen*** zum 70. Jahrestag der Zerschlagung der Gewerkschaften durch die Nationalsozialisten ein. Der DGB Mittelthüringen erinnert in Erfurt u.a. mit einem „Antifaschistischen Stadtrundgang" an die Verbrechen von 1933. In Berlin startet nach der Enthüllung einer Gedenktafel und einer Diskussionsrunde eine Kunstausstellung im Foyer des DGB-Hauses am Wittenbergplatz. Dort finden am 9. Mai außerdem Lesungen und Vorträge zu den Bücherverbrennungen vom 10. Mai 1933 statt.
Infos: Steffen Lemme (Erfurt),
Tel. 0361 / 59 61 359
Dieter Pienkny (Berlin),
E-Mail: *Dieter.Pienkny@dgb.de*

••• Die ***DGB-Jugend West*** lädt zu ihrem ***2. Internationalen Jugendcamp*** vom 29. Mai bis 1. Juni auf die Loreley ein. Geboten wird den TeilnehmerInnen neben politischen Diskussionen mit Gästen aus neun europäischen Ländern von Belgien bis Ungarn ein umfangreiches Sport- und Musikprogramm. Die Teilnahmegebühr beträgt 20 Euro für Gewerkschaftsmitglieder, 25 Euro für Nichtmitglieder. Anmeldeschluss: 23. Mai.
Infos und Anmeldung: DGB-Bezirk West, Tel. 0 61 31 / 28 16 13

••• Der DGB Hamburg startet mit einem ***Volksbegehren*** gegen die Privatisierung mehrerer Krankenhäuser die zweite Phase der Volksgesetzgebung in der Hansestadt. 2002 hatte der DGB die erforderliche Unterschriftenzahl für die erste Phase, die Volksinitiative, erreicht. Nun werden zwischen dem 5. und 19. Mai mindestens 62 000 Unterstützer-Unterschriften benötigt.
Infos:
www.volksbegehren-hamburg.de

Reform des Berufsbildungsgesetzes

Neue Standards für die Ausbildung

Mit einer Kampagne macht der DGB für eine umfassende Reform des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) mobil. Ein Ziel ist die gesetzliche Verankerung des Rechts auf einen Ausbildungsplatz.

Ein Gesetz ist in die Jahre gekommen: Seit 1969 regelt das Berufsbildungsgesetz die berufliche Ausbildung in Deutschland, und in diesen 34 Jahren hat sich auf dem Arbeitsmarkt einiges verändert. Eine Ausbildung reicht heute nicht immer aus, um ein ganzes Berufsleben zu bestreiten. Zudem müssen in einem vereinten Europa Ausbildungen auch internationalen Standards entsprechen. Deshalb will die Bundesregierung das Gesetz reformieren. Ende des Jahres soll ein Gesetzentwurf ins Kabinett eingebracht werden. Wenn alles nach Plan läuft, soll das neue Gesetz zum 1. Januar 2005 in Kraft treten.

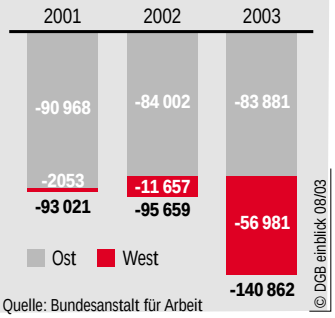
Doch bis es so weit ist, wird noch kräftig gestritten. Sozialpartner und Opposition haben sich bereits zu Wort gemeldet, ihre Positionen liegen weit auseinander. So erklärten die Spitzenverbände der Wirtschaft Mitte April, sie lehnten eine grundlegende Reform ab. Sie forderten die Regierung auf, den Betrieben bei der Aus- und Weiterbildung mehr Gestaltungsmöglichkeiten zu geben. Und die Union denkt in ihren Eckpunkten zur BBiG-Novellierung über eine Tariföffnung bei der Ausbildungsvergütung nach.

Der DGB tritt für umfassende Verbesserungen ein und hat bereits Ende 2002 in einem Diskussionspapier seine Reformvorstellungen präsentiert. Das Papier wird zurzeit in den Mitgliedsgewerkschaften diskutiert. Ende April soll darüber abgestimmt und ein Positionspapier verfasst werden. Starten soll die Kampagne des DGB zur Reform des BBiG am 1. Mai bei der Job-Parade in Schwerin.

Zu den wichtigsten Forderungen des DGB gehört das Recht auf einen Ausbildungsplatz. In den vergangenen drei Jahren ging das Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen kontinuierlich zurück. Eine besonders große Lücke klafft in Ostdeutschland. Hier kamen Ende März auf rund 31 000 offene Stellen mehr als 115 000 Ausbildungssuchende. Für Hermann Nehls, Referatsleiter berufliche Bildung beim DGB in Berlin, ein Argument für den Rechtsanspruch: „Ausbildung und besonders die Qualität der Ausbildung dürfen nicht von der Konjunktur abhängen."

140 000 Ausbildungsplätze fehlen

Differenz zwischen gemeldeten Ausbildungssuchenden und -plätzen, jeweils im März des Jahres



Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

Im März zählte die Bundesanstalt für Arbeit bundesweit 190 000 offene Stellen und 330 000 Ausbildungssuchende. Während die Zahl der BewerberInnen etwa gleich geblieben ist, verringerte sich die Zahl der gemeldeten Stellen im Vergleich zu 2002 um mehr als 40 000.

Auch die Ausbildungsabgabe ist für die Gewerkschaften nicht vom Tisch. So forderte DGB-Vorstandsmitglied Ingrid Sehrbrock Mitte April eine „kleine Ausbildungsabgabe". Nach ihren Berechnungen ließen sich rund 200 000 Ausbildungsplätze schaffen, wenn alle Betriebe, die nicht ausbilden, eine jährliche Abgabe von 1450 Euro zahlen müssten. Dies sei keine unzumutbare Belastung, so Sehrbrock.

Ein zentraler Kritikpunkt des DGB ist die Überwachung der Ausbildung. „Die zuständigen Stellen", so Nehls, „werden bislang von Industrie- und Handwerkskammern besetzt, die sich als Interessenvertreter der Arbeitgeber verstehen." Deshalb will der DGB die Berufsbildungsausschüsse stärken und so mehr Mitbestimmung in der Ausbildung erreichen.

Daneben geht es im DGB-Papier um eine bessere Kooperation zwischen den Lernorten Berufsschule und Betrieb sowie die Fragen, für welche Berufe das Gesetz gelten soll und wie Ausbildung in Deutschland europafähig werden kann.

Im Gegensatz zu den Wirtschaftsverbänden, die in ihrer Erklärung die Bundesregierung erneut dazu aufgefordert haben, für leistungsschwache Jugendliche Ausbildungen mit geringen Anforderungen zu schaffen, fordern die Gewerkschaften eine breitere Qualifizierung der Azubis. „Angesichts der Tatsache, dass lebenslanges Lernen immer wichtiger wird, müssen Jugendliche schon in der Ausbildung lernen, auch mal über den Tellerrand zu schauen", sagt Nehls. Der Gewerkschafter leugnet nicht, dass es Jugendliche gibt, die mit einer klassischen Ausbildung überfordert sind. Allerdings glaubt er nicht, dass ihnen mit einer Schmalspurausbildung geholfen werden kann. „Für sie brauchen wir spezielle Förderprogramme", sagt Nehls, „alles andere führt lediglich zu einer Spaltung des Ausbildungsmarktes und zu einer Manifestierung des Niedriglohnsektors."

Beim Bundesbildungsministerium will man sich um einen Konsens mit den Sozialpartnern bemühen. Schließlich müssten sie das Gesetz am Ende anwenden, erklärt der zuständige Referatsleiter Thomas Sondermann. Eines steht für ihn allerdings schon fest: „Wir werden nicht alle glücklich machen können." •

„Reform ist, wenn's besser wird"

Unter dem Motto „Reform ist, wenn's besser wird" startet der DGB am 1. Mai seine Kampagne zur Reform des Berufsbildungsgesetzes (BBiG). Auftaktveranstaltung ist die Job-Parade in Schwerin, die auch mit ihrem ersten Wagen Stellung zum Thema nehmen wird. Auf der Mai-Veranstaltung in Schwerin wird das Positionspapier der Gewerkschaften zur BBiG-Reform erstmals öffentlich vorgestellt. Zeitgleich werden bei vier weiteren Mai-Veranstaltungen die Forderungen der Gewerkschaften öffentlich gemacht.

Danach wird das Papier in den Regionen vorgestellt und diskutiert. Für den Herbst ist eine Berufsschultour geplant.

Die Kampagne endet mit einer bundesweiten Fachtagung am 7./8. Oktober. Hier wollen die Gewerkschaften einen eigenen Gesetzesvorschlag ausarbeiten.

Mehr Infos:
DGB-Bundesvorstand
Kampagnenbüro BBiG-Reform
Barbara Wildberger
Tel. 030 / 240 60 717
barbara.wildberger@bvv.dgb.de

Im Internet
www.bbig-reform.de
Die Kampagnen-Website

Im Faxabruf
0211 / 43 01 673
DGB-Vorschläge zur BBiG-Reform (Auszüge)

kurz&bündig

ver.di Nordrhein-Westfalen fordert Asylrecht für Kriegsdienstverweigerer und Deserteure aus den USA, Großbritannien, der Türkei und dem Irak. Besonders in Deutschland stationierte SoldatInnen müssten geschützt werden. Im letzten Golfkrieg waren rund 100 US-Soldaten aus Kasernen in Deutschland desertiert; ein großer Teil wurde zu Haftstrafen von bis zu fünf Jahren verurteilt.

Die GdP hat die Landesinnenminister aufgefordert, wieder verstärkt zu kooperieren. Die Länder gingen in Fragen der technischen und personellen Polizeiausstattung immer häufiger eigene Wege. Das gefährde das einheitliche Niveau der Polizeiarbeit in Deutschland.

Die IG Metall fordert den Erhalt der Ausbilder-Eignungsprüfung im Zuge der geplanten Reform der Handwerksordnung. Auch wenn künftig schon Gesellen Betriebsinhaber werden könnten, dürfe die Ausbildung von Lehrlingen nur mit entsprechender Qualifikation erfolgen. Diese wurde bisher mit der Meisterprüfung erworben.

Am 2. Mai 1933 besetzten die Nationalsozialisten deutschlandweit Gewerkschaftshäuser, verhafteten und verschleppten GewerkschafterInnen. Im Vorfeld des 70. Jahrestags zeigt ver.di über 20 Zeitdokumente unter *www.verdi.de/geschichte/1933* ***als pdf-Download.***

Irak-Hilfe

DGB empfiehlt AWO-Konto

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) empfiehlt allen, die den Not leidenden Menschen im Irak helfen möchten, sich an der „Aktion Deutschland hilft“ zu beteiligen. Die Arbeiterwohlfahrt (AWO) ist Teil dieser Aktionsgemeinschaft. Sie kooperiert mit Solidar, dem europäischen Netzwerk sozialdemokratischer und gewerkschaftlicher Organisationen. Die AWO hat bereits einen ersten Konvoi mit Nahrungsmitteln, Medikamenten und Zelten für Flüchtlinge mitorganisiert.

Das Spendenkonto von AWO International hat die Kontonummer 10 11 12 bei der Bank für Sozialwirtschaft, Berlin (BLZ 100 205 00). Stichwort „Irak“. •

Mehr Infos unter www.awointernational.de/news

Prozess gegen CGM

Punktsieg für IG Metall

Der Prozess der IG Metall gegen die Christliche Gewerkschaft Metall (CGM) kann fortgesetzt werden. Das Arbeitsgericht Stuttgart hat den Antrag der CGM auf Befangenheit des Richters zurückgewiesen. Der Antrag erfolgte, nachdem der Richter zu erkennen gegeben hatte, dem Antrag der IG Metall stattgeben zu wollen. In dem seit 1996 anhängigen Verfahren will die IG Metall überprüfen lassen, ob die CGM eine Gewerkschaft ist. Die CGM muss deshalb die von ihr behauptete Mitgliederzahl von 100 000 unter Beweis stellen. Das Gericht sei aber bei deren Nachprüfung behindert worden, erklärte Richter Wolf Klimpe-Auerbach. Falls die CGM ihren Gewerkschaftsstatus verliert, sind alle von ihr abgeschlossenen Tarifverträge nichtig. Die Anerkennung als Gewerkschaft setzt voraus, eine gewisse soziale Macht entfalten zu können, die Tariffähigkeit wiederum setzt eine hinreichende Anzahl von Mitgliedern voraus. •

„Respekt auf Rezept“: Eines der sechs Plakatmotive zur DGB-Kommunikationsoffensive bringt auf den Punkt, was die Gewerkschaften in Sachen Gesundheitsreform fordern. Im Rahmen der ersten Aktionswelle der Kampagne vom 12. bis 18. Mai widmen sich zahlreiche Konferenzen, Foren und Aktionen vor Ort auch diesem Thema. Vor allem in den elf Schwerpunktregionen wollen DGB und Gewerkschaften in dieser Woche Menschen für die gewerkschaftlichen Argumente gegen die von Regierung und Opposition gemeinsam betriebenen Pläne zum Sozialabbau gewinnen. So sind in Leipzig zum Beispiel eine Krankenbettdemo, eine Pfundskur und ein Gesundheitsmarkt geplant, in Hannover gibt es eine Hotline zur Gesundheitsreform, und in der Kölner Innenstadt baut der DGB am 17. Mai eine Suppenküche auf – Motto: „Heute Obdachlose – Morgen Arbeitslose – Übermorgen Kranke“. Weitere Schwerpunktregionen sind: Hamburg/KERN, Bremen, Berlin/Potsdam, Leipzig, Dortmund, Frankfurt/Rhein-Main, Saar, Stuttgart und München.

IG Metall-Service

Hotline für IT-Berufe

Wer Fragen zur Aus- und Weiterbildung in der IT-Branche hat, kann sie freitags zwischen 15 und 17 Uhr stellen – unter der Rufnummer 0800 / 4 46 46 36. Experten beraten kostenlos.

Die Hotline ist ein Service des Kompetenzzentrums IT-Bildungsnetzwerke KIBNET, eines gemeinsamen Projekts der IG Metall und des Bundesverbandes Informationswirtschaft, Telekommunikation und Neue Medien (BITKOM). Die Internetadresse von KIBNET lautet *www.kib-net.de.* Fragen können auch per E-Mail gestellt werden – unter *weiterbildungsberatung@kib-net.de.* •

Betriebsrente

BHW gründet Pensionskasse

Der Hamelner BHW-Konzern hat eine Pensionskasse gegründet und damit seine Angebotspalette in Sachen betrieblicher Altersvorsorge komplettiert. Das Finanzunternehmen bietet bereits seit längerem die übrigen vier so genannten Durchführungswege der Betriebsrente – Direktversicherung, Pensionsfonds, Unterstützungskasse und Direktzusage – an. Den Schwerpunkt ihrer Tätigkeit sieht die BHW-Pensionskasse auf dem Gebiet der Entgeltumwandlung, dem gesetzlichen Anspruch aller ArbeitnehmerInnen auf eine steuerlich geförderte Altersvorsorge. Interessiert ist sie vor allem an einer Zusammenarbeit mit kleinen und mittleren Unternehmen bis 200 MitarbeiterInnen. Die BHW Holding AG ist schon an „MetallRente“, dem Versorgungswerk der Tarifparteien in der Metallindustrie, und an „RentenPlus“, dem DGB-Angebot für Beamtinnen, beteiligt. Sie gehört zu 34 Prozent der Beteiligungsgesellschaft der Gewerkschaften (BGAG), Frankfurt/M. •

Agenda 2010

Jetzt offensiv für Alternativen werben

Die Gewerkschaften müssten jetzt mit langem Atem offensiv für ihre Reformideen werben, meint der Soziologe Klaus Dörre. Wollten sie den Sozialstaat nur verteidigen, würden sie den Kampf verlieren.

Es kam, wie es kommen musste. Das Bündnis für Arbeit ist gescheitert, die Agenda 2010 liegt auf dem Tisch – und die Gewerkschaften sitzen in der Diskursfalle. Der Bundeskanzler verkauft seine Pläne als alternativloses Reformkonzept. Grundlegende Korrekturen seien ausgeschlossen. So bleibt den Gewerkschaften scheinbar nur **die Wahl zwischen zwei Übeln.** Schlucken sie das Programm, müssen sie ihrer unzufriedenen Mitgliederschaft erklären, weshalb sie politischem Rückschritt tatenlos zusehen. Erheben sie, wie geschehen, die Stimme zum Protest, bestätigen sie das populäre Medienklischee vom „Kartell der Neinsager".

Was also tun? Um es vorab zu sagen: **Kritik an der Agenda 2010 ist mehr als berechtigt.** Ein fundamentaler Grundsatz jeglicher Gerechtigkeitskonzeption besagt, dass man von denen unten nur verlangen kann, was man auch denen oben zumutet. Daran gemessen verletzt das Programm mit seinen einseitigen Belastungen für Arbeitslose und sozial Schwache elementare Gerechtigkeitsprinzipien. Einige Spitzengewerkschafter haben das laut ausgesprochen. Doch der Protest wirkt pflichtschuldig. Denn man weiß, eine Eskalation könnte auf einen Kanzlersturz hinauslaufen, und nach Schröder drohen Merz und Westerwelle. So wird man sich am Ende arrangieren – bis zur nächsten Sozialstaatsreform.

Das defensive Leiden an der Regierungspolitik verweist auf ein grundlegendes Dilemma der Gewerkschaften. **Ihnen fehlt eine überzeugende Vision zur Reform des Sozialstaats.**

Die Krise ist in den meinungsbildenden Mittelschichten – bei Facharbeitern und qualifizierten Angestellten, bei Handwerkern, Apothekern, Ärzten und Journalisten – angekommen. Wo die Angst vor dem Absturz umgeht, können gewerkschaftliche Neinsager nicht mit Akzeptanz rechnen. Man erwartet praktikable Alternativen. Wer sie nicht bieten kann, läuft Gefahr, selbst zum Sündenbock zu werden, dem die gesamte Misere angelastet wird.

Gerade weil Merz und Westerwelle sich zum populistischen Sprachrohr einer Stimmung machen können, die aus der Mitte der Gesellschaft kommt, **müssen die Gewerkschaften mit einer eigenen, offensiven Reformkonzeption antworten.** Ansätze dazu sind längst entwickelt.

Klaus Dörre, 45, ist Leiter des Forschungsinstituts für Arbeit, Bildung und Partizipation der Ruhr-Uni Bochum.

So ließe sich der Kostenexplosion im Gesundheitswesen mit einer präventiven Politik begegnen, die schon in den Betrieben beginnt. In der Berufsausbildung müsste man nicht starr an dreijährigen Ausbildungszeiten festhalten, wenn eine Verkürzung mit einem garantierten Recht auf Weiterbildung verknüpft würde. Eine Demokratisierung der Geschlechterhierarchie würde eine positive Nutzung flexibler Arbeit ermöglichen.

Die Beispiele ließen sich fortsetzen. Faktisch geht es um die Ausgestaltung einer – letztlich europäischen – Arbeits- und Sozialverfassung, die wirtschaftliche Flexibilitätserfordernisse mit sozialer Sicherheit und Lebensqualität verbindet. Im erweiterten Europa lässt sich ein solches Projekt nicht mehr als bloße Verlängerung des deutschen Sozialmodells denken. Konzeptionen, die auf eine **Kombination von Grundsicherungen mit individuellen Erweiterungsoptionen** und auf eine breitere Finanzierungsbasis der Sicherungssysteme hinauslaufen, weisen in die richtige Richtung.

Doch selbst wenn die Gewerkschaften auf einen solch vernünftigen Reformkurs einschwenken, können sie kurzfristig nicht damit rechnen, im politischen Tausch Gehör zu finden. Der Versuch, in den Expertengremien des Bündnisses für Arbeit einen neuen Grundkonsens auszuhandeln, ist vorerst gescheitert. Nun bleibt den Gewerkschaften keine andere Wahl, als mit einer Strategie des langen Atems für die Akzeptanz eigener Reformprojekte zu werben. Ein erster Schritt dazu wäre eine Verständigung mit den Repräsentanten anderer gesellschaftlicher Gruppen – von den Kirchen über Arbeitsloseninitiativen und Frauenverbände bis hin zu den Globalisierungskritikern. Mit anderen Worten: **Die Gewerkschaften müssen raus aus der Diskursfalle.** Sie müssen lernen, Reformimpulse aus der Gesellschaft aufzunehmen. Dazu benötigen sie eine offensive Kommunikationsstrategie, mit der sie um gesellschaftliche Mehrheiten ringen können. Beschränken sich die Gewerkschaften hingegen auf die bloße Verteidigung des Status quo, steht schon jetzt fest, wer den Kampf um die Zukunft des Sozialstaats verlieren wird. •

Die SPD streitet allein

Das Mitgliederbegehren der SPD-Linken gegen die Sozialabbau-Pläne von Bundeskanzler und Parteichef Gerhard Schröder wird bislang nur vom designierten IG Metall-Vorsitzenden Jürgen Peters und vom IG BAU-Vorsitzenden Klaus Wiesehügel – einem der Mitinitiatoren – unterstützt.

Für den DGB ist die Initiative der SPD-Linken – trotz aller Übereinstimmung in der Sache – „eine Angelegenheit der Partei". Auch für die ver.di-Vizevorsitzende Margret Mönig-Raane sind SPD und Gewerkschaft „zwei Paar Schuhe".

Transnet-Vorsitzender Norbert Hansen hält es „für völlig falsch, wenn sich eine Gewerkschaft ins innerparteiliche Abstimmungsprocedere einmischt". Die Gewerkschaften würden es sich auch nicht gefallen lassen, wenn sich eine Partei in ihre Willensbildung einmische.

Ähnlich hat sich der IG BCE-Vorsitzende Hubertus Schmoldt geäußert. Und hinzugefügt: „Die Linie des Kanzlers stimmt." Er könne nur jedem raten, sich das Akutprogramm von CSU-Chef Edmund Stoiber anzusehen. „Dort ist die politische Alternative zu dem, was Schröder vorhat, beschrieben."

Die SPD-Initiative „Wir sind die Partei" (www.mitgliederbegehren.de) muss bis 11. Juli die Unterschriften von zehn Prozent der 690 000 SPD-Mitglieder vorweisen.

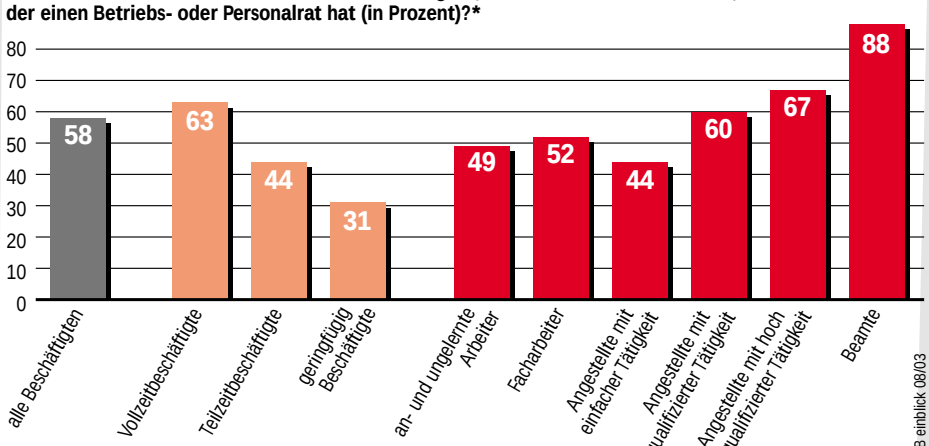
Postvertriebsstück G 45918 Vertrieb durch toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath

die DGB grafik

INTERESSENVERTRETUNG IM BETRIEB: Höher Qualifizierte besser vertreten

58 Prozent aller Beschäftigten arbeiten nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in Betrieben oder Verwaltungen, die über einen Betriebs- oder Personalrat verfügen. Die Chancen, auf eine Interessenvertretung zurückgreifen zu können, sind aber stark von der Arbeitszeit und der Qualifikation der Beschäftigten abhängig. Während 63 Prozent der Vollzeitbeschäftigten diese Möglichkeit haben, gilt sie nur für 44 Prozent der Teilzeitbeschäftigten und für 31 Prozent der geringfügig Beschäftigten.

Wie hoch ist die Wahrscheinlichkeit von Beschäftigten, in einem Betrieb zu arbeiten, der einen Betriebs- oder Personalrat hat (in Prozent)?*



* Berechnung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) auf der Basis des Sozio-ökonomischen Panels 2001

Quelle: DIW-Wochenbericht

© DGB einblick 08/03

personalien

••• ***Margret Mönig-Raane,*** 54, stellvertretende Vorsitzende der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), ist von der Gesellschafterversammlung der DGB-Rechtsschutz GmbH in den Aufsichtsrat gewählt worden. Zuvor hatte dieses Amt ***Gerd Nies,*** 59, inne, der Ende 2002 aus dem ver.di-Bundesvorstand ausgeschieden ist. Als drittes Mitglied der Geschäftsführung der DGB-Rechtsschutz GmbH hat der Aufsichtsrat ***Hermann Fischer,*** 58, benannt, der bis Ende Juni vergangenen Jahres Vorstandssekretär des DGB-Bundesvorstands war.

14 TAGE

29.4. DGB Niedersachsen, „Was die Welt im Innersten zusammenhält – Werte als Grundlage politischen Handelns“, 1. Otto-Brenner-Forum, Hannover

1.5. Zentrale Maifeier des DGB im Hessenpark Neu-Anspach (Hochtaunuskreis) mit DGB-Vorsitzendem Michael Sommer und Bundeskanzler Gerhard Schröder

1.5. DGB Nord, Job Parade, Schwerin

1.5. „Bessere Welten?“, Eröffnung Ruhrfestspiele 2003, Recklinghausen

1.-4.5. Internationale Friedensärzte (IPPNW), internationaler Kongress „Kultur des Friedens“, Berlin

2.5. 70. Jahrestag der Zerschlagung der Gewerkschaften durch die Nationalsozialisten

2./3.5. ver.di, Bundeskonferenz der Erwerbslosen, Halle

5./6.5. ver.di, Bundeskonferenz der Beamten, Berlin

8.5. Girls' Day, bundesweiter Aktionstag für Schülerinnen zu Zukunftsjobs in technischen Berufen

8.-10.5. IG Metall, Branchenkonferenz Textil, Bad Kissingen

9.5. DGB-Bildungswerk, Tagung „Zukunft gestalten, Einwanderung und Integration als Herausforderung“, Düsseldorf

12.-18.5. Zeitraum der ersten Welle der DGB-Kommunikationskampagne

Tipp

***Buch:* Heiner Driebusch, Gewerkschaftliche Mitgliedergewinnung im Dienstleistungssektor,**
edition sigma, Berlin, 345 Seiten, 19,90 Euro

Der Autor spricht aus, was in den Gewerkschaften nur wenige zu sagen wagen: Der Hauptgrund für die katastrophalen Mitgliederverluste ist nicht die Arbeitslosigkeit, sondern die schwache Verankerung der Gewerkschaften in Betrieben und Verwaltungen. „Mitgliedergewinnung ist möglich“ lautet Driebuschs wissenschaftlich untermauerte Aussage. Aber nur, wenn sie zu einer gewerkschaftlichen Hauptaufgabe wird, den Makel des lästigen Nebenjobs verliert.

Impressum *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** *einblick* Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Udo Perina, Christian Paulsen **Redaktion:** Anne Graef (verantwortlich für diese Ausgabe), Stephan Hegger, Norbert Hüsson, Ulrike Schenken (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Postfach 10 21 45, 40012 Düsseldorf, Tel. 0211 / 43 01 544, Fax 0211 / 43 01 497, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: red.einblick@t-online.de **Büro Berlin:** Udo Böhlefeld, einblick, Wallstraße 61, 10179 Berlin, Tel. 030 / 48 16 23 32, Fax 030 / 27 56 09 78 **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030 / 85 99 46 24, Fax 030 / 85 99 90 92, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design, Sprockhövel **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel. 0211 / 9 20 08 -26, Fax 9 20 08 -38
Alle aktuellen *einblick*-Hintergrundtexte im Überblick: Fax-Abruf 0211 / 43 01 689
Nachdruck frei bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren.

Schlusspunkt

„Das wäre eine neue Perversion des Denkens: In dieser miesen Wirtschaftslage holen wir uns das Geld ausgerechnet bei den Arbeitslosen.“

Wolfgang Clement, der heutige Superminister und frühere SPD-Sprecher, zu Berichten über Kürzungen beim Arbeitslosengeld laut Spiegel Nr. 38/1981

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 12.05.2003 9/03

DGB

Wirtschafts- und sozialpolitische Reformagenda des DGB

Mut zum Umsteuern

Der Geschäftsführende Bundesvorstand des DGB (GBV) mischt sich mit einem Diskussionsentwurf zu einer eigenen Reformagenda in die politische Diskussion ein. Ziel ist die Ankurbelung und langfristige Stabilisierung des Wirtschaftswachstums, eine Erhöhung der Nettolöhne und eine Entlastung personalintensiver Unternehmen.

Die Reformagenda verbindet Sofortmaßnahmen und mittelfristige Reformen. Die Sofortmaßnahmen bestehen im Wesentlichen aus vier Eckpunkten:

1. Eine offensive Finanzpolitik soll für Wachstumsimpulse sorgen. Der DGB regt dazu eine Investitionsoffensive von rund 15 Milliarden Euro an, mit deren Hilfe die Kommunen wieder in die Lage versetzt werden sollen zu investieren. Eine Senkung des Eingangssteuersatzes auf 17 Prozent sowie die Anhebung des Einkommenssteuerfreibetrages sollen weitere Wachstumsimpulse geben. Investitionen der Wirtschaft sollen durch Zulagen gefördert werden.

2. In der Tarifpolitik unterstützt der GBV ein höheres Maß an Flexibilität, wie es die meisten Gewerkschaften schon praktizieren. So wird als sinnvoll erachtet, Unternehmen in Krisenzeiten im Rahmen von Tarifverträgen abweichende Vereinbarungen zu Entgelt oder Arbeitszeit zu ermöglichen. Stärker als bisher könnten auch Arbeitszeit, Aus- und Weiterbildung in Tarifverträgen eine Rolle spielen. Entgeltteile könnten, wie von der IG Metall 2002 in die Diskussion gebracht, in Weiterbildungsansprüche, zusätzliche Freizeit und Unternehmensbeteiligungen umgewandelt werden.

3. In der Sozialversicherung soll eine sachgerechte Finanzierung für sinkende Sozialabgaben sorgen. Die Steuerfinanzierung „versicherungsfremder Leistungen“ würde eine Entlastung von rund 4,5 Milliarden Euro und eine mögliche Senkunge des Beitragssatzes um 1,09 Prozent bringen.

4. Die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) soll durch die Einbeziehung aller Erwerbstätigen zu einer „allgemeinen Solidarversicherung“ ausgebaut werden. Die Anpassung der Beitragsbemessungsgrenze sowie die insgesamt von der Bundesregierung geplante Gesundheitstrukturreform wird zu einer Effektivierung führen, die eine Senkung der Beitragssätze zur GKV in einem ersten Schritt um 2,59 Prozentpunkte ermöglicht.

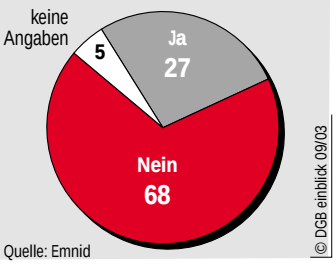
Die übrigen Reformvorschläge sind mittelfristig angelegt:

- eine antizyklische Finanzpolitik ohne höhere Neuverschuldung durch die Wiederbelebung der Konjunkturausgleichsrücklage,
- die Senkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrages durch die Steuerfinanzierung des West-Ost-Transfers in der Arbeitslosenversicherung,
- die Senkung der Sozialabgaben durch Einführung eines Freibetrages von 250 Euro zur Sozialversicherung sowie
- die Einbeziehung aller Einkommensarten in die allgemeine Solidarversicherung.

Insgesamt könnten so die Sozialabgaben um durchschnittlich 8,5 Prozentpunkte gesenkt werden. •

Nicht mehrheitsfähig

Glauben Sie, dass sich Bundeskanzler Schröder mit seinen Reformen gegen die Gewerkschaften durchsetzen wird? (in Prozent)



Quelle: Emnid

Die Zustimmung zur Agenda 2010 des Bundeskanzlers sinkt: Von 56 Prozent der Bürger, die im April die geplanten Einschnitte befürworteten, bleiben jetzt noch 49 Prozent. Indes glauben fast zwei Drittel aller Deutschen, dass die sozialen Einschnitte des Kanzlers ohnehin am gewerkschaftlichen Widerstand scheitern.

plusminusBERLIN

+ ***Ulrike Höfken, verbraucherpolitische Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen, will die Rechte der Fahrgäste von Bussen und Bahnen stärken. Ihre Schadensersatzansprüche bei Zugausfall und Verspätungen sowie bei Stornierung sollen gesetzlich festgelegt werden.***

– ***Hans Michelbach, Vorsitzender der Mittelstands-Union, will die Lohnkosten in der Gastronomie durch Saisonarbeitskräfte senken. Ihre Arbeitserlaubnis soll auf sechs Monate ausgedehnt werden, um die Einnahmeverluste der Branche „durch verbesserte Rahmenbedingungen“ zu überwinden.***

inhalt

Seite 3
Steigende Arbeitslosigkeit garantiert
Die Agenda 2010 trifft vor allem ältere Arbeitslose

Seite 5
Antidiskriminierung
Chancengleichheit braucht Aktivität

Seite 7
Außer Spesen nichts gewesen
Die Rürup-Kommission war von kurzfristiger Flickschusterei statt von nachhaltigen Reformen geprägt, meint Kommissionsmitglied und IG BAU-Vorsitzender Klaus Wiesehügel

Der Surf-Tipp fürs Internet

http://iab.de/asp/Chronik/default.asp
Informationssystem des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) zur Arbeitsmarktpolitik

Im Faxabruf

0211 / 43 01 684
„Industriepolitik im erweiterten Europa“, Stellungnahme des DGB für die EU-Kommission (Auszüge)

0211 / 43 01 685
„Mut zum Umsteuern“, Diskussionspapier des GBV zur Reformagenda

Gewerkschaften zur Agenda 2010

„Reformen JA – Sozialabbau Nein Danke!“

Nach dem vorläufigen Scheitern der Gespräche zwischen Sozialdemokraten und Gewerkschaften über die Agenda 2010 mobilisiert der DGB zu einem bundesweiten Aktionstag am 24. Mai 2003. Motto: „Reformen JA – Sozialabbau Nein Danke!“.

„Momentan scheint keine Verständigung über die vom Bundeskanzler vorgeschlagene so genannte Agenda 2010 möglich zu sein.“ Damit hatte der DGB-Vorsitzende Michael Sommer die Gespräche mit der SPD nach einem einstimmigen Votum des DGB-Bundesvorstandes abgesagt und auf einen Termin nach dem Sonderparteitag der SPD verschoben. Sommer: „Aber das Tischtuch ist nicht zerrissen.“

Bei ihrer Kritik am Reformentwurf des Bundeskanzlers bleiben die Gewerkschaften dennoch. So soll die erste Welle der geplanten Kommunikationskampagne des DGB vom 15. bis zum 18. Mai die Kritik an der Agenda 2010 aufgreifen. Darüber hinaus unterstützt der DGB die Großveranstaltung von ver.di am 17. Mai in Berlin zu den Themenbereichen Gesundheit und Weiterbildung. Ergänzt wird die erste Welle der Kommunikationskampagne noch durch einen bundesweiten Aktionstag am 24. Mai sowie durch außerordentliche Betriebs- und Personalversammlungen in den letzten beiden Maiwochen.

Für die IG Metall hatte Klaus Zwickel bereits im Vorfeld erklärt, Reformen dürften sich nicht darauf beschränken, die Arbeitnehmer zu schröpfen. Erhebliche Meinungsunterschiede zwischen Kanzler Schröder und den Gewerkschaften sieht auch ver.di-Sprecher Harald Reutter, etwa bei den Einschnitten im Krankengeld und für Arbeitslose.

Als geplante Standorte für den bundesweiten Aktionstag sind Hamburg, Hannover, Bochum, Leipzig, Frankfurt/M., Nürnberg, Aalen/Heidenheim, Pforzheim und Ravensburg im Gespräch. Dort soll die soziale Schieflage benannt und für wirtschaftspolitisches Handeln geworben werden. Michael Sommer: „Wir glauben nicht, dass durch die Agenda 2010 auch nur ein einziger zusätzlicher Arbeitsplatz entsteht.“ •

Beamtenbesoldung

Nullrunde durch die Hintertür

Den Beamten droht nach Ansicht von DGB-Vorstand Ingrid Sehrbrock in diesem und in den kommenden Jahren eine Nullrunde. Zwar sieht ein Mitte April von Bundesinnenminister Otto Schily vorgelegter Gesetzesentwurf eine um drei Monate versetzte, sonst aber deckungsgleiche Übernahme des Tarifabschlusses des öffentlichen Dienstes vor. Gleichzeitig haben aber 15 der 16 Bundesländer eine Gesetzesinitiative auf den Weg gebracht, die es den Ländern ermöglicht, das Weihnachts- und Urlaubsgeld der Beamten zu kürzen. Bei einer Anhörung Anfang Mai hat Schily erklärt, von dieser Möglichkeit auf Bundesebene keinen Gebrauch machen zu wollen. Ob diese Linie aber von Finanzminister Hans Eichel mitgetragen wird, ist unklar. •

wiewardiewoche?

„Gesundheit ist keine Ware“ – unter diesem Motto hat der DGB Hamburg im vergangenen Jahr mit einer Volksinitiative gegen den drohenden Verkauf der sieben Hamburger Landeskrankenhäuser protestiert. Weil der Senat trotz des Widerstands an seinen Privatisierungsplänen festhalten will, hat der DGB die zweite Stufe der Volksgesetzgebung gestartet, das Volksbegehren: Mindestens 62 000 HamburgerInnen müssen sich zwischen dem 5. und 19. Mai in Wahllisten eintragen, wenn die Initiative erfolgreich sein soll. Erhard Pumm, 57, Vorsitzender des DGB Hamburg, ist einer der Initiatoren.

Hamburgs Krankenhäuser sind Vorbild in ganz Europa. Die Kliniken schreiben schwarze Zahlen und bieten Spitzenmedizin für alle. Und dabei soll es auch bleiben. Wir wollen verhindern, dass private Investoren die Krankenhäuser übernehmen, weil wir befürchten, dass es dann schon bald nur noch eine Luxusversorgung für Reiche und Minimalleistungen für den „Rest“ gibt. Um das zu verhindern, müssen wir in nur zwei Wochen mindestens 62 000 Unterschriften zusammenbekommen. Kein leichtes Unterfangen. Auf über 2000 Plakatwänden und in 6700 Fernsehspots in Hamburgs U- und S-Bahnen werden wir bis zum 19. Mai für das Volksbegehren werben. Hinzu kommen etliche Veranstaltungen und Infostände auf Märkten und Busbahnhöfen.

Allein könnte der DGB das gar nicht schaffen. In unserem Vorstand übernehmen die Mitgliedsgewerkschaften oft wichtige Funktionen. In der Gesundheitspolitik hat ver.di die größte Fachkompetenz, und deshalb hat ver.di auch die Federführung der Kampagne. Trotzdem ist es wichtig, dass das Volksbegehren eine Initiative aller Gewerkschaften ist. Es geht um den Erhalt einer solidarischen Gesundheitsversorgung und nicht in erster Linie um die Arbeitsbedingungen der dort Beschäftigten.

Das Ziel ist hoch gesteckt, trotzdem bin ich optimistisch, das wir es schaffen. Sollte der Senat danach an seinen Plänen festhalten, müssen wir entscheiden, ob wir auch die dritte Stufe einleiten, den Volksentscheid. 20 Prozent der Hamburger WahlbürgerInnen, 240 000 Menschen, müssten zustimmen, dann wäre die Privatisierung endgültig vom Tisch.

Österreich

Streik gegen Pensionsreform

„Reformieren statt abkassieren“, unter diesem Motto stehen seit Wochen im Nachbarland Österreich die Proteste des Gewerkschaftsbundes ÖGB und der Gewerkschaften gegen die von der regierenden Rechtskoalition vorgesehene Pensionsreform. Einzelne Arbeitnehmergruppen und besonders Frauen würden bis zu 40 Prozent der zu erwartenden Pension verlieren. ÖGB und Wirtschaftskammer hatten angeboten, ein gemeinsames Reformkonzept vorzulegen. Die Regierung lehnte ab, und daraufhin fasste der ÖGB-Bundesvorstand einstimmig – auch mit der christlichen und freiheitlichen Fraktion – einen Streikbeschluss. Am 6. Mai stand der öffentliche Verkehr landesweit still, Tageszeitungen erschienen nicht, Grenzen und die Zufahrten zu großen Städten wurden blockiert, und in mehr als 500 Betrieben wurde die Arbeit zeitweise niedergelegt. Die Bevölkerung reagierte mit viel Sympathie, viele forderten schärfere Aktionen und längere Streiks. Am 13. Mai gibt es in Wien eine zentrale Demonstration mit einer Abschlusskundgebung vor dem Bundeskanzleramt. •

Ältere ArbeitnehmerInnen

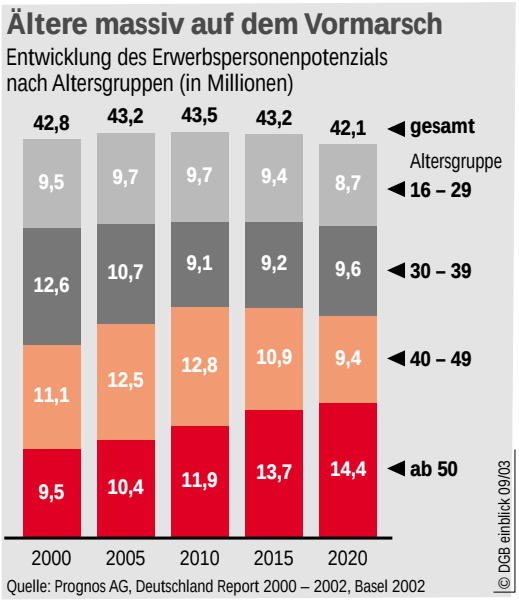
Steigende Arbeitslosigkeit garantiert

Kein Punkt der Agenda 2010 ist so umstritten wie die geplante Begrenzung des Arbeitslosengeldes auf 18 Monate für Ältere. Weil die Betriebe massiv bei der Einstellung mauern, haben über 55-Jährige kaum eine Chance, eine Stelle zu finden. Durch die Agenda 2010 wird für sie die Möglichkeit eines gleitenden Übergangs in die Rente verbaut. Steigen dürfte deshalb auch die Arbeitslosigkeit der Jüngeren.

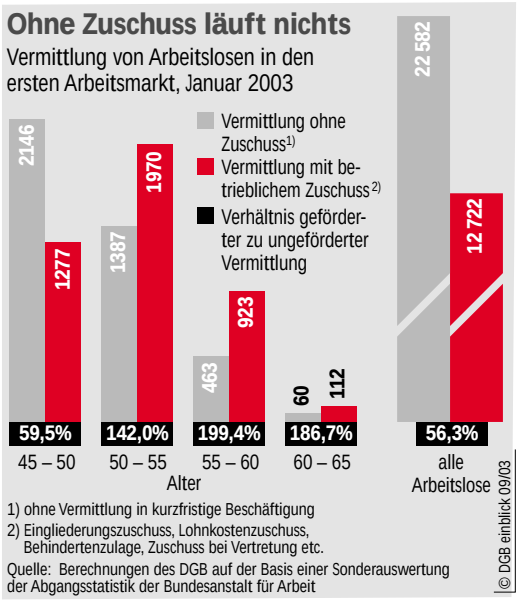
In den kommenden Jahren wird sich das Erwerbspersonenpotenzial, zu dem neben den ArbeitnehmerInnen auch die Arbeitssuchenden zählen, dramatisch wandeln. Während der Anteil der Jüngeren kontinuierlich sinkt, steigt der Anteil der über 50-Jährigen nach Berechnung von Prognos bis 2020 um 50 Prozent: von 9,5 auf 14,4 Millionen. Angekommen ist der demographische Wandel in den Betrieben aber noch nicht. Im Gegenteil: Die meisten Unternehmen haben in den vergangenen Jahren ihre Belegschaft massiv verjüngt, Ältere wurden in die Arbeitslosigkeit oder in den frühzeitigen Rentenbezug gedrängt. 60 Prozent aller Betriebe beschäftigen inzwischen keine MitarbeiterInnen mehr, die älter als 50 Jahre sind. Betroffen sind von der Verjüngungskur nicht nur die Großbetriebe, die sich mit Hilfe staatlich geförderter Frühverrentungsprogramme von einem Großteil ihrer älteren Beschäftigten getrennt haben, sondern auch viele Klein- und Mittelbetriebe. Die Situation sei „erschreckend“, so das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in einer Analyse der Betriebsbefragung 2000.

Die Forderung, dass das faktische Renteneintrittsalter erhöht wird, um das Verhältnis zwischen Beitragszahlern und Rentenbeziehern nicht weiter zu belasten, wird auch von den Gewerkschaften geteilt. Die in der Agenda 2010 vorgeschlagene Reduzierung des Arbeitslosengeldes auf maximal 18 Monate und die faktische Streichung der Arbeitslosenhilfe lehnen sie hingegen entschieden ab. Sie befürchten dramatische Auswirkungen nicht nur auf die über 55-Jährigen, sondern auch auf die Gruppe der jetzt 45- bis 55-Jährigen. Ihre Arbeitslosigkeit droht ebenfalls zu steigen, weil die Betriebe durch das Zusammenwirken der Kürzungen beim Arbeitslosengeld und der bereits beschlossenen Abschlägen beim vorzeitigen Renteneintritt in Zukunft verstärkt zu Entlassungen greifen werden.

Für Sozialpläne, nach denen Ältere bei Krisen vorzeitig ausscheiden, fehlt in Zukunft die Basis. Wie hoch das Risiko älterer Arbeitnehmer ist, keine Stelle mehr zu finden, zeigt die Arbeitsmarktstatistik: 20 Prozent der ab 55-Jährigen sind ein bis zwei Jahre arbeitslos, weitere 36 Prozent zwei Jahre und länger. Auch für die 45- bis 55-Jährigen sieht die Situation kaum besser aus. 21 Prozent von ihnen suchen ein bis zwei Jahre eine neue Stelle, weitere 21 Prozent sogar über zwei Jahre. Spätestens ab Mitte 50 sind für die meisten die Chancen, ohne finanzielle Unterstützung durch das Arbeitsamt wieder eine Stelle zu finden, gering – auch bei hoher Qualifikation. •



Während das Erwerbspersonenpotenzial in den kommenden Jahren nahezu konstant bleibt, steigt der Anteil der über 50-Jährigen bis 2020 um 50 Prozent, von 9,5 auf 14,4 Millionen.



Während zwei von drei Arbeitslosen auch ohne Zuschuss für den Arbeitgeber einen Arbeitsplatz finden, ist das Verhältnis bei den 55- bis 60-Jährigen nach Berechnungen des DGB genau umgekehrt.

Unterschätztes Potenzial

Wer über 50 ist, hat Probleme, wenn er einen neuen Job finden will. Trotzdem sieht bei Umfragen nur eine Minderheit der Betriebe eine Notwendigkeit, Ältere durch Jüngere zu ersetzen. 84 Prozent aller Betriebe halten Ältere für „im Prinzip genauso leistungsfähig wie Jüngere“, so das Institut für Arbeit und Technik (IAT).

In Betrieben mit mehr als 40 Prozent Beschäftigter über 50 gilt das sogar in 91 Prozent aller Fälle, in Unternehmen, die keinen Mitarbeiter über 50 Jahre haben, immerhin noch für 80 Prozent. 60 Prozent aller Unternehmen meinen zudem, dass man die Stärken der Älteren durch ihren altersgerechten Einsatz gezielt nutzen kann. Und 88 Prozent sind dafür, dass Ältere und Jüngere in altersgemischten Teams tätig sein sollen.

Defizite beim Einsatz älterer Beschäftigter gibt es hingegen im Hinblick auf die Weiterbildung. Zwar geben 86 Prozent aller Betriebe an, dass Ältere in Qualifizierungsmaßnahmen einbezogen werden sollen, aber nur 18 Prozent der 50- bis 64-jährigen Beschäftigten haben Zugang zu Weiterbildungsmaßnahmen. Im Schnitt aller ArbeitnehmerInnen liegt die Weiterbildungsquote dagegen bei 29 Prozent, bei den 35- bis 49-Jährigen sogar bei 36 Prozent.

ver.di-innotec

Wissen nutzen und erhalten

Das Wissen der Beschäftigten entscheidet über den Unternehmenserfolg. Wie ArbeitnehmerInnen dieses Wissen – also die Verbindung von Faktenkenntnis und individuellen Erfahrungen – optimal einsetzen, zeigt die ver.di-Broschüre „Wissensmanagement“, ein Kooperationsprojekt des Online-Forums Telearbeit (OnForTe) mit dem Bereich Innovations- und Technologiepolitik (ver.di-innotec). Das Heft erklärt, worauf Betriebsräte achten müssen, zeigt, wie Urheberrechts- und Datenschutz Wissensmissbrauch verhindern, und gibt Tipps, wie Weiterbildung das Humankapital erhält. Das Heft kostet 8,75 Euro. ArbeitnehmerInnen und Selbstständige bezahlen 6,39 Euro, ver.di-Mitglieder 5,11 Euro. •

Tel. 0180 5 / 24 56 78
Fax 069 / 16 32 80
www.onforte.de

IAB-Tagung

Wie wirkt Hartz?

Seit Beginn des Jahres sind die ersten Vorschläge der Hartz-Kommission zur Reform des Arbeitsmarktes umgesetzt. Ob sich Mini-Jobs, Qualifizierungsgutscheine und ausgedehnte Leiharbeit bisher bewährt haben, will das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) auf einer gemeinsamen Tagung mit der Evangelischen Akademie Bad Boll herausfinden. Vom 21. bis 23. Mai diskutieren die TeilnehmerInnen, welche Gruppen von Arbeitslosen von den neuen Instrumenten profitieren und welche weiteren Maßnahmen für eine breitere Umsetzung nötig sind. Die Teilnahme kostet ohne Übernachtung 84 Euro, mit Einzelzimmer 150 Euro. •

Tel. 0 71 64 / 79 381
www.ev-akademie-boll.de

Betriebsvereinbarungen

Neue Ratgeberreihe

Während Tarifverträge die Rahmenbedingungen für faire Beschäftigungsbedingungen festlegen, regeln Betriebs- und Dienstvereinbarungen die Details. Mit diesen Vereinbarungen zwischen Betriebsrat und Chefetage beschäftigt sich eine neue Reihe der Hans-Böckler-Stiftung, deren ersten drei Bände jetzt im Bund-Verlag erschienen sind. Der Ratgeber „Betriebliche Altersversorgung“ (ISBN 3-7663-3514-6) stellt unter anderem Möglichkeiten der Kombination von Entgeltumwandlung mit bestehender Betriebsvorsorge vor. Wie sich die Überwachung der Beschäftigten via ISDN-Anlage begrenzen lässt, sagt der Ratgeber zu „Telekommunikationsanlagen“ (ISBN 3-7663-3515-4). Und Tipps zum Schutz elektronischer Daten gibt der Band über „Betriebliche Nutzung von Internet, Intranet und E-Mail“ (ISBN 3-7663-3518-8). Die neue Reihe soll die im Archiv der Hans-Böckler-Stiftung gesammelten Bestände von inzwischen gut 6500 Betriebsvereinbarungen für einen größeren Kreis von Betriebs- und Personalräten zugänglich machen. Die broschierten Hefte mit einem Umfang zwischen 80 und 120 Seiten kosten jeweils 9,90 Euro. •

www.bund-verlag.de

DGB-Info-Brief „Frau geht vor“

Anders arbeiten, besser leben

„Man muss sich darüber verständigen, wann die kürzeren Arbeitszeiten abgeleistet werden und wie die neu gewonnene Zeit so optimiert wird, dass ein möglichst großer Teil tatsächlich frei verfügbar bleibt.“ Das sagt Bremens Bürgermeister Henning Scherf in *Frau geht vor.* Die aktuelle Ausgabe des DGB-Info-Briefs befasst sich mit der Frage, was die Gestaltung von Arbeitszeiten mit Chancengleichheit zu tun hat, und knüpft damit an das Aktionsprogramm für Chancengleichheit im Betrieb an, das der DGB im Juli startet. Der Info-Brief zieht zum Beispiel eine Bilanz der erweiterten Teilzeit in der Elternzeit sowie des Teilzeit- und Befristungsgesetzes oder erläutert, was Betriebsräte beachten müssen, damit Teilzeit nicht Arbeitsverdichtung und unkalkulierbare Arbeitszeitlagen bedeutet.

Ein Einzelheft gibt's für einen mit 0,77 Euro frankierten Rückumschlag (DIN C4). •

DGB-Abteilung Gleichstellungs- und Frauenpolitik
Postfach 11 03 72, 10833 Berlin

Globalisierungskonferenz

Worlds of Capitalism

Die Herausforderungen der Globalisierung für soziale Sicherungssysteme, die Souveränität von Demokratien und die kulturelle Identität von Nationen stehen im Mittelpunkt der internationalen Konferenz mit dem Titel „Worlds of Capitalism – Globalization, Governance and Democracy“. Die Tagung vom 29. bis 31. Mai in der Hamburger Börse glänzt mit erstklassigen ReferentInnen: Neben ExpertInnen renommierter Hochschulen, darunter VertreterInnen der University of California (UCLA) und des Massachusetts Institute of Technology (MIT), werfen Klaus Töpfer, Direktor des Umweltprogramms der Vereinten Nationen, sowie Jan Philipp Reemtsma vom Hamburger Institut für Sozialforschung einen kritischen Blick auf die unerwünschten Nebenwirkungen des Welthandels. Die Teilnahme an dem von der Hans-Böckler-Stiftung unterstützten Kongress kostet 80 Euro, StudentInnen bezahlen 30 Euro. •

Universität Hamburg
Institut für Soziologie
Tel. 040 / 428 38 38 11
www.worlds-of-capitalism.de

interregio

••• Die ***DGB-Region Köln-Leverkusen-Erft-Berg*** veranstaltet gemeinsam mit dem Verband deutscher Schriftsteller in ver.di am 16. Mai eine ***szenische Lesung*** aus der Neujahrsausgabe der Kölnischen Zeitung von 1933. Unter dem Titel „Auf Hitler kommt es an!“ wollen die Mitwirkenden zeigen, dass das Verlagshaus der Kölnischen Zeitung, DuMont Schauberg, keineswegs solchen Widerstand gegen die Nationalsozialisten geleistet hat, wie es stets behauptet. Beginn der Veranstaltung ist um 20 Uhr im Reichard-Haus des WDR. Infos: DGB-Region Köln-Leverkusen-Erft-Berg, E-Mail: *koeln@dgb.de*

••• Der ***DGB München*** beteiligt sich am 24. Mai an der ***Langen Nacht der Musik*** in der bayerischen Landeshauptstadt. Im DGB-Haus an der Schwanthalerstraße 64 präsentiert der Gewerkschaftschor Quergesang und das Hanns-Eisler-Orchester ab 20 Uhr Musik von Brecht bis Verdi sowie Titel aus Filmklassikern wie „Kuhle Wampe“ und „La Strada“. Insgesamt bietet

die Musiknacht über 120 Veranstaltungen im ganzen Stadtgebiet. Tickets gibt es für 15 Euro inklusive Shuttlebusse. Infos: Erwin Rumpel, Tel. 089 / 51 700 106.
Infos allgemein: *www.muenchner.de/musiknacht*

Gewerkschaftliche Antidiskriminierungsarbeit:

Chancengleichheit braucht Aktivität

Anlässlich der notwendigen Umsetzung der EU-Antidiskriminierungsrichtlinien in deutsches Recht veranstaltete das DGB-Bildungswerk eine Tagung unter dem Motto „Chancengleichheit braucht Aktivität“. Am UN-Tag der Menschenrechte konnten gewerkschaftsnahe Initiativen in Stuttgart zeigen, wie künftiges Recht funktioniert.

„Wir steh’n auf Toleranz“

Die Abteilung Jugend beim Hauptvorstand der IG BCE stellte ihre Kampagne „Wir steh’n auf Toleranz“ vor, bei der die MacherInnen auf die Kreativität der MitMacherInnen gesetzt haben. Yasmin Fahimi berichtete über Entstehungsgeschichte, Hintergrund und Verlauf des Wettbewerbes, der bis Ende Oktober 2003 läuft. Ziel des Wettbewerbs sei es, das Kampagnen-Motto irgendwo in Deutschland umzusetzen und damit etwas für Toleranz im ganzen Land zu tun. Wichtig ist den InitiatorInnen, dass möglichst viele regionale Projekte angestoßen werden. Bei der Prämierung werden zu gleichen Teilen das Produkt und der Entstehungsprozess bewertet. Mehr Informationen zum Wettbewerb unter *www.wir-stehn-auf-toleranz.de*

Unterrichtseinheit „Illegale Beschäftigung“

„Bau auf mich! Für Demokratie und Courage“ ist der Titel der Kampagne der IG BAU, die eine Unterrichtseinheit zur illegalen Beschäftigung produzierte. Anlass für die Initiative: In der Baubranche häufen sich die Probleme. Auffallend häufig sind Elemente rechtsextremistischen Gedankenguts zu finden. Um gegenzusteuern, finden drei Bildungsfahrten nach Polen statt. Vor-und Nachbereitungsseminare, Besuche des ehemaligen Konzentrationslagers Auschwitz, Zeitzeugengespräche vor Ort, Arbeitseinsätze und Pflege der heutigen Gedenkstätte stehen auf dem Programm. Informationsmaterial und Broschüren sollen LehrerInnen, AusbilderInnen, Betriebsräten und Mitarbeitern der IG BAU Argumentationshilfen an die Hand geben. Dazu zählt auch die Unterrichtseinheit „Illegale Beschäftigung“: Sie soll Rassismus und Fremdenfeindlichkeit entgegenwirken, aufklären über illegale Beschäftigung und Verantwortlichkeiten aufzeigen. Die Unterrichtseinheit besteht aus einem Ordner mit Farbfolien, CD-ROM, einer Broschüre und einem Film. Informationen in Kürze unter *www.bau-auf-mich.de*

„Toleranz macht sexy“ wirbt das Plakat zur IG BCE-Kampagne.

Bahn-Azubis gegen Hass und Gewalt

Auf der Basis der Betriebsvereinbarung „Für Gleichbehandlung und kollegiales Miteinander – gegen Fremdenfeindlichkeit und antidemokratische Tendenzen“ entstand das Projekt der Gewerkschaft TRANSNET. Dabei einigten sich im Sommer 2000 der Vorstand der Bahn AG und die Gewerkschaft auf Aktivitäten gegen rechtsextreme Tendenzen.

Alljährlich, gleich zu Beginn der Ausbildung, startet das Projekt für alle Azubis. Nachdem sie mit dem Thema vertraut gemacht worden sind, ist auch hier Ideenreichtum gefordert. So versahen Bahn-Azubis die Rückseiten von Fahrkartenumschlägen mit kreativen Hinweisen, in Fahrplanauszügen finden sich Merksätze wie „Intoleranz bleibt auf der Strecke …“.

Alle Projekte sind mit Informationen über den jeweiligen Stand der Umsetzung im Bahn-Intranet enthalten.

Courage zeigen

Das von Oliver Schneider vorgestellte Xenos-Projekt der IG Metall „Das Herz in die Hand nehmen – Courage zeigen“ besteht aus zwei großen Bausteinen: In dreitägigen regionalen Workshops werden die Teilnehmer mit der eigenen kulturellen Identität und fremden Kulturen vertraut gemacht. Es geht um das Verstehen der Motive, die menschliches Verhalten bestimmen. Der Umgang mit fremdenfeindlichen Alltagssituationen soll durchgespielt und analysiert werden.

Im Rahmen des Projekts wird eine Qualifizierungsreihe zum Kulturmittler angeboten. Dabei können die TeilnehmerInnen lernen, vorbeugend oder im Konfliktfall zwischen Menschen mit unterschiedlichen kulturellen Erfahrungshintergründen zu vermitteln. Wichtig ist auch, selbst einschätzen zu lernen, wann in Konfliktfälle eingegriffen werden kann. Es wird mit Mediation, Konfliktmanagement und Rollenspielen gearbeitet.

Die Qualifizierungsreihe besteht aus zwei Modulen mit je fünf Wochentagen. Für die Supervision und zur betrieblichen Verankerung gibt es zusätzlich zwei Wochenenden, die im Kurs frei vereinbart werden. Sie werden bundesweit angeboten. •

Mehr Infos unter: www.otto-brenner-stiftung.de/aktivitaeten/akt.gegenrechts/content.akt.gegenrechts/

Spiel auf Zeit

Die Bundesregierung muss in diesem Jahr zwei Richtlinien der EU zur Antidiskriminierung in nationales Recht umsetzen: die Richtlinie zur „Anwendung des Gleichheitsgrundsatzes ohne Unterschied der Rasse oder der ethnischen Herkunft“ und die Richtlinie zur „Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Verwirklichung der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf“. Für die Frage der Nichtdiskriminierung ohne Unterschied der Rasse oder ethnischen Herkunft wird bis zum Sommer ein Entwurf vorliegen.

Unter Federführung des Familienministeriums wird der Bereich „Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf“ zusammen mit einer weiteren Richtlinie bearbeitet. Es geht dabei um die „Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen“ in Beschäftigung und Beruf (Richtlinie 2002/73/EG).

Da hierdurch die Änderung einer älteren Richtlinie notwendig ist, ist auch eine Novellierung des deutschen Rechts nötig. Dabei müssen die entsprechenden Rechts- und Verwaltungsvorschriften erst bis zum Oktober 2005 umgesetzt sein. Einmal mehr ein fragwürdiger Versuch, für die Richtlinie zur Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf Zeit zu gewinnen?

kurz&bündig

Die IG Metall hat ein Ausländerförderprogramm beschlossen. Der Anteil ausländischer Mitglieder in den Gremien soll erhöht, das Thema Migration verstärkt in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit behandelt werden.

Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer hat bei einem Treffen von Gewerkschaftsvertretern der G8-Staaten mit dem französischen Präsidenten Jacques Chirac mehr öffentliche Investitionen im Rahmen eines reformierten Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes gefordert. Diese könnten besonders in den Bereichen Bildung, Transport und Umwelt für neue Arbeitsplätze sorgen.

ver.di lädt am 10. und 11. Juni erstmals zum „Potsdamer Forum". Die Veranstaltung richtet sich an Führungskräfte im öffentlichen Dienst, bei der Telekom, der Deutschen Post und der Postbank. Ziel des Forums ist ein breiter Dialog über modernes Personalmanagement: *www.verdi.de/potsdamer-forum*

„Wie wir die Globalisierung in den Griff bekommen", diskutiert vom 26. bis 28. Mai die NGG in ihrem Oberjosbacher Forum. Gäste der Tagung für Beschäftigte der Nahrungs- und Genussmittelindustrie sowie des Hotel- und Gaststättengewerbes sind Entwicklungshilfeministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul und Wirtschaftsstaatssekretär Alfred Tacke.

ver.di-Vorstand

Elf statt 19 Mitglieder

Der ver.di-Bundesvorstand soll bis 2007 schrittweise von derzeit 17 auf elf Mitglieder verkleinert werden. Bei der ver.di-Gründung im März 2001 hatte der Vorstand, dem neben dem ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske und seinen vier Stellvertretern auch die Leiter der 13 Fachbereiche sowie die Leiterin des Bereichs Personal angehören, noch 19 Mitglieder. Zudem sollen auf dem ver.di-Bundeskongress im Oktober in Berlin Veränderungen bei der Gremienstruktur und bei der Budgetierungsrichtlinie beschlossen werden. Die im Vorfeld der ver.di-Gründung heftig umstrittene Matrixorganisation, die die Verteilung der Kompetenz zwischen der Gesamtorganisation und den Fachbereichen regelt, habe sich zwar bewährt, so ver.di-Vorsitzender Frank Bsirske, die Zahl der Gremien und Konferenzen müsse jedoch reduziert werden. Zudem brauche ver.di frei verfügbare Finanzspitzen. Konkrete Vorschläge will die vom ver.di-Vorstand eingesetzte Strukturkommission bis Juni vorlegen.

Auch der Vorstand der IG Metall wird verkleinert. Statt zehn werden die Delegierten des Gewerkschaftstags der IG Metall im Oktober in Hannover nur noch sieben Mitglieder in den neuen IG Metall-Vorstand wählen. Die Verkleinerung des Vorstands hatte der Gewerkschaftstag bereits 1999 beschlossen. •

Öffentlicher Dienst

ver.di drängt aufs Tempo

Bis Januar 2005 soll das Tarifrecht für den öffentlichen Dienst grundlegend neu gestaltet werden, das haben während der Tarifrunde 2003 ver.di, GEW und GdP mit den öffentlichen Arbeitgebern vereinbart. Um ihrer Forderung nach einer Modernisierung des bereits seit 1961 geltenden Tarifsystems Nachdruck zu verleihen, hat die ver.di-Tarifkommission am 6. Mai Eckpunkte für die Verhandlungen beschlossen. Zu den Zielen gehören ein einheitliches Entgeltsystem für Arbeiter und Angestellte, eine diskriminierungsfreie Eingruppierung und eine bessere Bezahlung Jüngerer. •

Fragen an ...

Die Agenda 2010 von Bundeskanzler Gerhard Schröder stößt in den Gewerkschaften nicht nur auf Widerstand. Unter der Überschrift „Statt Blockade: Richtige Reformen!" hat die IG BCE Ende April per Flugblatt ihre grundsätzliche Bereitschaft zur Mitarbeit an der Reform des Sozialstaates erklärt. Zugleich lehnt die IG BCE eine Unterstützung des zurzeit in der SPD laufenden Mitgliederbegehrens gegen die Agenda 2010 ab. Es sei mit den Grundsätzen der Einheitsgewerkschaften nicht vereinbar, die Mitglieder mit SPD- oder einem anderen Parteibuch auf eine bestimmte Politik verpflichten zu wollen. *einblick* hat den IG BCE-Vorsitzenden Hubertus Schmoldt, 57, nach seinem Reformkonzept gefragt.

■ „Wenn Deutschland ein soziales Land bleiben soll, kann nicht alles bleiben, wie es ist", heißt es im Flugblatt der IG BCE. Will sich die IG BCE von der Kritik der anderen Gewerkschaften an der Agenda 2010 absetzen?

■ *Wollen andere Gewerkschaften, dass alles bleibt, wie es ist? Nur dann wäre eine solche Schlussfolgerung möglich. Die IG BCE kritisiert die Bundesregierung da, wo es notwendig ist. Aber wir betonen vielleicht stärker als andere den tatsächlich gegebenen Reformbedarf. Auch um dem Eindruck vorzubeugen, Gewerkschafter seien notorische Neinsager und verweigerten sich den Realitäten.*

■ Bei den Vorschlägen zur Reform des Sozialstaates geht die IG BCE auch nicht weiter als andere Gewerkschaften. Das Gesundheitssystem soll effektiver organisiert und von versicherungsfremden Leistungen entlastet werden. Arbeits- und Sozialhilfe sollen zusammengelegt, aber nicht auf Sozialhilfeniveau abgesenkt werden. Reicht das, um den Sozialstaat zu retten?

■ *Damit wäre schon viel gewonnen. Die Beiträge könnten sinken, zu Gunsten der Netto-Einkommen von Arbeitnehmern. Das muss erst einmal durchgesetzt werden. Reformen auf dem Arbeitsmarkt hat die Bundesregierung bereits in Gang gebracht, unterstützt von den Gewerkschaften. Generell gilt: Reformen sind in schnelllebigen Zeiten immer wieder notwendig. Das zu unterlassen, wäre die größte Gefahr für den Sozialstaat.*

■ In ihrem Flugblatt warnt die IG BCE vor einem „Abmarsch in eine andere Republik" und kritisiert massiv Friedrich Merz, Edmund Stoiber und die „Westerwelle-FDP". Ist Schröder das kleinere Übel?

■ *Vor allem ist Gerhard Schröder der mit Mehrheit gewählte und mit Richtlinienkompetenz ausgestattete Bundeskanzler. Anders als andere will er keinen Systemwechsel, sondern den Erhalt der sozialen Marktwirtschaft. Dies ist wichtig, gerade mit Blick auf die politischen Alternativen. Dass wir Kritik in Einzelpunkten üben, ist normal. Aber die Richtung stimmt, und darauf kommt es an.*

Rürup-Kommission

Außer Spesen nichts gewesen

Kurzfristige Flickschusterei statt nachhaltiger Reformen – das Fazit der Arbeit der Rürup-Kommission, das der IG BAU-Vorsitzende Klaus Wiesehügel zieht, ist niederschmetternd.

Klaus Wiesehügel, 50, Vorsitzender der IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU), ist selbst Mitglied der Rürup-Kommission.

Ihre Aufgabe, Vorschläge zu entwickeln, wie die Sozialsysteme zukunftsfähig gemacht werden können, hat die Rürup-Kommission nicht erfüllt. Stattdessen hat sie unter Zeit- und Erfolgsdruck von Politik und Öffentlichkeit eine Reihe von Ad-hoc-Maßnahmen präsentiert, die auf kurzfristige Kostendämpfung und Leistungsausgrenzungen abzielen. Wieder nur Stückwerk und Reparaturbetrieb, wo Nachdenklichkeit und Gründlichkeit gefordert waren. Außer Spesen nichts gewesen?

Unser Reformvorschlag, die Sozialversicherung in Richtung auf eine Erwerbstätigenversicherung weiterzuentwickeln, **ist von der Mehrheit der Kommission abgelehnt worden.** Dabei muss die Basis dringend verbreitert, weitere Gruppen und Einkommensarten müssen einbezogen werden. Beitragsbemessungs- und Pflichtversicherungsgrenze dürfen kein Tabu sein. Besser Verdienende dürfen sich nicht aus der Verantwortung stehlen.

Deshalb habe ich vorgeschlagen, dass, wenn man die Beitragsbemessungsgrenze aufhebt, höhere Einzahlungen in die Rentenversicherung zwar auch in Zukunft zu höheren Ansprüchen führen sollen, aber je höher die Einzahlung, desto geringer sind, relativ gesehen, die entstehenden Ansprüche. Damit wäre der Verfassung Genüge getan, aber durch die degressive Kurve wäre der Umverteilungseffekt erheblich. Über die einzelnen Schritte kann man trefflich streiten – und da haben wir auch im DGB sicher noch Diskussionen vor uns. Über die Reformrichtung hin zu einer Erwerbstätigenversicherung gibt es in unseren Reihen aber mittlerweile breite Einigkeit.

Verlängerung der Lebensarbeitszeit? Schon jetzt ist die Kluft zwischen realem und gesetzlichem Renteneintrittsalter groß. Im Bauhauptgewerbe beispielsweise erreichen ganze vier Prozent der Kollegen die Regelaltersrente mit 65. Die anderen scheiden vorher aus dem Erwerbsleben aus, aus gesundheitlichen Gründen oder weil sie keinen Job mehr finden. Bei einer so katastrophalen Arbeitsmarktsituation, gerade für Ältere, führt eine Heraufsetzung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre nicht zu einer Verlängerung der Lebensarbeitszeit. **Stattdessen werden mehr Menschen in die Armutsfalle gedrängt,** weil sie vor der Rente noch länger arbeitslos sein werden.

Unter den Bedingungen der Agenda 2010 verschärfen sich die bestehenden Ungerechtigkeiten des Systems für die normalen Malocher. Schließlich droht dann auch derjenige, der jahrzehntelang in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt hat, spätestens nach 18 Monaten auf Sozialhilfeniveau (vornehm: Arbeitslosengeld II) abzufallen. Mit 65 (oder 67) wird von etwaigen Rücklagen für den Lebensabend nichts mehr übrig sein. Mit der Heraufsetzung des Renteneintrittsalters wird außerdem die Umsetzung unseres Vorschlags, langjährig Versicherten nach 44 Beitragsjahren den Weg in die Rente ohne Abschläge zu öffnen, umso dringender.

Auch beim Thema Gesundheit hat die Rürup-Kommission **nur kurzsichtige Flickschusterei empfohlen** statt nachhaltiger Reformen. Gerade bei der Ausgliederung des Krankengelds aus der paritätischen Finanzierung zeigt sich, dass, wenn von Senkung der Lohnnebenkosten die Rede ist, lediglich die Entlastung der Arbeitgeber gemeint ist.

Bei der Entscheidung über die Richtungsfrage: „Erwerbstätigenversicherung oder Kopfpauschale" hat sich die Kommission vor einer Empfehlung gedrückt, obwohl die unsozialen Kopfpauschalen endlich aus der Debatte verschwinden sollten – jeder soll sich entsprechend seiner Leistungsfähigkeit an den Sozialversicherungen beteiligen.

Wenn es wirklich stimmt, dass wir uns ein Gesundheitssystem mit dem herkömmlichen Standard nicht mehr leisten können, dann müssen wir ernsthaft die Frage an Kassen, Ärzte und Pharmalobby stellen, was ihr Beitrag zu einer sozialverträglichen und effizienten Gesundheitsversorgung sein kann. **Gerade im Arzneimittelbereich lässt sich ein großes Einsparpotenzial mobilisieren.** Dabei dürfen wir nicht vor der Auseinandersetzung mit Lobbyinteressen zurückschrecken, nur weil selbst die Gewerkschaften nicht immer an einem Strang ziehen.

Das Versagen dieser Kommission ist fatal, weil eine Reform dringend nötig wäre, um die Zukunftsfähigkeit der solidarisch finanzierten Sozialversicherungen sicherzustellen. So bleibt es unsere Aufgabe, für die Perspektive einer Erwerbstätigenversicherung zu werben. Notfalls auch allein auf weiter Flur gegen die organisierten Interessen der wirklich Strukturkonservativen und Spesenritter. Deren Rechnung zahlen nämlich wir. •

Daten & Fakten

Beitragsbemessung

Die Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung werden nur bis zu einer Einkommensgrenze erhoben. Diese so genannte Beitragsbemessungsgrenze liegt 2003 bei brutto 3450 Euro/Monat (41 400 Euro/Jahr).

Versicherungspflicht

Wer 2003 monatlich mehr als 3825 Euro brutto (45 900 Euro/Jahr) verdient, kann in eine private Krankenkasse wechseln („Versicherungspflichtgrenze").

Kopfpauschale

Rürups Idee der Kopfpauschale sieht vor, dass alle Krankenkassen ihre Kosten durch die Zahl ihrer Mitglieder teilen. Dadurch errechne sich eine Kopfprämie von 170 bis 220 Euro pro Monat. Lohnbezogene Kassenbeiträge würden abgeschafft. Soziale Ungleichheiten müsste der Fiskus ausbügeln – mit 20 Milliarden Euro.

Minderheitenvotum

Zur Krankenversicherung hat die Rürup-Kommission am 9. April erste Empfehlungen vorgelegt. In einem Minderheitenvotum haben die Kommissionsmitglieder Ursula Engelen-Kefer (DGB), Edda Müller (Verbraucherzentrale), Barbara Stolterfoht (Paritätischer Wohlfahrtsverband) und Klaus Wiesehügel (IG BAU) ihre Kritik formuliert.

Im Internet

www.einblick.dgb.de

Im Fax-Abruf:

0211/43 01 687

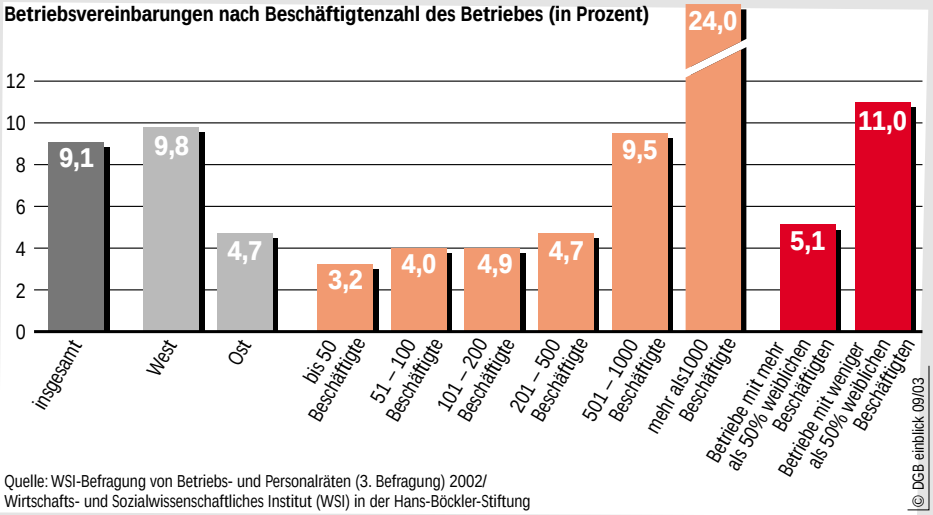
Das Minderheitenvotum der Rürup-Kommission

Postvertriebsstück G 45918 Vertrieb durch toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath

die DGB grafik

GLEICHSTELLUNG: Noch Randthema in den Unternehmen

Nur in knapp einem Zehntel der Unternehmen mit Betriebsrat existieren Betriebsvereinbarungen zur Frauenförderung. Das ist ein Ergebnis der repräsentativen Betriebs- und Personalrätebefragung des WSI. Von insgesamt 1730 befragten Betriebsräten gaben 157 an, dass es in ihrem Betrieb Vereinbarungen zum Themenbereich Frauenförderung gibt, mehr als die Hälfte (86) davon in Unternehmen mit mehr als 1000 Beschäftigten. Unter zehn abgefragten Regelungsbereichen steht Frauenförderung an letzter Stelle.



Quelle: WSI-Befragung von Betriebs- und Personalräten (3. Befragung) 2002/
Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung

personalien

••• ***Christian Kühbauch,*** 33, Referatssekretär in der Abteilung Jugend des DGB, ist seit dem 1. Mai Bundesjugendsekretär des DGB.

••• ***Christof Wachter,*** 29, Jurastudium in Göttingen, Heidelberg und Uppsala (Schweden), 2. juristisches Staatsexamen, bis Oktober 2001 freie Mitarbeit bei der Nachrichtenagentur Associated Press (AP) in Frankfurt/M., ist seit dem 8. April Referatssekretär in der Abteilung Tarifpolitik des DGB.

••• ***Udo Gebhardt,*** 51, Vorsitzender der DGB-Region Dessau, soll Anfang Juli als Nachfolger von ***Jürgen Weißbach,*** 65, zum DGB-Vorsitzenden für Sachsen-Anhalt gewählt werden. Dass hat der DGB-Landesvorstand Mitte April vorgeschlagen.

14 TAGE

12.-18.5. 1. Welle der DGB-Kommunikationskampagne, Veranstaltungen u. a. in München, Stuttgart, Frankfurt/M, Saarbrücken, Köln, Bremen, Kiel, Neumünster, Hannover, Kassel, Leipzig, Erfurt, Dessau, Berlin und Potsdam

15.-17.5. Jugendhilfekongress der GEW, Wolfsburg

19./20.5. ver.di, Bundesfachbereichskonferenz Bildung, Wissenschaft, Forschung, Leipzig

17.5. ver.di, Demonstration „Mutige Reformen statt Leistungsabbau“, Berlin

21.5. Hans-Böckler-Stiftung, Fachtagung zur Novellierung des Euro-Betriebsräte-Gesetzes, Berlin

22./23.5. Otto-Brenner-Stiftung, Tagung Freizügigkeit in Europa, Berlin

23.5. DGB West, Gesundheitspolitische Konferenz mit Ursula Engelen-Kefer

24.5. Bundesweiter Aktionstag der Gewerkschaften zur Agenda 2010, Veranstaltungen voraussichtlich u. a. in Hamburg, Hannover, Bochum, Leipzig und Frankfurt/M.

25.5. Landtagswahl Bremen

Tipp

Buch: *Michael Sommer, Cornelia Brandt, Lothar Schröder (Hrsg.):* ***Im Netz@work, E-Mail – Intranet – Internet: Aufbruch, Überwachung, Regeln,*** *VSA-Verlag, Hamburg 2003, 199 Seiten, 12,80 Euro*

Die neuen elektronischen Medien bergen Risiken und Chancen für die Beschäftigten. Um die Chancen zu nutzen, müssen die Interessen der ArbeitnehmerInnen in den Blick genommen werden: So kann ihr Schutz und ihre Rechtssicherheit erhöht werden, Erfahrungsaustausch initiiert und gelungene Lösungsmodelle bekannt gemacht werden. Wo es um negative Auswirkungen geht, kann man an Verbesserungen arbeiten.

Impressum *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** *einblick* Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Udo Perina, Christian Paulsen **Redaktion:** Anne Graef, Stephan Hegger (verantwortlich für diese Ausgabe), Norbert Hüsson, Ulrike Schenken (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Postfach 10 21 45, 40012 Düsseldorf, Tel. 0211 / 43 01 544, Fax 0211 / 43 01 497, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: red.einblick@t-online.de **Büro Berlin:** Udo Böhlefeld, einblick, Wallstraße 61, 10179 Berlin, Tel. 030 / 48 16 23 32, Fax 030 / 27 56 09 78 **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030 / 85 99 46 24, Fax 030 / 85 99 90 92, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design, Sprockhövel **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel. 0211 / 9 20 08 -26, Fax 9 20 08 -38
Alle aktuellen *einblick*-Hintergrundtexte im Überblick: Fax-Abruf 0211 / 43 01 689
Nachdruck frei bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren.

Schlusspunkt

„Ein Tag der Arbeit – vor allem für die Polizei“

Headline eines Artikels des Berliner Tagesspiegel vom 30. April über die bereits im Vorfeld erwarteten Krawalle Berliner Autonomer am 1. Mai.

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 26.05.2003 10/03

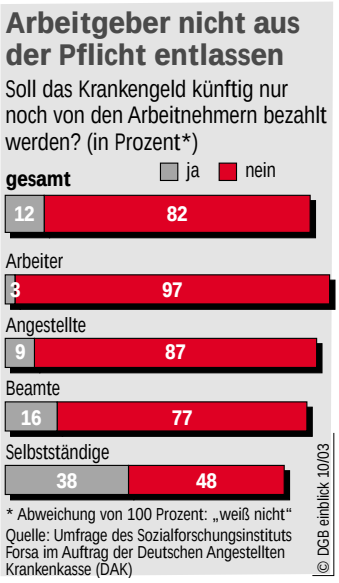
DGB

Zukunft des Sozialstaates

Agenda 2010 ist erst der Anfang

Die Mehrheiten stehen. Ernsthaft zweifelt niemand daran, dass Bundeskanzler Gerhard Schröder die Agenda 2010 am 1. Juni über die Hürde des SPD-Parteitags und dann durch den Bundestag bringen wird. Aber dass die Agenda zu einem Rückgang der Arbeitslosigkeit beitragen wird, wird auch von Ökonomen bezweifelt. Für viele ist sie das falsche Rezept.

Die Agenda 2010 liefere keinen Impuls, um Deutschland aus der drohenden Stagnation zu führen, mahnt der Würzburger Wirtschaftswissenschaftler Peter Bofinger. Im Gegenteil: Kurzfristig werde Schröders Reform die Wirtschaft sogar belasten. Gustav Horn, Leiter der Abteilung Konjunkturforschung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) fürchtet gar den Verlust von 100 000 Arbeitsplätzen bis Ende 2004. Während viele Ökonomen gerne zu hohe Lohnkosten für die derzeitige Konjunkturschwäche verantwortlich machen, kommt Horn zum entgegengesetzten Ergebnis: Verantwortlich für die anhaltende wirtschaftliche Schwäche sei vor allem die zu geringe Binnennachfrage. Die durch die Lohnzurückhaltung der Gewerkschaften verbesserten Exportchancen könnten die fehlende Binnennachfrage nicht kompensieren.



Die Kritik der Gewerkschaften an der Agenda 2010 wird von einer breiten Mehrheit geteilt: Vier von fünf Deutschen (82 Prozent) sind zum dagegen, dass das Krankengeld nur noch von den Arbeitnehmern bezahlt wird.

Auch wenn Ökonomen wie der Präsident des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), Rüdiger Pohl, die Agenda 2010 loben, wächst die Kritik. Nur wenige Wirtschaftswissenschaftler wollten im Mai einen von Wolfgang Wiegard, dem Vorsitzenden des Sachverständigenrates, initiierten Aufruf zur Unterstützung der Agenda unterschreiben. Die Zeichnungsfrist musste verlängert werden, so *Financial Times Deutschland.*

Trotzdem machen sich die Gewerkschaften keine Illusionen. Niemand dürfe glauben, dass die Auseinandersetzung über den Sozialstaat am 1. Juni beendet sei, warnt der DGB-Vorsitzende Michael Sommer. Vieles deute darauf hin, dass die Wirtschaft nicht so bald in Schwung komme: „Dann wird es heißen, die Medizin war richtig, die Dosis aber zu niedrig.“

Blockieren wollen die Gewerkschaften die Modernisierung des Sozialstaates nicht. Aber um zu verhindern, dass die Reformen einseitig zu Lasten der Beschäftigten zu gehen, wollen sie ihre Strategie eng untereinander abstimmen. „Die Gewerkschaften sind nur stark, wenn sie gemeinsam das gleiche Lied pfeifen“, mahnt DGB-Vorsitzender Sommer. „Und sie pfeifen alle das gleiche Lied. Inhaltlich sind die Gewerkschaften nicht auseinander“, so Sommer. Auch der NGG-Vorsitzende Franz-Josef Möllenberg, der nach der Absage des SPD-Gewerkschaftsrates zusammen mit den Vorsitzenden von TRANSNET und IG BCE, Norbert Hansen und Hubertus Schmoldt, die Gewerkschaften vor einem Rückzug aus der Reformdebatte gewarnt hatte, betont die Gemeinsamkeiten: „Inhaltlich bleibt die Kritik an der Agenda bestehen“, so Möllenberg. „Auch der Aktionstag am 24. Mai ist von allen Gewerkschaften getragen worden.“ •

plusminusBERLIN

+ ***Bundespräsident Johannes Rau fordert eine höhere, staatliche Unterstützung der Verbraucherberatung. Viele Beratungsleistungen könnten nur noch kostenpflichtig angeboten werden, weil fast alle Bundesländer ihren Zuschuss massiv gekürzt haben.***

– ***Dieter Thomae, gesundheitspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion, will die Altersgrenze, nach der Ärzte mit 69 Jahren ihre Zulassung verlieren, um Jüngeren Platz zu machen, aufheben. Sonst drohe ein Ärztemangel, weil heute 50 Prozent der jungen Ärzte in andere Berufe abwanderten.***

inhalt

Seite 3
Zweigeteilter Arbeitsmarkt
Die Agenda 2010 zielt auf den Aufbau eines staatlich geförderten Niedriglohnsektors

Seite 5
120 Ideen für die ehrenamtliche Arbeit
Neue Projekte sollen die Arbeit des DGB in den Regionen beflügeln

Seite 7
Die Rache der „neuen Mitte“
Moderne ArbeitnehmerInnen wollen keine Politik sozialstaatlicher Opfer. Aber sie brauchen mehr Raum für die Eigeninitiative in den Gewerkschaften, meint der Soziologe Michael Vester

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.ploteus.net
Portal für Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten in ganz Europa

Im Faxabruf

0211 / 43 01 652
Ausbildungsfinanzierung Hintergrundpapier des DGB

0211 / 43 01 653
„Ohne Frauen keine Reform“. Aufruf zum Frauenbündnis

Europäische Union

Gesundheitsschutz mangelhaft

Ein Fünftel aller Beschäftigten in der EU, 32 Millionen Menschen, sind bei ihrer Arbeit Krebs erregenden Stoffen ausgesetzt, 22 Prozent atmen mindestens während eines Viertels ihrer Arbeitszeit Rauch und Dämpfe ein, und nur in zwölf Prozent aller Unternehmen werden, so die „Europäische Agentur für Sicherheit und Gefahrenschutz am Arbeitsplatz“, bei Giftstoffen die Gefahrenverhütungsvorschriften eingehalten. Der falsche Umgang mit Gefahrstoffen habe einen wesentlichen Anteil an den jährlich 350 Millionen wegen arbeitsbedingter Gesundheitsprobleme verlorenen Arbeitstagen in der EU, so die Arbeitsschutz-Experten. •

EU-Osterweiterung

Tschernobyl-Reaktoren in der EU

Die Erweiterung der EU um Staaten aus Ost- und Mitteloseuropa stellt die Gemeinschaft vor massive Umweltprobleme. Darauf hat das Freiburger Öko-Institut aufmerksam gemacht. Zu den größten Problemen gehörten Atomkraftwerke des Tschernobyl-Typs etwa in Litauen sowie Reaktoren in Tschechien, der Slowakei und Ungarn. Wegen der geringen Wirtschaftskraft der meisten Beitrittsländer müsste der Umwelt- und Energiepolitik ein höherer Stellenwert in den Gemeinschaftsaufgaben der EU zukommen. •

Fragen an ...

Foto: Chr. von Polentz/transit-Berlin

In der ostdeutschen Metall-, Elektro- und Stahlindustrie stehen die Zeichen auf Sturm. Ab Anfang Juni könnte gestreikt werden. Hasso Düvel, 58, Berliner Bezirksleiter der IG Metall und Verhandlungsführer, ist zuversichtlich, einen Arbeitskampf „so lange wie nötig“ durchzuhalten.

■ Der Streik um die 35-Stunden-Woche 1984 im Westen hat sieben Wochen gedauert. Wie lange hält der Osten durch?

■ *So lange wie nötig.*

■ Selbst wenn der Streik gewonnen wird – die wenigsten Arbeitgeber sind tarifgebunden, die Arbeitszeitverkürzung wäre ihnen egal.

■ *Das stimmt so nicht. 48 Prozent der Beschäftigten arbeiten in Betrieben, für die der Flächentarif gilt. Für 14 Prozent gelten Anerkennungs- und Haustarifverträge. Weitere acht Prozent arbeiten in Firmen, die sich am Tarif orientieren. Kurzum: 70 Prozent der Beschäftigten profitieren vom Tarifvertrag.*

■ Die Verkürzung der Wochenarbeitszeit um drei auf 35 Stunden würde die Lohnkosten um 8,6 Prozent in die Höhe treiben, klagen die Ost-Unternehmer, und ihren einzigen Standortvorteil kaputtmachen.

■ *Die Kosten wären nur dann so hoch, wenn die 35-Stunden-Woche sofort eingeführt und die Arbeitszeitverkürzung zu 100 Prozent in Neueinstellungen umgemünzt würde. Wir fordern aber einen Stufenplan über mehrere Jahre. Und alle Erfahrungen mit Arbeitszeitverkürzungen zeigen, dass sie nur zu 50 Prozent zu Neueinstellungen führen. Eine Stunde weniger kostet also nur 1,4 Prozent der Lohnsumme. Und die wären locker zu finanzieren. Denn der Osten hat seit 2001 bei den Lohnstückkosten die Nase vorn, sie liegen derzeit im Schnitt um zehn Prozent niedriger als im Westen.*

■ Die IG Metall würde auch schwächeren Firmen besonders viel Zeit lassen. Warum blocken die Arbeitgeber trotzdem ab?

■ *Sie wollen gar nicht mehr über die 35-Stunden-Woche verhandeln, wie sie uns das noch vor einem halben Jahr versprochen haben. Sie wollen von der Anti-Gewerkschaftsstimmung profitieren und uns eine Niederlage verpassen.*

wie war die woche?

Ein volles Programm bot die DGB-Region Köln-Leverkusen-Erft-Berg in der ersten Aktionswoche der DGB-Kommunikationskampagne. Ob Busaktion vorm Arbeitsamt, Gesundheitskonferenz oder Infostand in der Innenstadt – Regionsvorsitzender Wolfgang Uellenberg-van Dawen, 52, war vom 13. bis 17. Mai stets vor Ort. Sein Fazit: „Stressig war’s, aber auch ungemein spannend.“

Arbeitsmarktreform und Gesundheitspolitik – das waren die Schwerpunkte unserer Aktionen. Unser Motto: Reformen Ja – Sozialabbau Nein Danke! Die passende Einstimmung gab’s dafür bei der Auftaktdiskussion, zu der wir gemeinsam mit der Katholischen Arbeiterbewegung eingeladen hatten. Thema: „Hartz und die Folgen“. In Köln ist längst Alltag, was bundesweit geplant ist – vor zwei Jahren wurden Arbeits- und Sozialamt zum Jobcenter zusammengelegt.

Die Busaktionen, die wir gemeinsam mit den Personalräten der Krankenhäuser und Arbeitsämter durchführten, kamen gut an. Auf den Arbeitsämtern ein schlechtes Klima: Allein in Köln wurden im letzten Monat mehrere tausend Arbeitslosengeldempfänger zum Rapport gebeten – einige von ihnen schilderten eindringlich, wie deprimierend es ist, wenn man in der Hoffnung auf einen Job zum Amt geht und enttäuscht wird. Oder wie sich Arbeitslosenhilfeempfänger fühlen, die jahrzehntelang gearbeitet haben und nun weder Förderung noch Leistung erhalten sollen. Nicht nur Arbeitslose sind wütend über die angekündigten Einschnitte, auch die Beschäftigten in den Ämtern haben viel Kritik. Ich empfehle allen Bundestagsabgeordneten, sich mal vorm Arbeitsamt die Sorgen der Menschen anzuhören. Oder sich von Beschäftigten in der Psychiatrie der Rheinischen Landesklinik beschreiben zu lassen, wie Personalabbau die Qualität ihrer Arbeit zunichte macht.

Höhepunkt der Aktionen – Infostände in der City unter der Devise: „Ein Appel und ein Ei für Arbeitslose und Kranke? Nein danke!“ Gemeinsam mit Michael Sommer verteilten wir Äpfel und Eier, führten Gespräche mit Passanten und stellten fest: So schlecht, wie die Medien sagen, ist unser Image nicht. Zwei Drittel der Leute erklärten: Gut, dass ihr solche Aktionen macht. Der Stress hat sich gelohnt – ich bin überzeugt, dass unsere Gespräche, gemeinsame Aktionen aller Gewerkschaften vor Ort, mehr gebracht haben als zwanzig Großplakate.

Niedriglohnsektor

Zweigeteilter Arbeitsmarkt

Die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung unter Kanzler Gerhard Schröder hat sich mit der Agenda 2010 auf den Weg gemacht, einen staatlich geförderten Niedriglohnsektor in die Realität umzusetzen.

Die Senkung von Lohnersatzleistungen bis an die Grenze des Existenzminimums und die Verpflichtung zur Arbeitsannahme – unabhängig vom erlernten Beruf – sollen dafür sorgen, dass Arbeit billiger und die Zahl der Arbeitsplätze größer wird. Befristete Zuschüsse bei Arbeitsaufnahme sind der erste Schritt zur Schaffung von Kombilohnmodellen. Dabei sollen staatliche Transferzahlungen Beschäftigte mit niedrigem Einkommen zur Aufnahme einer Beschäftigung motivieren. Befürworter derartiger Kombilohnmodelle erwarten eine geradezu automatische Belebung des Arbeitsmarktes.

Langjährige Erfahrungen mit Kombilohnmodellen gibt es vor allem im angelsächsischen Sprachraum: In den USA können Geringverdiener mit einem Zuschuss rechnen (Earned Income Tax Credit), in England gibt es das Familiengeld (Working Families Tax Credit) und in Irland das Familiengeld (Family Income Supplement) und den Teilzeitzuschuss (Part-Time Job Incentive).

Inzwischen versucht sich auch Frankreich mit der Beschäftigungshilfe (Prime Pour l'Emploi) an einem Kombilohn, in den Niederlanden und in Belgien wird die Arbeitsaufnahme Langzeitarbeitsloser gefördert. Mit einem befristeten Lohnzuschuss greift Luxemburg ArbeitnehmerInnen unter die Arme, die wegen Schwierigkeiten ihres Arbeitgebers den Arbeitsplatz wechseln mussten oder die zuvor Arbeitslosengeld erhalten haben. Österreich, Dänemark, Schweden und Finnland haben ebenfalls befristete Kombilohnmodelle eingeführt.

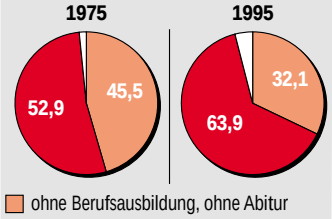
Kaum wahrgenommen von der Öffentlichkeit, ist der Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik allerdings auch längst zweigeteilt: hier die hoch produktiven, hoch technisierten industriellen Bereiche, dort die rein binnenwirtschaftlich ausgerichteten personalintensiven Dienstleistungsbereiche, schlecht bezahlt und mit einer großen Zahl prekärer Beschäftigungsverhältnisse. 1997 betrug der Anteil der geringfügig Beschäftigten in Deutschland 5,7 Prozent – ein Niedriglohnsektor, der seitdem Jahr für Jahr zunimmt. Glaubt man den Wirtschaftsauguren, dann sind hohe Arbeitskosten die Ursache dafür, dass keine Arbeitsplätze mit schwacher Produktivität entstehen. Demnach müssten der Ausdehnung der Niedriglohnbereiche neue Arbeitsplätze in diesem Segment folgen. Barbara Riedmüller, Berliner Soziologin und Professorin für Politische Wissenschaft, bezweifelt diesen Automatismus. So sei etwa der von den Befürwortern des „Heilmittels Niedrigentgelte" behauptete Trend einer Expansion des Dienstleistungssektors grundsätzlich richtig, vernachlässige aber völlig das Verhältnis zu anderen Wirtschaftszweigen. Der Faktor Arbeitsproduktivität und die mit der Subvention verbundene Verteilungswirkung würden vernachlässigt. „Wer", so fragt sie in den *Gewerkschaftlichen Monatsheften*, „ist Nutznießer einer solchen Lösung? Wie teuer ist dieses Produkt wirklich?" Und: „Soll der in der Produktion tätige Mensch durch Steuern diesen Markt subventionieren?"

Ein weiteres Argument gegen den Kombilohn sieht sie im deutschen Modell der Sozialpartnerschaft. So sei in den USA und in Großbritannien die Debatte über die entsprechenden Kombilohnmodelle begleitet worden von ethischen Diskussionen über „Lebensführung" und die „Pflicht gegenüber der Gemeinschaft". Dort habe die Pflicht zur Teilhabe am Arbeitsmarkt als Voraussetzung für soziale Rechte einen neuen Platz in der Sozialpolitikdebatte errungen.

Das dritte Argument zeigt die Probleme auf, die sich im Rahmen von Programmen wie dem Mainzer Modell offenbarten. Diese „wiederholen bekannte Probleme, z.B. hohe Abbruchquoten, zu geringes Interesse der Betriebe, konkurrierende arbeitsmarktpolitische Instrumente". Ein viertes Argument gegen den Niedriglohn gilt der Zukunft. Jede arbeitsmarktpolitische Strategie müsse auf ihre Zukunftsfähigkeit überprüft werden. „Angesichts eines hohen Bestandes an Langzeitarbeitslosen und niedrig Qualifizierten läuft die Arbeitsmarktpolitik Gefahr, an Zukunftsaufgaben vorbeizusteuern." So stehe der Arbeitsmarkt hier zu Lande vor einem erhöhten Qualifikationsbedarf, die Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt sei gewünscht. Ziele, um die sich Sozialgesetzgebung und Familienpolitik bemühen müssen. „Daher darf die Strategie der Subvention des Niedriglohnsektors auf das Element Qualifikation nicht verzichten." •

„Working Poor" mit Ausbildung

Ausbildungs- und Qualifikationsstruktur bei Beziehern von Niedriglöhnen* (Angaben in Prozent)



ohne Berufsausbildung, ohne Abitur
mit Berufsausbildung, ohne Abitur
sonstige, darunter:

	1975	1995
ohne Berufsausbildung, mit Abitur	0,6	0,9
mit Berufsausbildung, mit Abitur	0,4	1,7
Fachhochschule	0,2	0,3
Universität	0,3	1,0

* 50 Prozent der Vollzeitlöhne (Durchschnitt)
Quelle: IAB-Beschäftigtenstichprobe, Berechnungen im Auftrag des WSI

© DGB einblick 10/03

1975 waren 10,7 Prozent aller Vollzeitbeschäftigten Niedriglohnempfänger, 1995 waren es 11,0 Prozent.

Zusammenführung

Bei der Vorstellung der Agenda 2010 am 14.März erklärte Bundeskanzler Schröder: „Ich akzeptiere nicht, dass Menschen, die arbeiten wollen und können, zum Sozialamt gehen müssen, während andere, die dem Arbeitsmarkt womöglich gar nicht zur Verfügung stehen, Arbeitslosenhilfe beziehen. Ich akzeptiere nicht, dass Menschen, die gleichermaßen bereit sind zu arbeiten, Hilfen in unterschiedlicher Höhe bekommen. Ich denke, das kann keine erfolgreiche Integration sein."

Um dem Anspruch des Kanzlers gerecht zu werden, sollen Arbeitslosen- und Sozialhilfe etwa auf dem Niveau der Sozialhilfe zusammengeführt werden. Alle erwerbsfähigen Sozial- und Arbeitslosenhilfebezieher sollen Anspruch auf die neue Leistung haben. Die neue Leistung soll weitgehend pauschalisiert sein und durch eine verbesserte Freibetragsregelung mehr Anreize zur Arbeitsaufnahme geben. Der Freibetrag vom Erwerbseinkommen soll die jeweilige Anzahl der Familienmitglieder berücksichtigen. Darüber hinaus sollen bei Beschäftigungsaufnahme verstärkt befristete Arbeitnehmerzuschüsse gewährt werden können.

PROJEKTE UND PARTNER

Lebenslanges Lernen

Bedarf frühzeitig ermitteln

Berufliche Entwicklung ist ohne kontinuierliche Lernprozesse nicht mehr vorstellbar. Dennoch sind zielführende Weiterbildungs- und Lernberatungsangebote für Beschäftigte wie für Erwerbslose Mangelware. Für Abhilfe will der DGB mit dem Projekt „Leben und Arbeiten“ (LEA) sorgen. Ziel von LEA ist, im Dialog mit Beschäftigten, Betriebsräten, Arbeitgebern und ExpertInnen den künftigen Qualifizierungsbedarf in der industriellen Fertigung sowie im Sozial- und Gesundheitswesen zu ermitteln und ein bedarfsgerechtes Beratungsangebot zu entwickeln.

„Bildungscoaches“ sollen Qualifikations-, Lern- und Karriereberatung sowie Kompetenzentwicklung integrieren. Dieses Coachingkonzept wird in Betrieben im Raum Hamburg erprobt. Der DGB führt das auf drei Jahre angelegte Projekt in Kooperation mit dem Berufsfortbildungswerk Hamburg (bfw) und dem Fraunhofer Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation durch. Gefördert wird LEA vom Bundesbildungsministerium. •

kerstin.ruff@bvv.dgb.de

Gesundheitsreform

Kassenreform aus Expertensicht

Mögliche Änderungen in der gesetzlichen Krankenversicherung diskutieren die TeilnehmerInnen der Fachtagung „Gesundheitsreform 2003 – Konturen einer Neuorientierung zwischen Tradition und Modernisierung“ am 18. Juni in Bonn. Referate halten unter anderem Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt und der Kölner Professor Frank Schulz-Nieswandt. Die Teilnahme an der Veranstaltung der Gesellschaft für Sozialen Fortschritt ist kostenlos. •

Fax 0228 / 63 49 48
SozialerFortschritt@t-online.de

Arbeitsämter

Infos über EU-Ausland

Wichtige Infos rund ums Lernen, Studieren und Arbeiten in der EU und in den Beitrittsländern hat die Bundesanstalt für Arbeit zusammengestellt. Die überarbeitete Broschüre „Europa kommt – gehen wir hin!” gibt's ab sofort kostenlos bei allen Arbeitsämtern. Darüber hinaus stehen die Infos auch im Internet. Persönliche Beratung bietet eine Hotline, erreichbar montags bis donnerstags von 8 bis 20 Uhr, freitags von 8 bis 16 Uhr. •

Hotline 0180 5 / 22 20 23
(12 Cent pro Minute)
www.arbeitsamt.de

Ausgezeichnet: Die Anfang Mai gestartete DGB-Kampagne zur Reform des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) ist von der Werbewirtschaft als „gewitzte Politkommunikation“ gelobt worden. Die Fachzeitschrift *werben & verkaufen* hat die von der Agentur „Berliner Botschaft“ entwickelte Kampagne, die auf ihren Plakaten die Versprechen der Werbung mit der Realität von Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz konfrontiert, am 8. Mai zur „Kreation des Tages“ gekürt. *www.bbig-reform.de*

Gesundheitssystem

Mit Wettbewerb fit für Europa

Für eine freiere Wahl von Gesundheitsleistungen innerhalb der EU und für mehr Wettbewerb zwischen den deutschen Krankenkassen plädieren die Autoren einer Studie im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung. Der Abschluss der Expertise von Klaus Jacobs und Jürgen Wasem verzögerte sich durch die sich stetig ändernde Gesetzeslage. Jetzt liegen die Ergebnisse unter dem Titel „Weiterentwicklung einer leistungsfähigen und solidarischen Krankenversicherung unter den Rahmenbedingungen der europäischen Integration“ vor. Das rund einhundert Seiten starke Heft (ISBN 3-935145-64-0) gibt's für zwölf Euro im Buchhandel oder im Direktversand. •

Fax 0211 / 408 00 90 40
mail@setzkasten.de

IG BAU-Jugend

Medienpaket zur Altersvorsorge

Nur wer sich frühzeitig Gedanken um die Rente macht, erlebt später keine bösen Überraschungen. Als Arbeitshilfe für den Seminar- und Berufsschulunterricht hat die IG BAU-Jugend jetzt ein Medienpaket mit dem Titel „Altersarmut? – Nein danke!“ geschnürt. Foliensatz, CD-ROM und Begleitbroschüre helfen GewerkschaftssekretärInnen, BildungsreferentInnen und BerufsschullehrerInnen bei der Vermittlung komplizierter Themen wie der Umlagefinanzierung des gesetzlichen Rentensystems. Erklärt wird auch die tarifliche Zusatzrente für Baubeschäftigte. Die Materialien gibt es für fünf Euro beim IG BAU-Jugendbüro oder bei den Bezirksverbänden. •

Tel. 069 / 95 73 74 61
jugend@igbau.de

interregio

••• Der ***DGB Hessen*** hat eine ***Studie*** zur Erhöhung der Erbschaftssteuer in Auftrag gegeben. Steuersätze von zehn oder 15 Prozent bei Freibeträgen zwischen 250 000 und 500 000 Euro würden das Steueraufkommen des Landes Hessen um bis zu 487,4 Millionen Euro steigern, da die Erbschaftssteuer den Ländern zufließt. Mit dem Erlös könnten beispielsweise im Bildungssektor bis zu 10 800 neue Stellen geschaffen werden. Die Studie zum Download: *www.hessen.dgb.de*

••• Die ***DGB-Jugend Sachsen*** exportiert die Idee ihrer ***Projektschultage*** „Für Demokratie Courage zeigen“ jetzt ins Ausland: Der französische Jugendverband Leo Lagrande startet ein an das sächsische Konzept angelehntes SchülerInnen-Projekt. Auch in den Niederlanden haben bereits erste Gespräche über eine mögliche Übernahme der Projektschultage stattgefunden. Infos: Kerstin Knye, Tel. 0351 / 86 33 101.

••• ***ver.di*** und ***DGB München*** haben unter anderem mit der AWO, der Caritas, dem Mieterverein und dem Bund Naturschutz das ***Bündnis gegen M-Pleite*** gegründet. Ziel dieses bundesweit bisher einzigartigen Zusammenschlusses ist, gemeinsame Forderungen zur Gemeindefinanzreform durchzusetzen. In einer ersten Erklärung fordern die Verbände unter anderem die Umsetzung des von der Bundesregierung angekündigten kommunalen Investitionsprogramms in Höhe von sieben Milliarden Euro und ein im Grundgesetz verankertes Mitspracherecht der Gemeinden bei der Gesetzgebung, wenn die kommunalen Finanzen beeinflusst werden. Infos: Heinrich Birner, Tel. 089 / 5 99 77 99 99.

Binnenstruktur der DGB-Regionen

120 Ideen für die ehrenamtliche Arbeit

Die politische Arbeit vor Ort ist im DGB seit der Bildung der 94 DGB-Regionen Mitte 2001 ehrenamtlich organisiert. Wie erfolgreiche Arbeit in den neuen Strukturen möglich ist, will der DGB ab Juni in einer neuen Phase der Organisationsreform exemplarisch zeigen.

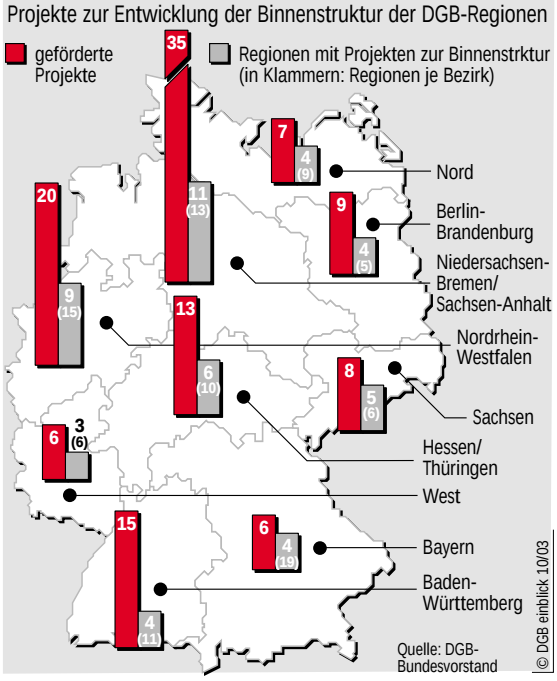
59 der 94 DGB-Regionen hatten sich Anfang des Jahres mit Projektvorschlägen beim DGB-Bundesvorstand beworben. 182 Projekte wurden eingereicht, 120 Anfang Mai in die Förderung aufgenommen. Mit ihrer Hilfe will der DGB-Bundesvorstand bis Ende des Jahres erproben, wie die Arbeit mit Ehrenamtlichen unterhalb der Ebene der DGB-Regionen weiterentwickelt werden kann. Das inhaltliche Spektrum, das die ehrenamtlichen Kreis- und Ortsverbände des DGB, die so genannte Binnenstruktur der Regionen, dabei bearbeiten, ist weit gespannt. Es reicht von der Öffentlichkeitsarbeit eines Ortsverbands im ersten Jahr seiner Gründung in Böblingen-Sindelfingen über die grenzüberschreitende Schienenverkehrspolitik in Landshut bis zum Projekt „Plattdütsk bi d' Arbeit" in Ostfriesland. Andere Projekte untersuchen neue Wege zur Verbesserung der Abstimmungsprozesse zwischen aktiven Ehrenamtlichen und den in der Region tätigen hauptamtlichen Gewerkschaftsfunktionären oder konzentrieren sich auf den Aufbau von Strukturen für die außerbetriebliche Mitgliederarbeit, zum Beispiel für Arbeitslose, Berufspendler und Frauen. Auch die Erschließung „weißer Flecken" gehört mit zu den Projektschwerpunkten. Allein 13 Projekte kümmern sich um die Vorfeldarbeit an Schulen und Hochschulen, zum Beispiel durch den Aufbau eines Beraternetzwerks an der Humboldt-Universität in Berlin oder durch die Organisation einer Ferienpass-Aktion für SchülerInnen im Ortsverband Liebenau-Stolzenau.

Gut die Hälfte aller Projekte sind Anschlussprojekte: Sie basieren auf den Erfahrungen der bereits in den letzten beiden Jahren durchgeführten Pilotprojekte zur ehrenamtlichen Arbeit. 38 weitere konzentrieren sich auf neue Projektansätze.

Gefördert werden die Projekte vom DGB-Bundesvorstand insgesamt mit mehreren Hunderttausend Euro. Gedacht sind die Mittel nicht als Dauersubvention, sondern als Anschubfinanzierung. Alle Projekte müssen bis Ende 2003 einen Erfahrungsbericht vorlegen, größere Projekte ab 10 000 Euro sogar eine ausführliche Dokumentation. •

Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen vorn

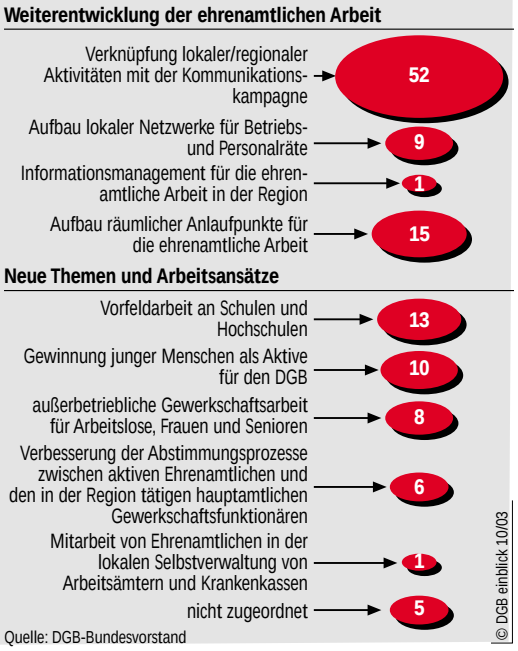
Projekte zur Entwicklung der Binnenstruktur der DGB-Regionen



Der DGB-Bundesvorstand fördert in diesem Jahr 120 Projekte zur Entwicklung der ehrenamtlichen Arbeit in den Regionen. Die meisten Projekte gibt es im Bezirk Niedersachsen – Bremen/Sachsen-Anhalt. Elf von 13 Regionen beteiligen sich hier.

Den regionalen Blick stärken

Thematische Schwerpunkte der Projekte zur Binnenstruktur der DGB-Regionen



52 der 120 Projekte zur Binnenstruktur der Regionen verbinden lokale Aktivitäten mit der Kommunikationskampagne des DGB. In 35 weiteren Projekten geht es um die Entwicklung neuer Themen für die ehrenamtliche Arbeit.

Lernen von anderen

Die Mittel des DGB-Bundesvorstands für die Weiterentwicklung der ehrenamtlichen Arbeit in den Regionen gibt es nur in diesem Jahr. Ab 2004 soll die Binnenstruktur der Regionen über die entsprechenden Mittel der DGB-Bezirke finanziert werden. Damit das Konzept aufgeht, ist die Begleitung und Auswertung der jetzt startenden 120 Pilotprojekte wichtig. Auch andere Regionen sollen von den Erfahrungen profitieren.

Alle Projekte werden deshalb vom jeweiligen DGB-Bezirk begleitet. Ab August sind bezirksübergreifende Workshops zu den verschiedenen thematischen Projektbereichen geplant, im kommenden Jahr gibt es zudem Transferworkshops auf Bundesebene. Außerdem müssen alle Projekte bis Anfang 2004 einen Abschlussbericht vorlegen, Projekte mit einer Fördersumme ab 10 000 Euro sogar einen ausführlichen Transferbericht.

Parallel dazu werden auf Bundesebene die drei bereits vor zwei Jahren begonnenen bundesweiten Analyseprojekte zur Arbeit der regionalen Kompetenzzentren in Baden-Württemberg, zur Verzahnung der Binnenstruktur mit der politischen Planung der Gewerkschaften und zum Anforderungsprofil für die ehrenamtliche Arbeit fortgeführt.

kurz&bündig

TRANSNET und ver.di haben eine Kooperationsvereinbarung für den öffentlichen Personennahverkehr abgeschlossen. Zusammenarbeiten wollen die Gewerkschaften in der Tarif,- Unternehmens- und Verkehrspolitik. TRANSNET soll die Federführung im Schienenverkehr übernehmen, ver.di beim Nahverkehr auf der Straße. In Betrieben mit gemeinsamer Zuständigkeit werden Tarifgemeinschaften gebildet.

Die GEW hat den mit 4000 Euro dotierten Heinrich-Wolgast-Preis 2005 ausgeschrieben. Prämiert werden Kinder- und Jugendbücher, die sich mit „Erscheinungsformen und Problemen der Arbeitswelt“ befassen. Einsendeschluss ist der 31. Juli 2004.

Die IG BAU setzt ihre Aktion „Wochen der Abrechnung“ fort. Die Gewerkschaft prüft auf Baustellen in ganz Deutschland, ob sich die ab April geltende zweite Stufe der Tariferhöhung in den Lohnabrechnungen wiederfindet. Bereits im September 2002 hatte die IG BAU die Umsetzung der ersten Stufe überprüft.

Die NGG kooperiert mit der japanischen Gewerkschaft Food Rengo. Gemeinsames Ziel sind die Durchsetzung von „Weltbetriebsräten“ für Lebensmittelkonzerne wie Nestlé und Unilever sowie der Kampf gegen Kinderarbeit auf Kakao- und Kaffeeplantagen.

Tag der Bildung

1000 Aktionen gegen die Bildungsmisere

2002 war in der Bildungspolitik ein verlorenes Jahr. Zwar ist Bildung seit dem schlechten Abschneiden deutscher SchülerInnen in der internationalen PISA-Studie wieder ein Thema, aber geändert hat sich im Alltag von Kindergärten, Schulen und Hochschulen nichts. Nach wie vor ist der Bildungssektor unterfinanziert, scheitern notwendige Reformen an der parteipolitischen Instrumentalisierung der Bildungspolitik.

Damit über Bildungsreformen nicht nur geredet wird, rufen die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), der Bundeselternverband Kindertageseinrichtungen (BEVK) und die Bundesschülervertretung (BSV) für den 27. Juni zu einem „Tag der Bildung“ auf. Geplant sind dezentrale Aktionen in nahezu jeder größeren Stadt. In Berlin diskutieren die Veranstalter gemeinsam mit der ehemaligen Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth, mit Bischöfin Margot Käßmann, dem Wirtschaftswissenschaftler Rudolf Hickel und dem EU-Parlamentarier Daniel Cohn-Bendit über „Bildung als soziale Frage des 21. Jahrhunderts“. Geplant sind zudem eine Großdemonstration des Berliner Aktionsbündnisses „Zukunft für Bildung“ und ein Bildungsfest. •

www.tag-der-bildung.de

Kommunikationskampagne

DGB zieht Positives Fazit

Nach Abschluss der ersten Welle der DGB-Kampagne unter dem Motto „Das machen wir“ zieht der DGB ein positives Fazit. Laut einer Studie im Auftrag des *Stern* teilten 52 Prozent der BundesbürgerInnen die Kritik der Gewerkschaften an der Agenda 2010. Ein ähnliches Meinungsbild, melden die regionalen Gliederungen des DGB.

Gut angenommen wurden öffentliche Aktionen auf Plätzen und in Fußgängerzonen, nicht ganz so positiv ist das Fazit bei Saalveranstaltungen. Aber: „Wo Gewerkschaftsvorsitzende auftreten wie zum Beispiel in Mannheim oder Saarbrücken, ist der Zulauf stark.“

Das Kampagnenmaterial wird von den Regionen als gut eingeschätzt, auch die Kampagnen-Website unter *www.das-machen-wir.de.* Der DGB sieht sich durch die Aktionswoche in seiner Politik bestätigt: „Die soziale Schieflage muss raus aus der Agenda 2010, die Menschen fordern Arbeit und soziale Gerechtigkeit, darauf muss sich die Politik konzentrieren.“ Diese Forderungen wollen DGB und Gewerkschaften auch während der zweiten Welle der Kommunikationskampagne transportieren. Sie wird vom 23. bis 29. Juni statt finden. •

DGB online

Fakten und Argumente

Unter dem Titel „Fakten und Argumente zur Agenda 2010“ informiert der DGB auf seiner Homepage über Fakten und Legenden im Zusammenhang mit der Agenda. Den geplanten Einschränkungen und den durch die Medien oft transportierten Halbwahrheiten werden Tatsachen gegenübergestellt. So weist der DGB beispielsweise beim Thema Kündigungsschutz nach, dass die Arbeitgeber längst ein ausreichendes Instrumentarium zur Hand haben, um sich im Zweifelsfalle von MitarbeiterInnen zu trennen. •

IG BAU

ExtraNet für Mitglieder

Als erste Gewerkschaft stellt die IG Bauen-Agrar-Umwelt ihren Mitgliedern ein ExtraNet zur Verfügung. Mit Hilfe dieses passwortgeschützten Bereichs im Internet können Mitglieder der Gewerkschaft Tarifverträge einsehen, die in den nächsten Wochen und Monaten nach und nach online gestellt werden. Ein so genannter Tarifcheck ermöglicht darüber hinaus generell die Überprüfung, welche tariflichen Leistungen der Arbeitgeber schuldig bleibt oder nicht. Ein Stimmungsbarometer soll Aufschluss darüber geben, wie den Beschäftig-

ten die neu hinzugekommenen Features der Website zusagen, außerdem sollen in den nächsten Monaten Unternehmensanalysen Aufschluss darüber geben, wie das jeweilige Bauunternehmen derzeit am Markt bewertet wird. •

Michael Vester, 63, ist Professor für Politische Wissenschaft an der Universität Hannover.

Agenda 2010 und Gewerkschaften

Die Rache der „neuen Mitte“

Die modernen ArbeitnehmerInnen wollen keine autoritäre Politik der Opfer, wenn diese einseitig sind und keine Besserung der Wirtschaftslage bringen, meint der Politikwissenschaftler Michael Vester. Aber sie brauchen Raum für mehr Eigeninitiative in den Gewerkschaften.

Seit Februar ist ein schwelender Konflikt offen ausgebrochen. Auslöser waren die beispiellosen Wahlniederlagen der SPD in Niedersachsen (– 15,5 %), Hessen (– 10,3 %) und in den Kommunen Schleswig-Holsteins (– 12,9 %).

Analysen aus Niedersachsen verweisen auf drei verprellte Milieus: **1. Gerade aus der „neuen Mitte“,** den leistungsstarken modernen Arbeitnehmermilieus, wechselten viele Stammwähler zu den Nichtwählern, enttäuscht über neue Zumutungen bei Rente, Gesundheit, Bildung und Arbeitsrecht. **2. Die Enttäuschten** der gering qualifizierten, unterprivilegierten Arbeitnehmermilieus gingen erstmals weniger zu den Nichtwählern. Verärgert über neue Abstriche bei Kündigungen und Arbeitslosigkeit, entdeckten sie die CDU als „Schutzmacht“ neu. **3. Aus den Milieus** der gut situierten konservativen ArbeitnehmerInnen, die 1998 aus Protest gegen die erstarrte CDU Kohls zu Schröder übergewechselt waren, wanderten viele zu den nun moderner wirkenden bürgerlichen Parteien zurück.

Die sozialpolitischen Ursachen des Desasters sind inzwischen aus dem Bewusstsein verdrängt. Nach der Methode „Haltet den Dieb!“ stellen stattdessen Medien und Politiker die Gewerkschaften als „die großen Blockierer“ der Flexibilisierung der sozialen Sicherungen dar. Am 14. März verkündete der Kanzler seinen Befreiungsschlag. Er bot keinen neuen Sozialvertrag an, wie dies noch bei der Bundestagswahl erwartet wurde. Seine Agenda 2010 verlangte vielmehr kategorisch neue Opfer bei Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe und Krankengeld.

Will das die Bevölkerung? In ihrem Namen wird die Politik gemacht. Aber nicht anhand der Wahlergebnisse, die mit der Angst vor dem sozialen Abbau zu tun hatten. Sondern mittels geschickt formulierter Meinungsumfragen, die der Kritik eine Basis in der Bevölkerung absprechen.

Es kommt auf die Formulierungen an. Fragt man, wie das Politbarometer vom 16. Mai, nach der Meinung zu dem „kreditfinanzierten“ Konjunkturprogramm des DGB, so wird die Angst der kleinen Leute vor Verschuldung angesprochen. Angesichts neuer Rekorde bei der Arbeitslosigkeit und des Offenbarungseides des Finanzministers erstaunt es nicht, dass 67 Prozent den DGB-Vorschlag ablehnten. **Ganz anders fallen Umfragen aus,** die die andere Seite der Medaille hervorheben, dass staatliche Sozial-, Bildungs- und Strukturinvestitionen in großem Umfang neue Arbeitsplätze schaffen.

Ähnlich verhält es sich mit der Haltung zu den Gewerkschaften. Einerseits stimmten im März laut Infratest 50 Prozent der Frage zu, ob die Gewerkschaften „zu viel Macht“ hätten. Wird aber gefragt, ob wir heute noch die Gewerkschaften brauchen, dann sind 83 Prozent dafür, auch Selbstständige (70 %) und Anhänger der CDU/CSU (76 %).

Dennoch müssen die Gewerkschaften beachten, warum ihnen „zu viel Macht“ nachgesagt wird. Worum es geht, zeigt sich eindrucksvoll an der Feststellung „Das Mitspracherecht der Arbeitnehmer an ihrem Arbeitsplatz muss sehr viel größer werden“. Immer mehr sind dafür. Im Jahre 2000 waren es 72 Prozent. Andererseits stimmen einer Mitsprache der Gewerkschaften im Betrieb „nur“ etwa 50 Prozent zu. Das ist nicht schlecht. Es bestätigt aber, dass die ArbeitnehmerInnen ihre **Kontrolle öfter lieber selbst ausüben** als sie zu delegieren – ein Hinweis auf den Wertewandel: Gut qualifizierte moderne ArbeitnehmerInnen, insbesondere Frauen und benachteiligte Gruppen, wünschen schon lange von den Gewerkschaften mehr direkte Partizipation.

Dies ist eine Chance. Die Kampagne gegen die Gewerkschaften hat ihre Ursache auch in der begründeten Furcht, dass der schwache Mitgliedertrend sich jetzt wenden könnte. Seit im Frühjahr 2000 die Spekulationsblase der New Economy platzte, wachsen die Anzeichen einer anhaltenden Depression. Die betrieblichen Konflikte nehmen wieder zu und reizen das Interesse der ArbeitnehmerInnen an ihrer Interessenvertretung. Sie verlangen aber, dass nicht nur Funktionäre, sondern auch die Mitglieder, nicht zuletzt die „neue Mitte“ der Hochspezialisierten und der Angestellten, sich aktiv beteiligen können. **Solidarität würde durch eine Modernisierung,** die Raum für dezentralisierte, aber koordinierte Initiative lässt und die die bürokratische Sprache institutioneller Maßnahmen durch den „Originalton“ der ArbeitnehmerInnen ersetzt, **eher an Kraft gewinnen** als verlieren. •

Plädoyer für den Hauptangeklagten

„Wie das Wild, das sich einen Reibebaum sucht, an dem es seinen Juckreiz bekämpft, so suchen sich alle, die als Modernisierer gelten wollen, die Gewerkschaften als Betonwand aus, an der sie ihr Beinchen heben können. Hauptangeklagte im Standortprozess Deutschland sind die Gewerkschaften. ‚Senkung der Lohn- und Lohnzusatzkosten‘ – mehr fällt den Arbeitgeberfunktionären vorerst nicht ein, wenn es gilt, die Mängelliste für den Standort Deutschland aufzustellen. (...)

Für die Krise können die Gewerkschaften nicht allein verantwortlich gemacht werden. Der Motor der Wirtschaft sind die Unternehmen. Doch die Unternehmensergebnisse fallen höchst unterschiedlich aus. BASF geht es gut, Bayer Leverkusen schlecht, BMW läuft gut, Opel wechselt jedes Jahr den Vorstandsvorsitzenden. Für die misslungenen ‚Welteroberungspläne‘ des Herrn Schrempp trägt die Deutsche Bank mehr Verantwortung als die IG Metall.“

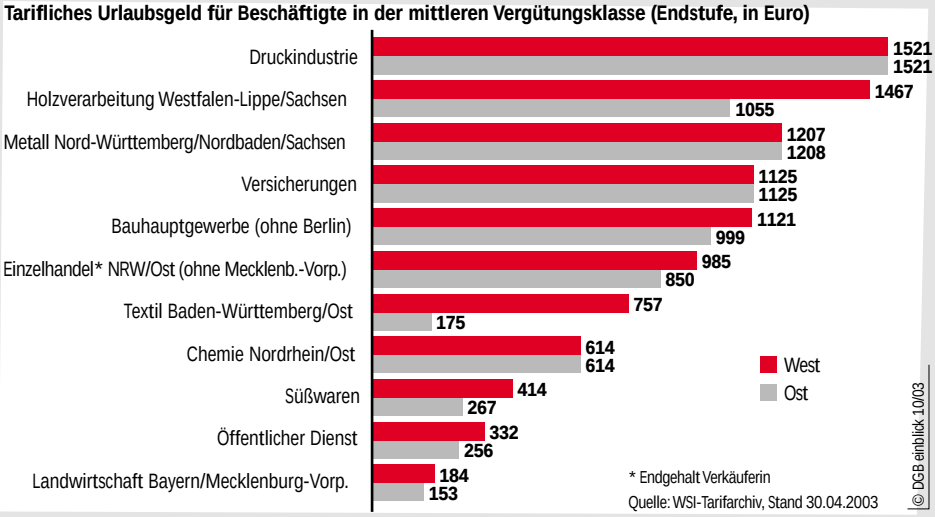
Essay des ehemaligen Bundesarbeitsministers Norbert Blüm (CDU) in der Süddeutschen Zeitung vom 12. Mai 2003 (Auszug)

Postvertriebsstück G 45918 Vertrieb durch toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath

die DGB grafik

TARIFLICHES URLAUBSGELD: Großes Gefälle

Fast alle ArbeitnehmerInnen erhalten ein tariflich vereinbartes Urlaubsgeld. Die Höhe ist in den einzelnen Branchen allerdings sehr unterschiedlich. Das zeigt eine aktuelle Übersicht des WSI-Tarifarchivs in der Hans-Böckler-Stiftung. Beschäftigte in der mittleren Lohngruppe erhalten 2003 zwischen 153 und 1737 Euro Urlaubsgeld. In der Energiewirtschaft, der Eisen- und Stahlindustrie, im privaten Bankgewerbe und Gebäudereinigerhandwerk gibt es keinen tariflichen Anspruch auf Urlaubsgeld.



personalien

••• ***Jürgen Eckl,*** 60, Sozialreferent an der deutschen Botschaft in Santiago de Chile, ist seit dem 1. Mai Referatsleiter für die Bereiche Afrika, Lateinamerika, Asien und Naher Osten in der Abteilung Internationale und europäische Gewerkschaftspolitik des DGB.

••• ***Norbert Haak,*** 53, Leiter der Abteilung Finanzen, und ***Gunter Barnbeck,*** 56, Leiter der Abteilung Personal des DGB, sind vom DGB für den Aufsichtsrat des Auto Club Europa (ACE) benannt worden.

••• ***José Rodríguez,*** 67, Vorsitzender des argentinischen Metallgewerkschaftsbundes SMATA, ist von seiner Funktion als Vizepräsident des Internationalen Metallgewerkschaftsbundes (IMB) entbunden worden. Rodríguez wird vorgeworfen, in den 70ern mit der Militärdiktatur in Argentinien kooperiert zu haben.

14 TAGE

26.-28.5. „Globalisierung in den Griff bekommen", Oberjosbacher Forum der NGG, Oberjosbach

26.-29.5. EGB-Kongress, Prag

28.5. IG Metall, Tagung „Zahnhandwerkertechnik zwischen Gesundheitsreform und Markt", Göttingen

28.-31.5. ver.di, Bundesfachbereichskonferenz Postdienste, Spedition, Logistik, Magdeburg

29.-31.5. Hans-Böckler-Stiftung, Beteiligung am Kongress „Worlds of Capitalism – Globalization, Governance and Democracy", Hamburg

29.5. DGB West, Internationales Jugendcamp, Loreley

3.6. DGB Niedersachsen, Workshop „Probleme und Perspektiven der ehemaligen Grenzregion DDR/BRD", Magdeburg

3.-19.6. Jahrestagung der ILO, Genf

10./11.6. ver.di, HBS, „Potsdamer Forum für Führungskräfte" im öffentlichen Dienst und im Postsektor, Potsdam

Tipp

Film: Gott ist tot, Regisseur: Kadir Sözen, Kinostart: 22. Mai

Der arbeitslose Schlosser Heinrich Lutter, gespielt von Götz George, lebt zusammen mit seinen beiden Söhnen, der eine behindert, der andere vorbestraft. Einziger Lichtblick in Heinrichs Leben ist sein Wohnmobil, mit dem er einmal nach Italien fahren möchte. Als das Sozialamt den Wagen beschlagnahmt, verliert Heinrich jede Perspektive. Sensible Milieustudie über soziale Kälte und den Versuch, sich am Rande der Gesellschaft ein wenig Würde zu bewahren. George verzichtete wie die anderen Darsteller auf seine Gage, um den Film zu ermöglichen.

Impressum *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** *einblick* Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Udo Perina, Christian Paulsen **Redaktion:** Anne Graef, Stephan Hegger, Norbert Hüsson (verantwortlich für diese Ausgabe), Ulrike Schenken (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Postfach 10 21 45, 40012 Düsseldorf, Tel. 0211/43 01 544, Fax 0211/43 01 497, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: red.einblick@t-online.de **Büro Berlin:** Udo Böhlefeld, einblick, Wallstraße 61, 10179 Berlin, Tel. 030/48 16 23 32, Fax 030/27 56 09 78 **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/85 99 46 24, Fax 030/85 99 90 92, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design, Sprockhövel **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel. 0211/9 20 08-26, Fax 9 20 08-38
Alle aktuellen *einblick*-Hintergrundtexte im Überblick: Fax-Abruf 0211/43 01 689
Nachdruck frei bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren.

Schlusspunkt

„Iwan ist tot – es lebe Wzenf"

Spiegel online am 20. Mai über den Antrag „Wege zu einem neuen Fortschritt" für den SPD-Parteitag. Bundeskanzler Gerhard Schröder hatte den ursprünglichen Titel „Iwan" als zu dämlich abgelehnt.

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 10.06.2003 11/03

DGB

Euro-Betriebsräte

Kooperativer Führungsstil ist in

Gleich mit zwei neuen Studien belegt das Forum Mitbestimmung, eine gemeinsame Initiative der Bertelsmann Stiftung und der Hans-Böckler-Stiftung, dass der Europäische Betriebsrat in multinationalen Unternehmen deutscher Herkunft als Gesprächspartner geschätzt wird.

Arbeitnehmerbeteiligung und kooperativer Führungsstil gehören demnach zum Selbstverständnis guter Unternehmensführung auch in den neuen EU-Ländern. Für das Forum Mitbestimmung haben Sigurd Vitols vom Wissenschaftszentrum Berlin sowie das Duo Eckhard Voß und Peter Wilke von wmp consult, Hamburg, erforscht, wie es um die Mitbestimmung in Mittelosteuropa (MOE) bestellt ist.

Während sie bei mittelständischen ausländischen Investoren eher auf Ablehnung stießen, fand wmp in Großunternehmen in Polen, Tschechien und Ungarn „Akzeptanz und ein pragmatisches Verhältnis“ gegenüber Arbeitnehmerorganisationen vor. Betriebliche Gewerkschaftsorganisationen und Betriebsräte würden nicht in Frage gestellt, die Gründung von Interessenvertretungen werde nicht behindert. Festgestellt haben die Hamburger in ihrer Untersuchung auch, dass deutsche Manager dazu neigen, „Interessenvertretungen durch die Brille des Betriebsverfassungsgesetzes zu sehen, sie im Sinne der deutschen Betriebsräte zu interpretieren und diesen ein ähnliches Selbstverständnis abzuverlangen“. Demgegenüber trauen sich Unternehmensleitungen anderer nationaler Herkunft immer noch, ganz allein und einseitig zu bestimmen, was für die Menschen gut ist, die bei ihnen arbeiten.

Hoffnung, dass via Euro-Betriebsrat das sozialpartnerschaftliche Modell als Wettbewerbsvorteil des Europäischen Sozialmodells in den multinationalen Unternehmen verstärkt Platz greifen könnte, macht das Ergebnis der Studie von Sigurd Vitols. Er hat die Manager in den 165 Dow Jones Stoxx 600 gelisteten Unternehmen mit Euro-Betriebsräten befragt. Sein Fazit: „Unterschiedliche Managementerfahrungen offenbaren verschiedenartige Einstellungen zu Euro-Betriebsräten. Die Mehrheit der Manager sieht aber den eigenen Euro-Betriebsrat als konstruktiven Mitspieler, der eine supranationale Kommunikationsplattform darstellt und positive Effekte auf die Information der Beschäftigten, auf die Akzeptanz von Management-Entscheidungen und auf deren Qualität hat. Viele dieser Euro-Betriebsrats-Befürworter wünschen, dass er in Zukunft eine stärkere Rolle im Unternehmen spielen soll.“ •

Alle Studien unter: www.unternehmenskultur.org/mitbest/index3-1.html

Gewerkschaften im Transformationsprozess

Gewerkschaftlicher Organisationsgrad und Deckungsraten von Tarifvereinbarungen 2001 (in Prozent)

Indikator	Ungarn	Tschechien	Polen
Gewerkschaftlicher Organisationsgrad	20	30	15
Deckungsrate von nationalen Tarifvereinbarungen	45-50	25-30	k.A.
Deckungsrate sektoraler Tarifvereinbarungen	18	k.A.	unter 10

Quelle: EIRO online 2002

Die Gewerkschaften in Mittelosteuropa leiden unter den Folgen des Transformationsprozesses, massive Mitgliederverluste haben zu einer organisatorischen Schwächung geführt. Das hat zur Folge, dass wesentlich weniger Beschäftigte als in Westeuropa durch Tarifverträge abgesichert sind.

plusminusBERLIN

+ ***Hans-Peter Bartels, stellvertretender Sprecher der AG Sicherheitsfragen der SPD-Fraktion, will dem Bundestag mehr Mitsprache bei Bundeswehreinsätzen geben. Bartels fordert ein „Rückholrecht“ des Parlaments, wenn es Einsätze für beendet hält. Bisher kann der Bundestag nur nach Ablauf eines Mandats neu entscheiden.***

– ***Der baden-württembergische Ministerpräsident Erwin Teufel (CDU) fordert die Abschaffung der Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen. Zudem sollten Lohnkürzungen in Krisenzeiten auch gegen die Tarifparteien durchgesetzt werden können. „Betriebsfremde Funktionäre“ dürften nicht über das Unternehmenswohl entscheiden.***

inhalt

Seite 3
Rückkehr eines verdrängten Aufstands
Der 17. Juni 1953 gehört zu den in Ost und West gleichermaßen verdrängten historischen Ereignissen

Seite 5
Handeln, nicht nur verkünden
Das DGB-Aktionsprogramm „Chancengleichheit im Betrieb“ kommt in Fahrt

Seite 7
Ein Parteitag ist nicht das Ende der Politik
DGB-Vorsitzende Michael Sommer sieht Chancen, die Agenda 2010 im Gesetzgebungsverfahren in wichtigen Punkten zu verändern. Gespräche will er nicht nur mit der SPD, sondern auch mit den Grünen und der Union führen

Der Surf-Tipp fürs Internet
www.beruf-und-familie.de/projekte/thema_des_monats/index.html
Mitmachsite rund um Chancengleichheit in Beruf und Familie

Im Faxabruf
0211 / 43 01 656
Modernisierung der Handwerksordnung Positionspapier des DGB

Arbeitszeit

Mythos Jobnomaden

Drei Viertel aller Berufstätigen (71 Prozent) wollen eine Festanstellung mit geregeltem Feierabend. Sieben Prozent können sich vorstellen, ihren Arbeitsplatz auch mit Kollegen zu teilen (Job-Sharing), und zehn Prozent würden gerne zu Hause Telearbeit machen. Das hat das Hamburger BAT-Freizeitforschungsinstitut ermittelt. Das Bild eines unaufhaltsamen Wandels der ArbeitnehmerInnen zu modernen Jobnomaden, die als hoch motivierte Experten mit flexiblen Arbeitszeiten ständig auf der Jagd nach dem beruflichen Erfolg gestern als Versicherungskaufmann gearbeitet haben, um heute als Anlageberater und morgen als Börsenmakler tätig zu sein, sei ein Mythos, so Freizeitforscher Horst W. Opaschowski. Auch die Rolle der modernen Zeitpioniere, die weniger arbeiten, um mehr Zeit für sich und die Familie zu haben, sehen die meisten Beschäftigten eher kritisch. 60 Prozent glauben, dass durch Teilzeitarbeit im Betrieb keine neue Stellen geschaffen werden. 59 Prozent der Männer und 64 Prozent der Frauen sind zudem der Meinung, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf (Work-Life-Balance) von den Unternehmen kaum gefördert wird. •

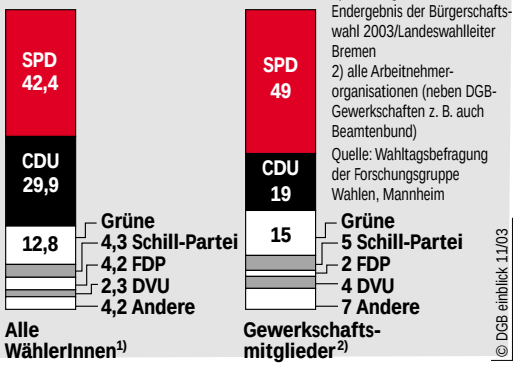
Zeitarbeitstarife

Einigung bei Entgelt

Der Bundesverband Zeitarbeit und die Tarifgemeinschaft Zeitarbeit des DGB haben sich auf einen Entgelttarif geeinigt. Die Stundenentgelte reichen von 6,85 Euro für einfachste ungelernte Tätigkeiten bis zu 15,50 Euro für Hochschulabsolventen. Der Tarifvertrag hat eine Laufzeit von 2004 bis 2008. Innerhalb der vierjährigen Laufzeit ist eine Tarifdynamik vorgesehen, wonach die Entgelte jährlich um 2,5 Prozent steigen. •

Gewerkschafter: Knapp ein Fünftel wählt Union

Stimmen bei den Bremer Bürgerschaftswahlen vom 25.05.2003 (in Prozent)



1) vorläufiges amtliches Endergebnis der Bürgerschaftswahl 2003/Landeswahlleiter Bremen
2) alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften z. B. auch Beamtenbund)
Quelle: Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim

Jeder zweite Gewerkschafter (49 Prozent) hat bei der Bremer Bürgerschaftswahl für die SPD gestimmt, jeder fünfte (19 Prozent) für die dort mitregierende CDU.

Agenda 2010

Verschärfung der Krise erwartet

400 WissenschaftlerInnen aus ganz Deutschland, darunter 235 ProfessorInnen, haben in einem Ende Mai veröffentlichten Aufruf vor falschen Erwartungen an die Agenda 2010 gewarnt. „Die geplanten Einschnitte verletzen die Prinzipien sozialer Gerechtigkeit und gefährden die Substanz des Sozialstaates, schaffen aber keine Arbeitsplätze“, mahnen die WissenschaftlerInnen. Eine Politik, die mit falschen Rezepten operiere und dem Druck konservativer Lobbygruppen nachgebe, sei „weder mutig noch reformorientiert“, heißt es in dem Aufruf, der unter anderem von den Hochschullehrern Gerhard Bäcker, Wolfgang Däubler, Walter Hanesch, Friedhelm Hengsbach, Rudolf Hickel, Ernst-Ulrich Huster, Ingrid Kurz-Scherf, Birgit Mahnkopf, Axel Schulte, Michael Vester und Bodo Zeuner getragen wird. Die andauernde Massenarbeitslosigkeit sei die Folge fehlender Arbeitsplätze und nicht fehlender Arbeitsbereitschaft. Eine Politik, die Arbeitslose unter materiellem Druck dazu treibe, Arbeit „um jeden Preis“ anzunehmen, fördere die Ausbreitung einer Niedriglohnökonomie. Dies trage nicht zum dringend notwendigen Ausbau qualifizierter Dienstleistungen bei, sondern führe zu problematischen Verdrängungseffekten. Auch die Aufweichung des ohnehin reduzierten Kündigungsschutzes in Kleinbetrieben trage nicht zum Abbau der Arbeitslosigkeit bei. •

Im Faxabruf
0211 / 43 01 662
Aufruf „Sozialstaat reformieren statt abbauen – Arbeitslosigkeit bekämpfen statt Arbeitslosigkeit bestrafen“

wiewardiewoche?

Fakten gegen Vorurteile setzen – das ist das wichtigste Ziel des per Mail verschickten Infodienstes *Streitzeit*, mit dem der DGB Bayern seit Ende Februar auf eine bundesweite Anzeigenserie der bayerischen Wirtschaft in der *Bild-Zeitung* reagiert hat. Arbeitsmarktexperte Robert Günthner, 44, und Susanne Kolb, 36, Pressesprecherin des DGB Bayern, sagen, warum die *Streitzeit* auch nach dem Ende der Arbeitgeberkampagne fortgeführt wird.

Einhundert Tage lang sind in der Bild-Zeitung Anzeigen der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw) erschienen, in denen die Unternehmer den Abbau von Arbeitnehmerrechten und die Reduzierung der Lohnkosten gefordert haben, „damit es wieder aufwärts geht“. Jeden Tag hat ein anderer Unternehmer per Pappschild erklärt: „Der Kündigungsschutz muss weg“ und „Betriebliche Bündnisse müssen her“. Wir haben auf diese Kampagne der Arbeitgeber mit einem eigenen Infodienst reagiert. Jeden Tag haben wir den Vorurteilen und der Polemik der Arbeitgeber Fakten und Argumente entgegengestellt, damit die Beschäftigten in den Betrieben auf das, was tagtäglich diskutiert wird, reagieren können. Die Streitzeit kommt schnell auf den Punkt. Auf einer Seite stellen wir Fakten und Infografiken vor. Eine Seite ist nicht nur schnell zu lesen, sondern lässt sich auch leicht ausdrucken und ans Schwarze Brett hängen.

Die Resonanz, die wir auf die Streitzeit bekommen haben, ist sehr positiv. Es lohnt sich. Knapp 1000 E-Mail-Adressen sind inzwischen in unserem Verteiler. Sie ermöglichen uns einen schnellen, direkten Draht in die Betriebe, was für den DGB nicht selbstverständlich ist. Auch nach dem Ende der Arbeitgeberkampagne wollen wir die Streitzeit fortführen. Nicht mehr täglich, aber mindestens zweimal die Woche, immer zu einem aktuellen Thema. Letzte Woche haben wir uns mit Stoibers 10-jährigem Jubiläum als Ministerpräsident auseinandergesetzt. Bayern gilt ja immer als Musterland. Aber wenn man sich die Fakten anschaut, schnurrt alles ziemlich schnell auf den Großraum München zusammen.

50. Jahrestag 17. Juni 1953

Rückkehr eines verdrängten Aufstands

Mit Veranstaltungen in Berlin, Leipzig, Jena und am ehemaligen Grenzübergang Marienborn erinnern die Gewerkschaften an den 50. Jahrestag des Arbeiteraufstands vom 17. Juni 1953. Dieser Aufstand, der am 16. Juni mit einer Demonstration Berliner Bauarbeiter gegen die Heraufsetzung der Arbeitsnorm begann und am nächsten Tag in Demonstrationen für freie Wahlen und die Wiedervereinigung Deutschlands mündete, gehört zu den in Ost und West gleichermaßen verdrängten historischen Ereignissen.

Im Osten Deutschlands wurde der Arbeiteraufstand von 1953 als „faschistische Provokation" diffamiert, seine Anführer wurden zu hohen Haftstrafen verurteilt, einige sogar hingerichtet. Später wurde er jahrzehntelang schlicht mit Schweigen übergangen oder als „konterrevolutionärer, aus dem Westen gesteuerter Putschversuch" stigmatisiert. Im Westen hingegen stieß der Volksaufstand in der DDR zunächst auf starke Resonanz. Nur wenige Tage nach seiner Niederschlagung durch die sowjetische Armee fanden Ende Juni in Bonn und Berlin offizielle Trauerveranstaltungen für die Toten statt. Bereits am 2. Juli erklärte der Bundestag auf Vorschlag des SPD-Politikers Herbert Wehner den 17. Juni zum „Tag der Deutschen Einheit". Die damalige Bundesregierung unter Konrad Adenauer und die westlichen Alliierten lehnten aber trotz aller Solidaritätsbekundungen eine politische oder gar militärische Einmischung in die Entwicklung in der DDR strikt ab. Diese Kluft zwischen Wort und Tat sei auch in der Folgezeit bestimmend gewesen, so der ostdeutsche Historiker Hubertus Knabe in seinem Buch über den 17. Juni 1953. Die anfängliche Sympathie „erstarrte bald in hohlem Pathos, das nur noch am jährlichen ‚Tag der Deutschen Einheit' zelebriert wurde". Adenauer fühlte sich durch den Aufstand in der DDR in seinem Bestreben nach einer zügigen Westintegration der Bundesrepublik bestätigt. Drei Monate später verschaffte diese Position der Union bei der Bundestagswahl einen Sieg über die auf eine Wiedervereinigung setzende SPD.

Welche Alternativen es im Krisenjahr 1953, mitten im Kalten Krieg und nur wenige Monate nach dem Tod Stalins, gegeben hätte, ist umstritten. Für den Historiker Hermann Weber ist jedenfalls klar, dass die deutsche Einheit nicht am 17. Juni gescheitert ist. „Sie ist gescheitert, als klar wurde, dass weder der Westen sich einfach die DDR ‚einverleiben', noch der Osten Gesamtdeutschland beherrschen konnte", so Weber in einem im Juni in den *Gewerkschaftlichen Monatsheften* erscheinenden Gespräch mit Wolfgang Leonhard. •

Die lange Nacht des 17. Juni

Der Volksaufstand am 17. Juni 1953 begann als Arbeiteraufstand. Daran zu erinnern ist das Ziel von etlichen Veranstaltungen des DGB und der Gewerkschaften.

Den Auftakt macht der DGB-Bundesvorstand zusammen mit der Friedrich-Ebert-Stiftung am 13. Juni mit einer Gedenkveranstaltung unter dem Titel **„Die Gewerkschaften und die Diktaturen des 20. Jahrhunderts"** in Berlin. Am 16. Juni folgt im ehemaligen Stasigefängnis in Berlin-Hohenschönhausen die multimediale Theaterproduktion **„Die lange Nacht des 17. Juni"**, die an die Rolle der Bauarbeiter erinnern soll. **„Den Ort des Gedenkens bauen"** ist der Titel einer Veranstaltung des DGB Berlin-Brandenburg an der ehemaligen Karl-Marx-Allee – dort, wo der Aufstand begann. Aus Abbruchziegeln wird eine Steinzeile zur Erinnerung an die Menschen errichtet, „die den Mut zum Streik und politischen Widerstand gegen die Diktatur hatten". Veranstaltungen gibt es am Gedenktag unter dem Titel **„17. Juni 1953 und die Gewerkschaften"** auch in Jena und zum Motto **„Die Bauleute gingen voran"** in Leipzig. Das vermutlich größte Ereignis bereitet der DGB Sachsen-Anhalt vor. Unter dem Titel **„Die Norm muss weg"** präsentiert er vom 13. bis 24. Juni auf dem Gelände der ehemaligen Grenzübergangsstelle Marienborn ein Theater-Openair.

Die vergessene Revolution

„Wer waren die Menschen, die im Sommer 1953 in Berlin und Leipzig, in Halle und Dresden und in einem Dutzend anderer Orte auf die Straße gingen? Was wollten sie, und auf welche Weise verliehen sie ihren Forderungen Nachdruck? Ein halbes Jahrhundert nach dem Juni-Aufstand wird es Zeit, diese ungestümste aller deutschen Revolutionen in den historischen Erinnerungsschatz aufzunehmen", fordert der Berliner Historiker Hubertus Knabe in seinem Buch über den 17. Juni. Es gehört zu einer Reihe aktueller Veröffentlichungen, die neue Einblicke in den in Ost und West kaum mehr wahrgenommenen Aufstand bieten.

Propyläen Verlag, München 2003, 25 Euro

Dass der 17. Juni auch ein „Streik der Arbeiter gegen ‚ihre' Gewerkschaft" war, schildert die Bochumer Historikerin Helke Stadtland in der Juni-Ausgabe der Gewerkschaftlichen Monatshefte. In dem Themenheft zum Arbeiteraufstand 1953 schreiben auch der Potsdamer Historiker Christoph Kleßmann und der Berliner Politologe Manfred Wilke. Wolfgang Leonhard und Hermann Weber diskutieren über „Demokratische Freiheiten und bürokratische Diktatur".

Redaktion Gewerkschaftliche Monatshefte, Friedrich-Ebert-Straße 34 - 38, 40210 Düsseldorf; Einzelheft: 9 Euro

Netzwerk Liaison

Internetauftritte ausgezeichnet

Zahlreiche Beschäftigtenvertretungen sind mit eigenen Auftritten

www.frischerwindonline.de: ausgezeichnete Website

im Internet präsent. Die besten Seiten hat das europäische Netzwerk Liaison, eine Gruppe von freiberuflich tätigen ExpertInnen aus dem gewerkschaftlichen Bereich, während der „Netztage 2003" in Würzburg ausgezeichnet. Übersichtlichkeit und Informationswert der Website der Vertrauenskörperleitung der Thyssen-Krupp Stahl AG in Duisburg belohnten die Jury mit dem ersten Preis (www.vkl.de). Einen Sonderpreis für Kreativität erhielt die Betriebsratsliste der Bankgesellschaft Berlin (www.frischerwindonline.de). Mehr als 100 Vertretungen hatten sich um insgesamt sieben Preise beworben. Die Auszeichnung erfolgte zum dritten Mal. •

www.liaison.de

Otto-Brenner-Stiftung

Potenziale der Gewerkschaften

Mit der Rolle der „Gewerkschaften in der Zivilgesellschaft" beschäftigt sich ein Symposium der Otto-Brenner-Stiftung am 25. Juni in Berlin. Über Klischees und Gestaltungspotenziale der Gewerkschaftsarbeit diskutieren unter anderem die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ursula Engelen-Kefer und der Direktor des Kölner Instituts der deutschen Wirtschaft, Gerhard Fels. Der IG Metall-Vorsitzende Klaus Zwickel eröffnet die Veranstaltung. Anmeldeschluss ist der 16. Juni. •

Otto-Brenner-Stiftung
Büro Berlin
Alte Jakobstraße 149
10969 Berlin
Tel. 030/25 39 60 10
www.otto-brenner-stiftung.de

DGB-Jugend

Akademie zum wilden Osten

Zehn Länder aus Mittel- und Osteuropa werden in den kommenden Jahren Mitglied der Europäischen Union (EU). Welche Auswirkungen dies auf Arbeits- und Lebensbedingungen in der vergrößerten Gemeinschaft hat, klärt die Herbstakademie „Der wilde Osten – Transformationsprozesse, EU-Osterweiterung, Gewerkschaften und soziale Bewegungen" von DGB-Jugend und dem attac-Bündnis. Die Veranstaltung vom 3. bis 7. Oktober in Flecken Zechlin lockt mit Vorträgen, Workshops, Theatergruppe, Kino und Party, richtet sich an junge Leute bis 27 Jahre und kostet 50 Euro Teilnahmegebühr. •

DGB-Bundesvorstand
Abteilung Jugend
Mirjam Muhs
Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin
jugend@bvv.dgb.de
www.dgb-jugend.de/global

Beamtenwirtschaftsring

Ratgeber rund um Pensionen

Ruhegehalt, Versorgungsrücklage, Hinterbliebenenansprüche oder Altersteilzeit – wichtige Regelungen rund um die Pension erklärt der Ratgeber „Die Beamtenversorgung". Herausgeber der 144 Seiten starken Broschüre ist der Deutsche Beamtenwirtschaftsring (DBW), bei dem der Deutsche Gewerkschaftsbund Mitglied ist. Das Büchlein kostet für Mitglieder von DGB-Gewerkschaften sieben Euro inklusive Versand. •

DBW e.V.
Höherweg 277
40231 Düsseldorf

DGB-Bildungswerk

Schulungen mit „freier Software"

Vermehrt will das DGB-Bildungszentrum Hattingen „freie Software" in den Mittelpunkt seiner PC- und Internetworkshops rücken. Ab 15. Juni diskutieren die Verantwortlichen mit Bildungsurlaubern auf der Hattinger Website über das Vorhaben. Mit der Entscheidung reagiert die Bildungsstätte auf die hohe Produktqualität abseits der Microsoft-Produktpalette. „Freie Software" sind kostenlose Anwendungen, deren Programmdetails jedem Entwickler offen stehen. Microsoft hingegen hält den Quellcode geheim und erschwert so die Programmierung Windows-kompatibler Fremdsoftware. •

www.hattingen.dgb-bildungswerk.de

DGB Niedersachsen

Medizin für Frauen

Die besonderen Anforderungen von Frauen an das Gesundheitssystem und die Krankheitsprävention sind Themen des „FrauenGesundheitsTags" am 11. Juni in Hannover. Eine Info-Börse mit regionalen Initiativen und eine Podiumsdiskussion geben den Besucherinnen Einblick in die unterschiedlichen Aspekte rund um die Gesundheit von Frauen. Veranstalterin ist die DGB-Region Niedersachsen Mitte in Kooperation mit dem Frauenbüro der Region Hannover. •

DGB Niedersachsen Mitte
Helga Christensen
Tel. 0511/163 87 23
Fax 0511/163 87 34

interregio

••• Die ***DGB-Region Westpfalz*** lädt für den 14. Juni zum ***„Peace On Earth"-Festival*** ein. Sechs Rock-Bands aus der Region spielen von 14 bis 22 Uhr in der Konzertmuschel im Volkspark Kaiserslautern. In den Umbaupausen werden auf einer Großbildleinwand Kurzfilme und Infos zu den Auswirkungen von kriegerischen Auseinandersetzungen eingespielt. Organisiert und getragen wird das Jugendfestival von der DGB-Jugend West, der IG Metall Kaiserslautern, der ver.di-Jugend, der GEW und der IG BAU. Der Eintritt ist frei. Infos: Thomas Schulz, Tel. 0631/3 66 65 44.

••• Die ***DGB-Region Frankfurt-Rhein-Main*** veranstaltet vom 20. bis 22. Juni eine ***Fahrt zur KZ-Gedenkstätte Buchenwald.*** Die TeilnehmerInnen erhalten durch Führungen und Diskussionen Einblick in den Lageralltag und die Bedeutung des Lagers für Hessen. Ein Vorbereitungsabend findet am 11. Juni statt. Kosten pro Teilnehmer: 50 Euro. Schriftliche Anmeldung bei: DGB-Region Frankfurt-Rhein-Main, Horst Koch-Panzner, Wilhelm-Leuschner-Str. 69–77, 60329 Frankfurt/M.

••• Der ***DGB Sachsen*** hat eine ***Postkarten-Aktion*** für ein sozial gerechtes Gesundheitssystem gestartet. Die vier Motive zeigen überspitzt, was Kürzungen der Versicherungsleistungen für die Patienten bedeuten würden. Insgesamt werden 20 000 Karten kostenlos in Kneipen und Cafés verteilt. Infos: Markus Schlimbach, Tel. 0351/86 33 104.

DGB-Aktionsprogramm Chancen!Gleich!

Handeln, nicht nur verkünden

Das DGB-Aktionsprogramm „Chancengleichheit im Betrieb“ kommt in Fahrt. Der Startschuss fällt am 2. Juli mit einer öffentlichkeitswirksamen Aktion in Berlin.

Gemeinsam mit MedienvertreterInnen wird DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer Berliner Unternehmen besuchen, deren gutes Beispiel zeigt: Chancengleichheit in der Arbeitswelt ist machbar. Und sie lohnt sich für alle: Frauen und Männer, ArbeitnehmerInnen und Arbeitgeber, Gewerkschaften und Unternehmen, Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Das sind zugleich zwei der zentralen Botschaften des Aktionsprogramms, das auf dem letzten DGB-Kongress im Mai 2002 beschlossen wurde (*einblick* 4/02).

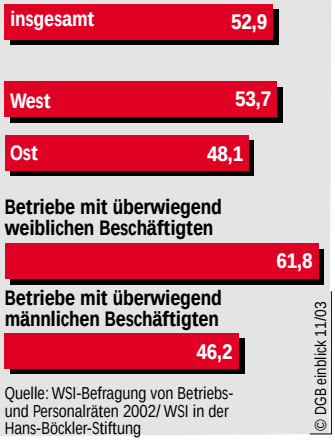
Auslöser war, dass das von Rot-Grün versprochene Gleichstellungsgesetz für die private Wirtschaft in der letzten Legislaturperiode am Widerstand der Arbeitgeber gescheitert ist. Stattdessen vereinbarte die Bundesregierung mit den Wirtschaftsverbänden lediglich unverbindliche Empfehlungen. Eine erste Bilanz soll Ende 2003 gezogen werden. Viel Hoffnung, dass sich durch die Vereinbarung allein etwas ändert, haben DGB und Gewerkschaften nicht. Deshalb haben sie für die nächsten zwölf Monate das Thema Chancengleichheit ganz oben auf die Tagesordnung gesetzt und wollen Betriebsräte, Mitglieder in Tarifkommissionen oder GewerkschaftsvertreterInnen in den Selbstverwaltungen der Arbeitsämter zu gleichstellungspolitischen Maßnahmen ermutigen.

Den Betriebsräten kommt dabei eine besondere Rolle zu. Seit der Novelle der Betriebsverfassung gehört es zu ihren Aufgaben, die Gleichstellung sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern. Doch wie sie sich angesichts des allerorten drohenden Personalabbaus noch für Chancengleichheit einsetzen sollen, können sich viele Betriebsräte kaum vorstellen. Ziel ist es, ihnen zu zeigen: Sich für Chancengleichheit einzusetzen, muss keine zusätzliche Last sein und lässt sich in die alltäglichen Aufgaben integrieren.

Auf sechs Handlungsfeldern wollen die Gewerkschaften die AkteurInnen vor Ort unterstützen: Arbeitszeit, Ausbildung und Qualifizierung, Entgeltgleichheit sowie Strukturwandel im Betrieb und in der Region. Mit Workshops, im Internet und in Newslettern sollen der Austausch über Beispiele guter Praxis gefördert und Infos und Rat geboten werden. Bildungsbausteine für gewerkschaftliche Seminare werden derzeit entwickelt; außerdem soll die Vernetzung der AkteurInnen gefördert werden – überbetrieblich durch BetriebsrätInnen-Netzwerke, aber auch im Betrieb. Denn Untersuchungen zeigen: Besonders erfolgreich sind gleichstellungspolitische Initiativen in den Betrieben, in denen die Sozialpartner Chancengleichheit zur gemeinsamen Sache machen.

Großer Handlungsbedarf

Betriebsräte, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf als künftiges tarifpolitisches Handlungsfeld sehen (in Prozent)



Quelle: WSI-Befragung von Betriebs- und Personalräten 2002/ WSI in der Hans-Böckler-Stiftung

Das WSI hat die 2002 gewählten Betriebsräte gefragt, in welchen Bereichen sie in den nächsten Jahren den größten tarifpolitischen Handlungsbedarf sehen. Unter 20 möglichen Antworten nahm dabei mit 52,9 Prozent die Vereinbarkeit von Beruf und Familie den achten Rang ein.

Begleitet wird das Aktionsprogramm von zentralen und regionalen Veranstaltungen von DGB und Gewerkschaften. So wird es zum Beispiel am 30. September eine DGB-Veranstaltung in Berlin geben. Das Aktionsprogramm soll aber weder ein „Veranstaltungsmarathon“ noch eine „Papierschlacht“ werden, so Maria Kathmann von der Abteilung Gleichstellungs- und Frauenpolitik, die beim DGB federführend für die Umsetzung verantwortlich ist. „Handeln, nicht nur verkünden“ sei die Devise. Deshalb ist ein Teil des Budgets auch für handlungsorientierte Projekte der DGB-Regionen reserviert.

Die geplanten Projekte von DGB und Gewerkschaften decken alle Handlungsfelder ab. Im Bereich Arbeitszeit will die IG Metall vor allem Modelle zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf entwickeln. ver.di hat vor, die Initiative für neue kommunale „Zeiten der Stadt“-Projekte zu ergreifen. Die IG BCE knüpft an ihre erfolgreiche Teilzeitkampagne der letzten Jahre an, und der DGB Baden-Württemberg hat die Region Schwarzwald-Baar-Heuberg zum Modell in Sachen Arbeitszeit erklärt und will Betriebsräte, Frauenbeauftragte und Personalverantwortliche vernetzen. Projekte oder Schulungen zur Entgeltgleichheit haben sowohl DGB, IG Metall, ver.di, TRANSNET als auch IG BCE im Visier. Grenzüberschreitend geht dabei TRANSNET vor: Gemeinsam mit Partnergewerkschaften ist in vier Ländern ein Projekt zur „Bewertung von Frauenarbeitsplätzen“ vorgesehen. Der DGB NRW und der DGB Sachsen-Anhalt wollen bei der Gestaltung des Strukturwandels in Region und Betrieb gleichstellungspolitische Akzente setzen. •

Chancen!Gleich!

lautet das Motto des Aktionsprogramms. Die Doppeldeutigkeit ist gewollt: Es geht um gleiche Chancen für Männer und Frauen – und zwar gleich und nicht irgendwann.

Das Aktionsprogramm soll Impulse und Unterstützung für gleichstellungspolitische Aktivitäten im Betrieb und in der Region geben. Es startet Anfang Juli, läuft über zwölf Monate und soll über seine Laufzeit hinaus nachhaltig wirken.

Infos über die Aktivitäten im Rahmen des Programms und Beispiele guter Praxis in Sachen Chancengleichheit gibt's ab Anfang Juli im Internet:
www.chancengleich.de

Auch ein Print- und ein E-Mail-Newsletter, Broschüren, Flyer und ein Handbuch sind geplant. einblick-LeserInnen wissen mehr: Der Print-Newsletter wird Beilage im einblick sein.

Im Internet
www.einblick.dgb.de

Im Faxabruf
0211 / 43 01 671
Das DGB-Aktionsprogramm „Chancengleichheit im Betrieb“

kurz&bündig

ver.di

Unter** www.verdi-arbeitszeitumfrage.de **will die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di die Einstellungen von Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern zu verschiedenen Arbeitszeitmodellen erkunden und Einblick in deren Arbeitszeitsituation erhalten. Die Ergebnisse der Umfrage sollen ab Herbst 2003 bei ver.di diskutiert werden und in eine arbeitszeitpolitische Initiative münden.

DGB

Der DGB erinnert mit der Installation „Erinnerungsort Burgstraße“ an die Verfolgung der Berliner Juden, die ab 1941 vom so genannten Judenreferat der Gestapo Berlin organisiert wurde. Sitz der Gestapo-Dienststelle war das Gelände des heutigen DGB-Bundesvorstands in Berlin.

TRANSNET

TRANSNET und die zum Beamtenbund gehörende Bahngewerkschaft GDBA wollen in Zukunft ihre Positionen in der Verkehrs-, Sozial- und Unternehmenspolitik abstimmen. In der Tarifpolitik bilden die beiden Gewerkschaften bereits eine Verhandlungsgemeinschaft.

DGB

Die DGB-Gewerkschaften in Berlin haben beim Bundesverfassungsgericht Verfassungsbeschwerde gegen die vom SPD/PDS-Senat beschlossenen Arbeitszeitverlängerungen für Beamte eingereicht. Die entsprechende Verordnung sei ohne Beteiligung der Personalvertretungen erlassen worden.

Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Gute Praxis schaffen

Seit der Novelle der Betriebsverfassung gehört die Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zum Pflichtprogramm für Betriebsräte. Ob Initiativen für flexiblere Arbeitszeitregelungen oder eine veränderte Arbeitsorganisation: Betriebsräte können Eltern auf vielfältige Weise dabei unterstützen, Kinder und Job unter einen Hut zu bringen. Betriebsräten in Klein- und Mittelbetrieben (KMU) fehlt aber oft das notwendige Know-how, um zum Beispiel eine betriebsnahe Kinderbetreuung zu initiieren. Unterstützung in diesen Fragen will ihnen ein Projekt der DGB-Abteilung Gleichstellungs- und Frauenpolitik bieten, das von der BGAG-Stiftung Walter Hesselbach gefördert wird. Geplant ist, in rund einem Dutzend KMU gemeinsam mit Betriebsräten und Unternehmensleitungen verschiedene Modelle zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu entwickeln und umzusetzen. Begleitet werden die betrieblichen AkteurInnen dabei von erfahrenen BetriebsberaterInnen. Ende 2004 sollen diese Beispiele guter Praxis öffentlich präsentiert werden. Betriebsräte, die sich an dem Projekt beteiligen möchten, können sich an Maria Kathmann, DGB, wenden. •

maria.kathmann@bvv.dgb.de
Mehr Infos zur BGAG-Stiftung: www.bgag-stiftung.de

EGB-Kongress

Soziales Europa sichern

Wie geht es weiter mit den Gewerkschaften in einem vereinten Europa? Diese Frage stand im Mittelpunkt des Kongresses des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB), der vom 26. bis 29. Mai in Prag tagte. Mehr als 500 Delegierte von 78 Gewerkschaftsverbänden aus 34 Ländern berieten über den Ausbau des europäischen Sozialmodells sowie eine bessere Koordinierung ihrer Arbeit. Sie wählten nicht nur eine neue EGB-Spitze (siehe Seite 8), sondern beschlossen unter anderem auch ein umfangreiches Aktionsprogramm. Das „Modell eines sozialen Europas zu bewahren“ werde Schwerpunkt seiner Arbeit in den nächsten Jahren sein, erklärte der neue EGB-Präsident Cándido Méndez Rodríguez in seiner Antrittsrede. Der Generalsekretär des spanischen Gewerkschaftsbundes UGT kündigte Widerstand an gegen die „Attacken der politischen Systeme auf die Pensionen und Arbeitsrechte“. Dazu seien die Einheit und die Mobilisierung aller europäischen Gewerkschaften notwendig.

Mit rund 60 Millionen Mitgliedern stellt der EGB die größte gemeinsam agierende politische Kraft in Europa dar. Die Effizienz der EGB-Strukturen zu steigern und die Zusammenarbeit der nationalen Gewerkschaften in Europa zu verbessern – dieser Aufgabe will sich das neu gewählte EGB-Sekretariat unter Führung des Generalsekretärs John Monks vom britischen Gewerkschaftsbund TUC stellen. Die Kooperation über Ländergrenzen hinweg müsse insbesondere in der Tarifpolitik und der betrieblichen Mitbestimmung in europaweit tätigen Konzernen noch weiter entwickelt werden, so Reiner Hoffmann, einer der beiden Stellvertreter von Monks. Mehr zum EGB-Kongress in der nächsten Ausgabe. •

Das Logo des EGB, mehr Infos zum Dachverband der europäischen Gewerkschaften: *www.etuc.org* **(in Englisch und Französisch)**

DGB-Intranet

Jetzt im Regelbetrieb

Der DGB hat sein Pilotprojekt Intranet in den Regelbetrieb übernommen, nachdem die Auswertung einer abschließenden Umfrage die positiven Erfahrungen bestätigt hat. Schon jetzt stehen umfangreiche Informationen zur Kommunikationskampagne und den dort behandelten Themen zum Download zur Verfügung, es wird diskutiert und in Frage gestellt. Zugang zum DGB-Intranet erhält auf Wunsch jede/-r Beschäftigte des DGB. •

joerg-peter.ludwig@bvv.dgb.de

DGB-Kampagne

„Man lernt nie aus!“

Die zweite Welle der Kommunikationskampagne des DGB steht vor der Tür: In der Woche vom 24. bis zum 29. Juni befassen sich die Schwerpunktregionen unter dem Motto „Man lernt nie aus!“ mit dem Themenkomplex „Bildung und Qualifizierung“. Dabei werden wie schon während der ersten Welle auf Märkten, in Betriebsversammlungen, vor Schulen und Bildungsstätten Vorschläge des DGB für Reformen präsentiert.

Für die Kommunikationskampagne gibt es im DGB-Bundesvorstand sowohl eine Kampagnenleitung als auch ein Kampagnenbüro. •

Kontakt: Julia Willig (Werbung/Materialien)
Tel. 030 / 240 60 627
Jörg-Peter Ludwig (organisationspolitische Umsetzung),
Tel. 030 / 240 60 613
www.das-machen-wir.de

Agenda 2010

Ein Parteitag ist nicht das Ende der Politik

Die Rücktrittsdrohung des Kanzlers hat gewirkt. 90 Prozent der Delegierten haben die Agenda 2010 auf dem Sonderparteitag der SPD durchgewunken – trotz Zweifeln an ihrer Wirksamkeit. „Wie wollen die Gewerkschaften jetzt agieren?" hat einblick den DGB-Vorsitzenden Michael Sommer gefragt.

DGB-Vorsitzender Sommer, 51, sieht Chancen, dass die sozialen Sicherungssystem in Zukunft wesentlich stärker über Steuern finanziert werden.

Die Delegierten des SPD-Sonderparteitages haben am 1. Juni, wie erwartet, die von uns Gewerkschaftern kritisierte Agenda 2010 beschlossen. Ich persönlich bedauere diese Entscheidung. Zumal sich in den Abstimmungen über Änderungen an dem Leitantrag zeigte, dass die Delegierten bei weitem nicht mit großer Mehrheit hinter dem standen, was wir als Sozialabbau an der Agenda ablehnen.

Ohne den Sozialabbau schön reden zu wollen: Die Agenda enthält nicht nur falsche Politikansätze. Ich denke zum Beispiel an den angestrebten Wettbewerb unter Dienstleistern des Gesundheitswesens. Oder etwa an die avisierte Neuordnung der Gemeindefinanzen. In diesen beiden Punkten folgt die SPD durchaus Vorstellungen, wie wir Gewerkschaften sie formuliert haben. Auch der Druck auf die Unternehmen, Ausbildungsplätze anzubieten, zeitigt Erfolge. Um einer Ausbildungsabgabe zu entgehen, scheinen die Wirtschaftsverbände derzeit ernst gemeinte Anstrengungen zu unternehmen, ihrer Pflicht nachzukommen und den sich abzeichnenden Ausbildungsnotstand zumindest teilweise abzuwenden.

Aber ich bleibe dabei: Sozialabbau ist Sozialabbau. Auch wenn es uns und den vernünftigen Kräften bei SPD und Grünen gelungen ist, die Agenda in Teilen zu verändern. Aber die Richtung stimmt nicht. Mit Sozialabbau kann man keine Krise bekämpfen. **Weite Teile der Agenda zielen auf nichts anderes, als die Sanierung der öffentlichen Haushalte.**

Deswegen ist es wirklich wichtig, dass die SPD neben der Agenda 2010 auch einen zweiten Leitantrag verabschiedet hat, der ausdrücklich die Tür aufmacht für eine vernünftige Reformdiskussion. In den kommenden Monaten kommt es deshalb auf zwei Dinge an:

Zum einen muss es uns gelingen, die Agenda 2010 im Gesetzgebungsverfahren in wichtigen Punkten weiter zu verändern. Zweitens aber ist es ganz entscheidend, **dass wir zu den gewerkschaftlichen Reformvorstellungen mit der SPD, aber auch mit den Grünen und der Union, wenigstens zu einem positiven Diskurs kommen.** Ich sehe bei diesen Parteien Chancen, dass wir zumindest teilweise zu einer vernünftigen Reform der Wirtschafts- und Sozialpolitik kommen könnten. Ich denke etwa an eine wesentlich stärkere Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme über Steuern.

Die Finanzpolitik muss wieder dem Grundsatz der sozialen Gerechtigkeit entsprechen. Auch Unternehmen und Begüterte müssen entsprechend ihrer Leistungskraft wieder an der Finanzierung unseres Gemeinwesens mitwirken. Außerdem muss die Finanzpolitik so ausgerichtet werden, dass sie in Abschwungzeiten rechtzeitig dafür sorgt, dass ein konjunktureller Einbruch abgemildert und ein Aufschwung beschleunigt werden kann. Gerade in diesen Wochen zeigen sich die verheerenden Folgen wirtschaftspolitischer Untätigkeit: immer höhere Schuldenberge und Massenarbeitslosigkeit.

Um erfolgreich zu sein, kommt es jetzt darauf an, **dass die Gewerkschaften sich nicht auseinander treiben lassen.** Es gibt durchaus Kräfte in der Politik, die sich über eine solche Spaltung freuen würden. Aber wir werden niemandem diesen Gefallen tun. Die Vorsitzenden des DGB und der Mitgliedsgewerkschaften, ebenso wie der DGB-Bundesvorstand, haben deutlich gemacht, dass wir inhaltlich einig sind und auch einheitlich handeln werden.

In den Wochen vor dem Parteitag haben wir Gewerkschafter nicht zuletzt mit Protestkundgebungen den Parteien und der Öffentlichkeit klar gemacht, welchen Standpunkt die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland zum Sozialabbau einnehmen. Viele **Umfragen belegen, dass wir mit unserer Kritik aus der Mitte der Gesellschaft sprechen.** Manche unserer politischen Gegner macht dies so wütend, dass sie kaum einen Tag verstreichen lassen, ohne die Behauptung aufzustellen, wir und unsere politischen Positionen seien von gestern. Die Menschen haben aber ein feines Gespür für Gerechtigkeit, für sinnvolle und für falsche Politik. Auf dieses Vertrauen, das so viele Menschen unseren Positionen entgegenbringen, werden wir gemeinsam unsere Politik in diesem Jahr bauen. •

Der Fahrplan

Damit die Agenda 2010 des Kanzlers realisiert wird, müssen die entsprechenden Gesetze erst den Bundestag und dann den Bundesrat passieren. Zunächst ist aber erforderlich, dass auch die Grünen auf ihrem Sonderparteitag am 14./15. Juni in Cottbus zustimmen.

Am 18. Juni soll dann in erster Lesung im Bundestag die Gesundheitsreform beraten werden. Dazu gehört auch die Regelung, wonach ArbeitnehmerInnen künftig nach sechs Wochen allein für ihr Krankengeld zuständig sind.

Endgültig wird über dieses Gesetz voraussichtlich am 8. Juli im Bundestag abgestimmt. Dafür ist eine Sondersitzung erforderlich, weil die Parlamentsferien bereits am 4. Juli beginnen.

Die übrigen Reform-Gesetze werden dagegen voraussichtlich erst Mitte September erstmals im Plenum aufgerufen. An den Gesetzentwürfen wird aber schon in den Ministerien gearbeitet. Deshalb ist es möglich, dass bereits im Juli Referentenentwürfe bekannt werden.

Nach den Vorstellungen der Regierung sollen die Reformgesetze vom 1. Januar 2004 an gelten.

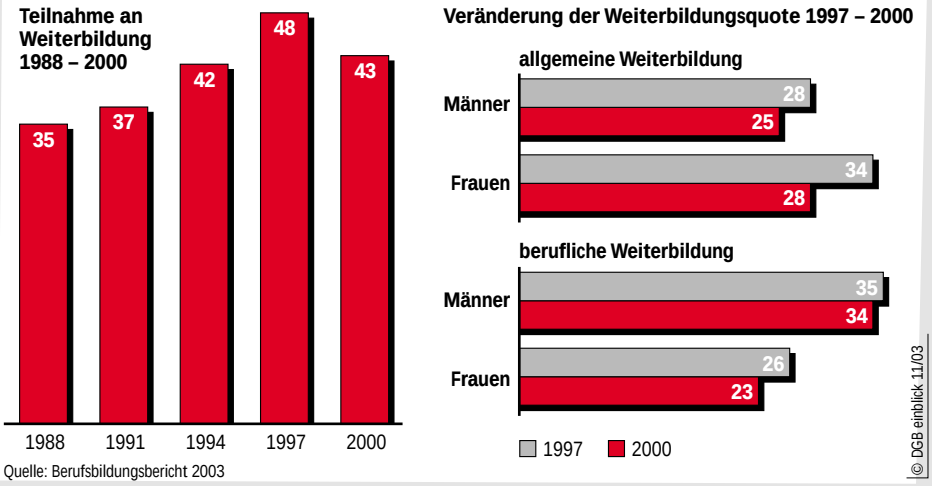
Postvertriebsstück G 45918 Vertrieb durch toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath

die DGB grafik

WEITERBILDUNG: Einbruch nach Jahren des Wachstums

Allen Bekenntnissen zum lebenslangen Lernen zum Trotz: Weiterbildung ist wieder auf dem Rückzug, das zeigt der Berufsbildungsbericht 2003 der Bundesregierung. Während 1997 bereits 48 Prozent der Befragten einer Infratest/Burke-Studie zufolge an Weiterbildungskursen teilnahmen, galt das 2000 nur noch für 43 Prozent. Besonders stark ist der Einbruch bei der allgemeinen Bildung. Bei den Frauen war auch die Teilnahmequote an beruflicher Weiterbildung rückläufig: Sie sank von 26 auf 23 Prozent.

Teilnahme an allgemeiner und beruflicher Weiterbildung 1988 – 2000 (in Prozent der Erwerbsfähigen)



Quelle: Berufsbildungsbericht 2003

personalien

••• ***Dr. Wolfgang Hien,*** 54, seit 1992 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Sozialpolitik der Uni Bremen, ist ab dem 1. Juli politischer Referent der Abteilung Sozialpolitik des DGB.

••• ***Dr. Hartmut Tofaute,*** 59, Referatsleiter in der bisherigen Abteilung Wirtschafts- und Tarifpolitik des DGB, ist seit Ende Mai Leiter der Abteilung Wirtschaftspolitik des DGB. Er folgt in dieser Funktion ***Wolfgang Scheremet,*** 41, der im Februar in das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit wechselte. Leiter der seit Ende März eigenständigen Abteilung Tarifpolitik ist ***Reinhard Dombre,*** 53.

••• ***Dr. Martina Klein,*** 43, bis Ende 2002 Leiterin des „Wissenschaftlichen Sekretariats Bündnis für Arbeit" der Hans-Böckler-Stiftung (HBS), ist seit dem 1. Mai Leiterin des HBS-Forschungsförderungsreferates 2 – „Mitbestimmung im Wandel".

••• Ganz im Zeichen eines Führungswechsels stand der EGB-Kongress vom 26. bis 29. Mai in Prag. Zum neuen EGB-Präsidenten wurde der Spanier ***Cándido Méndez Rodríguez,*** 50, gewählt. Der Generalsekretär des Gewerkschaftsbundes UGT folgt dem ÖGB-Präsidenten ***Fritz Verzetnitsch,*** 58, der das Amt seit 1992 innehatte. Zum Nachfolger des langjährigen EGB-Generalsekretärs, des Italieners ***Emilio Gabaglio,*** 65, wurde ***John Monks,*** 58, gewählt. Monks war bisher Generalsekretär des britischen Gewerkschaftsdachverbandes TUC. Als seine StellvertreterInnen wurden ***Reiner Hoffmann,*** 47, Leiter des Europäischen Gewerkschaftsinstitutes EGI und bis 1994 Abteilungsleiter bei der Hans-Böckler-Stiftung, sowie die Portugiesin ***Maria Helena André,*** 42, bestimmt, die bereits seit 1992 zum EGB-Sekretariat gehört. Zu politischen EGB-Sekretären wurden außerdem gewählt: ***Walter Cerfeda,*** 55, von der CGIL Italien; ***Joël Decaillon,*** 53, CGT Frankreich; ***Józef Niemiec,*** 53, NSZZ Solidarnosc Polen und die Niederländerin ***Catalene Passchier,*** 48, FNV.

14 TAGE

11.6. DGB Niedersachsen, Frauengesundheitstage, Hannover

11./12.6. „Die IG Metall auf dem Weg in die Mitte?" Gewerkschafts- und gesellschaftspolitisches Forum der IG Metall, Berlin

14.6. DGB-Region Westpfalz, „Peace on Earth"-Festival, Kaiserslautern

14.6. DGB Berlin – Brandenburg, Tagung „Deutschland braucht eine (neue) Einwanderungs- und Integrationspolitik", Berlin

15.6. DGB Niedersachsen, „Arbeitswelt im Film", Verleihung des DGB-Filmpreises, Emden

17.6. 50. Jahrestag des Berliner Arbeiteraufstands

17.6. DGB Hessen, Tagung „Prävention und Gesundheitsförderung – in der Arbeitswelt beginnen", Bad Arolsen

Impressum *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** *einblick* Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Udo Perina, Christian Paulsen **Redaktion:** Anne Graef (verantwortlich für diese Ausgabe), Stephan Hegger, Norbert Hüsson, Ulrike Schenken (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Postfach 10 21 45, 40012 Düsseldorf, Tel. 0211/43 01 544, Fax 0211/43 01 497, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: red.einblick@t-online.de **Büro Berlin:** Udo Böhlefeld, einblick, Wallstraße 61, 10179 Berlin, Tel. 030/48 16 23 32, Fax 030/27 56 09 78 **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/85 99 46 24, Fax 030/85 99 90 92, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design, Sprockhövel **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel. 0211/9 20 08-26, Fax 9 20 08-38
Alle aktuellen *einblick*-Hintergrundtexte im Überblick: Fax-Abruf 0211/43 01 689
Nachdruck frei bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren.

Schlusspunkt

„Der Westen muss so werden, wie der Osten heute ist."

Die CDU-Vorsitzende Angela Merkel am 2. Juni im ARD-Morgenmagazin über längere Arbeitszeiten ohne Lohnausgleich zur Sicherung von Arbeitsplätzen

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 23.06.2003 12/03

DGB

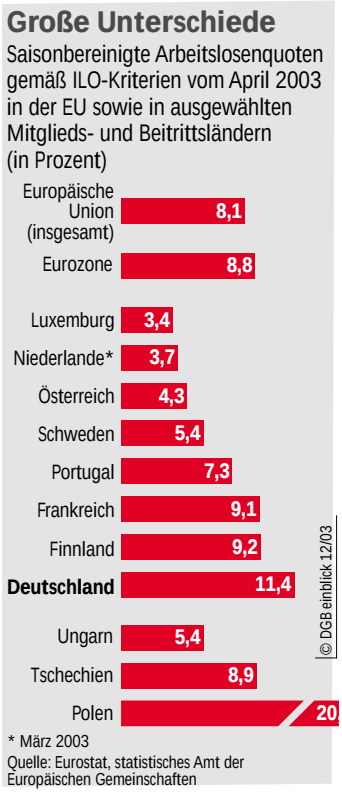
EU-Reformkonvent

Die Arbeit ist noch nicht beendet

Am Freitag den 13. (Juni) wurde europäische Geschichte geschrieben. So jedenfalls sieht es Außenminister Joschka Fischer, Vertreter der Bundesregierung im EU-Konvent: Nach 16 Monaten hitziger Debatten hat sich der Konvent auf den gemeinsamen Entwurf der ersten beiden Teile einer europäischen Verfassung geeinigt.

Dass sich die 105 VertreterInnen aus 28 Ländern tatsächlich auf einen Text verständigen, hatten bis zuletzt viele bezweifelt. Allein das sei ein Erfolg, so der DGB-Vorsitzende Michael Sommer. Erstmals haben nicht nur die Regierungen, sondern auch VertreterInnen der europäischen Parlamente gemeinsam Weichen für die Zukunft Europas gestellt. Der Konvent sei ein „Zugewinn an demokratischer Praxis". Die Prinzipien des sozialen Europas kämen im Entwurf aber noch zu kurz. Zu begrüßen sei hingegen, dass es gelungen ist, die EU-Grundrechtecharta in den Entwurf rechtsverbindlich zu integrieren. „Damit könnten die EU-Bürger die Grundrechte gegenüber der Union einklagen", so Sommer. Auch die Aufnahme der Vollbeschäftigung oder der Gleichstellung von Männern und Frauen bei den Zielen der EU sowie die Anerkennung der Rolle der Sozialpartner gehörten zu den positiven Elementen.

Im ersten Entwurf, den Konventspräsident Valéry Giscard d'Estaing Ende 2002 vorlegte, war von alledem noch nichts zu lesen. „Ohne die Beteiligung der Sozialpartner als Beobachter im Konvent wäre der Entwurf mit Sicherheit schlechter ausgefallen", meint Reiner Hoffmann, stellvertretender EGB-Generalsekretär. Von Beginn haben sich die europäischen Gewerkschaften in die Debatte eingemischt, um das europäische Sozialmodell im reformierten EU-Vertragswerk solide zu verankern (*einblick* 18/02). Was die Ziele der Union betrifft, haben sie einiges durchsetzen können. Aber die Tücke liegt wie immer im Detail: So fehlt zum Beispiel im Artikel 2, der die Werte der EU beschreibt, das von den Gewerkschaften geforderte „Prinzip der Sozialstaatlichkeit". Statt von „Gleichheit von Männern und Frauen" oder „sozialer Gerechtigkeit" ist nur allgemein von „Gleichheit" und „Gerechtigkeit" die Rede. „Keine substantiellen Fortschritte zeichnen sich gegenwärtig auch im Hinblick auf die Koordinierung der europäischen Wirtschaftspolitik oder die grundlegende Anerkennung der Dienste der allgemeinen Daseinsvorsorge ab", so Hoffmann. Doch die Arbeit des Konventes ist noch nicht beendet. Über den dritten Teil des Verfassungsentwurfes, der die Politikbereiche und die Arbeitsweise der EU beschreibt, wird der Konvent vom 9. bis 11. Juli abschließend beraten. Die Gewerkschaften erhoffen sich dabei noch Verbesserungen. •



Vollbeschäftigung soll künftig Ziel der Europäischen Union sein – so sieht es der vom Konvent vorgelegte EU-Verfassungsentwurf vor.

plusminusBERLIN

+ ***Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) hat Kritik an der paritätischen Mitbestimmung zurückgewiesen. Unternehmen seien deswegen nie in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten. Vielmehr steigere sie die Akzeptanz von Unternehmensentscheidung und erleichtere Umstrukturierungen.***

– ***Michael Glos, Vorsitzender der CSU-Landesgruppe, will den 17. Juni wieder zum Feiertag machen – und zwar auf Kosten des 1. Mai. Wenn es darum ginge, zwischen beiden Tagen zu wählen, „kommt dem nationalen Gedenken der Vorrang" zu, so Glos gegenüber der Berliner Zeitung.***

inhalt

Seite 3

Mauer des Schweigens durchbrochen

Trotz Erfolgen bei der Bekämpfung der Kinderarbeit gerät die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) durch die Globalisierung in die Defensive

Seite 5

BGAG-Vorstand plant Dividende

Im einblick-Interview erläutert Vorstandsvorsitzender Rolf-J. Freyberg, wie er die BGAG durch die konjunkturell schwierigen Zeiten führen will

Seite 7

Wir müssen dialogfähig werden

IG Metall-Bezirksleiter Berthold Huber fordert von den Gewerkschaften im Agenda-Streit eigene Reformvorschläge

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.europa-digital.de/aktuell/dossier/konvent/
Umfangreiches Internet-Dossier zum EU-Konvent

http://european-convention.eu.int
Der vollständige Entwurf der EU-Verfassung auf der Homepage des Konvents

Im Faxabruf

0211 / 43 01 578
EU-Verfassungsentwurf: Regelungen zur Gleichstellung von Frauen und Männern

polis-Studie

Geteiltes Echo auf öffentlichen Protest

Bei Gewerkschaftsmitgliedern und Nichtmitgliedern ist die Notwendigkeit von Reformen weitgehend unbestritten. Das ergibt eine Studie, die das Sozialforschungsinstitut polis im Auftrag des DGB durchgeführt hat (siehe Grafik). Aber rund 60 Prozent der ArbeitnehmerInnen sind der Meinung, der harte Sparkurs der Bundesregierung behindere Wirtschaft und Konjunktur. Und weniger als die Hälfte der Befragten findet, dass die Agenda 2010 ein Schritt in die richtige Richtung ist.

Rund ein Drittel der ArbeitnehmerInnen und 41 Prozent der befragten Gewerkschaftsmitglieder halten die Politik der Bundesregierung für den „falschen Weg". Wohl auch, weil nur 37 Prozent erwarten, dass die Reformvorschläge zur Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme beitragen. Für sozial gerecht hält nur jeder Vierte die Agenda 2010. Eindeutige Ablehnung gibt es für den Vorschlag der Bundesregierung, die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes zu beschränken. Und die Verlängerung der Lebensarbeitszeit bis zum 67. Lebensjahr wird von 89 Prozent der Befragten abgelehnt.

Auf ein geteiltes Echo ist der öffentliche Protest der Gewerkschaften gestoßen: 51 Prozent halten die Proteste für gut, 45 Prozent wünschen sich mehr Zurückhaltung. Unter den eigenen Mitgliedern liegt die Unterstützung für den gewerkschaftlichen Kurs bei rund zwei Dritteln.

Chancengleichheit

Gutachten erwünscht

Ende 2003 wollen Bundesregierung und Wirtschaftsverbände eine erste Bilanz ihrer 2001 abgeschlossenen Vereinbarung zur Chancengleichheit in der Privatwirtschaft ziehen. In ihr empfehlen die Verbände den Unternehmen freiwillige Maßnahmen zur Gleichstellung von Mann und Frau, im Gegenzug verzichtete Rot-Grün zunächst auf das geplante Gleichstellungsgesetz für die private Wirtschaft. Je nachdem wie die Bilanz ausfällt, steht das Gesetz wieder auf der Tagesordnung. Angesichts der Bedeutung der Bilanz wollen DGB und Hans-Böckler-Stiftung (HBS) selbst ein Gutachten zur Evaluation der Vereinbarung in Auftrag geben. Der Geschäftsführende DGB-Bundesvorstand hat bereits beschlossen, das Gutachten mitzufinanzieren, die Entscheidung der HBS steht noch aus.

wiewardiewoche?

Am 15. Juni hat der DGB Niedersachsen/Bremen – Sachsen-Anhalt seinen mit 5000 Euro dotierten Filmpreis verliehen. Dass ihn der Dokumentarfilm „The day I will never forget" erhielt, der das Schicksal beschnittener Frauen in Afrika zeigt, war auch für DGB-Pressesprecherin Tina Kolbeck, 36, eine Überraschung.

Das 14. Emder Filmfestival war mein erstes. Und es war ein tolles Erlebnis – auch, weil wir dort unseren eigenen Filmpreis vergeben. 5000 Euro hat der DGB Niedersachsen für einen „gesellschaftlich engagierten Film" ausgelobt. Und wie bei den anderen Emder Preisen auch hat das Publikum entschieden, wer ihn bekommt. Fünf Filme standen zur Wahl. „Die Farbe der Seele" von Helma Sanders-Brahms war dabei und „Sweet Sixteen" von Ken Loach. Aber am meisten überzeugt hat das Publikum der einfühlsame Dokumentarfilm „The day I will never forget" der Regisseurin Kim Longinotto, der sich mit der Beschneidung von Frauen in Afrika auseinander setzt.

Dass der DGB schon zum sechsten Mal in Emden dabei war, ist schon etwas Besonderes. In Emden fallen die Gewerkschaften, denen im Moment dauernd das Bild des Blockierers umgehängt wird, positiv auf. Durch das Festival können wir nicht nur unsere Mitglieder fürs Kino begeistern, sondern kommen mit Leuten ins Gespräch, die uns sonst nicht unmittelbar nahe stehen. Mit jungen FilmemacherInnen, die oft noch am Anfang ihrer Karriere stehen, und mit Kinobesuchern, die plötzlich einen persönlichen Zugang zu den Gewerkschaften entdecken. In Emden gehören wir einfach dazu. Dass der DGB in diesem Jahr mit DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer zudem prominent vertreten war, war ein weiteres Plus. Denn auch der Niedersächsische Ministerpräsident Christian Wulff (CDU) war zum ersten Mal in Emden. Und dann haben wir mit unserem Preis noch etwas ganz anderes bewegt: Preisträgerin Kim Longinotto will ihr Preisgeld nutzen, um ihren Film auch Frauen in Afrika zu zeigen.

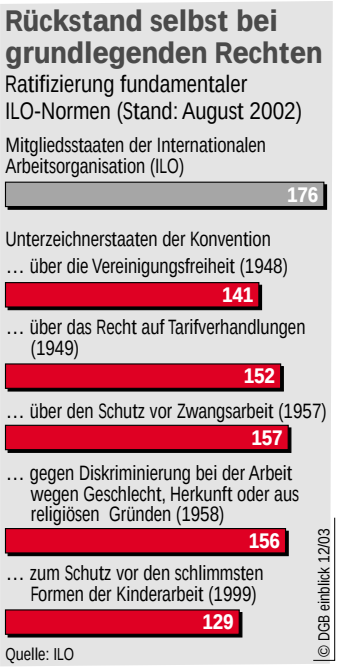
ILO-Jahrestagung 2003

Mauer des Schweigens durchbrochen

Deutliche Erfolge beim Kampf gegen Kinderarbeit auf fünf Kontinenten sehen Experten der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Es gelinge mehr und mehr, die Mauer des Schweigens zu durchbrechen, um Kindern eine Perspektive zu geben, hieß es auf der ILO-Jahrestagung Mitte Juni in Genf. Dennoch spitzen sich die Verteilungskämpfe weltweit zu. Durch die Globalisierung gerät auch die ILO in die Defensive – trotz partieller Fortschritte bei der Durchsetzung weltweiter Arbeitsnormen.

Weltweit müssen 246 Millionen Minderjährige arbeiten, um ihren Familien das Überleben zu sichern. 73 Millionen davon sind jünger als zehn Jahre. Die Abschaffung der Kinderarbeit bildet einen politischen Schwerpunkt der UN-Unterorganisation. Als „soziale Feuerwehr der Globalisierung“ skizziert Friedrich Buttler, stellvertretender ILO-Generaldirektor, die 1919 gegründete Organisation, der mittlerweile 176 Staaten angehören. Die dramatischen Verteilungskämpfe weltweit hätten die Ungleichheit verschärft, konstatiert Buttler. Die These, Deregulierung und Privatisierung bringe in unterentwickelten Staaten den Fortschritt voran, sei empirisch nicht haltbar. Er beobachtet seit 1989 einen neuen Systemwettstreit zwischen dem angelsächsisch-neoliberalen und dem europäischen Sozialstaatsmodell. Aufgabe der ILO sei es dabei, durch Beratungsprojekte zu sozialer Sicherheit, Arbeitsrechten und Arbeitsmarktpolitik die soziale Orientierung in den Mitgliedsstaaten zu fördern. Denn durch die Globalisierung seien die Länder der südlichen Halbkugel von der Wohlstandsentwicklung abgekoppelt worden.

Eine Einschätzung, die eine viel beachtete Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung unter dem Titel „Globalisierung und sozialer Fortschritt: Zu Rolle und Auswirkungen internationaler Arbeitsstandards“ bestätigt. Ihr Autor, der Ökonom und Arbeitsmarktforscher Werner Sengenberger, belegt, dass sich die ökonomischen Wachstumsraten in der „Dritten Welt“ in den vergangenen zehn Jahren halbiert haben. Investitionen flössen fast nur noch in die hoch entwickelten Industrieländer und in ausgesuchte Schwellenländer. Mittlerweile lebten 300 Millionen Menschen in Arbeitslosigkeit oder Unterbeschäftigung. Drei Milliarden müssten mit weniger als zwei US-Dollar pro Tag auskommen. Sein Fazit: Die Globalisierung verschärfe die soziale Lage bis ins Unerträgliche und lasse nicht nur in den Entwicklungsländern, sondern auch im reichen Norden einen Teufelskreis aus staatlichen Investitionsanreizen, wachsenden Steuerlöchern, Sozialabbau und Armut entstehen. Aber: Wo sich ILO-Standards wie Arbeitsschutz, die Beseitigung beruflicher Diskriminierung und das Recht auf Gewerkschaftsfreiheit sowie Tarifverhandlungen etablierten, sorgten sie für gesellschaftliche und wirtschaftliche Impulse. Das fördere den Entwicklungsprozess. Dennoch befinde sich die ILO in einer Legitimationskrise, so die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ursula Engelen-Kefer während der ILO-Tagung. Solidarität habe derzeit keine Konjunktur.



Noch immer weigert sich ein Teil der Mitgliedsstaaten der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), zumindest den grundlegenden ILO-Normen beizutreten.

Engelen-Kefer würdigt vor allem die Dreigliedrigkeit der Internationalen Arbeitsorganisation: Bundesregierung, Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften sind dort gleichermaßen eingebunden beim Ringen um Sozialnormen, wie z.B. aktuell bei den Bestimmungen zum Mutterschutz. Auch die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände hält die Dreigliedrigkeit für eine Stärke der ILO. Alle vier Jahre müssen die Staaten belegen, ob sie die Sozialstandards einhalten. Engelen-Kefer will deren Wirkung sogar noch stärken. Sie plädiert dafür, etwa die Gewährung von Handelspräferenzen daran zu knüpfen, ob in den betroffenen Ländern Gewerkschaften zugelassen und anerkannt sind.

Wie notwendig das ist, belegt der Jahresreport des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften, der ebenfalls auf der ILO-Tagung thematisiert wurde. Den traurigen Rekord bei der Verfolgung von Gewerkschaftern hält Kolumbien: 184 wurden im vergangenen Jahr in dem vom Bürgerkrieg zerrissenen Land ermordet. Aber auch Staaten wie die USA und Deutschland befinden sich auf der schwarzen Liste der ILO: die USA wegen ihrer arbeitnehmerfeindlichen Praxis, die Arbeit von Gewerkschaftsorganisationen notfalls mit physischer Gewalt zu behindern, und Deutschland, weil Beamte kein Streikrecht besitzen. •

Druck durch internationale Konventionen

Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) wurde 1919 als Antwort auf die soziale Frage des 19. Jahrhunderts gegründet. In der in Genf beheimateten UN-Unterorganisation sind 176 Staaten vertreten. Die ILO hat 2003/2004 einen Etat von 448 Millionen US-Dollar. Generalsekretär ist seit 1999 der Chilene Juan Somavia.

Die Kernnormen, um die die ILO-Arbeit kreist, sind: Vereinigungsfreiheit und die Anerkennung des Rechts auf Kollektivverhandlungen, die Beseitigung von Zwangsarbeit, die Abschaffung der Kinderarbeit, die Beendigung von Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf. Weltweit existieren internationale Arbeitsstandards auf der Grundlage von 180 Konventionen der ILO. In vielen Fällen geht es um die Vereitelung von Sozialdumping.

Etliche der Arbeitsstandards sind allerdings noch nicht umgesetzt, weil sich die jeweiligen Regierungen sperren. Die Philosophie der ILO drückt sich in der Dreigliedrigkeit aus, die hohen Konsens erfordert: Stimmberechtigt sind in der ILO zu je einem Drittel Vertreter der nationalen Regierungen, der Arbeitgeber und der Gewerkschaften.

Hans-Böckler-Stiftung

Durch Transfer zum neuen Job

Wie Transfergesellschaften erfolgreich Jobs im Betrieb erhalten oder neue Tätigkeiten in der Region vermitteln, das erfahren die TeilnehmerInnen der Tagung „Unternehmen in der Krise – kündigen, abfinden oder was sonst?“. Die Veranstaltung am 9. und 10. Juli in Herzogenrath bei Aachen ist Teil der Reihe „Dialog Kirche und Gewerkschaften“, unter anderem getragen von Hans-Böckler-Stiftung, vom DGB-Bildungswerk und dem Institut für Kirche und Gesellschaft. Die Teilnahme kostet 30 Euro, Arbeitslose bezahlen die Hälfte. •

Oswald-von-Nell-Breuning-Haus
Wiesenstraße 17
52134 Herzogenrath
Tel. 0 24 06 / 95 58 0
Fax 0 24 06 / 46 32

ver.di NRW

Topgehälter auf der Chefetage

Trotz sinkender Aktienkurse und Konjunkturdelle haben sich die Vorstände der 30 Unternehmen im Deutschen Aktienindex (DAX) im vergangenen Jahr zum Teil saftige Gehaltserhöhungen gegönnt – und verdienten im Schnitt rund 1,6 Millionen Euro. Über Einzelheiten der Topgehälter und die Geheimniskrämerei der Konzerne informiert das Kurzinfo „Das Selbstbedienungskartell – Managergehälter 2002“ des ver.di-Landesbezirks NRW. LeserInnen erfahren auch, wie der Verhaltenskodex einer Kommission unter Leitung von ThyssenKrupp-Aufsichtsratschef Gerhard Cromme mehr Transparenz und Kontrolle bringen könnte. •

ver.di-Landesbezirk NRW
Abt. Wirtschafts- und Strukturpolitik
Karlstraße 123 - 127
40210 Düsseldorf

Hans-Böckler-Stiftung

Zukunftsfähiges Rentensystem

„Das Rentensystem zukunftsfähig gestalten“, so lautet der programmatische Titel einer neuen Broschüre der Hans-Böckler-Stiftung. Sie ermöglicht einen schnellen Überblick über die – erstaunlich vielen – Forschungsergebnisse der Stiftung im Themenbereich Alterssicherung. Und sie soll über den dringenden Reformbedarf in Sachen Altersvorsorge aufklären. Denn der Politik fehle immer noch der Mut, „der Zukunft vorbehaltlos ins Auge zu blicken und die Bevölkerung über die ungelösten Probleme bei der Finanzierung der Rente aufzuklären“, heißt es im Vorwort. „Nach der Reform ist vor der Reform“, lautet das Motto der Hans-Böckler-Stiftung. Sie will mit ihrer Dokumentation dazu beitragen, das Thema Alterssicherung „wieder in den Mittelpunkt gesellschaftlicher Politik zu rücken“. Die 60 Seiten starke Broschüre (Bestellnummer 30238) ist kostenlos. •

Der Setzkasten
Tel. 0211 / 408 00 90 0
lavista@setzkasten.de

Unverhofft kommt nicht oft, und deshalb kündigen wir die Überraschung an: Anfang Juli erhalten alle DGB- und Gewerkschaftsbüros Post von der *einblick*-Redaktion – das druckfrische *einblick*-MAGAZIN zehn. Ein Leseheft (44 Seiten) mit dem Titel: „Sie können auch anders – Beispielhafte Unternehmen: sozial, ökologisch, erfolgreich“
Wir trauen uns damit auf dünnes Eis: Ein Gewerkschaftsblatt präsentiert vorbildliche Unternehmen. Vorbildlich deshalb, weil sie sozial und ökologisch handeln und wirtschaftlich erfolgreich sind. Das *einblick*MAGAZIN gibt es exklusiv beim DGB und bei den Gewerkschaften.

Arbeitsschutz

Stressfaktoren reduzieren

Wechselnde Arbeitszeiten, umständliche Produktionsabläufe und übermäßige Anforderungen bringen Stress im Job. Wie sich dieser durch geschickte Personal- und Arbeitsplanung vermindern lässt, zeigt die Broschüre „Psychische Belastung und Beanspruchung im Berufsleben“. Der Ratgeber der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) enthält Fallbeispiele, Checklisten, eine rechtliche Einordnung des Themas sowie Internetadressen. Das kostenlose Heft gibt's per Post und zum Download im Internet. •

BAuA, Informationszentrum
Friedrich-Henkel-Weg 1 - 25
44149 Dortmund
Fax 0231 / 90 71 524
kaufmann.gisela@baua.bund.de
www.baua.de/down/gs23.pdf

MobbingLine NRW

Hilfestellung für Betriebsräte

Kommen KollegInnen mit Mobbing-Problemen zum Betriebs- oder Personalrat, können sich die InteressenvertreterInnen künftig bei der MobbingLine NRW professionellen Rat holen. Bislang stand der Service der Initiative „Gesünder Arbeiten“, unterstützt von der Technologieberatungsstelle NRW (TBS), nur unmittelbar betroffenen ArbeitnehmerInnen offen. Die ExpertInnen sind montags zwischen 14 und 16 Uhr erreichbar. •

Hotline 0180 3 / 10 01 13

interregio

••• Der ***DGB Hamburg*** will die ***Eigenständigkeit der Hamburger Universität*** für Wissenschaft und Politik (HWP) erhalten. Ein vom Senat in Auftrag gegebenes Gutachten zur Hochschulstruktur hatte die Eingliederung der HWP in die Fachbereiche Wirtschafts- und Sozialwissenschaft der Universität Hamburg empfohlen. Der DGB fürchtet, die HWP müsse durch die Fusion ihr spezielles Profil aufgeben: Derzeit sind vierzig Prozent der Studienplätze für Bewerber ohne Abitur oder formale Fachhochschulreife reserviert, die sich über eine Aufnahmeprüfung qualifizieren. Erste Entscheidungen zur künftigen Hamburger Hochschullandschaft fällt der Senat wahrscheinlich im Juni.

••• ***DGB Region Westpfalz*** und ***IG Metall Kaiserslautern*** dokumentieren mit einer Broschüre und einer CD-ROM die ***Highlights ihrer Diskussionsveranstaltung*** mit Oskar Lafontaine (SPD) und Peter Wahl (attac). Am 8. April hatten die beiden in Kaiserslautern zum Thema „Die Wut wächst: Alternativen zur neoliberalen Wirtschaftspolitik“ diskutiert. In der Broschüre sind nun die wesentlichen Zitate und Thesen nachlesbar, die CD-ROM bietet zusätzlich Videosequenzen. Bestellung (gegen Rückporto): IG Metall Kaiserslautern, Tel. 0631 / 366 480.

Interview mit BGAG-Vorstand Dr. Rolf-J. Freyberg

BGAG-Vorstand plant Dividende

Das schwache Wirtschaftswachstum macht auch der BGAG Beteiligungsgesellschaft der Gewerkschaften AG zu schaffen. Dennoch will der BGAG-Vorstand auch in diesem Jahr wieder eine Dividende an die Gesellschafter, den DGB und die Gewerkschaften, ausschütten. Rolf-J. Freyberg, Vorstandsvorsitzender der BGAG, erklärt im einblick-Interview, wie sich die BGAG in der Konjunkturkrise behaupten will.

Dr. Rolf-J.Freyberg, 60, gehört seit 1982 zum Vorstand der BGAG. 1997 wurde er zum Sprecher des Vorstandes gewählt, im Juli 2001 zum Vorstandsvorsitzenden.

■ Die zwei wichtigsten Beteiligungsunternehmen der BGAG haben Probleme: Die BHW Holding muss die Dividende reduzieren, und die Allgemeine HypothekenBank Rheinboden AG (AHBR) ist durch Zinsspekulationen in eine Schieflage geraten. Welche Folgen hat das für die BGAG?

■ *Ertragseinbrüche bei unseren bedeutendsten Beteiligungen haben zwangsläufig auch negative Auswirkungen auf die Beteiligungserträge der BGAG, die unsere wichtigsten Ergebnisquellen sind. Aber: Die starke Marktposition der BHW-Gruppe und ihre hervorragende Geschäftsentwicklung in den ersten fünf Monaten des Jahres mit zweistelligen Zuwachsraten in den Geschäftsfeldern private Baufinanzierung und privater Vermögensaufbau lassen für 2003 wieder eine deutlich höhere Dividende erwarten. Bezüglich der AHBR gehen wir ohnehin davon aus, dass ihre erwirtschafteten Erträge in den nächsten Jahren vorrangig zur inneren Stärkung verwandt werden. Die Folgen für die BGAG hielten sich dann in verkraftbaren Grenzen.*

■ Die BGAG hat ein ausgeklügeltes Risikomanagement. Wieso konnte es dennoch dazu kommen, dass bei der AHBR hohe Verluste entstanden sind?

■ *Das Risikofrüherkennungssystem der BGAG bezieht sich nur auf die BGAG selbst und ist in Ordnung. Die AHBR, die der Bankenaufsicht untersteht, verfügt zwingend über ein eigenes ausgeklügeltes Risikomess- und Limitsystem. Es hat auch sehr wohl funktioniert, wurde aber vom Vorstand nicht ausreichend beachtet, weil er in Zeiten höchster Zinsschwankungen klüger zu sein glaubte als die Märkte. Als der Aufsichtsrat das anhand des Reportings bemerkt hat, waren die Dispositionen aber schon getroffen. Die personellen Konsequenzen wurden gezogen.*

■ Wie bringt die BGAG die nötigen Mittel für die teuren AHBR-Vorsorgemaßnahmen auf?

■ *Ein großer Teil der Mittel ist bereits durch verschiedene Desinvestitionen aufgebracht worden. Ein weiterer Teil wird durch temporäre und partielle Erhöhung unserer Bankverbindlichkeiten finanziert, die wir aber in den nächsten Monaten durch geplante weitere Desinvestitionen wieder zurückführen werden. Die BGAG möchte bei ihrem komfortablen Bankverschuldungsniveau bleiben, das zum Jahresabschluss 2002 nur knapp elf Prozent der Bilanzsumme betragen hat.*

■ Entstehen auch Belastungen für die Gesellschafter der BGAG, also für die Gewerkschaften?

■ *Nein, die BGAG hat die außerordentlichen Belastungen aus eigener Kraft getragen.*

■ Wird die BGAG für 2002 noch eine Dividende ausschütten können?

■ *Ja, der Vorstand wird dem Aufsichtsrat die Ausschüttung einer Dividende vorschlagen, der darüber in seiner Bilanzsitzung Anfang Juli zu entscheiden hat.*

■ Wie wird die BGAG in Zukunft verhindern, dass sich eine prekäre Situation wie bei der AHBR noch einmal wiederholt?

■ *Das Restrukturierungsprogramm der AHBR sieht eine Konzentration auf rentable Geschäftsfelder mit begrenzten Risiken vor. Das – originär – unrentable Staatsfinanzierungsgeschäft mit dem Bund, das nur durch Zinsswaps in beträchtlichem Volumen rentabel gemacht werden konnte, wird eingestellt. Das Derivategeschäft wird drastisch reduziert. Festgesetzte Höchstgrenzen müssen strikt eingehalten werden.*

■ Insgesamt ist derzeit die gesamtwirtschaftliche Lage nach wie vor nicht rosig. Sowohl im Finanzbereich als auch im Immobiliensektor sind im Moment kaum gute Geschäfte zu machen. Auf welche Geschäftspolitik setzt die BGAG, um die Krise zu überstehen?

■ *Wir werden, was ohnehin unserer mittelfristig orientierten Strategie entsprach, im Finanzdienstleistungssektor weiter diversifizieren, um unsere dort bestehende teilweise überproportionale Schwergewichtigkeit – wie bei der AHBR – zu reduzieren. Die Balance zwischen Chancen und Risiken muss noch ausgewogener werden. Im Immobilienbereich verfolgen wir ebenfalls ein objektbezogenes Desinvestitionsprogramm.*
Wenn die Bundesregierung dann noch ihrer Aufgabe nachkommt, baldmöglichst verlässliche und kalkulierbare wirtschaftliche Rahmenbedingungen zu schaffen, und die Konjunktur anspringt, werden auch die BGAG und ihre Beteiligungsunternehmen wieder bessere Ergebnisse erwirtschaften. •

Schwerpunkt Finanzdienstleistungen

Die BGAG Beteiligungsgesellschaft der Gewerkschaften AG ist vor allem an Finanzdienstleistungsunternehmen und an den Unternehmen der Immobilienbranche beteiligt. Hinzu kommen kleinere Engagements im Beteiligungsbereich „Information und Wissen", zu dem zum Beispiel der Bund-Verlag gehört.

Zu den Finanzdienstleistungen gehören neben einer 30-prozentigen Beteiligung an der DiBa die BHW Holding AG (39,1 %) sowie die Allgemeine HypothekenBank Rheinboden AG – AHBR (50 %, 39,5 % BHW-Gruppe).

Die AHBR ist durch unerwartete Zinsschwankungen, nicht zuletzt auch als Folge des Terroranschlags am 11. September 2001, in eine starke Schieflage geraten. Eine tiefgreifende Sanierung der Bank sowie Vorsorgemaßnahmen in Höhe von rund 700 Millionen Euro wurden im Geschäftsjahr 2002 erforderlich. Die notwendigen Mittel werden von der Bank selbst sowie von ihren Gesellschaftern gemeinsam aufgebracht.

Beim BHW führten die Belastungen zu einer Reduzierung der Dividende von 0,60 auf 0,22 Euro je Aktie. Der Kurs der BHW-Aktie an der Börse ist unter zehn Euro gesunken, nachdem er 2001 auf über 35 Euro gestiegen war.

Mehr Infos zur BGAG und ihren Beteiligungen: ***www.bgag.de***

kurz&bündig

Die IG BAU will Auszubildenden aus Insolvenzbetrieben neue Stellen über die Sozialkasse der Bauwirtschaft (SOKA-BAU) vermitteln. Der Zentralverband des Deutschen Baugewerbes will seine Mitglieder zur Mitarbeit aufrufen.

Die GEW fordert von Bund und Ländern ein Förderprogramm für sanierungsbedürftige Schulen. Bis 2013 müssten den Kommunen zwanzig Milliarden Euro zur Ko-Finanzierung bereitgestellt werden. Bund und Länder beteiligten sich schließlich auch am Straßen- und Wohnungsbau, so die GEW.

Die IG Metall-Bezirksleitung Bayern informiert in einer Broschüre für Journalisten mit 20 Diagrammen über „Fakten und Daten" der Agenda 2010.

Chancengleichheit in der Arbeitswelt ist machbar – das wollen DGB und Gewerkschaften mit dem gemeinsamen Aktionsprogramm Chancen!Gleich! zeigen. Gestartet werden die Aktivitätenam 11. Juli in Berlin (einblick 11/03).

Der IG Metall Bezirk Hannover hat sich mit den Arbeitgebern auf einen Ausbildungs-Tarifvertrag geeinigt. Die Vereinbarung sieht über 1000 Lehrstellen für 2003 und 2004 sowie einen Arbeitgeber-Fonds von einer Million Euro vor, aus dem 100 weitere Lehrstellen in Vorbildbetrieben gefördert werden.

Kommunikationskampagne 2. Welle

„Man lernt nie aus!"

Mit 5,6 Prozent liegt Deutschland bei den Bildungsausgaben unter dem Durchschnitt der OECD-Staaten, die rund 5,8 Prozent ihres Bruttoinlandsproduktes in Schulen, Vorschulen, Universitäten und Weiterbildungsinstitute investieren. Noch deutlicher wird der Rückstand beim Vergleich der Bildungsausgaben öffentlicher Haushalte: Liegen sie im Schnitt bei 12,7 Prozent, bringt es Deutschland gerade einmal auf 9,8 Prozent. Und während 14 von 18 Staaten in den Jahren 1995 bis 1998 die privaten und öffentlichen Aufwendungen für Bildung um mehr als 5 Prozent steigerten, hinkt Deutschland mit einem Zuwachs von 2 Prozent deutlich hinterher. PISA lässt grüßen: Jeder zehnte Jugendliche verlässt in Deutschland die Schule ohne Abschluss. Fast 15 Prozent der jungen Erwachsenen zwischen 20 und 29 Jahren haben keine Berufsausbildung. Die Quote der Universitätsabschlüsse hat sich seit Anfang der siebziger Jahre nicht verändert.

Zur Beseitigung der Bildungsmisere setzt sich der DGB daher während der zweiten Welle der Kommunikationskampagne ein für:

- ein flächendeckendes Angebot von Ganztagsbetreuung
- mehr Hilfe für Jugendliche mit schlechten Startchancen
- eine Erhöhung der Zahl der Ausbildungsplätze
- eine Verbesserung der Hochschulpolitik
- die Verbesserung der Eingangs- und Begleitumstände für lebenslanges Lernen

Wie schon während der ersten Welle wird es vom 23. bis zum 29. Juni in den Schwerpunktregionen zahlreiche Aktionen und Veranstaltungen geben. Dabei reicht die Palette von der Konferenz zur Novellierung des Berufsbildungsgesetzes in Hannover am 20. Juni bis zur Skaterparade in Potsdam am 28. Juni.

Termine und Infos: www.das-machen-wir.de

Fragen an ...

Reiner Hoffmann, 47, wurde auf dem Kongress des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) in Prag zu einem der beiden Stellvertreter des neuen EGB-Generalsekretärs John Monks gewählt (*einblick* 11/03).

■ Welches Signal geht von Prag aus?

■ *Die Gewerkschaften in Europa sind bereit, sich an der Modernisierung des europäischen Sozialmodells aktiv und konstruktiv zu beteiligen. Modernisierung heißt für uns aber definitiv nicht schlicht Sozialabbau! Vielmehr müssen wir die Herausforderungen annehmen, die sich unter anderem aus der demographischen Entwicklung und aus dem Übergang zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft ergeben. Nur wenn wir nicht die Augen vor den massiven Strukturveränderungen verschließen, wird es uns gelingen, das europäische Gesellschaftsmodell wetterfest zu machen.*

■ Der EGB hat ein umfangreiches Aktionsprogramm beschlossen. Was sind die Kernelemente?

■ *Erstens: den Kampf für Vollbeschäftigung als grundlegendes gesamtwirtschaftliches Ziel fortsetzen. Zweitens: den europäischen sozialen Dialog zu einem echten Verhandlungsraum autonomer Sozialpartner weiterentwickeln. Drittens: die Stärkung des EGB und die Schaffung einer europäischen Gewerkschaftsidentität.*

■ Wie können die EGB-Strukturen effizienter gestaltet werden?

■ *Indem wir a) die gewerkschaftlichen Ressourcen in Brüssel besser bündeln und b) ein kontinuierliches, verbindliches Mitwirken unserer Mitgliedsorganisationen in den verschiedenen Ausschüssen und Arbeitsgruppen des EGB sicherstellen.*

■ Sind die Gewerkschaften für die EU-Erweiterung gerüstet? Unterscheiden sich die Interessen der Gewerkschaften in Ost und West nicht erheblich?

■ *Der EGB hat die gewerkschaftliche Einheit Europas bereits Mitte der neunziger Jahre vollzogen, indem er 1996 die ersten Gewerkschaften aus Mittel- und Osteuropa als Vollmitglieder aufgenommen hat. 21 der 77 EGB-Mitgliedsorganisationen kommen aus den mittel- und osteuropäischen Beitrittsländern. Selbstverständlich haben die nationalen Mitgliedsbünde angesichts der jeweiligen ökonomischen und sozialen Lage zu Hause sehr spezifische Interessen. Bei grundlegend verschiedenen Positionen wäre der EGB schlecht beraten, sich auf den kleinsten gemeinsamen Nenner zurückzuziehen. Um unsere Handlungsfähigkeit zu erhalten und zu stärken, müssen wir Unterschiede deutlich machen und, wenn nötig, Konflikte durcharbeiten. Faule Kompromisse oder das Unterbuttern von Minderheiten bringen uns nicht weiter. Im Übrigen hat der EGB-Kongress deutlich gemacht, wo wir noch Diskussionsbedarf haben. Zum Beispiel im Hinblick auf die zukünftige föderale Struktur der EU und unsere Vorstellungen über eine europäische „Wirtschaftsregierung" oder auf die Verbindlichkeit, mit der wir unsere Tarifpolitik europäisch koordinieren.*

Reformdebatte in den Gewerkschaften

Wir müssen dialogfähig werden

Die offene Flanke der Gewerkschaften ist nicht ihre Tarifpolitik, sondern ihr fehlendes Konzept zur Reform des Sozialstaates. Um dialogfähig zu bleiben, müssen die Gewerkschaften eigene Lösungsvorschläge entwickeln, wie die Politik auf die wachsende Globalisierung der Wirtschaft und das fortschreitende Altern der Gesellschaft reagieren kann, fordert IG Metall-Bezirksleiter Berthold Huber.

Berthold Huber, 53, seit 1998 Leiter des IG Metall-Bezirks Baden-Württemberg, kandidiert im Oktober für den stellvertretenden IG Metall-Vorsitz.

Die deutsche Gewerkschaftsbewegung ist in einer ihrer schwierigsten Situationen nach 1945. Der Zeitgeist ist gegen die Gewerkschaften, **wer als Lobbyist oder Politiker gegen sie hetzt, sammelt Punkte.** Das Flächentarifsystem wird permanent attackiert. Die Gewerkschaften stehen in einem Spagat zwischen der Bewahrung gewachsener solidarischer Werte und der Bewältigung der Herausforderungen, die z. B. durch die globalisierte Wirtschaft und die demographische Entwicklung entstehen. In den Diskussionen um den Reformbedarf werden wir in die Rolle der ewigen Blockierer abgedrängt, eine sachliche Debatte wird in diesem aufgeheizten Klima immer schwieriger.

Unsere Tarifverträge, zum Beispiel in der Arbeitszeitgestaltung, sind die flexibelsten in ganz Europa. Unzählige Sanierungstarifverträge haben mit dazu beigetragen, Arbeitsplätze zu sichern. Die Verhandlungen über gemeinsame Entgelttarifverträge zeigen, dass sich die Gewerkschaften dem Strukturwandel in den Betrieben stellen, und die kontrovers geführten Diskussionen um zweistufige Tarifverträge sind Beleg für die Innovationsfähigkeit der Gewerkschaften. In unserem Kerngeschäft, der Tarifpolitik, sind wir auf der Höhe der Zeit. **Unsere offene Flanke ist die Diskussion um die Reformen des Sozialstaates** und der älter werdenden Gesellschaft.

Die Agenda 2010 wird kein einziges der Probleme lösen. Auch die neuen Vorschläge von CDU/CSU konzentrieren sich ausschließlich auf die Bereiche Arbeitslosengeld, Sozialhilfe, Kündigungsschutz, Tarifvertragsrecht und Betriebsverfassung. Es wird bewusst der Eindruck erweckt, dass es dort mit Abstrichen automatisch wieder aufwärts geht.

Wir können nicht die Augen davor verschließen, dass heute auf vier Erwerbstätige ein Rentner kommt, 2030 schon zwei, und im Jahre 2050 wird das Verhältnis bei eins zu eins liegen. Diese Situation **zwingt dazu, uns mit dem Thema „Demographie“ auseinander zu setzen.** Wir können davor nicht weglaufen, selbst wenn wir uns wünschen würden, dass alles so bliebe, wie es ist. Eine Verbreiterung der Basis der Sozialkassen von einer Arbeitnehmerversicherung zu einer allgemeinen Erwerbstätigenversicherung ist richtig, reicht aber allein als Lösung nicht aus. Wir müssen die betriebliche und private Altersversorgung massiv ausbauen. Hier sind wir im internationalen Vergleich völlig unterentwickelt. Und es müssen alle Anstrengungen unternommen werden, damit das Rentenzugangsalter von 65 Jahren erreicht werden kann. Denn derzeit liegt das tatsächliche Rentenzugangsalter bei gut 61 Jahren. Dazu gehören möglicherweise auch tarifliche Regelungen, die **auf die unterschiedlichen Belastungssituationen älterer Arbeitnehmer in den Betrieben eingehen.** Die Forderung, das gesetzliche Renteneintrittsalter auf 67 Jahre anzuheben, ist eine unredliche Debatte. Diese Vorschläge ändern nichts am tatsächlichen Rentenzugangsalter, sondern es geht dabei um höhere Abschläge.

Angesichts der demographischen Entwicklung werden notwendige Reformen möglicherweise noch tiefgreifender sein als die im Moment vorgesehenen. Wir brauchen im Gesundheitswesen eine Steigerung der Effizienz, bessere Prävention, aber auch eine Diskussion, wieweit eine sinnvolle Ausgliederung einzelner Leistungen möglich ist. Dies **gefährdet nicht die Substanz des Sozialstaates,** wenn die großen Risiken weiter kollektiv getragen werden. Es steht nicht im Widerspruch zur Systematik, die Risiken zu privatisieren, bei denen der Einzelne auch eine persönliche Verantwortung tragen kann.

Wir müssen als Gewerkschaften eigene Lösungsvorschläge entwickeln, um dialogfähig zu bleiben. Wir müssen der Gesellschaft und unseren Mitgliedern das Gefühl vermitteln, dass wir nicht nur Schutz-, sondern auch wieder Gestaltungsfunktionen wahrnehmen. Das Bild, das die Gewerkschaften in den letzten Wochen in der Öffentlichkeit hinterlassen haben, war nicht das beste. Die Rolle des DGB muss in diesen Fragen gestärkt werden. Dazu ist ein interner Klärungsprozess nötig, und der ist sicher schwierig. Es braucht ein **einheitliches, aber dialogbereites Auftreten** und die Vorlage überzeugender Gestaltungskonzepte, damit die Gewerkschaften aus dem Stimmungstief herauskommen. •

Zurück in die Mitte

Die Gewerkschaften suchen den Weg zurück auf das politische Parkett. Selbst Klaus Zwickel, Anfang Mai noch einer der Verfechter der Absage des Gesprächs der Gewerkschaftsvorsitzenden mit dem Bundeskanzler und anschließend nach eigenem Bekunden „Mitinitiator“ der Demonstrationen am 24. Mai, sucht den Schulterschluss. „Bei großzügiger Zählung kommen wir auf 90 000 Teilnehmer.“ Das seien „nicht die Hunderttausende, die wir erwartet haben“, so Zwickel auf dem gewerkschafts- und gesellschaftspolitischen Forum der IG Metall am 12. Juni in Berlin. Die Agenda 2010 sei zwar „Flickwerk“, aber die IG Metall müsse sich damit beschäftigen, „warum die Agenda einen größeren Zuspruch in der Bevölkerung hat als die Kritik an ihr“.

Auch den Zustand seiner Gewerkschaft charakterisiert der im Oktober aus Altersgründen ausscheidende IG Metall-Vorsitzende eher skeptisch: Die IG Metall vergreise, bekomme im Handwerk und bei den Angestellten kein Bein auf die Erde und werde von Männern dominiert. „Unsere traditionellen Gewerkschaftsrituale gehen häufig an den Interessen vernunftbegabter Menschen vorbei“, so Zwickel. Die IG Metall müsse deshalb den Weg „zurück in die Mitte“ finden.

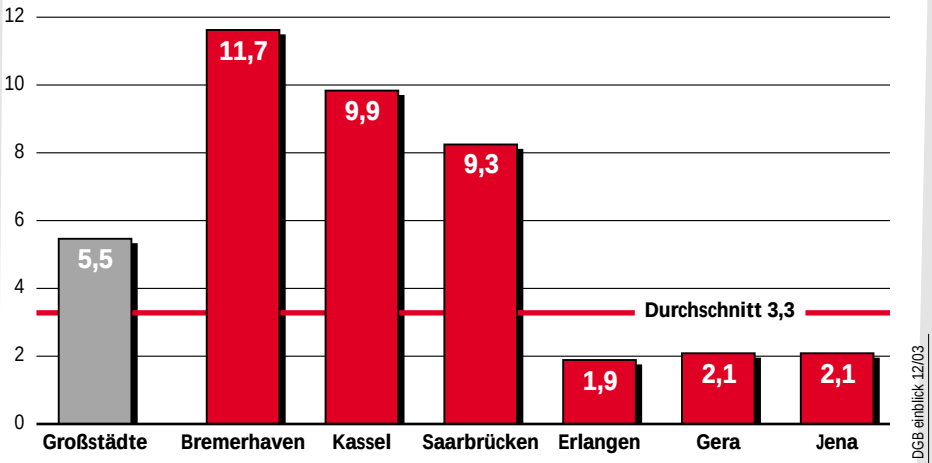
Postvertriebsstück G 45918 Vertrieb durch toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath

die DGB grafik

SOZIALHILFEQUOTE: Großstädte über dem Durchschnitt

Die Zahl der Sozialhilfeempfänger liegt in den Großstädten deutlich über dem Durchschnitt. Nach Berechnungen des statistischen Bundesamtes lag die Sozialhilfequote – der Anteil der SozialhilfeempfängerInnen an der Bevölkerung – Ende 2001 in den 76 Großstädten bei rund 5,5 Prozent, in ganz Deutschland hingegen bei 3,3 Prozent. Zudem gibt es erhebliche Unterschiede zwischen den Städten: Während in Bremerhaven 11,7 Prozent der Einwohner von Sozialhilfe leben, gilt das in Jena nur für 2,1 Prozent.

Anteil der Sozialhilfeempfänger an der Bevölkerung in ausgewählten Großstädten (in Prozent)



Quelle: Statistisches Bundesamt

© DGB einblick 12/03

Tipp

Buch: *Dieter Herbst,* ***Praxishandbuch Unternehmenskommunikation,*** *Cornelsen Verlag, Berlin 2003, 530 Seiten, 42 Euro*

Weil sich Produkte und Dienstleistungen unterschiedlicher Anbieter immer ähnlicher werden, gehört Unternehmenskommunikation auch für kleinere und mittlere Unternehmen inzwischen zu den Grundvoraussetzungen, um Kunden langfristig an sich zu binden und damit die eigene Zukunftsfähigkeit zu sichern. Die Grundkenntnisse der Unternehmenskommunikation, die Dieter Herbst in seinem leicht verständlichen Ratgeber Schritt für Schritt erklärt, gelten grundsätzlich auch für Non-Profit-Organisationen wie die Gewerkschaften, die ohne überzeugende Präsentation ihrer Dienstleistungsqualität ihre Mitglieder als Kunden verlieren werden. Der Reader zeigt, wie sich die Kommunikation mit wichtigen Bezugsgruppen systematisch verbessern lässt, und gibt Einblick in die Themen „emotionale Ansprache“, „Dramaturgie integrierter Kommunikationskonzepte“ und „Umgang mit Journalisten“.

personalien

••• ***Bernd Bajohr,*** 48, Vorsitzender des Betriebsrates NRW und des Gesamtbetriebsrates (GBR) von ver.di, ist am 2. Juni von seiner Funktion als GBR-Vorsitzender zurückgetreten. Auslöser des Rücktritts sind unterschiedliche Positionen im GBR hinsichtlich der strategischen Ausrichtung des Betriebsrates bei der notwendigen Haushaltskonsolidierung von ver.di.

14 TAGE

23.-29.6. Zweite Welle der DGB-Kommunikationskampagne; Veranstaltungen u. a. in Berlin, Frankfurt/M., Hamburg, Hannover, Köln, Leipzig, Magdeburg, München, Stuttgart und im Saarland

25.6. „Wem gehört die Zeit?“, Auftaktkonferenz der ver.di-Arbeitszeitinitiative, Berlin

25.6. Otto-Brenner-Stiftung, Symposium „Gewerkschaften in der Zivilgesellschaft“, Bremen

27.6. GEW, Bundesschülervertretung, Bundes-Eltern-Verband Kindertageseinrichtungen, bundesweiter „Tag der Bildung“

2.7. DGB Niedersachsen/Bremen, Sachsen-Anhalt, Otto-Brenner-Forum „Ist Solidarität out?“, Hannover

10.7. DGB Hessen, Tagung „Sozialstaat reformieren statt abbauen!“, Frankfurt/M.

Schlusspunkt

„Eine viergeteilte Vergütung würde nur rund 64 Euro pro Azubi kosten. Und wenn sich die 257 Friseurlehrlinge Ost eine Vergütung teilen, bliebe sogar nur der symbolische Betrag von einem Euro übrig. Dafür hat die Treuhand schon ganze Betriebe verkauft“.

DGB-Pressesprecher Markus Franz am 7. Juni zu dem Vorschlag von Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt, die Ausbildungsvergütung von Lehrlingen zu teilen.

Impressum *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** *einblick* Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Udo Perina, Christian Paulsen **Redaktion:** Anne Graef, Stephan Hegger (verantwortlich für diese Ausgabe), Norbert Hüsson, Ulrike Schenken (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Postfach 10 21 45, 40012 Düsseldorf, Tel. 0211 / 43 01 544, Fax 0211 / 43 01 497, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: red.einblick@t-online.de **Büro Berlin:** Udo Böhlefeld, einblick, Wallstraße 61, 10179 Berlin, Tel. 030 / 48 16 23 32, Fax 030 / 27 56 09 78 **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030 / 85 99 46 24, Fax 030 / 85 99 90 92, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design, Sprockhövel **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel. 0211 / 9 20 08 -26, Fax 9 20 08 -38
Alle aktuellen *einblick*-Hintergrundtexte im Überblick: Fax-Abruf 0211 / 43 01 689
Nachdruck frei bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren.

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 07.07.2003 13/03

DGB

Nach Metallerstreik im Osten

Vorstand entscheidet später

Im Osten kommt die 35-Stunden-Woche im Stahlbereich schrittweise bis 2009. Das ist das eine Ergebnis des Metallerstreiks. Im größeren Metall- und Elektrobereich konnte sich die IG Metall dagegen nicht durchsetzen.

Im Stahlbereich sinkt die Wochenarbeitszeit ab April 2005 auf 37 Stunden, ab 2007 auf 36 und ab 2009 auf 35 Stunden. Sollten sich die Rahmenbedingungen gravierend verschlechtern, kann neu verhandelt werden. In einem offenen Brief wandte sich Halberstadts IGM-Geschäftsführer Reiner Metke an die Streikkritiker, lud sie ein, sich selbst einen Eindruck von dem tarifpolitischen Erfolg zu verschaffen.

Die andere Seite der Bilanz: Nach fast fünf Wochen Streik wurden die Verhandlungen zwischen Gewerkschaft und Metall-Arbeitgebern am 28. Juni 2003 ergebnislos abgebrochen. Trotz Kompromissbereitschaft der Gewerkschaft lehnten die Arbeitgeber es ab, sich auf einen Zeitpunkt für die 35-Stunden-Woche festzulegen. Daraufhin hatte der Vorstand der IG Metall am 30. Juni nach einer kontroversen Debatte den Streik beendet. Mit welchen Schlussfolgerungen, ist noch nicht entschieden. IG Metall-Vorsitzender Klaus Zwickel: „Es muss geprüft werden, in welchen Betrieben im Rahmen von Haustarifverträgen die Arbeitszeitverkürzung durchgesetzt werden kann. Ein mühsamer Weg, den die IG Metall nicht gewollt hat.“ Zu dem sie aber keine Alternative mehr sah.

Der Vorstand will die Diskussion auf einer Klausur vom 8. bis 12. Juli fortsetzen. Dieser Termin war eigentlich vorgesehen, um den Gewerkschaftstag im Herbst vorzubereiten. Auf ganz andere Weise könnte es jetzt um den Gewerkschaftstag gehen, falls dort das Personalpaket wieder aufgeschnürt wird. Der Verlust der Tarifrunde wird vor allem dem für Tarifpolitik verantwortlichen Vize Jürgen Peters angelastet. Auch wenn IG Metall-Sprecher Claus Eilrich die inhaltliche der Personaldebatte vorzieht – Peters, designierter Zwickel-Nachfolger, ist in die Kritik einflussreicher Betriebsräte geraten. Der Stuttgarter Bezirksleiter Berthold Huber, im April bei der Nominierung zum Nachfolgekandidat unterlegen, wird bereits als Alternative gehandelt. Auch der Leiter des Bezirks Küste, Frank Teichmüller, wurde ins Gespräch gebracht. •

Mehr Nutzen für den Arbeitgeber

Angaben der Betriebsräte in Prozent

Quelle: WSI-Betriebs- und Personalrätebefragung 2003 (3. Befragung)

Das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut in der Hans-Böckler-Stiftung hat Betriebs- und Personalräte befragt, ob sie in einer stärkeren Verbetrieblichung der Tarifpolitik eher Chancen oder Risiken sehen. Die Mehrheit äußerte eher Befürchtungen.

plusminusBERLIN

+ ***Die Bundestagsabgeordnete Cornelia Behm (Grüne) fordert ein Verbot für kommerzielle Fischer, unbeabsichtigt mitgefangene Fischsorten wieder ins Meer zurückzuwerfen. Der Beifang müsse auf die Fangquote angerechnet werden, damit ein ökonomisches Interesse entsteht, Beifänge zu vermeiden.***

– ***Rainer Brüderle (FDP) hat ein Papier zur „Beschränkung des Gewerkschaftseinflusses“ vorgestellt. In der „Huckelriedener Erklärung“ fordert er eine weitgehende Abschaffung des Flächentarifs, die Einschränkung von Mitbestimmungsrechten und das Ende der paritätischen Mitbestimmung.***

inhalt

Seite 3
Ein Verein der besser Verdienenden
Mit großformatigen Anzeigen wirbt der Bürgerkonvent für mehr Eigenverantwortung. Wer hinter der Kampagne steckt, ist in der Öffentlichkeit kaum bekannt

Seite 5
Die Vordenker
Profit und Moral: Das einblick-MAGAZIN zeigt, wie beides zusammenpasst

Seite 7
Erwerbstätigenversicherung wagen!
Statt auf Leistungsbegrenzung setzt DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer auf das Konzept einer Krankenversicherung für alle

CHANCEN!GLEICH
Der Infoservice zum Aktionsprogramm von DGB und Gewerkschaften

Der Surf-Tipp fürs Internet
www.mensch-arbeit.de
Kirchliches Beratungsportal für Probleme in der Arbeitswelt

Im Faxabruf
0211 / 43 01 676
Gesetz zur Reform des Arbeitsmarkts
Stellungnahme des DGB zum Referentenentwurf der Bundesregierung

wiewardiewoche?

Neue Mitglieder können die Gewerkschaften nur gewinnen, wenn sie gezielt die Betriebe aufsuchen, in denen es keinen Betriebsrat und nur wenige organisierte ArbeitnehmerInnen gibt. Wie das funktioniert, zeigt Axel Müller, 39. Seit dem 1. Juli leitet er in Duisburg das erste Kooperationsprojekt von DGB, IG Metall und ver.di in Nordrhein-Westfalen zur Bildung von Betriebsräten.

Entstanden ist die Idee für das Duisburger Kooperationsprojekt schon im vergangenen Jahr während der DGB-Kampagne zur Betriebsratswahl 2002. Anderthalb Jahre lang haben wir im Kreis Wesel versucht, gezielt „weiße Flecken" zu erschließen, jene Branchen und Gebiete, in denen die Gewerkschaften kaum präsent sind. Am Ende hatten wir nicht nur etliche Mitglieder gewonnen, sondern auch in neun Unternehmen, in denen es bislang keine Interessenvertretung gab, Betriebsräte auf den Weg gebracht. Die dabei gewonnenen Erfahrungen wollen wir in Duisburg nutzen. Die Stadt ist eine Gewerkschaftshochburg. Aber das gilt für den Stahlbereich und nicht für das Gewerbegebiet Logport, ein riesiges Logistik- und Dienstleistungszentrum auf dem Gelände eines ehemaligen Krupp-Hüttenwerks. Hier wollen wir angreifen.

Die Gewerkschaften wissen sehr genau, wo ihre weißen Flecken sind. IG Metall und ver.di haben deshalb nicht nur das Gewerbegebiet vorgeschlagen, in das wir mit dem Projekt reingehen, sondern sie können auch die Betriebe benennen, in denen sie bislang kaum präsent sind. Um das zu ändern, gehen wir in dem Projekt zweigleisig vor: Zum einen versuche ich, einen Kontakt zu den Gewerkschaftsmitgliedern aufzubauen, die im Gewerbegebiet Logport arbeiten, um bei ihnen Interesse für eine Arbeitnehmervertretung zu wecken. Zum anderen spreche ich mit Flugblättern und Infobroschüren vor dem Werkstor gezielt die Beschäftigten von Betrieben an, in denen die Gewerkschaften nicht präsent sind.

Der Anfang ist oft schwer. Meist kommen zunächst nur ein oder zwei Beschäftigte, mit denen ich mich außerhalb der Arbeitszeit in einem Café oder einer Kneipe verabrede. Dann muss ich weiter werben, bis ich mindestens drei Aktive gefunden habe, die einen Wahlvorstand bilden und die Wahl auch durchziehen – komme, was da wolle. Ob die Aktiven Gewerkschaftsmitglied sind, ist dabei zweitrangig. Das kommt später von selbst – spätestens wenn die gewählten Betriebsratsmitglieder geschult werden wollen und Interesse an Gewerkschaftsseminaren haben. Die Leistungen, die die Gewerkschaften den Beschäftigten bieten, können sich durchaus sehen lassen. Aber wir müssen uns von der Vorstellung lösen, dass die Beschäftigten von selbst zu uns kommen. Wir müssen raus aus den Gewerkschaftshäusern. Wir müssen vor Ort unser Angebot präsentieren. Und wir müssen die Ressourcen dazu bereitstellen. Ein normaler Gewerkschaftssekretär hat doch gar nicht die Zeit, um weiße Flecken zu erschließen.

Gleichstellung in der EU-Verfassung (*einblick* 12/03, Seite 1): Leider war die Nummer für den Faxabruf zum EU-Verfassungsentwurf falsch: Statt der Durchwahl –578 gibt es die Analyse der Abteilung Frauenpolitik des DGB (7 Seiten) unter der Faxabrufnummer **0211/4301678**

Die Redaktion

Bürgerkonvent

Ein Verein der besser Verdienenden

Seit seiner Gründung am 8. Mai im Bonner Museum König wirbt der neue Verein „Der Bürgerkonvent e.V.“ mit teuren, großflächigen Zeitungsanzeigen und im Werbefernsehen mit dem Slogan: „Deutschland ist besser als jetzt“.

Im Mittelpunkt des „Manifestes“ steht der Ruf nach Entstaatlichung und mehr Eigenverantwortung. „Die Bürger brauchen keine staatliche Bevormundung mehr.“ Denn die Wirklichkeit habe sich verändert. Deshalb könne heute die Mehrheit alles, einschließlich der „Vorsorge für die Fährnisse des Lebens, mittlerweile selbst regeln“. Die 40-Stunden-Woche müsse wieder her, ohne Lohnausgleich. „Wir“ müssen auch wieder unangenehme, schlecht bezahlte Arbeit machen, „der Traumjob wird häufig ein Traum bleiben“.

Weiter wird behauptet: „Wohlstand kommt von Arbeit. Deshalb müssen wir mehr und besser arbeiten, wenn unser Wohlstand weiter wachsen soll. Ungetane Arbeit gibt es in Fülle. Woran es mangelt, ist die Umsetzung dieser Arbeit in Arbeitsplätze.“

Doch wer sind die Absender der Botschaft? Immer wieder wird die Frage nach den Gründungsmitgliedern, Hinterleuten und der Herkunft der Gelder gestellt. Wir wollen den Verein etwas entmystifizieren.

Als Sprecher hat der Verein Meinhard Miegel, den Leiter des privaten Bonner Instituts für Wirtschaft und Gesellschaft (IWG), „ernannt“. Tatsächlich trat aber bisher im Fernsehen fast ausschließlich Prof. Dr. Gerd Langguth auf. Miegel war zunächst bei Henkel in Düsseldorf, dann enger Mitarbeiter von Prof. Kurt Biedenkopf, damals Generalsekretär der CDU. Er vertritt seit Jahren die Forderung nach privater Vermögensbildung aus rein privatem Vermögen. Das IWG ist eine konservative „Denkfabrik“ mit guten Kontakten zur CDU.

Den Vereinsvorstand bilden der Münchener Wirtschaftsanwalt Dr. Andreas Busse und Prof. Dr. Gerd Langguth, Ex-CDU-Bundestagsabgeordneter, danach Leiter der Bundeszentrale für politische Bildung und zuletzt Leiter der Konrad-Adenauer-Stiftung – einer jener Menschen also, die von ihrer Partei stets mit Pöstchen und Positionen versorgt wurden.

Alle Macht geht vom Volke aus!

Zur Gründung des BürgerKonvents.

Im Vorwort des Manifestes heißt es: „Wir finden uns nicht damit ab, dass der Berg ungelöster Probleme immer höher wird und Deutschland nur noch vor sich hin dümpelt“.

Weitere, bisher nicht öffentlich genannte Gründungsmitglieder sind laut Vereinsregister Bonn:

- Miegels Mitarbeiterin im IWG Bonn und Koautorin **Stefanie Wahl.**
- Der Stuttgarter Steuerrechtsanwalt **Prof. Brun-Hagen Hennerkes**. Er bezieht seinen Wohlstand vor allem aus der „konzeptionellen Beratung von Familienunternehmen und der Betreuung bedeutender Privatvermögen“. Er befasst sich mit dem „Kauf und Verkauf von Unternehmen sowie der Suche nach Unternehmensnachfolgern“.
- **Dr. Dieter Falke:** Bank-Vorstand in Düsseldorf, wurde wohlhabend in eine Unternehmerfamilie geboren und konnte so mit 49 Jahren seine eigene Bank gründen, die Falke Bank AG.
- **Walter Hagemeier:** Leiter des Düsseldorfer Roland-Berger-Büros. Vor seinem Bürgerkonvent-Engagement war er verantwortlich für die Olympiabewerbung der Rhein-Ruhr-Region.
- **Marc Schauenburg** bewirtschaftet wie Falke ein Erbe – die von seinem Vater gegründete Schauenburg-Gruppe.
- **Prinzessin Irina zu Sayn-Wittgenstein-Berleburg:** Anders als im Manifest ihres Vereins formuliert, dürfte auch ihr Wohlstand eher von den Vorfahren bzw. deren Untertanen stammen als von eigener Arbeit. Bisher kümmerte sich Prinzessin Irina um bedürftige Kinder, Kranke und die Aussöhnung mit Polen.

- **Prof. Jürgen Overdiek,** Architekt, residiert in seinem neuen Projekt „Kai 18“ im Düsseldorfer Medienhafen. In Aachen warten derweil Handwerker auf die Bezahlung offener Rechnungen in Höhe von 800 000 Euro aus einem anderen Overdiek-Projekt. Doch statt deren Arbeit zu bezahlen, verweist Overdieks Anwalt auf einen während der Bauphase zwischengeschalteten Generalunternehmer. Die Handwerker hielten sich indes an die verantwortlichen Investoren und entrollten ein Transparent, auf dem stand: „Die neuen Helden von Aachen – Professor Kahlen und Overdiek, 800 000 Euro offene Handwerkerrechnungen“.

Wie heißt es doch im Manifest des „Bürgerkonvent“: „Wohlstand kommt von Arbeit“. Von eigenem Wohlstand durch eigene Arbeit ist dort nicht die Rede. •

Kampagnenprotest von oben

Die Hans-Böckler-Stiftung hat kürzlich eine Studie über den Bürgerkonvent vorgestellt, in der die politische Stoßrichtung der Kampagne herausarbeitet wird. Der Bürgerkonvent schwimme auf der „Welle der Parteienschelte und Politikverdrossenheit“, werde aber gleichzeitig von erfahrenen CDU-Politikern mit einer langen Parteikarriere geführt. „Ziel ist es, das Politikmodell der Parteien zu brechen, um Raum für nicht-legitimierte Interessen zu schaffen.“

Zielgruppe der professionell inszenierten Kampagne ist vor allem das bürgerliche Lager. Damit sollen Union und FDP unter Druck gesetzt werden. Die anonymen Finanziers – so die Studie – wollen die Rückführung des Staates auf wenige Kompetenzen und gleichzeitig die radikale Umstellung des Rentensystems auf eine niedrige staatliche Grundsicherung mit privater Vermögensbildung.

„Die Enttäuschung der Bürger, die auf solche Initiativen hoffen, ist allerdings vorprogrammiert. Denn der Bürgerkonvent stachelt den Protest nur an. Er kann aber keine konkreten Handlungsmöglichkeiten und Organisationsformen bieten.“ Nach Einschätzung des Hamburger Parteienforschers Prof. Dr. Joachim Raschke ist der Bürgerkonvent eine „antiparteiliche Ersatzpartei“.

DGB-Bildungswerk NRW

Gewerkschaften in der Nazizeit

Von der Zerschlagung der Gewerkschaften in Rheinland-Westfalen-Lippe am 2. Mai 1933 berichtet das Buch „Morgen werden wir die Gewerkschaftshäuser besetzen“. Die Untersuchung von Dietrich Scheibe und Margit Wiegold-Bovermann ist aus der politischen Arbeit des DGB-Bildungswerks NRW entstanden und stellt die Übergriffe der Nationalsozialisten im Gebiet des heutigen Nordrhein-Westfalen detailliert dar. Das knapp 400 Seiten starke Buch enthält zahlreiche historische Fotos, Zeitungsausschnitte und Biographien. Das im Essener Klartext-Verlag erschienene Buch kostet 19,90 Euro. •

DGB-Bundesvorstand

Absicherung bei Jobverlust

Fakten zur staatlichen Unterstützung nach dem Jobverlust bündelt das kostenlose Heft „Finanzielle Sicherung bei Arbeitslosigkeit“, erschienen in der Reihe Informationen zur Sozial- und Arbeitsmarktpolitik (ISA) des DGB-Bundesvorstands. Neben Details zu Auswirkungen der geplanten Kürzungen bekommen LeserInnen einen Überblick über die Struktur der LeistungsempfängerInnen und die Stellung der deutschen Sicherung im internationalen Vergleich. •

DGB-Bundesvorstand
Tel. 030 / 240 60 729
carola.fuehrenberg@bvv.dgb.de

Pendlernetz

Mitfahren zum Arbeitsplatz

Allein in Nordrhein-Westfalen pendeln rund 3,4 Millionen Menschen zur Arbeit. Etwa vier von fünf ArbeitnehmerInnen nutzen hierfür das Auto – und fahren meist allein. Das soll der „Bürgerservice Pendlernetz“ ändern. Über ein Internetportal können ArbeitnehmerInnen in NRW Fahrgemeinschaften bilden und so Verkehr und Umweltbelastung reduzieren. Damit möglichst viele PendlerInnen von der im September 2002 gestarteten Initiative erfahren, brauchen die Initiatoren Unterstützung von GewerkschafterInnen und Betriebsräten. •

Bürgerservice „Pendlernetz“
c/o Transferzentrum für angepasste Technologien
Hovesaatstraße 6
48432 Rheine
www.nrw.pendlernetz.de

Auto Club Europa

Sonderpreise für Mietwagen

Mitglieder des Auto Club Europa (ACE) können künftig Fahrzeuge des Carsharing-Service der Deutschen Bahn zu Sonderkonditionen nutzen. Eine entsprechende Vereinbarung hat der gewerkschaftsnahe Club mit der Bahngesellschaft unterzeichnet. An Bahnhöfen in über 50 Städten können ACE-Kunden damit ohne Grundgebühr Autos zum Businesstarif mieten. Wochentags gibt es zum Beispiel einen Kleinwagen für rund drei Euro pro Stunde, zuzüglich neun Cent Benzinpauschale für jeden gefahrenen Kilometer. Infos zum Service gibt's über die Carsharing-Hotline der Bahn oder im Internet. •

Tel. 0180 / 1 28 28 28
www.dbcarsharing.de

WSI-Umfrage

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Chancengleichheit und Beschäftigungssicherung – welche Rolle spielen diese Themen im Betrieb? Zwei Jahre nach In Kraft Treten des neuen Betriebsverfassungsgesetzes, mit dem die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu den Aufgaben des Betriebsrats hinzugekommen ist, plant das WSI eine erste Bestandsaufnahme. Von Juli bis September sollen Betriebs- und Personalräte per Fragebogen nach ihren Erfahrungen mit dem neuen Themengebiet befragt werden. •

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut in der HBS
Hans-Böckler-Str. 39
40476 Düsseldorf
christina-klenner@boeckler.de

IG BAU-Erholungswerk

Beim Seminar Erholung finden

Arbeit und Erholung lassen sich in den Hotels des Gemeinnützigen Erholungswerks e.V. (GEW), getragen von IG BAU und den Arbeitgeberverbänden des Baugewerbes, bestens verbinden. Seminarräume für bis zu 50 TeilnehmerInnen sowie moderne Tagungstechnik bieten die Hotels „St. Andreasberg“ im Harz, der „Farbinger Hof“ am Chiemsee und der Ferienclub „Maierhöfen“ im Allgäu. 1963 als preiswerte Erholungseinrichtung für IG BAU-Angehörige gegründet, stehen die sieben Häuser des Erholungswerks in Deutschland und Europa heute gegen geringen Aufpreis auch anderen Seminargruppen und IG BAU-fremden Reisenden offen. •

Gemeinnütziges Erholungswerk
Benzstraße 11
61352 Bad Homburg
Tel. 0 61 72 / 68 11 222
www.ferien-igbau.de

interregio

••• ***DGB Saar*** und ***DGB Rheinland-Pfalz*** haben als Mitglieder der gewerkschaftlichen Plattform der Region SaarLorLux gemeinsam mit Gewerkschaften aus Belgien, Frankreich und Luxemburg eine ***Resolution*** zur Weiterentwicklung der Großregion vorgelegt. Darin fordern sie eine grenzüberschreitende Verkehrspolitik mit einem Schwerpunkt auf dem Bereich öffentlicher Nahverkehr, Schiene und Luftfahrt. Weitere Forderungen sind eine eigene finanzielle Ausstattung der Institutionen der Großregion SaarLorLux, die Schaffung eines eignen Hauses für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und die Bildung eines regionalen Wirtschafts- und Sozialausschusses (WSAGR). Kritik übt die gewerkschaftliche Plattform am bisherigen Gipfelpräsidenten, dem saarländischen Ministerpräsidenten Peter Müller. Er habe die Gewerkschaften nicht angemessen an der Erarbeitung des Entwicklungskonzeptes „Zukunftsbild 2020“ für die Region beteiligt. Infos: Thomas Schulz, Tel. 0681 / 40 00 123.

••• Die ***DGB-Jugend Thüringen*** beteiligt sich als Partner des Netzwerks für Demokratie und Courage Thüringen (NDC Thüringen) an den ***Projektschultagen*** „Medien und Rassismus“. Jugendlichen ab 14 Jahren soll dort der kritische Umgang mit Medien vertrauter gemacht werden. Die Projekttage können von Thüringer Schulen bis Oktober kostenlos bei Courage Thüringen gebucht werden. Gefördert wird das Netzwerk von der Europäischen Union und dem Bundesfamilienministerium. Infos und Anmeldung: NDC Thüringen, Internet: *www.courage-thueringen.de*, Tel. 0 36 81 / 70 61 81.

Sozial und ökologisch verantwortliche Unternehmen

Die Vordenker

Profit und Moral – das klingt nicht gerade nach einem untrennbaren Paar. Doch nichts anderes ist gemeint, wenn von Corporate Social Responsibility (CSR), zu Deutsch „sozial verantwortliche Unternehmensführung“, die Rede ist. Es geht um Unternehmen, die ökologische Standards setzen, sich auch in sozialen Fragen für ihre Beschäftigten verantwortlich fühlen und dennoch wirtschaftlich erfolgreich sind. Unter dem Titel „Sie können auch anders“ stellt das einblickMAGAZIN einige der sozial und ökologisch handelnden Unternehmen vor und nennt Voraussetzungen, damit CSR nicht zum Marketingtrick verkommt.

Als Unternehmen mit sozialer und ökologischer Verantwortung sieht sich zum Beispiel der Hamburger Otto-Versand. Bei dem größten Versandunternehmen der Welt mit einem Jahresumsatz von 20 Milliarden Euro ist das Thema Umweltverträglichkeit seit 1986 Unternehmensziel. Dazu verzichtet das Unternehmen beispielsweise auf überflüssiges Verpackungsmaterial und setzt beim Transport verstärkt auf Schiff und Bahn. Seinen Kunden bietet Otto Textilien aus Bio-Baumwolle, energiesparende Kühlschränke, aber auch Produkte aus fairem Handel wie Teppiche mit dem Rugmark-Siegel. Denn das Unternehmen will auch in sozialen Fragen Flagge zeigen. Von seinen Lieferanten verlangt der Otto-Versand die Einhaltung von sieben elementaren Rechten für die Beschäftigten, von der Umsetzung des nationalen Arbeitsrechts bis zum Verzicht auf Kinderarbeit.

Umweltbewusstsein können sich nicht nur die ganz Großen leisten, wie das Beispiel des Büromöbelherstellers Wilkhahn im niedersächsischen Bad Münder zeigt. Ein Leitsatz des Unternehmens lautet: „Im Zweifelsfall hat der ökologische Aspekt einen höheren Stellenwert als schneller Gewinn.“ Bereits 1996 hat die Deutsche Bundesstiftung Umwelt den 640-Mann-Betrieb dafür mit ihrem Umweltpreis ausgezeichnet. Daneben engagiert sich das Unternehmen auch für seine Beschäftigten. Seit Anfang der siebziger Jahre gibt es bei Wilkhahn eine Mitarbeiterbeteiligung. Die Hälfte des Gewinns geht an sie. Aber auch im Arbeitsalltag zählt Beteiligung zu den Leitlinien des Unternehmens. Entscheidungen werden nicht per Hierarchie durchgesetzt, sondern im Team.

*Nur drei von über 300 Gütesiegeln, mit denen Unternehmen ihre Kunden über die Einhaltung ökologischer und sozialer Standards informieren: Das **Rugmark-Siegel** tragen nur Teppiche, die ohne illegale Kinderarbeit hergestellt worden sind, das **Forest-Stewardship-Council-Siegel** (FSC) wird für Holz aus nachhaltiger Forstwirtschaft verliehen, und mit dem **Total-E-Quality-Signet** dürfen sich Unternehmen schmücken, die sich zur Chancengleichheit von Frauen und Männern verpflichtet haben.*

Auf verschärften Wettbewerb kennen viele Unternehmen nur eine Antwort: Kosten sparen. Karl-Heinz Spiegels, Inhaber der Spiegels GmbH & Co. KG im niederrheinischen Nettetal, setzte auf eine andere Karte. Als sich Mitte der neunziger Jahre der Wettbewerb unter Büromöbelherstellern verschärfte, investierte er in moderne Technik und qualifizierte seine Beschäftigten. Der nur 56 Mitarbeiter große Betrieb konnte seine Eigenständigkeit bewahren. Mit dem Projekt, das Leistungsdruck durch Leistungswillen ersetzt, verbesserte sich auch die Arbeitssituation. Der Krankenstand sackte innerhalb von sechs Jahren von vier auf 1,6 Prozent, gleichzeitig stieg die Produktivität um 40 Prozent.

In Sachen Frauen- und Familienförderung zählt der Berliner Pharmakonzern Schering zu den Vorreitern in Deutschland. Eine hohe Sensibilität beim Thema Chancengleichheit bescheinigt Betriebsrätin Gabriele Schaffran-Deutschmann ihrem Arbeitgeber. Sie betont aber auch, dass die Erfolge erkämpft werden mussten. Inzwischen gibt es ein Grundsatzreferat Frauenförderung und eine Betriebsvereinbarung „Beruf und Familie“. Zu einer familienfreundlichen Personalpolitik entschloss sich das Unternehmen vor 30 Jahren aus handfesten wirtschaftlichen Gründen. Angesichts des damaligen Arbeitskräftemangels eröffnete Schering einen Betriebskindergarten und erschloss so ein brachliegendes Arbeitskräftepotenzial.

Die Beispiele sind ein Anfang, aber aus Sicht der Gewerkschaften keineswegs ausreichend. „Zu wenige Konzerne nehmen ihre wachsende Verantwortung wirklich ernst“, sagt Heinz Putzhammer, im DGB-Vorstand zuständig für Wirtschaftspolitik. Ohne sozial verantwortliche Unternehmen, so der Gewerkschafter, werde es in Deutschland keine nachhaltige Entwicklung geben. Dafür brauche es aber rechtliche Rahmenbedingungen für unternehmerisches Handeln und Anreize, die durch Verbraucher und Investoren gesetzt werden könnten. Freiwillige Vereinbarungen der Unternehmen, die sich nur schwer überprüfen ließen, seien dagegen nicht mehr als ein Versprechen. •

Moralisch wertvoll

Auch der tägliche Einkauf oder die Geldanlage ist eine politische Entscheidung. Schließlich unterstützt der Kunde mit der Wahl seiner Produkte auch die Unternehmenspolitik des Herstellers.

Inzwischen gibt es mehr als 300 Gütesiegel, die den Weg zu Produkten weisen, bei deren Herstellung auf soziale und/oder ökologische Aspekte geachtet wird. Gleiches gilt für Geldanlagen. Auch hier gibt es Indizes, die für eine ökologische und sozial verantwortliche Anlageform stehen. Der bekannteste ist der Naturaktienindex, der auch als der konsequenteste in der Branche gilt. Eines der Aufnahmekriterien lautet: Ein Unternehmen muss an der „ökologisch und sozial nachhaltigen Lösung zentraler Menschheitsprobleme“ mitarbeiten.

Das einblickMAGAZIN Nummer zehn stellt im Serviceteil Verbrauchergütesiegel, Stiftungen und Unternehmenspreise vor und informiert über grüne Geldanlagen. Das einblickMAGAZIN gibt es exklusiv beim DGB und bei den Gewerkschaften.

kurz&bündig

ver.di-Vize Franz Treml will Arbeitnehmervertreter ausländischer Tochterfirmen an Aufsichtsräten multinationaler Unternehmen beteiligen und dafür auf eigene Mandate verzichten. Die Bundesregierung müsse dazu die Mitbestimmung auch auf ausländische Tochterfirmen erweitern.

Der IG Metall-Vorstand will bis April von Frankfurt-Niederrad wieder an seinen alten Standort in der Innenstadt der Mainmetropole ziehen. Neuer Sitz wird das von der IG Metall für 125 Millionen Euro erbaute 22-geschossige Main-Forum. 16 000 Quadratmeter wird die IG Metall selbst nutzen, für weitere 12 000 Quadratmeter sucht die Gewerkschaft noch Mieter.

Mit der designers union hat ver.di eine eigene Berufsgruppe für Grafikdesigner und MediengestalterInnen gegründet. Mitglied können auch Freiberufler, Studierende und SchülerInnen werden. Die neue Berufsgruppe ist unter *www.designers-union.de* ***online.***

TRANSNET hat ein Konzept zur Zukunft der Deutschen Bahn vorgestellt. Unter dem Slogan „Service-Aufbruch" fordert sie die Wiedereinführung der Interregios als „City-Sprinter" und ein einheitliches Ticket für die gesamte Reise, inklusive Nahverkehr. Außerdem solle die Bahn eine umfassende Reiseplanung anbieten.

DGB-Kommunikationskampagne

Resonanz wächst

Die zweite Welle der DGB-Kommunikationskampagne fiel in eine turbulente Zeit. Zuletzt stand der IG Metall-Streik um die 35-Stunden-Woche im Vordergrund. Doch wie die Resonanz auf die über 60 Veranstaltungen in den elf Schwerpunktregionen zeigte, brennt vielen das Thema Bildung unter den Nägeln.

Die wohl spektakulärste Aktion fand in München statt. In der Altstadt wurden 600 rotweiße Rettungsringe mit der Aufschrift „Rettet die Bildung" an Denkmälern, Skulpturen und sonstigen kulturellen Aushängeschildern angebracht. Aus der DGB-Region Leipzig heißt es, dass das Thema Bildung in der Öffentlichkeit besser aufgenommen wurde als die Themen Arbeitsmarktreform und Gesundheitspolitik der ersten Welle. Bei Aktionen in Schulen, einem Bildungsfest in der City, einer 100 Meter langen „Bildungsstraße" kamen Tausende mit den Gewerkschaften ins Gespräch. Passanten lobten, dass der DGB das Thema Jugendarbeitslosigkeit und fehlende Lehrstellen offensiv angeht. Die vom DGB geforderte Ausbildungsplatzabgabe fand große Zustimmung. „Selbst von Leuten, die den Gewerkschaften skeptisch gegenüberstehen", sagt Horst Raupp von der DGB-Region Starkenburg in Hessen.

In Potsdam fanden zwei spektakuläre „Street Parcours Shows" statt. Junge Leute mit Inlineskates und BMX-Rädern machten durch riskante Sprünge deutlich, welche Hindernisse auf dem Weg zum Ausbildungsplatz zu bewältigen sind. Besonders interessant fand DGB-Vorstand Ingrid Sehrbrock den Besuch einer Berufsschule in Ludwigsburg. Schüler sprachen dort eine bessere Weiterbildung der Lehrer an. Die Berufsvorbereitungsjahre, so Sehrbrock, „sind grundsätzlich ein Riesenproblem. Es handelt sich um eine Auffangmaßnahme, die nur wenig bringt, außer die Statistik zu schönen". •

?...nachgefragt

Foto: Jürgen Seidel

Sie reden wieder miteinander: SPD und Gewerkschaften, trotz der grundsätzlichen Kritik an der Agenda 2010. Detlef Hensche, 64, bis zur ver.di-Gründung im März 2001 Vorsitzender der IG Medien, hat eine andere Konsequenz aus den Agenda-Plänen gezogen und ist aus der SPD ausgetreten. *einblick* hat ihn nach seinen Gründen für den Austritt und nach den Konsequenzen gefragt, die die Gewerkschaften aus der Agenda ziehen sollen.

Mit der Zustimmung zur Agenda 2010 hat die SPD eine Wende vollzogen, tief greifender als alle bisherigen Programm-Veränderungen. Entgegen anders lautenden Beteuerungen hat sie sich von dem Ziel verabschiedet, die Arbeitslosigkeit zu überwinden. Sie hat stattdessen den Weg für den Abbau des arbeitsrechtlichen Schutzes und von sozialen Leistungen freigegeben. Die nächsten Schritte werden folgen, zusätzlich angeheizt durch einen zügellosen Abbruch- und Umverteilungswettlauf von Regierung und Opposition. Dieser Kurs schafft keine Beschäftigung, sondern gefährdet Arbeitsplätze, er erzeugt Armut und verschärft die Krise. Ohne Not. Keine der vorgeschobenen Aufgaben wird dadurch gelöst, weder die demographische Entwicklung, noch der finanzielle Engpass in der Sozialversicherung, der durch die politisch hingenommene Reduzierung des Kreises der Beitragszahler entstanden ist. Meine persönliche Haltung zu den Regierungsparteien ist das eine, die politische Auseinandersetzung mit der Bundesregierung das andere. Dieser Aufgabe können sich die Gewerkschaften nicht entziehen. Dies schließt selbstverständlich auch Gespräche ein. Nur sollten sich die Gewerkschaften dabei keinen Illusionen hingeben, weder der Hoffnung, durch Zugeständnisse oder Stillhalten Erfolge zu erzielen, noch der Logik des kleineren Übels: Wer die noch dreisteren Absichten der Opposition verhindern will, muss die Regierungspläne bekämpfen. Die Vorlagen der Regierung sind geradezu eine Einladung an die Opposition, noch etwas draufzusatteln.

WSI-Standortbericht

Schlusslicht-These nicht belegbar

Die von konservativen Ökonomen verbreitete These, dass verkrustete Arbeitsmärkte und leistungsfeindliche soziale Sicherungssysteme die Hauptursache für die niedrigen deutschen Wachstumsraten sind, ist empirisch nicht belegbar – zu diesem Ergebnis kommt das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) in seinem Anfang Juli präsentierten Standortbericht Deutschland. Zum einen läge Deutschland bei den entscheidenden Faktoren – dem Grad des Kündigungsschutzes, der Höhe und Dauer der Lohnersatzleistungen, dem Koordinierungsgrad der Lohnverhandlungen und der Steuerbelastung des Faktors Arbeit – international bereits seit den achtziger Jahren im unteren Mittelfeld. Zum anderen würden die Befürworter einer weit reichenden Deregulierung die Befunde moderner Arbeitsmarktforschung ignorieren, die auf Beschäftigungsgewinne durch koordinierte Arbeitsmärkte und ein hohes Niveau sozialer Sicherheit hinweisen. •

Gesundheitsreform

Erwerbstätigenversicherung wagen!

Bis Ende Juli wollen sich Bundesregierung und Opposition auf die Grundzüge der Gesundheitsreform verständigen. Während die Parteien auf eine schnelle Kostensenkung durch die Privatisierung von Leistungen setzen, bleiben langfristige Perspektiven unbeantwortet. Eine Reformoption ist aus Sicht der stellvertretenden DGB-Vorsitzenden Ursula Engelen-Kefer die Erwerbstätigenversicherung.

Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ursula Engelen-Kefer, 60, ist Mitglied der Rürup-Kommission.

Die Verhandlungen laufen auf Hochtouren. Das gemeinsame Ziel von Bundesregierung und Opposition ist es, den Beitragssatz auf unter 13 Prozent zu senken. Geplant werden deshalb kurzfristige Maßnahmen, **um die Krankenkassen auf der Ausgabenseite zu entlasten.** Die Vorschläge reichen von erhöhten Zuzahlungen über die Ausgliederung von Krankengeld und Zahnbehandlungen bis zur Festschreibung des Arbeitgeberanteils und der Ausgliederung privater Unfälle. Angesichts der Machtkonstellation von Bundestag und Bundesrat ist es wahrscheinlich, dass es ein Sowohl-als-auch, also eine Paketlösung geben wird.

Alle Umfragen machen deutlich, dass die breite Mehrheit der Bevölkerung eine Privatisierung von Gesundheitsleistungen – egal ob Krankengeld oder Zahnersatz – ablehnt. Die **Bereitschaft zu mehr Eigenverantwortung würde aber vermutlich erheblich zunehmen,** wenn absehbar wäre, dass die Versorgungsqualität verbessert und die Ausgaben begrenzt werden und nicht noch stärkere Eingriffe folgen. Doch es geht nicht um individuelle Einschränkungen allein: Aus dem viel beklagten Reformstau ist eine gesellschaftliche Depression geworden. Die BürgerInnen erwarten kaum noch, dass sich ihre Lebensumstände durch Reformen verbessern. Die Reformdebatte selbst steckt in der Vertrauenskrise. Visionen und Perspektiven fehlen.

Die weitaus bessere Alternative zur Herausnahme ganzer Leistungsbereiche aus der GKV **ist die Verbreiterung der Solidaritätsbasis.** Eine solche Perspektive kann die Erwerbstätigenversicherung bieten. Ein Modell, das unter dem Namen Bürgerversicherung in den Regierungsparteien neu diskutiert wird und inzwischen sogar in der CDU/CSU prominente Unterstützer findet.

Nicht erst die Rürup-Kommission hat deutlich gemacht, dass wir eine langfristige Reformoption für die solidarische Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) brauchen. Die Erwerbstätigenversicherung ist ein zentraler Reformansatz. **Das Prinzip ist bestechend simpel: eine Versicherung für alle.** Schließlich gibt es keinen vernünftigen Grund, warum die Sozialversicherung weiterhin allein von den Arbeitseinkommen der Arbeiter und Angestellten und deren Arbeitgebern bis zur Beitragsbemessungsgrenze finanziert wird. Die Erwerbstätigenversicherung würde eine der großen Gerechtigkeitslücken schließen.

Das **Modell der Erwerbstätigenversicherung basiert auf drei Säulen:** Hierbei geht es um die stufenweise Erweiterung der Versicherungspflicht, die Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze und die Einbeziehung anderer Einkommensarten. Natürlich kann die Umsetzung eines solchen Modells nur schrittweise erfolgen. Die Anhebung der Versicherungspflicht- und Beitragsbemessungsgrenze wäre ein Schritt zu mehr Beitragsgerechtigkeit. Gleichzeitig könnte das angestrebte Ziel, den Beitragssatz spürbar zu senken, realisiert werden, ohne medizinisch notwendige Leistungen aus der GKV herauszunehmen.

Die Erwerbstätigenversicherung ist, das hat die Rürup-Kommission gezeigt, **die einzige Alternative zur so genannten Gesundheitsprämie** (Kopfprämien-Modell). Dabei sind die Verteilungswirkungen höchst unterschiedlich: Während die Gesundheitsprämie vor allem hohe Einkommen zwischen 60 000 und 120 000 Euro entlastet, werden durch die Erwerbstätigenversicherung die unteren und mittleren Einkommen der Arbeiter und Angestellten – selbst bei der Einbeziehung anderer Einkommensarten – entlastet. Ein großer Vorteil der Erwerbstätigenversicherung ist deshalb vor allem das hohe Maß an sozialer Gerechtigkeit und die Beteiligung der Arbeitgeber an der Finanzierung und Verantwortung für die GKV.

Nun ist eine Erwerbstätigenversicherung kein Allheilmittel. Sie kann die Strukturreformen im Gesundheitswesen nicht ersetzen. Doch ein solches Modell ist eine strategische Option für eine langfristige Weiterentwicklung des Solidargedankens unserer Sozialversicherung. •

Mehr Transparenz für die Versicherten

Mit einem offenen Brief an die politischen Entscheidungsträger haben sich Anfang Juli die im Netzwerk Gesundheit zusammengeschlossenen Sozialverbände, Behindertenorganisationen, kirchlichen Einrichtungen und Gewerkschaften zu Wort gemeldet. Ihr Ziel: Die Gesundheitsreform darf nicht nur einer Senkung der Beitragssätze in der gesetzlichen Krankenversicherung dienen, sondern muss zu einer Verbesserung der Qualität in der medizinischen Versorgung führen. Insbesondere fordern die Partner des Netzwerks Gesundheit:

- ***den Ausbau einer berufsübergreifenden integrierten Versorgung als alternative Regelversorgung,***
- ***den Aufbau von Gesundheitszentren,***
- ***die Einführung des Hausarztsystems,***
- ***die Einrichtung eines Zentrums für Qualität in der Medizin,***
- ***mehr Kostentransparenz durch die Veröffentlichung von Qualitätsdaten und die Einführung von Patientenquittungen sowie den Abbau von Verschwendungsanreizen in der medizinischen Versorgung.***

Mehr Informationen:
www.netzwerk-gesundheit-online.de

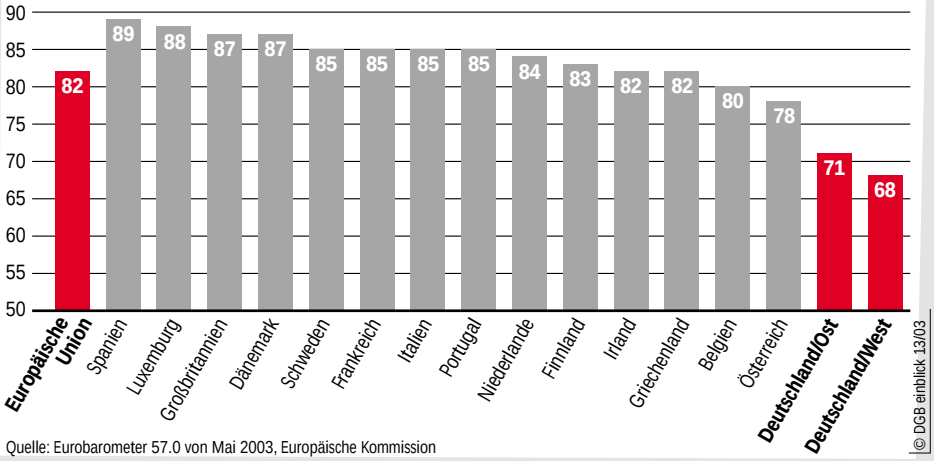
Postvertriebsstück G 45918 Vertrieb durch toennes satz+druck gmbh, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath

die DGB grafik

DISKRIMINIERUNG: Knapp ein Drittel hat nichts dagegen

Die Mehrheit der EU-BürgerInnen lehnt Diskriminierung auf Grund ethnischer Herkunft, Religion, Weltanschauung, sexueller Identität, Alter oder Behinderung ab. EU-weit gilt das für 82 Prozent aller Befragten, in Ostdeutschland hingegen nur für 71 und im Westen nur für 68 Prozent. Das heißt: Knapp ein Drittel aller Deutschen befürwortet Diskriminierung – für Volker Beck, Rechtsexperte von Bündnis 90/Grüne, ein Indiz für die Notwendigkeit eines umfassenden Antidiskriminierungsgesetzes.

Ablehnung von Diskriminierung aufgrund von ethnischer Herkunft, Religion oder Weltanschauung, sexueller Identität, Alter oder Behinderung (in Prozent)



Quelle: Eurobarometer 57.0 von Mai 2003, Europäische Kommission

Tipp

Buch: *Christiane Färber, Klaus Kock, Frank Mußmann, Irmtraud Schlosser (Hrsg.),* ***Kooperation Wissenschaft Arbeitswelt,*** *Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2003, 196 Seiten, 20,50 Euro*

20 Kooperationsstellen Hochschulen und Gewerkschaften gibt es bundesweit. Ihre Anfänge liegen in der Bildungsexpansion der siebziger Jahre, in der Öffnung der Hochschulen für Arbeiterkinder und in der Forderung der Gewerkschaften, dass Wissenschaft nicht einseitig an den Interessen der Wirtschaft ausgerichtet sein dürfe. Mehr als 25 Jahre später fällt die Bilanz bescheidener aus. Zwar gibt es zahlreiche positive Einzelprojekte, von der Ingenieurausbildung bis zur innovativen Arbeitsgestaltung, aber diese Aktivitäten sind „nicht in der Alltagsarbeit der Gewerkschaften verankert". Umgekehrt gehört das Thema Arbeitswelt „nicht zu den Topthemen an den Hochschulen". Gewerkschaften und Hochschulen – das ist noch immer „eine schwierige Beziehung mit Zukunft".

personalien

••• ***Ursula Spiekermann,*** 47, von 1991 bis 1995 EDV-Beraterin bei der DGB Technologieberatung Berlin - Brandenburg, seither freiberufliche Trainerin und Projektleiterin im Bereich Softwareergonomie, ist seit dem 1. Juli Referentin für das DGB-Intranet in der Abteilung Organisation und Kommunikationssysteme des DGB.

••• ***Frank Spieth,*** 56, DGB-Landesvorsitzender in Thüringen, und ***Detlef Hensche,*** 64, bis zur Gründung der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) im März 2001 Vorsitzender der IG Medien, sind Ende Juni unabhängig voneinander aus Protest gegen die Agenda 2010 aus der SPD ausgetreten (siehe Seite 6).

14 TAGE

7.7. Arbeit und Leben, Arbeiterkammer Saarland, Fachtagung „Behinderte Menschen in Betrieb und Gesellschaft", Kirkel

9.7. DGB Baden-Württemberg, Tagung „Frauen stärken", Stuttgart

10.7. DGB Hessen, Tagung „Sozialstaat reformieren statt umbauen", Frankfurt/M.

11.7. DGB-Bundesvorstand, Start des Aktionsprogramms Chancen!Gleich, Berlin

14.7. GEW, DGB Nordrhein-Westfalen, „Bildungsdialog NRW", Duisburg

15./16.7. ver.di-Gewerkschaftsrat, Beratung über das geplante Konsolidierungskonzept für ver.di, Berlin

Schlusspunkt

„Wer zu spät kommt, den bestraft das Arbeitsamt."

Pressemitteilung der Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen über die seit dem 1. Juli geltende Verpflichtung von ArbeitnehmerInnen, sich im Falle einer Kündigung „unverzüglich" beim Arbeitsamt zu melden. Pro Tag der verspäteten Meldung wird das Arbeitslosengeld um bis zu 50 Euro vermindert.

Impressum *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** *einblick* Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Udo Perina, Christian Paulsen **Redaktion:** Anne Graef, Stephan Hegger, Norbert Hüsson (verantwortlich für diese Ausgabe), Ulrike Schenken (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Postfach 10 21 45, 40012 Düsseldorf, Tel. 0211 / 43 01 544, Fax 0211 / 43 01 497, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: red.einblick@t-online.de **Büro Berlin:** Udo Böhlefeld, einblick, Wallstraße 61, 10179 Berlin, Tel. 030 / 48 16 23 32, Fax 030 / 27 56 09 78 **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030 / 85 99 46 24, Fax 030 / 85 99 90 92, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design, Sprockhövel **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** Toennes Druck + Medien Gmbh, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel. 0211 / 9 20 08 -26, Fax 9 20 08 -38
Alle aktuellen *einblick*-Hintergrundtexte im Überblick: Fax-Abruf 0211 / 43 01 689
Nachdruck frei bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren.

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 21.07.2003 14/03

DGB

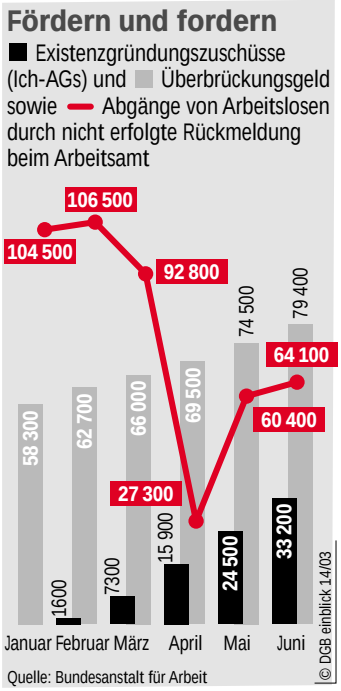
Halbjahresbilanz der Hartz-Reform

Bescheidene Anfangserfolge

Die-Ich AG – Unwort des Jahres 2002 – erfreut sich wachsender Beliebtheit. Waren es im Januar erst 15 Arbeitslose, die mit Hilfe des Arbeitsamtes eine Existenzgründung wagten, summierte sich ihre Zahl bis Ende Juni auf 33 209. Ob via Ich-AG die Arbeitslosigkeit nennenswert abgebaut werden kann, bleibt fraglich. Das Nürnberger Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) schätzt das Potenzial an Arbeitslosen, die eine Ich-AG gründen könnten, auf rund fünf Prozent. Die neuen Selbstständigen erhalten im ersten Jahr 600, im zweiten 360 und im dritten 240 Euro Starthilfe im Monat.

Eine attraktivere Alternative ist für viele Arbeitslose das alte Überbrückungsgeld: Seit Jahresanfang nutzen 79 400 Ex-Arbeitslose diese sechsmonatige Anschubfinanzierung (Arbeitslosengeld plus Sozialversicherungsbeitrag) – immerhin 35 Prozent mehr als im Vorjahr.

Die Zahl der neuen Mini- und Midi-Jobs – seit April zahlen Arbeitgeber für Niedriglöhne bis 400 bzw. 800 Euro geringere Sozialabgaben – soll zwar um 800 000 höher sein als die der alten 325-Euro-Jobs, so die Mini-Job-Zentrale der Bundesknappschaft in Bochum. Dass sich dahinter aber neue Jobs im großen Stil verbergen, ist unwahrscheinlich. Das IAB vermutet, dass nur bisherige Beschäftigungsverhältnisse – auch sozialversicherungspflichtige – umgewandelt worden sind.



Die Zahl der neuen Selbstständigen wächst, der Druck auf Arbeitslose zeigt Wirkung.

Sehr bescheiden nehmen sich die Erfolge der kürzlich gestarteten Personal-Service-Agenturen (PSA) aus. Diese Zeitarbeitsfirmen – „Herzstück" der Hartz-Reform – zählen bislang nur 2340 Beschäftigte.

Als Flop darf der Job-Floater gelten. Das „Kapital für Arbeit"-Programm – Arbeitgeber erhalten seit November 2002 einen verbilligten Kredit von bis zu 100 000 Euro, falls sie einen Arbeitslosen einstellen – hat bislang 5000 neue Stellen gebracht. Die ursprüngliche Planung ging von 50 000 aus.

Erfolgreicher ist die aus dem Job-AQTIV-Gesetz stammende Anforderung an Arbeitslose, sich öfter beim Arbeitsamt zu melden. Wer das nicht tut, fliegt aus der Statistik. Allein in diesem Jahr verschwanden so monatlich zwischen 27 300 und 106 500 Arbeitslose.

Gemessen an ihrem Ziel, die Zahl der Arbeitslosen bis Ende 2005 um zwei Millionen zu reduzieren, nehmen sich die Ergebnisse der Hartz-Reform mickrig aus. Es sei aber noch „zu früh", um eine Bewertung vorzunehmen, so das Münchner Ifo-Institut. Außerdem kann die Reform im Prinzip nur die Vermittlung von Arbeit verbessern, neue Jobs schafft sie nicht.

Dass die Zahl der Arbeitslosen im Juni überraschend um 85 000 auf 4,26 Millionen gefallen ist, bezeichnet selbst Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) nur als „erfreuliches Signal". Man könne „noch nicht von einer Trendwende am Arbeitsmarkt sprechen". •

plusminusBERLIN

+ ***Rainer Funke, menschenrechtspolitischer Sprecher der FDP, fordert einen generellen Abschiebestopp für Tschetschenen. Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) weigere sich, diesen auszusprechen, obwohl der Bundestag in zwei Resolutionen Menschenrechtsverletzungen in Tschetschenien festgestellt habe.***

– ***Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) hat veranlasst, dass die Arbeitsämter aus Gründen der „Zeitersparnis" nicht mehr ausrechnen, ob die Ausbildungsvergütung weniger als die Hälfte des Facharbeiterlohns ausmacht. Wer nach der Lehre arbeitslos wird, bekommt deshalb oft weniger Geld.***

inhalt

Seite 3
Bildungschancen glatt halbiert
Die Kürzungen der Ausgaben für berufliche Weiterbildung haben verheerende Folgen: Bildungsträger werden arbeitslos, Arbeitslose bleiben ohne Chance auf einen neuen Job

Seite 5
Die Ursachen liegen tiefer
Die Krise der IG Metall offenbart Widersprüche in der Organisation

Seite 7
Kommt das Basta des Kanzlers?
Wenn der Bundesrat betriebliche Bündnisse legalisieren will, ist das Basta des Kanzlers gefordert, meint Hans-Joachim Schabedoth, Leiter der Grundsatzabteilung des DGB

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.chancengleich.de
Die Website zum DGB-Aktionsprogramm „Chancengleichheit im Betrieb". Mit News und Aktivitäten. Mit betrieblichen Beispielen, Hintergrund und Rechtstipps.

Im Faxabruf

0211 / 43 01 681
Gesundheitsreform: Kopfpauschalen – mehr Belastung für niedrige Einkommen

Arme Selbstständige

Böckler-Stiftung für Pflichtrente

Viele Selbstständige laufen Gefahr, im Alter unter die Armutsgrenze zu fallen, weil sie nicht ausreichend vorgesorgt haben. Das ist das Ergebnis einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung. Danach sind 1,9 Millionen Selbstständige nicht zur Altersvorsorge verpflichtet; hinzu komme eine „Grauzone“ von mehreren Hunderttausend Personen, die zwar versicherungspflichtig sind, dieser Pflicht aber nicht nachkommen.

Weil ein Drittel der Selbstständigen nur ein Einkommen von rund 1000 Euro im Monat habe, halten die Autoren der Studie – u. a. der Rentenexperte Wilfried Schmähl vom Zentrum für Sozialpolitik der Uni Bremen – Altersarmut von Selbstständigen für „eine reale Gefahr“. Sie plädieren deshalb dafür, auch diese Erwerbstätigen in die gesetzliche Rentenversicherung einzubeziehen. Es sollte für sie „eine Pflicht zur Mindestabsicherung geben“. •

in eigener Sache

Fünfeinhalb Jahre nach dem Erscheinen des ersten *einblick* am 19. Januar 1998 und dreieinhalb Jahre nach der Eröffnung unseres Berliner Büros ist diese Ausgabe **die letzte „Düsseldorfer“ Ausgabe** der *einblick*-Redaktion. Ab dem 1. August haben die *einblick*-Redaktion und der *einblick*-Verlag ihren Sitz in Berlin. Unser neues Büro in der Wallstraße 60 liegt unweit der Spree, gleich neben der Gewerkschaftszentrale der Weimarer Republik, dem Haus des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) am Köllnischen Park. **Redaktion *einblick*, Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030 / 30 88 24 0**

Anti-WTO-Kongress

Kritiker planen „Fatal Global“

Ein breites Bündnis von Globalisierungskritikern veranstaltet im Vorfeld der Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation (WTO) am 5./6. September einen Anti-WTO-Kongress in Berlin. Dem Bündnis gehören der DGB, Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen wie Attac sowie kirchliche Verbände an. Das Kongressmotto lautet „Fatal Global“. Der Trägerkreis will „zivilgesellschaftliche Alternativen zur Handelspolitik von EU und WTO aufzeigen“. Die WTO orientiere sich einseitig an den Profitinteressen der Konzerne. •

geplant... → beschlossen

Ende September startet die dritte Welle der Kommunikationskampagne des DGB. Themenschwerpunkte sollen die Zukunft des Flächentarifvertrags und die Folgen einer stärkeren Flexibilisierung der Tarifpolitik sein. Das hat der Geschäftsführende DGB-Bundesvorstand (GBV) am 14. Juli beschlossen.

Der DGB erhält ein bundesweites internes IT-Netz. Für den Aufbau des neuen Intranets hat der DGB 500 000 Euro bereitgestellt, für die laufenden Kosten sind weitere 680 000 Euro pro Jahr eingeplant. Die Wahl des künftigen Netzbetreibers für das Intranet wird zurzeit geprüft.

wie war die woche?

Mit dem Aktionsprogramm „Chancen!Gleich“ wollen DGB und Gewerkschaften der Chancengleichheit in der Arbeitswelt neuen Schwung geben. Und mit einer mobilen Pressekonferenz am 11. Juli in der Berliner Panorama-S-Bahn kam das Aktionsprogramm auch im Wortsinn gleich richtig in Fahrt. Besuch beim Kanzler und neue Projekte: In Sachen Gleichstellung wird's 2003 keine Sommerpause geben, meint Maria Kathmann, 51, Referatsleiterin in der DGB-Abteilung Gleichstellungs- und Frauenpolitik, federführend fürs Aktionsprogramm verantwortlich.

Stressig war's, aber auch ungemein spannend. Und an jedem Tag bewegte sich was in Sachen Chancengleichheit. In der Lenkungsgruppe des vom DGB initiierten Gender-Kompetenzzentrums CHAD haben wir über aktuelle CHAD-Projekte beraten. Wie den Workshop „Gender Mainstreaming bei der Deutschen Bahn AG Netz“: Der Konzernbetriebsrat – fünf Frauen und zehn Männer – hat unter der Gender-Perspektive zum Beispiel die Unternehmenspraxis bei der Förderung des Führungskräftenachwuchses begutachtet und Verbesserungsvorschläge erarbeitet. Interessant sind auch die ersten Ergebnisse der Arbeitsgruppe „Gender und Gesundheit“ bei der Barmer Ersatzkasse: Wer hätte gedacht, dass sich empirisch nachweisen lässt, dass Frauen qua Geschlecht schlechtere Herzschrittmacher bekommen? Oder dass sich Männer kaum an Vorsorge beteiligen und so Kosten verursachen können?

Kurz darauf ging es um unser Projekt zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie in kleinen und mittleren Unternehmen (KMU). Die BGAG-Stiftung Walter Hesselbach hat uns Mittel für die Beratung von KMU bewilligt. Gerade dort fehlt oft Know-how, um Lösungen wie eine betriebsnahe Kinderbetreuung zu initiieren. Wir mussten ein transparentes Auswahlverfahren für die Betriebe entwickeln. Ein Projekt, das Arbeit macht, aber auch Spaß – weil es so schön konkret ist und den Beschäftigten nutzt. Kein Projektergebnis für den Bücherschrank, sondern für eine gute Praxis.

Eine frohe Botschaft gab es vom Kanzler: Die Bundesregierung arbeitet fieberhaft an einer Lösung, damit allein Erziehende nicht die VerlererInnen der Steuerreform werden und einen Ausgleich für den gestrichenen Haushaltsfreibetrag erhalten. Gerhard Schröder hatte den Vorstand des Deutschen Frauenrates, dessen stellvertretende Vorsitzende ich bin, zum Gespräch geladen. Wir haben über zig Themen diskutiert – von der Chancengleichheit in der Privatwirtschaft über die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe bis zur Biotechnologie. Bei der Familienpolitik waren wir mit dem Kanzler einer Meinung: Wir brauchen einen Paradigmenwechsel und können noch viel von Skandinavien lernen.

Krönender Abschluss der Woche: der Start unseres Aktionsprogramms mit einer mobilen Pressekonferenz in der Panorama-S-Bahn. Von der Aussicht während der Fahrt habe ich nicht viel mitbekommen, aber die Gespräche mit BetriebsrätInnen, Arbeitsdirektor oder Personalchefin bei den anschließenden Betriebsbesuchen haben gezeigt: Es tut sich was in Sachen Chancengleichheit im Betrieb. Doch es könnte noch mehr sein. Dafür brauchen die AkteurInnen Unterstützung. Unser Aktionsprogramm ist ein Anfang.

Berufliche Weiterbildung

Bildungschancen glatt halbiert

Durch eine drastische Kürzung ihres Etats für berufliche Weiterbildung tragen die Arbeitsämter inzwischen selbst zur Arbeitslosigkeit bei: Bildungsträger streichen Kurse, schließen Niederlassungen und entlassen reihenweise MitarbeiterInnen. Arbeitslose bleiben wegen Qualifikationsdefiziten ohne Chance auf neue Jobs.

Gegenüber 2002 wurden die Mittel der Bundesanstalt für Arbeit (BA) für berufliche Bildung um 23 Prozent von 6,7 auf 5,2 Milliarden Euro gekürzt. Dabei war ein erheblicher Teil dieses Etats schon Anfang des Jahres verplant. Die Ämter standen nämlich zunächst einmal mit Kursgebühren und Unterhaltsgeld für diejenigen TeilnehmerInnen in der Pflicht, deren Kurse bereits vor 2003 begonnen hatten. Bei Zusagen für neue Bildungsmaßnahmen, die nun per Gutschein erteilt werden, zogen die Ämter deshalb die „Notbremse“.

Zwar ist der so genannte Bestand an KursteilnehmerInnen mit 241 000 in der ersten Hälfte dieses Jahres gegenüber 336 000 im ersten Halbjahr 2002 noch relativ moderat zurückgegangen. Doch dabei werden auch die aus dem Vorjahr verbliebenen TeilnehmerInnen mitgezählt.

Das wahre Ausmaß der Kehrtwende zeigt die Statistik der Neueintritte in Weiterbildungskurse. Während von Januar bis Juni 2002 noch 262 000 ArbeitnehmerInnen eine vom Arbeitsamt finanzierte berufliche Weiterbildung begonnen hatten, waren es im gleichen Zeitraum 2003 nur noch 122 000 – und damit genau 53,3 Prozent weniger. Die Chancen auf Weiterbildung sind also regelrecht halbiert worden. Absagen bekamen besonders häufig ausgerechnet diejenigen, die besonders auf eine Verbesserung ihrer beruflichen Qualifikation angewiesen sind. Überdurchschnittlich ist der Rückgang der Neueintritte bei älteren Arbeitslosen (Förderungsrückgang um 64,9 Prozent), Schwerbehinderten (minus 70,9 Prozent), Arbeitslosen, die bereits ein Jahr ohne Arbeit waren (minus 60,2 Prozent), und ArbeitnehmerInnen ohne berufliche Qualifikation (minus 57,0 Prozent).

Diese Schieflage ist nicht zufällig entstanden, sondern entspricht dem neuen BA-Programm. Investitionen in Bildung sollen sich nämlich lohnen – für den Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit. Denn die Kurse werden nur noch finanziert, wenn eine Wahrscheinlichkeit von mindestens 70 Prozent besteht, dass die Betroffenen nach Kursende nicht mehr zu den Kunden der Arbeitsämter zählen. ArbeitnehmerInnen, die besondere Handikaps haben, verschlechtern aber die mögliche Erfolgsquote und haben daher oft das Nachsehen. Besser Qualifizierte, gesundheitlich Fitte und Jüngere werden dagegen jetzt überdurchschnittlich häufig gefördert (allerdings weit weniger als in den Vorjahren).

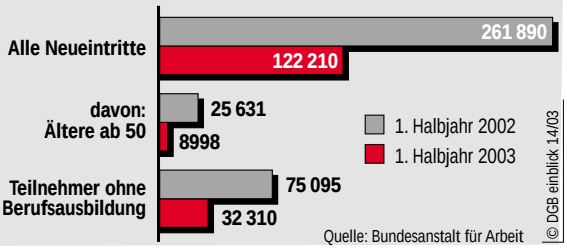
Erwünschter Nebeneffekt: Diese Erwerbslosen mit besseren Chancen haben meist bei Kursbeginn noch Anspruch auf Arbeitslosengeld. So spart die Bundesanstalt durch ihre neue Bildungsförderung auch noch diese Versicherungsleistung ein.

Auch für die Bildungsträger ist die neue Förderpolitik eine Katastrophe. Die Auslastung der von den Arbeitsämtern abhängigen Träger beruflicher Weiterbildung bricht Stück um Stück weg – in dem Maße, wie die Kurse, die 2002 begonnen wurden, zu Ende gehen. „Vier von 39 Niederlassungen mussten wir bereits schließen, und das ist erst der Anfang“, klagt Michael Schmidt von der TÜV Bildung und Consulting GmbH. Peter Rother vom Bundesverband der Träger beruflicher Bildung (BBB) schätzt, dass rund ein Drittel der 200 000 Stellen bei den Weiterbildungsträgern aktuell gefährdet ist. Die Abfolge des Personalabbaus ist bei allen Trägern – auch bei denen der Gewerkschaften – ähnlich: Zunächst werden freie Dozenten nicht weiter beschäftigt und befristete Verträge nicht verlängert, danach folgen Entlassungen von Festangestellten. Bei vielen Trägern gibt es jetzt schon „vorsichtshalber“ Kündigungen für Kursleiter, deren Maßnahmen im dritten Quartal enden.

„Niemand erwartet von der Politik eine Bestandsgarantie für Träger, aber ein Mindestmaß an Verlässlichkeit der Arbeitsmarktpolitik schon“, meint Rother vom BBB. Schließlich würden qualifizierte Bildungsträger auch zukünftig gebraucht. Wohl wahr: Das IAB, das wissenschaftliche Institut der Bundesanstalt für Arbeit, erwartet schon auf mittlere Sicht einen Fachkräftemangel – und plädiert für eine neue Bildungsexpansion. •

Benachteiligte noch einmal benachteiligt

Neueintritte in berufliche Bildungsmaßnahmen im ersten Halbjahr 2002 und 2003



Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

Ältere und ArbeitnehmerInnen ohne Ausbildung haben bei der beruflichen Weiterbildung jetzt das Nachsehen.

Gutschein einfordern

Weiterbildung gibt es seit Anfang 2003 auf Gutschein. Arbeit Suchende, für die aus Sicht des Arbeitsamtes eine Weiterbildung notwendig und bezahlbar ist, erhalten einen so genannten Bildungsgutschein und können bei einem Träger ihrer Wahl einen passenden Kurs buchen. Die Suche nach einem geeigneten Kurs – ohne Lotsen im Bildungsdschungel – fällt vielen Interessenten offensichtlich schwer. So wurden von den 22 000 Gutscheinen, die im ersten Halbjahr 2003 in NRW ausgegeben wurden, bis Anfang Juli erst 12 000 eingelöst.

Bildungswillige sollten vom Arbeitsamt eine Auflistung der Bildungsträger im Tagespendelbereich verlangen. Häufig lohnt es sich auch, vor Ort bei den Geschäftsstellen der Gewerkschaften nach den Erfahrungen mit den Bildungsträgern zu fragen.

Viele nützliche Ratschläge zur beruflichen Weiterbildung gibt es in der soeben erschienenen Neuauflage der vom DGB herausgegebenen „111 Tipps für Arbeitslose“ (Bund-Verlag, Frankfurt/M., 9,90 Euro).

BGAG-Bilanz 2002

Belastungen im Griff

Die BGAG Beteiligungsgesellschaft der Gewerkschaften AG, Frankfurt/M., schüttet ihren gewerkschaftlichen Aktionären für das Geschäftsjahr 2002 fünf Prozent Dividende aus. Trotz schwacher Konjunktur hat die Gewerkschafts-Holding bei einer um 74,2 Mio. Euro auf 2,13 Mrd. Euro verringerten Bilanzsumme 2002 einen Gewinn in Höhe von 10 Mio. Euro (Vorjahr: 29 Mio. Euro) erwirtschaftet.

Der Gewinnrückgang ist vor allem auf Vorsorgemaßnahmen in Höhe von 416,5 Mio. Euro zu Gunsten der Allgemeinen Hypotheken-Bank Rheinboden AG (AHBR) zurückzuführen. Die AHBR, an der die BGAG mit 50 Prozent beteiligt ist, war durch Zinsspekulationen in eine Schieflage geraten (*einblick* 12/03). Die Gesellschafter der AHBR – neben der BGAG die BHW-Gruppe (BGAG-Anteil: 39,1 Prozent) – erwarten, dass es der Bank dank Finanzhilfe und Restrukturierung gelingt, die Krise schnell zu überwinden.

Während im Einzelabschluss der BGAG ein erheblicher Teil der Belastung durch stille Reserven aufgefangen werden konnte, führte die Belastung im BGAG-Konzern zu einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 448,8 Mio. Euro. BGAG-Vorstandsvorsitzender Rolf-J. Freyberg geht davon aus, dass dieser Verlust schon in 2003 zu einem wesentlichen Teil ausgeglichen werden kann. Dazu trägt vor allem der Verkauf der BGAG-Anteile an der Direktbank DiBa von 30 Prozent an die niederländische ING-Group bei.

Die DiBa befindet sich nun vollständig im Eigentum der ING. Die Zusammenarbeit mit DiBa und ING werde aber fortgesetzt, so Freyberg. BGAG und ING sind über Beteiligungen an der Kapitalanlagegesellschaft BHW Invest sowie an der Investmentgesellschaft Frankfurt-Trust weiterhin verbunden. Außerdem werde die BGAG auch künftig mit zwei Mandaten im Aufsichtsrat der DiBa vertreten sein.

Für das laufende Geschäftsjahr zeigt sich Freyberg zuversichtlich. Zweistellige Zuwachsraten der BHW-Gruppe bei privater Baufinanzierung und Vermögensaufbau von Januar bis Mai 2003 ließen auf eine Dividendenerhöhung hoffen. Ein gutes operatives Ergebnis erwartet Freyberg auch von den Immobilienbeteiligungen der BGAG. •

IIRA-Weltkongress

Arbeiten in Netzwerken

Globalisierte Arbeit in Netzwerken steht im Mittelpunkt des 13. Weltkongresses der Internationalen Assoziation für industrielle Arbeitsbeziehungen (IIRA) in Berlin. Die englischsprachige Veranstaltung hat den Titel „Beyond Traditional Employment. Industrial Relations in the Network Economy“ und wird von der Hans-Böckler-Stiftung unterstützt. Rund 100 Vorträge beleuchten vom 8. bis 12. September multinationale Arbeitsbeziehungen, neue Jobmodelle, weltweite Sozialstandards sowie Arbeitsmarktstrategien in Europa. Bei einer Anmeldung bis zum 31. Juli kostet die Teilnahme 425, danach 475 Euro. •

Congress Organisation
Thomas Wiese (CTW)
Tel. 030 / 85 99 62 14
Fax 030 / 85 07 98 26
iira2003@ctw-congress.de
www.fu-berlin.de/iira2003

interregio

••• Der ***DGB Baden-Württemberg*** will verhindern, dass im Zuge der Verwaltungsreform im öffentlichen Dienst die ***Frauenförderung*** im „Ländle“ gekippt wird: Die Reformpläne der schwarz-gelben Landesregierung sehen eine Konzentration von Verwaltungsbehörden bei den Landkreisen vor. Diese fallen jedoch nicht unter das Landesgleichberechtigungsgesetz und müssen somit auch keine Frauenbeauftragten einstellen. Der DGB fordert deshalb, die Beschäftigung einer hauptamtlichen Frauenbeauftragten als kommunale Pflichtaufgabe in die baden-württembergische Landkreis- und Gemeindeordnung aufzunehmen.

Nord-Süd-Netz

Kolumbien im Fokus

Mit einer Tagung und einem Infoheft über Kolumbien beteiligt sich das Nord-Süd-Netz des DGB-Bildungswerks an der Kampagne „Stop the Killings“. Mit ihr will die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) auf die Unterdrückung und Ermordung von GewerkschafterInnen in dem Andenstaat aufmerksam machen. Das Heft „Wo die Rosen blühen – Kolumbien zwischen Schmerz und Hoffnung“ schildert das karge Leben der Bauern. Es kostet drei Euro. Zur Tagung „Kolumbien: Gewerkschaften, Menschenrechte, Solidarität“ vom 17. bis 19. Oktober in Hattingen werden neun kolumbianische GewerkschafterInnen erwartet. Die Teilnahme kostet 50 Euro. •

Tel. 0211 / 43 01 592
manfred.brinkmann@dgb-bildungswerk.de

ver.di-innotec

Grenzen der Kontrolle

Wie weit die Kontrolle des Chefs über seine MitarbeiterInnen gehen darf, steht im Mittelpunkt der Tagung „Arbeit oder Persönlichkeitsrechte? Informationelle Verfügbarkeit von Beschäftigten“ am 27. September 2003 in Bonn. Veranstalterin ist die Deutsche Vereinigung für Datenschutz (DVD), unterstützt von ver.di-innotec. Die TeilnehmerInnen diskutieren unter anderem über Datenschutz und Mitbestimmung, aktuelle Gesetzesvorhaben, die Anforderungen der IT-Sicherheit sowie über die Nutzung von Genomanalyse und Drogenscreening. Die Teilnahme kostet 120, ermäßigt 60 Euro. •

DVD e.V., Bonner Talweg 33 - 35
53113 Bonn
Tel. 0228 / 22 24 98
www.aktiv.org/DVD

DGB-Themenheft

Angemessene Vorstandsbezüge

Seit Verabschiedung des Deutschen Corporate-Governance-Kodex Anfang 2002 stehen die Bezüge deutscher TopmanagerInnen in der öffentlichen Kritik. Klare Positionen bezieht der DGB-Bundesvorstand in seinem kostenlosen Themenheft „Angemessene Vorstands- und Aufsichtsratsvergütungen“. Neben Details über die genaue Zusammensetzung der Gehälter erfahren die LeserInnen, wie eine persönliche Haftung der Vorstände zu umsichtigerem Handeln führen könnte. Der Anhang bündelt Gehaltstabellen, einschlägige Gesetzestexte und Auszüge aus dem Verhaltenskodex. •

DGB, Abt. Mitbestimmung und Rechtspolitik
Tel. 030 / 240 60 139
Fax 030 / 240 60 670
sabine.bobzin@bvv.dgb.de

Krise der IG Metall

Die Ursachen liegen tiefer

Der Machtkampf in der IG Metall geht weit über das persönlich unversöhnliche Verhältnis des 1. und 2. Vorsitzenden, Klaus Zwickel und Jürgen Peters, hinaus. Die Ursachen der Krise haben vielmehr mit den inneren Widersprüchen der IG Metall zu tun, die – bedingt durch den verlorenen Streik im Osten – jetzt mit ungeheurer Wucht ausgebrochen sind. Und sie werden die IG Metall wohl auch dann noch beschäftigen, wenn sie auf ihrem vorgezogenen Gewerkschaftstag am 30./31. August einen neuen Vorstand wählt.

Im Zentrum der Kritik: Jürgen Peters, 2. Vorsitzender der IG Metall, hält an seiner Kandidatur für den Chefposten fest.

Für Klaus Lang, die rechte Hand des IG Metall-Vorsitzenden Klaus Zwickel, bündeln sich in der Streikniederlage gleich mehrere Facetten der Krise. Wie in einem Brennglas seien darin grundsätzliche Probleme deutlich geworden. Lang: „Das Vertrauen auf Disziplin und formale Solidarität war zu hoch, die Berücksichtigung der ökonomischen Bedingungen, des öffentlichen Widerstands und der zwiespältigen Haltung der Beschäftigten zu gering."

Darüber hinaus sei in der Zukunftsdebatte der IG Metall nicht ausdiskutiert worden, „wie wir mit der veränderten gesellschaftspolitischen Realität umgehen sollen": Über „die mühsame Gratwanderung" zwischen Widerstand leisten und mitgestalten herrsche kein Konsens. Lang verschweigt nicht, was er favorisiert: „Wer im Wandel nur den Verfall erkennt und die Stacheln ausfährt, verliert den Kontakt zur Gesellschaft. Wenn wir aber weiterhin nicht nur die Interessen der Mitglieder, sondern die der Arbeitnehmer insgesamt vertreten, sprich zukunftsfähig bleiben wollen, dann brauchen wir genau diese Anschlussfähigkeit."

Der Hannoveraner IG Metall-Bezirksleiter Hartmut Meine betont, „dass die beiden Strömungen in der IG Metall mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede aufweisen". Beide Seiten wüssten, dass konsequente Interessenvertretung nur aus einer Position der Stärke möglich sei. Und diese Stärke, so Meine, sei nur durch konfliktorientierte Tarifpolitik zu gewinnen, nicht durch intellektuelle Nachdenklichkeit. Unterschiede leugnet Meine jedoch nicht. Beispielhaft nennt er das Thema ertragsabhängige Tarifpolitik, die er selbst ablehnt. „Ich bin zwar auch für eine differenzierte Tarifpolitik, aber die sollte sich nicht am betrieblichen Erfolg orientieren." Dann hätten nämlich nach einer Tarifrunde einige Beschäftigte weniger als andere.

Für „unsäglich" hält Meine die Unterscheidung in Traditionalisten und Modernisierer: „In jedem von uns steckt beides." Meine: „Die Innenwelt der IG Metall ist bunter, als die Außenansicht glauben macht."

Der IG Metall-Bevollmächtigte von Münster, Guntram Schneider, sieht „die Gefahr, dass die Welt sich schneller dreht, als die IG Metall es verkraften kann". Gleichwohl müsse sie es schaffen, mit Hilfe ihrer traditionellen Mitgliedschaft eine Interessenpolitik zu betreiben, die auch die Zustimmung der – noch – nicht organisierten ArbeitnehmerInnen finde.

Notwendig sei jetzt eine erneute Diskussion über die Ziele der IG Metall und die Wege dorthin. Schneider: „Die Zukunftsdebatte ist nicht zu Ende." So müssten die beiden Lager der IG Metall zum Beispiel klären, ob ihre Vision von einer gerechteren Gesellschaft über die Forderung nach Gleichheit oder über die nach Chancengleichheit realisierbar sei. Diese Klärung müsse im Diskurs herbeigeführt werden, auch wenn die Diskursfähigkeit innerhalb der IG Metall zurzeit nicht sehr ausgeprägt sei.

Eine Alternative zur Konsenssuche sieht Schneider nicht: „Die Machtfrage zu stellen bringt der überlegenen Seite bestenfalls einen Pyrrhussieg." Denn wer von einer bestimmten Politik nicht überzeugt werden könne, der unterstütze auch nicht ihre Durchsetzung.

Für Otto König, ehrenamtliches Vorstandsmitglied der IG Metall und 1. Bevollmächtigter im nordrhein-westfälischen Gevelsberg-Hattingen, ist „einer der Hauptkonflikte" in der IG Metall die Frage: „Wer gibt den Ton an – die Betriebsräte oder die Vertrauensleute?" Insbesondere die Betriebsräte von Großunternehmen seien durch ihr alltägliches Co-Management geprägt und neigten weder in tarifpolitischen noch in gesellschaftspolitischen Fragen – Stichwort Agenda 2010 – dazu, „den Konflikt zu reiten".

Kritik am so genannten Reformflügel in der IG Metall übt der gewerkschaftsnahe Kölner Soziologe Wolfgang Streeck, Direktor am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung. Streeck gegenüber *einblick:* „Viele so genannte Reformer haben sich, als ihre Zeit gekommen war – nämlich in den Jahren nach 1998 –, aus Angst vor den Beharrungskräften versteckt und sich nach außen wie ihre inneren Gegner verhalten." Damit hätten sie diese „im Ergebnis gestärkt". Die IG Metall habe es damals versäumt, sich im Bündnis für Arbeit am Umbau der sozialen Sicherungssysteme zu beteiligen. Jetzt werde ihr dafür „die Rechnung doppelt präsentiert." •

Dem Volk aufs Maul schauen

„Wenn die Gewerkschaften künftig in der Politik wieder effektiv mitmischen wollen, wären sie gut beraten, ‚dem Volk etwas mehr aufs Maul zu schauen, nicht bei jeder Kritik in Medienschelte zu verfallen und stattdessen Realitäten aufzunehmen und bei strategischen Entscheidungen zu berücksichtigen.'"

IG Metall-Bezirksleiter NRW Peter Gasse, laut NRZ vom 3. Juli

„Eine große, kampferfahrene Organisation hat nicht wahrgenommen, dass sich ihr Umfeld radikal gewandelt hat, und hat die Orientierung verloren. Dabei hätten die Akteure das Problem des drohenden Realitätsverlusts wahrnehmen können. (...) In ihrem Zukunftsreport 2001 hieß es: ‚Die IG Metall spiegelt in ihrer Mitgliederstruktur die bundesrepublikanische Industriegesellschaft der 60er und 70er Jahre wider.'"

Ulrich Mückenberger, Arbeitsrechtler an der Hamburger Universität für Wirtschaft, zur Krise der IG Metall in der Süddeutschen Zeitung vom 8. Juli

„Man muss – und darin lagen auch meine Fehler – in der Gewerkschaft frühzeitig auf das Machbare hinweisen ... Nun ist der Schaden größer, als wenn man die Auseinandersetzung in der Organisation schon vorher geführt hätte."

Herbert Mai, ehemaliger ÖTV-Vorsitzender, im Handelsblatt-Interview vom 9. Juli

Im Internet

www.igmetall.de

„Suche nach den Ursachen: alles zur Streik-Niederlage im Osten"

kurz&bündig

DGB

„Vom blauen Montag zum Urlaub" – unter diesem Slogan hat der DGB auf seiner Homepage Basisinformationen zum tariflichen Anspruch auf Jahresurlaub und dessen Geschichte zusammengestellt. Mit dabei ist auch ein Überblick über die Urlaubsverordnung der ehemaligen DDR.
www.dgb.de

TRANSNET

Bei einem internationalen Eisenbahner-Sitzballturnier für Behinderte in Wien hat die TRANSNET-Mannschaft den ersten Platz belegt. Im Rahmen eines Versehrtensportfestes der Österreichischen Bundesbahn setzte sich das Team im Finale gegen die Mannschaft der Deutschen Bahn AG durch.

Die IG BAU fordert, dass die Zollbehörde bei der Bekämpfung von Schwarzarbeit erfahrene Kontrolleure der Arbeitsämter übernimmt. Hintergrund ist ein Beschluss der Bundesregierung, die Verfolgung illegaler Beschäftigung allein beim Zoll anzusiedeln. Die Übernahme der Arbeitsamtkontrolleure verhindere eine Lähmung der Zollbehörde in der Umstellungsphase.

NGG GEWERKSCHAFT

Die NGG und die Arbeitgebervereinigung Nahrung und Genuß (ANG) fordern in einem gemeinsamen Appell die 5000 Unternehmen der Ernährungswirtschaft auf, je einen weiteren Ausbildungsplatz einzurichten und dem Arbeitsamt zu melden.

ver.di-Finanzkrise

Schwarze Null bis 2007

Bis 2007 sollen Einnahmen und Ausgaben der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di zur Deckung gebracht werden, ohne dass es zu betriebsbedingten Kündigungen oder einer Nullrunde für die Beschäftigten kommt. Das ist der Kern eines Konsolidierungskonzepts des ver.di-Vorstands, über den der Gewerkschaftsrat am 15./16. Juli beraten hat.

Erreicht werden soll dieses Ziel durch ein dreistufiges Konzept aus „grünen, gelben und roten" Maßnahmen. Unter der Rubrik „grün" sind alle Maßnahmen zusammengefasst, die sofort, ohne Änderung bestehender Betriebsvereinbarungen oder Satzungsbeschlüsse in Angriff genommen werden können. Hierzu zählen zum Beispiel die Eintreibung von Beitragsrückständen bei den Mitgliedern, Sparmaßnahmen durch die Verlängerung von Reinigungsintervallen im Gebäudebereich und eine veränderte Anschaffungspraxis bei Dienstwagen, aber auch die forcierte Nutzung von Altersteilzeit und der weitgehende Verzicht auf externe Neueinstellungen.

Unter „gelb" sind alle Maßnahmen summiert, die Verhandlungen innerhalb der ver.di-Gremien oder mit dem Betriebsrat voraussetzen, von der Veränderung von Sitzungsintervallen bis zur Entwicklung eines einheitlichen Gehaltsgitters für die Beschäftigten, die bislang noch auf Grund des Tarifsystems ihrer Herkunftsgewerkschaft bezahlt werden. Unter „rot" firmieren alle Maßnahmen, die Satzungsänderungen oder eine Neuverhandlung des bei der ver.di-Gründung vereinbarten Sozialplans voraussetzen. Diesen Schritt will der Vorstand vermeiden. Einzelne Maßnahmen, zum Beispiel den Vorschlag, dass sich künftig neun Beschäftigte acht Stellen teilen, um Kündigungen zu verhindern, will er allerdings umsetzen.

Wie schnell das Ziel einer nachhaltigen Haushaltskonsolidierung erreicht werden kann, dürfte auch von der Beitragsentwicklung abhängen. Diese lagen 2002 bei 425 Millionen Euro. Nach ver.di-Angaben liegen die Ausgaben in diesem Jahr rund 70 Millionen darüber. •

Der DGB Thüringen hat zum Ferienbeginn landesweit eine Anzeige geschaltet, mit der er auf die Leistungen der Gewerkschaften für den Urlaub aufmerksam macht. Durch die Tarifpolitik der Gewerkschaften hätten die ArbeitnehmerInnen zwei Wochen mehr Urlaub, als im Bundesurlaubsgesetz festgeschrieben sind, heißt es im Anzeigentext. Zudem verhindere der Flächentarifvertrag, dass die ArbeitnehmerInnen ihre Urlaubszeit selbst aushandeln müssen.

Ruhrfestspiele Recklinghausen

Wachsende Attraktivität

Frank Castorf, Intendant der renommierten Berliner Volksbühne, übernimmt am 1. August von Hansgünther Heyme als Festspielleiter die künstlerische Leitung der gemeinsam vom DGB und von der Stadt Recklinghausen getragenen Ruhrfestspiele Recklinghausen. Das ist das Ziel von Verhandlungen, die bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe kurz vor dem Abschluss standen. Intendant der Ruhrfestspiele soll Gerard Mortier werden, der in Personalunion auch Intendant der vom Land Nordrhein-Westfalen getragenen Ruhr-Triennale ist.

Mit dem personellen Wechsel ist auch eine inhaltliche Neuausrichtung verbunden. Die jeweils am 1. Mai beginnenden Ruhrfestspiele, die sich unter Heyme zum besucherstärksten deutschen Theaterfestival entwickelt haben, sollen durch die Kooperation mit der Ruhr-Triennale auch international an Ausstrahlung gewinnen. In Recklinghausen sollen Stücke aufgeführt werden, die sich aus dem Etat der Ruhrfestspiele von gut fünf Millionen Euro allein nicht finanzieren ließen.

Der DGB verspricht sich von der bereits im vergangenen Jahr begonnenen Kooperation mit der Ruhr-Triennale auch eine Aufwertung seiner eigenen Kulturarbeit. Immerhin ist die Hälfte der gut 50 000 Besucher der Ruhrfestspiele Gewerkschaftsmitglied.

Die Ruhrfestspiele haben schwere Zeiten hinter sich. „Mit Heyme hat sich Recklinghausen wieder einen Namen gemacht", betont DGB-Vorstand Ingrid Sehrbrock. „Mit der neuen Leitung unter Mortier/Castorf kann das Theaterfestival auch international an Renommee gewinnen – und davon profitieren auch die Gewerkschaften." Die Kooperation soll deshalb auch über die kommende Spielzeit hinaus fortgesetzt werden, wenn die Amtszeit des derzeitigen Ruhr-Triennale-Intendanten Mortier endet. Neuer gemeinsamer Intendant von Ruhrfestspielen und Ruhr-Triennale soll ab August 2004 der Filmemacher und ehemalige Schauspieldirektor der Salzburger Festspiele Jürgen Flimm werden. Er wäre gemeinsam mit Castorf bis Sommer 2007 für die Ruhrfestspiele verantwortlich. •

Agenda 2010 auf der parlamentarischen Agenda

Kommt das Basta des Kanzlers?

Berlin ist im Sommerschlaf. Doch im September, wenn die Agenda 2010 die parlamentarischen Hürden nehmen muss, droht sich die Spirale, bei der Arbeitnehmerrechte abgebaut werden, ohne dass Wachstum erzeugt wird, weiter nach unten zu drehen. Wenn der Bundesrat Lohndumping durch betriebliche Bündnisse legalisieren will, ist das Basta des Kanzlers gefordert, meint Hans-Joachim Schabedoth.

Agenda 2010 – die Sache ist gelaufen, triumphieren die einen, bedauern die anderen. Die einen freuen sich über den Tauschwert der ganzen Geschichte. Schließlich hat der Kanzler der ganzen Republik wieder einmal gezeigt, wer das letzte Wort hat. Die anderen fragen allerdings immer noch nach dem Nutzen dieser Kraftmeierei und beharren auf politischen Gestaltungsvorschlägen, die über symbolische Politik hinausweisen. Na klar: **Die neuen Kanzlerfreunde in den deutschen Feuilletons frohlocken.** Die eigentlichen Kanzlerfreunde – nur sie haben Doris-ihr-Mann-seine-Partei gewählt – fühlen sich eher übergangen als überzeugt. Dass es sich dabei nicht um vernachlässigbare Restgrößen handelt, belegen die Meinungsbefragungen. Politik für „die da oben“ gegen „die da unten“ – das können die anderen besser. Wenn das Land seine zu Recht identifizierten Strukturprobleme lösen will, muss soziale Gerechtigkeit Leitorientierung bleiben und nicht das Anpassen an vorgeblich ökonomische Zwänge. Die Gewerkschaften und natürlich auch viele SPD-Untergliederungen haben sich redlich bemüht, die **Konstruktionsfehler in der Agenda 2010 auszugleichen.** Ganz umsonst war es nicht:

- Die Notwendigkeit der Regel „Investieren in der Krise geht vor Konsolidieren“ wird eigentlich nicht mehr bestritten, auch wenn die Konsequenzen nur sehr zögerlich gezogen werden.
- Es gibt erhebliche Bewegung bei der **Inpflichtnahme der Arbeitgeber für Ausbildungsplätze.** Ob es auch Konsequenzen geben wird, ist noch offen.
- Jüngeren und älteren Arbeitslosen soll **nicht mehr nur gedroht werden.** Sie sollen mit gezielter Förderung rechnen dürfen.
- Die Verschlechterungen beim Bezug von Lohnersatzleistungen werden unter der Maßgabe des Vertrauensschutzes in dieser Legislaturperiode erst einmal abgewendet.
- Die politisch gewollte Entlastung aller Arbeitgeber bei der Finanzierung der Krankenversicherung und entsprechende Mehrbelastungen für alle Versicherten sind geblieben. **Bürokratiemindernd** wird dieser Vermögenstransfer jedoch über das Krankenversicherungssystem abgewickelt. „Außerhalb der Parität, aber innerhalb der Solidarität“, so propagiert es süß-sauer die zuständige Fachministerin.
- Schließlich soll es die so vehement geforderten **Experimente mit dem reduzierten Kündigungsschutz** nur bei Neueinstellungen geben. Eine Überprüfung der Beschäftigungswirkung hat Superminister Clement angekündigt, will sie aber auf die lange Bank schieben. Dabei hätte es sich doch gelohnt, bereits vor dem Ende der Legislaturperiode danach zu fragen, ob diese Zauberformel für neue Arbeitsplätze hält, was sie verspricht.

Hans-Joachim Schabedoth, 51, ist Leiter der Grundsatzabteilung des DGB.

Gilt nicht nur das Kanzler-Basta, sondern auch das Struck’sche Gesetz, könnte im Laufe der parlamentarischen Beratungen das eine oder andere noch nachgebessert werden. Spielraum gibt es zum Beispiel bei der Erstattungspflicht für Unternehmen, die bislang nahezu kostenfrei ältere Beschäftigte in die Arbeitslosigkeit schicken. Natürlich besteht der wichtigste Kritikpunkt der Gewerkschaften weiter: Auf dem Weg des Sozialabbaus lässt sich die Innovationsschwäche der Wirtschaft nicht aufheben, lässt sich der Arbeitsmarkt nicht in Schwung bringen. Und die prognostizierten Wachstumsausfälle bei der Realisierung der Agenda 2010 werden **die Finanzkrise der öffentlichen Haushalte eher verschärfen** als entspannen. Das ändert sich auch nicht, wenn die vorgezogenen Steuerentlastungen für untere Einkommensbezieher zum Teil durch Korrekturen bei der Kilometerpauschale gegenfinanziert werden. Was in die eine Tasche kommt, wird aus der anderen herausgeholt.

Auch der Bundesrat will noch kräftig mitspielen. So ist zu erwarten, dass sich die Wahnsinnsspirale weiter dreht. Immerhin gibt es die Kampfansage, den Gewerkschaften den Rest zu geben – wenn sie das bis dahin nicht selber erledigt haben. Über „betriebliche Bündnisse für Arbeit“ **soll Lohndumping legalisiert werden.** Dass da nichts läuft, hat der Kanzler den Gewerkschaften im Juni versichert. Es wird noch Gelegenheit geben, diese Zusage mit einem „Basta“ zu bekräftigen. •

Wende erst 2005

Die Bereitschaft, Opfer zu bringen, ist da. Aber die Reformen müssen einen Sinn haben und nicht bloß der Auftakt zu weiteren Sparrunden sein – das zeigen alle Umfragen. Und es gehört mehr Ehrlichkeit der Politik dazu, auch die, dass die Arbeitslosigkeit so schnell nicht sinken wird.

4,407 Millionen Menschen waren im Juni arbeitslos, 33 000 weniger als im Mai. Die Arbeitslosenquote sank von 10,7 auf 10,6 Prozent. Aber das ist nur auf den ersten Blick ein Rückgang, denn im Vergleich zum Juni 2002 stieg die Zahl der Arbeitslosen um über 300 000. Und an dieser Situation dürfte sich auch in den kommenden Jahren nichts ändern.

„Erst in zwei Jahren werden wir strukturell und konjunkturell auf dem Arbeitsmarkt so weit sein, dass neue Arbeitsplätze entstehen“, erwartet Klaus Zimmermann, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW). Die Hartz-Reform sei noch zu jung, um den Arbeitsmarkt nennenswert zu entlasten. Zimmermann geht davon aus, dass die Arbeitslosigkeit im kommenden Jahr im Schnitt eher bei 4,8 Millionen liegen dürfte als darunter. Deshalb müssten die Arbeitsämter ihre Beschäftigungsprogramme kurzfristig wahrscheinlich sogar ausweiten, auch wenn Arbeitsamtspräsident Florian Gerster davon wegwill.

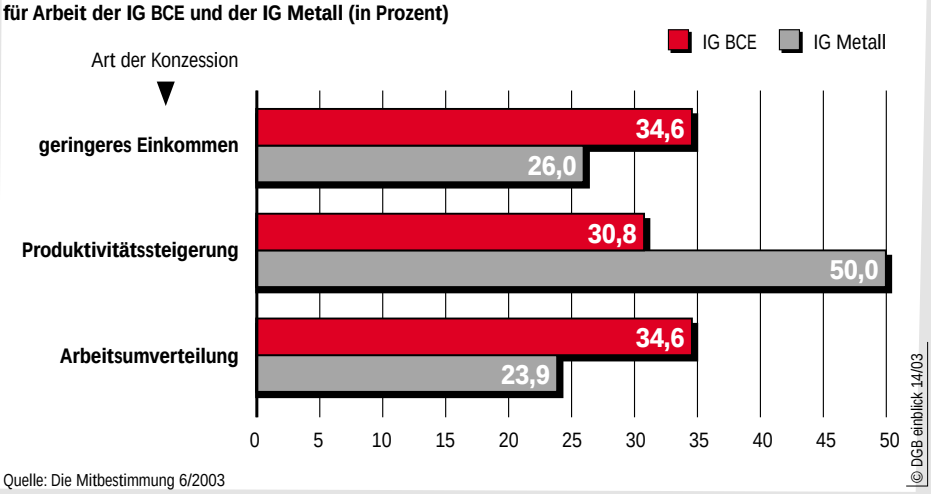
Postvertriebsstück G 45918 Vertrieb durch Toennes Druck + Medien Gmbh, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath

die DGB grafik

BETRIEBLICHE BÜNDNISSE: IG Metall setzt auf Produktivitätssteigerung

In 30 Prozent aller Betriebe gibt es betriebliche Bündnisse für Arbeit, bei den Großunternehmen gilt das sogar für beinahe jedes zweite Unternehmen. Bei den Konzessionen, die Gewerkschaften und ArbeitnehmerInnen für den Erhalt der Arbeitsplätze machen, gibt es allerdings erhebliche Unterschiede. Während die IG BCE vor allem auf Zugeständnisse beim Einkommen und auf Arbeitsumverteilung setzt, versucht die IG Metall die Lage der Betriebe in erster Linie durch Maßnahmen zur Produktivitätssteigerung zu verbessern.

Konzessionen der ArbeitnehmerInnen in betrieblichen Bündnissen für Arbeit der IG BCE und der IG Metall (in Prozent)



Quelle: Die Mitbestimmung 6/2003

personalien

••• ***Dierk Hirschel,*** 32, von 1995 bis 2000 Mitarbeiter der SPD-Fraktion der Hamburger Bürgerschaft, seither wissenschaftlicher Mitarbeiter der Universität Lüneburg, ist ab dem 1. August politischer Referent in der Abteilung Wirtschaftspolitik des DGB.

••• ***Barbara Wildberger,*** 30, von Februar 2000 bis September 2002 freiberufliche Tätigkeit in der Öffentlichkeitsarbeit des Österreichischen Gewerkschaftsbundes (ÖGB), seit März 2003 freiberufliche Projektmitarbeiterin in der Berufsbildungskampagne des DGB, ist ab dem 1. August politische Referentin in der Abteilung Jugend des DGB.

••• ***Udo Gebhardt,*** 51, Vorsitzender der DGB-Region Dessau, ist am 12. Juli als Nachfolger von ***Jürgen Weißbach,*** 65, zum DGB-Landesvorsitzenden von Sachsen-Anhalt gewählt worden. Gebhardt ist zugleich stellvertretender Vorsitzender des Bezirks Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt.

••• ***Egbert Biermann,*** 48, Vorstandssekretär des DGB, ist am 14. Juli vom Geschäftsführenden Bundesvorstand für den Aufsichtsrat des Berufsfortbildungswerks des DGB benannt worden.

42 TAGE

25.7.-15.8. DGB-Jugend Bayern, Internationale Jugendbegegnung, KZ-Gedenkstätte Dachau

1.-6.8. „Die Welt ist rund, damit das Denken die Richtung ändern kann“, attac-Sommerakademie, Münster

24.-28.8. „Flexibilisierung und Wettbewerb – Über die Attraktivität der Arbeitsbedingungen in Hochschule und Forschung“, GEW-Sommerschule, Sylt

27.8. DGB, Workshop zur Entgeltgleichheit, Berlin

27.8. DGB, Region Frankfurt-Rhein-Main, Tagung „Die alternde Stadt“

28.8. DGB Niedersachsen, Zentrum für Sozialforschung Halle, Tagung „Fachkräftebedarfe/Fachkräftelücken in Sachsen-Anhalt“, Halle

29./30.8. Kooperation Friedenspolitischer Initiativen, DGB Hannover, ver.di-Bildungswerk, Kongress „Militärmacht Europa? Friedenspolitische Alternativen!“, Hannover

30./31.8. Vorgezogener erster Teil des Gewerkschaftstags der IG Metall, Wahl des Vorstands

1.9. Antikriegstag

3.9. DGB, Region Schleswig-Holstein Nord, Tagung „Gesundheitsreform 2003 – Eine gesunde Reform für alle“ mit DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer, Flensburg

Impressum *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** *einblick* Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Udo Perina, Christian Paulsen **Redaktion:** Anne Graef (verantwortlich für diese Ausgabe), Stephan Hegger, Norbert Hüsson, Ulrike Schenken (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Postfach 10 21 45, 40012 Düsseldorf, Tel. 0211 / 43 01 544, Fax 0211 / 43 01 497, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: red.einblick@t-online.de **Büro Berlin:** Udo Böhlefeld, einblick, Wallstraße 61, 10179 Berlin, Tel. 030 / 48 16 23 32, Fax 030 / 27 56 09 78 **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030 / 85 99 46 24, Fax 030 / 85 99 90 92, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design, Sprockhövel **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** Toennes Druck + Medien Gmbh, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel. 0211 / 9 20 08 -26, Fax 9 20 08 -38
Alle aktuellen *einblick*-Hintergrundtexte im Überblick: Fax-Abruf 0211 / 43 01 689
Nachdruck frei bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren.
Der nächste *einblick* erscheint am 1. September 2003.

Schlusspunkt

„Ich mache dieses Jahr keinen Urlaub in Italien. Ich hatte es auch nicht vor.“

Die PDS-Abgeordnete Petra Pau in einer Pressemitteilung vom 11. Juli 2003

einblick

gewerkschaftlicher Info-Service vom 01.09.2003 15/03

NEUE ADRESSE: einblick Verlagsgesellschaft mbH
Wallstr. 60, 10179 Berlin, Tel. 030-3088 240, Fax 030-3088 2420

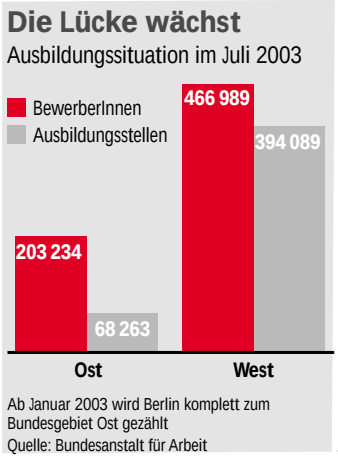
DGB

Ausbildungsjahr kurz vor dem Ende

Die Lücke wird größer

Kurz vor dem Ende des Ausbildungsjahres jagen sie sich wieder: Die Erfolgsbilanzen aus den Ministerien, Kammern und Arbeitgeberverbänden versuchen den Eindruck zu erwecken, dass die Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt besser kaum sein könnte. Wirtschaftsminister Clement etwa hatte bei einer nur zweitägigen „Lehrstellen-Tour“ durch Berlin und Brandenburg sage und schreibe 1200 Ausbildungsstellen akquiriert. 1200 Stellen? Das ist nicht einmal der Tropfen auf den heißen Stein. Selbst Bundesbildungsministerin Bulmahn wusste kurz vor der Sommerpause zu berichten, dass bundesweit über 50 000 Ausbildungsplätze fehlen.

Dabei sieht die Bilanz der Gewerkschaftsjugend weit verheerender aus. So errechnet die DGB-Jugend eine Differenz zwischen den gemeldeten betrieblichen Ausbildungsstellen und BewerberInnen im gesamten Bundesgebiet von mehr als 207 000! Als Datenbasis stützt sich die DGB-Jugend auf die von der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit gemeldeten Zahlen.



© DGB einblick 15/03

Die Lücke zwischen angebotenen Ausbildungsplätzen und BewerberInnen klafft immer weiter auseinander. Gleich nach der Sommerpause will die DGB-Jugend mit Aktionen auf die Probleme aufmerksam machen.

Danach standen in den neuen Bundesländern den 203 234 BewerberInnen gerade einmal 68 263 betriebliche Ausbildungsplätze zur „Auswahl“ zur Verfügung. Auch im Westen sinkt die Zahl der verfügbaren Plätze beinahe täglich: Für 466 989 BewerberInnen gibt es 394 089 betriebliche Lehrstellen. Im Vergleich zum Vorjahresmonat sind das 42 596 Ausbildungsplätze weniger bei gleichzeitig erneut steigender BewerberInnenzahl. Die errechnete Lücke ist damit größer als im Jahr 2000.

Die DGB-Jugend fordert daher, dass endlich ein konjunkturunabhängiges Angebot an qualifizierten Ausbildungsplätzen bereitgestellt wird. Lothar Judith, Referatsleiter in der Abteilung Jugend des DGB-Bundesvorstandes: „Eine Ausbildungsoffensive, die lediglich an die Arbeitgeber appelliert, wird dieser Forderung nicht gerecht.“ Politik und Wirtschaft bleiben indes dabei, dass bereits das Vorgaukeln guten Willens reicht, um Jugendlichen eine zukunftsfähige Ausbildung zu ermöglichen. So wollen die Bundestagsfraktionen von SPD und Bündnis 90/Grüne „Lasten gerecht verteilen – mehr Unternehmen für Ausbildung gewinnen“. Freiwillig, ohne Konsequenzen, wird das Programm nicht einen einzigen Ausbildungsplatz mehr bringen.

Die Gewerkschaftsjugend will nun unmittelbar nach der Sommerpause mit Aktionen auf die prekäre Lage am Ausbildungsmarkt aufmerksam machen. Vom 15. bis zum 20. September sollen in zentraler Lage am Hackeschen Markt in Berlin phantasievolle Aktionen bis hin zur Mobilisierung für eine Demonstration am Ende der Woche stattfinden. Unter dem Motto „Leidensweg der beruflichen Bildung“ soll diese Demonstration mit der Forderung nach einer Reform des Berufsbildungsgesetzes schließen. •

Mehr Infos: www.bbig-reform.de

plusminusBERLIN

+ ***Im Streit um die Windenergie machen SPD-Fachpolitiker Front gegen Wirtschaftsminister Clement. Selbstverständlich müsse man die Windenergie weiter fördern, sagte der Fraktions-Energieexperte Hermann Scheer. Hier stehe die Fraktion Umweltminister Jürgen Trittin (Grüne) näher als ihrem eigenen Wirtschaftsminister.***

– ***Noch mehr Flexibilität bei der Lehrstellensuche fordert der FDP-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Gerhardt: „Jeder Auszubildende muss bei der Orts- und Berufswahl flexibel sein. Ein Auszubildender der in Deutschland keine Lehrstelle bekommt, sollte seine Lehrjahre auch in europäischen Nachbarländern absolvieren können.“***

inhalt

Seite 3

Rot-grünes Rollback in die Ära Kohl

Das geplante „Gesetz zu Reformen am Arbeitsmarkt“ stimmt teilweise wortwörtlich mit dem „Arbeitsrechtlichen Beschäftigungsförderungsgesetz“ von 1996 überein.

Seite 5

Der Arbeitssuchende als Kunde

Mit Hartz III und Hartz IV will die Bundesregierung den Arbeitsmarkt in Schwung bringen. Doch der Erfolg der US-amerikanischen Vorbilder für das Gesetz ist umstritten.

Seite 7

Rente auf Sozialhilfeniveau

Die Vorschläge der Rürup-Kommission führen Rentner direkt in die Sozialhilfe, warnt Rentenexperte Winfried Schmähl.

Der Surf-Tipp fürs Internet

http://de.osha.eu.int/veranstaltungen

Datenbank über Veranstaltungen auf den Gebieten Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Im Faxabruf

0211 / 43 01 660

Löhne, Gehälter und Arbeitszeiten sind keine Wachstumsbremsen. Erste Ausgabe des neuen DGB-Infodienstes

Riester-Rente

Hier erfolglos, da erfolgreich

Viele ArbeitnehmerInnen steigen aus der privaten Riester-Rente wieder aus, berichtet das Deutsche Institut für Altersvorsorge (DIA). Das Geschäft mit der staatlich geförderten Privatrente sei sogar rückläufig. Im ersten Halbjahr 2003 seien 300 000 Verträge gekündigt, aber nur 200 000 abgeschlossen worden. Eine Emnid-Umfrage hat ergeben, dass sich 47,5 Prozent der Befragten nicht ausreichend über die Möglichkeiten zur privaten Zusatzvorsorge informiert fühlen.

Während die private Riester-Rente floppt, boomt die betriebliche, weil sie kollektiv abgeschlossen wird und die eingezahlten Beiträge steuer- und sozialabgabenfrei sind. Eine Infratest-Studie im Auftrag des Bundessozialministeriums hat ergeben, dass von Frühjahr 2001 bis Frühjahr 2003 der Anteil der Beschäftigten mit Betriebsrente in der Privatwirtschaft von 29 auf 42 Prozent gestiegen ist (plus 45 Prozent). Die Zahl der ArbeitnehmerInnen mit Anspruch auf eine Betriebsrente erhöhte sich von 8 auf 9,6 Millionen. Bei den Pensionskassen hat sich die Zahl der Versicherten mehr als verdoppelt – von 770 000 auf 1,7 Millionen. Die neuen Pensionsfonds, die meist erst Ende 2002 ihren Geschäftsbetrieb aufgenommen haben, konnten 290 000 Beschäftigte gewinnen. Die Zahlungsfähigkeit der Pensionskassen, die nicht der Insolvenzsicherung unterliegen, ist allerdings gesunken. Das hat die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht in ihrem Jahresbericht 2002 festgestellt. •

in eigener Sache

Von dieser Ausgabe an erscheint der *einblick* **in Berlin.** Parallel mit dem Wechsel vom Rhein an die Spree gibt es auch eine personelle Veränderung: Ulrike Schenken, 34, seit März 1999 als Redaktionsassistentin Mitglied des *einblick*-Teams, wechselt zum 1. September zur Hans-Böckler-Stiftung in Düsseldorf. Ihre Funktion beim *einblick* übernimmt die Berlinerin Sybille Pape, 37.

Aller Anfang ist schwer – vor allem wenn eine Redaktion durch einen Umzug auf einmal in die kommunikationstechnologische Steinzeit versetzt wird – der Telekom sei undank. Weil der Telekommunikationskonzern es nicht schafft, unsere (wunderschönen) neuen Räume mit dem T-DSL-Netz zu verdrahten, sind wir zur Improvisation gezwungen. Alle, deren E-Mail bislang noch ohne Antwort ist, bitten wir deshalb um Nachsicht. Zum Glück verfügt inzwischen wenigstens Redakteurin Anne Graef in ihrer neuen Wohnung über Telefon und T-DSL, was nur dem Einsatz der Berliner Telekom-Pressestelle zu verdanken ist, nachdem zuvor verbindliche Zusagen mehrfach nicht eingehalten wurden. Und auch die gute, alte Schneckenpost funktioniert nicht so, wie sie soll. Wer an unsere alte Düsseldorfer Adresse schreibt, kann Pech haben und den Brief trotz Nachsendeantrag als „nicht zustellbar" zurück bekommen.

Ulrike Schenken (l.) mit Nachfolgerin Sybille Pape

Trommeln müssen wir aber zum Glück nicht – unsere Telefonanschlüsse funktionieren einwandfrei. Und damit alle einblick-LeserInnen gleich den richtigen Anschluss zum *einblick*-Team finden, **hier die Durchwahlen: 030 / 30 88 24 - 0** Zentrale/Sybille Pape, **-12** Udo Böhlefeld, **-13** Anne Graef, **-14** Norbert Hüsson, **-15** Stephan Hegger, **-50** Udo Perina (Geschäftsführung), **-20** Fax.

Medienbeobachtung

Preis für Mobbing-Film

Preisträger des diesjährigen ver.di-Fernsehpreises sind Fred Breinersdorfer (Drehbuch) und Achim von Borries (Regie). ver.di setzt damit die Tradition des DAG-Fernsehpreises fort, der seit 1965 vergeben wird. Das Fernsehspiel „Die Hoffnung stirbt zuletzt", nach einem Drehbuch von Breinersdorfer, wurde im NDR ausgestrahlt. Es schildert den Leidensweg einer jungen Polizistin, deren Vorgesetzter sie psychisch so sehr unter Druck setzt, dass sie sich das Leben nimmt.

Der Film „England!" (ZDF), Erstlingswerk des Regisseurs von Borries, begleitet einen jungen Ukrainer auf seinem Weg nach Großbritannien. Bei Aufräumarbeiten in Tschernobyl radioaktiv verstrahlt, hat er nur noch einen Wunsch: England sehen. Bildungsministerin Edelgard Bulmahn betonte bei der Preisverleihung wie wichtig es sei, dass sich Organisationen wie die Gewerkschaften der Medienbeobachtung und -kritik widmeten. •

wie war die woche?

Hans Ulrich Nordhaus,
42, Referatsleiter der Abteilung Bildung beim DGB-Bundesvorstand, hat bei der Deutschen Fußball-Liga dafür geworben, dass sich die Ligavereine für mehr Ausbildung engagieren.

Vor Beginn der neuen Bundesligasaison haben wir die Deutsche Fußball-Liga (DFL) angeschrieben und um Unterstützung gebeten. Der DFL gehören 36 Profivereine der ersten und zweiten Liga an. Mit Beginn der Spielzeit haben wir den Vereinen Musteraufrufe zur Verfügung gestellt, die deren Stadionsprecher über die Stadionanlagen verbreitet haben. Dann hat sich auch Wilfried Straub, Vorsitzender der Geschäftsführung der Liga, dafür eingesetzt, den Aufruf des DGB „Raus aus der Abseitsfalle – Ausbildungsplätze schaffen" in den Fußballarenen zu verkünden.

„Viele Sportfans sind Unternehmer und leitende Angestellte, Betriebsräte und Gewerkschafter", heißt es in dem Aufruf. „Wir appellieren an Sie alle, die hier im Stadion sind: Überlegen Sie, ob es in ihrem Betrieb nicht doch noch möglich ist, einer jungen Frau oder einem jungen Mann eine Chance zu geben." Natürlich ist eine Bilanz kaum möglich, ob als Folge dieser Aktion neue Ausbildungsplätze geschaffen worden sind. Aber unsere Idee war: Hier versammeln sich Handwerker und Unternehmer, Junge und Alte, Schüler und Auszubildende, Beschäftigte und Arbeitslose mit dem Ziel, ihren Verein zu unterstützen. Wir wollten diesen Gemeinschaftssinn nun auch auf andere Bahnen lenken. Das ist uns auch gelungen.

Der Aufruf ist an allen Spieltagen im August gelaufen. Viele Stadionsprecher haben ihn aufgegriffen, variiert und erweitert. Allein am ersten Spieltag wurden knapp 170 000 Fußballfans erreicht. Und die Unterstützung der DFL dürfte dafür gesorgt haben, dass die Reichweite in den Wochen danach noch gewachsen ist.

Neuer Kündigungsschutz

Das rot-grüne Rollback in die Ära Kohl

Das geplante „Gesetz zu Reformen am Arbeitsmarkt", das vor der Sommerpause in den Bundestag eingebracht worden ist und Ende September verabschiedet werden soll, stimmt teilweise wortwörtlich mit dem „Arbeitsrechtlichen Beschäftigungsförderungsgesetz" von 1996 überein. Zudem fällt es noch hinter den umstrittenen SPD-Parteitagsbeschluss zur Agenda 2010 von Anfang Juni zurück.

So soll die Sozialauswahl bei betriebsbedingten Kündigungen auf drei Kriterien beschränkt werden: Lebensalter, Betriebszugehörigkeit und Unterhaltspflichten. Andere soziale Gesichtspunkte werden ignoriert, sprich Kranke und Schwerbehinderte sowie Alleinerziehende und Beschäftigte, die Angehörige pflegen, werden es schwerer haben, ihren Arbeitsplatz zu behalten. Der SPD-Parteitag hatte beschlossen, es beim bisherigen Schutz von Kranken und Schwerbehinderten zu belassen.

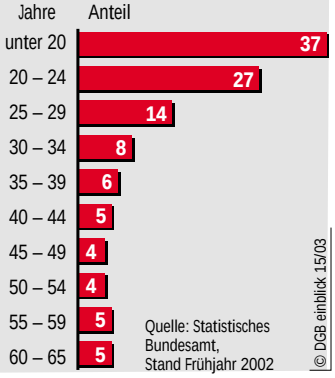
Die Herausnahme der so genannten Leistungsträger aus der Sozialauswahl soll noch weiter erleichtert werden. Das und die Sicherung einer – aus Sicht der Arbeitgeber – ausgewogenen Personalstruktur könnte vor allem Ältere zur Kündigung freigeben.

Es soll zwar dabei bleiben, dass der Kündigungsschutz in Betrieben mit mehr als fünf Beschäftigten gilt, die befristete Einstellung eines sechsten Beschäftigten aber soll daran künftig nichts ändern. Theoretisch können unbegrenzt viele ArbeitnehmerInnen befristet eingestellt werden (der SPD-Parteitag hatte einen „begrenzten Umfang" gefordert) – der Kündigungsschutz greift trotzdem nicht. Der DGB hat „erhebliche Bedenken", ob diese Regelung mit dem Grundrecht auf Gleichbehandlung vereinbar ist. Laut Bundesverfassungsgericht darf nur ausnahmsweise in einem typischen Kleinbetrieb der Kündigungsschutz ausgeschlossen sein.

Die geplante Wiedereinführung von Namenslisten, mit denen Arbeitgeber und Betriebsrat bei Massenentlassungen sogar von den drei Kriterien der Sozialauswahl abweichen können, wirft alte Probleme neu auf: Die Betroffenen haben nur die Möglichkeit, ihre Kündigung wegen grober Fehlerhaftigkeit überprüfen zu lassen – ein Unterfangen, an dem viele Kündigungsschutzklagen zwischen 1996 und 1998 gescheitert sind. Der SPD-Parteitag hatte diese Rückkehr zum Kohl'schen Kündigungsrecht übrigens gar nicht vorgesehen.

Schwieriger Einstieg

Anteil der befristet Beschäftigten je Altersgruppe (ohne Auszubildende, in Prozent)



Vor allem BerufsanfängerInnen arbeiten mit befristeten Arbeitsverträgen: ein Beleg für den immer schwieriger werdenden Einstieg ins Berufsleben. Von den 31 Millionen abhängig Erwerbstätigen sind – Auszubildende ausgeklammert – acht Prozent befristet beschäftigt.

Kurz nach ihrem Amtsantritt 1998 hatte die rot-grüne Bundesregierung das alte Kündigungsrecht kassiert, weil es „den sozialen Frieden beeinträchtigt" und „unternehmerische Interessen einseitig hervorgehoben" habe. Eine Begründung, die jetzt auf Rot-Grün zurückfällt.

Nur auf den ersten Blick positiv ist, dass Gekündigte ein Wahlrecht zwischen Klage auf Weiterbeschäftigung oder Zahlung einer Abfindung erhalten sollen. Der Pferdefuß: Der Arbeitgeber entscheidet, wem er diese Wahl anbietet.

Wer den Kündigungsschutz lockert, muss damit rechnen, dass Kündigungen auch leichter ausgesprochen werden. Denn es besteht keine Veranlassung mehr, intensiv nach Alternativen wie Teilzeit oder Qualifizierung zu suchen.

Unwahrscheinlich ist, dass ein geringer Kündigungsschutz vermehrt zu Einstellungen führt. Wie auch nicht belegbar ist, dass ein hoher Kündigungsschutz zu hoher Arbeitslosigkeit führt. Im Gegenteil: In den Niederlanden, wo sich der Arbeitgeber sogar von der Arbeitsverwaltung oder dem Gericht eine Kündigung genehmigen lassen muss, ist die Arbeitslosigkeit deutlich niedriger als in Deutschland.

Kontraproduktiv dürfte die geplante Kappung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes für Ältere wirken: Bevor die Übergangsfrist von zwei Jahren ausläuft, könnten sich vermehrt Ältere kündigen lassen, um ihren Anspruch auf die längere Bezugsdauer zu retten. Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) sieht das zwar auch so, wie er in einem Brief an die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ursula Engelen-Kefer einräumt, zieht daraus aber keine Konsequenzen.

Die Bundesregierung gibt vor, mit ihren Einschnitten beim Arbeitslosengeld den Trend zur Frühverrentung auf Kosten der Arbeitslosenversicherung stoppen zu wollen. Das wirkt unglaubwürdig. Die Betriebe sind nämlich von ihrer Pflicht, dem Arbeitsamt das Arbeitslosengeld für Ältere zu erstatten, in letzter Zeit immer stärker entlastet worden. Zahlten sie 1999 noch gut 650 Millionen Euro, waren es 2002 nicht einmal mehr 200 Millionen. •

Wolf im Schafspelz

CDU und CSU wollen den Tarifvertrag aushebeln. Ihr „Gesetzentwurf zur Modernisierung des Arbeitsrechts" sieht vor, dass vom Tarifvertrag „zugunsten des Arbeitnehmers" abgewichen werden darf. Bei der Feststellung dessen, was günstiger ist, sind „die Beschäftigungsaussichten zu berücksichtigen". Will heißen: Untertarifliche Arbeitsbedingungen sind immer günstiger als der Verlust des Arbeitsplatzes. Und damit kann der Arbeitgeber jederzeit drohen.

Die Feststellung, was unter Berücksichtigung der – nicht näher definierten – Beschäftigungsaussichten günstiger ist, treffen „der Betriebsrat und die Belegschaft mit 2/3 Mehrheit".

Ist diese Feststellung getroffen und mit dem Arbeitgeber vereinbart, ist sie wirksam, falls „keine Tarifvertragspartei widerspricht". Ob die Vereinbarung unwirksam bleibt, wenn eine oder beide Tarifparteien widersprechen, lassen CDU und CSU offen. Zustimmen müssen die Tarifparteien der geplanten Abweichung vom Tarif jedenfalls nicht. Sie verlieren ihre aktive Verhandlerrolle, die Tarifautonomie wird beschnitten.

Wird der CDU/CSU-Antrag im September vom Bundestag abgeschmettert, landet er im Bundesrat und gegebenenfalls Ende Oktober, Anfang November im Vermittlungsausschuss.

Hans-Böckler-Stiftung

Kopfprämien keine Alternative

Ein Modell für die Reform der Krankenversicherung ist die Umstellung auf Kopfprämien. Dieser Idee erteilen die Bremer Wissenschaftler Jürgen Wasem, Stefan Greß und Heinz Rothgang in ihrer Studie „Kopfprämien in der Gesetzlichen Krankenversicherung: Eine Perspektive für die Zukunft?“ eine Absage. Statt Kopfprämien fordern sie mehr Wettbewerb zwischen den Kassen für billigere und bessere Leistungen. Die Zusammenfassung des von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Projekts gibt's kostenlos (ZeS-Arbeitspapier Nr. 7/2003). •

Zentrum für Sozialpolitik
Universität Bremen
Tel. 0421 / 218 43 62
srose@zes.uni-bremen.de

DGB-Bildungswerk

Mediation für BetriebsrätInnen

Wie Mediation helfen kann, Konflikte im Unternehmen konstruktiv zu lösen, darüber diskutieren die TeilnehmerInnen der Tagung „Betriebliche Konfliktkultur und Mediation – Quadratur des Kreises oder organische Ergänzung?“. Die Veranstaltung am 2. Oktober in Düsseldorf wird organisiert vom DGB-Bildungswerk. Die Teilnahme kostet 100 Euro. Anmeldeschluss ist der 20. September. •

Tel. 0211 / 43 01 320
ute.schulz@dgb-bildungswerk.de

Flower Label

Siegel sauberer Blumenzucht

Bei rund 900 Floristen klebt auf Sträußen bereits das Blumensiegel des „Flower Label Program“. Das Gütezeichen garantiert Umweltschutz und menschliche Arbeitsbedingungen auf Blumenfarmen in der Dritten Welt. Jetzt haben IG BAU, Blumenhändler und Menschenrechtsorganisationen ihre Initiative ins Vereinsregister eintragen lassen. Der Verein soll die bestehende Zusammenarbeit mit rund 50 Blumenfarmen erleichtern und für neue Kooperationen werben. Infos zum Label und eine Liste der „fairen Blumenhändler“ gibt's im Internet. •

Flower Label Program e.V.
Tel. 0228 / 962 83 55
info@flower-label-program.org
www.flower-label-program.org

Telekom

Zukunftsweisender Tarifvertrag

Für die 25 000 Beschäftigten in den Beteiligungsgesellschaften der Telekom AG hat ver.di den zukunftsweisenden Tarifvertrag „TV Ratio“ durchgesetzt. Er schützt vor negativen Folgen durch Rationalisierung und versetzt die Unternehmen in die Lage, flexibel auf vorübergehende Wirtschaftsflauten zu reagieren.

Der „TV Ratio“ setzt sich zusammen aus Regelungen zum Rationalisierungsschutz sowie zur Verringerung der Wochenarbeitszeit bei abgestuftem Entgeltausgleich. Außerdem sind bei Anwendung der Arbeitszeitabsenkung betriebsbedingte Entlassungen ausgeschlossen.

Der Tarifvertrag ist bislang einzigartig in der IT-Branche und setzt mit seinen hohen Standards Maßstäbe. Umfangreiche Schutzregelungen und der abgestufte Entgeltausgleich sichern den sozialen Status der Beschäftigten. Info-Materialien für Beschäftigte und Betriebsräte sowie den vollständigen Tarifvertrag, Tabellen und Erläuterungen gibt's im Internet. •

www.verdi-tk-it.de

DGB-Bildungswerk

Diskriminierung durch Gen-Tests

Gelangt der Arbeitgeber an Gen-Informationen seiner Angestellten, bietet dieses Wissen Spielraum für weitreichende Diskriminierung. Welche Grenzen den Unternehmen gesetzt sind, untersucht die Tagung „Gentests im Arbeitsverhältnis – und wo bleibt der Datenschutz?“ am 24. Oktober in Berlin. Die Fachtagung wird organisiert vom DGB-Bildungswerk Berlin-Brandenburg und richtet sich an Betriebs- und Personalräte. Die Teilnahme kostet 120 Euro, Anmeldeschluss ist der 1. Oktober. •

DGB-Bildungswerk
Berlin-Brandenburg
Keithstraße 1-3, 10787 Berlin
Tel. 030 / 21 91 79 11
dgb-bildungswerk-bb@web.de

WSI-Tarifarchiv

Tarifentgelte im Überblick

Eine Übersicht über tarifliche Löhne und Gehälter in rund 160 Berufen aus 50 Wirtschaftszweigen hat das Tarifarchiv des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans-Böckler-Stiftung zusammengestellt. Das Heft hat den Titel „Wer verdient was? Tarifliche Grundvergütungen für ausgewählte Berufe und Tätigkeiten“ und ist auf dem Stand vom Jahresende 2002. Das Handbuch ist der 53. Teil der Reihe „Elemente qualitativer Tarifpolitik“. Die Druckversion kostet zwölf Euro, der Download im Internet ist gratis. •

Hans-Böckler-Stiftung
WSI-Tarifarchiv
Fax 0211 / 77 78 250
baerbel-kirchner@wsi.de
www.boeckler.de

interregio

••• Der ***DGB Nordrhein-Westfalen*** hat sich mit den Gewerkschaften ver.di, GdP und GEW sowie Sozialverbänden, kirchlichen Organisationen und attac-Gruppen aus NRW zum ***„Bündnis Soziale Bewegung NRW“*** zusammengeschlossen. Ziel der Kooperation ist es, die PolitikerInnen vom Erhalt des solidarischen Sozialstaats zu überzeugen. Gelingen soll dies mit lokalen Initiativen, Infomaterial und Veranstaltungen. Über die künftige Strategie soll noch vor Jahresende eine landesweite Aktionskonferenz entscheiden. Infos: Günter Isemeyer, ver.di NRW, Tel. 0211 / 618 24 114

••• Die ***DGB-Regionen Hamburg*** und ***Frankfurt-Rhein-Main*** erinnern am 11. September an den ***Pinochet-Putsch vor 30 Jahren*** in Chile. Im Hamburger Gewerkschaftshaus berichtet zwischen 16.30 und 20 Uhr die Augenzeugin Maria Rojas aus der Zeit des Terrors. GewerkschafterInnen in Frankfurt treffen sich um 18 Uhr zu einer Kundgebung auf dem Opernplatz und anschließender Demonstration zur Katharinenkirche. Infos: DGB Hamburg, Tel. 040 / 28 58 250; DGB Frankfurt, Tel. 069/273 00 571

••• Auf Initiative der ***DGB-Region Köln*** verleiht der Rat der Domstadt künftig in zweijährigem Rhythmus den ***„Hans-Böckler-Preis der Stadt Köln“.*** Die nach dem Kölner Ehrenbürger benannte Auszeichnung wird ab 2005 abwechselnd mit der Konrad-Adenauer-Medaille der Stadt verliehen. Sie honoriert Verdienste um die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen sowie um den sozialen Zusammenhalt in Wirtschaft und Gesellschaft.
Infos: Wolfgang Uellenberg-van Dawen, Tel. 0221 / 5000 320

Modell USA

Der Arbeitssuchende als Kunde

Mit den beiden letzten Gesetzen „für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ will die Bundesregierung den Arbeitsmarkt in Schwung bringen. In weiten Teilen basieren sie auf entsprechenden Programmen der USA – obwohl deren Erfolg umstritten ist.

1998 unterzeichnete Präsident Bill Clinton ein Gesetz, das bis heute die Arbeitsmarktpolitik der USA bestimmt, den „Workforce Investment Act“. Vieles, was in Deutschland zur Zeit diskutiert wird, ist dort längst Realität. Zwar änderte auch dieses Gesetz nichts am Anstieg der Arbeitslosenrate auf bis heute über 6 Prozent, doch führte es immerhin zu einem neuen kundenorientierten Ansatz.

Stand in den USA bis 1998 vor allem der Arbeitssuchende und das Ziel, ihn wieder in Arbeit zu bringen, im Mittelpunkt, so werden nun Arbeitgeber und Arbeitssuchende gleichermaßen als „Kunden“ gesehen.

Entschieden wird in den USA nun auf lokaler und regionaler Ebene. Landesweit sind 600 „Workforce Investment Boards“ genannte Steuerungsgremien eingesetzt worden. Sie bestimmen die Arbeitsmarktpolitik vor Ort und deren Instrumente und spiegeln die jeweiligen politischen Kräfteverhältnisse wider. Dort stellen die Arbeitgeber, so will es das Gesetz, die Mehrheit. Die Gewerkschaften sind lediglich mit mindestens zwei Sitzen dabei. Allerdings gibt es regionale Unterschiede. Während im Süden der USA die Gewerkschaften kaum eine Rolle spielen, sprechen sie im Norden und in großen Städten wie beispielsweise New York ein gewichtiges Wort mit.

Zentrale Anlaufstelle für Arbeitssuchende und Unternehmen sind die „One-Stop-Center“. Der Name ist Programm. Hier wird Arbeitssuchenden eine umfassende kundenorientierte Beratung und Vermittlung in Sachen Beschäftigungsförderung und Weiterbildung angeboten.

Dass auch von einer verbesserten Beratung keine Wunder zu erwarten sind, zeigen die Arbeitslosenzahlen. Um so wichtiger werden berufliche Qualifizierungsmaßnahmen. Aber gerade hier kam es sogar zu Rückschritten. Die Zahl der beruflichen Qualifizierungsmaßnahmen ist im Vergleich zu dem Vorläuferprogramm JTPA sogar zurückgegangen. Viele Gelder sind zu Beginn vor allem in den Aufbau der One-Stop-Center geflossen statt in Qualifizierungsmaßnahmen.

Der Gewerkschaftsbund AFL-CIO kritisiert das Übergewicht der Arbeitgeber auf lokaler Ebene. Dort, wo der gewerkschaftliche Einfluss schwach sei, seien nur schlecht bezahlte Jobs geschaffen worden. Die US-Gewerkschaften begrüßen aber die Vorteile einer besseren Betreuung von Arbeitssuchenden. Und wo die Gewerkschaften stark sind, können sie auch Einfluss ausüben. So versuchen sie in den lokalen Steuerungsgremien Mindeststandards bei Löhnen und Arbeitsbedingungen für Arbeitssuchende durchzusetzen.

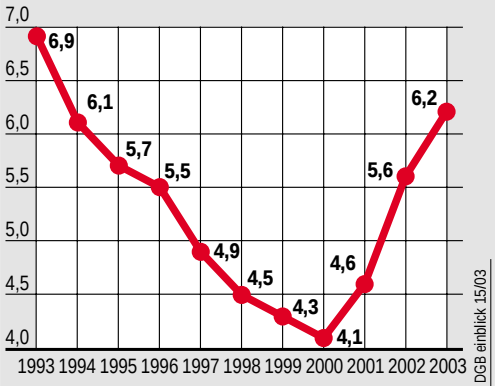
Auch in anderer Hinsicht nutzen sie die Möglichkeiten des Gesetzes. Etwa in New York: Dort bieten sie in eigenen Ausbildungszentren, die sie nach 1998 mit Hilfe von Bundesmitteln auf der Grundlage des Workforce Investment Act aufbauten, beispielsweise Ausbildungen zum Bäcker oder Koch an und stießen mit einer qualitativ hoch stehenden Ausbildung in eine Marktlücke.

Während in Deutschland die materielle Absicherung für Langzeitarbeitslose von Rot-Grün allerdings gerade auf Sozialhilfeniveau zurückgefahren wird, gab es in den USA diesen Schutz nie. Deshalb können die US-Gewerkschaften dem Workforce Investment Act sogar etwas Positives abgewinnen. Der AFL-CIO bekam jüngst sogar eine Million Dollar vom Arbeitsministerium, um seine lokalen VertreterInnen auf ihre Rolle in den Steuerungsgremien vorzubereiten.

In Deutschland besteht dagegen die Gefahr, dass der „kundenorientierte“ Ansatz, wie er bei den Job Centern zum Ausdruck kommt, mit einem anderen Ansatz kollidiert. Durch die Streichung der Leistungen an Langzeitarbeitslose, deren Entkoppelung von den Löhnen und die Ausrichtung an der Sozialhilfe, werden Arbeitssuchende gezwungen, „Arbeit um jeden Preis“ anzunehmen. Da nützt auch der beste kundenorientierte Ansatz nichts. •

USA: Arbeitslosigkeit wächst

Arbeitslosenrate in den USA 1993 bis 2003, Stand jeweils im Juli (in Prozent)



Quelle: Statistisches Amt der US-Regierung

Die Arbeitslosigkeit in den USA ist derzeit wieder bei 6,2 Prozent angekommen, dem höchsten Stand seit 1994.

Die nächsten Arbeitsmarktreformen (Hartz III + IV)

Als Teil der Reform „Agenda 2010“ hat Wirtschaftsminister Wolfgang Clement Gesetzentwürfe zum Umbau von Arbeitsmarkt (Hartz III) und Leistungsrecht (Hartz IV) dem Kabinett vorgelegt. Weitreichende Neuregelungen nach dem Motto „Fördern und Fordern“ sollen die Arbeitsvermittlung beschleunigen:

- ***Arbeitslosen- und Sozialhilfe für Langzeitarbeitslose werden im Arbeitslosengeld II („Grundsicherung für Arbeitsuchende“) zusammengelegt und pauschaliert. Finanzielle Anreize wie Einstiegsgeld und Kinderzuschlag sollen die Annahme auch gering entlohnter Tätigkeiten lukrativer machen. Jede legale Arbeit soll künftig als zumutbar gelten.***
- ***Wer die Annahme eines Jobs verweigert oder sich nicht ernsthaft um Arbeit bemüht, dem wird das Arbeitslosengeld II für drei Monate um 30 Prozent oder rund 100 Euro im Monat gekürzt.***
- ***Arbeitslose Jugendliche unter 25 Jahren sollen in Beschäftigung oder Ausbildung vermittelt werden. Lehnen sie die Angebote ab, erhalten sie drei Monate lang kein Arbeitslosengeld.***
- ***Aus der Bundesanstalt für Arbeit soll ein modernes Service-Unternehmen werden. Als „Bundesagentur für Arbeit“ soll sie sich in Job-Centern auf ihre Kernaufgabe konzentrieren: die Vermittlung der Arbeitslosen und der erwerbsfähigen SozialhilfeempfängerInnen.***

kurz&bündig

ver.di

Bis zum 30. Oktober noch wird ein ver.di-Truck auf Raststätten, in Logistik- und Speditionszentren Station machen. Mit „ver.di on Tour“ soll eine „mobile gewerkschaftliche Betreuungsstruktur“ geschaffen werden.

DGB

Zum Dialog über die „Zukunft öffentlicher Dienstleistungen“ lädt der DGB für das 6. Schöneberger Forum am 18. und 19. November in Berlin. Ziel ist eine Annäherung an die Perspektiven von Bürgern, Beschäftigten und Wirtschaft in diesem Prozess.

NGG

Als absurdes politisches Sommertheater hat Franz-Josef Möllenberg die „Mal-Hüh-und-Mal-Hott-Politik“ um Tabak und Zigaretten bezeichnet. Mit den geforderten Rauchverboten in Gaststätten wollten sich einige Politiker im Sommerloch profilieren.

GEW

Der Hauptvorstand der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft unterstützt die Warnstreiks der GEW Berlin für die Rücknahme der Arbeitszeitverlängerung um 2 Wochenstunden.

ver.di

Mit „Klassengesellschaft oder klasse Gesellschaft – wie diskutieren wir im 21. jahrhundert über soziale Gerechtigkeit?“ wird die ver.di-Veranstaltungsreihe „sicht.weisen“ am 17.9. in Berlin fortgesetzt. Als Gast diesmal Prof. Paul Nolte, International University of Bremen.

Transnet

Tarifvertrag für DB Systems

Nach über zweijährigem Verhandlungsmarathon hat die Gewerkschaft Transnet für die knapp 2500 Beschäftigten der DB Systems einen Tarifvertrag abgeschlossen. Transnet einigte sich mit dem bahneigenen Unternehmen auf einen eigenständigen Haustarifvertrag, der Anfang 2004 in Kraft tritt.

Die schwierigen Verhandlungen, die sich mehr als zwei Jahre hinzogen und durch Strategie- und Personalwechsel auf Arbeitgeberseite immer wieder erschwert wurden, konnten Mitte Juli erfolgreich abgeschlossen werden. Der neue Haustarifvertrag besteht aus dem Manteltarifvertrag, einem Arbeitszeit- und einem Entgelttarifvertrag sowie Tarifverträgen zu Jahressonderzahlungen und dem Auszubildendentarifvertrag. Grundlage des Entgelttarifvertrages ist die Aufgabe der Ost-West-Trennung. Zum 1. Mai 2004 werden die Entgeltwerte entsprechend dem Abschluss bei der Deutschen Bahn um 3,2 % erhöht bei einer Laufzeit bis zum 28. Februar 2005. Die DB Systems selbst ist vom Umsatz – etwa 650 Millionen Euro – und der Beschäftigtenzahl das siebtgrößte Systemhaus in Deutschland mit drei großen Standorten in Frankfurt, Berlin und Erfurt. •

IG-BCE-Zukunftsforum

STARK für die Zukunft

Am 26. und 27. September 2003 lädt die IG Bergbau, Chemie, Energie zum „IG-BCE-Zukunftsforum“ nach Hannover ein. Der Kongress ist Teil des Zukunftsprozesses unter dem Titel „STARK“, den die IG BCE vor einem Jahr gestartet hat. Etwa 250 TeilnehmerInnen aus unterschiedlichen Organisationsebenen sowie ExpertInnen aus Wissenschaft und Medien werden über Zukunftsfragen der Gewerkschaft diskutieren. „Mit dem Zukunftsforum wollen wir eine aktive Rolle einnehmen, um gewerkschaftliche Gestaltungsfreiräume zugunsten der ArbeitnehmerInnen zu erhalten und neue zu entwickeln”, so Hubertus Schmoldt, Vorsitzender der IG BCE. •

Antikriegstag

Krieg ist keine Lösung

Im Aufruf zum diesjährigen Antikriegstag drückt der Deutsche Gewerkschaftsbund seine Besorgnis aus über die weltweite Zunahme bewaffneter Auseinandersetzungen. Der Krieg im Irak, der Bürgerkrieg in Liberia, andauernde Spannungen in Afghanistan oder der ungelöste Konflikt im Nahen Osten seien traurige Beispiele dafür, dass der Weltfrieden in weiter Ferne liege.

Unter dem Motto „Krieg ist keine Lösung“ nimmt der DGB den Antikriegstag zum Anlass, den Blick auf die Krisenherde und Konfliktzonen dieser Welt zu richten und fordert die Krieg führenden Parteien auf, die Spirale von Hass und Gewalt zu durchbrechen. Unter kriegerischen Auseinandersetzungen leidet am meisten die zivile Bevölkerung, Frauen und Kinder, alte Menschen, ethnische oder religiöse Minderheiten. Ihr Schutz müsse bei allen friedensschaffenden Maßnahmen oberste Priorität genießen. •

DGB-Aufruf zum Antikriegstag: www.dgb.de

Kommunikationskampagne

Flächentarifvertrag – sonst gibt’s kein Halten mehr

Der Flächentarifvertrag steht in der letzten Septemberwoche im Zentrum der dritten Welle der Kommunikationskampagne des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Ziel des Kampagnenabschnittes ist es, den um Eingriffe in die Tarifhoheit bemühten Bundestagsabgeordneten zu demonstrieren, welche Vereinbarungen und betrieblichen Bündnisse auf der Grundlage von Tarifverträgen existieren. Im Juni hatte die Union einen Gesetzentwurf im Bundestag zur Modernisierung des Arbeitsrechts eingebracht. Darin fordert sie unter anderem gesetzliche Einstiegstarife für zuvor Arbeitslose, eine Aufschiebung des Gleichbehandlungsgrundsatzes bei der Zeitarbeit und ein Ende der Förderung von Altersteilzeit. Zu der von der Union beabsichtigten Verankerung gesetzlicher Öffnungsklauseln sowie der Änderung des Günstigkeitsprinzips im Tarifvertragsgesetz wollen die Gewerkschaften im Laufe der Kampagne Stellung nehmen.

Ab dem 22. September etwa wollen die DGB-Region Augsburg zusammen mit den DGB-Regionen Allgäu und Donau-Iller Aktionen im DGB-Bezirk Bayern durchführen. Infomärkte, Gespräche mit Redakteuren und andere Aktionen sind geplant. Die DGB Region Frankfurt-Rhein-Main steigt schon früher ins Thema ein: Ab Anfang September finden Veranstaltungen wie „SOS – Tarifautonomie vor dem Untergang“ (4.9.), „Agenda 2010 und ihre Folgen“ (9.9.) oder „Betriebliche Vereinbarungen, Tarifflucht, Tarifausstieg“ statt. Betriebsbesuche und ebenfalls Aktionstage sind in der Region Leipzig geplant. •

Weitere Informationen unter www.das-machen-wir.de

Diskussion um neue Altersversicherung

Rente sackt auf Sozialhilfeniveau ab

Wenn die Vorschläge der Rürup-Kommission umgesetzt werden, dann entspricht die gesetzliche Rente künftig der Sozialhilfe, warnt der Rentenexperte Winfried Schmähl.

Nach der als „Jahrhundertreform“ gepriesenen Rentenreform des Jahres 2001 wird der einmal eingeschlagene Weg fortgesetzt: Das Leistungsniveau in der gesetzlichen Rentenversicherung soll weiter reduziert werden und die Alterssicherung vermehrt durch private Vorsorge erfolgen.

Um das Leistungsniveau generell zu senken, wurde seinerzeit ein – willkürlich gestalteter – Privatvorsorgeanteil in die Rentenformel eingeführt („Riester-Rente“). Nun soll ein „Nachhaltigkeitsfaktor“ den Effekt verstärken. **Vorrangiges Ziel ist, den Beitragssatz zur Rente stabil zu halten und Finanzierungsengpässen allein durch Senkung des Leistungsniveaus zu begegnen.** Hatte der Gesetzgeber 1992 ein klar definiertes Rentenniveau als vorrangiges Ziel festgelegt (für den so genannten Eckrentner, der 45 Jahre lang Beiträge eines Durchschnittsverdieners einzahlt, soll die Rente 70 Prozent des aktuellen durchschnittlichen Nettoentgelts betragen), so ist dieses Ziel jetzt hinfällig und durch ein Beitragsziel ersetzt worden. Dabei geht es allein darum, eine Mehrbelastung der Arbeitgeber (durch höhere Arbeitgeberbeiträge) und des Bundes (durch einen höheren Bundeszuschuss) zu vermeiden. Die Ausgaben für die Alterssicherung werden aus den öffentlichen Haushalten in die Privathaushalte verlagert, also nicht gesenkt. Im Gegenteil, die teilweise Ersetzung der solidarischen, umlagefinanzierten Rentenversicherung durch private Altersvorsorge erhöht die notwendigen Ausgaben, macht die Alterssicherung also teurer.

Werden die Vorschläge der „Nachhaltigkeitskommission“ (Rürup-Kommission) **umgesetzt, droht ein drastischer Leistungsabbau.** Der so genannte Eckrentner würde im Jahr 2030 nicht mehr 64 Prozent des durchschnittlichen Nettoentgelts – wie durch die Rentenreform von 2001 angestrebt – erreichen, sondern nur noch 54 Prozent. Bei diesem Leistungsniveau müsste ein Durchschnittsverdiener 34 Jahre lang Beiträge zahlen, um eine Rente in Höhe der Sozialhilfe bzw. der neuen „ bedarfsorientierten Grundsicherung“ zu erhalten. Wer unterdurchschnittlich verdient, müsste entsprechend länger Beiträge entrichten. Hinzu kommen soll eine stärkere Besteuerung von Renten; und vorgeschlagen werden auch höhere Belastungen von Rentnern in der Kranken- und Pflegeversicherung. Damit dürfte das künftige Rentenniveau deutlich unter 50 Prozent gedrückt werden.

Die Folgen für die Versicherten werden an folgendem Beispiel klarer: Unterstellt, heute erhielte ein (männlicher) Rentner (nach langer Versicherungsdauer) 1200 Euro (was der Brutto-Eckrente West entspricht), dann würden nach Verwirklichung der Vorschläge der „Nachhaltigkeitskommission“ nur noch 925 Euro verbleiben. Berücksichtigt man Besteuerung und steigende Sozialbeiträge der Rentner, so ist eine Nettorente von 800 Euro eine realistische Schätzgröße, was einer Absenkung um 400 Euro oder einem Drittel der heutigen Rente entspricht.

Prof. Dr. Winfried Schmähl, 61, Wirtschaftswissenschaftler am Zentrum für Sozialpolitik der Uni Bremen, berät als Rentenexperte Bundestag und Bundesregierung.

Es ist offensichtlich, dass dann für einen Großteil der Rentenversicherten – selbst nach jahrzehntelanger Beitragszahlung – **nur noch eine Rente erreichbar ist, die die Sozialhilfeschwelle nicht mehr überschreitet.** Ein solches System würde keine Akzeptanz in der Bevölkerung finden. Die eingeschlagene Entwicklung würde schließlich in eine durch Steuern zu finanzierende Grundsicherung münden.

Die jetzt verfolgte Strategie stellt eine schleichende Aushöhlung des lohn- und beitragsbezogenen Rentensystems dar, ja sogar den Schritt zurück zu den Anfängen der Sozialversicherung Ende des 19. Jahrhunderts, als die Rentenversicherung eingeführt wurde, um Armut zu vermeiden und die Kommunen von der Armenpflege zu entlasten. Eine sonderbare „Modernisierungsstrategie“, die im Gegensatz zur Entwicklung in anderen Ländern steht, wo man eine stärkere Verknüpfung von Beiträgen und Rentenleistungen anstrebt, wie dies einmal kennzeichnend für die deutsche Rentenversicherung war.

Für die jetzt verfolgte Strategie zeichnet sich eine breite informelle politische Koalition ab aus Grünen, Teilen von SPD und CDU, unterstützt von Arbeitgeberverbänden, Finanzmarktakteuren und vielen Wirtschaftswissenschaftlern. **Dies hat allerdings einen hohen Preis: die Abschaffung eines leistungsorientierten und anpassungsfähigen Rentensystems –** und deutlich steigende Einkommensunterschiede im Alter, denn die Möglichkeiten zur privaten Vorsorge sind höchst ungleich verteilt. •

Rotstift – nein danke

Vier gegen 22: Die vier gewerkschaftlich orientierten Mitglieder der 26-köpfigen Rürup-Kommission lehnen den Ende August vorgelegten Abschlussbericht der „Kommission für die Nachhaltigkeit in der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme“ ab.

DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer, die Betriebsräte Nadine Franz (Schering) und Manfred Schoch (BMW) sowie IG BAU-Vorsitzender Klaus Wiesehügel bezweifeln, dass vor allem über Leistungskürzungen, die einseitig zu Lasten der Versicherten gehen, die Herausforderungen des demografischen Wandels bewältigt werden können. Weiter reichende Ansätze – Erhöhung der Erwerbsquoten von Frauen sowie jungen und alten ArbeitnehmerInnen – seien nicht diskutiert worden.

Notwendig sei außerdem eine Debatte über die Weiterentwicklung des Sozialversicherungssystems zu einer Erwerbstätigenversicherung.

Das Minderheitenvotum von Engelen-Kefer, Franz, Schoch und Wiesehügel ist als Buch erschienen: „Sozialstaat – solidarisch, effizient, zukunftssicher“, VSA-Verlag Hamburg (144 Seiten, 7,60 Euro).

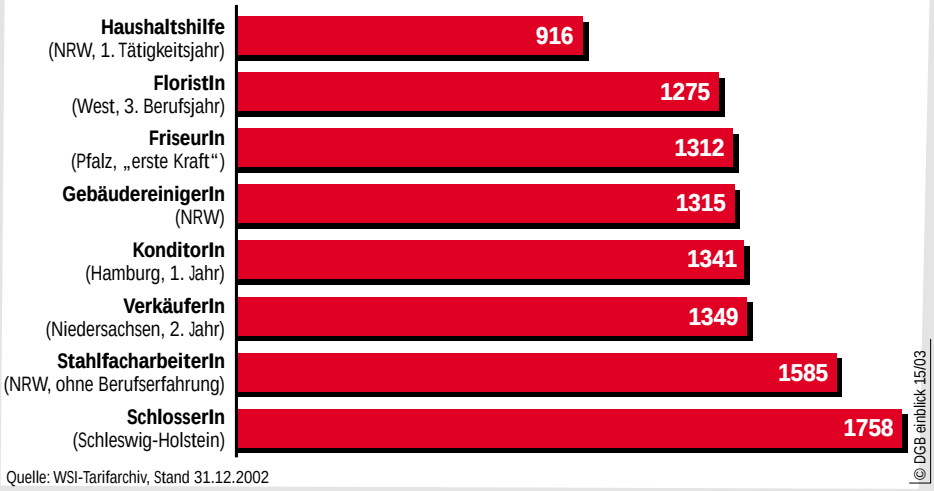
Postvertriebsstück A 45918 Vertrieb durch Toennes Druck + Medien Gmbh, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath

dieDGBgrafik

NIEDRIGLOHNSEKTOR: Billigjobs sind keine Exoten-Jobs

Bereits ein Drittel aller Vollzeitbeschäftigten arbeitet in Billigjobs – Tendenz steigend. Das ergab eine Studie des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung. Mehr Arbeitsplätze sind dadurch nicht entstanden. WSI-Experte Claus Schäfer: „Niedriglöhne erzeugen nicht mehr Beschäftigung." Sie schwächten vielmehr die Binnennachfrage. Laut Statistischem Bundesamt kamen 2002 Arbeitnehmerhaushalte im Schnitt auf 34 800 Euro Jahreseinkommen (je Haushaltsmitglied 14 100 Euro).

Tarifliche Grundvergütungen (in Euro) in ausgewählten Tarifbereichen und -gruppen



Quelle: WSI-Tarifarchiv, Stand 31.12.2002

personalien

••• ***Claus Eilrich,*** 54, seit 1997 Pressesprecher der IG Metall und seit 2000 Leiter der Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Chefredakteur der Mitgliederzeitung *metall,* ist am 5. August vom amtierenden Vorsitzenden Jürgen Peters und von Hauptkassierer Bertin Eichler mit sofortiger Wirkung und ohne Begründung seiner Ämter enthoben worden. Anlass war ein Artikel in *metall-extra* zum Rücktritt des Vorsitzenden Klaus Zwickel, in dem es hieß, Zwickel habe „viele wichtige, nicht immer erfolgreiche Initiativen angestoßen".

••• ***Ruth Gruber,*** 52, seit November 2001 Redaktionsleiterin von *metall* und *direkt,* ist wegen des umstrittenen *metall-extra* abgemahnt worden. Ob sie die Redaktionsleitung behält, soll Anfang September geklärt werden.

••• ***Gerrit Schrammen,*** 34, Diplom-Geograph, ist ab 1. September politischer Referent beim DGB-Bundesvorstand in der Abteilung Struktur- und Umweltpolitik, Handwerkssekretariat. Er war zuletzt Projektmitarbeiter in der Bundesgeschäftsstelle des BUND in Berlin.

14TAGE

1.9. Antikriegstag, u.a. Kranzniederlegung am Mahnmal „Harrislee Bahnhof", Grenzübergang Padborg, der KZ-Gedenkstätte Ladelund, der KZ-Gedenkstätte Schwesing

2.9. DGB und DBB Hamburg, „Das lassen wir uns nicht bieten!", gemeinsame Demonstration des Hamburgischen Öffentlichen Dienstes, Gänsemarkt

3.9. DGB Schleswig-Holstein Nord, „Versorgung verbessern statt Patienten belasten!", Konferenz für GewerkschafterInnen, Betriebs- und Personalräte, Technologiezentrum Flensburg

5./6.9. Fatal Global?! Die 5. Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation, Fakten, Folgen, Alternativen. Technische Universität Berlin

9.9. DGB Frankfurt, Agenda 2010 und ihre Folgen für Beschäftigte, Arbeitslose und Kommunen, Gewerkschaftshaus Frankfurt

Tipp

***CD-ROM:* Christian Schoof, Betriebsratspraxis von A bis Z für Windows, CD-Version 5.0, Bund-Verlag, Frankfurt/M. 2003, 89 Euro, (Fortsetzungsbezug, 65 Euro)**

Der „digitale Schoof" liegt nun in seiner neuesten Version 5.0 vor. Die bewährte Betriebsrats-Software enthält den vollständigen Text der 6. Auflage des Handwörterbuchs von Schoof, „Betriebsratspraxis von A bis Z". Sie liefert darüber hinaus die meisten der im Handwörterbuch genannten Gesetzestexte und Gerichtsentscheidungen, Musterschreiben, Checklisten sowie eine Vielzahl von Muster-Betriebsvereinbarungen.

Impressum *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** *einblick* Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Udo Perina, Christian Paulsen **Redaktion:** Udo Böhlefeld (verantwortlich für diese Ausgabe), Anne Graef, Stephan Hegger, Norbert Hüsson, Sybille Pape (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030 / 30 88 24 - 0, Fax 030 / 30 88 24 - 20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: red.einblick@t-online.de **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030 / 85 99 46 - 240, Fax 030 / 85 99 46 - 100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design, Sprockhövel **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** Toennes Druck + Medien Gmbh, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel. 0211 / 9 20 08-26, Fax 9 20 08-38
Alle aktuellen *einblick*-Hintergrundtexte im Überblick: Fax-Abruf 0211 / 43 01 689
Nachdruck frei bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren.

Schlusspunkt

„Es ist nicht gut, dass der arbeitende Mensch allein ist, allein mit dem Arbeitgeber."

RBB-Intendantin Dagmar Reim bei der ver.di-Fernsehpreis-Verleihung am 23.8. in Abwandlung des Bibel-Spruches „Es ist nicht gut, dass der Mensch allein ist".

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 15.09.2003 16/03

DGB

DGB-Gutachten

Sozialstaatsprinzip in Gefahr

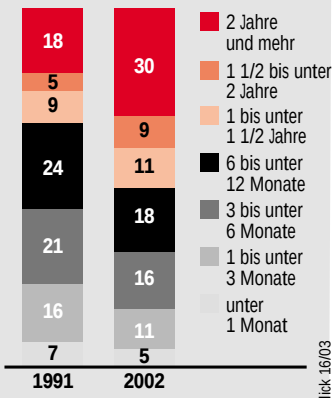
Der DGB hält Teile der „Reformen am Arbeitsmarkt“ für verfassungswidrig.

„Mit den geplanten Reformen der Bundesregierung droht das Sozialstaatsprinzip des Grundgesetzes aus den Fugen zu geraten“, erklärte die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ursula Engelen-Kefer. Anlass dieses Vorwurfs gegenüber der rot-grünen Bundesregierung ist ein vom DGB in Auftrag gegebenes Rechtsgutachten, dessen Ergebnis nun vorliegt. Der Oldenburger Professor Thomas Blanke fürchtet in seinem Gutachten, dass die Aus–hebelung des Kündigungsschutzes dazu führt, dass Kleinunternehmen künftig vermehrt befristet Beschäftigte einstellen – und so der Kündigungsschutz umgangen wird.

Nach der bisherigen Rechtsprechung kann in Kleinbetrieben nur ausnahmsweise der Kündigungsschutz ausgeschlossen werden. „Wenn künftig 20, 30 oder 40 befristet Beschäftigte eingestellt werden, gibt es keine Möglichkeit auf Überprüfung der Kündigungsgründe“. DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer fordert, dass die Bundesregierung wenigstes dem Beschluss des SPD-Sonderparteitages folgt und die Zahl befristeter Beschäftigungsverhältnisse in einem Unternehmen begrenzt. Nach Einschätzung des Gutachtens liegt ein Verstoß gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz der Verfassung vor, wenn Beschäftigten der Kündigungsschutz vorenthalten wird, weil sie befristet eingestellt sind.

Arbeitslose suchen immer länger

Dauer der Arbeitssuche
(in Prozent aller Erwerbslosen)



Quelle: Mikrozensus. Erwerbslose mit Angabe zur Dauer der Arbeitssuche und sofortiger Verfügbarkeit für den Arbeitsmarkt gemäß ILO-Konzept Statistisches Bundesamt

© DGB einblick 16/03

Sprengstoff für's soziale Netz: Es ist nicht erkennbar, wie durch Einschnitte in das soziale Netz neue Arbeitsplätze entstehen. Allen Reduzierungen des Arbeitslosengeldes und Schlechterstellungen der ArbeitnehmerInnen zum Trotz: Die Dauer der Suche nach einem Arbeitsplatz hat im vergangenen Jahrzehnt immer mehr zugenommen.

In der Kombination mit der Verkürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes und der Senkung des Arbeitslosengeldes II auf Sozialhilfeniveau sieht Ursula Engelen-Kefer das Sozialstaatsprinzip zunehmend gefährdet – ohne dass gleichzeitig neue Arbeitsplätze entstehen. „Wenn die verschärften Zumutbarkeitsregelungen für Arbeitslose künftig dazu führen, dass jegliche Art von Arbeit angenommen werden muss, sinkt das Lohn- und Gehaltsniveau auf breiter Front. Die Ausgrenzung vor allem von Älteren nimmt weiter zu.

Die Begrenzung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld sowie die nur kurze Übergangsfrist von zwei Jahren für die über 55-Jährigen wird zunächst zu einer Zunahme von Entlassungen bei gleichzeitiger erneuter Entlastung der Betriebe führen, die sich auf Kosten der Allgemeinheit ihrer älteren Beschäftigten entledigen. Denn soweit die Erstattungspflicht dieser Betriebe überhaupt noch greift, müssen sie künftig statt bis zu zwei Jahren nur noch das Arbeitslosengeld von maximal 18 Monaten zahlen. Genug Anreiz, ältere Beschäftigte, noch früher auf die Straße zu setzen. •

plusminusBERLIN

+ ***Die medienpolitische Sprecherin der Grünen im Bundestag Grietje Bettin hat sich gegen die fortschreitende Konzentration auf dem Zeitungsmarkt gewandt. „Publizistische Vielfalt lässt sich nicht dadurch sichern, dass große Verlagskonzerne problemlos kleinere Medienhäuser schlucken können.“***

– ***Johannes Singhammer, Sprecher der CSU im Bundestag, will einmal mehr die hohe Arbeitslosigkeit mit längeren Arbeitszeiten bekämpfen. Durch die Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit um eine Stunde bei gleich bleibendem Lohn könnten „mehrere zehntausend Jobs“ entstehen.***

inhalt

Seite 3
Der Countdown läuft
Bis Ende 2004 sollen die Regeln des Welthandels liberalisiert werden. Gewerkschaften und NGOs fordern die Implementierung ökologischer und sozialer Mindeststandards

Seite 5
Zum Erfolg verdammt
Das Führungsduo der IG Metall sucht den Schulterschluss

Seite 7
Für eine neue Balance der Geschlechter
DGB-Vorsitzender Michael Sommer will Gender Mainstreaming ins Zentrum des politischen Handels rücken

Der Surf-Tipp fürs Internet
www.spionagecheck.de
Spionagecheck: Was weiß der Chef?

Im Faxabruf
0211 / 43 01 666
Erklärung des DGB-Bundesvorstands zur Tarifautonomie

Energiepolitik

Streit um das bessere Konzept

Mehr als die Hälfte aller deutschen Kraftwerke muss bis 2020 wegen des Ausstiegs aus der Atomenergie und des Endes der Betriebsdauer bestehender konventioneller Kraftwerke ersetzt werden. Dass auch in Zukunft der größte Teil der hierzulande verbrauchten Energie in Deutschland produziert werden soll, ist zwischen den Gewerkschaften unumstritten. Welchen Anteil dabei regenerative Energien spielen sollen, ist hingegen nicht nur in der Energiewirtschaft umstritten.

Während die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di Anfang September „Grundsätze für ein Energiekonzept" präsentiert hat, das neben der Erneuerung von Anlagen heimischer Energieträger wie Braun- und Steinkohle insbesondere im Bereich der Grundlast und bei der wohnortnahen Kraft-Wärme-Koppelung von einer „zunehmenden Bedeutung der erneuerbaren Energien" ausgeht, hat die IG BCE vor einer „einseitigen Entwicklung des Energiemixes" gewarnt. Leitgedanken der Energiepolitik müssten die drei Säulen Versorgungssicherheit, Preiswürdigkeit sowie eine umwelt- und ressourcenschonende Gewinnung sein. Der Umweltschutz sei „eine wichtige Aufgabe", so IG BCE-Vorsitzender Hubertus Schmoldt, darüber dürfe aber die Wirtschaftlichkeit der Energieversorgung „nicht vernachlässigt werden".

Die IG BCE kritisiert vor allem den von Umweltminister Jürgen Trittin favorisierten Ausbau der Windenergie. Es sei fraglich, so Schmoldt, „was ein nicht jederzeit verfügbarer Strom eigentlich wert sei". Unterstützung findet Trittin hingegen bei ver.di und IG Metall. Anfang September haben Vertreter beider Gewerkschaften gemeinsam mit dem Bundesverband der mittelständischen Wirtschaft, dem Deutschen Bauernverband, dem Bundesverband Erneuerbare Energie und der Vereinigung Eurosolar ein „Aktionsbündnis Erneuerbare Energien" gegründet. •

EGB-Demonstration

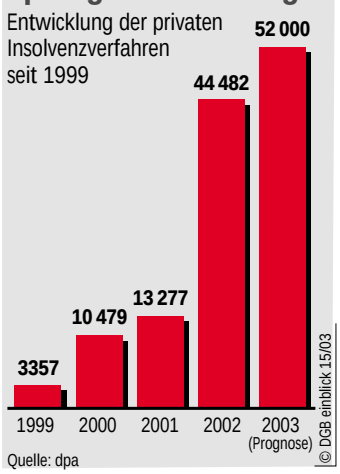
Für ein soziales Europa

Bei der nächsten EU-Regierungskonferenz in Rom werden sich die Regierungschefs der EU-Mitgliedsstaaten auch mit dem Konventsentwurf für eine künftige europäische Verfassung beschäftigen. Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) ruft dazu auf, am 4. Oktober in der italienischen Hauptstadt dafür zu demonstrieren, dass die soziale Dimension Europas sich auch in der EU-Verfassung niederschlägt. •

Mehr Infos: www.etuc.org

Sprunghafter Anstieg

Entwicklung der privaten Insolvenzverfahren seit 1999



Die Zahl der Verbraucherkonkurse ist seit 1999, dem Jahr, in dem das Verbraucherkonkursgesetz in Kraft getreten ist, sprunghaft angestiegen. Hauptgründe dafür seien Arbeitslosigkeit, Trennung oder Scheidung sowie die Unerfahrenheit gegenüber Konsum- und Kreditangeboten, so die Bundesregierung. Junge Menschen geraten vor allem durch immer höhere Handy-Rechnungen in die Schuldenfalle. Anträge auf private Insolvenzverfahren würden allerdings nur von einem Bruchteil der überschuldeten Haushalte gestellt.

wiewardiewoche?

Ulla Spiekermann, 47, seit dem 1. Juli 2003 Referentin für das DGB-Intranet, setzt sich für ein nutzerzentriertes Netzwerk ein: Schnelle Information und lebendige Kommunikation stehen obenan.

„Es war, glaube ich, Antoine de Saint Exupéry, der einmal sagte: „Der Fortschritt geht vom Primitiven über das Komplizierte zum Einfachen". Seit ich 1997 angefangen habe, mich beruflich mit den Potenzialen des Intranets für organisationsweite Vernetzung zu beschäftigen, stehen Einfachheit und Nutzerorientierung für mich an oberster Stelle, wenn es um das Anbieten einer internen Informations- und Kommunikationsplattform geht. Dass es dabei um die NutzerInnen als ExpertInnen geht, das ist die eigentliche Herausforderung, die hinter der Verwirklichung des DGB-Intranets steht. Ein guter Garant dafür ist die Tatsache, dass sich dieses Selbstverständnis in der Ansiedlung meines Arbeitsbereiches in der Abteilung Organisation und Kommunikationssysteme widerspiegelt.

Das DGB-Intranet ist in erster Linie eine Dienstleis–tung für DGB-Beschäftigte. Welche Wünsche haben die KollegInnen? Was liegt ihnen besonders am Herzen? Wo kann Doppelarbeit und intensiver Papierverbrauch auf der Schotterpiste der Medienbrüche vermieden werden? Um die Wünsche und Fragen im „O-Ton" aufzunehmen, haben wir einen Intranet-Arbeitskreis mit KollegInnen aus unterschiedlichen DGB-Arbeitsbereichen initiiert. Sie begleiten den Aufbau des Intranets, um höchstmögliche Benutzungsfreundlichkeit zu erreichen: Nutzung der Technik als kleinster gemeinsamer Nenner, einfacher und schlichter Aufbau der Seiten für schnelle Verfügbarkeit, keine Anglizismen und die Einrichtung von Foren für unmittelbare und komfortable Kommunikation.

Derzeit befindet sich das Projekt in einer erweiterten Testphase. Bis zum Jahresende arbeite ich an der Konzeption für das Intranet. Parallel dazu konsolidiere ich zunächst die bestehenden Intranet-Seiten. So ist das Telefonbuch bereits auf den wesentlichen Intranet-Seiten „auf einen Blick" präsent. Nutzerfreundliche Navigationswege und der Aufbau themenorientierter Inhalte sind weitere Arbeitsschritte. Das DGB-Intranet steht allen DGB-Beschäftigten offen. Ideen, Anregungen und kritische Anmerkungen nehme ich gerne entgegen. Das Anmeldeformular zum Intranet ist auf der Startseite zu finden.

Tarifverträge

Verbindlichkeit muss sein

Klaus Brandner, wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion hat die Tarifautonomie als Grundpfeiler der sozialen Marktwirtschaft bezeichnet. Als Reaktion auf den Gesetzentwurf der CDU/CSU zur Modernisierung des Arbeitsrechts erklärte der Sozialdemokrat, dass Verträge nur dann Wirkung hätten, wenn sie für beide Seiten verbindlich seien. Brandner: „Deshalb erteilen wir Forderungen nach gesetzlichen Öffnungsklauseln eine klare Absage." Bessere Instrumente seien Öffnungsklauseln in den Tarifverträgen selbst, Beispiele zeigten, dass „Beschäftigungssicherung und Qualifizierung auch mit Tarifverträgen möglich sind." •

Liberalisierung des Welthandels

Der Countdown läuft

Um die lahmende Weltkonjunktur wieder zu beleben, sollen die Regeln des Welthandels bis Ende 2004 weiter liberalisiert werden. Die 146 Mitgliedsstaaten der Welthandelsorganisation (WTO) sollen ihre Märkte auch für den Import von Dienstleistungen öffnen. Soziale und ökologische Mindeststandards innerhalb des Welthandels spielten jedoch bei der WTO-Ministerkonferenz im mexikanischen Cancún nur eine untergeordnete Rolle.

Dabei drängt die Zeit, denn mit der geplanten Liberalisierung des bestehenden Welthandelsabkommens verpflichten sich die WTO-Staaten, die Öffnung der eigenen Märkte in nationales Recht umzusetzen. Andernfalls drohen Sanktionen. „Die Liberalisierung von Dienstleistungen innerhalb des WTO-Regimes ist ein unwiderrufliches Experiment, das nationale Regelungen außer Kraft setzt“, hatte DGB-Vorstand Heinz Putzhammer bereits im Vorfeld der WTO-Konferenz gewarnt.

Die Gewerkschaften sind nicht grundsätzlich gegen eine weitere Liberalisierung des Welthandels, aber sie fordern faire Regeln. Vor allem drängen sie auf die überfällige Implementierung der Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) in das WTO-Vertragswerk. Dazu gehören das Recht auf gewerkschaftliche Vereinigungsfreiheit und auf Kollektivverhandlungen, das Verbot von Kinder- und Zwangsarbeit sowie das Gebot der Nichtdiskriminierung am Arbeitsplatz. „Die bestehenden Sanktionsmöglichkeiten zur Durchsetzung der Kernarbeitsnormen der ILO reichen nicht aus, um einem ruinösen Wettbewerb um Arbeitsbedingungen entgegenzuwirken“, so Putzhammer.

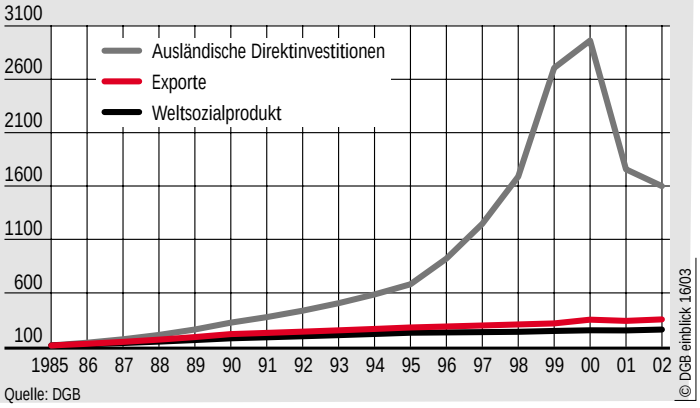
Selbst Verstöße gegen Menschenrechte würden in einzelnen Ländern als Wettbewerbsvorteil geduldet. Putzhammer weist auch das Argument zurück, dass der Ruf nach Kernarbeitsnormen lediglich den protektionistischen Interessen der Industrieländer und ihrer Gewerkschaften geschuldet sei, weil sie den weniger entwickelten Ländern den Vorteil billiger Arbeitskräfte entziehen würden. Der Wettbewerb der Arbeitskräfte vollziehe sich weniger zwischen Nord und Süd, sondern vor allem entlang der Achsen Nord – Nord und Süd – Süd. Während in den Industrieländern weitreichende Instrumente zum Schutz der ArbeitnehmerInnen zur Verfügung stünden, seien in den Entwicklungsländern noch nicht einmal Mindeststandards durchgesetzt.

Zudem fordern die Gewerkschaften, dass öffentliche und soziale Dienstleistungen wie Bildung, Kultur, Gesundheitswesen, Wasserversorgung, Umweltdienstleistungen und Verkehr weiterhin nicht unter das Dienstleistungsabkommens GATS (General Agreement of Trade in Services) fallen, sondern von den Kommunen und Staaten in eigener Verantwortung organisiert werden. Auch die geplante Ausweitung des so genannten grenzüberschreitenden Personenverkehrs im GATS-Abkommen wollen die Gewerkschaften nicht hinnehmen. Danach könnten zum Beispiel Architekten, Ingenieure oder Programmierer zeitlich befristet in anderen WTO-Staaten eingesetzt werden, ohne dass Mindestanforderungen im Arbeits-, Sozial- und Entlohnungsbereich geklärt sind.

Ob sich die Gewerkschaften in Cancún mit ihrer Forderung durchsetzen konnten, dass zumindest eine Arbeitsgruppe zur Implementierung ökologischer und sozialer Standard in das neue Welthandelsregime eingesetzt wird, stand bis Redaktionsschluss nicht fest. Für die meisten WTO-Staaten stand in Cancún ohnehin eine andere Frage im Vordergrund: die stärke Einbeziehung der weniger entwickelten Länder in den Welthandel. 300 Milliarden Euro fließen jedes Jahr in den Industriestaaten als Subventionen in die Landwirtschaft. Die Reform der Agrarhandelspolitik gilt als Schlüssel, um die Entwicklungsmöglichkeiten der Länder des Südens nachhaltig zu verbessern. •

Konjunkturmotor Welthandel

Entwicklung des Weltsozialproduktes, der Exporte und der ausländischen Direktinvestitionen weltweit 1985 – 2002 (1985 = 100 Prozent)



Quelle: DGB

Seit 1985 ist das Weltsozialprodukt um das Zweieinhalbfache gewachsen. Die Summe aller exportierten Güter und Dienstleistungen stieg im gleichen Zeitraum um das Dreieinhalbfache, die Summe aller ausländischen Direktinvestitionen sogar um das Sechzehnfache.

Spiel auf Zeit

Eine weitere Liberalisierung des Welthandels kann es nur geben, wenn sich die WTO-Staaten verbindlich zur Einhaltung sozialer und ökologischer Mindeststandards verpflichten. Diese Forderung haben Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen (NGOs) gemeinsam auf der Welthandelskonferenz in Cancún vertreten.

Auch der Deutsche Bundestag hat sich Anfang Juli in einer Entschließung gegen eine grenzenlose Liberalisierung des Welthandels ausgesprochen. Er hat die Bundesregierung aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, „dass mehr Transparenz, Fairness und Verlässlichkeit in das WTO-Regelwerk eingeführt wird, dass die Liberalisierung des Welthandels eine nachhaltige Entwicklung fördert, die eine ökologische und soziale Gestaltung der Globalisierung ermöglicht“.

In Cancún hat die Bundesregierung andere Schwerpunkte gesetzt. Vor einer Verankerung von Kernarbeitsnormen in das WTO-Vertragswerk will sie erst den neuen ILO-Bericht über die weltweite Verletzung von Arbeitnehmerrechten abwarten. Wer so agiere, akzeptiere nicht nur Kinderarmut, sondern gefährde auch das Leben von ArbeitnehmerInnen, die für ihre Rechte eintreten, so der Vorwurf des DGB.

PROJEKTE UND PARTNER

IG Metall

Studium ohne Stress meistern

Zeitmanagement bringt Studienerfolg ohne Stress. Wie das geht, erfahren angehende IngenieurInnen und InformatikerInnen während des Orientierungsseminars „Work-Life-Balance“ vom 8. bis 10. Oktober in Berlin. Gestandene IngenieurInnen und BetriebsrätInnen geben Tipps rund um Bewerbung und Gehälter. Das Seminar wird organisiert vom Hochschulinformationsbüro der IG Metall in Braunschweig und der Hans-Böckler-Stiftung. Die Teilnahme ist kostenlos. •

Tel. 0531 / 380 80 188
kontakt@hib-braunschweig.de

DGB-Bundesvorstand

Mitbestimmung auf Europaebene

Bis zum Herbst 2004 muss die Richtlinie der Europäischen Union zur so genannten Europäischen Aktiengesellschaft in nationales Recht umgesetzt sein. Was dies für die Mitbestimmung bedeutet, ist Thema der Fachkonferenz „Zukunft des sozialen Europas – durch Teilhabe und Demokratie in Betrieben und Unternehmen“ am 24. September in Berlin. Neben geplanten Rechtsvorschriften informiert die Veranstaltung der Abteilung Mitbestimmung und Rechtspolitik des DGB-Bundesvorstands auch über bestehende Gewerkschaftsarbeit in grenzüberschreitenden Unternehmen. •

sabine.bobzin@bvv.dgb.de

Hans-Böckler-Stiftung

Software für Betriebsräte

Wer den Computer bei der Betriebsratsarbeit richtig einsetzt, erspart sich eine Menge Mühe. Spezielle Programme hat die Hans-Böckler-Stiftung entwickelt. Die CD-Rom „Software für Betriebs- und Personalräte“ bündelt rund 40 Musterbriefe. Dazu gibt's 16 PC-Anwendungen, etwa zu Ablage-Organisation, Weiterbildung, Bilanzanalyse oder Mehrarbeit. Die Software basiert auf den Programmen Word, Excel und Access von Microsoft. Die Daten-CD kostet acht Euro. •

Der Setzkasten GmbH
Fax 0211 / 40 800 90 40
mail@setzkasten.de

DGB-Bundesvorstand

Einfluss der Rundfunkräte

Rundfunkräte sollen Niveau und Ausgewogenheit im Radio- und Fernsehprogramm sichern. Welchen Einfluss die Gremien wirklich haben, steht im Mittelpunkt der medienpolitischen Tagung „Wie viel Macht den Räten?“ am 30. September in Berlin. Es diskutieren unter anderem Tatort-Autor Fred Breinersdorfer und ARD-Programmdirektor Günter Struve. Über Medienpolitik der Gewerkschaften spricht der DGB-Vorsitzende Michael Sommer. Die Tagung richtet sich an RundfunkrätInnen und wird organisiert vom DGB-Bundesvorstand. •

DGB-Bundesvorstand
Tel. 030 / 240 60 602
susann.loessin@bvv.dgb.de

Observatório Social

Unternehmen auf dem Prüfstand

„Wie verhalten sich deutsche Unternehmen in Brasilien?“ Diese Frage steht im Mittelpunkt einer Veranstaltung am 29. September im Hans-Böckler-Haus in Düsseldorf, zu der Observatório Social Europa einlädt. Das Observatório Social ist ein gewerkschaftliches Forschungsinstitut in Brasilien, das die Einhaltung von Arbeits- und Sozialstandards in multinationalen Konzernen überwacht. Unterstützt von Gewerkschaften, Betriebsräten und Management in Brasilien und Deutschland hat das Institut die Niederlassungen von ThyssenKrupp, Bayer und Bosch untersucht. Auf der Tagung werden die Ergebnisse präsentiert. Außerdem sollen der Austausch von brasilianischen und deutschen KollegInnen und der Aufbau von internationalen Netzwerken gefördert werden. Die Veranstaltung wird unterstützt von DGB-Bildungswerk, Hans-Böcker-Stiftung, IG Metall sowie IG BCE. Die Teilnahme ist kostenlos. •

Info und Anmeldungen:
femke.weiss@fc.fnv.nl
Tel. 0031 / 20 5816 651

Arbeitsschutz-Netz

Seminarinfos gebündelt

Infos zu Kongressen und Seminaren rund um Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin stehen jetzt in einer Datenbank im Internet bereit. Die Daten werden von den Anbietern direkt in die Datenbank eingegeben. Internetnutzer können das Angebot nach Themen, Zeiträumen oder Regionen durchsuchen. Träger des Internetangebots ist das deutsche Netzwerk für Arbeitsschutz. •

http://de.osha.eu.int/veranstaltungen

interregio

••• Mit der ***Zeitung „Wahlzeit“*** mischt sich der ***DGB Bayern*** in den Landtagswahlkampf ein. Bis zur Wahl am 21. September soll die Zeitung bayernweit in den Betrieben verteilt werden. „Wahlzeit“ gibt's auch als Download im Internet: *www.dgb-bayern.de*

••• Der ***DGB Thüringen*** lädt für den 20. September zu einer ***Gesundheitspolitischen Tagung*** ein. Anlässlich der aktuellen Reformdebatte diskutieren ab 10 Uhr Karl Lauterbach, Mitglied der Rürup-Kommission, und DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer im Atrium der Stadtwerke Erfurt mit VertreterInnen gesundheitspolitischer Verbände. Infos und Anmeldung: Sandra Littmann, Tel.: 0361 / 59 61 431.

••• Der ***DGB Nord*** und die ***DGB-Region Schleswig-Holstein Ost*** sind für die nächsten zwei Jahre ***Trikotsponsor*** der Fußball-E-Jugend des Lübecker SC von 1999. Die kleinen Kicker laufen mit dem roten Post-It Motiv der DGB-Kommunikationskampagne auf. Motto: „Immer auf gleicher Augenhöhe mit dem Chef“. Infos: Alfons Grundheber-Pilgram, Tel.: 040 / 28 58 206

••• Die ***DGB-Region Schwarzwald-Baar-Heuberg*** eröffnet am 16. September in Tuttlingen gemeinsam mit den beiden Kirchen die ***Ausstellung*** „weggekommen... Abschied ohne Wiederkehr“ über die NS-Verbrechen an Sinti und Roma. Auf der Eröffnungsveranstaltung gibt es ab 19.00 Uhr neben Musik des Duos „ethnic classic“ eine Führung durch die vom Verband Deutscher Sinti und Roma konzipierte und vom Land Baden-Württemberg geförderte Ausstellung. Vom 17. bis 26. September wird die Ausstellung dann montags bis freitags (8 bis 18 Uhr) und samstags (9 bis 12 Uhr) im Tuttlinger Rathaus zu sehen sein. Ab dem 29. September gastiert sie für zwei Wochen im Landratsamt Villingen. Mehr Infos: Heinz Geyer, Tel.: 0 74 61 / 135 13.

Zukunft der IG Metall

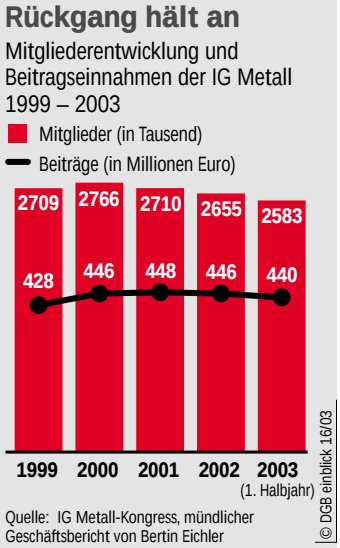
Zum Erfolg verdammt

Drei Tage hat die IG Metall Ende August auf dem vorgezogenen Teil ihres Gewerkschaftstages in Frankfurt/M. eine Bilanz des gescheiterten Streiks in Ostdeutschland gezogen. Am Ende hatten die Delegierten nicht nur einen neuen Vorstand gewählt, sondern in etlichen Debattenbeiträgen auch die eigenen Funktionsträger zu mehr Geschlossenheit aufgefordert.

„Wenn wir aus jeder Diskussion einen Streit machen und in die Medien tragen, werden wir bald keine kritischen Diskussionen mehr führen können", hatte nicht nur der neue IG Metall-Vorsitzende Jürgen Peters erklärt. Auch viele Delegierte hatten sich kritisch über die zahlreichen öffentlichen Äußerungen von einzelnen Funktionsträgern, Bezirksleitern und Betriebsratsvorsitzenden der großen Automobilwerke geäußert. Das Signal, das von Frankfurt ausgeht, sollte vor allem ein Signal der wiedergewonnen Geschlossenheit der IG Metall sein. „Wir sind – wenn ihr mich wählt – zu einer kollegialen Zusammenarbeit geradezu verdammt", hatte der neue IG Metall-Vize Berthold Huber in seiner Kandidatenrede betont.

Welche Schlussfolgerungen die IG Metall aus dem verlorenen Streik in Ostdeutschland zieht, wurde in Frankfurt allerdings nur in Umrissen deutlich. Zwar hatte den Delegierten als Grundlage für die fast elfstündige Debatte ein 60 Seiten starker Bericht des Fachbereichs Tarifpolitik vorgelegen. Ein gemeinsamer Bericht des Vorstands liegt hingegen bislang nicht vor. Zudem hatte die Kongressleitung die Diskussion unter dem Tagesordnungspunkt „Aussprache zu den Geschäftsberichten der Vorstandsmitglieder" angesetzt. Sie wurde deshalb immer wieder durch Beiträge zu anderen Aspekten unterbrochen – von der Betriebs- bis zur Bildungspolitik. Am Ende der Debatte entschied sich eine überwältigende Mehrheit der Delegierten gegen einen Satzungsantrag der Verwaltungsstelle Berlin, in dem als Konsequenz aus dem Streik gefordert worden war, dass kein hauptamtlich Beschäftigter der IG Metall „ehrenamtliches Vorstandsmitglied" sein dürfe. Ein Initiativantrag, der vorsieht, dass der Wahlvorschlag der Bezirke für die ehrenamtlichen Vorstandsmitglieder ab der kommenden Wahlperiode „überwiegend aus nicht bei der IG Metall Beschäftigten besteht", wurde hingegen als Material an den Vorstand angenommen.

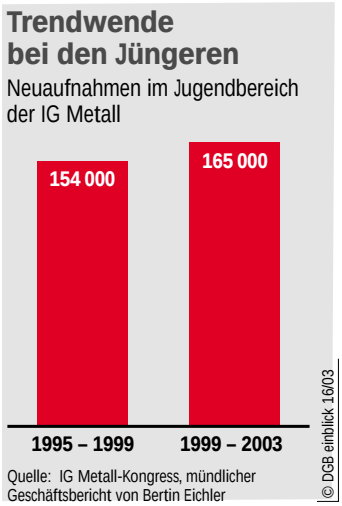
Auch die Frage, wie die IG Metall-Politik modernisiert werden soll,



Seit 2001 ist die Zahl der IG Metall-Mitglieder von 2,71 Millionen auf 2,58 Millionen gesunken. Die Beitragseinnahmen gingen von 448 auf 440 Millionen zurück. Welchen Anteil an der Mitgliederentwicklung die Auseinandersetzung um den Streik in Ostdeutschland hat, lässt sich erst am Jahresende zuverlässig sagen.

haben die Delegierten auf die Fortsetzung des Gewerkschaftstages Mitte Oktober in Hannover verschoben. „Viele haben gefordert, die IG Metall müsse den Wandel in den Betrieben stärker zur Kenntnis nehmen. Sie müsse sich wandeln, weil sich die Welt um uns herum ändert", so Jürgen Peters in seiner Erwiderung auf die Delegierten. Das sei richtig. „Aber ich will auch anmerken: Wir sind nicht nur dazu da, den Wandel zur Kenntnis zu nehmen", sondern es gebe auch die Frage, „was verändert werden soll und in welchem Interesse".

Wie die neue Machtbalance in der IG Metall funktioniert, könnte sich erstmals am 15./16. September zeigen. Dann entscheidet der neue Vorstand über die Geschäftsverteilung. Auf die Frage, welchen



Es gibt keinen zwangsläufigen Trend zu einem weiteren Mitgliederrückgang in den Gewerkschaften. Im Jugendbereich konnte die IG Metall die Zahl der Neuaufnahmen in den vergangenen Jahren sogar steigern: von 154 000 in den Jahren 1995 bis 1999 auf 165 000 in der Zeit von 1999 bis 2003.

Einfluss der Vize im neuen Führungsduo hat, reagieren beide bislang gelassen. „In wichtigen Fragen werden wir uns vorher abstimmen", so Jürgen Peters. Und Berthold Huber erinnert an ein historisches Vorbild: Das Verhältnis von Eugen Loderer und Hans Mayr sei „sehr gleichgewichtig" gewesen. Auch auf das Verhältnis Mayr und Steinkühler träfe das zu. •

Reformbekenntnisse

„Der kollegiale Stil des Umgangs untereinander, die Offenheit der Debatte und die Kultur der Kontroverse – nicht zuletzt der Mut zur Selbstkritik anstelle von Selbstgerechtigkeit und Selbstgefälligkeit – das kann das Fenster öffnen. Das kann deutlich machen: Wir in der IG Metall sind eben nicht die Traditionskolonne der Zukunftsverlierer."

Manfred Schallmeyer, ausgeschiedenes Vorstandsmitglied

„Wir haben heute viel gehört über die neuen Herausforderungen. Globalisierung, EU-Erweiterung, Arbeitslosigkeit, Regierungspolitik. Wir erleben Frust, Machtlosigkeit und einen dramatischen Einbruch in der Zustimmung zur Politik der Gewerkschaften. Ich meine, die Ursache liegt nicht nur bei frühkapitalistisch agierenden Arbeitgebern oder antigewerkschaftlichen Medien oder einer arbeitgeberorientierten Politik. Die Ursachen müssen wir auch bei uns selbst suchen."

Birgit Steinborn, Hamburg

„Ich sehe nicht, das wir in einem Arbeitgeberstaat leben und die Arbeitgeberverbände uns diktieren, wie wir unsere Arbeit zu machen haben, und im Betrieb Arbeitgeberwillkür herrscht. Ich sehe aber, dass wir in der Vergangenheit eine gute Arbeit durch die IG Metall und die Macht der IG Metall in den Betrieben und außerhalb der Betriebe gemacht haben.

Paul Rodenfels, Gaggenau

kurz&bündig

Die IG Metall bleibt gemeinsam mit ver.di Tarifpartner von IBM. Eine Klage, mit der IBM der IG Metall den Tarifpartner-Status für ihr Unternehmen aberkennen lassen wollte, ist gescheitert. ver.di und IG Metall hatten sich bereits 2001 vor dem DGB-Schiedsgericht auf eine gemeinsame Zuständigkeit verständigt, der Computerhersteller wollte jedoch nur ver.di als Tarifpartner akzeptieren.

Die Unterstützungskasse des DGB hat ihren Standort Anfang September von Düsseldorf nach Berlin verlegt und neue Räume am Sitz des DGB-Bezirks Berlin-Brandenburg bezogen:

Unterstützungskasse des DGB, Keithstr. 1-3, 10787 Berlin
Tel.: 030 / 23 60 92 - 0, Fax: - 19
E-Mail: info@ukdgb.de

Die GdP will nach dem Gründungskongress der Europäischen Polizeigewerkschaft Eurocop im September mit einer Klage vor dem Europäischen Gerichtshof das Streikrecht für Beamte erkämpfen. Der GdP-Bundeskongress hatte bereits im Oktober 2002 den Vorstand beauftragt, entsprechende Forderungen durchzusetzen.

Der DGB unterstützt Musterklagen von PensionärInnen gegen die jetzt wirksam gewordene Kürzung ihrer Pensionen im Zuge des Versorgungsänderungsgesetzes. Auf Basis von Musterklagen sollen alle BeamtInnen im Ruhestand gegen die Einschnitte vorgehen können.

ver.di-Medien

Mehr Seiten statt Fachbereichsmagazine

Die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di plant eine Straffung ihrer Medien. Statt der bislang mehr als ein Dutzend Fachbereichsinformationen, die separat an die Mitglieder der dreizehn Fachbereiche verschickt oder der Mitgliederzeitung *ver.di-Publik* beigelegt werden, sollen die Fachbereichsinformationen in Zukunft in Form von Wechselseiten als viertes Buch in *Publik* integriert werden. Das sieht ein Vorschlag zur Neukonzeption der ver.di-Medien vor, über die der Vorstand am 23. September und der Beirat am 24./25. September entscheiden sollen.

„Das neue Konzept ermöglicht es allen Fachbereichen, auch denen, die bislang kein eigenes Medium haben, in jeder Ausgabe der Mitgliederzeitschrift präsent zu sein", so ver.di-Kommunikationsexperte Martin Kempe. Der Umfang der Fachbereichsseiten soll – je nach Finanzkraft der Bereiche – zwischen zwei und sechs Seiten schwanken. Kleinere Fachbereiche können ihre Arbeit auch unter der Rubrik „Aus den Fachbereichen" gemeinsam vorstellen. Auf zwei Service-Seiten sollen zudem Dienstleistungsangebote für Mitglieder und Werbeaktionen vorgestellt werden.

Hintergrund des neuen Medienkonzepts ist neben publizistischen Überlegungen auch die aktuelle Finanzsituation bei ver.di. Durch die Bündelung der eigenen Medien ließen sich nach internen Kalkulationen zwischen 200 000 und 300 000 Euro einsparen. Eine alternativ diskutierte Ausdünnung des Erscheinungsrhythmus von

Publik auf nur noch acht Ausgaben pro Jahr könnte dadurch verhindert werden.

Ob das neue Medienkonzept umgesetzt wird, entscheiden auch die Fachbereiche. Sie müssten einer Einstellung ihrer bislang eigenständigen Medien zustimmen. Zumindest im Fachbereich acht, der ehemaligen IG Medien, soll darüber erst später entschieden werden. •

IG BCE-Zukunftsforum

Live im Internet

Rund 250 GewerkschafterInnen sowie ExpertInnen aus Wissenschaft und Medien werden beim IG BCE-Zukunftsforum erwartet, das am 26./27. September in Hannover stattfindet *(einblick* 15/03). Zum Abschluss wird Bundeskanzler Gerhard Schröder zum Thema „Gewerkschaften und neue Politik – gemeinsam STARK für die Zukunft" sprechen.

Auch IG BCE-Mitglieder, die nicht vor Ort sind, können sich an den Diskussionen beteiligen. Bereits eine Woche vor Beginn der Tagung richtet die IG BCE dazu ein eigenes Internetangebot ein. Unter *www.zukunftsforum.igbce.de* können IG BCE-Mitglieder vor und während der Veranstaltung per Internet Diskussionsbeiträge einbringen. Am 26. 9. steht Vorstandssekretär Michael Vassiliadis von 14 bis 15 Uhr zum Internet-Chat bereit. IG BCE-Mitglieder können außerdem die Reden des IG BCE-Vorsitzenden Hubertus Schmoldt (26.9., 8.30 Uhr) und von Gerhard Schröder (27.9., 12 Uhr) per Video-Stream live im Internet verfolgen. •

DGB-Projekt zur EU-Erweiterung

GRIPS überschreitet Grenzen

Was vereint den polnischen Schlosser in Poznan mit dem Bauarbeiter in Frankfurt/Oder? Die Sorge um den Arbeitsplatz, wenn die EU-Erweiterung weiter voranschreitet. Solche Ängste abzubauen, ist ein Ziel des Projektes „GRIPS", das die DGB-Bezirke der Grenzregionen gestartet haben. Die „Grenzlandinitiative für ArbeitnehmerInnen" wird von der EU-Kommission gefördert, ist auf zwei Jahre angelegt und umfasst 18 Einzelprojekte. In allen beteiligten Regionen sind grenzüberschreitende Aktivitäten nichts Neues.

Die Erkenntnisse aus den bisherigen Projekten sollen in GRIPS gebündelt werden. Auch auf die Erfahrungen der DGB-Bezirke und -Regionen in den Interregionalen Gewerkschaftsräten greift GRIPS zurück. Das Zusammenwachsen der Grenzregionen soll nicht als Bedrohung, sondern als Chance begriffen werden. Gemeinsam mit Entscheidern aus Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften sollen Strategien für „transnationale Entwicklungsachsen" entwickelt werden. Regionale Kompetenzcenter sind geplant, in denen sich UnternehmerInnen über die Möglichkeiten des Wissenstransfers informieren können. Der Strukturwandel der Regionen soll sozial verträglich gestaltet werden.

GRIPS will erreichen, dass die ArbeitnehmerInnen in einer Grenzregion die Entwickungspotenziale des gemeinsamen Lebensraums erkennen. Dazu gehören auch Qualifizierungsangebote für ArbeitnehmerInnen. Zur Auftaktkonferenz treffen sich am 18. September in Berlin deutsche, tschechische und polnische PolitikerInnen und GewerkschafterInnen. •

Chancengleichheit

Für eine neue Balance der Geschlechter

Sich für gleiche Chancen für beide Geschlechter und eine gleichstellungsorientierte Familienpolitik einzusetzen, sollte ins Zentrum des politischen Handelns rücken. Auch der Gewerkschaften. Ein Plädoyer des DGB-Vorsitzenden Michael Sommer.

Massenarbeitslosigkeit, anhaltende Konjunkturflaute und die Krise der sozialen Sicherungssysteme – die Herausforderungen an Politik und Gewerkschaften sind immens. Ich behaupte: Wer die Probleme in den Griff bekommen und den Standort Deutschland nach vorn bringen will, muss gerade jetzt auch **Chancengleichheitspolitik ins Zentrum des politischen Handelns setzen.**

Gleiche Chancen für beide Geschlechter sind nicht nur eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, sondern auch der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und Organisationen. Volkswirtschaften, die die Frauenerwerbstätigkeit fördern, funktionieren besser. Skandinavische Länder haben nicht nur in Sachen Chancengleichheit die Nase vorn. Dort gibt es auch weniger Arbeitslose und insgesamt eine höhere Beschäftigungsquote als hierzulande.

Wer erfolgreich Arbeitslosigkeit abbauen und Beschäftigung aufbauen will, der muss die Chancen von Frauen in der Arbeitswelt verbessern. Investitionen in Betreuungsinfrastruktur wie Krippen, Kindertagesstätten und Ganztagsschulen sind ein aktiver Beitrag zur Struktur- und Arbeitsmarktpolitik des Standorts Deutschland. **Sie rechnen sich auch für die Betriebe.** Das hat gerade wieder eine Prognos-Studie im Auftrag der Bundesregierung belegt. Eine Kosten-Nutzen-Analyse familienfreundlicher Maßnahmen im Betrieb hat ergeben: Der betriebswirtschaftliche Nutzen übersteigt die erforderlichen Investitionen erheblich.

Maßnahmen, die einer besseren Vereinbarkeit von Familienaufgaben und Beruf dienen, wirken dem viel beschworenen Fachkräftemangel entgegen und **tragen dazu bei, die Krise der sozialen Sicherungssysteme zu bewältigen.** Angesichts dessen können es sich weder Politik noch Gewerkschaften leisten, Entscheidungen zu treffen, die von überholten Rollen ausgehen – dem männlichen Facharbeiter als Ernährer der Familie und der Frau als Zuverdienerin. Die Realität ist längst eine andere: Wir haben die am besten ausgebildeten Frauen, die es je gab. Gleichzeitig gibt es auch immer mehr Männer, die eine neue Balance zwischen Beruf und Familie suchen. Deshalb brauchen wir Rahmenbedingungen, die eine Balance beider Welten ermöglichen.

Das hat auch der Kanzler erkannt: Er fordert einen Paradigmenwechsel in der Familienpolitik. Ein richtiges Zeichen setzt die Bundesregierung damit, dass sie Kommunen und Ländern vier Milliarden Euro für den Ausbau von Ganztagsschulen zur Verfügung stellt und den Kommunen einen jährlichen Zuschuss von 1,5 Milliarden Euro für den Ausbau und die Verbesserung von Tageseinrichtungen für Kinder versprochen hat. Zudem hat sich die Bundesregierung dem Gender Mainstreaming-Konzept verschrieben. Das heißt, sie will alle Entscheidungen und Maßnahmen auf die unterschiedlichen Auswirkungen auf beide Geschlechter überprüfen.

Doch Anspruch und Wirklichkeit klaffen noch weit auseinander. Wer die aktuellen Reformvorhaben unter der Gender-Perspektive betrachtet, stellt fest: In Sachen Chancengerechtigkeit werfen sie uns zurück. Wenn etwa Frauen wieder in Mini-Jobs ohne Chance auf eigenständige soziale Sicherung abgedrängt werden, ist das eine Verschleuderung volkswirtschaftlicher Ressourcen, dass es nur so knallt. Und eine Zementierung tradierter Rollen, dass einem die Augen tränen. Ganz abgesehen davon, dass den Sicherungssystemen dadurch geschätzte 330 Millionen Euro pro Jahr entgehen.

Zugegeben – auch unter gewerkschaftlichen und betrieblichen Funktionsträgern ist das Gender-Wissen, das Abklopfen aller Entscheidungen auf die unterschiedlichen Auswirkungen auf beide Geschlechter, noch nicht sehr ausgeprägt. Aber wir arbeiten daran. Wenn wir in Sachen Chancengleichheit vorankommen wollen, **müssen wir die Politik, aber auch uns selbst in die Pflicht nehmen.** Das ist eine Frage der Zukunftsfähigkeit der Gewerkschaften.

Dabei können wir nur gewinnen. Wenn wir uns an die Spitze einer Bewegung stellen, die wirklich für die Gleichstellung der Geschlechter in allen Politikbereichen eintritt, hätte dies ohne Zweifel gesellschaftsverändernde Folgen. Die Gewerkschaften würden attraktiver, glaubwürdiger. **Wir müssen konsequent unsere klassischen Felder mit der Gender-Perspektive verbinden.**

Gerade in letzter Zeit haben wir dazu eine Menge auf den Weg gebracht – wie das **Aktionsprogramm Chancen!Gleich.** Es stellt Chancengleichheitspolitik in den Mittelpunkt des gewerkschaftlichen Handelns – nicht nur des DGB, sondern auch der Mitgliedsgewerkschaften. Wir alle sind gefordert, aktiv zu werden. •

Aktiv für Chancengleichheit

Mit dem Aktionsprogramm „Chancen!Gleich" wollen DGB und Gewerkschaften ihre Aktivitäten zur Chancengleichheit von Frauen und Männern in der Arbeitswelt verstärken und Impulse setzen – nach innen wie nach außen. Sie wollen vor allem Betriebsräte anregen, Initiativen für Chancengleichheit im Betrieb zu ergreifen.

Beim DGB ist Gender Mainstreaming Chefsache: Die Durchsetzung dieses Prinzips in der eigenen Organisation gehört zum Verantwortungsbereich des DGB-Vorsitzenden Michael Sommer.

Auf einer Fachkonferenz am 30. September in Berlin sollen Strategien für eine gute betriebliche Praxis entwickelt werden. Dazu lädt der DGB Betriebsräte und GewerkschafterInnen ein.

Mehr Infos und Anmeldungen

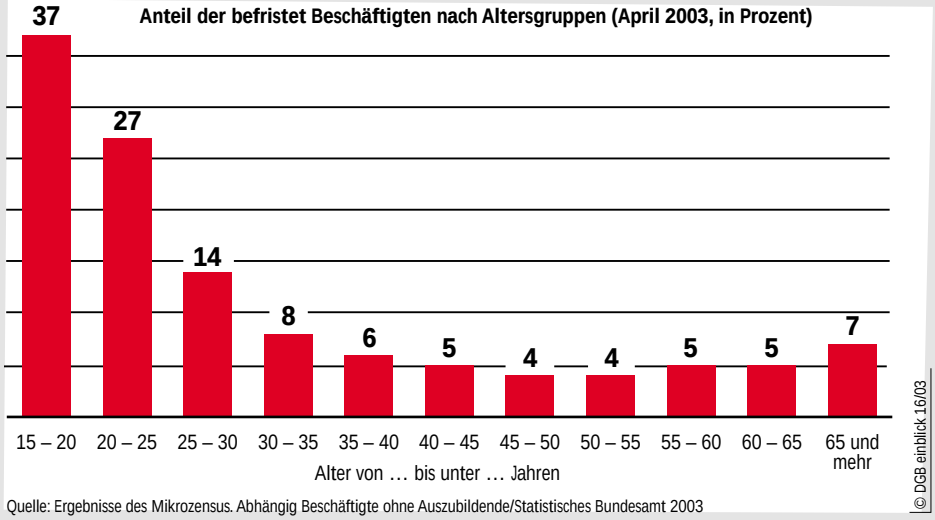
DGB-Bundesvorstand
Abteilung Gleichstellungs- und Frauenpolitik
Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin
Fax: 030/240 60 761
gfr@bvv.dgb.de
www.chancengleich.de

Postvertriebsstück A 45918 Vertrieb durch Toennes Druck + Medien Gmbh, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath

die DGB grafik

UNTER 20-JÄHRIGE: Mehr als jeder Dritte befristet beschäftigt

Immer häufiger gehen BerufsanfängerInnen zeitlich begrenzte Arbeitsverträge ein. Das ist ein Ergebnis des Mikrozensus 2002 des Statistischen Bundesamtes. Danach war mehr als ein Drittel aller unter 20-Jährigen (37 Prozent) im Frühjahr 2002 nur befristet eingestellt (ohne Auszubildende). Mit vier Prozent weisen die 45- bis 54-Jährigen die niedrigste Quote auf. Insgesamt waren im April 2002 acht Prozent aller Beschäftigten (ohne Azubis) in Deutschland befristet eingestellt (West: 7 %, Ost: 12 %).



Quelle: Ergebnisse des Mikrozensus. Abhängig Beschäftigte ohne Auszubildende/Statistisches Bundesamt 2003

personalien

••• Der Geschäftsführende Hauptvorstand der NGG soll von vier auf drei Mitglieder verkleinert werden. Das hat der Hauptvorstand am 4. September dem im Oktober tagenden Gewerkschaftstag vorgeschlagen. Als Mitglied für den 3er-GHV wurde der bisherige Vorsitzende ***Franz-Josef Möllenberg,*** 50, nominiert. Stellvertretende Vorsitzende sollen NGG-Vorstand ***Werner Weck,*** 56, und ***Michaela Rosenberger,*** 43, werden, die bislang im Bezirk Nord für Bildung und Frauen zuständig ist. Der bisherige 2. Vorsitzende ***Reiner Wittorf,*** 45, kandidiert auf Grund der Verkleinerung des Vorstands nicht erneut. Vorstandsmitglied ***Frauke Dittmann,*** 61, scheidet aus Altersgründen aus.

••• Der Gewerkschaftstag der IG Metall hat am 31. August ***Jürgen Peters,*** 59, zum Vorsitzenden und den baden-württembergischen Bezirksleiter ***Berthold Huber,*** 53, zum 2. Vorsitzenden gewählt. ***Bertin Eichler,*** 51, wurde als Hauptkassierer bestätigt. Für den von zehn auf sieben Mitglieder verkleinerten Geschäftsführenden Vorstand haben die Delegierten zudem ***Erwin Vitt,*** 61, ***Wolfgang Rhode,*** 52, ***Kirsten Rölke,*** 54, und ***Wolf Jürgen Röder,*** 55, wiedergewählt. Sie konnten sich gegen den Schweinfurter IG Metall-Bevollmächtigten ***Klaus Ernst,*** 49, durchsetzen.

••• ***Klaus West,*** 47, seit Januar 2001 Leiter eines Forschungsprojekts über Bündnisse für Arbeit in Europa und zuvor Referatsleiter in der Grundsatzabteilung des DGB, ist seit dem 1. August Referent im Büro des Vorsitzenden der IG BCE.

Impressum *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** *einblick* Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Udo Perina, Christian Paulsen **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef (verantwortlich für diese Ausgabe), Stephan Hegger, Norbert Hüsson, Sybille Pape (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/30 88 24-0, Fax 030/30 88 24-20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: red.einblick@t-online.de **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/85 99 46-240, Fax 030/85 99 46-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design, Sprockhövel **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** Toennes Druck + Medien GmbH, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel. 0211/9 20 08-26, Fax 9 20 08-38
Alle aktuellen *einblick*-Hintergrundtexte im Überblick: Fax-Abruf 0211/43 01 689
Nachdruck frei bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren.

14 TAGE

17.9. DGB Bayern, ver.di Bayern, „Frauen- und Gleichstellungspolitik in Bayern“, München

20.9. DGB Thüringen, Tagung „Gesundheitsreform Ja – aber solidarisch und sozial – für eine Erwerbstätigenversicherung“, Erfurt

24.9. DGB-Bundesvorstand, Fachkonferenz „Zukunft des sozialen Europa“, Berlin

24.9. DGB und Deutscher Beamtenbund NRW, Demonstration „Einkommen runter – Arbeitszeit rauf – mit uns nicht“, Düsseldorf

24.9.-5.10. Dritte Aktionswoche der DGB-Kommunikationskampagne mit dem Themenschwerpunkt Tarifautonomie, Veranstaltungen u.a. in Kiel, Erfurt, Stuttgart, Potsdam

25.9. Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben, Fachtagung „Politische Bildung: Die Zukunft einer Profession“, Erfurt

27.9. IG BAU, 2. bundesweiter „Tag des Malers“

29.9. ver.di, Fachtagung „Selbstständig – sozial – sicher?“, Berlin

30.9. DGB-Bundesvorstand, Tagung „Aktiv für Chancengleichheit“, Berlin

30.9. DGB-Bundesvorstand, Medienpolitische Tagung des DGB, Berlin

Schlusspunkt

„Unsere Mitglieder zahlen ihren Mitgliedsbeitrag nicht als Treuebeitrag für die Unterstützung sozialdemokratischer Abbaupolitik.“

IG Metall-Vorsitzender Jürgen Peters am 31. August auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall in Frankfurt/M.

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 29.09.2003 17/03

DGB

Ausbildungsabgabe

Regierung strebt Branchenfonds an

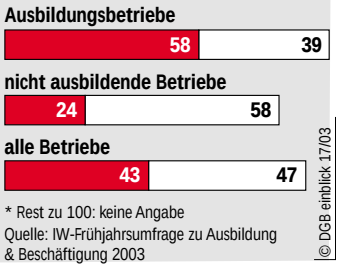
Die Spannung steigt: Ende September, Anfang Oktober steht fest, wie viele Jugendliche noch immer keinen Ausbildungsplatz gefunden haben. Und: Ist der politische Druck hoch genug, so dass die Bundesregierung – jetzt oder nie – zu „gesetzlichen Maßnahmen“ greift?

Angekündigt hat Bundeskanzler Gerhard Schröder sie seit Vorstellung seiner Agenda 2010 Mitte März mehrfach. Und diese Kanzler-Drohung sei „ernst zu nehmen“, versichert der bildungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Jörg Tauss, auf *einblick*-Anfrage. Gäbe es Ende des Monats ein Defizit an Ausbildungsplätzen, kämen „selbstverständlich gesetzliche Regelungen“.

Auf eine bestimmte Defizit-Höhe möchte Tauss sich nicht festlegen lassen. Entscheidend sei das Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Nach dieser – fast in Vergessenheit geratenen – Entscheidung der Karlsruher Verfassungshüter von 1980 müssen „grundsätzlich alle ausbildungswilligen Jugendlichen die Chance erhalten, einen Ausbildungsplatz zu bekommen“.

Erstaunlich hohe Zustimmung

Ist die Ausbildungsabgabe eine geeignete Maßnahme zur Steigerung des Ausbildungsplatzangebots (in Prozent*)?



* Rest zu 100: keine Angabe
Quelle: IW-Frühjahrsumfrage zu Ausbildung & Beschäftigung 2003

Obwohl die Spitzenverbände der Wirtschaft eine Ausbildungsabgabe unisono ablehnen, halten die Ausbildungsbetriebe sie für eine „geeignete Maßnahme“.

Um das zu bewerkstelligen, sei eine Ausbildungsabgabe eine „zulässige Sonderabgabe“.

Gleichwohl wird es sie flächendeckend nicht geben. Da ist nicht nur Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) vor, sondern vor allem die CDU/CSU-dominierte Länderkammer. „Eine Ausbildungsabgabe, die durch den Bundesrat muss, ist zum Scheitern verurteilt“, so SPD-Abgeordneter Willi Brase, Mitglied im Bundestagsausschuss für Bildung und Forschung. Der Berufsbildungsexperte favorisiert „intelligente Finanzierungsregelungen“. In der Fraktion und im Bildungsministerium werde „unter Hochdruck“ daran gearbeitet. Herauskommen müsse „nicht zwangsläufig“ eine rein staatliche Finanzierungsregelung.

Somit blieben nur Branchen- oder Tariffonds als Finanzierungsinstrument. Über einen Tariffonds wird beispielsweise in der Bauwirtschaft schon seit Jahrzehnten erfolgreich eine Ausbildungsabgabe erhoben. Der Nachteil dieser Fonds: Sie erfassen nur tarifgebundene Arbeitgeber. Zwar könnte hier eine Allgemeinverbindlichkeitserklärung weiterhelfen, aber dieses Instrument sei „stumpf“, so Klaus Heimann, Bereichsleiter Bildung beim IG Metall-Vorstand. Der Weg, Tarifregelungen für allgemeingültig zu erklären, werde vom Arbeitgeberverband „systematisch blockiert“.

Und der Kanzler denkt sowieso nicht an Tariffonds, sondern über gesetzliche Regelungen nach, die „möglichst branchenspezifisch“ sein sollen, wie er beim Gespräch mit DGB und Gewerkschaften am 8. September verlauten ließ. Die IG Metall würde von solchen Branchenfonds „sehr viel halten“, so Klaus Heimann, falls der Staat sicherstelle, dass auch nicht tarifgebundene Firmen von diesen Fonds erfasst werden. Heimann: „Die Rahmenbedingungen eines Branchenfonds schafft der Staat per Gesetz – und gibt sie den Tarifparteien zur Gestaltung frei.“ •

plusminusBERLIN

+ ***Die Grünen wollen bei der Gesundheitsreform nachbessern. Fraktionschefin Katrin Göring-Eckardt fordert die Abschaffung der Kassenärztlichen Vereinigung. Es könne nicht sein, am Monopol der Kassenärztlichen Vereinigungen „nur ein kleines bisschen zu kratzen. Das muss ganz abgeschafft werden.“***

– ***Die Abgeordneten des Bundestages sollen künftig unmittelbar für ein ausreichendes Angebot an Lehrstellen sorgen. Das schlug der Präsident der Industrie- und Handelskammern Ludwig Georg Braun vor. Braun zufolge soll jeder Abgeordenete in seinem Wahlkreis „eine zusätzliche Lehrstelle“ anwerben.***

inhalt

Seite 2
Herbe Verluste
Bei den Landtagswahlen musste die SPD bei gewerkschaftlich Organisierten Verluste im zweistelligen Bereich hinnehmen.

Seite 3
Demo mit Beamtenbund
Die Streichungen im öffentlichen Dienst summieren sich. DGB und Beamtenbund rücken zusammen.

Seite 5
Rot-Grün braucht Schwarz
Gemeinsam gegen die Tarifautonomie – im Vermittlungsausschuss droht das Ende für ein Stück Demokratie.

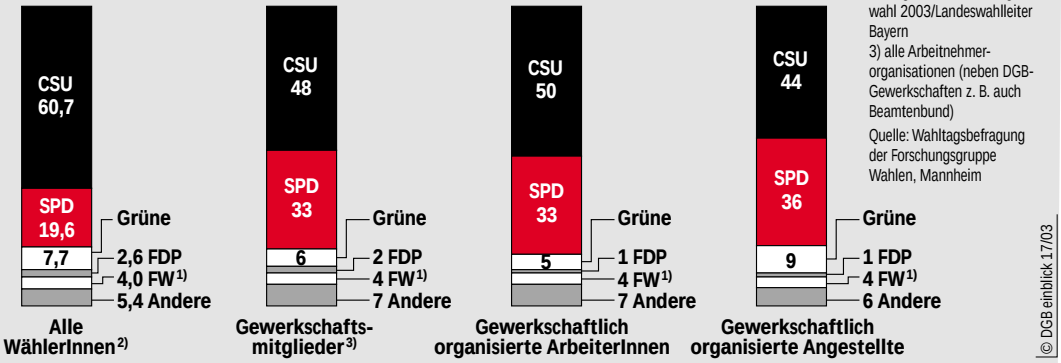
CHANCEN!GLEICH
Der zweite Infoservice zum Aktionsprogramm von DGB und Gewerkschaften

Der Surf-Tipp fürs Internet
www.e-gesetze.de
Die aktuellen deutschen Gesetze zum kostenlosen Download

Im Faxabruf
0211 / 43 01 658
Stellungnahme des DGB zum SGB XII (Sozialhilfe)

Gewerkschafter: Herbe Verluste für die SPD

Stimmen bei der Landtagswahl in Bayern vom 21. September 2003 (in Prozent)



1) FW = Freie Wähler Bayern e. V
2) vorläufiges amtliches Endergebnis der Landtagswahl 2003/Landeswahlleiter Bayern
3) alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften z. B. auch Beamtenbund)
Quelle: Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim

© DGB einblick 17/03

In Bayern musste die SPD erdrutschartige Verluste hinnehmen. Ihr Stimmenanteil verringerte sich gegenüber 1998 um 9,1 Prozent. Besonders hoch waren die Verluste bei den GewerkschafterInnen: Hier verlor die SPD 10 Prozent, bei den gewerkschaftlich organisierten ArbeiterInnen sogar 14 Prozent. Überproportional hoch waren dagegen die CSU-Zuwächse unter den Gewerkschaftsmitgliedern: Während die Stoiber-Partei insgesamt um 7,8 Prozent zulegte, konnte sie sich bei den Gewerkschaftsmitgliedern um 9 Prozent, bei den organisierten ArbeiterInnen um 15 Prozent steigern.

Deutschland/Frankreich

Vergleichbare Berufsabschlüsse

Deutschland und Frankreich haben sich auf die Vergleichbarkeit von Abschlüssen in der Berufsbildung geeinigt. Wolf-Michael Catenhusen, Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), Ministerpräsident Peter Müller, Deutschlands Bevollmächtigter für kulturelle Angelegenheiten, und der französische Bildungsminister Luc Ferry haben eine gemeinsame Erklärung zur Transparenz und Vergleichbarkeit von 40 Abschlüssen in der beruflichen Bildung unterzeichnet. Vom Kfz-Mechaniker bis zum Dachdecker sind die Abschlüsse für deutsche und französische Unternehmen nun so aufschlussreich, dass die jeweiligen Qualifikationen sofort erkennbar sind – egal, in welchem Land die Jugendlichen ihre Lehre absolviert haben. •

wiewardiewoche?

Rainer Knerler, 41, Geschäftsführer des Bezirksverbandes Berlin der IG Bauen-Agrar-Umwelt, hat das öffentlichkeitswirksame Eintreten der Gewerkschaftsjugend pro Umlagefinanzierung unterstützt.

In unserer Branche gibt es seit langem eine funktionierende Umlagefinanzierung per Tarifvertrag. Vor dem Hintergrund der aktuellen Lehrstellenmisere haben wir deshalb auch in letzter Zeit viele Anfragen erhalten. Auch wenn die Branchenlösung bei uns derzeit funktioniert – im Zusammenhang mit der Diskussion um Tariföffnungsklauseln melden sich auch immer wieder Arbeitgeber zu Wort, die die Umlage lieber heute als morgen abgeschafft sähen.

Mit unserer Aktion am Hackeschen Markt haben wir demonstriert, welche Vor- und Nachteile das Duale Ausbildungssystem hat. Wir haben eine Gruppe Azubis, die im Dualen System ausgebildet wird, mit einer Gruppe, die außerbetrieblich ausgebildet wurde, in Wettbewerb treten lassen. Die Mauer, die von den außerbetrieblich Ausgebildeten gebaut worden war, war schief und krumm und ist bald eingestürzt. Das gab schöne Bilder für die Presse! Am selben Tag habe ich in einer Pressekonferenz das Bau-Umlagemodell vorgestellt: Die Bau-Arbeitgeber zahlen 1,2 Prozent der Bruttolohnsumme der gewerblichen Arbeitnehmer in den Fonds ein. Für jeden Auszubildenden erhalten sie im ersten Lehrjahr zehn Monate lang die Ausbildungsvergütung erstattet. Im zweiten Lehrjahr gibt es das sechs Monate lang und im dritten immerhin noch für einen Monat. Für die Zeit im überbetrieblichen Ausbildungszentrum gibt es noch einmal 44 Euro pro Tag. Ist der Azubi nicht im Betrieb, entstehen also auch keine Kosten.

?...nachgefragt

Auf der WTO-Konferenz in Cancún ist es den Schwellen- und Entwicklungsländern gelungen, eine weitere Liberalisierung des Welthandels zu ihren Lasten zu verhindern. Durch das Scheitern der Konferenz ist es aber noch schwieriger geworden, soziale und ökologische Mindeststandards in die WTO zu integrieren. „Hat die WTO noch eine Zukunft?“ hat *einblick* den DGB-Vorsitzenden Michael Sommer gefragt, der die Konferenz fünf Tage in Cancún beobachtet hat.

Die WTO wird als Welthandelsregime trotz des Scheiterns in Cancún weiterbestehen, doch ihre Geschäftsordnung hat sich nachhaltig geändert. Die Schwellen- und Entwicklungsländer sind nicht länger bereit, die Ungerechtigkeiten des WTO-Systems zu tolerieren. Das Fehlen von Transparenz, Fairness und Vertrauensbildung kennzeichnete auch in Cancún die Verhandlungen: Texte oder Erklärungsentwürfe tauchten gleichsam aus dem Nirgendwo auf, während ihre eigenen Vorschläge keine Berücksichtigung fanden. So nutzte die Gruppe der 22 Schwellen- und Entwicklungsländer die im frustrierenden Konferenzablauf gefundene Einmütigkeit, die Verhandlungen im entscheidenden Moment auflaufen zu lassen.

Der Internationale Bund Freier Gewerkschaften hat gut daran getan, sich in Cancún mit den Forderungen der G 22 zu solidarisieren. Ein Teil dieser Länder, allen voran die Verhandlungsführer Brasilien und Südafrika, setzt sich gemeinsam mit den Gewerkschaften nicht nur für das Recht auf nachhaltige Entwicklung, sondern auch für die Verankerung grundlegender sozialer und ökologischer Standards in den Welthandel ein.

Die WTO steht am Rande einer Implosion, weil ihr Entscheidendes fehlt: die Zielbestimmung Menschenwürde, soziale Gerechtigkeit, dauerhafte Entwicklung und Arbeitnehmerrechte. Hierin liegt das eigentliche Paket für künftige Verhandlungsrunden, wenn die WTO noch eine Zukunft haben soll. Wir brauchen eine verbindliche Zusammenarbeit zwischen der WTO und anderen internationalen Organisationen, vor allem der ILO und der UNCTAD.

Sparmaßnahmen im öffentlichen Dienst

Mit dem Beamtenbund demonstrieren

Jahrelang galten Beamte als Auslaufmodell. Jetzt hat die Politik sie wieder entdeckt: Die Streichungen beim Weihnachts- und Urlaubsgeld und die Erhöhung der Arbeitszeit für Beamte soll als Hebel genutzt werden, um auch die Einkommen der Angestellten zu senken. DGB und Beamtenbund, sonst Konkurrenten bei der Interessenvertretung von ArbeitnehmerInnen, rücken beim Protest gegen die Sparmaßnahmen zusammen.

Um mehr als tausend Euro sinkt im kommenden Jahr im Schnitt das Bruttoeinkommen von Beamten bei Bund und Ländern (siehe Tabelle). Das Weihnachtsgeld wird gekürzt, das Urlaubsgeld beim Bund und in den meisten Ländern ganz gestrichen. Weil die Festsetzung von Weihnachts- und Urlaubsgeld für die Beamten seit diesem Jahr in die Kompetenz der Länder fällt, haben deren Finanzminister freie Hand, die entsprechenden Gehaltsbestandteile nach eigenen Vorstellungen und eigener Kassenlage zu reduzieren.

Wie hoch der Einkommensverlust ist, unterscheidet sich von Bundesland zu Bundesland. Besonders starke Einschnitte gibt es in Berlin, Hessen und Nordrhein-Westfalen. In Hessen wird das Urlaubsgeld von 332 Euro (bis Besoldungsgruppe A8) auf 166 Euro halbiert, in Berlin und NRW sogar ganz gestrichen. Beim Weihnachtsgeld gibt es statt der bundesweit bislang 84,3 Prozent (im Westen) bzw. 63,2 Prozent (im Osten) in Zukunft in Berlin nur noch 640 Euro für alle. Und in NRW und Hessen werden es nur noch 60 Prozent des durchschnittlichen Monatsgehalts sein. Auch die Arbeitszeit soll verlängert werden, von 38,5 auf 41 Stunden in NRW und auf bis zu 42 Stunden in Hessen.

Zwar gelten die Kürzungen nicht für die Angestellten im öffentlichen Dienst. Doch deren Ansprüche sind nur durch Nachwirkung der bereits von Bund und Ländern gekündigten Tarifverträge geschützt. „Das Beamtenrecht soll als Hebel missbraucht werden, um Tarifbestanddteile im Angestelltensektor auszuhebeln“, fürchtet Egbert Biermann, Abteilungsleiter Öffentlicher Dienst/Beamte beim DGB. Zudem belastet die Kündigung der Zuwendungstarifverträge für das Urlaubs- und Weihnachtsgeld die bereits erfolgreich angelaufenen Tarifverhandlungen von ver.di, GdP, GEW und TRANSNET mit den öffentlichen Arbeitgebern über die Reform des BAT. Diese Verhandlungen „können bis 2005 erfolgreich abgeschlossen werden“, so ver.di-Tarifexperte Rainer Friebertshäuser. Noch Anfang Juli hatte sich die Bundestarifkommission von ver.di trotz der Kündigung des Zuwendungstarifvertrags für eine Fortführung der Verhandlungen über die BAT-Reform ausgesprochen. Falls es zur Kündigung weiterer Tarifverträge kommen sollte, sei jedoch auch „ein Abbruch der Verhandlungen denkbar“, so Friebertshäuser.

Um auch bei den Beamten Kürzungen zu verhindern, gehen die DGB-Gewerkschaften seit diesem Jahr neue Wege und tragen ihren Protest gemeinsam mit dem Deutschen Beamtenbund (DBB) auf die Straße. Nach ersten Aktionen u.a. in Pforzheim und Hamburg hatte auch der mitgliederstärkste Bezirk, der DGB Nordrhein-Westfalen, für den 24. September zu einer gemeinsamen Demonstration mit dem DBB aufgerufen. •

Mehr als nur Peanuts

Einkommensverlust bei Beamten durch die geplante Reduzierung des Weihnachts- und die Streichung des Urlaubsgelds in 2004[1] (in Euro)

	einfacher Dienst (A5)	mittlerer Dienst (A8)	gehobener Dienst (A12)	höherer Dienst (A16)
Dezemberbezüge 2004	2228	2567	3616	5205
Weihnachtsgeld nach bisherigem Recht	1842	2122	2990	4303
Weihnachtsgeld nach geplantem neuen Recht	1326	1527	2152	3097
Einkommensverlust durch reduziertes Weihnachtsgeld	– 516	– 595	– 838	– 1206
Streichung des Urlaubsgelds	– 332	– 332	– 256	– 256
Einkommensverlust gesamt	**– 848**	**– 927**	**– 1094**	**– 1462**

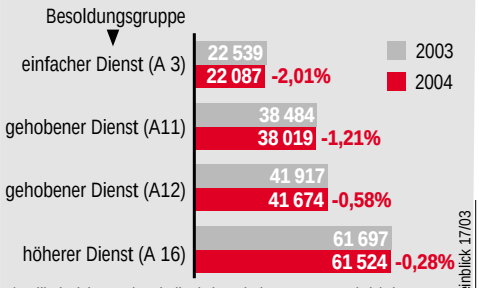
1) Fallbeispiel: 41 Jahre, verheiratet, 2 Kinder; einschließlich der bereits beschlossenen zweimaligen Erhöhung des Bruttogehalts um 1 Prozent

Quelle: DGB-Bundesvorstand

Die Beamten müssen in den kommenden Jahren mit erheblichen Einkommenseinbußen rechnen. Allein die geplanten Einschnitte beim Urlaubs- und beim Weihnachtsgeld führen 2004 im Schnitt zu einem Verlust von rund 1000 Euro.

Unten am meisten gespart

Veränderung des Bruttoeinkommens von Beamten 2003 – 2004 durch die geplanten Kürzungen beim Weihnachts- und Urlaubsgeld[1] (in Euro)



1) Fallbeispiel: 41 Jahre, ledig, keine Kinder; unter Berücksichtigung der Auswirkungen bereits beschlossenen Tariferhöhungen in 2004

Quelle: DGB-Bundesvorstand

© DGB einblick 17/03

Die geplanten Einschnitte beim Weihnachts- und Urlaubsgeld für die Beamten sind im kommenden Jahr höher als die bereits beschlossene Tariferhöhung. Bei den unteren Tarifgruppen sind die Einschnitte überproportional.

Bündnis auf Zeit

Politisch sind der DGB und der Deutsche Beamtenbund (DBB) bislang getrennte Wege gegangen. Bei der Vertretung von Arbeitnehmerinteressen sind sie Konkurrenten – trotz punktueller Zusammenarbeit auch in der Vergangenheit.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Einkommenseinschnitte im öffentlichen Dienst haben DGB und DBB ihre Kontakte dennoch verstärkt und sind für ihre politischen Forderungen wiederholt gemeinsam auf die Straße gegangen. Ob sich hieraus mehr entwickelt als ein Bündnis auf Zeit, ist noch nicht absehbar.

Neben der politischen Ausrichtung unterscheiden sich DGB und DBB auch in Größe und Struktur. Während der DGB 7,7 Millionen Mitglieder vertritt, sind es beim DBB 1,2 Millionen. 880 000 davon sind Beamte, 300 000 Angestellte und nur 44 000 ArbeiterInnen. Beim DGB ist das Verhältnis umgekehrt. Die größte Gruppe stellen die Arbeiter (4,5 Millionen), gefolgt von den Angestellten (2,6 Millionen) und den Beamten (570 000). Während die DGB-Gewerkschaften in den vergangenen Jahren Mitgliederverluste hinnehmen mussten, stieg die Mitgliederzahl des Beamtenbundes seit 1997 um gut 100 000: von 1,12 auf 1,22 Millionen Mitglieder.

PROJEKTE UND PARTNER

DGB-Jugend

Wilder Osten

Die DGB-Jugend lädt gemeinsam mit attac für den 3. bis 7. Oktober zur Herbstakademie Globalisierung in die DGB-Jugendbildungsstätte Flecken Zechlin ein. Unter dem Stichwort „Wilder Osten“ diskutieren die TeilnehmerInnen die Entwicklung in Ostdeutschland und Osteuropa besonders im Hinblick auf die EU-Osterweiterung. Insgesamt werden neben Vorträgen und Ausflügen fünf thematische Workshops angeboten: Transformation in Osteuropa, EU-Osterweiterung, Standortpolitik in Ostdeutschland, Osterweiterung und Arbeitsmigration sowie ein Theaterworkshop. •

DGB, Abt. Jugend
Tel. 030 / 240 60 171
mirjam.muhs@bvv.dgb.de

WZB Berlin

Was bringt die Hartz-Reform?

Die Vorschläge der Hartz-Kommission sollten Schwung in den deutschen Arbeitsmarkt bringen. Was die in der Folge verabschiedeten Gesetze gebracht haben, erläutert Kommissionschef und Volkswagen-Vorstand Peter Hartz während der Veranstaltung „Ein Jahr Hartz-Reform: Eine zukunftsfähige Strategie“. Die Veranstaltung am 2. Oktober im Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) wird organisiert von der Hans-Böckler-Stiftung. Die Teilnahme ist kostenfrei. •

Tel. 030 / 254 91 126
gauss@wz-berlin.de
www.wz-berlin.de

Sozialer Fortschritt

Jobpolitik auf dem Prüfstand

Die Anstrengungen der Bundesregierung für mehr Beschäftigung stehen am 9. und 10. Oktober in Hennef bei Bonn auf dem Prüfstand. Die Fachtagung „Die neue deutsche Arbeitsmarktpolitik – Frischer Wind oder laue Brise?“ untersucht Konzepte wie die Ich-AG, beleuchtet Chancen einer europäischen Kooperation und wagt den Vergleich mit dem Ausland. Die Teilnahme ist kostenlos, Übernachtung und Frühstück vor Ort kosten 41,60 Euro. •

Gesellschaft für Sozialen Fortschritt e.V.
Tel. 0228 / 69 68 28
www.sozialerfortschritt.de

Hans-Böckler-Stiftung

Arbeitswelt anpassen

Wenn der Altersschnitt der Gesellschaft steigt, betrifft das nicht nur Rente und Krankenkasse. Welche Anforderungen der demografische Wandel an die Arbeitswelt stellt, ist Thema der Tagung „Generationengerechtes Deutschland entwickeln“. Die Veranstaltung am 24. und 25. Oktober in Friedewald wird organisiert von der Hans-Böckler-Stiftung, dem Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt und dem Sozialwissenschaftlichen Institut der Evangelischen Kirche. Die Teilnahme kostet 55 Euro inklusive Kost und Logis. Anmeldeschluss ist der 2. Oktober. •

Evangelische Sozialakademie
Schlossstraße 2
57520 Friedewald
Tel. 0 27 43 / 92 36 65
Fax 0 27 43 / 92 36 11
ev.sozialakademie@t-online.de

Nord-Süd-Netz

Solidarität mit ErntearbeiterInnen

Deutsche Gewerkschaftsarbeit kann auf den Plantagen in Lateinamerika für bessere Arbeitsbedingungen sorgen. Wie Solidarität zu mehr Gesundheitsschutz, Frauenrechten und angemessenen Löhnen führen kann, zeigt das Forum „Umkämpfte Gewerkschaftsfreiheit auf den Bananenplantagen“. Organisiert wird die Veranstaltung vom 17. bis 19. Oktober in Oberursel vom Nord-Süd-Netz des DGB-Bildungswerks und der Initiative BanaFair. Die Teilnahme kostet inklusive Unterbringung und Verpflegung 50 Euro. Anmeldeschluss ist der 6. Oktober. •

BanaFair e.V.
Tel. 0 60 51 / 83 66 0
Fax 0 60 51 / 83 66 77
florian.hundhammer@banafair.de
www.banafair.de

Otto-Brenner-Stiftung

Mehr Arbeit für den Osten

Ob Ich-AG und Mini-Jobs beim Kampf gegen die Arbeitslosigkeit im Osten wirklich helfen können, untersucht die Tagung „Die aktuellen arbeitsmarktpolitischen Reformen – Chancen und Risiken für den ostdeutschen Arbeitsmarkt“ am 27. Oktober in Dresden. Veranstalterin ist die Otto-Brenner-Stiftung in Kooperation mit der Friedrich-Ebert- und der Hans-Böckler-Stiftung. Die Teilnahme ist kostenlos. Anmeldeschluss ist der 13. Oktober. •

Tel. 030 / 25 39 60 10
obs@igmetall.de

interregio

••• Die ***DGB-Jugend NRW*** hat ihr ***Bildungsprogramm „Streber“*** gestartet. Bis zum Sommer

2004 sollen 15- bis 26-Jährige besonders für den Übergang von Schule in Ausbildung oder Studium beraten und qualifiziert werden. Außerdem bietet das Programm auch wieder Seminare zu politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Themen. Alle künftigen nordrhein-westfälischen Streber finden das Programm auch online unter *www.streber-online.de.* Mehr Infos: Silvia Müller und René Koroliuk, Tel. 0 23 24 / 595 200

••• Der ***ver.di-Bezirk Stuttgart*** eröffnet am 2. Oktober die ***Ausstellung „Arbeit auf Teufel komm raus“*** im Stuttgarter DGB-Haus, Willi-Bleicher-Straße 20. Mit Bildern und Texten soll dort bis zum 6. November die Bedeutung der Arbeit in ihrer historischen Entwicklung nachgezeichnet werden. Thematisch begleitet wird die Ausstellung von Seminaren, Diskussionen und Vorträgen. Das erste Tagesseminar startet bereits am 3. Oktober: Unter dem Titel „Arbeit macht nicht frei“ beschäftigt es sich mit der „Überhöhung von Arbeit“ in der heutigen Gesellschaft. Die Ausstellung ist montags bis freitags jeweils von 8 bis 18 Uhr geöffnet. Infos: Bärbel Illi, Tel. 0711 / 16 64 230

••• Einen ***Aktionsplan*** zur Abwehr des sozialen Kahlschlags in Hessen hat der 1. Hessische Ratschlag sozialer Projekte und Verbände unter anderem auf Initiative des ***DGB Hessen*** beschlossen. Für den 10. Oktober ist hessenweit ein dezentraler lokaler Aktionstag geplant, am 15. Oktober gibt es eine Demonstration vor dem Wiesbadener Landtag. Eine weitere landesweite Demo soll am 6. November in Wiesbaden stattfinden. Infos: DGB Hessen, Tel. 069 / 27 30 05 32

Tarifautonomie

Willkür statt Recht

Im Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat wird Anfang November – ganz unspektakular – vielleicht ein Stück Rechtsgeschichte zu Grabe getragen: Dem Schacher um die Agenda 2010 könnte die Tarifautonomie zum Opfer fallen. Denn Rot-Grün braucht Schwarz. Und die CDU/CSU will die Tarifautonomie aushebeln – via „Günstigkeitsprinzip“ und „betrieblicher Bündnisse“.

Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt verharmlost das Vorhaben. Es gehe um „eine neue Balance in der Tarifautonomie“. Die geplante Erweiterung des Günstigkeitsprinzips im Tarifvertragsgesetz bedeute doch nur, dass, falls Arbeitsplätze gesichert würden, den Arbeitgebern die Möglichkeit eingeräumt werden solle, vom Tarifvertrag abzuweichen. Und für solche betrieblichen Bündnisse – sicherer Job gegen weniger Knete – brauche es gesetzliche Öffnungsklauseln.

Für den DGB läuft Hundts „neue Balance“ auf ein „neues Ungleichgewicht“ hinaus. Vorstandsmitglied Heinz Putzhammer: „Die Arbeitgeber wollen schlichtweg eine Machtverschiebung zu ihren Gunsten.“ Verträge, die einvernehmlich zwischen den Tarifparteien geschlossen worden seien, sollten einseitig von den Arbeitgebern geändert werden können. Damit ginge der Sinn und Zweck von Verträgen – ihre Verbindlichkeit – flöten. Und Belegschaften wie Betriebsräte seien „die Dummen“, weil erpressbar: „Unter der häufig nicht nachvollziehbaren Drohung, dass ihr Betrieb ansonsten geschlossen wird, werden sie zu Einbußen veranlasst.“

Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDA) will sogar noch weiter gehen als Hundt & Co. BDI-Präsident Michael Rogowski möchte, dass die Belegschaften über die Annahme von Tarifverträgen entscheiden. Das verbessere die Chancen für betriebliche Lohnvereinbarungen (und macht Tarifverhandlungen völlig belanglos). Dass Betriebsräte keine Durchsetzungsmacht, sprich kein Streikrecht haben, verschweigt er.

Weder IG Metall-Chef Jürgen Peters noch Hubertus Schmoldt, Vorsitzender der IG BCE, unterstellen dem Kanzler, die Tarifautonomie aushebeln zu wollen. Peters bleibt aber realistisch. „Der Kanzler muss im Politgeschäft Mehrheiten organisieren“, sagte er dem *Handelsblatt* mit Blick auf die notwendige Zustimmung der Opposition zur Agenda 2010. Schmoldt, eher ein Mann der leisen Töne, greift deshalb die CDU/CSU frontal an: Der Union gehe es darum, „die Gewerkschaften zu schwächen, um sie dann ganz auszuschalten“, sagte er der *Neuen Presse*. CDU/CSU wollten nicht die Öffnung, sondern die Aushöhlung von Tarifverträgen, die damit ihre Schutzfunktion verlören. Das aber wäre mit dem Grundgesetz nicht vereinbar, „das wäre dann ein Fall fürs Bundesverfassungsgericht“.

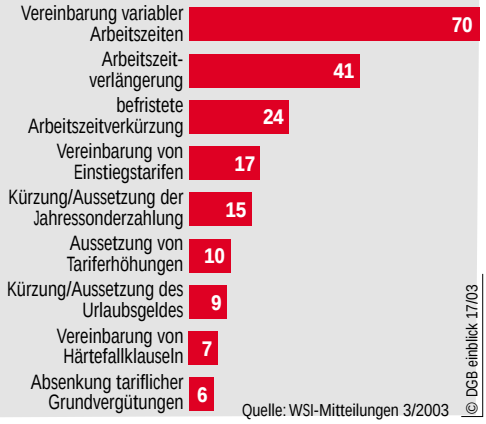
Schmoldt nimmt aber auch Schröder in die Pflicht: „Einen Dauerkonflikt mit den Gewerkschaften kann sich keine Regierung leisten und mit Sicherheit diese am allerwenigsten.“ Der IG BCE-Vorsitzende erwartet jedoch von den Gewerkschaften, dass sie auf den Kanzler zugehen: „nicht alle“ hätten in ihren Tarifverträgen Öffnungsklauseln vereinbart.

Schützenhilfe erhalten die Gewerkschaften von Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD). Er fordert zwar auch mehr betriebliche Öffnungsklauseln, lehnt Gesetzesänderungen aber ab: „Alles was freiwillig geht ist besser.“ Der arbeitsmarktpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Klaus Brandner, warnt davor, den Flächentarifvertrag auszuhebeln. Er gebe „allen Beteiligten Planungssicherheit“, und dieser Standortvorteil dürfe nicht aufs Spiel gesetzt werden.

In Nordrhein-Westfalen haben die Chefs von IG Metall und Arbeitgeberverband Metall, Peter Gasse und Michael Jäger, gemeinsam erklärt, es gebe keinen Tarifvertrag, der Arbeitsplätze gefährde – und falls doch, werde er geändert. Allein im Organisationsbereich der IG Metall NRW gelten seit Jahren im Schnitt 200 betriebliche Sondertarifverträge. Ihr Motto: Verzicht auf Tarifansprüche gegen Beschäftigungssicherung. Meist gelingt es auch, auf diesem Weg die Firma zu retten. Aber darüber redet keine Tarifpartei gern. •

Flexibler als sein Ruf

35 Prozent der Betriebsräte nutzen die Öffnungsklauseln des Tarifvertrags – wozu? (in Prozent)



Zu starr? Jeder dritte Betriebsrat nutzt die Öffnungsklauseln des Tarifvertrags.

Ein Mann sieht rot

Ungewöhnlich scharf hat der frühere Präsident des Bundesarbeitsgerichts (BAG), Thomas Dieterich, die Absicht der CDU/CSU attackiert, betriebliche Bündnisse für Arbeit auch gegen den Willen der Gewerkschaften durchzusetzen. Das sei „eine verfassungswidrige Idee“, erklärte Dieterich der „Süddeutschen Zeitung“.

Pacta sunt servanda – Verträge müssen eingehalten werden. „Das ist die Basis der Rechtssicherheit.“ Abweichungen könnten nur die vereinbaren, die den Vertrag geschlossen haben.

Als illegitim bezeichnet es der ehemalige BAG-Präsident, so zu tun, als sei jede Senkung von Standards das beste oder gar das einzige Mittel, um Arbeitsplätze sicherer zu machen. „Dann könnten wir das Arbeitsrecht doch gleich auf den Müll werfen.“

Im Internet

www.tarifvertrag.de

Daten und Fakten zum Flächentarifvertrag, zusammengestellt vom Tarifarchiv des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung

kurz&bündig

Die GEW-Vorsitzende Eva-Maria Stange fordert, dass Bildungsausgaben als „Zukunftsinvestitionen“ nicht mehr negativ bei den Maastricht-Kriterien angerechnet werden sollen.

Der neue IG Metall-Vorstand hat seine Geschäftsverteilung beschlossen und dabei die Position des Zweiten Vorsitzenden gestärkt. IG Metall-Vize Berthold Huber ist nicht nur für Tarifpolitik und Organisation zuständig, sondern auch für Betriebs- und Mitbestimmungspolitik sowie die Mitgliederwerbung. Die Verantwortung fürs Personal ist vom Zweiten auf den Ersten Vorsitzenden Jürgen Peters übergegangen.

Der GdP-Vorsitzende Konrad Freiberg hat nach den vereitelten rechtsextremistischen Terroranschlägen in München der Politik vorgeworfen, den Kampf gegen den Rechtsextremismus vernachlässigt zu haben. Nach dem 11. September seien Kräfte aus dem Bereich Rechtsextremismus für den „Antiterrorkampf“ abgezogen worden.

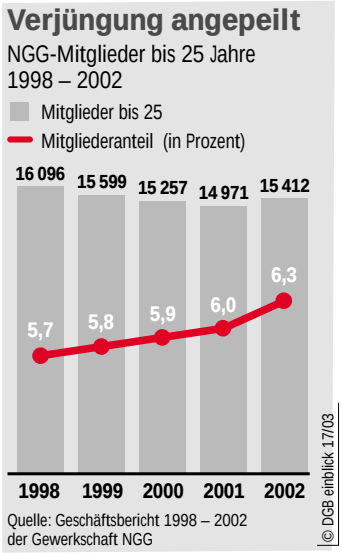
Die IG BAU fordert, arbeitslose Bauarbeiter zum Kampf gegen Schwarzarbeit einzusetzen. Der Zoll könne befristet 8000 Kontrolleure einstellen und so zur Entstehung von 100 000 legalen Arbeitsplätzen im Bausektor beitragen, so der IG BAU-Vorsitzende Klaus Wiesehügel. Das entlaste den Haushalt um über zwei Milliarden Euro.

NGG-Gewerkschaftstag

Dreiköpfiger Vorstand geplant

Mit 245 000 Mitgliedern gehört die Gewerkschaft Nahrung – Genuss – Gaststätten (NGG), die neben den Beschäftigten der Nahrungsmittelindustrie auch die des Hotel- und Gaststättengewerbes organisiert, zu den Kleinen im DGB. Nur die Gewerkschaft der Polizei (GdP) hat weniger Mitglieder. Auf ihrem Gewerkschaftstag vom 6. bis 10. Oktober in Magdeburg will die NGG nicht nur ein Bekenntnis zum Fortbestand ihrer Eigenständigkeit ablegen, sondern auch eine eigene Zukunftsdebatte starten. Zudem soll der Geschäftsführende Hauptvorstand (GHV) von vier auf drei Mitglieder verkleinert und die Wahlperiode auf fünf Jahre verlängert werden.

„Vor dem Hintergrund fundamentaler Veränderungen in der Arbeitswelt, in Politik und Gesellschaft will sich die NGG konkreten organisations-, tarif- und betriebspolitischen Herausforderungen stellen“, so der Leitantrag zur Zukunftsdebatte. Strukturiert werden soll die Debatte, die auf den Ergebnissen des nach dem letzten Gewerkschaftstag begonnenen OE-Prozesses aufbaut, durch fünf Themenfelder, von den „Perspektiven industrieller Arbeit und industrienaher Dienstleistungsarbeit“ bis zur „Reformfähigkeit der NGG“.



Die Zahl der unter 25-Jährigen NGG-Mitglieder ist seit 1998 leicht zurückgegangen, von 16 096 (1998) auf 15 412 (2002). Ihr Anteil an allen Mitgliedern ist hingegen von 5,7 auf 6,3 Prozent gestiegen. Wie die NGG bei den Jüngeren auch absolut zulegen kann, ist eines der Themen auf dem NGG-Kongress in Magdeburg.

Bei den politischen Anträgen steht die Idee einer eigenen Kampagne zur Verteilungsgerechtigkeit im Vordergrund. Zudem wollen die Delegierten diskutieren, wie sie der NGG-Forderung nach einem Mindestlohn mehr Nachdruck verleihen können.

Kontroverse Debatten über die Weiterentwicklung der NGG sind in Magdeburg nicht zu erwarten. Die Dreigliedrigkeit der Gewerkschaft aus Verwaltungsstellen, Landesbezirken und Hauptvorstand soll erhalten bleiben, so ein den Delegierten zur Annahme empfohlener Antrag zur Organisationsentwicklung. Auch die Neubesetzung des GHV mit künftig nur noch drei Mitgliedern *(einblick 16/03)* gilt als sicher. •

Urteil gegen CGM

Keine Gewerkschaft

Die IG Metall hat das Urteil des Arbeitsgerichts Stuttgart gegen die Christliche Gewerkschaft Metall (CGM) als „Gewinn für die Arbeitnehmer“ begrüßt. Das Gericht hatte der CGM am 12. September den Gewerkschaftsstatus abgesprochen (Aktenzeichen 15 BV 250/96). Ihr fehlten die nötige Durchsetzungskraft und Leistungsfähigkeit, um Tarifverträge aushandeln und deren Einhaltung überwachen zu können.

Die CGM gibt ihre Mitgliederzahl mit bundesweit 97 000 an, Angaben zur Mitgliederstärke ihrer Landesverbände verweigert sie. Sie beschäftigt 14 Gewerkschaftssekretäre und 29 Verwaltungsangestellte.

Den Rechtsstreit gegen die CGM hat die IG Metall vor über sechs Jahren begonnen. Er wird frühestens vor dem Bundesarbeitsgericht geklärt. Die CGM hat Beschwerde gegen den Entscheid angekündigt. Ihre Arbeit sieht sie nicht beeinträchtigt. Die FAZ zitiert einen CGM-Sprecher mit den Worten: „Die Arbeitgeber stehen weiter zu uns.“ Laut IG Metall bestätigt das Urteil, dass alle von der CGM geschlossenen Tarifverträge Scheinverträge sind. Sie entsprächen „eins zu eins“ den Wünschen der Arbeitgeber. •

IG Metall-Initiative

„Raus aus der Wagenburg“

Vor dem Hintergrund der Streikniederlage in Ostdeutschland haben die IG Metall-Bezirksleiter Peter Gasse (Nordrhein-Westfalen), Werner Neugebauer (Bayern) und Frank Teichmüller (Küste) eine „Initiative für einen Aufbruch in der IG Metall“ gestartet. In ihrem Vier-Seiten-Papier stellen die Bezirksleiter fest, die IG Metall sei gesellschaftspolitisch zunehmend isoliert. Gasse, Neugebauer und Teichmüller plädieren deshalb für eine Generaldebatte der IG Metall-Politik unter dem Motto „Raus aus der Wagenburg“.

Notwendig sei „die Öffnung zur Gesellschaft“. Denn vor allem in den Fragen, in denen die IG Metall nicht autonom entscheide, sei sie auf die Mitarbeit und Zustimmung anderer angewiesen – „und nicht umgekehrt“. Zwar bleibe die Herstellung von Gegenmacht Kernaufgabe der Gewerkschaft; zur Politikfähigkeit der IG Metall gehöre aber auch „Ergebnisorientierung und Kompromissfähigkeit in Betrieben und Tarifverhandlungen“. •

Im Faxabruf: 0211 / 43 01 665 „Initiative für einen Aufbruch in der IG Metall“

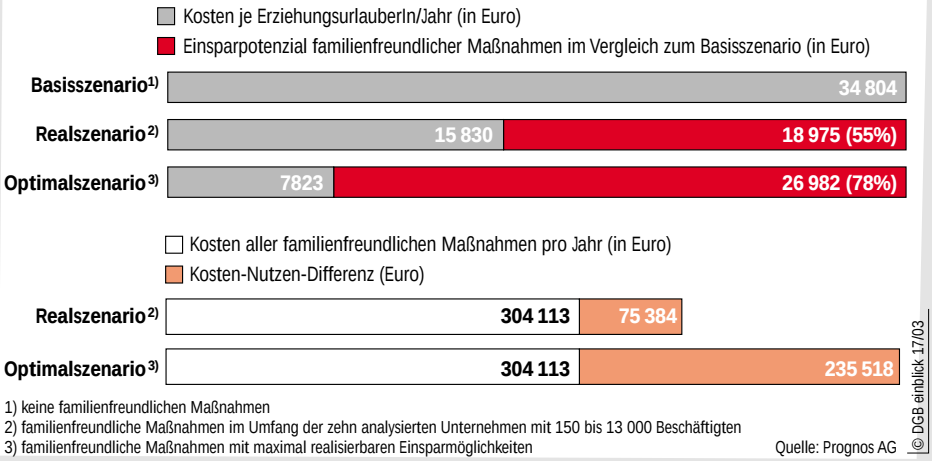
Postvertriebsstück A 45918 Vertrieb durch Toennes Druck + Medien Gmbh, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath

die DGB grafik

FAMILIENFREUNDLICHKEIT: Nützt Betrieben mehr als sie kostet

Familienfreundliche Maßnahmen – Beratungsangebote für Eltern, flexible Arbeitszeiten, Telearbeit, Kinderbetreuung – rechnen sich für Unternehmen. In der Kosten-Nutzen-Relation übersteigt der betriebswirtschaftliche Nutzen die Investitionen. Zu diesem Ergebnis kommt die Prognos-Studie „Betriebswirtschaftliche Effekte familienfreundlicher Maßnahmen". Mehr als 50 Prozent der Überbrückungs-, Fluktuations- und Wiedereingliederungskosten können auf diesem Weg vermieden werden.

Musterunternehmen Familien GmbH (1500 MitarbeiterInnen, durchschnittlich 20 Abgänge in Elternzeit pro Jahr) mit und ohne familienfreundliche Maßnahmen



1) keine familienfreundlichen Maßnahmen
2) familienfreundliche Maßnahmen im Umfang der zehn analysierten Unternehmen mit 150 bis 13 000 Beschäftigten
3) familienfreundliche Maßnahmen mit maximal realisierbaren Einsparmöglichkeiten

Quelle: Prognos AG

© DGB einblick 17/03

personalien

••• ***Georgios Arwanitidis,*** 38, ist seit dem 16. September als Nachfolger von ***Claus Eilrich,*** 54, Leiter der Pressestelle der IG Metall. Arwanitidis, der politische Wissenschaften und Deutsche Sprachwissenschaften in Hannover studiert hat, war seit 1990 verantwortlich für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der IG Metall-Bezirksleitung Hannover und seit Dezember 1998 Koordinator des Bereichs Zweiter Vorsitzender der IG Metall.

••• ***Jörg Hofmann,*** 47, Tarifsekretär der IG Metall-Bezirksleitung Stuttgart, soll als Nachfolger des zum Zweiten Vorsitzenden der IG Metall gewählten ***Berthold Huber,*** 53, IG Metall-Bezirksleiter werden. Das hat die Bezirkskommission Baden-Württemberg dem Vorstand der IG Metall vorgeschlagen.

14 TAGE

29.9. *einblick*-Fest, Berlin

30.9. „Wie viel Macht den Räten?", Medienpolitische Konferenz des DGB, Berlin

2.10. Hans-Böckler-Stiftung, Wissenschaftszentrum Berlin, „Ein Jahr Hartz-Reform: Eine Zukunftsfähige Strategie?" mit VW-Personalvorstand Peter Hartz, Berlin

2.10.-6.11. DGB Baden-Württemberg, Ausstellung „Arbeit auf Teufel komm raus", Stuttgart

3.-7.10. DGB-Jugend, Seminar „Der wilde Osten – Transformationsprozesse, EU-Osterweiterung, Gewerkschaften und soziale Bewegungen", Flecken Zechlin

6.-10.10. Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Nahrung – Genuss – Gaststätten, Magdeburg

7.10. DGB, Fachkonferenz „Berufsausbildung reformieren – Die Zukunft der Jugend sichern", Berlin

9.10. DGB Rheinhessen-Nahe, „Flächentarifvertrag und Tarifautonomie", Gespräch zwischen Klaus Mehrens, IG Metall-Bezirksleiter Frankfurt/M., und Franz-Josef Mäckler, Hauptgeschäftsführer der Metall- und Elektroindustrie Rheinland-Rheinhessen, Nierstein

10./11.10. DGB Niedersachsen/Bremen, Sachsen-Anhalt, Konferenz „Best Practice", Prämierung der ideenreichsten Orts- und Kreisverbände, Hustedt

13./14.10. Arbeitsmarktkonferenz der alternierenden Vorsitzenden der Verwaltungsausschüsse der Arbeitsämter, Nürnberg

Impressum *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** *einblick* Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Udo Perina, Christian Paulsen **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef, Stephan Hegger (verantwortlich für diese Ausgabe), Norbert Hüsson, Sybille Pape (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030 / 30 88 24 - 0, Fax 030 / 30 88 24 - 20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: red.einblick@t-online.de **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030 / 85 99 46 - 240, Fax 030 / 85 99 46 - 100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design, Sprockhövel **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** Toennes Druck + Medien GmbH, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel. 0211 / 9 20 08-26, Fax 9 20 08-38
Alle aktuellen *einblick*-Hintergrundtexte im Überblick: Fax-Abruf 0211 / 43 01 689
Nachdruck frei bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren.
Dieser Ausgabe liegt eine Beilage der Otto-Brenner-Stiftung bei.

Schlusspunkt

„Ich schließe nicht aus, dass ich Schröder wähle."

BDI-Präsident Michael Rogowski in einem Interview mit der Illustrierten „stern" vom 25. September. Schröder müsse im Amt bleiben, um die Agenda 2010 ohne Abstriche umzusetzen, so Rogowski. Unter Rot-Grün passiere, was er nicht für möglich gehalten hätte – endlich stimme wenigstens die Richtung.

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 13.10.2003 18/03

DGB

Betriebliche Bündnisse

Schartau verteidigt Tarifautonomie

Der nordrhein-westfälische Wirtschafts- und Arbeitsminister Harald Schartau (SPD) teilt nicht die Befürchtung von DGB und Gewerkschaften, dass die Tarifautonomie einem Kuhhandel zwischen Rot-Grün und CDU/CSU um die Agenda 2010 zum Opfer fallen könnte. Gegenüber *einblick* erklärte Schartau, zugleich Vorsitzender der NRW-SPD, die Tarifautonomie würde ad absurdum geführt, wenn es auf der betrieblichen Ebene erlaubt würde, tarifliche Regelungen ohne die Tarifvertragsparteien zu treffen. Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften müssten Herr des Verfahrens bleiben. Dieselbe Auffassung, so Schartau, unterstelle er Bundeskanzler Gerhard Schröder – „und ich bestärke ihn darin".

Die Tarifparteien ermuntert Schartau, vor seinem Wechsel in die Politik Bezirksleiter der IG Metall NRW, Abweichungen vom Flächentarifvertrag nicht als Sündenfall zu betrachten, sondern als gelebte Tarifautonomie. Weil es mithilfe solcher Beschäftigungssicherungsverträge oft gelänge, Betriebe zu retten, sollten sie darüber „nicht verschämt schweigen, sondern selbstbewusst reden".

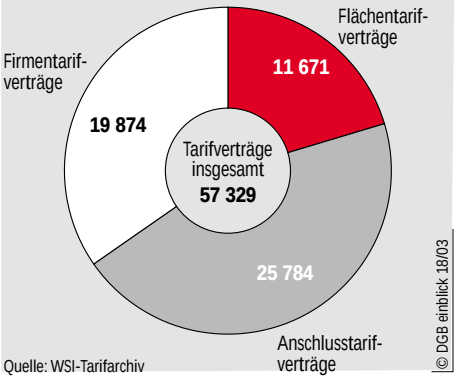
Unterdessen erhöht die IG Metall den Druck auf die Parteien, die Tarifautonomie nicht anzutasten. Einer Umfrage unter 3000 Betriebsräten zufolge, die 1,3 Millionen Beschäftigte vertreten, halten 97 Prozent der Befragten eine Abweichung von Tarifverträgen durch Betriebsvereinbarungen für „nicht sinnvoll". Der IG Metall-Vorsitzende Jürgen Peters erläuterte, die Arbeitnehmervertreter empfänden die Vorstöße von Union und FDP als „Bedrohung und nicht als ein Mehr an Souveränität", weil sie Erpressungsversuche der Arbeitgeber befürchten.

Der DGB hat Kanzler Schröder eindringlich davor gewarnt, dem Drängen von Opposition und Wirtschaft nach gesetzlichen Öffnungsklauseln nachzugeben. Vorsitzender Michael Sommer sagte der *Berliner Zeitung:* „Wenn Tarifverträge jederzeit unterlaufen werden können, beginnt der Häuserkampf in den Betrieben." Schröder müsse sich überlegen, „ob er den sozialen Frieden im Land für ein Linsengericht verkaufen will".

Auf dem Zukunftskongress der IG Bergbau, Chemie, Energie (BCE) Ende September in Hannover hatte der Kanzler versichert, die Tarifautonomie nicht antasten zu wollen. Gleichzeitig hat er die Tarifparteien aufgefordert, der Politik Vorschläge für eine Modernisierung des Tarifsystems zu machen. Mit ihren Tarifpartnern auf der Arbeitgeberseite werden die Gewerkschaften reden. Auf Vorschläge des DGB und der Gewerkschaften zu gesetzlichen Öffnungsklauseln werden alle am Gesetzgebungsverfahren Beteiligten allerdings vergeblich warten. •

Schröders Zahlenspiele

Differenzierte Tariflandschaft: Tarifvertragsarten Ende 2002



Quelle: WSI-Tarifarchiv

© DGB einblick 18/03

58 000 Tarifverträge seien zu viele, sagt Bundeskanzler Gerhard Schröder: „Die Zahl muss kleiner werden." Sie ist es längst. Die Zahl der Ursprungstarifverträge beläuft sich auf knapp 12 000. Der große Rest: so genannte Anschluss- sowie Firmentarifverträge.

plusminusBERLIN

+ ***Bundesfinanzminister Hans Eichel (SPD) will bei der Gemeindefinanzreform verhindern, dass Unternehmen ihre Gewinne „wegdefinieren", indem sie Zinsen, Pachten und Leasingraten miteinander verrechnen. Gewinne dürften nicht „durch überhöhte Verrechnungspreise in andere Länder verschoben werden".***

– ***Die CDU-regierten Bundesländer wollen über den Bundesrat den Ausstieg aus dem Atomausstieg durchsetzen. Der Verzicht auf die Reaktoren sei „in hohem Maße ökonomisch wie ökologisch riskant", so Baden-Württembergs Ministerpräsident Erwin Teufel (CDU). Die Atomkraftwerke müssten 50 Jahre laufen.***

inhalt

Seite 3

Rückkehr zur Sacharbeit

Auf dem IG Metall-Gewerkschaftstag vom 14. bis 18. Oktober spielen wieder Sachthemen eine Rolle

Seite 5

Lust auf Macht

Die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di beendet mit ihrem Bundeskongress vom 18. bis 25. Oktober ihre Aufbauphase. Jetzt will sie sich als politische Kraft präsentieren

Seite 7

Weder Held noch Märtyrer

Der SPD-Linke Fritz Schösser macht seine Zustimmung zu den Hartz-Gesetzen von Verbesserungen der Gesetzentwürfe abhängig

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.modell-deutschland.de

Die Imagekampagne der IG BCE

Im Faxabruf

0211 / 43 01 663

Ausbildungsengagement unterstützen und krisenfest finanzieren Eckpunkte des DGB zur Finanzierung einer Ausbildungsumlage

Allgemeinverbindlichkeit

Vetorecht abschaffen

Seit Beginn der 90-er Jahre ist der Anteil der vom Bundesarbeitsministerium für allgemeinverbindlich erklärten Tarifverträge von fünf auf 2,5 Prozent gesunken. Das hat der Hamburger Arbeitsrechtler Ulrich Zachert in einem gemeinsam mit den WSI-Tarifexperten Johannes Kirsch und Reinhard Bispinck erstellten Gutachten für das NRW-Arbeitsministerium ermittelt.

Die Allgemeinverbindlichkeitserklärung sorgt dafür, dass sich auch nicht tarifgebundene Unternehmen an tarifvertraglich vereinbarte Leistungen halten, zum Beispiel an branchenbezogene Sozialkassen zur Finanzierung der betrieblichen Ausbildung. Um den Anteil allgemeinverbindlicher Tarifverträge wieder zu erhöhen, fordern die Wissenschaftler eine Ende des Vetorechts der Arbeitgeber. Zudem müsse der Gesetzgeber konkretisieren, wann ein „öffentliches Interesse“ an einer Allgemeinverbindlichkeit einzelner Tarifverträge gegeben ist.

Arbeitsmarktpolitik

Milliarden für den Osten

2001 hat die Bundesanstalt für Arbeit in Ostdeutschland 12,4 Milliarden Euro mehr für Arbeitslosengeld und aktive Arbeitsmarktpolitik ausgegeben, als sie an Beiträgen eingenommen hat. Finanziert wird der Transfer vor allem von den Beschäftigten in den westdeutschen Metropolen. Allein in München haben die ArbeitnehmerInnen 900 Millionen Euro mehr an Nürnberg gezahlt, als sie an Leistungen erhalten haben.

wiewardiewoche?

Sebastian Pfützner, 17, ist einer von drei Auszubildenden beim DGB Sachsen. Weil der DGB die Ausbildung zum Veranstaltungskaufmann nicht alleine anbieten kann, hat er den Ausbildungsplatz gemeinsam mit dem Bildungsträger Arbeit und Leben gGmbH in Sachsen organisiert.

Seit dem 1. September werde ich beim DGB Sachsen zum Veranstaltungskaufmann ausgebildet. Die Veranstaltungsorganisation und der Kontakt mit Menschen sind mein Traumberuf. Bei einem so spannenden Beruf habe ich mich dann doch gewundert, dass wir nur neun Veranstaltungskaufleute in ganz Sachsen sind. In der Berufsschule teilen wir deshalb die Klasse mit 20 Sport- und Fitnesskaufleuten.
Nach den ersten Tagen in der Berufsschule wurde ich gleich in die DGB-Arbeit einbezogen. Ich habe die verschiedenen Gewerkschaften kennengelernt und erfahren, wie sie miteinander vernetzt sind. In der Schule hatten wir davon nichts gehört. Der reibungslose Ablauf der Tarifkonferenz im sächsischen Borna war meine erste Bewährungsprobe. Gleich am nächsten Tag habe ich bei der DGB-Kommunikationskampagne geholfen. Tausende Energiepakete wurden an Pendler vor dem Leipziger Hauptbahnhof verteilt. Dann war das Olympiafest von Arbeit und Leben auf dem Leipziger Markt. Der Aufbau der Technik, der Mikrofone und des DGB-Luftkissens waren meine Aufgaben. Mit meiner Berufswahl bin richtig zufrieden. Ich bin viel unterwegs, lerne ständig neue Leute kennen und kann selbst Verantwortung tragen. Eigentlich habe ich es mir noch stressiger vorgestellt.

IG Metall-Gewerkschaftstag, Teil 2

Neue Rentenpolitik: 45 Jahre sind genug

Das öffentliche Interesse am zweiten Teil des 20. Gewerkschaftstages der IG Metall vom 14. bis 18. Oktober in Hannover dürfte geringer sein als das am ersten Teil – die Vorstandswahlen sind Ende August gelaufen (einblick 16/03). Die IG Metall kann sich auf Sachthemen konzentrieren.

Ihre personelle Krise habe die IG Metall „hinter sich“, sagt ihr neuer Sprecher Georgios Arwanitidis. In Hannover wolle sie – „mehr noch als bisher“ – ihren Reformcharakter und ihren Gestaltungsanspruch in der Gesellschaft verdeutlichen.

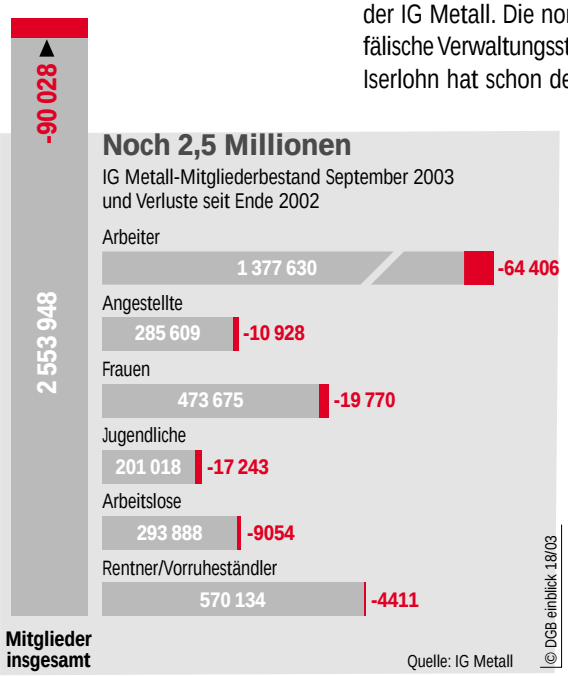
Um das zu bewerkstelligen, müssen sich die knapp 600 Delegierten im Congress-Center der niedersächsischen Landeshauptstadt durch fast 700 Anträge kämpfen. Das hört sich schlimmer an, als es ist; alle Anträge sind den acht Entschließungen des Vorstands zugeordnet, die wiederum – erstmals in der Geschichte der IG Metall – durch Thesenpapiere vorbereitet worden sind, die seit Mitte Januar in der Gewerkschaft kursieren. Das soll dazu beitragen, dass die Beschlüsse des Gewerkschaftstages bereits weit im Vorfeld diskutiert werden.

„Vielfalt solidarisch gestalten“ lautet das Motto des Kongresses. Ob es eingelöst werden kann, wird die Diskussion um ein kontroverses tarifpolitisches Thema zeigen – die so genannte erfolgsabhängige Differenzierung. Gemeint ist damit die Frage, ob die IG Metall ihre Tarifpolitik auch auf die Ertragskraft der Unternehmen ausrichten soll; bislang beziehen sich ihre Tariffordernungen nur auf die Entwicklung der Gesamtwirtschaft. Die Befürworter einer differenzierten Tarifpolitik argumentieren, dass die Beschäftigten der Betriebe, die kräftige Gewinne einstreichen, daran beteiligt werden müssten – und zwar tariflich abgesichert; die Kritiker halten dagegen, dass dadurch die Durchsetzungskraft für die Tariffordernungen, die alle Beschäftigten betreffen, geschwächt werde.

Dass über eine erfolgsabhängige Tarifpolitik überhaupt offen diskutiert wird, gilt als Fortschritt. Mit einer Zustimmung des Gewerkschaftstags rechnen ihre Befürworter jedoch nicht. Wahrscheinlicher sind zwei Festlegungen: Lösungsmodelle, die mit der Gefahr verbunden sind, dass das Niveau der Tarifabschlüsse in der Fläche sinkt oder die Grundentgelte ertragsabhängig differenziert werden, werden abgelehnt; denkbar ist zudem eine tarifliche Regelung erfolgabhängiger Entgelte „nur zusätzlich zu den heute bestehenden tariflichen Entgelten“ (Entschließung 3).

Mehr Einigkeit ist beim Thema Sozialpolitik zu erwarten. Eine der interessantesten Forderungen lautet: Voller Rentenanspruch nach 45 Versicherungsjahren. Gefordert wird das gleich von mehreren Verwaltungsstellen aus vier der sieben IG Metall-Bezirke (Baden-Württemberg, Frankfurt, Nordrhein-Westfalen und Hannover). So gesehen stehen die Chancen gut, dass der Gewerkschaftstag dieser Forderung zustimmt. Guntram Schneider, NRW-Sprecher der Antragsberatungskommission, spricht sogar davon, es handle sich hierbei um „die“ sozialpolitische Forderung der IG Metall. Die nordrhein-westfälische Verwaltungsstelle Werdohl-Iserlohn hat schon den passenden Slogan parat: „45 Jahre sind genug“.

Die Forderung, den Rentenanspruch nicht mehr vom Lebensalter, sondern von den Versicherungsjahren abhängig zu machen, findet sich allerdings nicht in der sozialpolitischen Entschließung des IG Metall-Vorstands wieder. Dort heißt es nur, die IG Metall lehne eine Anhebung des gesetzlichen Rentenalters strikt ab. Es müssten stattdessen „die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass die Beschäftigten länger als heute im Betrieb (…) verbleiben können und damit das reale Renteneintrittsalter (…) steigen kann.“ •



Seit Januar hat die IG Metall rund 120 000 Mitglieder durch Austritte und Streichungen säumiger Beitragszahler verloren; gleichzeitig aber fast 49 000 Mitglieder neu aufgenommen. Die Differenz: minus 71 000. Dass der Mitgliederbestand tatsächlich aber um 90 000 gesunken ist, hat einen einfachen Grund: Zu den Zugängen zählen nicht nur Neuaufnahmen, sondern auch Übertritte aus anderen Gewerkschaften; und zu den Abgängen nicht nur Austritte und Streichungen, sondern auch Übertritte in andere Gewerkschaften sowie Verstorbene.

Wider grenzenlose Erpressung

Die IG Metall will ihre grenzüberschreitende Tarifpolitik in Mittel- und Osteuropa intensivieren. „Die Erpressung von Belegschaften und Betriebsräten durch Androhung von Standortverlagerungen ist kein deutsch-österreichisches Phänomen mehr“, sagte der IG Metall-Vorsitzende Jürgen Peters auf einer tarifpolitischen Fachtagung in Ungarn. Im Interesse aller Beschäftigten müssten die interregionalen Durchsetzungsstrategien der Gewerkschaften gegen eine Unterbietungskonkurrenz weiterentwickelt werden.

Seit 1999 besteht zwischen den Metallgewerkschaften von Tschechien und der Slowakei, von Slowenien, Ungarn, Österreich und Deutschland eine Kooperation. Das gewerkschaftliche Netzwerk will die Absenkung sozialer Standards verhindern. Die Arbeitnehmer sollen durch die EU-Osterweiterung nicht einzelbetrieblichen Unternehmensinteressen zum Opfer fallen.

PROJEKTE UND PARTNER

IG Metall

Kein „Arbeiten ohne Ende“ mehr

Der Wandel der Arbeitswelt verwischt zunehmend die Grenzen zwischen Beruf und Privatleben – Stress, Ineffizienz und Fehler sind häufig die Folge. Einen kritischen Blick auf das Thema ermöglicht die IG Metall mit ihrer aufwändig produzierten CD-Rom „Wem gehört die Zeit?“. Die Silberscheibe informiert umfassend über die Auswirkungen von Vielarbeit auf Gesundheit, Persönlichkeit, Beziehung und Arbeitsleistung. Konkret geht’s um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, um Telearbeit, Teilzeitregelungen, Krankenrückkehrgespräche und den optimalen Generationenmix im Unternehmen. Die Kabarettisten und Berliner Radiomoderatoren Dirk Stermann und Christof Grissemann sprechen die Kapiteltexte und haben einige Themen in spaßige Kurzfilme umgesetzt. Checklisten, Arbeitsblätter, Literaturhinweise und Internetlinks machen die Multimedia-CD zum effektiven Arbeitswerkzeug. Preis: 8,46 Euro. •

REHA-Werkstatt Niederrad
Lyoner Straße 11
60528 Frankfurt / M.
Fax 069 / 66 54 42 22
meinezeit@frankfurter-verein.de

A + A 2003

Arbeitswelt der Zukunft

Beim „28. Internationalen Kongress für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin“ (A + A 2003) in Düsseldorf präsentieren sich die Initiative Neue Qualität der Arbeit (INQA) und die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) mit einem gemeinsamen Messestand. Zum Thema „Wie wollen wir morgen arbeiten?“ erwartet die BesucherInnen vom 27. bis 30. Oktober ein Büro der Zukunft, ein hochmodernes Maschinensteuerpult und ein Entspannungsraum für die Mittagspause von Morgen. •

www.aplusa-online.de

DGB-Bildungswerk

Überblick im Reformwirrwarr

Hartz-Konzept, Agenda 2010, Gesundheitsreform und Rentennovelle sollen die Sozialsysteme stabilisieren und die Wirtschaft ankurbeln. Einen Überblick über die damit verbundenen Änderungen im Sozialrecht verschafft die Konferenz „Sozialrecht in der Betriebsrats-Praxis“ am 13. und 14. November in Düsseldorf. Schwerpunkte der Konferenz des DGB-Bildungswerks sind Änderungen bei Kündigung und Arbeitslosigkeit, Renteneintritt, Schwerbehinderung sowie Mini-Jobs und Leiharbeit. Die Teilnahme kostet 650 Euro. Anmeldeschluss ist am 20. Oktober. •

DGB-Bildungswerk
Tel. 0211 / 43 01 459
Fax 0211 / 43 01 500
www.dgb-bildungswerk.de

Nord-Süd-Netz

Multis in Südafrika

Mit neoliberaler Wirtschaftspolitik versucht Südafrika, ausländisches Kapital ins Land zu holen und Arbeitsplätze zu schaffen. Ob diese Rechnung aus Sicht von Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen aufgeht, erfahren die TeilnehmerInnen der Tagung „Multinationale Konzerne in Südafrika“. Veranstalter der Konferenz vom 31. Oktober bis 2. November in Mülheim ist das Nord-Süd-Netz des DGB-Bildungswerks in Kooperation mit den Evangelischen Akademien in Deutschland und der Initiative Koordination südliches Afrika. Die Kostenbeteiligung beträgt 50 Euro. •

www.nord-sued-netz.de
Tel. 0211 / 43 01 258
Fax 0211 / 43 01 500

Strategieseminar

Wirkungsvolle Verbandsarbeit

Glaubwürdigkeit, Kontinuität und Mitgliedernähe sind Schlüssel zu wirkungsvoller politischer Verbandsarbeit. Wie sie in Großorganisationen funktioniert, zeigen ExpertInnen während der Veranstaltung „Den Wandel organisieren – Open Space Forum als Kick für neue Strategien“. ReferentInnen am 11. und 12. Dezember in Oberursel sind der Göttinger Politologe Peter Lösche, der Moderationsprofi Holger Scholz und die Kommunikationsberaterin Gabriele von Camen. Die Teilnahme kostet 638 Euro. Anmeldeschluss ist am 31. Oktober. •

Büro für bessere Kommunikation
Tel. 0228 / 952 78 64
Fax 0228 / 952 78 65
www.bessere-kommunikation.de

OnForTe

Kontrolle begrenzen

Firewalls, Filtersoftware und E-Mail-Programme erlauben Chefs eine weit gehende Kontrolle der Online-Aktivitäten ihrer Beschäftigten. Was Betriebs- und Personalräte darüber wissen müssen, erklärt der Workshop „Big Brother im Betrieb“ des ver.di-Projekts Online-Forum-Telearbeit (OnForTe). Die TeilnehmerInnen bekommen am 3. November in Frankfurt/Main Tipps, wie sie mit Betriebsvereinbarungen die Privatsphäre der KollegInnen schützen können. Die Teilnahme kostet 200 Euro. Anmeldeschluss ist am 22. Oktober. •

www.onforte.de

Workshop Zukunft

Themenhefte auf Polnisch

Auch polnische LehrerInnen können jetzt mit den Themenheften des DGB-Projekts „Workshop Zukunft“ unterrichten. Möglich macht das eine Kooperation des DGB mit dem polnischen LehrerInnen-Verband und der Friedrich-Ebert-Stiftung. Die Themenhefte helfen bei der Vorbereitung von Unterrichtseinheiten zu Berufswahl, Mitbestimmung, Telearbeit und Umweltschutz im Betrieb. •

www.workshop-zukunft.de

interregio

••• Der ***DGB Baden-Württemberg*** hat am 27. September in Freiburg bei einer ***Aktion gegen Ausbildungsplatzmangel*** 15 723 Luftballons steigen lassen: einen für jeden Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz in Baden-Württemberg. Auf angehängten Postkarten wurde Bundeskanzler Gerhard Schröder aufgefordert, eine gesetzliche Ausbildungsabgabe einzuführen. Der DGB Baden-Württemberg hat Freiburg als Aktionsort

gewählt, weil hier die Zahl der Ausbildungsplätze im vergangenen Jahr überdurchschnittlich um fast 15 Prozent zurückgegangen ist. Mehr Infos: Thomas Giessler, Tel. 0711 / 20 28 206

1. ordentlicher ver.di-Bundeskongress

Lust auf Macht

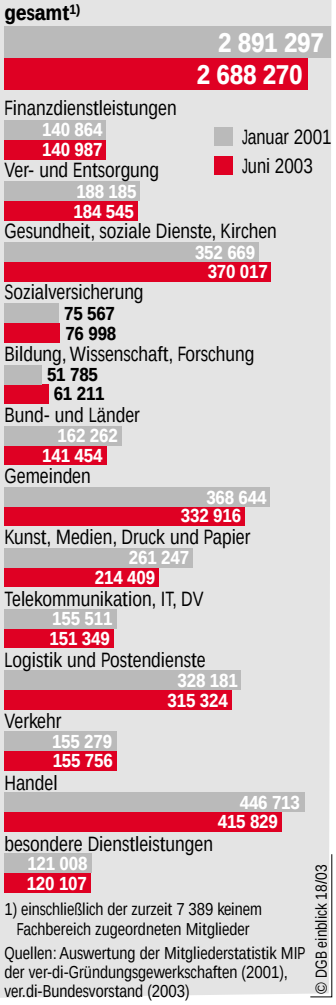
Zweieinhalb Jahre nach ihrer Gründung trifft sich die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di vom 18. bis 25. Oktober in Berlin zu ihrem ersten ordentlichen Bundeskongress. 1008 Delegierte werden 1125 Anträge sowie etliche, erst nach Kongressbeginn eingehende Initiativanträge beraten. Ein Gewerkschaftstag der Superlative, von dem vor allem ein Signal ausgehen soll: ver.di hat sich als politische Kraft etabliert.

Dass dieses Signal auch in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird, dürfte nicht nur an den fast 500 Anträgen zur Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, zur Zukunft der Rentenversicherung und des öffentlichen Dienstes, zum Gender Mainstreaming, zur Friedenspolitik und zur Globalisierung liegen, sondern auch am Timing des Gewerkschaftstages, der einen Tag nach der entscheidenden Abstimmung des Bundestags über die Hartz-Gesetze beginnt.

Doch vor die politische Debatte hat die Kongressregie die Entscheidung über die satzungsändernden Anträge und die Neuwahlen des Bundesvorstands gesetzt. Bis zum 2. ordentlichen Bundeskongress 2007 soll die Zahl der Vorstandsmitglieder von heute 16 auf elf reduziert werden (A 1). Aus Alters- oder aus persönlichen Gründen frei werdende Vorstandsfunktionen sollen nicht neu besetzt und die neun Funktionsbereiche schrittweise zu sechs Einheiten zusammengefasst werden. So eine weitere Empfehlung des Gewerkschaftsrates (A 2). Die entsprechenden Satzungsbeschlüsse stehen allerdings unter Vorbehalt der Delegierten der fünf Gründungsgewerkschaften: Damit keiner von ihnen während der Aufbauhase der neuen Gewerkschaft von den anderen majorisiert wird, hatten sich DPG, HBV, IG Medien, ÖTV und DAG während der ver.di-Gründung auf einen weit gehenden Minderheitenschutz verständigt, der jedem der fünf Gründungsgewerkschaften bis zum 2. ordentlichen Bundeskongress 2007 eine angemessene Vertretung in allen Gremien garantiert.

Rückgang in vier Fachbereichen

Mitglieder der 13 ver.di-Fachbereiche 2001 – 2003



1) einschließlich der zurzeit 7 389 keinem Fachbereich zugeordneten Mitglieder

Quellen: Auswertung der Mitgliederstatistik MIP der ver-di-Gründungsgewerkschaften (2001), ver.di-Bundesvorstand (2003)

Seit Anfang 2001 hat ver.di 203 027 Mitglieder verloren. Zwei Drittel des Rückgangs (134 258 Mitglieder) entfallen auf vier der dreizehn Fachbereiche: den Bereich Bund, Länder und Gemeinden, den Handel sowie die Medien- und Druckbranche. Im Bereich Gesundheit, soziale Dienste, Kirchen sowie bei Bildung und Forschung konnte ver.di hingegen zulegen.

Ein weiterer entscheidender Antrag (A 5) bezieht sich auf die Matrixstruktur: die Doppelstruktur aus Fachbereichen und der Gesamtorganisation auf Bezirks-, Landes- und Bundesebene. Ursprünglich als ein Instrument der Machtkontrolle entstanden, das den Mitgliedern der fünf Gründungsgewerkschaften über die Fachbereiche einen Teil der politischen Gestaltungsmöglichkeiten innerhalb der neuen Großorganisation erhalten soll, gilt die Matrix inzwischen als Strukturvorteil. Sie habe sich als Prinzip, das hohe Fachlichkeit mit betrieblicher und regionaler Präsenz verbindet, bewährt. Allerdings müsse die Matrix weiterentwickelt werden: Die Durchführung von Wahlen müsse vereinfacht, Überregulierung reduziert und ein effektiver Ressourceneinsatz durch den Abbau von Doppelstrukturen erreicht werden, so der Leitantrag.

Handlungsnotwendigkeiten sieht der ebenfalls vom Gewerkschaftsrat eingebrachte Antrag A 5 vor allem auf der Bezirksebene, wo kleinere Fachbereiche wegen fehlender Mitglieder nicht abgebildet werden können. Die Matrix als grundlegendes Organisationsprinzip habe „langfristig nur dann ein Chance, wenn sie auf allen Organisationsebenen gelebt wird“, so der Antrag. Nachsteuern sollen die Delegierten auch bei den Finanzen. Die Budgetierungsrichtlinie soll bis 2005 „den bestehenden Erfordernissen“ angepasst werden. Die zur Verfügung stehenden Mittel sollen zu Gunsten freier Spitzen nicht bereits zu Beginn des Haushaltsjahres vollkommen verplant werden.

Mit dem Berliner Kongress endet die Aufbauphase von ver.di. Die inneren Widersprüche in der Organisationsstruktur sollen schrittweise bis zum kommenden Bundeskongress aufgelöst, der Blick zunehmend auf die politische Gestaltungskraft von ver.di gerichtet werden. •

Neustart der Programmdebatte

In Berlin will ver.di seine seit zwei Jahren brachliegende Programmdebatte wieder aufnehmen. „Der Bundesvorstand wird beauftragt, unverzüglich eine Zukunftsdebatte auf den Weg zu bringen“, fordert der vom Bezirk Linker Niederrhein eingebrachte Antrag B 15. Einer von einem knappen Dutzend fast gleichlautender Anträge.

„Der Ansehensverlust der Gewerkschaften ist gewachsen“, heißt es in der Antragsbegründung. Organisierte und nichtorganisierte ArbeitnehmerInnen hätten zunehmend „Zweifel an der Glaubwürdigkeit“ der Gewerkschaften insgesamt. Die politischen Angriffe auf die sozialen Errungenschaften sowie die Versuche, die Gewerkschaften zu entmachten, erforderten „nicht nur massive gewerkschaftspolitische Gegenwehr, sondern auch nach vorne gerichtete Antworten“.

Neben der Vielzahl der Anträge zur programmatischen Modernisierung von ver.di werden auf dem Bundeskongress auch etliche Initiativanträge erwartet, die sich kritisch mit der Agenda 2010 und der Politik der Bundesregierung auseinandersetzen. Die Gewerkschaftslinke will zu direkten Aktionen gegen die Agenda 2010 aufrufen.

DGB-Medienpolitik

Vernetzung geplant

Die Medienpolitik soll in Zukunft wieder ein stärkeres Gewicht im DGB erhalten. Die Arbeit der Gewerkschaftsvertreter in den Programmbeiräten und Aufsichtsgremien der Rundfunkanstalten soll vernetzt, ihr Informationsaustausch durch gemeinsame Konferenzen verbessert werden. Das ist das Ergebnis der medienpolitischen Tagung des DGB Ende September in Berlin.

Ziel des stärkeren Engagements des DGB ist insbesondere der Erhalt der Medienvielfalt. Medienpolitik dürfe nicht nur als Standortpolitik verstanden werden, so die Forderung eines auf der Tagung präsentierten Diskussionspapiers der Grundsatzabteilung. Um ihr Gewicht zu erhöhen, müssen die Gewerkschaften nach Meinung des DGB-Vorsitzenden Michael Sommer für die Medienpolitik in Zukunft mehr Ressourcen bereitstellen. •

Im Faxabruf: 0211 / 43 01 672 Materialien für die Medienpolitik des DGB (Auszüge)

Gewerkschaft NGG

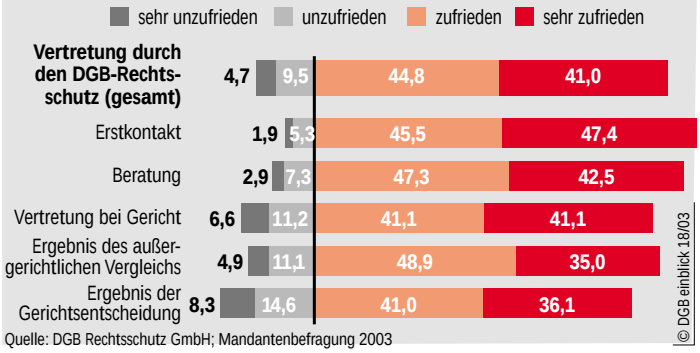
Bereits 700 Online-Beitritte

Zeitgleich mit dem Beginn ihres Gewerkschaftstags am 6. Oktober hat die Gewerkschaft Nahrung – Genuss – Gaststätten (NGG) ihre neue Homepage online stellt. Neben Basisinformationen über Aufbau und Ziele der NGG werden auch Positionspapiere zu zentralen politischen Themen vom Arbeitsschutz bis zur Gentechnik vorgestellt. NGG-Mitglieder finden zudem in Kürze in einem geschützten Bereich detaillierte Informationen zur Tarifpolitik. Und unter dem Slogan „Stark im Kommen“ bietet die NGG allen Besuchern ihrer Site die Möglichkeit zum Online-Beitritt. Rund 700 Mitglieder haben dieses bereits seit dem letzten Jahr bestehende Angebot bislang genutzt. Rund zwei Drittel der Neuzugänge entfallen auf den Gaststättenbereich, in dem die NGG kaum über gewachsene Strukturen verfügt. •

www.ngg.net

86 Prozent zufrieden

Leistung der DGB Rechtsschutz GmbH im Urteil ihrer Kunden 2003 (in Prozent)



Quelle: DGB Rechtsschutz GmbH; Mandantenbefragung 2003

86 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder, die von der DGB Rechtsschutz GmbH vertreten wurden, sind mit deren Leistung „zufrieden“ oder „sehr zufrieden“. Das hat die Rechtsschutz-GmbH mit Hilfe der im Juni/Juli durchgeführten Mandantenbefragung 2003 ermittelt. Bei der letzten Befragung 2001 hatte sich nur 83 Prozent ähnlich positiv geäußert. 14 Prozent der befragten Mitglieder waren mit ihrer Vertretung allerdings weniger zufrieden, fünf Prozent sogar „sehr unzufrieden“.

Agenda 2010 – die Zerreissprobe

Weder Held noch Märtyrer

Der SPD-Linke Fritz Schösser macht seine Zustimmung zu den Hartz-Gesetzen von Zugeständnissen der Fraktionsführung abhängig: „Der Preis dafür muss sich in Grenzen halten." Gleichzeitig ruft der bayerische DGB-Vorsitzende die Kritiker der Agenda 2010 auf, nicht zu resignieren, sondern sich zu engagieren.

Fritz Schösser, 56, SPD-Bundestagsabgeordneter und Vorsitzender des DGB Bayern, zählt zu den schärfsten Kritikern der Agenda 2010. Gemeinsam mit fünf anderen Abgeordneten hat er gegen die Gesundheitsreform gestimmt.

Mit „Sozialromantik" kann aufgeräumt werden – der Boden dafür ist bereitet. Die Meinungsmache der Arbeitgeberverbände hat zur Hoheit über die veröffentlichte Meinung geführt. Die soziale Marktwirtschaft wird als Schnee von gestern abgetan. **Jeder für sich und die Almosen für die Armen,** lautet die Vision der Freibeuter der modernen Sozialpolitik.

Das ist nicht neu. Neu ist, dass auch die rot-grüne Bundesregierung darin einen Ansatz für die Lösung der arbeitsmarktpolitischen und ökonomischen Probleme sieht. Die Reichen reicher und die Armen ärmer zu machen, hat aber mit Reformpolitik nichts zu tun. Im Gegenteil. Richtig ist, dass die staatlichen Kassen leer sind. Richtig ist auch, dass Lösungen gesucht und gefunden werden müssen. Die soziale Demontage der Regierung Kohl hat keine Beschäftigungsimpulse ausgelöst. **Wird sie jetzt ein Wachstumswunder auslösen, weil ein rot-grüner Kanzler sie anordnet?**

Zugegeben: Vor diesem Hintergrund ist es nicht ganz einfach, als Gewerkschafter in der SPD-Bundestagsfraktion zu bestehen. Bei der Abstimmung über die Gesundheitsreform scherten sechs SPD-Abgeordnete aus und votierten mit nein. Die Ausgrenzung von Krankengeld und Zahnersatz aus dem Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung und damit aus der paritätischen Finanzierung waren dafür die ausschlaggebenden Gründe. **Der Preis für den Konsens mit der CDU/CSU war zu hoch.**

Als Abweichler und als charakterlose Gesellen werden wir beschimpft. Es sei nicht um eine Gewissensentscheidung gegangen, sagen andere. Ich frage mich, um was denn sonst? **Das Gewissen eines Abgeordneten beginnt doch nicht erst mit dem Waffengang am Hindukusch!** Haben Entscheidungen, die den inneren Frieden und die soziale Gerechtigkeit im eigenen Land betreffen, nichts mit dem Gewissen zu tun? Geht es da nicht um Menschenschicksale?

Es gab auch viel Zuspruch für uns. Das ist Balsam auf die politischen Wunden. Aber eines muss klar bleiben: Ich will weder Held noch Märtyrer sein. Helden sterben bekanntlich jung und Märtyrer werden vorher gefoltert. Danach habe ich keine Sehnsucht.

Freunde aus den Gewerkschaften teilen mir mit Stolz mit, dass sie aus Protest aus der SPD ausgetreten seien. Man möge es mir nachsehen, wenn sich meine Begeisterung darüber in Grenzen hält. Wir brauchen Unterstützung in der SPD und in den anderen Parteien für unsere gewerkschaftlichen Positionen, keine demonstrativen Austritte. Politischer wäre es, **wenn sich Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter wieder stärker in den Parteien engagieren** und nicht das Feld anderen überlassen würden. Bei politischen Richtungsentscheidungen geht es darum, für seine Positionen zu kämpfen und nicht darum, die Segel zu streichen, wenn einem die Brise zu stark um die Nase weht. Deshalb: Rein in die Parteien – aber nicht rein in die gewerkschaftspolitische Emigration.

Am 17. Oktober steht im Bundestag die parlamentarische Umsetzung von Hartz III und IV an. Es geht u.a. um die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe. Auch hier gibt es erheblichen sozialen Sprengstoff.

Offensichtlich besteht aber die Bereitschaft, auf Änderungswünsche einzugehen. Das ist auch notwendig. Das beginnt bei den Zumutbarkeitsregelungen und reicht über die Anspruchsvoraussetzungen für den Bezug von Arbeitslosengeld II bis zur Übertragung der gerichtlichen Zuständigkeit bei Rechtsstreitigkeiten.

Ich baue darauf, dass die Fraktion und ihre Führung nicht nur Druck auf diejenigen ausübt, die bei der Gesundheitsreform mit nein gestimmt haben, sondern jetzt auch zu Kompromissen in den eigenen Reihen bereit sind. Auch mein Ziel ist es, eine Mehrheit in den eigenen Reihen zu erzielen. Aber auch für diese Abstimmung gilt: **Der Preis dafür muss sich in Grenzen halten.**

Übrigens: Die Drohung, dass man ansonsten in Kauf nähme, dass die Oppositionsparteien ihre sozialpolitischen Folterinstrumente auspacken, ist real und ich nehme sie ernst. Eine Entschuldigung dafür, den neoliberalen Kräften auf den Leim zu gehen, darf sie aber nicht sein! •

SPD im Stimmen-Tief

Der DGB hält die rot-grüne Reformpolitik grundsätzlich für falsch, bemüht sich aber weiterhin um Verbesserungen. Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer sagte dem Berliner „Tagesspiegel", es könne nicht sein, dass auch Jobs ohne Sozialversicherungsschutz zumutbar sind. „Und wir müssen verhindern, dass Langzeitarbeitslosigkeit zu Altersarmut führt."

Am 17. Oktober stehen im Bundestag die Hartz-Gesetze zur Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zur Abstimmung. Die SPD verliert aufgrund der umstrittenen Reformvorhaben verstärkt Mitglieder. Laut einer dpa-Umfrage unter den SPD-Landesverbänden sank die Mitgliederzahl durch Austritte seit Jahresbeginn um 1,5 bis 4 Prozent.

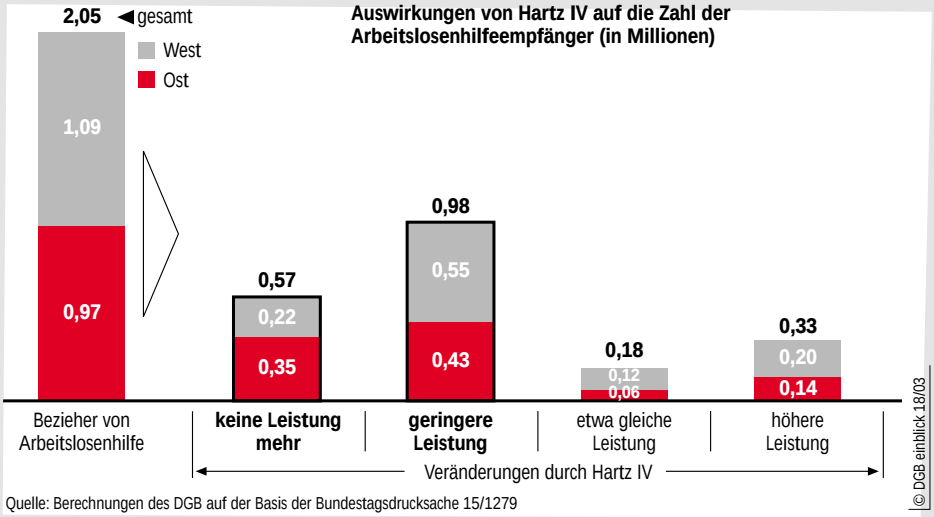
Die SPD hätte nur 27 Prozent der Stimmen gewonnen, wenn am 5. Oktober Wahl gewesen wäre. Das hat eine Befragung von Infratest-Dimap im Auftrag der ARD ergeben. 84 Prozent der Befragten sind mit der Berliner Koalition unzufrieden. Einen ähnlich schlechten Wert gab nach ARD-Angaben zuletzt 1999. Dennoch glauben 56 Prozent, dass die Regierung die Legislaturperiode durchhält, so das Ergebnis einer Forsa-Umfrage im Auftrag von N24.

Postvertriebsstück A 45918 Vertrieb durch Toennes Druck + Medien Gmbh, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath

die DGB grafik

LANGZEITARBEITSLOSE: Hartz führt zur Verarmung

Drei von vier Beziehern von Arbeitslosenhilfe müssen durch die von Rot-Grün geplante Verschmelzung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld II mit Einbußen rechnen. Den 1,5 Millionen Arbeitslosen, die keine oder nur noch eine verringerte Leistung erhalten, stehen lediglich 330 000 Betroffene gegenüber, die durch Hartz IV höhere Leistungen bekommen. Das hat der DGB auf der Basis der Antwort der Bundesregierung auf eine schriftliche Anfrage des Unionsabgeordneten Robert Hochbaum errechnet.



Quelle: Berechnungen des DGB auf der Basis der Bundestagsdrucksache 15/1279

Tipp

Buch: *Joachim Beerhorst, Jens-Jean Berger (Hrsg.), **Die IG Metall auf dem Weg in die Mitte?** VSA-Verlag, Hamburg 2003, 172 Seiten, 12,80 Euro*

Über Monate haben die Gewerkschaften die Agenda 2010 von Bundeskanzler Gerhard Schröder als unsozial und ungerecht kritisiert und sind für ihre Forderungen auf die Straße gegangen. Genutzt hat es ihnen wenig. Weder in Bezug auf die Regierungspolitik, noch bei den eigenen Mitgliedern. Sie teilen zwar die Kritik der Gewerkschaften an der Agenda 2010, nicht aber deren Protestformen, so das nüchterne Fazit des ehemaligen IG Metall-Vorsitzenden Klaus Zwickel.

Dokumentationen von Gewerkschaftstagungen gehören sonst nicht zu den Büchern, in denen führende Funktionäre wesentliche Elemente ihrer eigenen Politik in Frage stellen. Der Band von Beerhorst und Berger, der die Beiträge des „Gewerkschafts- und gesellschaftspolitischen Forums“ der IG Metall vom Juni in Berlin dokumentiert, fragt nach neuen Wegen, wie sich die Gewerkschaften stärker in die Debatte über die Reform des Sozialstaats einmischen können.

Impressum *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** *einblick* Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Udo Perina, Christian Paulsen **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef, Stephan Hegger, Norbert Hüsson (verantwortlich für diese Ausgabe), Sybille Pape (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030 / 30 88 24 - 0, Fax 030 / 30 88 24 - 20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: red.einblick@t-online.de **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030 / 85 99 46 - 240, Fax 030 / 85 99 46 - 100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design, Sprockhövel **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** Toennes Druck + Medien GmbH, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel. 0211 / 9 20 08 - 26, Fax 9 20 08 - 38
Alle aktuellen *einblick*-Hintergrundtexte im Überblick: Fax-Abruf 0211 / 43 01 689
Nachdruck frei bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren.

personalien

••• ***Dietmar Hexel,*** 53, Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstands des DGB, ist am 25. September vom Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben zu dessen Präsident gewählt worden. Als Vorsitzende des vom DGB und dem Volkshochschulverband (VHS) getragenen Arbeitskreises wurden ***Dieter Eich,*** 57, Geschäftsführer des DGB-Bildungswerks, und ***Jürgen Nestmann,*** 57, Leiter der VHS Hagen, gewählt.

14 TAGE

14.-18.10. IG Metall, Fortsetzung des 20. ordentlichen Gewerkschaftstages, Hannover

15.10. DGB Thüringen, Landesseniorenkonferenz, Erfurt

15./16.10. DGB-Bildungswerk Tagung „Kontroll/Netze – Privatspäre“, Hattingen

16.10. DGB-Bundesvorstand, Tagung „Unsere Reformansprüche für die gesetzliche Rentenversicherung“, Berlin

17.10. DGB Thüringen, Landesjugendkonferenz, Tabarz

18.-25.10. ver.di, 1. ordentlicher Bundeskongress, Berlin

20.10. DGB-Region Frankfurt-Rhein-Main, Diskussionsrunde „Die Hartz-Papiere – Auswirkungen auf die Frauen, mit Prof. Dr. Ingrid Kurz-Scherf, Frankfurt/M.

20.10. DGB Nord, DGB Hamburg, Veranstaltung „Stiftungsmodell stoppen, Reform der beruflichen Schulen beginnen“, Hamburg

21.10. DGB Sachsen, Tagung „Folgen des demografischen Wandels für Sachsen“, Dresden

Schlusspunkt

„Die Welt der Angela Merkel ist nicht meine CDU.“

Der ehemalige Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU) über den Beschluss der CDU-Spitze, die Vorschläge der Herzog-Kommission zum Umbau der sozialen Sicherungssysteme „eins zu eins“ zu übernehmen. Die Herzog-Kommission konzentriere sich auf den Geldbeutel der Versicherten. Um mächtige Anbieter mache sie eine Kurve, so Blüm.

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 27.10.2003 19/03

DGB

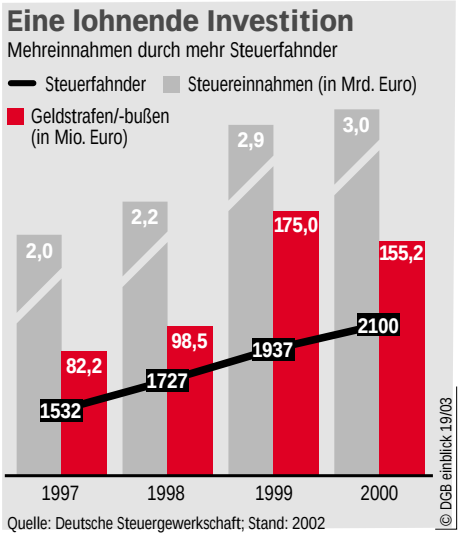
Steuerhinterziehung

Rot-Grün verschenkt Milliarden

Die Haushaltsprobleme des Bundes, der Länder und der Sozialversicherungen wären weitgehend gelöst, würde der Fiskus nicht schamlos betrogen. Die Bekämpfung von Sozialbetrug und Steuerhinterziehung sei ein „weitgehend unbeachteter Beitrag zur Sicherung der Sozialsysteme“, sagt Konrad Freiberg, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei. „Hätten wir mehr Ermittler, könnten wir weitaus mehr Tätern das Handwerk legen“. Erforderlich sei der zügige Aufbau einer starken Finanzpolizei.

Auf 70 Milliarden Euro schätzt die Deutsche Steuer-Gewerkschaft (DStG) das Ausmaß der Steuerhinterziehung. „Und das ist noch vorsichtig geschätzt“, versichert DStG-Vorsitzender Dieter Ondracek auf *einblick*-Anfrage.

Die zum Deutschen Beamtenbund gehörende Steuer-Gewerkschaft stützt sich auf Forschungsergebnisse des Volkswirtschaftlers Friedrich Schneider von der Uni Linz/Österreich. Schneider beziffert den Umsatz der Schattenwirtschaft in Deutschland für 2003 auf 17 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) oder 370 Milliarden Euro. Legt man dieser Summe die durchschnittliche Steuerlastquote von 21 Prozent zugrunde, kommen sogar mehr als 70 Milliarden Euro zusammen.



Die Einstellung von Steuerfahndern lohnt sich. 2000 kam im Vergleich zu 1997 auf diese Weise über eine Milliarde Euro mehr Geld in die Staatskasse.

20 Milliarden Euro davon ließen sich laut DStG nachträglich kassieren, nähme der Staat das Problem ernster. Vor allem sollte die Zahl der zurzeit 2400 Steuerfahnder aufgestockt werden. Ondracek: „1500 mehr wären gut.“

Schärfer als die Gewerkschaften kritisiert der Bundesrechnungshof die rot-grüne Koalition. Der Steuerbetrug „in zweistelliger Milliardenhöhe“ werde durch geltende gesetzliche Regelungen „ermöglicht“, heißt es im Bericht des Bundesrechnungshofs von Anfang September. Es sei „dringend geboten, die offenkundigen Gesetzeslücken zu schließen“.

Der Bericht sei vom Finanzausschuss des Bundestages positiv aufgenommen worden, berichtet zwar der Sprecher des Bundesrechnungshofs, Joachim Romers. Er bestätigt aber, dass der Gesetzgeber noch nicht alle Vorschläge des Rechnungshofs aufgegriffen hat. So hatte der Rechnungshof beispielsweise zur Bekämpfung des innereuropäischen Karussellbetrugs vorgeschlagen, die Haftung für die Umsatzsteuer auf die Unternehmen auszudehnen, die von den betrügerischen Praktiken ihrer Geschäftspartner wissen können. Auch der Bundesrechnungshof hält hinterzogene Steuern in zweistelliger Milliardenhöhe für rückholbar. •

plusminusBERLIN

+ ***Peter Götz, kommunalpolitischer Sprecher der Union, fordert, dass diejenige staatliche Ebene für öffentliche Aufgaben zahlt, die sie beschlossen hat, und nicht die Ebene, die den Beschluss lediglich umsetzt. Insbesondere die Kommunen werden häufig durch von Bund und Ländern beschlossene Aufgaben belastet.***

– ***Rainer Brüderle, wirtschaftspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion, ist gegen die Pläne der Bundesregierung, Schwarzarbeit härter zu bestrafen. Dadurch würden Menschen kriminalisiert, die lediglich aus „Notwehr vor der hohen Abgabenlast“ handelten. Selbst mehr Kontrolleure sind für Brüderle nur „mehr Bürokratie“.***

inhalt

Seite 3

Das Boot wird immer leerer

30 Jahre nach dem Anwerbestopp für ausländische ArbeitnehmerInnen gibt es noch immer kein Zuwanderungskonzept. Die politische Debatte verharrt auf Stammtischniveau

Seite 5

Weniger Chancen für Problemgruppen

Um Kosten zu sparen, will die Bundesanstalt für Arbeit Maßnahmen zur beruflichen Weiterbildung zentral vergeben

Seite 7

Kein Abschied von Bismarck

Die Vorschläge der Herzog-Kommission hebeln den Sozialstaat nicht aus den Angeln, meint der stellvertretende CDA-Vorsitzende und Bundestagsabgeordnete Gerald Weiß

Der Surf-Tipp fürs Internet

http://www.dgb.de/themen/Tarifpolitik/tarifautonomie/index_html/

Infos und Links zur Tarifautonomie

Im Faxabruf

0211 / 43 01 683

Eckpunkte des DGB für die Weiterentwicklung der Rentenreform und zur Stabilisierung des Beitragssatzes (Auszüge)

Europäisches Sozialforum

Suche nach einer anderen Welt

„Eine andere Welt ist möglich – ein anderes Europa ist nötig.“ Unter diesem Motto steht das zweite Europäische Sozialforum vom 12. bis 15. November in Paris. Das Europäische Sozialforum ist Teil der Vorbereitungen auf das nächste Weltsozialforum Mitte Januar 2004 im indischen Mumbai. Bei dem Treffen in Paris wollen Mitglieder aus sozialen Bewegungen und Gewerkschaften über Alternativen zum derzeit in ganz Europa zu beobachtenden Trend zum radikalen Abbau sozialer Sicherungssysteme und zur Militarisierung der Außenpolitik diskutieren. Unterstützt wird das Europäische Sozialforum neben dem DGB auch von den Gewerkschaften IG Metall, GEW, TRANSNET und ver.di. Interessenten können sich über das Internet für das Sozialforum anmelden. •

www.fse-efs.org

Bildungsstandards

Wundermittel oder Teufelszeug?

Knapp zwei Jahre nach der Veröffentlichung des für Deutschland blamablen PISA-Tests setzen die Bundesländer auf die Einführung von Bildungsstandards für alle Schulen. Welche Konzepte sich hinter dem sperrigen Begriff verbergen, und ob Bildungsstandards tatsächlich geeignet sind, um die zentralen Mängel des deutschen Schulsystems zu überwinden, hinterfragt die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) auf ihrer Konferenz „Bildungsstandards – Wundermittel oder Teufelswerkzeug?“. ReferentInnen der Veranstaltung am 31. Oktober und 1. November in Berlin sind der Deutschland-Koordinator der PISA-Studie, Andreas Schleicher, Bildungsministerin Edelgard Bulmahn, der Essener Bildungsforscher Klaus Klemm und die GEW-Vorsitzende Eva-Maria Stange. •

Fragen an ...

Erich Standfest, 60, Vorstandsvorsitzender des Verbandes Deutscher Rentenversicherer (VDR), vermisst die soziale Balance der rot-grünen Rentenbeschlüsse.

■ Alle fallen über die Regierung her. Lässt auch der VDR kein gutes Haar an den Rentenplänen?

■ *Begeisterung lösen sie nicht aus. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik werden die Renten gekürzt, die Absenkung der Schwankungsreserve – des Finanzpolsters der Rentenkassen – macht die Rente vom Bundeshaushalt abhängig, und die Einführung des Nachhaltigkeitsfaktors bedeutet in den nächsten Jahren den Ausschluss der Rentner von der Inflationssicherung.*

■ Die Regierung hat nur die Wahl zwischen zwei Übeln: Entweder den Rentnern in die Tasche greifen oder die Rentenbeiträge erhöhen.

■ *Sie hätte beides machen sollen, um die Lasten gerecht zu verteilen, zum Beispiel durch Erhöhung des Beitragssatzes um 0, 4 auf 19,9 Prozent. Dann hätte man ohne Rentenkürzung auskommen können.*

■ Jede weitere Belastung des Faktors Arbeit wäre eine Katastrophe für den Arbeitsmarkt, sagt Florian Gerster, Vorsitzender der Bundesanstalt für Arbeit.

■ *Das ist eine Glaubensfrage, die uns nicht weiterhilft.*

■ Um wie viel belasten die Rentenbeschlüsse die Rentner?

■ *Dass sie die Beiträge zur Pflegeversicherung alleine finanzieren sollen, statt gemeinsam mit der Rentenversicherung, kostet den Durchschnittsrentner zehn Euro pro Monat. Hinzu kommt, dass er im nächsten Jahr auf eine Rentenerhöhung verzichten muss.*

■ Zweifelt der VDR an der Verfassungsmäßigkeit der Rentenpläne?

■ *Nein. Jedenfalls bisher nicht.*

wiewardiewoche?

Foto: Steffen Jänicke

Sparprogramme haben auch in den Ländern Konjunktur. Allein Hessen will im kommenden Jahr über 30 Millionen Euro bei den „freiwilligen Leistungen“ sparen. Wohlfahrtsverbände, soziale Einrichtungen, kirchliche Institutionen und Gewerkschaften machen gemeinsam dagegen mobil. Sie fürchten die Zerschlagung der sozialen Infrastruktur. Für Jürgen Planert, 45, Vorsitzender der DGB-Region Starkenburg, ist der Protest keine Pflichtübung. Der vom DGB mit initiierte „Darmstädter Ratschlag gegen Sozialabbau“ hat nicht nur das Ansehen der Gewerkschaften in der Region gestärkt, sondern dem DGB auch neue Mitglieder gebracht.

Über 10 000 Arbeitsplätze werden nach Berechnungen von DGB und Wohlfahrtsverbänden in den kommenden Jahren in Hessen vernichtet, weil die Landesregierung Mittel für soziale und beschäftigungspolitische Einrichtungen streichen und die Arbeitszeit für Beamte auf 42 Stunden verlängern will.

In Darmstadt steht durch die Streichoperation nicht nur das Fortbildungsangebot der Frauenselbsthilfe auf der Kippe, das Frauen mit großem Erfolg fit für den ersten Arbeitsmarkt macht, sondern auch die Jugendberufshilfe und die Beratung für MigrantInnen. Und wer privat überschuldet ist, muss in Zukunft mit einer mehrjährigen Wartezeit bei der Schuldnerberatung rechnen. Der DGB hat deshalb den „Darmstädter Ratschlag gegen Sozialabbau“ mit gegründet. Wir versuchen, für die sozialen Initiativen nützlich zu sein. Die machen eine gute Arbeit, haben aber keine Lobby.

Viele sind durch die Angriffe der Landesregierung überfordert. Sie erwarten unsere Unterstützung, weil der DGB für eine andere Politik steht. Und weil wir wissen, wie man Protest öffentlichkeitswirksam organisieren kann. 140 Vertreter sozialer Organisation haben sich allein am 10. Oktober in ganz Hessen an der „Aktion Arbeitssuche“ beteiligt. Pünktlich um 10 Uhr haben sich diejenigen, die sonst anderen in schwierigen Situationen helfen, vorsorglich schon einmal selbst beim örtlichen Arbeitsamt arbeitssuchend gemeldet. Am Mittwoch darauf waren es sogar 10 000, die in Wiesbaden gegen den drohenden Kahlschlag demonstriert haben. Und für den 18. November, den „Tag der Verweigerung“, erwarten wir noch mehr.

Dass der DGB bei den Protesten eine tragende Rolle spielt, zeigt, dass die Gewerkschaften gebraucht werden. Aber wir werden davon nur profitieren, wenn wir für alle offen sind, auch für die nicht Organisierten. Langfristig rechnet sich das auch für die Gewerkschaften. In Darmstadt haben wir in den letzten Wochen dadurch neue Mitglieder gewonnen.

Migrationspolitik

Das Boot wird immer leerer

Vor 30 Jahren, am 23. November 1973, beschloss die Bundesregierung den Anwerbestopp für ausländische ArbeitnehmerInnen.

Über viele Jahre kam die Auseinandersetzung zum Thema Ausländer in Deutschland „nicht über Stammtischniveau hinaus“, stellte der Journalist Herbert Riehl-Heyse bereits im November 1972 fest. Einige Tage zuvor hatte das Bundesverwaltungsgericht eine Entscheidung des Münchner Verwaltungsgerichtes bestätigt, nach der ein Türke keinen Rechtsanspruch auf Verlängerung seiner abgelaufenen Aufenthaltsgenehmigung habe, weil „die Bundesrepublik kein Einwanderungsland ist“. Ein Jahr später beschloss die SPD/FDP-Regierung den Anwerbestopp für ausländische Arbeitskräfte.

Nach dreißig Jahren scheint sich am Stammtischniveau nicht viel geändert zu haben. „Die Bundesrepublik Deutschland braucht Zuwanderung, denn das Boot ist nicht voll, sondern es wird immer leerer“, schreibt der saarländische Ministerpräsident Peter Müller (CDU) im Bericht der Zuwanderungskommission seiner Partei. SPD und Union ließen in einer beispiellosen Polit-Komödie das rot-grüne Zuwanderungsgesetz trotzdem im März 2002 im Bundesrat scheitern. Dieser Tage beschäftigt sich der Vermittlungsausschuss erneut mit dem Gesetz.

Nach dem Zweiten Weltkrieg kamen die ersten ausländischen Arbeitskräfte Anfang der Fünfzigerjahre als Erntehelfer nach Baden-Württemberg. Am 22. Dezember 1955 schlossen die Bundesrepublik und Italien den ersten Anwerbevertrag. Das Wort vom „wenig glücklichen Sammelbegriff Gastarbeiter“ (*FAZ* vom 12. Januar 1973) war geboren. Bis 1968 folgten solche Verträge zur Anwerbung ausländischer ArbeitnehmerInnen mit der Türkei, Griechenland, Portugal, Spanien, Jugoslawien, Marokko und Tunesien. So ist der Streit um die Arbeitsimmigranten fast so alt wie die Bundesrepublik selbst. Erst gefeiert, dann gefeuert – so in etwa lässt sich die Einwanderungsgeschichte im Nachkriegsdeutschland zusammenfassen. Wurde der millionste „Gastarbeiter“ noch mit großem Bahnhof empfangen, wehte den „Gästen“ ab Mitte der Sechziger der Wind immer rauer um die Ohren.

„Bonn: Das ‚Ausländer-Maß’ ist voll“ titelte die *Süddeutsche Zeitung* am 15. März 1973; die Bundesregierung sei der Auffassung, dass die Bundesrepublik kein Einwanderungsland wäre. Der damalige Bundesarbeitsminister Walter Arendt (SPD) legte einen Bericht vor, in dem er vor einer weiteren „ungesteuerten Entwicklung der Ausländerbeschäftigung“ warnte, da sonst „soziale Konflikte nicht mehr auszuschließen“ seien. Der damalige Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) bescheinigte den „ausländischen Arbeitnehmern“ am 5. Oktober 1972, ohne deren „Mitarbeit wäre die deutsche Wirtschaft seit Jahren nicht funktionsfähig“, doch „mit über 2,5 Millionen ausländischen Arbeitnehmern dürften wir uns der kritischen Grenze so langsam genähert haben.“

Lebten 1973 etwa 4,1 Millionen Ausländer bei uns, sind es derzeit 7,3 Millionen. „Alles in allem geht ein Drittel der Bevölkerung der alten Bundesrepublik auf Zuwanderung zurück“ schreibt Karl-Heinz Meier-Braun in seinem Buch „Deutschland, Einwanderungsland“ (siehe Randspalte).

?...nachgefragt

Foto: Birgit Lehmann

„Was hat der Anwerbestopp 1973 bewirkt?“, hat *einblick* den Referatsleiter Migrationspolitik beim DGB-Bundesvorstand, Volker Roßocha, gefragt.

Der Anwerbestopp war der Endpunkt einer verfehlten Ausländerpolitik. Sie basierte auf der Annahme, man könne akut fehlende Arbeitskräfte durch eine befristete Anwerbung nach dem Leasing-Verfahren aus anderen Ländern holen. Mit dem Anwerbestopp verbunden war für einen Teil der ausländischen Staatsangehörigen eine arbeitsrechtliche Diskriminierung. Sie durften zwar in Deutschland z.B. als Familienangehörige leben, hatten aber nur einen nachrangigen oder beschränkten Zugang zum Arbeitsmarkt. Dies System gilt bis heute etwa für Bürgerkriegsflüchtlinge, ihre Angehörigen, für Geduldete und viele Drittstaatsangehörige mit einer befristeten Aufenthaltserlaubnis.

Mit dem Zuwanderungsgesetz, das jetzt im Vermittlungsausschuss verhandelt wird, bleibt die Praxis des nachrangigen Zugangs zum Arbeitsmarkt erhalten. Eigentlich sollte ein Neuanfang, ein Perspektivenwechsel in der Einwanderungspolitik eingeleitet werden. Dafür sprach sich jedenfalls die von der Bundesregierung einberufene Unabhängige Kommission Zuwanderung aus. Zwar haben auch die Unionsparteien inzwischen anerkannt, dass Einwanderung nach Deutschland stattgefunden hat, doch die Konsequenzen wollen sie lieber nicht ziehen. Fazit: Es bedarf noch viel Überzeugungsarbeit, bis die Zugewanderten als Bereicherung akzeptiert werden und bevor wir guten Gewissens sagen können: Deutschland ist ein Einwanderungsland!

Fakten gegen Mythen

Mit spitzer Feder und kenntnisreich schildert Karl-Heinz Meier-Braun in seinem Buch „Deutschland, Einwanderungsland“ die Geschichte der Migration hierzulande. Er entlarvt Politikerlügen und rückt der oft schrägen Ausländerberichterstattung in den Medien zu Leibe. Die Ein- und Auswanderungsgeschichte zum Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts wird nachgezeichnet, und in einem erhellenden „Zahlenkapitel“ führt der Autor humorvoll durchs Dickicht der Statistik und stellt fest, „in Deutschland ist ein ständiges Kommen und Gehen“. Er beleuchtet die „sechs Phasen der Ausländerpolitik“ zwischen 1952 und 2002, um danach die Perspektiven des Einwanderungslandes Deutschland aufzuzeigen.

Meier-Braun ist Leiter der Redaktion International des Südwestrundfunks (SWR) und Ausländerbeauftragter des Senders. Ferner ist er Lehrbeauftragter der Universität Tübingen und Mitglied im „Rat für Migration“, einem bundesweiten Zusammenschluss von WissenschaftlerInnen, die sich mit Fragen der Migration, Integration und interkulturellen Begegnung beschäftigen.

Karl-Heinz Meier-Braun:
Deutschland, Einwanderungsland,
Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 2002, 201 Seiten, 10 Euro

PROJEKTE UND PARTNER

Leben und Arbeiten

Fortbildung früh planen

Wie sich eine qualifizierte Fortbildungsberatung für alle Beschäftigten im Unternehmen umsetzen lässt, steht im Mittelpunkt der Tagung „Qualifiziert beraten für die Zukunft". Schwerpunkte der Veranstaltung am 12. November in Hamburg sind die speziellen Erfordernisse von Metall-, Elektro- und Gesundheitsbranche sowie das DGB-Schulungsprojekt zum Bildungscoach. Die Tagung wird organisiert vom DGB-Qualifizierungsprojekt Leben und Arbeiten (LeA). Die Teilnahme ist kostenfrei. •

DGB-Bundesvorstand
Tel. 030 / 240 60 648
sonja.deffner@bvv.dgb.de

e-kademie

Englisch am PC büffeln

Maßgeschneiderte Englischkenntnisse für die internationale Gewerkschaftsarbeit vermittelt der interaktive Computersprachkurs „Tell Me More Colleague". Neben Schreib-, Grammatik- und Dialogübungen am PC stehen den TeilnehmerInnen regelmäßig Sprachtrainer Rede und Antwort. Der Kurs startet am 1. Februar 2004, dauert drei Monate und kostet 420 Euro. Anmeldeschluss ist der 15. November. •

e-kademie
Janina Müdder
Tel. 0211 / 43 01 385
englischseminare@e-kademie.de

DGB-Bildungswerk

Gesünder ist produktiver

Wie betrieblicher Gesundheitsschutz Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit steigern kann, steht im Mittelpunkt einer Dokumentation des DGB-Bildungswerks. Das Heft fasst die Ergebnisse der Tagung „Ist Gesundheit nur ein Kostenfaktor?" vom vergangenen Juni zusammen. Die Dokumentation kostet im Einzelversand 9,11 Euro. •

DGB-Bildungswerk
Tel. 0211 / 43 01 313
marianne.giesert@dgb-bildungswerk.de

Arbeitsschutz

„Gefahrstoffe handhaben"

Die Kampagne „Gefahrstoffe handhaben – aber richtig!" soll für einen sensiblen Umgang mit Chemikalien im Betrieb sorgen. Sie ist Teil einer europaweiten Aktion. Passend zur laufenden „Europäischen Woche für Gesundheit bei der Arbeit" informiert ein Internetportal rund um das Thema. Koordinatorin ist die Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (OSHA). •

http://osha.eu.int/ew2003/index_de.htm

Frau geht vor

Wie weiblich ist Europa?

Es tut sich einiges in Europa in Sachen Gleichstellung, der neue DGB-Info-Brief *Frau geht vor* beschreibt es: den Streit um eine neue zivilrechtliche Gleichbehandlungsrichtlinie, die schleppende Umsetzung der Anti-Diskriminierungsrichtlinien, den Stand der Chancengleichheit in der EU-Verfassung. Und es kommen wichtige Frauen zu Wort: Haushaltskommissarin Michaele Schreyer, die Grüne Europa-Abgeordnete Hiltrud Breyer, die Präsidentin der Europäischen Frauenlobby Lydia la Rivière Zijdel, die estnische Gewerkschaftsvorsitzende Kadi Pärnits. Einzelhefte gegen C4-Rückumschlag (0,77 Euro). •

DGB-Bundesvorstand
Abteilung Gleichstellungs- und Frauenpolitik,
Postfach 11 03 72
10833 Berlin

Welt der Arbeit

Gewerkschaftsinformationen online

15 Jahre nach dem Erscheinen der letzten Ausgabe der DGB-Zeitung „Welt der Arbeit" gibt es den Titel wieder. Unter „www.weltderarbeit.de" hat der ehemalige Landesvorsitzende der IG Medien NRW, Franz Kersjes, einen Online-Newsletter ins Netz gestellt, der mehrmals im Jahr über aktuelle Gewerkschaftsthemen berichtet. Die neue Internetseite integriert auch die Inhalte, die Kersjes in den vergangenen zwei Jahren unter *www.gewerkschaftsthemen.de* veröffentlicht hat. •

www.weltderarbeit.de

ver.di

Demografie als Vorwand

Wie die Altersentwicklung der Gesellschaft als Rechtfertigung für Sozialabbau missbraucht wird, zeigt das Heft „Mythos Demografie". Herausgeber ist der Bereich Wirtschaftspolitik des ver.di-Bundesvorstandes. Die AutorInnen plädieren für mehr Kinderbetreuung, Stärkung der Binnennachfrage und höhere Unternehmenssteuern. Die Broschüre steht zum Download im Netz. Gedruckte Einzelexemplare gibt's kostenlos. •

wirtschaftspolitik@verdi.de
www.verdi.de/wirtschaftspolitik

interregio

••• Mit dem ***interregionalen Projekt INTERAKT*** will der ***DGB Sachsen*** während der kommenden zwei Jahre ArbeitnehmerInnen im Dreiländereck von Polen, Tschechien und Sachsen auf die Osterweiterung der Europäischen Union (EU) vorbereiten. Workshops und Seminare sollen die wirtschaftliche Zusammenarbeit fördern, gemeinsame Chancen im Tourismus aufzeigen und Betriebsratskooperationen stärken. Startschuss für das von EU und vom Land Sachsen geförderte Projekt war eine interregionale Konferenz Anfang Oktober. Infos: Anna Bernstorf, Tel. 0351 / 86 33 142

••• Der Vorsitzende des ***DGB Nordrhein-Westfalen,*** Walter Haas, hat die Forderung nach einer ***Ausbildungsumlage*** bekräftigt. Er widerspricht damit Aussagen von NRW-Wirtschaftsminister Harald Schartau, der für den Fall der Lehrstellenabgabe eine Verstaatlichung der Ausbildung befürchtet. Haas betonte, dass eine Umlage alle Unternehmen an den Kosten der Berufsausbildung beteiligen und so die duale Ausbildung stärken könne. Für dieses Jahr rechnen ExpertInnen mit einem Mangel von 200 000 Lehrstellen. Mehr Infos: *www.nrw.dgb.de*

••• Gute Argumente für einen Erhalt der Tarifautonomie liefert der ***DGB Thüringen*** in der Broschüre ***„Die Zukunft des Flächentarifvertrages in Thüringen".*** Das Heft ist das Ergebnis eines Symposiums im März und beleuchtet das Thema aus der Sicht von Unternehmen, Beschäftigten und WissenschaftlerInnen. Die kostenlose Broschüre zeigt, dass Flächentarife Vorteile für alle Beteiligten haben. Mehr Infos: Sandra Littmann, Tel. 0361 / 59 61 430

Berufliche Weiterbildung

Weniger Chancen für Problemgruppen

Vermittlungsaufträge und Maßnahmen zur beruflichen Weiterbildung sollen künftig zentral vergeben werden. Ziel der Bundesanstalt für Arbeit: Kosteneinsparungen und einheitliche Qualitätsstandards.

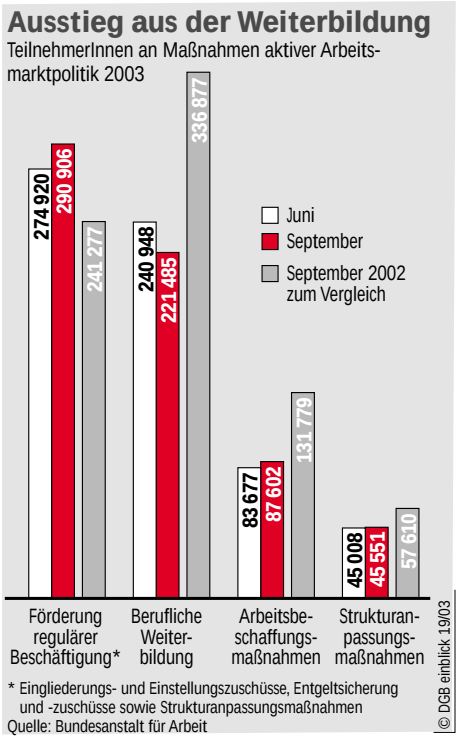
Die Bundesanstalt für Arbeit will im Rahmen der Umgestaltung und Verbesserung ihres Profils künftig Arbeitsmarktdienstleistungen zentral ausschreiben. Gleich hohe Qualitätsstandards und Kostenvorteile durch Bündelung der Vergabe sind die Ziele der künftigen Bundesagentur.

In einer Reihe von Arbeitsamtsbezirken hat die Ankündigung aus Nürnberg zu erheblicher Unruhe geführt. Eine individuelle Betreuung oder der entsprechende Zuschnitt des Weiterbildungsangebots für Langzeitarbeitslose sei dann nicht mehr möglich, heißt es. Die Vorgaben führten dazu, dass nicht mehr die einzelnen Arbeitsämter entscheiden dürften, welche Kurse angeboten und welche Weiterbildungsinstitute beauftragt werden. Das Angebot individueller Lösungen entfalle, allen anders lautenden Beteuerungen zum Trotz. „Ob die Zentralisierung den Arbeitslosen hilft, ist mehr als fraglich“, heißt es etwa aus Hamburg, und in vielen anderen Arbeitsamtsbezirken hält man die Nürnberger Vorgaben schlicht für absurd.

Dort ist man indes der Meinung, dass die mit der Konzeption für die Umstrukturierung betraute Projektgruppe die regionalen Anforderungen ausreichend berücksichtigt hat, die regionalen Arbeitsämter könnten aus dem optimierten Angebot nach den jeweiligen Erfordernissen auswählen. Ein modularer Aufbau erlaube ein hohes Maß an Individualisierung und darüber hinaus „werden nur 75 Prozent des Gesamtvolumens über die landesweite Ausschreibung vergeben“, heißt es in einer Erkläung der Bundesanstalt, „25 Prozent jedoch weiterhin in der Verantwortung des jeweiligen Arbeitsamtes.“ Darüber hinaus bleibe auch die „Förderung der beruflichen Weiterbildung“ und die so genannte „Freie Förderung“ von der Neuregelung unberührt. Es blieben so ausreichend Möglichkeiten, auf Besonderheiten in der Region zu reagieren.

Dort fürchtet man allerdings den planwirtschaftlichen Charakter der gesamten Maßnahme. Schon im September sollten die Arbeitsämter ihren Bedarf an die jeweiligen Landesarbeitsämter melden, das System selbst tritt erst im April nächsten Jahres in Kraft. Standardisierte Kurse und Vermittlungsaufträge an private Arbeitsvermittler müssen dann unabhängig vom tatsächlichen Bedarf bezahlt werden, öffentliche und private Träger genau die Standards einhalten, die sie in den jeweiligen Angeboten an die Landesarbeitsämter zugesagt haben. Schon jetzt dürfen die Arbeitsämter keine Verträge mehr abschließen, deren Laufzeit über den März nächsten Jahres hinaus geht.

Dabei werden nach Meinung der stellvertretenden DGB-Vorsitzenden Ursula Engelen-Kefer schon jetzt Langzeitarbeitslose mehr und mehr bei der Vergabe von Weiterbildung benachteiligt. „Der Anstieg der Zahl der Langzeitarbeitslosen um 17 Prozent gegenüber dem Vorjahr auf mehr als 1,5 Millionen ist ein eindeutiger Beleg für die falsche Richtung der BA-Politik“, erklärte die DGB-Vize anlässlich der Bekanntgabe der Arbeitsmarktdaten für den Monat September. Nur noch jeder zwanzigste Langzeitarbeitslose erhält die Chance, an einer Weiterbildung teilzunehmen. „So erhalten nur noch halb so viele Menschen wie vor einem Jahr eine Chance auf Weiterbildung, bei Langzeitarbeitslosen und Arbeitslosen ohne Berufsausbildung sind sogar Einbrüche um fast zwei Drittel festzustellen.“ •



Die Bundesanstalt für Arbeit hat Presseberichten zufolge bei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Weiterbildung und Lohnkostenzuschüssen im vergangenen Jahr über eine Milliarde Euro eingespart. Gleichzeitig sank die Zahl der TeilnehmerInnen an Weiterbildungsmaßnahmen um etwa ein Drittel.

Ausbildungsbilanz

Der DGB hat Bilanz gezogen: Das Ausbildungsjahr 2003 endete mit dem seit vier Jahren schlechtesten Ergebnis.

Die Ausbildungsoffensive 2003 hat nicht gegriffen. Das Klinkenputzen blieb ohne durchschlagenden Erfolg. Diese Form der Anwerbung von Ausbildungsplätzen ist kein zukunftsfähiges Modell. In der Agenda 2010 hat Bundeskanzler Schröder versprochen: „Jeder, der einen Ausbildungsplatz sucht und ausbildungsfähig ist, muss einen Platz bekommen. Wenn nicht, werden wir auch in diesem Bereich zu einer gesetzlichen Regelung kommen.“ Jetzt muss die Bundesregierung ihr Versprechen einlösen.

Unverändert schlecht ist die Lage in Ostdeutschland – aber auch der Westen ist abgestürzt. Auf zwei Ausbildungsplätze kommen drei BewerberInnen. Bei den gemeldeten betrieblichen Ausbildungsplätzen gab es in den letzten drei Jahren eine rasante Talfahrt: von 570 300 auf 485 200.

Die Bundesanstalt für Arbeit ist inzwischen der größte „Beschäftiger“ von Jugendlichen bis 25 Jahren: Bei ihr befinden sich weit über 500 000 Jugendliche in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen

Im Faxabruf
0211 / 43 01 688
Acht Feststellungen des DGB zur Ausbildungsbilanz

kurz&bündig

Die IG Metall hat auf ihrem Gewerkschaftstag die Preisträger ihres fünften Kunstpreises ausgezeichnet. Je 6000 Euro gehen an das Künstlerpaar Lotte Lindner und Till Steinbrenner, den Maler Jörg Frank und an Uta Zaumseil. Die Werke der Preisträger sollen in einem Katalog erscheinen.

Die Gewerkschaft der Polizei und der Deutsche Bundeswehrverband haben eine stärkere Zusammenarbeit in gewerkschafts-, berufs- und sicherheitspolitischen Fragen vereinbart. Hintergrund der Kooperation sind die „veränderte sicherheitspolitische Lage", die wachsende Bedeutung von Amtshilfe zwischen Polizei und Bundeswehr und deren Zusammenarbeit bei Auslandsmissionen.

Die Gewerkschaft TRANSNET will mit einer Umfrage auf ihrer Site www.transnet.org die Interessen der Internet-Nutzer ermitteln und sie in eine Umgestaltung ihrer Website einfließen lassen. Die neuen Seiten sollen im Frühjahr 2004 online sein.

IG BCE, IG Metall und ver.di wollen einen Gutachter-Pool von Berufspraktikern aufbauen, der bei Akkreditierungsanträgen von neuen europäischen Bachelor- und Masterstudiengängen in den Ingenieurwissenschaften die Arbeitnehmersicht einbringt. In den nächsten Jahren stehen hunderte solcher Akkreditierungen an.

Agenda 2010

Demo gegen Sozialabbau

Ein Bündnis aus Einzelpersonen, örtlichen Sozialforen und Gewerkschaftsgliederungen, Vertrauensleuten, Betriebsräten, dem globalisierungskritischen Netzwerk attac, linken Splittergruppen und Erwerbsloseninitiativen ruft für den 1. November zu einer Demonstration gegen die Agenda 2010 und dem damit verbundenen Sozialabbau auf. Treffpunkt ist um 13 Uhr am Berliner Alexanderplatz, die Schlusskundgebung findet auf dem Gendarmenmarkt statt. Als Redner sind bisher bekannt: Rainer Roth, Professor an der Fachhochschule Frankfurt/Main, Mitbegründer der AG TuWas und Autor des Buches „Nebensache Mensch", sowie Bernd Riexinger vom ver.di-Bezirk Stuttgart.

Auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall wurde die Veranstaltung wohlwollend zur Kenntnis genommen. Der Vorstand überlässt es den Verwaltungsstellen, ob und wie sie mobilisieren. So wird unter anderem aus Stuttgart, Satzgitter und Hamburg gemeldet, dass bereits „mehrere Busse" bestellt seien. Aus der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di rufen bislang etwa 40 Bezirke und Gruppen zur Teilnahme auf. Bei der IG BAU wird auf die Aufklärung in den Betrieben gesetzt, aus denen heraus der Protest organisiert werden soll. Die Mobilisierung bleibe den Gliederungen der Gewerkschaft überlassen. Auch der Landesbezirk Ost der Gewerkschaft NGG unterstützt den Demonstrationsaufruf. •

Weitere Informationen:
www.demo-gegen-sozialabbau.de

Betriebs- und Personalrätekonferenz

Es läuft nur mit Tarifvertrag

Am 30. Oktober wollen Betriebs- und Personalräte auf einer Konferenz in Berlin mit den Spitzen aller Bundestagsfraktionen über die Zukunft der Tarifautonomie diskutieren. Veranstaltet wird die Konferenz von einem Initiativkreis, zu dem sich aus Sorge um die Tarifautonomie Betriebs- und Personalräte der DGB-Mitgliedsgewerkschaften zusammengeschlossen haben. Auslöser für die Gründung des Initiativkreises waren Gesetzesinitiativen von CDU und FDP zur Abschaffung des „Tarifkartells". Jeder politische Vorstoß, Tarifpolitik in die Betriebe zu tragen, gehe an den Interessen der Beschäftigten und ihrer betrieblichen Interessenvertreter glatt vorbei, so die InitiatorInnen. Den Kritikern gehe es gehe nicht darum, Betriebs- und Personalräten mehr Macht zu geben. Ohne Streikrecht und ohne stützende Tarifverträge „im Rücken" stoße die „Freiheit der Betriebsräte" schnell an ihre Grenzen. Die Initiative will auch über die Konferenz hinaus in den kommenden Wochen das Gespräch mit der Bundesregierung und VertreterInnen aller Parteien suchen. •

Reinhard Dombre
DGB-Bundesvorstand
Tel. 030 / 240 60 237

Mit einer Plakataktion protestieren der DGB Baden-Württemberg und der Sozialverband VdK gegen die von der Politik diskutierte Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters auf 67 Jahre. Motto: „Arbeiten bis 67? Nein Danke!" Die drei Motive der Kampagne gibt es auch als Postkarten.
www.dgb-bw.de

Schöneberger Forum

Jenseits der Spardebatte

Die Debatte über die Zukunft des öffentlichen Dienstes steht zurzeit nahezu ausschließlich unter dem Diktat leerer Kassen. Was der öffentliche Dienst leisten soll und wie seine Strukturen modernisiert werden müssen, um den sich wandelnden Anforderungen seiner Bürger und der Wirtschaft an eine moderne Dienstleistungsagentur gerecht zu werden, droht demgegenüber fast in Vergessenheit zu geraten.

Der notwendigen Reformdebatte jenseits der kurzfristig angelegten Spardebatte mehr Raum geben will das Schöneberger Forum des DGB am. 18. und 19. November in Berlin. ReferentInnen sind neben DGB-Vorstand Ingrid Sehrbrock und dem ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske der Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Göttrik Wewer, der Vizepräsident des Bundesverbandes der deutschen Industrie, Arne Oetker und die saarländische Arbeits- und Sozialministerin Regina Görner. Die Teilnahme an dem von der Zeitschrift *Der Personalrat* unterstützten Schöneberger Forum kostet 150 Euro. •

CDU-Pläne zur Reform der Sozialsysteme

Kein Abschied von Bismarck

Ein Fürst hat einst den Sozialstaat in Deutschland begründet. Wird ein Herzog ihn aus den Angeln heben? „Mitnichten", erklärt überraschenderweise Gerald Weiß vom Arbeitnehmerflügel der CDU/CSU – vorausgesetzt, drei Bedingungen würden erfüllt.

Zwischen der „Kaiserlichen Botschaft", in der Fürst Otto von Bismarck die Grundzüge seiner Sozialpolitik dargestellt hat, und dem Bericht von Altbundespräsident Roman Herzog zur Reform der Sozialsysteme liegen gut 120 Jahre. Klar, dass immer wieder reformiert werden muss.

Nun aber geht es nicht mehr nur um Notoperationen. **Es kommt auf zwei Weichenstellungen an.** Es gilt zum einen, die Sozialversicherungen so umzubauen, dass sie vor dem Hintergrund der Bevölkerungsentwicklung nicht zusammenbrechen. Und zugleich müssen wir die Finanzierung der Sozialversicherungen vom Arbeitsverhältnis abkoppeln.

Denn eines ist klar: **Ein Programm zur Förderung der Beschäftigung ist die Anbindung der Sicherungssysteme an den Faktor Arbeit nicht.** Man kann es drehen und wenden wie man will: Soweit die Sozialabgaben unter dem Strich vom Betrieb getragen werden, erhöhen sie die Kosten. Und soweit die Arbeitnehmer sie schultern müssen, geht die Schere zwischen Brutto und Netto auseinander. Jeder von uns weiß: Damit kurbelt man vor allem die Schwarzarbeit an.

Ein Weiteres kommt hinzu: In den sozialen Sicherungssystemen, vor allem in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV), findet Solidarausgleich statt. Umverteilung zwischen denen, die gut verdienen, und denen, die weniger gut verdienen. Zwischen Familien mit Kindern und Kinderlosen. Zwischen Kranken und Gesunden. Zugleich wissen wir: Wer ein besonders hohes Einkommen hat, kann sich privat versichern – wenn es für ihn günstiger ist. Er braucht zum Solidarausgleich nichts beitragen; genauso wenig wie Selbstständige und Beamte.

Das ist ungerecht. Und deshalb müssen wir die Finanzierung der GKV ändern. **Wie können wir mehr starke Schultern und mehr Einkommensbestandteile an der Finanzierung des Solidarausgleichs beteiligen?** Das ist die entscheidende Frage. Und darauf gibt es zwei Antworten. Die einen fordern die Bürgerversicherung, die anderen machen sich – wie die Herzog-Kommission – für ein Prämienmodell mit einem Sozialausgleich aus dem Steuertopf stark. Nach den Vorstellungen der CDU-Experten um den Altbundespräsidenten werden für jeden Versicherten eines Jahrgangs gleich hohe Prämien fällig. Wichtig dabei: Für jeden werden zwar die gleichen Prämien fällig, aber weil es Einkommensgrenzen gibt, muss nicht jeder das Gleiche zahlen. Statt dessen werden sich die Prämien für Menschen bis zu einer bestimmten Einkommensgrenze aus zwei Bausteinen zusammensetzen – aus einem Eigenbeitrag und einem Solidarzuschuss aus dem Steuertopf. Und wer gut verdient, muss unter dem Strich mehr als nur die Prämie zahlen, weil er über die Steuer den Solidarausgleich finanziert.

Gerald Weiß, 58, ist Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und stellvertretender Vorsitzender der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA)

Das Prämienmodell ist genauso wenig von vorneherein schlecht wie die Bürgerversicherung von vorneherein gut ist. Beide Vorschläge weisen übrigens Gemeinsamkeiten auf; so verbreitern beide die Grundlage für den Solidarausgleich – die Bürgerversicherung, indem sie die gesamte Bevölkerung mit allen Einkommen bis zur Beitragsbemessungsgrenze in die GKV holt; das Prämienmodell, indem es bei der gesamten Bevölkerung Steuern von allen Einkommensarten zur Finanzierung des Solidarausgleichs einsammelt.

Es kommt jeweils auf die konkrete Ausgestaltung an. Entscheidend sind dabei drei Punkte.

Erstens: Bittstellertum und Bedürftigkeitsprüfungen darf es nicht geben. Jeder darf nur bis zu einem bestimmten Prozentsatz seines Einkommens zur Krankenkasse gebeten werden.

Zweitens: Ein Prämienmodell muss so ausgestaltet werden, dass es mehr und nicht weniger Solidarität bringt. So müssen die Zuschüsse progressiv finanziert werden.

Und drittens muss der Solidarausgleich institutionell abgesichert werden, am besten im Grundgesetz. Die Zuschüsse dürfen nicht zur Verfügungsmasse im Bundeshaushalt werden.

Wenn das alles sichergestellt wäre, dann – **aber auch nur dann** – würde das Herzog-Modell den Sozialstaat mitnichten aus den Angeln heben, sondern ein Mehr an Gerechtigkeit innerhalb und zwischen den Generationen herstellen. •

Vom Versicherten zum Bittsteller

Das vom CDU-Vorstand beschlossene Konzept der Herzog-Kommission, das Anfang Dezember vom CDU-Parteitag abgesegnet werden soll, spaltet die Union. Vor allem wegen seiner Vorschläge zur Krankenversicherung.

Geplant ist nämlich ein radikaler Systemwechsel: Die Finanzierung der Krankenversicherung soll von den Löhnen und Gehältern entkoppelt werden und über Kopfprämien erfolgen. Pro Kopf und Monat sollen die Versicherten 264 Euro zahlen. Der bisherige Arbeitgeberbeitrag zur Krankenversicherung soll eingefroren und an die Beschäftigten ausgezahlt werden.

Die Kopfprämie ist gut für Besserverdienende, weil ihr Beitrag zur Krankenkasse sinkt. Durchschnitts- und Geringverdiener sowie Rentner müssten deutlich mehr zahlen. Sie sollen dafür allerdings steuerlich entlastet werden. Den Bedarf schätzt die Herzog-Kommission auf 27 Milliarden Euro jährlich. Das wären mehr als zehn Prozent des Bundeshaushalts.

Laut CSU-Vorsitzendem Edmund Stoiber müssten sich Millionen Bürger quasi als Bittsteller an den Staat wenden. Die CDA befürchtet eine „gigantische Steuerbelastung". Zudem sei der Steuerausgleich noch nicht verlässlich geregelt, warnt CDA-Vorsitzender Hermann-Josef Arentz.

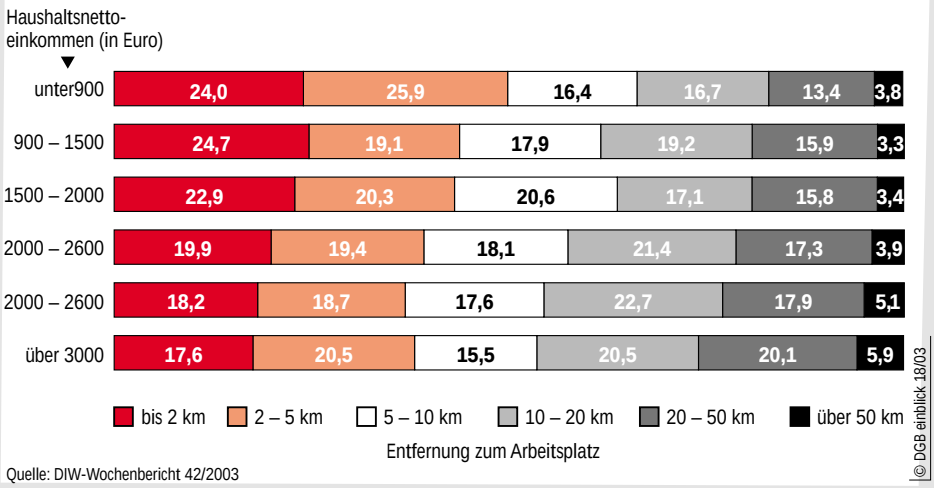
Postvertriebsstück A 45918 Vertrieb durch Toennes Druck + Medien Gmbh, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath

die DGB grafik

PENDLERPAUSCHALE: Streichung belastet nicht nur besser Verdienende

Mit sechs Milliarden Euro beteiligt sich das Finanzamt an den Kosten des Arbeitsweges. Die Hälfte geht an ArbeitnehmerInnen, die zwischen 20 und 50 Kilometer fahren. 2,2 Milliarden gehen an Erwerbstätige, die weiter als 50 Kilometer unterwegs sind. Eine Streichung der Pendlerpauschale hätte auch für Geringverdiener dramatische Folgen: ArbeitnehmerInnen mit einem Einkommen zwischen 900 und 1500 Euro je Haushalt und einem Fahrweg zwischen 20 und 50 Kilometern hätten im Monat drei Prozent weniger zur Verfügung.

Entfernung zum Arbeitsplatz nach monatlichem Haushaltsnettoeinkommen (in Prozent der Erwerbstätigen)



Quelle: DIW-Wochenbericht 42/2003

personalien

••• Der ver.di-Bundeskongress hat am 20. Oktober 15 der 16 amtierenden Mitglieder des ver.di-Bundesvorstands in ihrem Ämtern bestätigt. Wiedergewählt wurden der ver.di-Vorsitzende ***Frank Bsirske,*** 51, (Quellgewerkschaft ÖTV), sowie die vier stellvertretenden Vorsitzenden ***Margret Mönig-Raane,*** 55, (HBV), ***Gerd Herzberg,*** 53, (DAG), ***Franz Treml,*** 59, (DPG) und ***Frank Werneke,*** 36, (IG Medien). Treml vertritt im Bundesvorstand zudem den Fachbereich 9, Telekommunikation, Datenverarbeitung, Werneke den FB 8, Medien, Industrielle Dienste. Wiedergewählt wurden zudem ***Hinrich Feddersen,*** 58, FB 1, Finanzdienstleistungen, ***Erhard Ott,*** 50, FB 2, Ver- und Entsorgung, ***Isolde Kunkel-Weber,*** 49, FB 4, Sozialversicherungen, ***Petra Gerstenkorn,*** 49, FB 5, Bildung, ***Christian Zahn,*** 55, FB 6, Bund und Länder, ***Kurt Martin,*** 57, FB 7, Gemeinden, Tarifpolitik öffentlicher Dienst, ***Rolf Büttner,*** 54, FB 10, Postdienste, Logistik, ***Jan Kahmann,*** 56, FB 11, Verkehr, ***Franziska Wiethold,*** 53, FB 12, Handel, und ***Dorothea Müller,*** 52, FB 13, Besondere Dienstleistungen.

••• Nicht wiedergewählt wurde von den Delegierten ***Beate Eggert,*** 53, (Quellgewerkschaft ÖTV). Sie war im Vorstand für den Bereich Personal und den Fachbereich 3, Gesundheit, Soziale Dienste, zuständig. Über die Neubesetzung dieser Position hat der Kongress nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe entschieden.

••• Wiedergewählt wurde am Rande des Gewerkschaftstags zudem die Vorsitzende des ver.di-Gewerkschaftsrates, ***Margrit Wendt,*** 52.

Impressum *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** *einblick* Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Udo Perina, Christian Paulsen **Redaktion:** Udo Böhlefeld (verantwortlich für diese Ausgabe), Anne Graef, Stephan Hegger, Norbert Hüsson, Sybille Pape (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/30 88 24 - 0, Fax 030/30 88 24 - 20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: red.einblick@t-online.de **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/85 99 46 - 240, Fax 030/85 99 46 - 100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design, Sprockhövel **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** Toennes Druck + Medien GmbH, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel. 0211/9 20 08-26, Fax 9 20 08-38
Alle aktuellen *einblick*-Hintergrundtexte im Überblick: Fax-Abruf 0211/43 01 689
Nachdruck frei bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren.

14 TAGE

28.10. Arbeitskammer des Saarlandes, Podiumsdiskussion „Altersversorgung auf dem richtigen Weg?“, Saarbrücken

29.10. DGB Baden-Württemberg, „Für den Erhalt der Tarifautonomie“, gemeinsame Tagung der Tarifkommissionen aller DGB-Gewerkschaften, Stuttgart

30.10. Betriebs- und Personalrätekonferenz mit den Spitzen der vier Bundestagsfraktionen über die Zukunft der Tarifautonomie, Berlin

30.10. ISA Consult, Fachdialog „Gender Mainstreaming – Strukturpolitik auf dem Weg zu neuen Konzepten, Instrumenten und Implementierungsstrategien“, Berlin

31.10.-1.11. DGB-Bildungswerk, Evangelische Akademie Mülheim, Tagung „Multinationale Konzerne in Südafrika“, Mülheim an der Ruhr

3.11. DGB Nord, Tagung zum Thema Bildungsgutscheine, Lübeck

8.11. DGB Baden-Württemberg, „Zukunft der sozialen Sicherungssysteme“, Freiburg

Schlusspunkt

„Überfordert euch nicht, ich bin geringen Beifall gewohnt.“

Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) am 15. Oktober auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall in Hannover zu den Delegierten, nachdem er an die Nichtteilnahme Deutschlands am Irak-Krieg erinnert und dafür nur wenig Beifall erhalten hat.

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 10.11.2003 20/03

DGB

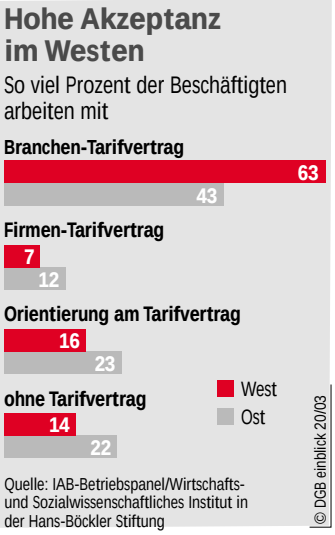
Betriebs- und Personalräteinitiative

Es läuft nur mit Tarifvertrag

Die im Grundgesetz garantierte Tarifautonomie muss erhalten bleiben. Mit dieser Botschaft gehen BelegschaftsvertreterInnen und Gewerkschaften gegen Bestrebungen von Union und FDP an, die Tarifautonomie auszuhebeln.

Die Tarifautonomie ist unter Beschuss geraten: Der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Michael Rogowski, würde Tarifverträge am liebsten in „ein großes Lagerfeuer" werfen. Mag auch die Wortwahl verdächtig erscheinen, der BDI-Präsident steht nicht alleine mit seinem Angriff auf die Tarifautonomie. Unter Vortäuschung falscher Tatsachen – „betriebliche Bündnisse für Arbeit" – blasen CDU, CSU und FDP gleichfalls zum Angriff auf einen Eckpfeiler der Demokratie.

Die Betriebs- und Personalräteinitiative „Es läuft nur mit Tarifvertrag", die sich im September gegründet hat, wirbt seitdem mit zahlreichen Aktionen und Veranstaltungen für den Erhalt und die Sicherung der Tarifautonomie. Dabei betont sie immer wieder, dass sie in der politischen Bewertung der Gesetzentwürfe der Opposition mit den DGB-Gewerkschaften übereinstimmt. Im Zweifelsfall sei man den Erpressungsversuchen der Arbeitgeber ohne jedes Druckmittel hilflos ausgesetzt.



Während im Osten Deutschlands nur jeder zweite Beschäftigte direkt von Tarifbestimmungen profiziert, liegt die Tarifbindung in den alten Bundesländern deutlich höher. Hier sind mehr als zwei Drittel der Beschäftigten zu tarifvertraglichen Bedingungen angestellt.

Auch Gesamtmetall-Chef Martin Kannegiesser möchte bei der Arbeitsteilung bleiben – hier die Betriebsparteien Betriebsrat und Unternehmen, dort die Tarifparteien Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände. Die Initiative der Betriebsräte hatte am 30. Oktober die Spitzen aller Bundestagsfraktionen, den DGB-Vorsitzenden Michael Sommer sowie Martin Kannegiesser eingeladen, um über die Zukunft der Tarifautonomie zu diskutieren. Einhellig danach das Urteil der 500: Eingriffe in die Tarifautonomie werden strikt abgelehnt. Viktor Kalla, Betriebsrat der *Frankfurter Rundschau:* „Der Versuch, Betriebsräte gegen Gewerkschaften auszuspielen, wird scheitern."

In der IG Metall beteiligten sich an einer Umfrage knapp 3000 Betriebsratsgremien der Metall- und Elektroindustrie sowie der Textil- und Holzwirtschaft. Rund 97 Prozent der Betriebsräte halten eine Abweichung von Tarifverträgen durch Betriebsvereinbarungen oder Einzelverträge für „nicht sinnvoll", etwa 95 Prozent widersprechen der Ansicht, dass sie als Betriebsräte bei der Umsetzung betrieblicher Lösungen durch Tarifverträge behindert würden. Und 92 Prozent sind der Meinung, dass der Betriebsrat erpressbar wird. Die Betriebs- und Personalräteinitiative will in den kommenden Wochen bundesweit mit zahlreichen Veranstaltungen und Unterschriftskampagnen zeigen: „Es geht nur mit Tarifvertrag". 20 000 Unterschriften hat sie schon. •

www.dgb.de/themen/Tarifpolitik/tarifautonomie/index_html/

plusminusBERLIN

+ ***Die Bundesregierung will 6,5 Millionen Euro für „fairen Handel" einsetzen und damit die Entwicklung neuer Produkte aus Entwicklungsländern fördern. Die Mittel stehen für eine Kommunikationskampagne und zur Markteinführung eines „Fair Trade/Transfair"-Siegels zur Verfügung.***

– ***„Gewerkschafter sind Selbsterhaltungstriebler". Das hat Marcus Schneider, Vorsitzender des „Bundesverbandes Junger Unternehmer" auf einer Konferenz seiner Organisation in Hannover erklärt. Er persönlich hätte auch nichts gegen ein Verbot der Gewerkschaften, die ohnehin überflüssig seien.***

inhalt

Seite 3
Zu früh frohlockt
Die Hoffnung der Industrie, die Mitbestimmung mit Hilfe des Europäischen Gerichtshofs zu kippen, waren verfrüht

Seite 5
Bezirk NRW als Vorreiter
Mit Hilfe von Workshops will der Bezirk NRW Hauptamtliche zu Multiplikatoren in Sachen Gender Mainstreaming machen

Seite 7
Protest gegen die politische Klasse
Die Agenda 2010 ist nicht alternativ-, sondern konzeptionslos, warnt der Sozialethiker Friedhelm Hengsbach

Der Surf-Tipp fürs Internet
www.sozialpolitik-aktuell.de
Aktuelle Informationen zur Sozialpolitik

Im Faxabruf
0211 / 43 01 661
Leitlinien für die Handwerksarbeit des DGB

Ausbildungsumlage

Es tut sich was

Der DGB-Bundesvorstand rechnet fest mit der Einführung einer Ausbildungsplatzabgabe. Ingrid Sehrbrock, zuständiges Mitglied im Bundesvorstand für die Bereiche Bildung und Jugend, sagte gegenüber der *Berliner Zeitung:* „Wir gehen davon aus, dass sie kommt." Thea Dückert, stellvertretende Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Grüne, betonte der Hauptstadt-Zeitung gegenüber ebenfalls, dass sie davon ausgehe, „dass es notwendig sein wird, eine Umlage zu machen."

Auch beim SPD-Gewerkschaftsrat Anfang November waren die nach wie vor fehlenden Ausbildungsplätze Thema. Mehr als 30 000 BewerberInnen um einen Ausbildungsplatz sind immer noch unversorgt – trotz der Zusicherungen aus der Wirtschaft zur Nachvermittlung. Bundeskanzler Gerhard Schröder droht deshalb mit einem Gesetz zur Lösung der Lehrstellenmisere. •

Fragen an ...

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) will die Parteitage von SPD und CDU nutzen, um gemeinsam mit dem Bundeswehrverband gegen den drohenden „Ausverkauf der inneren und äußeren Sicherheit" zu demonstrieren. *einblick* hat den GdP-Vorsitzenden Konrad Freiberg nach den Zielen der beiden Demonstrationen am 17. November in Bochum und am 1. Dezember in Leipzig gefragt.

■ Auch die Gewerkschaften wissen, dass im öffentlichen Dienst gespart werden muss. Warum geht die GdP trotzdem auf die Straße?

■ *Alle geplanten Einschnitte im sozialen Bereich treffen auch die Polizeibeschäftigten. Zusätzlich werden von ihnen aber Sonderopfer verlangt. Und das seit Jahren. In den letzten elf Jahren ist die Beamtenbesoldung neun Mal vom Tarifabschluss im öffentlichen Dienst abgekoppelt worden. Schon 1994 wurde das Weihnachtsgeld abgesenkt, das Ruhegehalt gekürzt und die Hinterbliebenenversorgung verschlechtert. Jetzt planen die Landesregierungen weitere Einschnitte, die wir nicht hinnehmen können. Den Polizisten droht eine Verlängerung der wöchentlichen Arbeitszeit auf bis zu 42 Stunden. Es geht einfach nicht, dass die Politik ständig neue Aufgaben für die Polizei beschließt und gleichzeitig beim Personal spart.*

■ Die Sparmaßnahmen werden auch von CDU-regierten Ländern forciert. Wo finden die Gewerkschaften Bündnispartner?

■ *Bei den Parteien sehe ich im Moment niemanden. Die GdP setzt statt dessen auf die Bürger. Wir haben bereits ein Sicherheitsdefizit. Wenn es uns gelingt, das in der Öffentlichkeit bewusst zu machen, werden auch die Parteien wieder aufwachen und auf uns zukommen.*

■ Die GdP demonstriert zusammen mit dem Bundeswehrverband. Ist das angesichts der im Grundgesetz geforderten Trennung von Polizei und Bundeswehr nicht heikel?

■ *Im Gegenteil. Beide Organisationen verteidigen das Gebot der Trennung zwischen äußerer und innerer Sicherheit. Aber im Kampf gegen die geplanten sozialen Verschlechterungen sitzen wir in einem Boot.*

■ Wie weit soll die Zusammenarbeit gehen?

■ *Wir wollen bei Gesetzesvorhaben gemeinsam gegenüber der Politik auftreten. Das gibt uns ein Gewicht, an dem die Politik so leicht nicht vorbei kommt. Und wir wollen im sozialen Bereich zusammenarbeiten, zum Beispiel bei der Betreuung unserer Mitglieder im Ausland. Und das ist es dann auch schon.*

wie war die woche?

56 Sekunden dauert der Video-Clip, mit dem die ver.di-Jugend auf eines der größten Tabus aufmerksam gemacht hat: den seit Jahren wachsenden Mangel an Ausbildungsplätzen. Für die *Bild-Zeitung* ist der Clip ein „Skandalvideo", weil er Jugendliche zeigt, die die aussichtslose Situation in den Selbstmord treibt. Matthias Lindner, 34, einer der Verantwortlichen für den Film, hat erlebt, warum man auf solche Angriffe gut vorbereitet sein muss.

Bild-online hat am Freitag während des ver.di-Kongresses die Meldung vom angeblichen Skandalvideo der ver.di-Jugend gebracht und fast alle anderen Medien sind sofort darauf aufgesprungen. Noch am gleichen Tag waren wir von Fernsehteams umringt, die O-Töne haben wollten. Bis Montag lief die Welle erst durch die gesamte Boulevard-Presse, bis sie anschließend in den überregionalen Zeitungen und Zeitschriften landete. Ab Mitte der Woche kamen dann langsam seriösere Anfragen. Nachdem anfangs nur über die Form des Spots berichtet wurde, lag nun das Interesse der meisten Medien auf dem Ausbildungsnotstand. Nun konnten wir unsere Botschaft plazieren. Bei alldem haben wir die Erfahrung gemacht, dass fast alle erst einmal das übernehmen, was Bild vorbetet. Und dass man sich auf diese Situation gut vorbereiten muss. Wir hatten den Film schon im Vorfeld diskutiert und die Rückmeldung bekommen, dass er den Nerv der Jugend trifft. Gut war, dass der ganze Vorstand hinter uns gestanden hat. Außerdem haben wir sehr positive Rückmeldungen von unserem Bundesjugendvorstand und den Jugendsekretären bekommen. Hier war vielfach die Aussage: „Super, dass ihr den Mut hattet, endlich dieses Thema offensiv anzugehen. Knickt bloß nicht ein." Und das ist wichtig. Als der Sturm losgebrochen ist, hätten wir nicht auch noch gegen eine interne Front kämpfen können. Und wir haben die Erfahrung gemacht, dass man ein Tabu brechen kann, wenn man selbst mit alten Denkgewohnheiten bricht. Aber das funktioniert nur, wenn die eigene Position gut begründet ist. Wir haben zum Film deshalb einen Flyer erstellt, der die Fakten liefert, die der Film selbst nicht nennt. Wie die Bezirke beide Medien einsetzen, können sie selbst entscheiden. Aber wichtig ist, dass wir beides als Paket entwickelt haben, um die Ausbildungsplatzsituation ins öffentliche Bewusstsein zu rücken. Dass sich inzwischen die Bundestagsfraktionen mit Eckpunkten für eine Ausbildungsplatzumlage beschäftigen, zeigt, dass wir damit nicht ganz falsch gelegen haben.

Europarecht und Mitbestimmung

Zu früh frohlockt

Verkehrte Welt: Die bürgerliche Presse sorgt sich um die Mitbestimmung. „Europas Richter legen die Axt an die Mitbestimmung" – so interpretierte die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung Ende Oktober das jüngste Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) zur Niederlassungsfreiheit. Dabei ist der Wunsch Vater des Gedankens. Gefahr droht der Mitbestimmung dennoch – aus Berlin.

Unternehmen, die innerhalb der Europäischen Union (EU) gegründet worden sind, dürfen sich überall in der EU niederlassen – und dabei ihre Rechtsform beibehalten. Auch wenn sie im Ausland nur deshalb gegründet worden sind, um strengere inländische Vorschriften zu umgehen. Das ist der Kern des EuGH-Urteils vom 29. September (Az: C-167/01).

Nach DGB-Auffassung gerät dadurch die deutsche Mitbestimmung keineswegs unter Druck. Die Richter hätten keinerlei Aussagen zur Mitbestimmung gemacht, betont DGB-Vorstand Dietmar Hexel. Sie hätten sich lediglich mit der Frage beschäftigt, „ob ein Betrieb in einem Land in der Rechtsform eines anderen EU-Mitgliedsstaates geführt werden kann". DGB-Justiziarin Marie Seyboth räumt zwar ein, dass „rein theoretisch" Unternehmen nur deshalb im Ausland gegründet werden könnten, um die Mitbestimmung in Deutschland zu umgehen. Aber sie gibt einem solchen Unterfangen nur geringe Erfolgschancen. Denn in einem älteren Urteil zur Niederlassungsfreiheit vom 5. November 2002 stellen die Luxemburger Richter fest, dass „zwingende Gründe des Gemeinwohls" – zum Beispiel der Schutz von Arbeitnehmerinteressen – die Niederlassungsfreiheit einschränken können (Az: C-208/00).

Gleichwohl fordert der DGB Rechtssicherheit. Dieter Hexel: „Ich erwarte von der Bundesregierung, dass sie per Gesetz klarstellt, dass in Unternehmen, die in Deutschland tätig sind, auch das deutsche Recht – einschließlich der Mitbestimmung – gilt." Genau dazu ist das Bundesjustizministerium nach DGB-Informationen aber nicht bereit.

Das beißt sich mit Aussagen von Bundeskanzler Gerhard Schröder auf dem IG Metall-Gewerkschaftstag Mitte Oktober in Hannover. Der Kanzler hat sich dort als Schutzpatron der Mitbestimmung angeboten. Das EuGH-Urteil stellte er als eine Gefährdung der Mitbestimmung dar, die man „hoffentlich gemeinsam meistern" werde.

Dabei bahnt sich ausgerechnet in der rot-grünen Koalition ein Meinungsumschwung zu Lasten der Mitbestimmung an. Im jahrelangen Streit um die so genannte Übernahmerichtlinie der EU hat Deutschland signalisiert, den Vorschlag der italienischen EU-Ratspräsidentschaft anzunehmen. Danach soll allein die Aktionärsversammlung eines Unternehmens entscheiden, ob die Firma zum Verkauf freigegeben wird oder nicht. Der Aufsichtsrat – und damit die Arbeitnehmervertretung – wären völlig außen vor.

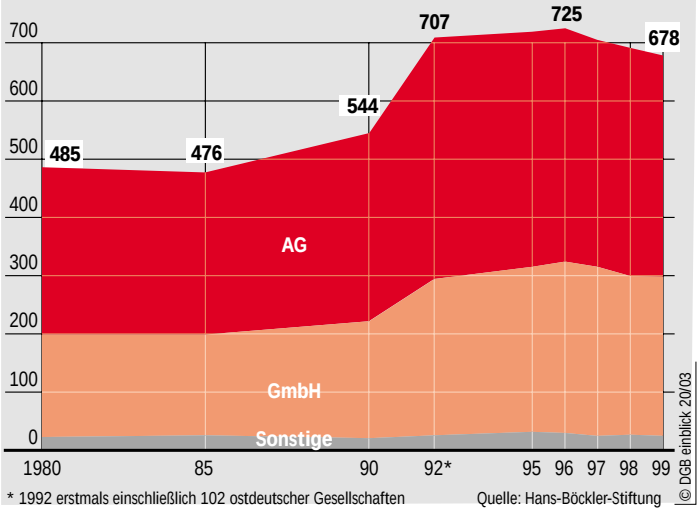
Noch ist nichts beschlossen. Aber ein solcher Beschluss wäre, so ein Sprecher des Europäischen Gewerkschaftsbundes in Brüssel, „eine neue Attacke auf die deutsche Mitbestimmung".

Dabei passen Shareholder Value und Mitbestimmung durchaus zusammen. Eine Studie des Kölner Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung belegt, dass Unternehmen, die sich an den Interessen der Aktionäre ausrichten, von der Mitbestimmung sogar profitieren. Aktionäre und Betriebsräte bilden oftmals „Koalitionen gegen die Manager". Beide teilten beispielsweise „eine Aversion gegen die Bildung stiller Reserven", mit denen Gewinne versteckt werden.

Doch selbst die Manager akzeptieren die Mitbestimmung. Laut einer Befragung des Berliner Wissenschaftszentrums für Sozialforschung würde keine der 400 größten Tochtergesellschaften ausländischer Unternehmen wegen der Mitbestimmung das Land verlassen. •

Zenit überschritten

Mitbestimmte Unternehmen nach dem Mitbestimmungsgesetz von 1976



* 1992 erstmals einschließlich 102 ostdeutscher Gesellschaften

Quelle: Hans-Böckler-Stiftung

Die Zahl der Unternehmen mit mehr als 2000 Beschäftigten – dort gilt das Mitbestimmungsgesetz von 1976 – sinkt seit 1996. Waren 1984 noch 49 Prozent aller ArbeitnehmerInnen in der Privatwirtschaft durch Betriebs- und Aufsichtsräte vertreten, so verringerte sich ihr Anteil bis 1996 auf 39 Prozent.

Mitbestimmung in Europa

Die Mitbestimmung ist innerhalb der Europäischen Union sehr unterschiedlich geregelt. Die Rechte der Arbeitnehmervertreter klaffen weit auseinander: Die einen müssen nur informiert und konsultiert werden, die anderen bestimmen dann mit, wenn es um Personalfragen geht. Oder sie sind sogar an unternehmerischen Entscheidungen beteiligt.

Besonders deutlich werden die Unterschiede bei einem Vergleich Deutschland – Großbritannien. Im Vereinigten Königreich liegen alle Mitwirkungsmöglichkeiten bei den gewerkschaftlichen shop stewards. Während in Deutschland alle Mitbestimmungsrechte gesetzlich verankert sind, müssen sich die shop stewards allein auf ihre gewerkschaftliche Stärke verlassen.

Eine Arbeitnehmervertretung im Aufsichtsrat gibt es in Großbritannien nicht. Ebenfalls existiert dort keine gesetzliche Verpflichtung zur Einrichtung eines Betriebsrats. Einige Arbeitgeber bilden – allerdings völlig freiwillig – betriebsratsähnliche Gremien.

Mehr Infos in der Datenbank „Mitbestimmung in Europa" der Hans-Böckler-Stiftung unter www.boeckler.de (Klick auf Themen/Mitbestimmung/International)

PROJEKTE UND PARTNER

Sozialer Fortschritt

Bilanz der Riester-Rente

Eine Erfolgsbilanz der staatlich geförderten Zusatzrente ziehen ExpertInnen während der Tagung „Zwei Jahre Riester-Rente: Bestandsaufnahme und mögliche Weiterentwicklungen“. Im Mittelpunkt der Veranstaltung am 14. November in Berlin stehen die sozial- und verteilungspolitischen Aspekte der Förderung sowie mögliche neue Sparmodelle. Organisatorinnen sind die Gesellschaft für Sozialen Fortschritt und die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte. •

Tel. 0228 / 69 68 28
www.sozialerfortschritt.de

Hans-Böckler-Stiftung

Dilemma sozialer Dienste

Soziale Dienste stecken im Spagat: Einerseits sollen sie Kundenbedürfnisse erfüllen, andererseits müssen sie günstig arbeiten. Eine umfassende Darstellung der Probleme und der Auswege aus diesem Dilemma stellt die Dokumentation „Freie Wohlfahrtspflege im Modernisierungsprozess“ der Hans-Böckler-Stiftung vor. Das Heft fasst die Ergebnisse einer Tagung vom März zusammen und ist zugleich Zwischenfazit eines Forschungsprojekts der Stiftung zum Wandel im Wohlfahrtssektor. •

Tel. 0211 / 77 78 113
volker-gruenewald@boeckler.de

DGB

Faltblatt über Nazi-Verbrechen

Ein Faltblatt soll an die Verbrechen erinnern, die während des Nationalsozialismus am Ort der heutigen DGB-Bundesvorstandsverwaltung begangen worden sind. Der Flyer ist gedacht als Ergänzung einer bereits im Foyer des DGB-Hauses aufgestellten Gedenktafel. Zwischen 1941 und 1943 hat die Geheime Staatspolizei von der Burgstraße 28 aus die Verfolgung der jüdischen Bevölkerung Berlins organisiert. Das Faltblatt liegt im Foyer des DGB-Hauses aus. •

sigrid.werner@bvv.dgb.de

Liaison-Net

Termine fürs kommende Jahr

Drei Tagungen stehen beim Netzwerk Liaison auf dem Programm für 2004: Während der „NetzTage“ informieren die BetriebsratsberaterInnen über „Qualifikation und Ideenmanagement in betrieblichen und überbetrieblichen Netzen“ (6. bis 9. Juni 2004, Hamburg). Die „WirtschaftsTage“ vermitteln Mitgliedern in Wirtschaftsausschüssen Aktuelles aus Bilanzierung und Controlling (22. bis 24. März, Dessau). Die „ZeitTage“ mit dem Titel „Bessere Arbeits-Zeiten durch Zeittechnik!?“ erläutern Methoden betrieblicher Zeiterfassung (12. bis 15. September, Südniedersachsen). Die Teilnahme kostet jeweils 980 Euro. Bei Anmeldung bis 31. Januar gibt's 25 Prozent Rabatt. •

Liaison.net
Rolf Walther
Tel. 0340 / 50 29 777
www.liaison.de

DGB-Bildungswerk

MigrantInnen auf dem Arbeitsmarkt

Die Benachteiligung von MigrantInnen auf dem deutschen Arbeitsmarkt ist Thema der Tagung „Arbeit ist Menschenrecht – für alle“ am 9. Dezember in Düsseldorf. Die Veranstaltung des DGB-Bildungswerks will auf die schlechten Arbeitsbedingungen der EinwandererInnen hinweisen und Handlungsbedarfe für die Gewerkschaften aufzeigen. Referenten sind unter anderem der Sozialwissenschaftler Oskar Negt und „Pro Asyl“-Geschäftsführer Günter Burkhardt. Die Teilnahme ist kostenfrei. Anmeldeschluss ist der 5. Dezember. •

DGB-Bildungswerk
Alina Jarzeczka
Tel. 0211 / 43 01 141

DGB-Bildungswerk

Programm im Posterformat

Mehr als 360 Seminare, Workshops und Bildungsreisen bietet das DGB-Bildungswerk im kommenden Jahr an. Eine Übersicht über das Programm für 2004 ist jetzt als Poster erschienen. Neben einer Reihe von Schulungen für Betriebs- und PersonalrätInnen gibt's Veranstaltungen zu Geschichte, Zeitgeschehen, Wirtschaft und Jugend sowie Seminare zum Umgang mit Word, Excel, Internet und Co. •

Tel. 0211 / 43 01 318

Nord-Süd-Netz

Multis im Schatten

Willkür prägt das Handeln zahlreicher multinationaler Konzerne in Entwicklungsländern. Was Gewerkschaften und andere NGOs dagegen tun können, ist Thema der Konferenz „Im Schatten runder Tische – Kriegsverflechtungen, Menschenrechtsverletzungen und Steuerflucht transnationaler Unternehmen“. Die Veranstaltung am 25. und 26. November in Berlin wird organisiert vom Nord-Süd-Netz des DGB-Bildungswerks, terre des hommes und dem Globalisierungsnetzwerk WEED. Die Teilnahme ist kostenlos. •

www.weed-online.org

interregio

••• Einen Blick über den Tellerrand der Rentendiskussion wagt der ***DGB Baden-Württemberg*** und lädt am 21. November zur ***Arbeitstagung*** „Alterssicherung an den Grenzen“ nach Ravensburg ein. Experten aus allen vier Ländern der Bodensee-Region – Deutschland, Österreich Schweiz und Liechtenstein – geben einen Überblick über die jeweiligen Alterssicherungssysteme und die in ihren Ländern geplanten Reformen. Außerdem will der DGB die Möglichkeit geben, Fragen zu den komplizierten zwischenstaatlichen Regelungen zur Sozialversicherung zu klären. Die Tagung wird unterstützt von der LVA Baden-Württemberg und dem Arbeitsamt Ravensburg.
Mehr Infos: Andreas Pfeuffer, Tel. 0 75 31 / 457 199 11, E-Mail: *andreas.pfeuffer@dgb.de*

••• Die ***IG Metall Unterelbe*** hat in einem ***offenen Brief*** an die Kultusministerin von Schleswig-Holstein, Ute Erdsiek-Rave, die Aufklärung eines Vorfalls an einer Elmshorner Berufsschule gefordert, bei dem die „guten Seiten des Nationalsozialismus“ im Unterricht thematisiert wurden. Die Unterrichtsstunde orientierte sich an einem Schulbuchkapitel, das „Wichtige Maßnahmen nationalsozialistischer Innenpolitik“ beschreibt. Da das nationalsozialistisch angehauchte Material offenbar aus Kostengründen nicht ersetzt wurde, hat die IG Metall der Berufsschule zwei Klassensätze eines Buches zur Elmshorner Gewerkschaftsgeschichte gespendet, das auch den Faschismus im „Dritten Reich“ ausführlich behandelt. Mehr Infos: IG Metall Verwaltungsstelle Unterelbe, E-Mail: *unterelbe@igmetall.de.*

Gender Mainstreaming im DGB

Bezirk NRW als Vorreiter

Als erster DGB-Bezirk hat Nordrhein-Westfalen zwei Gender-Workshops für Hauptamtliche durchgeführt.

Unter GewerkschaftsfunktionärInnen ist der Gender-Blick, das Abklopfen aller Entscheidungen auf die Auswirkungen auf Frauen und Männer, bislang noch nicht sehr ausgeprägt. Aber ob ver.di, IG Metall, IG BCE oder NGG: Die Gewerkschaften arbeiten daran, das zu ändern. Eine zentrale Rolle kommt dabei der Bildungsarbeit zu.

Unterstützt von der Unternehmensberatung ISA Consult hat NRW als erster DGB-Bezirk unter dem Titel „Gender Mainstreaming in der Politikgestaltung" zwei Workshops für Hauptamtliche durchgeführt. Das Fazit der TeilnehmerInnen, etwa zur Hälfte Frauen und Männer, darunter auch der Bezirksvorsitzende Walter Haas sowie seine Stellvertreterin Brigitte Grosse, ist äußerst positiv. Viele Aha-Effekte und Anregungen für die tägliche Arbeit habe ihm das Seminar gebracht, sagt etwa Werner Leis, Orga-Sekretär in Siegen. Er ist überzeugt: „Wenn Frauen und Männer ihre vielfältigen Sichtweisen, Lebensarten und Kommunikationsstile stärker in die Arbeit einbringen, werden sich auch gewerkschaftliche Strukturen im positiven Sinne ändern."

Viel gebracht habe auch bei dem Seminar, dass sich Männer und Frauen gemeinsam mit Gender-Themen beschäftigten, meint Elke Hannack, Betriebsratsvorsitzende des DGB-Bezirks. Auch von Männern kamen gute Anregungen aus der Praxis." Zum Beispiel dazu, wie Materialien gegendert werden können. „Wie gelingt es uns, sie so zu gestalten, dass wir die Personengruppen erreichen, auf die es uns ankommt? Wie sorgen wir dafür, dass wir etwa beim Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch Männer ansprechen?"

Konkrete Ansätze und Beispiele, wie Gender-Aspekte etwa in die regionale Struktur- und Wirtschaftspolitik integriert werden können, standen im Mittelpunkt. Alle TeilnehmerInnen haben ein konkretes Gender-Projekt mit nach Hause genommen. Werner Leis etwa plant gemeinsam mit Frauengleichstellungsstellen und Weiterbildungseinrichtungen in der Region eine Veranstaltung zum Thema Gender und Tarifautonomie. Elke Hannack und Brigitte Grosse haben sich vorgenommen, eine Personalplanung für den Bezirk zu entwickeln, die Chancengleichheitsaspekte berücksichtigt. •

?...nachgefragt

Welche Strategie der Bezirk mit den Gender-Seminaren verfolgt, fragte *einblick* den Bezirksvorsitzenden Walter Haas.

Sich für Chancengleichheit einzusetzen, ist für uns eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Überall dort, wo wir Herr des Verfahrens sind, sind wir bemüht, die Interessen von Männern und Frauen gleichermaßen zu berücksichtigen. Dennoch gibt es natürlich auch in NRW in Sachen Chancengerechtigkeit noch viel zu tun. Dass zum Beispiel nur zwei von 15 Regionen von Frauen geführt werden, darf nicht bis in alle Ewigkeit so bleiben. Um die Durchsetzung der Chancengleichheit systematisch anzugehen, setzen wir deshalb auf das Konzept des Gender Mainstreaming. Die beiden Seminare für Hauptamtliche waren ein erster Schritt. Die Resonanz war gut, die Diskussionen anregend, schade nur, dass nur Orga-Sekretäre und Beschäftigte bei der Bezirksverwaltung unser Angebot angenommen haben und kein Regionsvorsitzender dabei war. Schließlich ging es uns vor allem darum, einen Schneeballeffekt auszulösen. Das heißt, wir setzen darauf, dass die TeilnehmerInnen nun vor Ort als Multiplikatoren in Sachen Gender – auch in den ehrenamtlichen Bereich hinein – wirken. Denn Chancengleichheit ist kein virtuelles Problem, sondern muss ganz praktisch mit konkreten Maßnahmen angegangen werden – ob es nun um Rahmenbedingungen wie eine bessere Kinderbetreuung oder um Fragen etwa der betrieblichen Arbeitszeitgestaltung geht. Die Workshops sind im besten Sinne auch ein Stück Personalentwicklung. Wer weiß, was sich hinter dem Gender-Konzept verbirgt und eine positive Einstellung dazu hat, ist besser in der Lage, diesen Gedanken praktisch umzusetzen. Ein Bewusstseinswandel lässt sich schwerlich von oben anordnen.

Die Workshops haben bereits eine Reihe Impulse gegeben. Die TeilnehmerInnen wollen nun konkrete Projekte in den Regionen umsetzen. Wir sind jetzt dabei, dafür Projektstrukturen aufzubauen. Ich bin überzeugt: Es ist eine Frage der Zukunftsfähigkeit des DGB und der Gewerkschaften, ob es gelingt, Gender-Aspekte in der alltäglichen Arbeit zu berücksichtigen. Nicht zuletzt erhöht das die Attraktivität der Organisation vor allem für potenzielle Mitglieder. Nach wie vor sind die Gewerkschaften männlich geprägt. Sie werden auch für Frauen interessanter, wenn sie nicht nur verbal, sondern auch ganz konkret von der Tarif- bis zur Kommunalpolitik die Interessen von Frauen und Männer gleichermaßen einbeziehen.

Weiterbildung zur Gender-ChangemanagerIn

Eine geschlechterorientierte Personal- und Organisationsentwicklung wird für Unternehmen und Verbände immer wichtiger. „Nutzen Sie alle Ressourcen" – so wirbt die Beratungsgesellschaft ISA Consult für ein Weiterbildungsangebot: Ab März 2004 können sich dort Führungskräfte oder PersonalentwicklerInnen zu „Gender-ChangemanagerInnen" ausbilden lassen.

Die 13-tägige berufsbegleitende Weiterbildung, die bereits zum zweiten Mal angeboten wird, qualifiziert die TeilnehmerInnen, Veränderungsprozesse chancengerecht zu gestalten. Aktuelle und bewährte Ansätze und Instrumente der Organisations- und Personalentwicklung werden um ein Gender-Wissen erweitert.

Die Weiterbildung setzt sich aus vier Modulen zusammen:

- ***Genderspezifische Organisationsanalyse und Zielarbeit***
- ***Mikropolitik in Organisationen***
- ***Organisationsentwicklung und Genderperspektive***
- ***Gendersensibles Personalmanagement***

Die Kosten für die Weiterbildung betragen 3450 Euro zuzüglich Mehrwertsteuer. Bis zum 1. Dezember gibt es fünf Prozent Frühbucherrabatt.

ISA Consult GmbH
Mechthild Kopel
Tel. 030/27 87 39 0
E-Mail: isa-b@isa-consult.de
www.isa-consult.de

kurz&bündig

ver.di will mit der Ende Oktober gestarteten Aktion „Mein Frei gehört mir!“ verhindern, dass Angestellte in der Alten- und Krankenpflege permanent überredet werden, in ihrer Freizeit „wegen Personalmangels“ einzuspringen. Die Website der Aktion www.mein-frei.verdi.de bietet Aktionsmaterial zum Download und Infos zur Gesetzeslage.

IG BAU und TRANSNET haben gemeinsam an die Bundesregierung appelliert, auf die geplanten Kürzungen bei den Investitionen in die Schiene zu verzichten. Die Verdoppelung des Schienengüterverkehrs bis 2015 sei sonst nicht zu schaffen. Zudem nehme die Gefährdung von Arbeitsplätzen im Bahnbau und beim Schienenverkehr bedrohliche Ausmaße an.

Die GEW fordert die Teilnahme Deutschlands am „PISA-Test für Erwachsene“ um Impulse für ein Konzept zum lebenslangen Lernen zu erhalten. Die Kultusministerkonferenz hatte sich gegen die Teilnahme ausgesprochen.

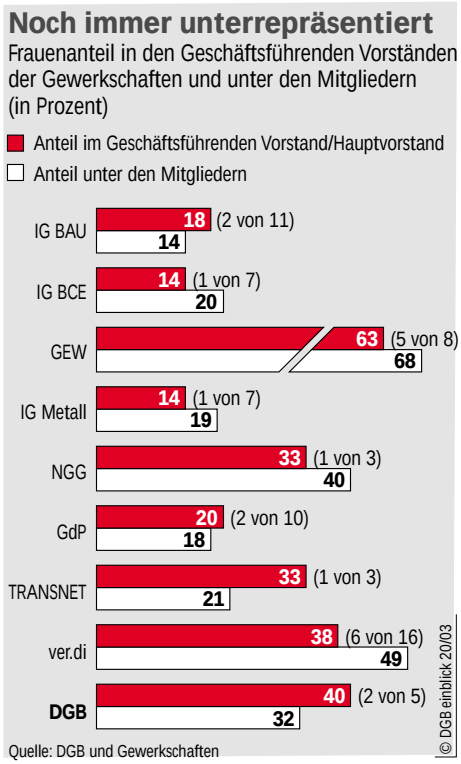
Die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di hat angekündigt, das Ladenschlussgesetz vor dem Bundesverfassungsgericht zu verteidigen. Die Karlsruher Richter müssen sich mit der Verfassungskonformität der Ladenschlusszeiten befassen, weil sich die Kaufhof AG durch großzügigere Regeln für Bahnhöfe und Tankstellen diskriminiert fühlt.

ver.di

Freiwillige Teilzeit

Vorstand und Gesamtbetriebsrat von ver.di haben sich auf ein Paket von Maßnahmen verständigt, um ab 2007 die Sach- und Personalkosten ausschließlich aus den Beitragseinnahmen finanzieren zu können. Das Paket sieht vor, dass ver.di-Beschäftigte künftig freiwillig ihre Arbeitszeit halbieren können, während gleichzeitig ihr Bruttoeinkommen auf 80 Prozent reduziert wird. Darüber hinaus soll für alle Beschäftigten befristet ein Tausch von Zeit gegen Geld vorgenommen werden: Abhängig davon, wie hoch die Inanspruchnahme und damit die Einsparsumme bei der freiwilligen Teilzeit ausfällt, soll bei allen die Arbeitszeit und der Bruttolohn für die Dauer von dreieinhalb Jahren um bis zu fünf Prozent gekürzt werden. Außerdem sollen die Altersteilzeitregeln attraktiver gemacht werden. Der bestehende Kündigungsschutz für die ver.di-Beschäftigten soll über 2007 hinaus um bis zu zwei Jahre verlängert werden. Die Einigung steht unter dem Vorbehalt, dass der Gesamtbetriebsrat in seiner Sitzung am 17. November dem Paket zustimmt, das eine Verhandlungskommission des Betriebsrats mit dem Vorstand ausgehandelt hat. •

Gerade mal 21 der 70 Mitglieder der Geschäftsführenden Vorstände von DGB und Gewerkschaften sind Frauen (30 Prozent). Nur in der IG BAU, bei der GdP, bei TRANSNET und im DGB ist der Anteil der Frauen im Vorstand höher als unter den Mitgliedern. Nachholbedarf haben vor allem die großen Gewerkschaften. Bei der IG Metall und der IG BCE ist nur eine von sieben Vorstandsmitgliedern weiblich. Bei ver.di sind sechs von sechzehn Vorstandsmitglieder, aber fast die Hälfte der Mitglieder Frauen. Der Grund: Die in der Satzung vorgeschrieben Quote gilt erst ab 2007, in der Aufbauphase soll die Zusammensetzung des Vorstandes eine angemessene Vertretung der fünf Gründungsgewerkschaften garantieren. Nur in der GEW stellen die Frauen mit fünf von acht Vorstandsmitglieder die Mehrheit. Ein Grund für die geringe Zahl weiblicher Vorstandsmitglieder ist die Mitgliederstruktur der Gewerkschaften. Nur 32 Prozent aller Gewerkschaftsmitglieder, aber 44 Prozent aller Erwerbstätigen sind Frauen.



IG Metall

Erster Gender-Bericht

Als erste Gewerkschaft hat die IG Metall im Oktober ihren ersten Gender-Bericht vorgelegt. Der Bericht gibt einen Überblick über die Ist-Situation in Sachen Chancengleichheit in der IG Metall und die Repräsentanz von Frauen und Männern. Den Fokus hat die IG Metall dabei auf den Bereich der „Aktiven“ gelegt: Beschäftigte der IG Metall, Ehrenamtliche, BetriebsrätInnen, Jugend- und AuszubildendenvertreterInnen, Vertrauensleute, Mitglieder in Tarifkommissionen oder TeilnehmerInnen an gewerkschaftlichen Bildungsveranstaltungen. Die Bestandsaufnahme der gegenwärtigen Situation der Geschlechterverhältnisse sei ein wichtiger Baustein um Gender Mainstreaming innerhalb der IG Metall weiter voran zu treiben, schreibt der IG Metall-Vorsitzende Jürgen Peters im Vorwort. „Chancengleichheit im Inneren ist eine wichtige Voraussetzung für eine Politik nach draußen, die Männern und Frauen gleichermaßen gerecht wird“, so Peters. •

sissi.banos@igmetall.de

Die IG Metall hat im Internet ein eigenes Jugendportal eröffnet: www.jugend.igmetall.de BerufsanfängerInnen finden dort Wissenswertes rund um Aus- und Weiterbildung, Studium und Auslandsaufenthalte. Azubis erfahren, welche Rechte und Pflichten sie haben, ob ihre Ausbildung ordnungsgemäß verläuft und welche Vergütung ihnen zusteht. Und für Studierende gibt es Infos über Einstiegsgehälter, Praktikum und Arbeitsvertrag. Teil des Jugendportals ist auch eine Auslandsdatenbank mit Jobangeboten und Weiterbildungsmöglichkeiten in Europa, Nordamerika und Australien. Nützliche Tipps und Infos zu Steuern, Versicherungen und neuen Berufen runden das Angebot ab. In einem geschlossenen Bereich können zudem Jugend- und AuszubildendenvertreterInnen auf Arbeitshilfen zurückgreifen.

Widerstand gegen die Reformagenda

Protest gegen die politische Klasse

Die Agenda 2010 ist nicht alternativ-, sondern konzeptionslos. Sie wirkt krisenverschärfend und führt zur Entsolidarisierung der Gesellschaft warnt der Frankfurter Jesuit und Sozialethiker Friedhelm Hengsbach.

Prof. Dr. Friedhelm Hengsbach SJ., 66, ist Leiter des Oswald-von-Nell-Breuning-Instituts der Philosophisch-Theologischen Hochschule Sankt Georgen in Frankfurt/M.

100 000 haben am 1. November in Berlin gegen die Agenda des Kanzlers demonstriert. Anders als die WählerInnen, die den Regierenden ihr Votum verweigerten, haben sie offen der Koalitionsdoktrin widersprochen, dass es zur Agenda keine Alternative gebe. Und im Gegensatz zu den gelähmten Abgeordneten, Parteispitzen und Gewerkschaftsführern haben sie sich zu Anwälten der Betroffenen gemacht, denen die angeblichen Reformen der rot-grünen Koalition die Sprache verschlagen haben. Sie wehren sich gegen Bürgerkonvente, die mit dem Geld der Konzerne für eine neue Marktwirtschaft ohne sozialen Zusatz werben. Lassen sich nicht mundtot machen von der Ellenbogensprache des Kanzlers.

Die Bevölkerung ist zu Recht ungehalten über eine Agenda, die nicht ernsthaft reformiert, sondern ein Reformspektakel inszeniert. Jahrhundertwerke und größte Veränderungen der Sozialgeschichte werden angekündigt, aber sobald die gröbsten Widersprüche entdeckt sind, auf dem Hinterhof einer ärmlichen Reparaturwerkstatt entsorgt.

Die Agenda ist eine **Kampfansage der politischen Klasse an die schwächeren Mitglieder der Gesellschaft.** Höherverdienende stempeln die Opfer der Krise, nämlich Arbeitslose und Empfänger von Sozialhilfe, zu Tätern und verfolgen sie mit aggressiver Gewalt. In den Kommissionen, im Kabinett und im Parlament sitzen mehrheitlich Menschen, die weder von direkter Armut betroffen noch jemals mit dem Risiko von Arbeitslosigkeit und sozialer Ausgrenzung konfrontiert sind. Sie wissen kaum, wie es Arbeitslosen und Armen zumute ist.

Die Agenda gibt vor, auf zwei säkulare Herausforderungen zu reagieren, stolpert jedoch in zwei Fehldiagnosen. So steht die deutsche Wirtschaft nicht unter einem beispiellosen Globalisierungsdruck. **Deutschland muss nicht erst wieder Spitze werden.** Die Globalisierung ist nicht die Ursache der verfestigten Massenarbeitslosigkeit. Ebensowenig erzwingt die demografische Entwicklung eine Umstellung der sozialen Sicherungssysteme. Denn die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit einer Bevölkerung ist nicht von der biologischen Zusammensetzung abhängig, sondern von Wachstumserwartungen, vom Beschäftigungsgrad und von der Produktivität.

Der gemeinsame Nenner der „Reformen" ist eine Deformation der solidarischen Sicherung. Gesellschaftliche Risiken werden als persönliches Versagen gedeutet, ihre Absicherung könne der privaten Vorsorge zugemutet werden. Die Steuerungsform der Solidarität – die Beiträge werden gemäß der Leistungsfähigkeit entrichtet, der Hilfeanspruch ist jedoch gemäß der Notlage bestimmt – wird durch die Marktsteuerung verdrängt, Grundrechtsansprüche werden in private Tauschverhältnisse umformuliert.

Die Agenda wirkt nicht. Die Einschnitte in die sozialen Sicherungssysteme verfehlen ihren Zweck, mehr Wachstum und Beschäftigung zu erreichen. Dass die Lockerung des Kündigungsschutzes, die Flexibilisierung der Tarifverträge, die Selbstbeteiligung der Patienten oder die private Altersvorsorge derer, die nicht sparfähig sind, mehr Arbeitsgelegenheiten schaffen, ist weder theoretisch plausibel noch empirisch belegt. Was fehlt, sind Arbeitsgelegenheiten und nicht die Motivation der Arbeitslosen.

Weder der Arbeitsmarkt noch die Lohnnebenkosten sind der Schlüssel, die Krise zu bewältigen. Es käme darauf an, neue Märkte zu erschließen, etwa durch die ökologische Umsteuerung der Energie- und Verkehrssysteme und durch hoch qualifizierte Arbeiten am Menschen. Neben der herkömmlichen Erwerbsarbeit sollten die gesellschaftlich nützliche private Erziehungsarbeit und das zivilgesellschaftliche Engagement als gleichrangig geachtet und sozial abgesichert sein. Der berechtigten Erwerbsneigung der Frauen sollte eine Verpflichtung der Männer entsprechen, die Erwerbsarbeitszeit zu verkürzen, um für mehr Kinderarbeit verfügbar zu sein. Um die soziale Sicherung zu finanzieren, sollte die Grundlage der Solidarität nicht verengt, sondern erweitert werden.

Die Gerechtigkeitsfrage ist in die Gesellschaft zurückgekehrt, hat Wolfgang Thierse vor drei Jahren behauptet. Ist sie das? Die Gerechtigkeit einer Gesellschaft ist daran erkennbar, wie deren Mehrheit mit den schwächeren Mitgliedern umgeht. **Die Agenda 2010 verletzt sie ohne Grund.** •

Dünne Luft

Die Luft ist dünn geworden, seit dem sich nicht nur Lobbyisten der Industrie und führende Vertreter von FDP und Union einen Wettkampf um die besten Sozialabbaupläne liefern, sondern auch die Regierungskoalition von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Dünn für diejenigen, die mit noch weiteren Abbauplänen glänzen wollen. Ihre „Reformvorschläge" müssen immer radikaler werden, damit sie in der öffentlichen Diskussion überhaupt noch wahrgenommen werden.

Das jüngste Beispiel liefert die von der Industrie finanzierte „Gemeinschaftsinitiative Soziale Marktwirtschaft". Die Einschnitte in das soziale Netz müssten „tiefer sein, als von der Rurüp- und der Herzog-Kommission vorgeschlagen", hat die Initiative Anfang November gefordert und damit gemeint, dass der Sozialstaat „halbiert werden" könne. Einer der Vorschläge der Initiative ist die Abschaffung der Arbeitslosenversicherung: Statt sich gegen das Risiko Arbeitslosigkeit kollektiv zu schützen, sollte jeder selbst für sich sorgen. Bei einem Betragssatz von 6,5 Prozent vom Bruttolohn ließe sich nach drei Jahren Ansparphase immerhin ein halbes Jahr Arbeitslosigkeit überbrücken, so die industrienahe Initiative.

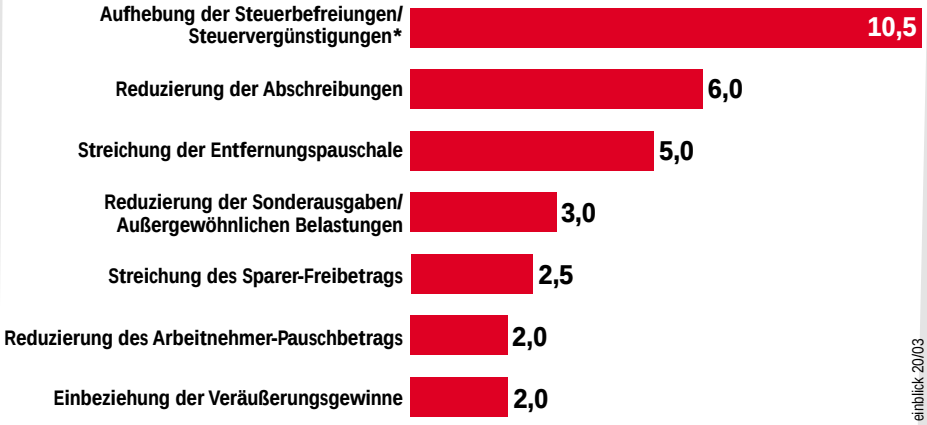
Postvertriebsstück A 45918 Vertrieb durch Toennes Druck + Medien Gmbh, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath

dieDGBgrafik

MERZ-STEUERKONZEPT: Zu teuer und sozial unausgewogen

Das Steuerkonzept von CDU/CSU-Fraktionsvize Friedrich Merz beschert dem Staat Mindereinnahmen von 45 Milliarden Euro. 35 bis 40 Milliarden Euro sollen gegenfinanziert werden – zu Lasten der ArbeitnehmerInnen. Sie sollen die Senkung der Steuersätze „selbst bezahlen", so der DGB. Allein die Streichung der Entfernungspauschale und die Reduzierung des Arbeitnehmer-Pauschbetrags summieren sich auf 7 Milliarden Euro. Den durch Merz entstehenden Steuerausfall von 5 bis 10 Milliarden hält der DGB für nicht verkraftbar.

Wie der CDU-Finanzexperte Friedrich Merz sein Steuermodell gegenfinanzieren will (in Milliarden Euro)



* z. B. Sonn-, Feiertags- und Nachtzuschläge, Abfindungen, Übergangsgelder, Beihilfen, Bergmannsprämien, Auslandszulagen, Streikgelder, Trinkgelder

Quelle: Friedrich Merz, „Ein modernes Einkommenssteuerrecht für Deutschland"

© DGB einblick 20/03

personalien

••• ***Ellen Paschke,*** 56, seit der ver.di-Gründung stellvertretende Vorsitzende des Landesbezirks Nord und dort für die Bereiche Tarifpolitik sowie Frauen- und Gleichstellungspolitik zuständig, ist am 25. Oktober vom Gewerkschaftstag als Nachfolgerin von ***Beate Eggert,*** 53, zur Vorsitzenden des Fachbereichs Gesundheit, Soziale Dienste und Kirchen gewählt worden.

••• ***Isolde Kunkel-Weber,*** 49, Vorsitzende des ver.di-Fachbereichs Sozialversicherungen, ist auf der konstituierenden Sitzung des neu gewählten ver.di-Bundevorstands am 25. Oktober die Verantwortung für den Bereich Personal übertragen worden.

••• ***Regina Rusch-Ziemba,*** 48, seit 1997 Mitglied des Vorstands der Gewerkschaft TRANSNET und dort für die Bereiche Senioren, Jugend sowie die Region Nord zuständig, ist am 28. Oktober vom Gewerkschaftsrat als stellvertretende Vorsitzende in den dreiköpfigen Geschäftsführenden Vorstand ihrer Gewerkschaft gewählt worden. Sie folgt ***Günter Ostermann,*** 63, der in den Ruhestand geht.

••• ***Berit Schröder,*** 29, Jugendbildungsreferentin der IG BAU, ist Ende Oktober von ihrer Gewerkschaft als Vertreterin der IG BAU für den Koordinierungskreis des globalisierungskritischen Netzwerks attac benannt worden.

14TAGE

11.11. DGB Hessen – Thüringen, Diskussion „Wirtschaftspolitik in der Krise", Frankfurt/M.

12.11. DGB-Bundesvorstand, Tagung mit Workshop „Früherkennung von Qualifikationsbedarfen – Von der Formel in die Praxis", Hamburg

12./13.11. Jahrestagung der Otto-Brenner-Stiftung, „Arbeitnehmerrechte in einer globalisierten Welt", Berlin

14.-16.11. DGB Niedersachsen, Bezirksjugendkonferenz, Ottersleben

17.11. GdP und Deutscher Bundeswehrverband, Demonstration vor dem SPD-Parteitag „Gegen den Ausverkauf von innerer und äußerer Sicherheit", Bochum

18.11. DGB Hessen, Demonstration „Tag der Verweigerung – Sparen schafft neue Armut," Wiesbaden

18.-19.11. DGB-Bundesvorstand, Schöneberger Forum „Zukunft öffentlicher Dienstleistungen – Perspektiven für Bürger, Wirtschaft, Beschäftigte", Berlin

21.11. DGB Baden-Württemberg, Arbeitstagung „Alterssicherung an den Grenzen, Renten- und Pensionssysteme rund um den Bodensee", Ravensburg

24.11. DGB Hessen-Türingen, Podiumsdiskussion „Die Gemeindefinanzreform – Ausweg aus der Finanznot der Kommunen?", Wiesbaden

Impressum *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** *einblick* Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Udo Perina, Christian Paulsen **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef (verantwortlich für diese Ausgabe), Stephan Hegger, Norbert Hüsson, Sybille Pape (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/30 88 24-0, Fax 030/30 88 24-20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: red.einblick@t-online.de **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/85 99 46-240, Fax 030/85 99 46-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design, Sprockhövel **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** Toennes Druck + Medien GmbH, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel. 0211/9 20 08-26, Fax 9 20 08-38
Alle aktuellen *einblick*-Hintergrundtexte im Überblick: Fax-Abruf 0211/43 01 689
Nachdruck frei bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren.

Schlusspunkt

„Protest mit Laufkundschaft"

Der Berliner Tagesspiegel am 3. November über die Berliner „Demonstration gegen den Sozialkahlschlag". Zu der Demonstration, zu der neben Globalisierungskritikern und linken Gruppen auch Teile der Gewerkschaften aufgerufen hatten, waren statt der erwarteten 20 000 TeilnehmerInnen 100 000 Demonstranten gekommen. Viele hatten sich spontan zum Protest entschlossen.

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 24.11.2003 21/03

DGB

Reformagenda des DGB

Wir brauchen eine neue soziale Balance

Die soziale Marktwirtschaft steht in der Bewährungsprobe. Gegen den Kurs der Wirtschaftslobbyisten setzt der DGB-Vorsitzende Michael Sommer auf einen neuen Zeitgeist.

Wenn die Globalisierung, die Erweiterung Europas und mehr als drei Jahre Wirtschaftskrise zusammenkommen, dann geraten alle Sicherungs- und Regulierungssysteme unter Druck. Gleichgültig, ob es um die Sozialversicherungen geht, um das Tarifsystem oder die private Lebensversicherung – in solchen Zeiten erhalten Fragen zur Finanzierung der Sozialsysteme oft sehr grundsätzlichen Charakter. Derzeit geben große und mächtige Teile der Wirtschaftslobby einen radikalen Kurs vor. Sie wollen Löhne und Gehälter senken, Lebensrisiken privatisieren und die gesamte Steuerlast auf Arbeitnehmer- und VerbraucherInnen abwälzen.

Gegen die Fortsetzung der Umverteilungspolitik von unten nach oben setzt der DGB einen neuen Zeitgeist: „Wir müssen gegenüber der Politik, in Betrieben und in der Öffentlichkeit für unsere Alternativen werben. Wir müssen für eine Politik für gute Arbeit und Gerechtigkeit eintreten und als DGB eine neue Balance finden", fordert der DGB-Vorsitzende Sommer. „In Krisenzeiten brauchen Wirtschaft und Arbeitsmarkt eine antizyklisch ausgerichtete Geld- und Wirtschaftspolitik. Das setzt den Rahmen für Wachstum und Entfaltung unternehmerischer Kräfte auch in schwierigen Zeiten."

Die gar nicht so neue Debatte um Lohnkürzungen und längere Arbeitszeiten hält Sommer für völlig fatal. „Wir würden nicht nur tausende Arbeitslose vom Aufschwung aussperren. Ausgerechnet der Exportweltmeister Deutschland setzte so einen Lohndumpingwettlauf in Gang, der alle miteinander konkurrierenden Volkswirtschaften in den Ruin treibt."

Der DGB, so Sommer, werde seine Alternativen zur vorherrschenden Politik des schlichten Kostendenkens klarstellen und in der Öffentlichkeit propagieren. „Wir wollen in einem Land leben, in dem Menschen von ihrer Arbeit leben können. Wir wollen qualifizierte Ausbildung und Arbeit für alle. Einkommen, von denen eine Familie leben kann. Mit Demokratie am Arbeitsplatz und einem gerechten Anteil am erwirtschafteten Wohlstand. Wo die Rechte, die Würde und der Stolz arbeitender Menschen, Arbeitsloser und ihrer Familien angegriffen werden, verbietet sich der Kniefall, ist einzig der aufrechte Gang eine zeitgemäße Haltung." •

Schweigende Mehrheit

Zufriedenheit der SPD-Mitglieder mit der Regierung

Im Auftrag der Zeitschrift stern hatte das Meinungsforschungsinstitut Forsa 1001 SPD-Mitglieder zur Politik ihrer Regierung befragt. Mit einem eindeutigen Fazit: 60 Prozent der Sozialdemokraten halten die Politik der Bundesregierung für „sozial völlig unausgewogen". Die Bundestagswahl 2006 geben 72 Prozent der Befragten bereits verloren.

plusminusBERLIN

+ ***Bundespräsident Wolfgang Thierse (SPD) fordert, dass die Bundeswehr auf den Besitz von Streubomben verzichtet. Die deutsche Armee hat nach eigenen Angaben „deutlich unter 8000" der international geächteten Waffen. Streubomben forderten im Irak-Krieg vor allem unter den Zivilisten Opfer.***

– ***Gudrun Kopp, FDP-Sprecherin für Verbraucherfragen, fordert die Öffnung der Geschäfte an allen vier Adventssonntagen. Begründung: In vielen Kommunen hätten die politischen Mehrheiten gegen eine Nutzung des „Rechts zur Genehmigung von vier verkaufsoffenen Sonntagen" im Jahr entschieden.***

inhalt

Seite 3

Gewerkschaften kämpfen für den Mittelstand

Weil Basel II die Existenz kleiner und mittlerer Unternehmen bedroht, sollen Betriebsräte fit in Unternehmensfinanzierung werden

Seite 5

Im Himmel ist Jahrmarkt

Das Unvermögen der Politik, die Lohnnebenkosten zu drücken, fällt den Gewerkschaften auf die Füße. Jetzt sollen sie längeren Arbeitszeiten ohne Lohnausgleich zustimmen

Seite 7

Gipfeltreffen sind kein Ausweg

Das Bündnis zwischen Gewerkschaften und SPD ist zerbrochen, weil Parteien heterogene Wählerkoalitionen schmieden müssen, meint Parteienforscher Peter Lösche

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.respekt.dgb.de

Informationen gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit

Im Faxabruf

0211 / 43 01 659

Die Herausforderungen annehmen, neuen Fortschritt gestalten Positionspapier von Mitgliedern der SPD-Fraktion und der Gewerkschaften

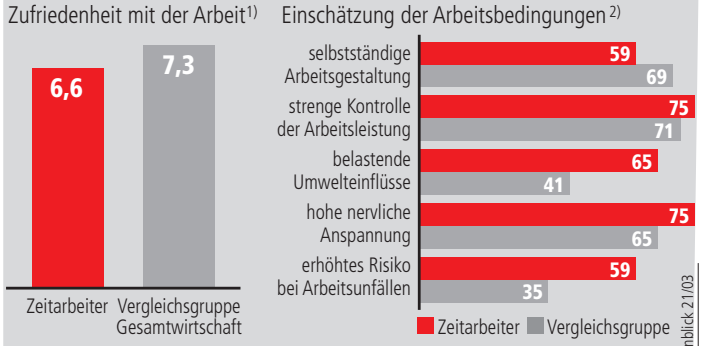
Justiz

Weniger Rechtsschutz

Der DGB fordert den Erhalt der Eigenständigkeit von Finanz-, Verwaltungs- und Sozialgerichten. „Eine Zusammenlegung wäre mit erheblichen Nachteilen für die Versicherten und die ArbeitnehmerInnen verbunden", so die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ursula Engelen-Kefer.

Anfang November hat die Justizministerkonferenz eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe eingesetzt, die eine Zusammenlegung der Finanz-, Verwaltungs- und Sozialgerichte zu einer öffentlich-rechtlichen Gerichtsbarkeit sowie der Arbeits- und Zivilgerichte zu einer Zivilgerichtsbarkeit prüfen soll. Dadurch könnten Überschneidungen bei der Zuständigkeit der Gerichte vermieden und die Richter und Justizangestellten bedarfsgerecht eingesetzt werden, so die Begründung. Der DGB unterstützt zwar Bestrebungen zur Verfahrensvereinfachung, fordert aber, die Eigenständigkeit der Arbeits- und Sozialgerichte zu erhalten. Anderenfalls sei nicht nur ein erheblicher Qualitätsverlust der Rechtsprechung, sondern auch eine deutlich längere Verfahrensdauer zu befürchten. Am 27. November will der DGB unter dem Titel „Fünf oder zwei Gerichtsbarkeiten?" seine Argumente auf einer Fachtagung mit Experten diskutieren. •

Zeitarbeiter kaum unzufriedener



1) Mittelwerte der Angaben auf einer Skala von 0 (ganz und gar unzufrieden) bis 10 (ganz und gar zufrieden)
2) trifft voll/teilweise zu (Angaben in Prozent)
Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, DIW-Wochenbericht 46/2003

ZeitarbeitnehmerInnen sind mit ihrer Arbeit fast so zufrieden wie vergleichbare ArbeitnehmerInnen in anderen Beschäftigungsverhältnissen. Das hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) Mitte November nach Auswertung einer Befragung von 2001 berichtet. Die Arbeitsbedingungen der ZeitarbeiterInnen seien „nicht, wie bislang oft angenommen, durchweg schlechter". Markante Unterschiede in der Einschätzung der Arbeitsbedingungen gibt es trotzdem: So unterliegen ZeitarbeiterInnen stärker belastenden Umwelteinflüssen und einem erhöhten Risiko von Arbeitsunfällen.

geplant... beschlossen

Der Geschäftsführende DGB-Bundesvorstand hat am 10. November eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die die Arbeit der gemeinsamen Kommission von Bundestag und Bundesrat zur „Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung" begleiten soll. Die Arbeitsgruppe will spätestens Anfang 2004 den Gewerkschaften einen ersten Bericht vorlegen. Die Federführung der Arbeitsgruppe liegt beim DGB-Vorsitzenden, die Koordination beim DGB-Vorstandssekretär Egbert Biermann.

wiewardiewoche?

Steffen Kühhirt, 36, ist ver.di-Tarifsekretär für den Luftverkehr. Gegenwärtig sitzt er als Verhandlungsführer einem Textilfabrikanten gegenüber: Hans-Rudolph Wöhrl hat die verlustgebeutelte deutsche BA (dba) gekauft und ist wenig verhandlungsbereit.

In der zweiten Novemberwoche kam es bei der dba zum Streik. An den fünf Standorten München, Düsseldorf, Berlin, Köln und Stuttgart haben ver.di und die Vereinigung Cockpit (vc) gemeinsam zum Warnstreik aufgerufen, nachdem die Fluggesellschaft bereits im Juni den „Tarifvertrag Personalvertretung" gekündigt hatte. Ein solcher Tarifvertrag ist notwendig, weil Piloten und Flugbegleiter nicht in den Genuss des Betriebsverfassungsgesetzes kommen. Die Verhandlungen um den Vertrag sollten eigentlich spätestens im Oktober stattfinden – als nichts weiter geschah, haben vc und ver.di gemeinsam zum Warnstreik aufgerufen. Unsere beiden Organisationen sind sich in der grundsätzlichen Einschätzung einig, dass Hans-Rudolph Wöhrl die entgültige Enttarifierung und damit die Rechtlosigkeit der rund 600 Beschäftigten anstrebt. Langfristig ist damit zu rechnen, dass – wie derzeit schon bei den Flugbegleitern – die Arbeitsplätze ausgelagert werden und sich Wöhrl so der Mitbestimmung völlig entzieht. Ist die dba erst mitbestimmungsfrei, kann Wöhrl sie meistbietend verkaufen.

Neben der guten Beteiligung ist ganz wesentlich: Wir konnten zeigen, dass auch die Flugbegleiter handlungsfähig sind. Und wir haben bewiesen – vc und ver.di gemeinsam – dass wir in einer schwierigen Tarifauseinandersetzung zu gemeinsamem Handeln fähig sind. Das war auch bei der dba nicht immer so. Durch die gemeinsame Stärke, demonstrierten die Beschäftigten mit dem nötigen Nachdruck, dass sie es sich nicht bieten lassen, wenn Wöhrl ihnen Rechte vorenthält, die ihnen in jeder anderen Fluggesellschaft zustehen. Sollte Wöhrl sich weiter weigern, über einen „Tarifvertrag Personalvertretung" zu verhandeln, ist mit weiteren Warnstreiks zu rechnen.

Mitbestimmung

Wachsende Attraktivität

Die Zahl der Unternehmen, in denen das Mitbestimmungsgesetz von 1976 gilt, habe ihren „Zenit überschritten", lautete die Überschrift einer Grafik im *einblick* 20/2003. Tatsächlich ist die Zahl der mitbestimmten Unternehmen von 1996 bis 1999 gesunken (von 725 auf 678), seit 2000 aber steigt sie wieder. Ende 2002 betrug sie 767, das belegen neuere Zahlen der Hans-Böckler-Stiftung.

Wachsende Beliebtheit erfährt die Mitbestimmung auch in Unternehmen, in denen das auf den ersten Blick nicht zu vermuten ist. Jüngstes Beispiel ist der amerikanische Lebensmittelkonzern Kraft Foods, der zweitgrößte Lebensmittelhersteller weltweit. Im Rahmen einer Umstrukturierung hat Kraft Foods vier bislang eigenständige Unternehmen zu einem einheitlichen Konzern zusammengeführt, der unter das 76er Mitbestimmungsgesetz fällt. Hintergrund der Konzernentscheidung ist eine mehrjährige erfolgreiche Zusammenarbeit des Unternehmens mit der für die Lebensmittelbranche zuständigen Gewerkschaft NGG. •

Basel II

Gewerkschaften kämpfen für den Mittelstand

Ab 2007 sollen weltweit neue Kriterien für die Vergabe von Krediten an Industrieunternehmen gelten. Die Gewerkschaften beurteilen das sogenannte Basel II-Abkommen kritisch. Sie fürchten den Verlust hunderttausender von Arbeitsplätzen in kleinen und mittelständischen Betrieben.

Ob die Verhandlungen der Zentralbanken und der Bankenaufsicht über das Basel II-Abkommen wie geplant bis Anfang 2004 abgeschlossen werden und das internationale Bankenabkommen tatsächlich 2007 in Kraft tritt, ist noch nicht entschieden. Aber für die Praxis ist das fast egal. Denn bereits heute nehmen die Banken die Bedingungen von Basel II bei der Kreditvergabe an Unternehmen vorweg. Unterstützt werden sie dabei von der EU, die im Frühjahr 2004 die Regelungen der Bankenrichtlinie EU-weit verbindlich festschreiben will.

In Zukunft hängt der Anteil des Eigenkapitals, den die Banken als Sicherheit hinterlegen müssen, um bei platzenden Krediten gegen einen Konkurs geschützt zu sein, davon ab, wie hoch das Risiko ist, das sie mit dem jeweiligen Kredit eingehen. Die Folge: Die Banken werden nur noch Kredite an Unternehmen gewähren, die ein geringes Risiko darstellen. Innovative Unternehmen, die Neues wagen, gehen leer aus, oder müssen höhere Kreditzinsen tragen.

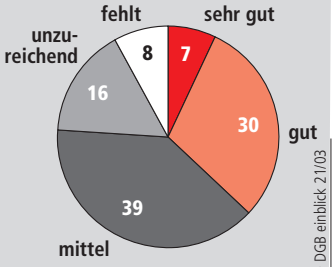
Leidtragende der neuen Kreditpolitik sind vor allem die kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU's). Sie verfügen oft nur über geringe Eigenmittel, tragen aber ein hohes Risiko. Schon kleinste Absatzkrisen können sie in die Krise stürzen, weil Basel II das bisherige System der Kreditvergabe in Deutschland sprengt. Statt gewachsener Kontakte zur Hausbank zählt nur noch der Businessplan. Statt „weicher Faktoren" wie am Markt eingeführte Produkte und eine qualifizierte Belegschaft zählt nur noch der kurzfristige Gewinn.

Die Idee von Basel II, das Kreditwesen besser gegen eine mögliche Bankenkrise zu schützen, wird auch von den Gewerkschaften mitgetragen. Aber sie fürchten die Nebenwirkungen des Bankenabkommens: Tausende von kleinen und mittelständischen Betrieben könnten in die Krise getrieben und die Konzentration im Bankenwesen könnte weiter angeheizt werden.

Vor allem für die IG BAU und die IG Metall, für die IG BCE, für die NGG und die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di ist das geplante Bankenabkommen deshalb seit längerem ein Thema. „Basel II wirkt krisenverschärfend", warnt Martin Pohl von der IG BAU. Die Banken hätten nicht genug Personal, um die weichen Faktoren bei der Kreditvergabe zu berücksichtigen.

Herausforderung noch nicht erkannt

Vorbereitung des Mittelstands auf Basel II (in Prozent)



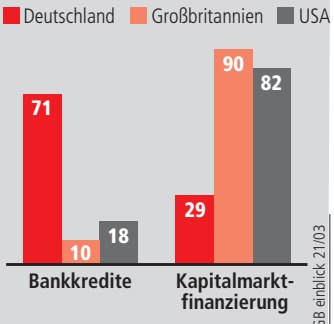
Quelle: IG Metall/PWC Unternehmensberatung

Nur 37 Prozent aller mittelständischen Betriebe haben sich bislang im notwendigen Umfang (gut bzw. sehr gut) auf die durch Basel II veränderten Rahmenbedingungen bei der Kreditvergabe der Banken verbreitet.

Auf EU-Ebene fordern die Gewerkschaften deshalb Ausnahmeregelungen für die KMU's. Dass die EU-Kommission Unternehmenskredite bis zu einer Million Euro aus den verschärften Kreditbedingungen von Basel II herausnehmen will, werten sie als Erfolg. Zudem fordern die Gewerkschaften, bei Unternehmen mit einem Jahresumsatz von unter 500 Millionen Euro auf Kreditaufschläge für lange Laufzeiten zu verzichten. Die Forderung der Gewerkschaften, Basel II ernster zu nehmen, richtet sich aber nicht nur an die Politik, sondern auch an die eigenen Mitglieder. „Die KollegInnen vor Ort", rät Thomas Otto, Kreditexperte der IG Metall, „müssen sich intensiver mit Fragen der Unternehmensfinanzierung befassen". Weil die kleinen und mittleren Unternehmen in Deutschland beim Fremdkapital besonders stark von Bankkrediten abhängen, sind sie auch stärker von der durch Basel II veränderten Kreditpraxis betroffen als die Unternehmen anderer Länder. •

Hoher Bankenanteil

Anteil von Bankkrediten und Kapitalmarktmitteln an der Unternehmensfinanzierung (in Prozent)



Quelle: IG Metall/Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)

In Deutschland kommt den Banken eine zentrale Rolle bei der Unternehmensfinanzierung zu. Im Gegensatz zu den USA und Großbritannien liegt ihr Anteil bei den Fremdmitteln in Deutschland bei über 70 Prozent.

Frühzeitig gegensteuern

Die Gewerkschaften unterstützen die Betriebsräte bei der Vorbereitung auf Basel II. Um zu verhindern, dass die Unternehmen das Bankenabkommen als Hebel missbrauchen, um durch eine Senkung des Einkommens der Beschäftigten Geld für die Erweiterung der Eigenkapitalbasis frei zu bekommen, müssten sich die Betriebsräte frühzeitig mit dem Thema Kreditvergabe beschäftigen. Nicht erst in der Krise.

Das ausgefeilteste Programm dazu hat die IG Metall. Neben eigenen Broschüren zu Basel II und den Folgen baut die Industriegewerkschaft zurzeit ein Beraternetzwerk auf, das Betriebsräte aus kleinen und mittelständischen Unternehmen gezielt beraten soll.

Aber auch die IG BAU und der DGB haben das Thema frühzeitig erkannt. Eigene Positionspapiere ermöglichen auch Laien einen schnellen Einstieg in die komplexe Thematik der Kreditvergabe für Industrieunternehmen. Sie zeigen, was Betriebsräte machen können, damit ihre Unternehmen nicht in die Kreditfalle laufen.

Im Faxabruf
0211 / 43 01 667
Stellungnahme des DGB zu den Überlegungen der EU-Kommission zu Eigenkapitalanforderungen für Kreditinstitute (Basel II)

PROJEKTE UND PARTNER

WSI-Herbstforum 2003

Betriebe unter Marktdruck

Die stagnierende Konjunktur und der verschärfte internationale Wettbewerb setzen die Betriebe unter Druck. Die Anforderung, rasch auf veränderte Marktbedingungen zu reagieren, können in Widerspruch zu tariflichen und betrieblichen Regelungen des Personaleinsatzes geraten. Welche Anforderungen stellen sich an die Personal-, Betriebs- und Tarifpolitik? Diese Frage steht im Mittelpunkt des WSI-Herbstforums 2003 am 4./5. Dezember in Düsseldorf. •

Tel. 0211 / 77 78 111
www.wsi.de

Arbeitsschutz

Leitfaden zu Gefahrstoffen

Wie man sich beim beruflichen Umgang mit giftigen Substanzen richtig schützt, verrät ein neuer Online-Leitfaden. Ins Netz gestellt hat ihn die Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (OSHA). Neben detaillierten Tipps verweist die englischsprachige Datenbank auf über 100 Einrichtungen rund um Gefahrstoffe in ganz Europa. •

http://europe.osha.eu.int/good_practice/risks/dangerous_substances/index.php

Hans-Böckler-Stiftung

Wirtschaftsinfos im Taschenformat

Alle wichtigen wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Daten des laufenden Jahres passen jetzt in die Jackentasche. Die „Datenkarte 2003" der Hans-Böckler-Stiftung bündelt Infos zur Zahl der Gewerkschaftsmitglieder, der Verbreitung von Betriebs- und Personalräten sowie zur Tarifbindung deutscher Unternehmen. Die Karte gibt's kostenlos per Post oder im Netz. •

Der Setzkasten
Kreuzbergstraße 56
40489 Düsseldorf
www.boeckler.de/datenkarte

DGB-Bildungswerk

Englisch vor Ort

Eine Woche lang können BetriebsrätInnen beim „Kompakttraining Englisch für Betriebsräte" ihre Sprachkenntnisse auffrischen und Fachvokabeln büffeln. Den Bildungsurlaub im britischen Colchester organisiert das DGB-Bildungswerk zusammen mit einer Sprachschule vor Ort und der DGB/VHS-Arbeitsgemeinschaft Arbeit und Leben. Neben Wirtschaftsenglisch stehen Korrespondenz in Brief, Fax und E-Mail sowie typische Gesprächssituationen auf dem Stundenplan. Drei Kurstermine, 14. bis 21. März, 9. bis 16. Mai sowie 12. bis 19. September 2004, sind geplant. Der Kurspreis von 650 Euro schließt Kost und Logis in Gastfamilien ein, nicht aber die Anreise. Anmeldeschluss ist der 15. Dezember. •

DGB-Bildungswerk
Fax 0211 / 43 01 500
sprachkurs@e-kademie.de

Grundstein auf Microfiche

Gewerkschaftsgeschichte bis 1933

Die 1888 gegründete Gewerkschaftszeitung Der Grundstein, ist nicht nur eine der ältesten deutschen Gewerkschaftspublikationen, er war lange Zeit auch eine der am stärksten verbreiteten. Ein Dokument der Zeitgeschichte, das heute nur noch in wenigen Exemplaren in Archiven zu finden ist. Herausgegeben von der IG BAU liegen jetzt die ersten 45 Jahre der 1933 verbotenen Gewerkschaftszeitung als Mikrofiche-Ausgabe im Saur-Verlag vor. Bis Februar 2004 kostet die Mikrofiche-Edition aller bis 1933 erschienenen Ausgaben 1790 Euro, danach 200 Euro mehr. •

www.saur.de

Wissenschaftszentrum

Neues Projekt zur Integration

Zahlreiche ExpertInnen beschäftigen sich mit dem Thema Migration. Um die Ergebnisse der ForscherInnen einer breiten Öffentlichkeit zu vermitteln, hat das Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) eine eigene „Arbeitsstelle interkulturelle Konflikte und gesellschaftliche Integration" (AKI) eingerichtet. Eröffnet wird die neue Arbeitsstelle am 28. November in Berlin. •

Wissenschaftszentrum Berlin
Reichpietschufer 50
10785 Berlin
www.wz-berlin.de/zkd/aki

interregio

••• Der ***DGB Hessen*** bietet die Möglichkeit, das eigene Gehalt online mit dem von Spitzenmanagern der Wirtschaft zu vergleichen. Nach der Eingabe des Monats- oder Jahresgehalts listet der ***Rechner*** auf, wie lange ArbeitnehmerInnen für die knapp 7 Millionen Euro von Josef Ackermann (Deutsche Bank) oder die 10,8 Millionen Bruttogehalt von Jürgen Schrempp (DaimlerChrysler) arbeiten müssen.
www.hessen.dgb.de/gehalt_aktion

••• Mit einer ***Ausstellung*** im Essener DGB-Haus erinnert die ***DGB-Region Mülheim-Essen-Oberhausen*** an den Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim in Hünxe 1991, bei dem mehrere Mädchen schwer verletzt wurden. Von SchülerInnen gestaltete Tafeln zeigen neben den Reaktionen der Hünxer Öffentlichkeit auf den Anschlag auch eine umfangreiche Liste rechter Straf- und Gewalttaten.
Mehr Infos: Dieter Hillebrand, Tel. 0201 / 63 24 70.

••• Der ***DGB Berlin-Brandenburg*** hat eine ***Studie*** zu den „Perspektiven einer Vermögensbesteuerung" veröffentlicht. Die Wiedereinführung der Vermögenssteuer brächte nach Berechnungen des Marburger Wirtschaftswissenschaftlers Kai Eicker-Wolf zusätzliche Steuereinnahmen von bis zu 2 Milliarden Euro für den Berliner und 1,15 Milliarden für den Brandenburger Landeshaushalt. Vergleichbare Studien hatte Eicker-Wolf bereits für den DGB Hessen – Thüringen erstellt. Die Studie gibt es kostenlos im Internet zum Download:
www. berlin-brandenburg.dgb.de/article/articleview/1240

DGB-Bildungswerk

Produktionsfaktor Gesundheit

Eine gesunde Belegschaft steigert Wettbewerbsfähigkeit und Unternehmenserfolg. Zu diesem Schluss kommen die AutorInnen der Dokumentation „Ist Gesundheit nur ein Kostenfaktor?". Das Heft fasst die Beiträge eines Workshops des DGB-Bildungswerks vom Juni 2003 zusammen. Die Dokumentation kommt im Einzelversand für 9,11 Euro ins Haus. •

Tel. 0211 / 43 01 372
marianne.giesert@dgb-bildungswerk.de

Tarifrunde 2004

Im Himmel ist Jahrmarkt

Das Unvermögen der Politik, die Sozialabgaben zu drosseln, fällt den Gewerkschaften auf die Füße. Jetzt sollen sie die Lohnkosten drücken und längeren Arbeitszeiten ohne Lohnausgleich zustimmen.

„Länger arbeiten fürs gleiche Geld." Selten hatte eine Arbeitgeber-Parole so viel Rückenwind wie diese. In Berlin habe sich „eine XXL-Koalition" für längere Arbeitszeiten formiert, berichtet *Focus*. Selbst SPD-Politiker bringen die 48-Stunden-Woche ins Spiel.

Den Vorreiter macht die Druckindustrie. Sie will weg von der 35-, zurück zur 40-Stunden-Woche. „Bei gleichem Lohn", wie Thomas Mayer, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands Druck und Medien (bvdm) betont. Samstagsarbeit soll ab April 2005 wieder die Regel sein, freie Tage für Schichtarbeiter und Ältere sollen gestrichen werden. Ver.di warnt vor einem „Dammbruch". Die Arbeitgeber nutzten die Gunst der Stunde, so der stellvertretende ver.di-Vorsitzende Frank Werneke, frei nach dem Motto „im Himmel ist Jahrmarkt".

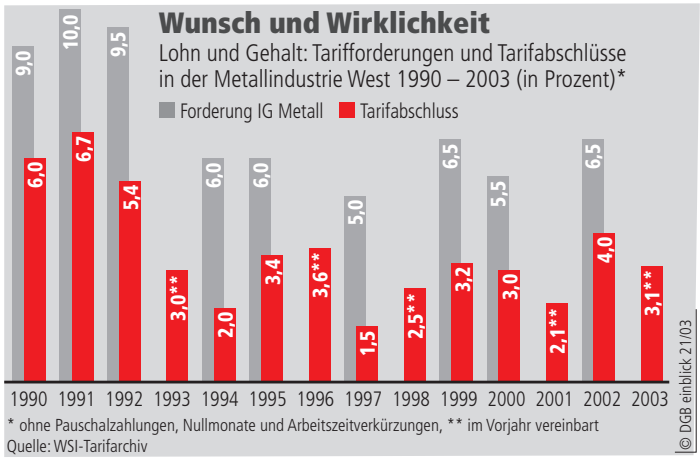
Da nimmt sich die Forderung von Gesamtmetall-Präsident Martin Kannegiesser noch bescheiden aus. Er will per Tarifvertrag den Betrieben die Option einräumen, die 35-Stunden-Woche „nach oben" zu öffnen. Allerdings ohne Zustimmungsvorbehalt der Tarifparteien. Die IG Metall befürchtet deshalb eine Absenkung des Tarifniveaus, „eine Spirale nach unten", so ihr Tarifexperte Armin Schild.

In der Metallindustrie können bis zu 18 Prozent der Belegschaft einer Firma 40 Stunden arbeiten; und die IG Metall ist auch bereit, über diese Quote zu diskutieren. Ansonsten ist in der Metallindustrie nur eine Senkung der Arbeitszeit auf bis zu 30 Stunden möglich, „bei vorübergehenden Beschäftigungsproblemen und zur Vermeidung von betriebsbedingten Kündigungen", wie es im Beschäftigungssicherungsvertrag heißt.

Als leuchtendes Beispiel wird der IG Metall gern die Chemiebranche West vorgehalten. Dort kann von der 37,5-Stunden-Woche um 2,5 Stunden nach oben und unten abgewichen werden. „Neue Tarifabschlüsse sollten ähnlich sein wie in der Chemie", wünscht sich Reinhard Göhner, Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände. Was er verschweigt: Wer in der Chemieindustrie länger arbeitet, kriegt das auch bezahlt. Umsonst arbeiten ist nicht. Zudem können die Betriebsparteien nicht nach Gutdünken vom Tarif abweichen. „Wir haben die Hand drauf", erklärt IG BCE-Sprecher Michael Denecke. Genutzt wird die Tarifoption allerdings kaum. Zurzeit nur von 54 Betrieben mit 26 000 Beschäftigten. In der Branche arbeiten 580 000 Menschen in 1700 Unternehmen.

Die IG Metall, die 2004 erstmals seit Jahren wieder die Vorreiterrolle übernimmt, will eine reine Lohnrunde fahren. Die 35-Stunden-Woche ist in Westdeutschland nicht gekündigt. Für den IG Metall-Vorsitzenden Jürgen Peters sind Gedankenspiele über eine Rückkehr zur 40-Stunden-Woche deshalb „Sprengstoff für diese Tarifbewegung". Die IG Metall lehne es ab, darüber zu verhandeln. IG Metall-Vize Berthold Huber: „Eine generelle Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnausgleich wird es mit mir nicht geben." Sie sei „Unfug".

Auch ohne das Thema Arbeitszeit ist die Tarifrunde 2004 schon schwierig genug. Die im so genannten Entgeltrahmenabkommen (ERA) bereits vereinbarte Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten ist noch nicht finanziert. Nachdem 2002 dafür eine Lohnerhöhung von 1,4 Prozent abgezweigt wurde, ist jetzt noch einmal so viel fällig. Sollte diese Summe in einem Rutsch aufgebracht werden, wäre das wohl nur über eine längere als zwölfmonatige Vertragslaufzeit möglich. Die unsichere Konjunkturentwicklung legt hingegen eine kürzere Laufzeit nahe. Doch „über Laufzeiten", weiß IG Metaller Armin Schild, „redet man am Ende, nicht am Anfang" •



Zwischen fünf und zehn Prozent mehr Einkommen hat die IG Metall in den vergangenen neun Metalltarifrunden gefordert. Für 2004 empfiehlt der Vorstand den Bezirken eine Forderung von „bis zu vier Prozent". Beschließen wird er sie am 27. November. Sollte die IG Metall nur vier Prozent fordern, wäre das eine kleine Sensation. Denn das sei „noch nie dagewesen", so Alice Martens vom WSI-Tarifarchiv. Nur 1983/84 war die Forderung niedriger; sie betrug 3,3 bis 3,5 Prozent – allerdings forderte die IG Metall gleichzeitig die 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich.

Stochern im Nebel

In wirtschaftlich schwierigen Zeiten haben die so genannten Fünf Weisen mit ihren Prognosen „oft daneben gelegen", berichtet die Deutsche Presseagentur (dpa). Sie waren meist zu optimistisch. Dennoch ist ihr Blick in die Glaskugel die wichtigste Voraussetzung jeder Tarifrunde. Für 2004 sagt der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 1,5 Prozent und eine Inflationsrate von 1,2 Prozent voraus.

Ähnlich sehen das die sechs führenden Wirtschaftsforschungsinstitute. Sie gehen in ihrem Herbstgutachten von 1,7 Prozent Wachstum und einer Inflationsrate von 1,3 Prozent aus.

Auch die Unternehmen blicken wieder zuversichtlicher in die Zukunft. Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) erwartet für 2004 ein BIP-Plus von 1,75 Prozent.

Bis der Aufschwung aber am Arbeitsmarkt ankommt, dauert's. Neue Jobs entstehen erst bei einem Wachstum von 1,5 Prozent, sagen die Herbstgutachter. Erst in der zweiten Jahreshälfte 2004 dürfte die Erwerbstätigenzahl wieder zunehmen. Mit einer deutlichen Verringerung der Arbeitslosigkeit rechnet die Bundesanstalt für Arbeit erst 2005.

kurz&bündig

Die IG BAU will gemeinsam mit den Verbänden der Bauwirtschaft einen „Bildungspass Bau“ einführen. Dieser soll den bisher „wenig strukturierten“ Weiterbildungsmarkt im Baubereich systematisieren und formale und informelle Schritte des lebenslangen Lernens dokumentieren.

ver.di-Vize Frank Werneke hat vor einer Zusammenlegung der Fernsehsender arte und 3sat gewarnt. Es könne für „internationalen Flurschaden“ sorgen, den deutsch-französischen Kultursender arte im Zuge der Spardiskussionen für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Frage zu stellen.

Das Wiesbadener Verwaltungsgericht hat eine Klage der GdP Hessen gegen einen Erlass des hessischen Landespolizeipräsidenten abgewiesen, nach dem es PolizistInnen verboten ist, auf ihren Demonstrationen Uniform zu tragen. Die GdP hat angekündigt, den Rechtsstreit vor weiteren Instanzen „abschließend zu klären“.

Die IG BCE beendet am 29. November mit einer Abschlussparty ihren Kreativ-Wettbewerb gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus. Unter dem Titel „Wir steh'n auf Toleranz“ werden in Hannover die besten der insgesamt neunzig eingereichten Projekte mit Preisgeldern von insgesamt 13 000 Euro belohnt.

Hans-Böckler-Stiftung

Abteilung Öffentlichkeitsarbeit wird aufgelöst

Die Abteilung Öffentlichkeitsarbeit der Hans-Böckler-Stiftung (HBS) wird zum 31. Dezember aufgelöst. Die Funktion der Pressesprecherin (zuständig für Pressearbeit/Kommunikation/Marketing) und die Redaktion der Zeitschrift *Die Mitbestimmung* werden direkt der Geschäftsführung, die Internet-Redaktion sowie der Bereich Publikationen der Abteilung Koordinierung/Verwaltung/Finanzen unterstellt. Das hat der Vorstand der Stiftung am 7. November beschlossen. Mit der Umorganisation sollen Ressourcen für den Bereich Pressearbeit frei werden, ohne dass Stellen neu geschaffen werden müssen, begründet die Geschäftsführung die Umstrukturierung.

Bei den Vertrauensleuten der Stiftung ist der Beschluss zur Aufteilung der bisher integrierten Öffentlichkeitsarbeit auf mehrere Abteilungen hingegen auf Kritik gestoßen. In einem Schreiben an die Vorstandsmitglieder kritisieren die Vertrauensleute, im Vorfeld der Entscheidung nicht über die Maßnahme informiert worden zu sein. Auf einer Betriebsversammlung haben die Beschäftigten inzwischen die Einleitung einer Betriebsratswahl für die Stiftung beschlossen. •

TBS NRW

Weniger Standorte

Die Technologieberatungsstelle (TBS) beim DGB Nordrhein-Westfalen muss im nächsten Jahr drei ihrer sechs Standorte schließen: Hagen, Münster und Köln. Übrig bleiben die Regionalstellen Bielefeld, Oberhausen und Mönchengladbach. Zudem wird die TBS die Zahl ihrer MitarbeiterInnen von 66 auf knapp 50 reduzieren. Der Grund: Die Landesregierung kürzt die Fördermittel für alle Beratungseinrichtungen in NRW 2004 um 20 Prozent und 2005 um weitere 20 Prozent. Der TBS NRW fehlen dadurch 2004 eine halbe und ab 2005 eine Million Euro. Trotz der Einschnitte werde die TBS NRW ihre Leistungsfähigkeit aber „auf einem hohen Niveau halten“, erklärte ihr Leiter Ulrich Weber gegenüber *einblick*. Sie werde „ein flächendeckendes Bildungsangebot in der gewohnten thematischen Breite“ präsentieren. Das Seminarprogramm für das erste Quartal 2004 enthält wie bisher rund 30 Veranstaltungen für Betriebs- und Personalräte. •

Mehr Infos: www.tbs-nrw.de

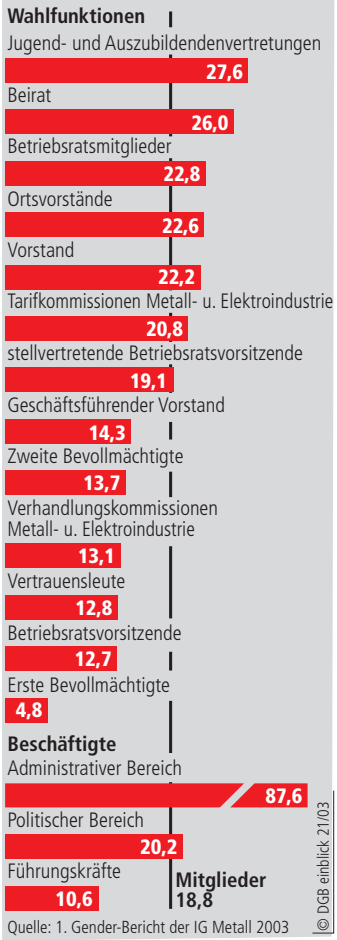
DGB-Rechtsschutz

Eigener Newsletter

„Recht so!“, das ist der Titel eines Mitte November erstmals erschienenen Newsletters der DGB Rechtsschutz GmbH. Der neue Newsletter soll die Arbeit der 870 Beschäftigten der Rechtsschutz-GmbH für die GewerkschaftssekretärInnen vor Ort sowie für die Betriebs- und Personalräte transparent machen und auf wichtige Gerichtsentscheidungen hinweisen. Der Erfolg des Rechtsschutzes „hängt auch davon ab, wie die RechtsschutzsekretärInnen mit den örtlichen Gewerkschaftsvertretern kooperieren“, betont DGB-Vorstand Dietmar Hexel in der ersten Ausgabe von *Recht so!*. Dazu sei es notwendig, „mehr von einander zu wissen“. Der Newsletter erscheint vierteljährlich und löst den bislang nur unregelmäßig erschienenen Infodienst *Transparenz* ab. •

Männerdomäne Erste Bevollmächtigte

IG Metall: Frauenanteil in gewählten Funktionen, unter den Beschäftigten und den Mitgliedern (in Prozent)



Quelle: 1. Gender-Bericht der IG Metall 2003

Quote und Frauenförderpläne haben bei der IG Metall dafür gesorgt, dass im ehren- und hauptamtlichen Bereich Frauen stärker vertreten sind. So hat sich ihr Anteil bei den Betriebsräten im Organisationsbereich der IG Metall seit 1990 von 15,3 auf 22,8 Prozent erhöht. Waren 1989 nur 11,5 Prozent der Beschäftigten im politischen Bereich weiblich, betrug ihr Anteil 2002 bereits 20,2 Prozent. Der erste Gender-Bericht der IG Metall (*einblick* 20/03) zeigt aber auch, in welchen Bereichen noch Defizite bestehen. So sind gerade mal 4,8 Prozent der Ersten Bevollmächtigten Frauen. Und auch das Tarifgeschäft ist vor allem Männersache: Nur 13,1 Prozent der Mitglieder in den Verhandlungskommissionen sind weiblich. Mit ihrem im April gestarteten Gender Mainstreaming-Projekt will die IG Metall unter anderem für eine ausgewogene Vertretung von Männern und Frauen in den eigenen Reihen sorgen.

MEINUNG

Verhältnis Gewerkschaften und SPD

Gipfeltreffen sind kein Ausweg

Das Bündnis zwischen den Gewerkschaften und der SPD ist zerbrochen, weil alle Parteien Wahlen nur noch gewinnen können, wenn sie heterogene Wählerkoalitionen schmieden. Dieses strukturelle Dilemma lässt sich nicht durch Gespräche im Kanzleramt überwinden, meint Parteienforscher Peter Lösche.

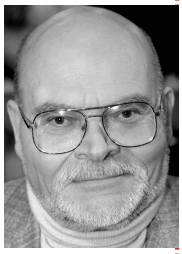


Foto: dpa/Klaus Franke

Prof. Dr. Peter Lösche, 64, forscht an der Universität Göttingen über Regierungssysteme der Bundesrepublik.

Partei, Gewerkschaften, Genossenschaften, Kultur- und Freizeitorganisationen – das waren einst die Kraftquellen der deutschen und auch vieler anderer europäischer sozialdemokratischer Arbeiterbewegungen. Das Verhältnis zwischen diesen Organisationen war nie spannungsfrei. Man denke etwa an die Massenstreikdebatte im Jahrzehnt vor dem Ersten Weltkrieg. Da ging es um den Primat der politischen oder der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterbewegung. Die Auseinandersetzung endete unentschieden, beide Seiten trugen Verletzungen davon.

Dennoch: Trotz derartiger Konflikte – und **im Unterschied zur Gegenwart – litt darunter nicht die Substanz der Sozialdemokratie.** Denn der Wurzelgrund der Arbeiterbewegung, das Milieu, blieb unverletzt. Dieses sozialdemokratische Milieu konstituierte sich am (Fach)Arbeiterplatz, war durch die verschiedensten Organisationen miteinander vernetzt und durch eine gemeinsame Weltsicht integriert, nämlich einer Vorstellung von einer anderen, humaneren Gesellschaft der Gleichen. Kurz: Die Sozialdemokratie, mit ihren Gewerkschaften und der Partei, stellten eine auch alltäglich erfahrbare Lebensweise dar. Solidarität war hier konkret erfahrbar. Ähnliches galt auch für das katholische Milieu mit den christlichen Gewerkschaften und dem Zentrum.

Heute haben wir es mit einer völlig anderen Situation zu tun. **Die traditionelle Industriegesellschaft,** die Produktionsgesellschaft mit dem Facharbeiter in ihrem Mittelpunkt **kommt an ihr Ende** – und damit auch der Keynesianismus, die Einheit von Wirtschaftswachstum und sozialem Fortschritt. Hinzu kommen die Herausforderungen durch die Globalisierung, die Rückkehr eines extremen, von sozialer und politischer Kontrolle „befreiten" Marktes, auf dem es um Standortvorteile in der Konkurrenz der Nationen geht. Die europäische Integration verlagert zudem nationalstaatliche Kompetenzen zunehmend nach Brüssel. Und: Nicht zuletzt wegen der demographischen Entwicklung scheint das überkommene europäische Sozialstaatsmodell erschöpft. **Solidarität, der Wesenskern der sozialdemokratischen und der christlichen Arbeiterbewegung, erodiert.**

Damit aber wachsen die Spannungen zwischen sozialdemokratischen (und auch christdemokratischen) Parteien und ihren Gewerkschaften, ja sie spitzen sich zu Konflikten zu. Die Gewerkschaftsflügel in den Parteien, die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD und die Sozialausschüsse in der Union, finden sich innerparteilich in Opposition zu ihren Parteiführungen. Formelle organisatorische Verbindungen zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaften werden – wie in Skandinavien – aufgekündigt, die trade unions an den Rand von New Labour in Großbritannien gedrängt. Was sich hier abspielt, ist strukturell bedingt, ist nicht die „Schuld" oder Verantwortung einzelner handelnder Personen.

Wollen sozialdemokratische Parteien Wahlen gewinnen, dann reicht es nicht, die traditionelle Klientel, die gewerkschaftlich organisierte Facharbeiterschaft zu mobilisieren, sondern man muss in der Mitte Wählersegmente überzeugen, **also einen komplizierten und nicht ungefährlichen Spagat hinbekommen.** Bricht man bei dieser diffizilen Übung ein, dann kann es passieren, dass Stammwähler und Sympathisanten am Wahltag zu Hause bleiben oder – schlimmer noch – zu den Rechtspopulisten abwandern – wie in den Niederlanden, Dänemark, Frankreich, Italien, Österreich. Natürlich rekrutiert sich der Rechtspopulismus nicht nur aus Modernisierungsverlierern, aus potenziell sozialdemokratischen (oder christdemokratischen) Wählern. Aber: Er ist zum großen Teil Fleisch vom Fleische der Gewerkschaften und der Sozialdemokratien.

Gewerkschaften und Sozialdemokratien stehen vor einem Strukturdilemma: Die Parteien können Wahlen nur gewinnen, wenn sie eine heterogene Wählerkoalition schmieden, zu der Angehörige der neuen Mittelschichten und der eigenen Traditionskompagnie gehören. Die Gewerkschaften hingegen sind wesentlich noch an der alten Produktionsgesellschaft orientiert, an den Facharbeitern. Sie tun sich schwer darin, Organisationserfolge im tertiären Bereich zu erringen. Das Dilemma: Aus der je unterschiedlichen Klientel resultieren Interessengegensätze, die sich **nicht durch gut gemeinte Gipfeltreffen im Kanzleramt oder bei einem Gespräch in der bayerischen Staatskanzlei beheben lassen.** •

Wachsende Sprachlosigkeit

51,2 Prozent aller WählerInnen mit Gewerkschaftsbuch haben bei der Bundestagswahl im September 2002 SPD gewählt und damit die zweite Amtszeit von Gerhard Schröder erst ermöglicht. Seitdem schwindet die Basis. Dass die SPD in aktuellen Umfragen zu einer 25-Prozent-Partei geschrumpft ist, liegt vor allem an ihrem Vertrauensverlust bei den gewerkschaftlich organisierten WählerInnen.

Im Februar verlor die SPD in Hessen bei den Gewerkschaftsmitgliedern 12 Prozent der Stimmen und kam dort nur noch auf 44 Prozent. Trotz Roland Koch. In Niedersachsen lag der Verlust am gleichen Tag mit einem Minus von 21 Prozent unter den Gewerkschaftsmitgliedern noch höher.

Und auch in Bayern musste die SPD im September bei den ArbeitnehmerInnen herbe Verluste hinnehmen. Während ihr Stimmenanteil bei allen WählerInnen im Vergleich zu 1998 um 9,1 Prozent sank, verlor sie bei den Gewerkschaftsmitgliedern zehn Prozent. Bei den gewerkschaftlich organisierten ArbeiterInnen waren es sogar 14 Prozent.

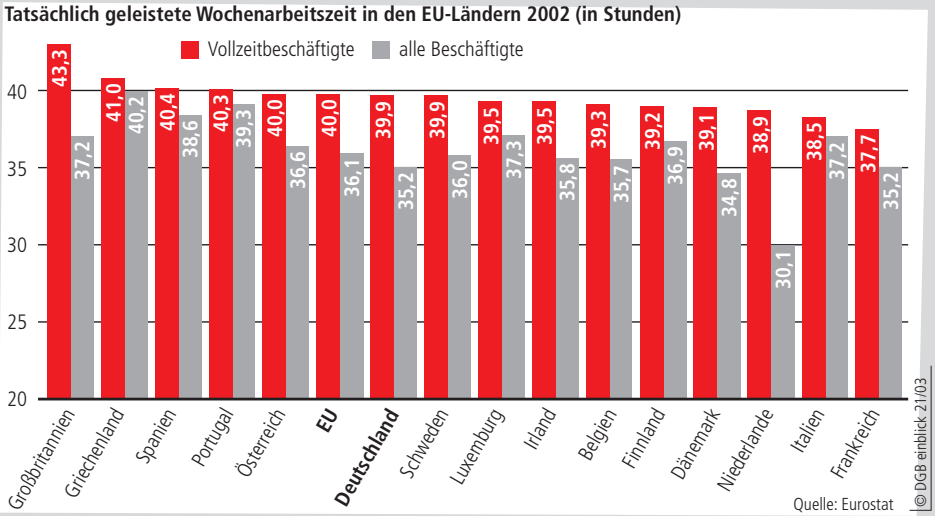
Nur in Bremen ist es der SPD gelungen, den Negativtrend zu stoppen. 49 Prozent aller Gewerkschaftsmitglieder stimmten im Mai für die SPD, aber nur 19 Prozent für die dort mitregierende CDU.

Postvertriebsstück A 45918 Vertrieb durch Toennes Druck + Medien Gmbh, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath

die DGB grafik

ARBEITSZEIT: Keine Spur vom Freizeitweltmeister

Entgegen der häufig vertretenen These vom Freizeitweltmeister Deutschland liegt die Bundesrepublik bei der Arbeitszeit in Europa im Mittelfeld. Das zeigt ein Vergleich des europäischen Statistikamtes Eurostat, bei dem neben der tariflichen Wochenarbeitszeit auch die tatsächlich geleisteten Überstunden berücksichtigt sind. Wegen des hohen Anteils von Teilzeitbeschäftigten liegt die Arbeitszeit aller ArbeitnehmerInnen allerdings unter dem EU-Durchschnitt.



personalien

••• ***Ralf Mattes,*** 36, wissenschaftlicher Mitarbeiter des bayerischen Landtagsabgeordneten Dr. Klaus Hahnzog und Pressesprecher der SPD München, ist seit dem 3. November Pressesprecher des DGB Bayern. Er vertritt ***Susanne Kolb,*** 36, die in Mutterschutzurlaub gegangen ist.

14 TAGE

24.11. DGB Bayern, Konferenz zum Ausbildungsstellenmarkt, Nürnberg

24.11. DGB Hessen, Podiumsdiskussion „Die Gemeindefinanzreform, Ausweg aus der Finanznot der Kommunen?", Wiesbaden

27.11. DGB Berlin-Brandenburg, Tagung „Sozialen Unternehmen eine Zukunft geben", Berlin

27.11. DGB-Bundesvorstand, Fachtagung „Fünf oder zwei Gerichtsbarkeiten?", Berlin

28.11. DGB Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt, Tagung „Zwischen Sparpolitik, Profilbildung und Autonomie. Perspektiven der Hochschulen in Niedersachsen", Hannover

28.11. Kooperationsstelle Hochschulen – Gewerkschaften Osnabrück, Tagung „Europas Verfassung – Basis für ein soziales Europa?"

29.11. IG BCE, Abschluss des Kreativ-Wettbewerbs gegen Rechtsextremismus und Diskriminierung, Hannover

1.12. DGB Baden-Württemberg, Überregionale Arbeitstagung Berufliche Bildung, Oberkochen

2.12. DGB Bremen, Fachtagung „Wie können Betriebsräte und Gewerkschaften mit Leiharbeit umgehen?", Bremen

3.12. DGB-Bundesvorstand, Tagung „Bürgerversicherung als Reformoption für die gesetzliche Krankenversicherung", mit Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt, Berlin

4.-5.12. WSI-Herbstforum 2003, „Betriebe unter Marktdruck: Zwischen Flexibilisierung und Regulierung", Düsseldorf

Tipp

Buch: ***Gudrun Linne, Michael Schwarz (Hrsg.), Handbuch Nachhaltige Entwicklung, Verlag Leske + Budrich, Opladen 2003, 620 Seiten, 35 Euro***

Das Leitmotiv einer nachhaltigen Entwicklung ist anerkannt, aber bei der Umsetzung gibt es kaum Erfolge. ExpertInnen aus verschiedenen Praxisfeldern beleuchten die Realisierungsbedingungen für nachhaltiges Wirtschaften. Dabei werden die Handlungsmöglichkeiten nationaler und internationaler Politik, aber auch die von Unternehmen und Gewerkschaften vorgestellt.

Impressum *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** *einblick* Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Udo Perina, Christian Paulsen **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef, Stephan Hegger (verantwortlich für diese Ausgabe), Norbert Hüsson, Sybille Pape (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/30 88 24-0, Fax 030/30 88 24-20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: red.einblick@t-online.de **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/85 99 46-240, Fax 030/85 99 46-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design, Sprockhövel **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** Toennes Druck+Medien GmbH, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel. 0211/9 20 08-26, Fax 9 20 08-38
Alle aktuellen *einblick*-Hintergrundtexte im Überblick: Fax-Abruf 0211/43 01 689
Nachdruck frei bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren.

Schlusspunkt

„Wer genau hinschaut, der wird erkennen, dass die neuen Zumutbarkeitsregeln bewirken, dass wir uns auf die wirklichen Jobsucher konzentrieren. Einmal drastisch gesprochen: Die Ehefrauen gut verdienender Angestellter oder Beamter akzeptieren einen Minijob oder müssen aus der Arbeitsvermittlung ausscheiden."

Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) in der FAZ vom 31. Oktober

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 08.12.2003 22/03

DGB

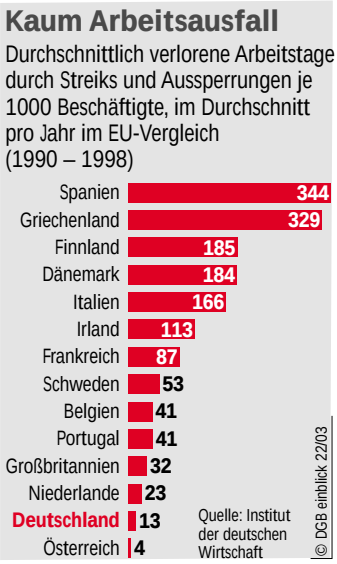
Agenda 2010

Keine faulen Kompromisse

DGB-Chef Michael Sommer und Arbeitgeber-Präsident Dieter Hundt sind mit dem Versuch gescheitert, gesetzliche Eingriffe in die Tarifautonomie zu verhindern. Damit werden die Verhandlungen im Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat noch schwieriger.

Seit Mitte November treffen sich dessen Unterhändler um über den Umbau des Arbeitsmarktes, die Gemeindefinanzreform und einen vorgezogenen Starttermin für die dritte Stufe der Steuerreform zu entscheiden.

Schwerpunkt aus gewerkschaftlicher Sicht war bislang Teil zwei der Hartz-Gesetze, das dritte und das vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt. Eher von anderer Seite ins Spiel gebracht wurde das Thema Tarifautonomie. Hessens Ministerpräsident Koch etwa, der für die Union in beiden Arbeitsgruppen sitzt, will ein Junktim: Vorziehung der Steuerreform nur, wenn gleichzeitig der Kündigungsschutz aufgeweicht und die Tarifautonomie weitgehend abgeschafft wird.



Wie weit die CDU mit ihren Angriffen auf Arbeinehmerrechte zu gehen bereit ist, zeigt deren Wirtschaftsflügel: Warnstreiks sollen nach ihrem Wunsch verboten werden.

Hinter den Kulissen ist der Druck im Arbeitgeberlager und von Teilen der Opposition offensichtlich so groß geworden, dass BdA-Präsident Dieter Hundt eine gemeinsame Erklärung von Arbeitgebern und Gewerkschaften nur noch unterzeichnen wollte, wenn die Gewerkschaften darin den völligen Verzicht auf die Bindungskraft von Tarifverträgen erklärt hätten. Im Originalton: „Gemeinsam sind BDA und DGB der Überzeugung, dass es einer gesetzlichen Öfnungsklausel nicht bedarf, wenn die Tarifvertragsparteien bei den anstehenden Tarifvertragsverhandlungen kurzfristig selbst entsprechende Öffnungsklauseln tariflich vereinbaren."

Michael Sommer: „Eine Zustimmung meinerseits zu diesem Satz hätte bedeutet, dass sich die Gewerkschaften faktisch verpflichtet hätten, generell betriebliche Öffnungsklauseln zu vereinbaren – auch wenn keine wirtschaftliche Notlage vorliegt." Sommer bedauerte, dass es nicht zu einer einvernehmlichen Erklärung gekommen sei, er gehe aber davon aus, dass SPD und Grüne „zu ihrem Wort stehen". Es dürfe im Vermittlungsausschuss „keinen faulen Kompromiss zu Lasten der Tarifautonomie" geben.

Vermutlich erst am 19. Dezember wird der Vermittlungsausschuss entscheiden. Der 22. Dezember, zwei Tage vor Weihnachten, ist für eine Sondersitzung des Bundestages reserviert. Die SPD will in der Sache hart bleiben: „Ein Eingriff in die Tarifautonomie ist mit der SPD nicht zu machen", sagt Klaus Brandner, arbeitsmarktpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion. •

einblick wird nach Erscheinen dieser Ausgabe aktuell über die Ergebnisse der Gespräche im Vermittlungsausschuss im Internet informieren: ***www.einblick.dgb.de***

plusminusBERLIN

+ ***Marieluise Beck, Bundesbeauftragte für Migrationsfragen (Bündnis 90/Grüne), hat gemeinsam mit 70 prominenten Frauen einen Aufruf gegen ein Kopftuchverbot an Schulen verfasst. Ein Verbot wende sich ausschließlich gegen Frauen. Niemand könne sich ein Bartverbot für muslimische Männer vorstellen.***

– ***Berlins Innensenator Ehrhart Körting (SPD) will das Demonstrationsverbot vor dem Abgeordnetenhaus auf die sitzungsfreien Wochen ausdehnen. Das Landesparlament müsse „als Symbol der Demokratie" auch dann vor Demonstranten geschützt werden, wenn kein Abgeordneter im Haus ist.***

inhalt

Seite 3
Subventionen
Eine Erfolgskontrolle findet kaum statt

Seite 5
Verteilungsbericht 2003
Lohnverzicht bringt keine zusätzlichen Arbeitsplätze

Seite 7
Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich
Die Gewerkschaften laufen Gefahr, im ritualisierten Protest zu erstarren, warnt der Journalist Thomas Gesterkamp

CHANCEN!GLEICH
Der dritte Infoservice zum Aktionsprogramm von DGB und Gewerkschaften

Der Surf-Tipp fürs Internet
www.fm.rlp.de
Mini-, Midi- und Aushilfsjobs – wie bezahle ich möglichst wenig Steuern? Eine Broschüre des Finanzministeriums Rheinland-Pfalz zum Download (Klick auf Service/ Infomaterial)

Im Faxabruf
0211 / 43 01 652
WissenschaftlerInnen für den Erhalt der Tarifautonomie. Aufruf zur Unterschriftenaktion

Datenschutz

Big Brother ist rot-grün

Hinter verschlossenen Türen diskutieren Teile der Bundesregierung über eine Ausweitung der elektronischen Überwachung. So genannte kryptografische Schlüssel, die digitale Unterschrift jedes E-Mail-Teilnehmers, sollen dem Willen der rot-grünen Koalition zufolge beim Bundesdatenschutzbeauftragten hinterlegt werden. In der Computer-Fachzeitschrift *ct* rechtfertigt Jerzy Montag, rechtspolitischer Sprecher der Grünen, die rot-grünen Pläne: „Die Schlüsselhinterlegung wäre ein absolut rechtsstaatlicher Schutz vor Missbrauch und Willkür." Datenschützer sehen das anders. Eine zentrale Schlüsselhinterlegung würde dem Staat die Möglichkeit zum Mitlesen von E-Mails seiner Bürger geben. Kriminelle können hingegen längst mit Hilfe neuer technischer Verfahren wie der Steganographie ihre Mails so verschlüsseln, dass sie für die Strafverfolgungsbehörden nicht mehr entzifferbar sind. •

wiewardiewoche?

Frankfurt/M. boomt. Aber von den eine Millionen ArbeitnehmerInnen der Region sind nur 200 000 Gewerkschaftsmitglieder. Vor allem die gut verdienenden Dienstleistungsbeschäftigten, die jeden Tag über weite Entfernungen nach Frankfurt/M. pendeln, sind über traditionelle Formen der Gewerkschaftsarbeit kaum zu erreichen.
Der DGB Mittelhessen hat deshalb ein Pendlerprojekt gestartet. Regionsvorsitzender Ernst Richter, 50, will aktive Gewerkschafter, die jeden Tag in die Mainmetropole pendeln, als Vertrauensleute in den Zügen gewinnen.

Frankfurt/M. ist ein Moloch, mit einer sehr hohen Konzentration an versicherungspflichtig Beschäftigten. Aber nur ein kleiner Teil wohnt auch dort. Jeden Tag pendeln Hunderttausende in die Stadt, ein großer Teil davon mit der Bahn. Diese Pendler wollen wir durch gewerkschaftliche Vertrauensleute in den Zügen auf uns aufmerksam machen. Die Gewerkschaftsmitglieder sollen als Ansprechpartner für alle Fragen zur Verfügung stehen, vom Erstkontakt bei Problemen am Arbeitsplatz bis zur Aufnahme in eine Gewerkschaft.
Um die Pendler zu gewinnen, reicht es nicht, einzelne Mitglieder zur Mitarbeit zu gewinnen. Deshalb versuchen wir in unserem Projekt, drei Gruppen zusammenzubringen: die aktiven Mitglieder, die als Vertrauensleute ohnehin jeden Tag nach Frankfurt/M. pendeln, zweitens die Aktiven vor Ort, die innerhalb der ehrenamtlichen DGB-Struktur an den Zusteigebahnhöfen die Pendler auf die Aktion aufmerksam machen, und schließlich die MitarbeiterInnen der Gewerkschaften in Frankfurt/M. Diese Gruppe ist besonders wichtig. Denn wir müssen in der Lage sein, den ArbeitnehmerInnen, die uns mit ihren Problemen in den Zügen ansprechen, Kontakte zu vermitteln, die funktionieren. Wenn das schief läuft, könnte sich das sehr schnell herumsprechen. Dann wäre das ganze Projekt gefährdet.
In der vergangenen Woche haben wir unser Projekt zum ersten Mal einem größeren Kreis von GewerkschafterInnen vorgestellt. Die Resonanz war positiv, auch wenn viele anfangs Bedenken hatten, vor allem wegen der zunehmenden Arbeitsbelastung, die es ja auch für Gewerkschaftsfunktionäre gibt.
Mit dem Pendlerprojekt betreten wir Neuland. Wir wollen deshalb nicht größenwahnsinnig sein und das Projekt erst einmal auf einer Strecke ausprobieren, auf der Bahnverbindung von Marburg über Gießen nach Frankfurt/M. Bis Ostern soll die erste Aktion starten.

Sozialhilfeempfänger

Eine Million Jobsucher

990 000 der 2,76 Millionen Menschen, die Ende 2002 Sozialhilfe bezogen haben, waren „nicht erwerbstätig, aber grundsätzlich erwerbsfähig". Darauf hat das Statistische Bundesamt Mitte November bei der Präsentation seiner Studie „40 Jahre Sozialhilfe in Deutschland" hingewiesen. Der Grund: Nur 1,68 Millionen Sozialhilfeempfänger sind im erwerbsfähigen Alter zwischen 15 und 64 Jahren. 430 000 davon mussten sich um Angehörige kümmern oder konnten auf Grund von Krankheit, Behinderung oder Arbeitsunfähigkeit keiner Erwerbstätigkeit nachgehen. Bleiben 1,25 Millionen potenzielle Arbeitskräfte, von denen 143 000 trotz Erwerbstätigkeit ergänzende Sozialhilfe bezogen haben, weil ihr Arbeitseinkommen unterhalb des Sozialhilfesatzes liegt. Weitere 118 000 befanden sich in Aus- oder Fortbildung. •

Mitbestimmung

Heftige Kritik an EU-Politik

Sowohl mit dem EU-Firmenübernahmegesetz als auch mit dem EU-Richtlinienentwurf für grenzüberschreitende Fusionen von Kapitalgesellschaften sind die Gewerkschaften nicht einverstanden. Das Übernahmegesetz stellt es den Mitgliedstaaten zwar frei, an nationalen Instrumenten gegen eine feindliche Übernahme festzuhalten. Die Aktionärsversammlung kann bereits ohne konkretes Übernahmeangebot Abwehrmaßnahmen auf Vorrat autorisieren. Die Betriebsräte müssen darüber aber weder informiert noch konsultiert werden. Es sei „nicht akzeptabel, dass nur die Aktionäre über die Zukunft eines Unternehmens entscheiden", erklärte der Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftsbundes John Monks. Ob das EU-Parlament dem Übernahmegesetz zustimmt, ist noch offen.

Auch der Gesetzentwurf der EU-Kommission zur grenzüberschreitenden Verschmelzung von Unternehmen ist „in keiner Weise zufrieden stellend", so Roland Köstler, Mitbestimmungsexperte der Hans-Böckler-Stiftung. Beteiligt sich ein deutsches Unternehmen im Wege der Verschmelzung an einer Neugründung in einem EU-Land, in dem es geringere Mitbestimmungsrechte gibt, so gelten diese. Nur wenn das andere EU-Land über keine Mitbestimmungsregeln verfügt, muss über die Zukunft der Mitbestimmung im neuen Unternehmen verhandelt werden. •

geplant... → beschlossen

Die Reformagenda des DGB wird im kommenden Jahr unter dem Titel „Profil 04" fortgesetzt, das hat der Geschäftsführende DGB-Bundesvorstand (GBV) am 1. Dezember beschlossen. DGB-Vorstand Heinz Putzhammer übernimmt die Federführung der Projektgruppe „Innovation und Beschäftigung", Ursula Engelen-Kefer die Federführung in der Projektgruppe „Soziale Sicherheit". An den Projektgruppen sollen neben den Abteilungen des DGB-Bundesvorstands auch VertreterInnen der Mitgliedsgewerkschaften beteiligt werden. Über die thematische Zuspitzung der Themenfelder soll der DGB-Bundesvorstand in der Klausursitzung Mitte Januar entscheiden.

Subventionen

Erfolgskontrolle lässt zu wünschen übrig

Subventionen sind ins Gerede gekommen, Kürzungsvorschläge nach der Rasenmähermethode erfreuen sich großer Beliebtheit. Dabei sind Subventionen weder gut noch schlecht, weder generell notwendig noch allgemein entbehrlich. Entscheidend ist, ob sie ihren Zweck erfüllen. Doch diese Erfolgskontrolle findet kaum statt.

Bundesfinanzminister Hans Eichel (SPD) blickt selbst nicht mehr drüber. Das Subventionsvolumen aller staatlichen Ebenen – des Bundes, der Ländern, der Kommunen und der europäischen Institutionen – belaufe sich inzwischen auf 59 Milliarden Euro; die Subventionsvielfalt sei „immer unüberschaubarer“ geworden, heißt es im jüngsten Subventionsbericht der Bundesregierung, der alle zwei Jahre erstattet wird.

Um die Transparenz zu erhöhen, sollen neue Subventionen nur noch als Finanzhilfen gewährt und bestehende Subventionen möglichst in Finanzhilfen überführt sowie befristet und degressiv ausgestaltet werden. Eine Forderung übrigens, die das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung schon vor drei Jahren erhoben hat. Denn über Finanzhilfen muss – anders als über Steuervergünstigungen – bei den jährlichen Haushaltsberatungen neu verhandelt und abgestimmt werden. Das wirkt den Beharrungstendenzen von Subventionen entgegen. Die Gefahr von Mitnahme- und Gewöhnungseffekten ist bei Finanzhilfen kleiner als bei Steuervergünstigungen.

Sozusagen im Vorgriff auf die neue Subventionspolitik des Bundes hat das Berliner Finanzministerium alle seine Finanzhilfen „einer systematischen Überprüfung unterzogen“. Eine gewagte Behauptung. Bei genauerem Hinsehen entpuppt sich die Überprüfung als schlichte Anfrage an die zuständigen Fachressorts, ob die Finanzhilfen denn auch effektiv und effizient seien, d.h. ob das Subventionsziel tatsächlich erreicht werde bzw. Kosten und Nutzen in einem angemessenen Verhältnis stünden.

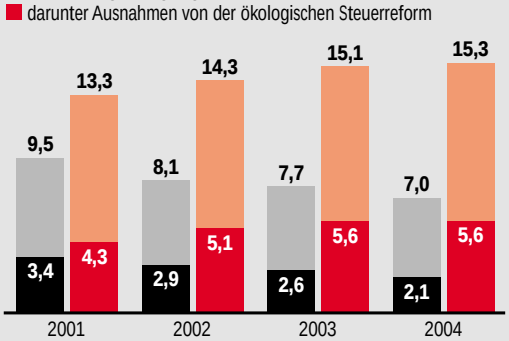
Das sei ja „schon mal schön“, meint Michael Thöne vom Finanzwissenschaftlichen Forschungsinstitut (FiFo) der Uni Köln, helfe aber nicht. Abfragen dieser Art seien nicht die allerschärfste Form der Erfolgskontrolle. Das FiFo hat im Auftrag des Bundesfinanzministeriums (BMF) ein Prüfschema zur Subventionskontrolle entwickelt, weil diese Kontrolle laut BMF bislang „nur unsystematisch“ stattfindet. In der Schweiz, wo solche Prüfungen seit Jahren Praxis sind, haben die wenigsten Subventionen diesen Prozess ungeschoren überstanden.

Das BMF verweist zwar darauf, dass auch der Bundesrechnungshof in Bonn ein waches Auge auf die Subventionen werfe. Aber das passiere „nicht regelmäßig“, relativiert dessen Sprecher Joachim Romers. Außerdem stellt der Rechnungshof den Berlinern nicht das beste Zeugnis aus. In seinen so genannten Bemerkungen 2003 von Ende November, in denen er auf unnötige Ausgaben und mögliche Mehreinnahmen des Bundes in Höhe von drei Milliarden Euro hinweist, heißt es, das umfangreiche Regelwerk, nach denen die Ministerien die Zuwendungen des Bundes überwachen müssen, werde „nicht genügend beachtet“, die Kontrolle der Mittelverwendung sei „nicht ausreichend gewährleistet“.

Intensiv hat der Bundesrechungshof zuletzt 1998 die Erfolgskontrolle aller finanzwirksamen Maßnahmen des Bundes unter die Lupe genommen. Die Kritik fiel herb aus: Ziele und Erfolgsmaßstäbe für die Gewährung von Subventionen seien „entweder überhaupt nicht oder sehr unbestimmt“ angegeben worden; Bewertungen basierten häufig allein auf Erkenntnissen aus der laufenden Beobachtung, die „in aller Regel zu wenig aussagefähig“ seien. Und der Ausweg, „im Nachhinein Ziele selbst zu setzen, sei „keine brauchbare Voraussetzung für eine Erfolgskontrolle“. •

Subventionen sind rückläufig

Finanzhilfen und Steuervergünstigungen des Bundes 2001 – 2004 (in Mrd. Euro)



Quelle: 19. Subventionsbericht der Bundesregierung, Oktober 2003

© DGB einblick 22/03

Sie wuchern gar nicht: Die Finanzhilfen des Bundes sinken von 2001 bis 2004 um 2,5 Milliarden Euro oder 26 Prozent, vor allem die Zuwendungen für den Bergbau werden drastisch reduziert. Die Steuervergünstigungen hingegen steigen um zwei Milliarden Euro oder 15 Prozent, im Wesentlichen bedingt durch die Ausnahmen von der Ökosteuer. Per Saldo sind die Subventionen des Bundes also rückläufig, sie nehmen um 500 Millionen Euro oder 2,3 Prozent ab (2001: 22,8 Mrd. Euro, 2004: 22,3 Mrd. Euro).

Kein radikaler Schnitt

Der DGB hat sich stets vor der Versuchung gehütet, radikale Subventionskürzungen zu fordern. „Einem bruchhaften Subventionsabbau haben die Gewerkschaften nie das Wort geredet“, sagt DGB-Finanzexperte Hartmut Tofaute.

Gleichwohl lassen sich aus gewerkschaftlicher Sicht konkrete Anhaltspunkte für die Drosselung von Subventionen nennen:

- ***die Aufhebung der Steuerfreiheit für Gewinne aus der Veräußerung von Unternehmensanteilen,***
- ***eine Mindestbesteuerung von Unternehmensgewinnen durch die Einschränkung von Verlustrechnungen,***
- ***die Anhebung der Verkehrswerte für Immobilienvermögen im Rahmen der Erbschaftssteuer,***
- ***der Abbau von Ausnahmen von der Ökosteuer,***
- ***die Einschränkung des Ehegattensplittings, wobei die Mehreinnahmen aus dieser Vergünstigung nicht zur Haushaltssanierung, sondern für bessere Betreuungsmöglichkeiten von Kindern ausgegeben werden sollten.***

Aus DGB-Sicht inakzeptabel sind eine Einschränkung der Steuervergünstigungen für Feiertags-, Sonntags- und Nachtzuschläge, die Abschaffung der Fahrtkosten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte als Werbungskosten und die Abschaffung der Arbeitnehmerpauschale.

PROJEKTE UND PARTNER

connexx.av

Arbeiten in den Neuen Medien

Die New Economy-Blase ist längst geplatzt und die Beschäftigten in der Multimediabranche hat der harte Berufsalltag eingeholt. Was das für die Arbeitsbedingungen heißt, zeigt eine Umfrage des ver.di-Projekts connexx.av. Nachzulesen sind die Ergebnisse in der Broschüre „Junge Branche, alte Muster – Vom Arbeiten und Leben in den Neuen Medien". Danach beurteilen mehr als zwei Drittel der knapp 700 befragten ArbeitnehmerInnen den Zeit- und Leistungsdruck als stark. Fast ebenso viele klagen über ein verschlechtertes Betriebsklima. Ein Drittel der Beschäftigten kann sich sogar vorstellen, die Branche zu wechseln. Einzelexemplare der Broschüre sind kostenlos. •

Tel. 0180 / 266 63 99
mail@connexx-av.de

Hans-Böckler-Stiftung

Zukunft globaler Mitbestimmung

Wenn Unternehmen weltweit fusionieren und die europäischen Grenzen fallen, müssen die Gewerkschaften neue Wege gehen. „Mitbestimmung und betriebliche Sozialpolitik unter Druck von europäischer Integration und Globalisierung" sind die Themen eines Workshops der Hans-Böckler-Stiftung am 11. Dezember in Frankfurt/M. Referenten sind der Frankfurter Sozialwissenschaftler Diether Döring, Fraport-Arbeitsdirektor Herbert Mai und DGB-Vorstand Dietmar Hexel. Die Teilnahme ist kostenlos. •

rosi-pulfrich@boeckler.de

TBS NRW

Krisen bewältigen

Die Vermeidung oder Bewältigung von Unternehmenskrisen steht derzeit ganz oben auf der Tagesordnung von Betriebsräten. Die Broschüre der Technologieberatungsstelle NRW (TBS) – „Krisen vermeiden, Krisen bewältigen" – gibt einen Überblick, welche Instrumente der Beschäftigungssicherung Arbeitnehmervertretern zur Verfügung stehen und wie sie diese nutzen können. Dabei wird besonders auf das neue Betriebsverfassungsgesetz, das Job-Aqtiv-Gesetz, die Hartz-Gesetze und die Förderprogramme des Landes NRW eingegangen. Die 60-seitige Handlungshilfe kostet 4,50 Euro plus Porto. •

TBS Nordrhein-Westfalen
Tel. 0208 / 82 07 60
tbs-hauptstelle@tbs-nrw.de

„Doppelter Profit. Chancengleichheit als Wettbewerbsvorteil", so lautet der Titel des *einblick* MAGAZIN elf. Eine klassische Win-Win-Situation: Von Chancengleichheit in einem Unternehmen können alle profitieren – Frauen, Männer und das Unternehmen. Frauen, wenn ihr Geschlecht kein Hinderungsgrund für Karriere ist. Männer, wenn sie in Teilzeit gehen können, ohne belächelt zu werden. Und die Betriebe haben mit motivierten, qualifizierten Beschäftigten im Wettbewerb die Nase vorn. Das Magazin setzt besondere Akzente auf eine chancengerechte Personalentwicklung. Die Wirtschaftswissenschaftlerin Gertraude Krell erläutert, wie ein derartiges Konzept die Chancengleichheit von Frauen und Männern fördern kann. In einer Gesprächsrunde debattieren Personalvorstand und Betriebsrätinnen des Energie-Unternehmens Vattenfall Europe Generation & Mining über Chancengleichheitspolitik in einer Männerbranche. Daneben gibt es viele Beispiele guter Praxis aus Betrieben, Anregungen für Betriebsräte, An- und Einsichten von Arbeitgebervertretern, Betriebsräten oder Politikerinnen sowie einen umfangreichen Serviceteil.

Kostenlose Einzelexemplare sind ab Mitte Dezember bei den DGB-Regionen erhältlich. Größere Stückzahlen können bei der Redaktion einblick bestellt werden. Tel. 030 / 30 88 24 0, Fax 030 / 30 88 24 20, E-Mail: red.einblick@t-online.de

DGB-Bildungswerk Thüringen

Baustein gegen Rassismus

Wie Gewerkschafter Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus mit pädagogischem Know-how begegnen können, zeigt eine Tagung zur nicht-rassistischen Bildungsarbeit vom 12. bis 14. Dezember in Gladenbach. Im Mittelpunkt steht ein weiter entwickelter „Baustein" mit praktischen Handlungshilfen zum Thema Antirassismus. Die Tagung wird gemeinsam vom DGB-Bildungswerk Thüringen, der IG Metall-Bezirksleitung Frankfurt und von ver.di Thüringen organisiert. Die Teilnahme kostet 40 Euro, Arbeitslose bezahlen die Hälfte. •

DGB-Bildungswerk Thüringen
Warsbergstraße 1
99092 Erfurt
Tel. 0361 / 217 27 11

interregio

••• Der ***DGB Baden Württemberg*** sowie die Landesverbände der Umweltorganisation NABU und des Vereins Mehr Demokratie e.V. wollen ein landesweites ***Bündnis*** für mehr direkte Demokratie ins Leben rufen. Gemeinsam fordern die drei Verbände ein niedrigeres Beteiligungsquorum und längere Fristen für Bürgerentscheide. Zudem müssten die Themenbereiche, über die in Bürgerentscheiden abgestimmt werden kann, erweitert werden. Die offizielle Gründung des Bündnisses ist für das Frühjahr 2004 geplant. Bis dahin sollen weitere Organisationen als Unterstützer gewonnen werden. Mehr Infos: Jürgen Klose, Tel. 0711 / 20 28 213.

••• Der ***DGB Bayern*** hat eine umfangreiche ***Analyse*** der Regierungserklärung von Ministerpräsident Edmund Stoiber (CSU) vorgelegt. Darin präsentiert der DGB auch eigene Forderungen für die Entwicklung des Freistaates und widerlegt zentrale Aussagen Stoibers zu Wirtschaft und Arbeitsmarkt mit den korrekten Daten. Die Analyse ist im Internet abrufbar unter: *www.dgb-bayern.de*

••• Die ***IG Metall Düsseldorf*** hat ein ***Buch*** mit dem Titel „Migration hat viele Gesichter" herausgegeben (Klartext-Verlag Essen, 98 Seiten, 12,90 Euro). Im Mittelpunkt stehen 14 MigrantInnen, die als Arbeitnehmervertreter, kommunalpolitisch oder sozial engagiert sind. Außerdem hat die IG Metall eine Wanderausstellung erarbeitet. Infos: Nihat Öztürk, Tel. 0211 / 38 70 10

DGB-Bundesvorstand

Ratgeber Zeitarbeit

Praktische Handlungshilfe zum Thema Zeitarbeit gibt ein neuer Ratgeber der Abteilung Mitbestimmung und Rechtspolitik des DGB. Die Broschüre zeigt, worauf Betriebs- und Personalräte achten müssen, wenn sie ZeitarbeitnehmerInnen über ihre Rechte und Pflichten nach Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes beraten. Der Ratgeber kostet zwei Euro. •

ralf-peter.hayen@bvv.dgb.de

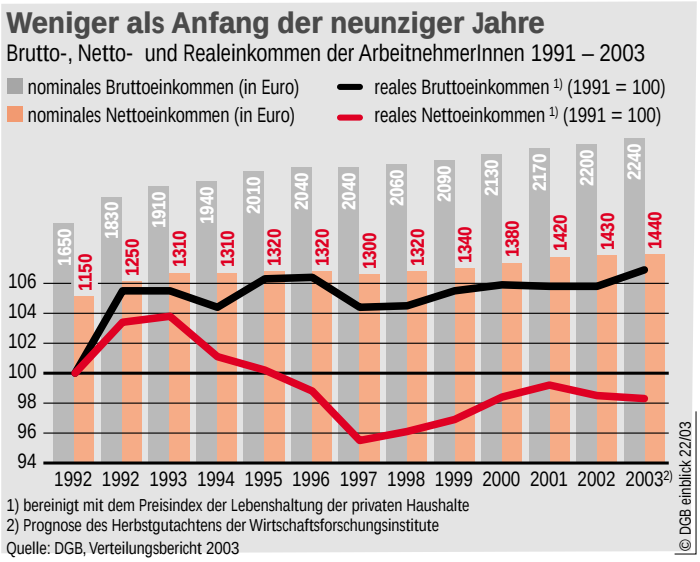
Verteilungsbericht 2003

Lohnverzicht lohnt nicht

Gehaltsverzicht führt zu steigenden Investitionen und damit zu neuen Arbeitsplätzen. Für diese zentrale These konservativer Wirtschaftspolitik gibt es keinen empirischen Beleg. Im Gegenteil: In Deutschland ist die Arbeitslosigkeit in den letzten zehn Jahren massiv gestiegen, trotz Lohnzurückhaltung. Das zeigt der Verteilungsbericht 2003 des DGB.

Deutschland habe kein Arbeitskostenproblem, sondern die Wirtschaftsentwicklung leide an fehlender Binnennachfrage, so DGB-Vorstand Heinz Putzhammer bei der Vorstellung des Verteilungsberichts. Bestätigt sieht sich der DGB in seiner Analyse der Ursachen der anhaltenden Wirtschaftskrise durch die negative Entwicklung der Arbeitseinkommen, durch den gleichzeitigen Anstieg der Gewinn- und Vermögenseinkommen und durch die gesunkenen Lohnstückkosten.

Während die Bruttoeinkommen der ArbeitnehmerInnen von 1991 bis 2003 nominal immerhin im Schnitt von 1650 auf 2240 Euro gewachsen sind, lag das verfügbare Nettoeinkommen der ArbeitnehmerInnen im vergangenen Jahr 1,5 Prozent unter dem, was sie zehn Jahre zuvor ausgeben konnten (siehe Grafik). Allerdings verlief der Einkommensrückgang nicht kontinuierlich. Während die ArbeitnehmerInnen Anfang der neunziger Jahre immerhin bescheidene Einkommenszuwächse verbuchen konnten, ging das Realeinkommen zwischen 1994 und 1997 kontinuierlich zurück, bis auf 95,5 Prozent des Einkommens von 1991. Danach führten die Entlastungseffekte der Steuerreform der rot-grünen Bundesregierung zumindest zu einem vorübergehenden leichten Anstieg der verfügbaren Nettoeinkommen – bei stagnierenden Bruttolöhnen.



Trotz des Anstiegs des durchschnittlichen Bruttoeinkommens aller ArbeitnehmerInnen seit 1991 von 1650 auf 2240 Euro haben die Beschäftigten seit Mitte der neunziger Jahre nach Abzug der Inflationsrate real weniger Geld zur Verfügung als 1991.

Ganz anders die Entwicklung der Gewinn- und Vermögenseinkommen: Sie stiegen zwischen 1991 und 2002 brutto um 40,6 Prozent. Netto lag der Zuwachs in Folge der massiven Steuerentlastung von Gewinn- und Vermögenseinkommen sogar bei 49 Prozent. Berücksichtigt man auch hier den Kaufkraftverlust, lag der Zuwachs gegenüber 1991 immerhin noch bei 23,2 Prozent. Als Folge dieser Entwicklung sank die bereinigte Lohnquote, also der Anteil der Arbeitseinkommen am Volkseinkommen abzüglich des Effekts der veränderten Erwerbstätigenquote, auf 73,2 Prozent und damit auf das Niveau der siebziger Jahre.

Beigetragen hat zu dieser Entwicklung neben einer Umverteilung der Steuern und Abgaben zu Lasten der Beschäftigten auch die Lohnzurückhaltung der Gewerkschaften. Nur 1992, 1995 und 1999 ist es ihnen gelungen, den Verteilungsspielraum aus Produktivitätsfortschritt und Inflationsrate auszuschöpfen. Dass der von der liberalen Wirtschaftstheorie behauptete Beschäftigungseffekt nicht eingetreten ist, zeige, „dass die Entwicklung der Lohnkosten nicht ursächlich für fehlendes Wachstum ist“, so Putzhammer. Zudem habe Deutschland auch bei den Lohnstückkosten seine Position im Vergleich zu konkurrierenden Volkswirtschaften seit Mitte der neunziger Jahre deutlich verbessern können, ohne dass die Arbeitslosigkeit gesunken sei.

Welche Schlussfolgerungen die Gewerkschaften daraus für die Tarifrunde 2004 ziehen, ist noch nicht entschieden. Während IG Metall und NGG erste Tarifforderungen von vier Prozent aufgestellt haben, gibt sich die IG BCE bescheidener. Gewerkschaften könnten auf Lohnsteigerungen verzichten, wenn im Gegenzug „Beschäftigung aufgebaut und in erheblichem Umfang in die Weiterbildung und Qualifizierung“ investiert werde, hat ihr Vorsitzender Hubertus Schmoldt Ende November in der Wochenzeitung *Die Zeit* erklärt. Schlussfolgerungen aus der ökonomischen Schieflage muss nach Meinung des DGB auch die Bundesregierung ziehen. Der DGB fordert die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und eine Erhöhung der Erbschaftssteuer. „Am liebsten Beides“, so DGB-Vorstand Putzhammer. •

Alibi Karlsruhe

1995 hat das Bundesverfassungsgericht den Gesetzgeber verpflichtet, bis Ende 1996 die Ungleichbehandlung von Grundbesitz und anderen Formen von Vermögen bei der Steuer zu beenden. Seitdem versteckt sich die Politik hinter Karlsruhe, verzichten die Politiker auf die Heranziehung von Vermögen zur Finanzierung staatlicher Aufgaben, obwohl das Bundesverfassungsgericht das nicht gefordert hat.

Der Vorschlag der DGB-Bezirke Berlin-Brandenburg und Bayern von 1999 zur Einführung einer neu gestalteten Vermögenssteuer liegt eben so auf Eis wie die Bundesratsinitiative von Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen von 2002. Für Bundeskanzler Gerhard Schröder ist die Vermögenssteuer schlicht kein Thema.

Um der Forderung nach ihrer Wiedereinführung mehr Nachdruck zu verleihen, hat ver.di Ende November ein neues Rechtsgutachten des Frankfurter Finanzwissenschaftlers Joachim Wieland präsentiert. Dessen Schlussfolgerung: Das Grundgesetz steht einer Wiedereinführung der Vermögenssteuer nicht im Wege. Im Gegenteil: Weil die Beteuerung dem Grundsatz der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit folgen muss, sei auch Vermögen „als Quelle wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit“ zu belasten.

kurz&bündig

DGB

DGB, GEW und IG Metall wollen die Möglichkeiten der Eltern zur Mitgestaltung des Schulalltags verbessern. Gerade in erfolgreichen PISA-Ländern spielten die Eltern eine aktive Rolle. Wie sie ihre Gestaltungsmöglichkeiten besser nutzen können, steht in der Broschüre „Schule nach PISA – Wie Eltern sich engagieren können". Bestellung: *astrid.hanke@bvv.dgb.de*

ver.di

mediafon – die ver.di-Beratung für Selbstständige in den Medienberufen – macht weiter. Die Gewerkschaft übernimmt nach Auslaufen der finanziellen Förderung durch das Bundesbildungsministerium ab Januar 2004 die Finanzierung in eigener Regie. *www.mediafon.net*

TRANSNET

TRANSNET hat vor den Folgen der von den Ministerpräsidenten Roland Koch (CDU) und Peer Steinbrück (SPD) geforderten Kürzungen der Subventionen für den Schienenverkehr gewarnt. Die im Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat diskutierte Reduzierung der Regionalisierungsmittel würden den Erhalt jeder vierten Strecke gefährden.

IG BCE

Die IG BCE und der Bundesarbeitgeberverband Chemie sind mit dem Internetauftritt *www.sozialpartnernetz.de* ***gemeinsam online gegangen. Die Website informiert über Vereinbarungen – vom Arbeitsschutz bis zur Weiterbildung.***

DGB-Bundesvorstand

Umzug abgeschlossen

Vier Jahre nach dem Wechsel der ersten MitarbeiterInnen am 1. September 1999 vom Rhein an die Spree beendet der DGB-Bundesvorstand am 31. Dezember mit der Schließung des Standorts Düsseldorf seinen Umzug nach Berlin. Mit der Sitzverlagerung hat der DGB nicht nur die Struktur der Bundesvorstandsverwaltung (BVV) verändert, sondern auch die Zahl der Beschäftigten deutlich verringert. Statt 220 MitarbeiterInnen am Standort Düsseldorf arbeiten in der Berliner Vorstandsverwaltung nur noch 166 Beschäftige. 93 davon sind politische SekretärInnen.

Von den gut 70 Beschäftigten, die vorübergehend oder auf Dauer mit dem DGB nach Berlin gegangen sind, arbeiten noch 44 in der Berliner Vorstandsverwaltung. Die übrigen sind inzwischen altersbedingt ausgeschieden oder haben in eine andere Tätigkeit gewechselt.

Von den Beschäftigten, die nicht mit nach Berlin gegangen sind, hat mehr als die Hälfte ein neues Arbeitsverhältnis bei einem anderen gewerkschaftlichen Arbeitgeber gefunden oder ist über die Regelungen der Altersteilzeit ausgeschieden. Ungeklärt ist allerdings noch die Situation von 26 MitarbeiterInnen, die bislang noch kein neues Arbeitsverhältnis gefunden haben. Im Mai 2001 hatte deren Zahl noch bei 47 gelegen. „Nach dem DGB-Bundeskongress und dem Wechsel in der Personalverantwortung ist hier viel in Bewegung gekommen", so die Betriebsratsvorsitzende der BVV Düsseldorf, Doris Schneider-Zugowski.

Auch nach dem Auszug des DGB wird das Düsseldorfer Hans-Böckler-Haus weiter von gewerkschaftlichen Einrichtungen genutzt. Neben der Hans-Böckler-Stiftung mit ihren 140 MitarbeiterInnen sitzen dort das DGB-Bildungswerk (40 Beschäftigte), die Bundesarbeitsgemeinschaft Arbeit und Leben (10 Beschäftigte) und der Landesbezirk NRW der IG BCE (9 Beschäftigte).

Für alle noch DGB-Beschäftigten und die ehemaligen Düsseldorfer veranstaltet der Betriebsrat der Bundesvorstandsverwaltung Düsseldorf am 19. Dezember eine „Licht-aus-Party". •

DGB-Rechtsschutz

Konzentration der Ressourcen

Die Zahl der ständig besetzten Büros der DGB Rechtsschutz GmbH soll zu Gunsten einer Stärkung der 70 regionalen Arbeitseinheiten reduziert werden. Das Fallaufkommen je Rechtsschutzsekretär soll von derzeit 364 auf 400 bis 500 Fälle je Jahr erhöht werden. Das ist der Kern eines „Konzepts zur Stärkung der Arbeitseinheiten", das die Geschäftsführung am 2. Dezember dem Aufsichtsrat der DGB Rechtsschutz GmbH vorgeschlagen hat.

Mit dem Konzept reagiert die Geschäftsführung auf die sinkenden Beitragseinnahmen der Gewerkschaften, die beim Rechtsschutz ab 2004 Einsparungen von fünf Millionen Euro pro Jahr notwendig machen. Zudem soll die Struktur des DGB-Rechtsschutzes dem veränderten Fallaufkommen angepasst werden. Zwar gilt die DGB Rechtsschutz GmbH als Deutschlands größte Rechtsanwaltskanzlei im Bereich Arbeits- und Sozialrecht. Dennoch ist ihr Fallaufkommen in den vergangenen zehn Jahren um ein Drittel gesunken, von 237 032 neuen Verfahren 1993 auf 156 427 Neuzugänge 2002.

Ursache des sinkenden Fallaufkommens sind neben dem Rückgang der Gewerkschaftsmitglieder auch das veränderte Klageverhalten der Gewerkschaften, die über die Gewährung von Rechtsschutz für ihre Mitglieder entscheiden. Wie das jährliche Einsparvolumen von fünf Millionen Euro erwirtschaftet werden kann, will der Aufsichtsrat der GmbH bei der Fortsetzung seiner Sitzung am 19. Dezember diskutieren. Dort wird es auch um die Frage gehen, wie das Einsparvolumen auf die acht Rechtsschutzregionen verteilt wird. •

Mit einer Serie von zehn Plakatmotiven startet die ver.di-Mitgliederkampagne ins Jahr 2004. Vom Slogan „Realistisch bleiben" für den Monat Januar bis zu der Frage „Klein oder fein?" im Oktober setzt sich die Gewerkschaft jeden Monat unter einem anderen Tiermotiv mit einem gängigen Vorurteil über die Gewerkschaften auseinander. Die ständig wechselnden Motive sollen vor allen bei Nicht-Mitgliedern zu mehr Aufmerksamkeit für die schwarzen Bretter der Personal- und Betriebsräte führen. Die Plakatserie ergänzt die Arbeitshilfen, mit denen ver.di seit Oktober aktive GewerkschafterInnen bei der Gewinnung neuer Mitglieder unterstützt. Angeboten werden neben einer Arbeitshilfe für persönliche Werbegespräche und einer CD-ROM zur Gestaltung von Werbemitteln, die auf die Situation vor Ort zugeschnitten sind, auch eine Arbeitshilfe für eine Mitgliederrückholaktion.

Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich

Ritualisierter Protest

Politiker und Arbeitgeberverbände trommeln für 40 Wochenstunden und mehr, doch manche Unternehmen wollen auch kürzer arbeiten lassen – für weniger Geld. Die Gewerkschaften sollten offen sein für solche Ideen, meint der Journalist Thomas Gesterkamp.

Die ver.di-Hauptverwaltung hat ihren Angestellten ein Angebot gemacht, von dem die meisten ArbeitnehmerInnen nur träumen können: Halbierung der Stundenzahl bei vier Fünftel des bisherigen Einkommens. Zu viel Personal als Folge der Großfusion von fünf Gewerkschaften bewegten die Verantwortlichen zu diesem Vorschlag einer Arbeitszeitverkürzung mit teilweisem, aber großzügigem Lohnausgleich. Zugleich aber protestierten ver.di-Funktionäre gegen einen Vorschlag der Deutschen Telekom. Die will ihre 100 000 MitarbeiterInnen nur noch 34 statt 38 Stunden beschäftigen – ohne Lohnausgleich, aber bei Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen. „Indiskutabel", verkündete ver.di sofort – **ein erstaunlicher Reflex, wenn sogar im eigenen Hause über die Einführung der Vier-Tage-Woche diskutiert wird.**

Opel hat ein anderes Signal gesetzt: 5500 AutomobilarbeiterInnen in Rüsselsheim verzichten auf 85 Euro monatlich, damit 1200 KollegInnen nicht entlassen werden. Das Programm „30 plus" verkürzt die tarifliche 35-Stunden-Woche um weitere fünf Stunden, immerhin 2,6 Stunden davon werden bezahlt. Das vom Betriebsrat unterstützte Konzept orientiert sich an der erfolgreichen 28,8-Stunden-Woche bei Volkswagen, die vor zehn Jahren einem Fünftel der Belegschaft den Job rettete. Studien bescheinigten dem Modell auch positive Auswirkungen auf das Privatleben der VW-Werker.

Ein Gewinn an Lebensqualität kann durchaus ein bisschen weniger Geld wert sein. Diese Erkenntnis, Mitte der neunziger Jahre am Beispiel Volkswagen breit diskutiert, war zuletzt in Vergessenheit geraten. Mehr Muße, mehr Souveränität über die eigene Zeit? Das schienen Luxusdebatten für die Bohemiens der Erbengeneration zu sein. Wirtschaftskrise und fantasielose Politik haben ein Klima der Verzagtheit erzeugt. Zur Lösung der Arbeitsmarktprobleme fallen den Meinungsführern nur die einst vielleicht bewährten, aber längst untauglichen Rezepte ein. Jetzt wird wieder in die Hände gespuckt, wir steigern das Bruttosozialpodukt! NRW-Ministerpräsident Steinbrück hat seinen Beamten unbezahlte Überstunden verordnet, sein bayerischer Kollege Stoiber will alle Deutschen künftig zwei bis drei Wochenstunden mehr arbeiten lassen. Die CDU-Vorsitzende Merkel möchte die kürzeren West-Arbeitszeiten den längeren Ost-Standards anpassen – bei gleichem Lohn, versteht sich. Wirtschaftsminister Clement denkt laut über die Streichung von Feiertagen nach; Kanzler Schröder betont, dass es „kein Recht auf Faulheit" gebe.

Die Einigung bei Opel, aber auch die Debatte um die (zugegeben, weniger attraktiven) Vorschläge der Telekom oder des Energiekonzerns EnBW machen die Verkürzung der Arbeitszeit wieder zum Thema. DGB-Chef Sommer hat das verstanden und entsprechend positiv reagiert. Das „Nicht mit uns" von ver.di folgt dagegen der traditionellen Gewerkschaftslogik: Für Arbeitszeitverkürzung sind wir nur bei vollem Lohnausgleich!

Gewerkschaftliche Arbeitszeitpolitik war stets fixiert auf den Mann als Alleinverdiener, der vier oder fünf hungrige Mäuler stopfen muss. In vielen Haushalten gibt es heute zwei Einkommen, die Spielräume für eine solidarische Umverteilung von Zeit und Geld wuchsen auch in der Facharbeiterschaft. Die Aufforderungen von PolitikerInnen zur Mehrarbeit sind kontraproduktiv. Aber der gewerkschaftliche Reflex, jede Idee abzulehnen, die Lohneinbußen bedeutet, ist ebensowenig hilfreich. Betriebliche Beispiele wie VW oder Opel zeigen, dass die „kurze Vollzeit für alle", wie sie der Bremer Arbeitswissenschaftler Helmut Spitzley nennt, zu einem neuen Arbeitszeit-Standard werden könnte. Sie wäre im Idealfall keine starre Norm, sondern ein Durchschnittswert, der je nach persönlichen Wünschen und wirtschaftlichen Verhältnissen umkreist werden kann.

Thomas Gesterkamp, 46, ist Autor von „gutesleben.de – Die neue Balance von Arbeit und Liebe" (Klett Cotta 2002). Der überzeugte Freiberufler auf der Basis kurzer Vollzeit beschäftigt sich seit zwanzig Jahren mit Arbeitszeitpolitik.

Das bedeutet ein Umdenken für die Gewerkschaften, die bisher meist einförmige „Rasenmäher-Lösungen" bevorzugten. Der Familienlohn für den männlichen Ernährer spukt in den Tarifverhandlungen noch im Kopf herum. Natürlich gibt es Menschen mit so niedrigem Verdienst, dass weniger Arbeiten nicht in Frage kommt. Natürlich haben Alleinlebende und Alleinerziehende geringe Spielräume, auf Geld zu verzichten, weil sie sich nicht auf einen zweiten Verdiener stützen können. **Eine kreative Arbeitszeitpolitik bietet differenzierte Antworten auf diese Individualisierung:** Kein Lebensentwurf kann mehr alleiniger Maßstab für „Normalität" sein. •

Vorbild VW-Modell

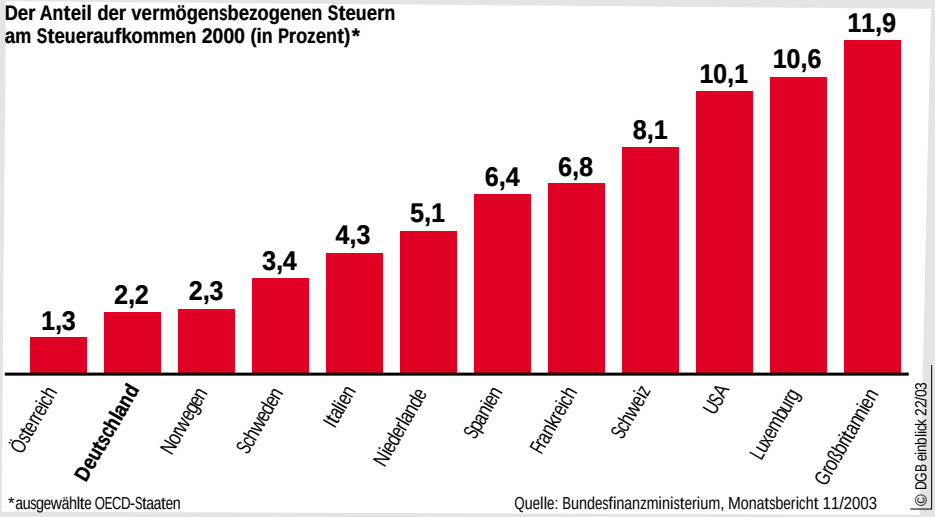
Die 1993 in einer Absatzflaute eingeführte 28,8-Stunden-Woche bei Volkswagen brachte eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit um 20 Prozent und Lohneinbußen von im Schnitt 11 bis 12 Prozent. Am Monatsentgelt änderte sich nichts, weil Jahressonderzahlungen und zusätzliche Urlaubsgelder abgeschafft sowie Tariferhöhungen vorgezogen wurden. Seit Arbeitsdirektor Peter Hartz das Flexibilisierungskonzept des „atmenden Unternehmens" umgesetzt hat, arbeitet ein Teil der Beschäftigten zeitweise deutlich mehr als 30 Stunden. Die zehn Jahre alte Vereinbarung ist aber im Kern bis heute gültig – und hat zahlreiche Nachahmer gefunden. So nutzten in der westdeutschen Metall- und Elektroindustrie mehr als 1200 Betriebe die Möglichkeit, die Arbeitszeit vorübergehend auf bis zu 29 Wochenstunden zu senken.

Postvertriebsstück A 45918 Vertrieb durch Toennes Druck + Medien Gmbh, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath

die DGB grafik

DEUTSCHLAND: Steueroase für Reiche

In Deutschland ist der Anteil der Vermögenssteuer am Steueraufkommen erheblich niedriger als in den meisten anderen OECD-Staaten. Der Grund: Seit 1997 wird die allgemeine Vermögenssteuer nicht mehr erhoben. Zudem sind die ebenfalls zur Vermögenssteuer zu rechnende Erbschafts-, Schenkungs-, Grund- und Grunderwerbssteuer in der Bundesrepublik niedriger als in vielen anderen Industrieländern. Ein Teil der OECD-Staaten besteuert auch den so genannten Vermögensverkehr stärker als Deutschland.



personalien

••• ***Claus Matecki,*** 63, Leiter des Funktionsbereichs (FB) Organisation beim IG Metall-Vorstand in Frankfurt/M., ist seit Mitte November Leiter des FB Koordination der Vorstandsaufgaben. Auf seine bisherige Funktion im Bereich Organisation wechselt im Januar 2004 der Erste Bevollmächtigte der IG Metall Gaggenau (Baden-Württemberg), ***Paul Rodenfels,*** 49.

••• Ebenfalls seit Mitte November ist ***Hans-Jürgen Urban,*** 42, zuletzt Leiter des FB Sozialpolitik, Leiter des FB Gesellschaftspolitik/Grundsatzfragen. Neuer Leiter des FB Sozialpolitik ist ***Wolfgang Schroeder,*** 43, zuletzt Referent im Funktionsbereich Tarifpolitik.

••• ***Klaus Löhrlein,*** 56, Referatsleiter in der Abteilung Organisation der DGB-Bundesvorstandsverwaltung in Düsseldorf, scheidet Ende des Jahres aus seiner Funktion aus.

42 TAGE

8.12. DGB Baden-Württemberg, Seminar „Alkohol und andere Suchtprobleme am Arbeitsplatz“, Stuttgart

9.12. DGB-Bildungswerk, Tagung zum UN-Tag der Menschenrechte, „Arbeit ist Menschenrecht – für alle“, Düsseldorf

10.12. Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat, Beratung über die Reformgesetze, Berlin

10.12. DGB Thüringen, Kundgebung „Sozialkahlschläger stoppen“, Erfurt

12.-14.12. ver.di-Bundesvorstand, Tagung „Hochschulen gegen Krieg“, Göttingen

17.12. evtl. Sitzung des Vermittlungsausschusses von Bundestag und Bundesrat, Berlin

22.12. Bundestag, evtl. Sondersitzung über die Reformgesetze, Berlin

7.-8.1. Wissenschaftszentrum Berlin, Tagung „Transnationale Risiken – Aufgaben für eine neue Politik“, Berlin

12.1. DGB-Bundesvorstand, Neujahrspressekonferenz, Berlin

Tipp

***Buch:* Das neue Kündigungsschutzgesetz. Alle Änderungen auf einen Blick (Synopse),** *Bund-Verlag, Frankfurt/M. 2004, 32 Seiten, 8 EURO*

Mit der am 1. Januar 2004 in Kraft tretenden Novellierung des Kündigungsschutzgesetzes ergeben sich tiefgreifende Änderungen bei der Sozialauswahl und der Feststellung der Beschäftigtenzahl der Betriebe. Arbeitgebern wird die Kündigung erleichtert. Zudem wird ein gesetzlicher Abfindungsanspruch bei betriebsbedingter Kündigung eingeführt. Das Werk hebt die Änderungen synoptisch hervor.

Schlusspunkt

„Warum kümmerst du dich überhaupt um die Scheißmillionäre?“

Häufig gestellte Frage an Sven Wehrmeyer, Vorsitzender der verd.i-Fachgruppe sports-union, laut Frankfurter Rundschau vom 20.11.2003. sports-union vertritt die Interessen von professionellen Baskettballern, Handballern, Volleyball- und Eishockeyspielern. Deren Einkommen liegt im Schnitt bei netto 2500 Euro im Monat.

Impressum *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** *einblick* Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Udo Perina, Christian Paulsen **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef, Stephan Hegger, Norbert Hüsson (verantwortlich für diese Ausgabe), Sybille Pape (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/30 88 24-0, Fax 030/30 88 24-20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: red.einblick@t-online.de **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/85 99 46-240, Fax 030/85 99 46-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design, Sprockhövel **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** Toennes Druck + Medien GmbH, Niermannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel. 0211/9 20 08-26, Fax 9 20 08-38.
Alle aktuellen *einblick*-Hintergrundtexte im Überblick: Fax-Abruf 0211/43 01 689
Nachdruck frei bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren.
Der nächste *einblick* erscheint am 19. Januar 2004.